



STANDPUNKTE

MIT PROTESTPLAKAT UND REG
WIDER DIE GENERALÜBERWACH
PARFÜMIEREN STATT REINIGEN
WIE SMART KANN DIE STADT F
SÜDAFRIKA ZWISCHEN ZAGEN
DIE IMPLOSION PETRO- VENEZU
NACH WIE VOR PATERNALISTIS
DER BREXIT UND DIE LINKE IN E
MACHTERHALT UM JEDEN PRE
SUBSTANZIELLE UMGESTALTUN
EINWANDERUNGSPOLITIK OHN
DEKOLONISIERUNG VON SÜDAF
MORDE TROTZ FRIEDENSABKO
DER KOALITION SWEREN MAI WER
DIE NEUEN STÜTZEN DES A
AUF KOLLISION SLEIF ZUR G
ZWISCHEN IDEOLOGIE UND AN

2016

IMPRESSUM

Jahrbuch STANDPUNKTE 2016

Herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung

Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · www.rosalux.de

Redaktion: Henning Heine (V.i. S. d. P.)

Satz/Herstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation

Gedruckt auf Circleoffset Premium White, 100 % Recycling

ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG
JAHRBUCH
STANDPUNKTE 2016

Mit der Publikationsreihe «Standpunkte» interveniert die Rosa-Luxemburg-Stiftung in aktuelle gesellschaftliche Debatten auf nationaler wie internationaler Ebene. Die Veröffentlichungen bieten zugleich Raum für Diskussionen innerhalb der Linken im In- und Ausland. Die Beiträge mischen sich in die diversen politischen Kämpfe unserer Zeit ein, bringen emanzipatorische Positionen zum Ausdruck und zeigen Alternativen für eine friedliche, gerechte, ökosoziale und solidarische Zukunft.

Mehr als je zuvor befassten sich die «Standpunkte» im vergangenen Jahr mit den Krisen und Konflikten rund um den Globus. Der zunehmend autoritäre Kurs von Präsident Erdoğan in der Türkei, die Entwicklung in der Ukraine und die wachsenden Spannungen innerhalb der Europäischen Union waren Gegenstand von gut einem Dutzend Beiträgen. Ein besonderes Augenmerk legten die Autorinnen und Autoren zudem auf die politischen Entwicklungen in Lateinamerika – etwa die Amtsenthebung von Präsidentin Rousseff und die Folgen der Olympischen Spiele in Brasilien, den Friedensprozess in Kolumbien, den ökonomischen Niedergang Venezuelas und die schleppende Aufarbeitung der Verbrechen in der Colonia Dignidad in Chile. Aber auch zur Lage im Nahen Osten sowie in Ländern und Regionen Asiens und Afrikas wurden Einschätzungen vorgelegt.

Etwas in den Hintergrund trat dagegen die Diskussion innenpolitischer Entwicklungen in der Bundesrepublik. Als Trendthema erwies sich erneut der digitale Wandel und seine Folgen in verschiedenen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens. Zur Auseinandersetzung mit der politischen Rechten trugen Beiträge zur Totalitarismustheorie und zur Verortung der AfD bei. Einzelne Texte befassten sich mit Forderungen nach einem demokratischen Bildungswesen und dem Projekt eines kostenlosen öffentlichen Nahverkehrs.

Alle «Standpunkte» des Jahres 2016 sind in diesem Jahrbuch in der Fassung ihrer Erstveröffentlichung dokumentiert. Dies betrifft auch die Angaben zu den Autorinnen und Autoren. Druckexemplare können – soweit vorrätig – per E-Mail an bestellung@rosalux.de geordert werden (siehe auch Umschlagseite 3). Das Jahrbuch ebenso wie die einzelnen Standpunkte lassen sich zudem kostenfrei unter www.rosalux.de/publikationen im portablen Dokumentenformat (pdf) herunterladen.

Berlin, im Dezember 2016

INHALTSVERZEICHNIS

- 5 STANDPUNKTE 01/2016
Malte Daniljuk
Die neuen Gatekeeper
- 9 STANDPUNKTE 02/2016
Ingo Matuschek
Substanzielle Umgestaltung
der Arbeitsgesellschaft
- 13 STANDPUNKTE 03/2016
Marius Palz
Mit Protestplakat und Regenschirm
- 17 STANDPUNKTE 04/2016
Raul Zelik
Staatskrise in Spanien –
wird Katalonien unabhängig?
- 21 STANDPUNKTE 05/2016
Lutz Brangsch/Judith Dellheim
Linke Nachbarschaftspolitik organisieren
- 25 STANDPUNKTE 06/2016
Lars Bretthauer
Wider die Generalüberwachung
der Telekommunikation
- 29 STANDPUNKTE 07/2016
Gerhard Dilger
Brasiliens Putschisten
wollen die ganze Macht
- 33 STANDPUNKTE 08/2016
Christian Russau
Parfümieren statt reinigen
- 37 STANDPUNKTE 09/2016
Yves Müller
Zwischen Ideologie und Anpassung
- 41 STANDPUNKTE 10/2016
Roland Kulke
Der Koalitionsvertrag der europäischen Eliten
- 45 STANDPUNKTE 11/2016
Jonathan Diesselhorst/Katalin Gennburg
Wie smart kann die Stadt für alle sein?
- 49 STANDPUNKTE 12/2016
Kathrin Zeiske
«Wir wollen uns lebend»
- 53 STANDPUNKTE 13/2016
Tilman Reitz/Peter Ullrich
Für eine Demokratisierung
von Lehre und Forschung
- 57 STANDPUNKTE 14/2016
Bernhard Schmid
Sozialproteste In Frankreich
- 61 STANDPUNKTE 15/2016
Evelyn Hevia/Jan Stehle
Colonia Dignidad: Schleppende Aufarbeitung
- 65 STANDPUNKTE 16/2016
Christa Schaffmann
Südafrika zwischen Zagen und Zorn
- 69 STANDPUNKTE 17/2016
Edgardo Lander
Die Implosion Petro-Venezuelas
- 73 STANDPUNKTE 18/2016
Manuel Palz
Konflikt in Kambodscha spitzt sich zu
- 77 STANDPUNKTE 19/2016
Tariq Dana
Soziale Kämpfe und die Krise
der linken palästinensischen Parteien
- 80 STANDPUNKTE 20/2016
Lutz Pohle
Neue Runde im Konflikt
um das Südchinesische Meer

- 84** STANDPUNKTE 21/2016
Niklas Franzen
Olympia für wen?
- 88** STANDPUNKTE 22/2016
Tanja Gäbelein
Noch konservativ oder schon rechtsradikal?
- 92** STANDPUNKTE 23/2016
Murat Çakir
Die neuen Stützen des AKP-Regimes
- 96** STANDPUNKTE 24/2016
Hana Amoury / Yossi Bartal / Tsafir Cohen
Die «Gemeinsame Liste» und
progressive Politik in Israel
- 100** STANDPUNKTE 25/2016
Judith Dellheim
«Nulltarif per Dekret» versus
Transformationsprojekt
- 104** STANDPUNKTE 26/2016
Antje Schuhmann
Dekolonisierung von Südafrikas Universitäten
- 108** STANDPUNKTE 27/2016
Andreas Bohne
Nach wie vor paternalistisch
- 112** STANDPUNKTE 28/2016
Alejandro Mantilla Q.
Nobelpreis, aber kein Frieden
- 116** STANDPUNKTE 29/2016
Vitalii Atanasov
Extrem im Aufwind
- 120** STANDPUNKTE 30/2016
Igor Burdyga
Auf Kollisionskurs
zur gesellschaftlichen Mehrheit
- 124** STANDPUNKTE 31/2016
Oleksandr Kravchuk
Zwei Jahre EU-Assoziierung
- 128** STANDPUNKTE 32/2016
Judith Dellheim / Lutz Brangsch
Der Brexit und die Linke in Europa
- 132** STANDPUNKTE 33/2016
Reut Michaeli
Einwanderungspolitik ohne Plan,
EinwanderInnen ohne Rechte
- 136** STANDPUNKTE 34/2016
Kathrin Zeiske
Projekte des Todes
- 140** STANDPUNKTE 35/2016
Knut Henkel
Morde trotz Friedensabkommens
- 144** STANDPUNKTE 36/2016
Thomas Händel / Frank Puskarev
Die EU muss sozialer werden ... oder sie zerfällt
- 148** STANDPUNKTE 37/2016
Ismail Küpeli
Machterhalt um jeden Preis
- 152** STANDPUNKTE 38/2016
Jörn Boewe
«Arbeiten 4.0» – Agenda-Building
für eine neue Flexibilisierungsoffensive
- 156** STANDPUNKTE 39/2016
Franz Segbers
Religion nur Privatsache?

MALTE DANILJUK

DIE NEUEN GATEKEEPER

MIT APPLE, GOOGLE UND FACEBOOK IN DEN
KYBERNETISCHEN KAPITALISMUS

Die großen Internetunternehmen haben unseren Alltag erobert. Sowohl in der privaten Kommunikation als auch in der beruflichen Praxis spielen die technischen Geräte und die darauf installierten Softwareprodukte eine immer wichtigere Rolle. Als Medien, also technische Mittel, die Signale übertragen, kommen ihnen besondere gesellschaftliche Funktionen zu. Mit ihrer Hilfe vermitteln wir erstens Inhalte, was unsere individuelle Interaktion mit der Umwelt betrifft. Als gehandelte Produkte haben diese Medien zweitens eine wirtschaftliche Funktion. Sie beeinflussen drittens unser systematisches Gruppenhandeln, unsere Politik, und müssen folglich viertens unter Sicherheitsaspekten bewertet werden.

Diese vier Bewertungsdimensionen galten bereits für die Medien des 20. Jahrhunderts. Allerdings hat die digitale Netzkommunikation den Umfang und die Qualität des Mediengebrauchs radikal verändert. Inzwischen dominieren die Firmen Apple, Google, Facebook und Co. nicht nur den Mediensektor, sie sind auch zu den weltgrößten Unternehmen überhaupt aufgestiegen. Wir erleben einen grundlegenden Umbruch des Kapitalismus. Mit den genannten IT-Unternehmen sind neue kapitalistische Akteure aufgetreten, die den ehemals dominanten Kapitalfraktionen den Rang ablaufen. Dies geht einher mit einer sozialgeografischen Verschiebung der Zentren von Medientechnik und Medienproduktion, einer technischen Transformation der Alltagskommunikation und mit einer Veränderung der kulturellen und ideologischen Dispositive.

Dieser Umbruch wird im Alltag zumeist unter dem Stichwort «Medienwandel» behandelt, wobei dieser Begriff ein größeres Phänomen hauptsächlich aus der Perspektive der traditionellen Medienunternehmen und Verlage thematisiert. Sie scheitern an der politischen Ökonomie des Internets, was dazu führt, dass sich die Binnenstruktur von Öffentlichkeit, wie sie weiter unten beschrieben wird, wandelt.

WO DIE MEDIENWELT LIEGT

In diesem engeren Sinn dreht sich die Debatte hauptsächlich um die technischen und ökonomischen Parameter von Medien. Unmittelbar umkämpft sind die auf Medien bezogenen politischen Maßnahmen und rechtlichen Normsetzungen. Was dabei weitgehend unbeachtet bleibt, sind die eher «weichen» Aspekte, die Art und Weise, wie Medien überhaupt genutzt werden, und die Wirkungen, die sie auf die unter-

schiedlichen Nutzergruppen haben. Gerade diese Aspekte stehen im Zentrum der eigentlich politischen Frage nach sich wandelnden Machtverhältnissen und danach, welche Folgen ein veränderter Mediengebrauch für die Gesellschaft insgesamt hat.

Zunächst einmal ist festzuhalten, dass Massenmedien nur ein Element von Öffentlichkeit sind. In aktuellen Debatten wird dies häufig als der Unterschied zwischen öffentlicher und veröffentlichter Meinung behandelt. Jürgen Gerhards und Friedhelm Neidhardt haben gezeigt, dass jede Öffentlichkeit grundsätzlich aus drei Ebenen besteht.¹ Kulturhistorisch betrachtet, entsteht Öffentlichkeit zuerst auf der Ebene der zwischenmenschlichen Alltagskommunikation, beim täglichen Zusammentreffen. Diese primäre Ebene von Öffentlichkeit nannten Gerhards und Neidhardt die Encounter-Öffentlichkeit. Hier zogen die TeilnehmerInnen in der Vergangenheit auch die Grenze zwischen dem, was als öffentlich verhandelbarer Sachverhalt gilt, und dem, was der Privat- oder Intimsphäre zugeordnet ist.

Eine zweite Ebene von Öffentlichkeit stellen organisierte Veranstaltungen und Manifestationen dar. Spätestens seit der griechischen Ständedemokratie gilt die Veranstaltungsöffentlichkeit als Symbol für strukturierte Willensbildung. Mündige Bürger treffen sich in einer Arena, tauschen themenbezogenen Argumente aus und stellen Mehrheitsverhältnisse und Tendenzen fest. Inwieweit die in der Arena versammelte Gruppe repräsentativ für die Gesamtbevölkerung ist, war bereits damals eine gesellschaftlich relevante Frage. Frauen und Sklaven waren im antiken Griechenland von den Versammlungen und damit von der Vertretung ihrer Interessen ausgeschlossen.

Die dritte und jüngste Ebene der Öffentlichkeit sind schließlich die traditionellen, zentralistisch organisierten Massenmedien: Buch, Zeitung, Kino und Rundfunk. Ihr gemeinsames Kennzeichen ist die stark ausgeprägte Repräsentationsfunktion, einfach weil Angehörige spezialisierter Berufe – Redakteure und Journalisten – eine sehr viel höhere Reichweite für die von ihnen erstellten Inhalte erzielen. Anders als die Encounter- und die Veranstaltungsebene setzt die medial vermittelte Ebene nicht die physische Anwesenheit der Teilnehmer an einem Ort voraus. Der massenmedialen Ebene fehlte lange ein gleichberechtigter Rückkanal vom Publikum, sie hatte eher eine Informations- denn eine Kommunikationsfunktion.

Zwischen diesen drei Ebenen von Öffentlichkeit zirkulieren Informationen, die grundsätzlich für jeden erreichbar sind und damit als «öffentlich» gelten. Wenn eine Aussage von einer relevanten Anzahl von Menschen geteilt wird, besteht «öffentliche Meinung». Jede Öffentlichkeit konstituiert sich durch die Gesamtzahl der teilnehmenden Personen, durch ihre Sprecher und den gemeinsamen Wertekanon, in dem sie argumentieren, sowie natürlich durch ihr Publikum. Dabei gilt, dass die drei Ebenen sich gegenseitig verstärken. Je stärker zentralisiert eine Ebene ist, desto höher ist ihr Verstärkungspotenzial, desto leichter fällt es aber auch einzelnen Gruppen, sie zu beeinflussen. Öffentlichkeiten können danach unterschieden werden, wie zentralistisch und wie umweltsensibel sie sind.

Schließlich basiert gesellschaftliche Meinungsfindung auf der Existenz zahlreicher Öffentlichkeiten. Sie konstituieren sich durch den unterschiedlichen Mediengebrauch und die Alltagsbeziehungen innerhalb gesellschaftlicher Gruppen, welche sich ihrerseits durch soziale und kulturelle Merkmale, durch unterschiedliche politische Interessen und ihren jeweiligen Wertekanon voneinander abgrenzen. Dabei besteht jede dieser Öffentlichkeiten aus einer Encounter-, einer Veranstaltungs- und einer Medienebene. Sie sind inhaltlich unterschiedlich homogen, liegen in ihrer thematischen und werteorientierten Ausrichtung unterschiedlich nah am Kern der jeweils dominanten Öffentlichkeit und sind ihr gegenüber unterschiedlich durchlässig.

DIE ALTEN GATEKEEPER

Wenn Inhalte zwischen den drei Ebenen einer Öffentlichkeit zirkulieren, bringt die massenmediale Ebene den stärksten Input ein. Sie hat damit einen größeren Einfluss auf die Themensetzung als Veranstaltungen oder die Face-to-face-Kommunikation. Aufgrund der Problematik der zugespitzten Repräsentation innerhalb der massenmedialen Ebene orientierte Walter Lippmann bereits frühzeitig auf Redakteure und Journalisten, die er als «Torwächter» einer öffentlichen Meinung, als «Gatekeeper» bezeichnete.² Die Friedensforscher Johan Galtung und Mari Holmboe Ruge untersuchten erstmals systematisch, nach welchen inhaltlichen Kriterien die Gatekeeper ein Ereignis, etwa aus dem Bereich internationaler Politik, für die Veröffentlichung auswählen, also welche Merkmale ein Ereignis aufweisen muss, damit die Wahrscheinlichkeit steigt, dass es in die Zirkulation eintritt.³

Interessant ist dabei, dass sich die formalen Merkmale der Nachrichtenauswahl in den vergangenen 50 Jahren kaum verändert haben. Allenfalls lässt sich, so das Ergebnis einer Studie der Medienwissenschaftler Georg Ruhrmann und Roland Göbbel, ein leichter Trend zu «Soft News» und Boulevard feststellen.⁴ Ereignisse gelangen dann in die Nach-

richten, wenn sie ein möglichst hohes Maß an Negativität aufweisen, wenn sie ein Land betreffen, das den Redakteuren politisch nahe steht beziehungsweise wenn es sich um «Elitenationen» handelt, und wenn sich dieses Ereignis anhand möglichst prominenter Figuren personalisieren lässt.

Gleichzeitig kann man das Handeln der Gatekeeper aus einer kritischen Perspektive nur teilweise verstehen, wenn man es lediglich als Handeln individueller Personen beschreibt. Die Produktion von Nachrichten ist auch ein ökonomischer Produktionsprozess. Es spielen daher auch wirtschaftliche Aspekte, politische Einstellungen und Klasseninteressen, professionelle Berufsauffassungen und technische Gegebenheiten eine Rolle.⁵

TECHNISCHER ZUGRIFF

Dass sich der technische Charakter der Medien in den vergangenen 20 Jahren grundlegend verändert hat, hatte bereits tief greifende Auswirkungen auf die Struktur von Öffentlichkeiten. Die zentralistischen Verteilmedien Buch, Zeitung, Kino und Rundfunk boten zwar das Privileg einer Machtkonzentration in den Redaktionen. Doch es handelte sich meist um unterschiedliche Branchen und Unternehmen. Wieder andere Akteure waren für die historische Direktverbindungsmedien wie Brief und Telefon mit ihrer besonderen Bedeutung für die Distanzkommunikation innerhalb der Encounter-Ebene zuständig. Die Zusammenfassung all dieser Ebenen in einem Gerät führt gegenwärtig zu einer historisch beispiellosen Monopolisierung der transportierten Inhalte bei einzelnen Anbietern.

Die Integration dieser unterschiedlichen Medien in ein einziges Supermedium, den netzgebundenen Computer beziehungsweise das Smartphone, hat vordergründig zur Folge, dass die Teilnehmer der unteren Ebenen von Öffentlichkeit, die bisher auf Präsenzkommunikation (zur gleichen Zeit am gleichen Ort) beruhten, medientechnisch aufgerüstet haben: Sie können nun schnell und unkompliziert von einem Ort aus an potenziell alle kommunizieren. Das Informationsmonopol der traditionellen Medienunternehmen, der alten Gatekeeper, ist gebrochen. Gleichzeitig wird der Austausch zwischen den Ebenen einer Öffentlichkeit intensiver.

Andererseits verschwindet die bisherige Schutzfunktion der Encounter- und der Veranstaltungsöffentlichkeit. Historisch konnte sich auf diesen Ebenen eine Gegenhegemonie bilden, weil die dort hauptsächlich mündlich verbreiteten Inhalte und die anwesenden Personen technisch nicht einfach zu kontrollieren waren. Hier entwickelte sich ein weitgehend sanktionsfreier Austausch.

Das zweite technische Merkmal, das den Computer von historischen Trägermedien wie Buch, Zeitung oder auch Brief unterscheidet, besteht darin, dass er dazu in der Lage ist, die eigenen Aktivitäten zu protokollieren. Das Gerät kann sich merken, welcher Inhalt mit ihm angefragt wird, mit welchen anderen Geräten es in Kontakt steht und wo es sich befindet.

Mit der Verwendung internetbasierter Technologie, sozialer Netzwerke und von Smartphones unterliegen bisher relativ geschützte Räume einer technischen Kontrolle. Auch die Encounter- und die Veranstaltungsöffentlichkeiten werden nun zu großen Teilen von zentralisierten Medien erfasst, ihre Inhalte technisch vermittelt. Wenn sich auf diesen Ebenen relevante Diskurse oder gar gesellschaftliche Stimmungswechsel andeuten, können professionelle Akteure darauf heute schneller reagieren, sei es, indem sie eigene Argumen-

tationen anpassen oder indem sie wichtige Multiplikatoren der Encounter-Kommunikation identifizieren und sie einer gezielten Reaktion aussetzen.

Diese beiden technischen Merkmale – extreme Monopolisierung und Selbstprotokollierung – machen eine Grundproblematik der digital vermittelten Öffentlichkeiten aus. Die Funktion dieser Öffentlichkeiten besteht nicht mehr nur darin, professionell aufbereitete Informationen zu verteilen. Durch ihren Gebrauch erfassen sie neue Informationen und leiten sie zurück. Die digitalen Netzmedien zeichnen sich durch eine doppelte Gatekeeper-Funktion aus. Mithilfe einer extrem zentralisierten «Transportmacht» (Virilio) können sie über denselben Kanal öffentliche, private und intime Informationen verbreiten sowie selbige nutzerbezogen erfassen und zurückleiten. Damit handelt es sich nicht mehr um Informations-, sondern vielmehr um Kommunikationsmedien im eigentlichen Sinn: Digitale netzgebundene Medien reagieren aufeinander, sie bilden ein kybernetisches System.

DIE NEUEN GATEKEEPER

Um den beispiellosen Aufstieg der globalen Internetgiganten einzuordnen, müssen digitale Netztechnologien in ihrer vielseitigen Funktionalität gesehen werden. Sie sind nicht nur ein Supermedium, also eine neue Plattform zur Verteilung kultureller Produkte an das Publikum wie die alten Medienunternehmen, die sich aus Abonnements oder durch bezahlte Werbung finanzierten.

Beim Computer handelt es sich nicht nur um den Gegenstand, mit dem kulturelle Produkte konsumiert (Filme und Musik abgespielt, Texte gelesen) und verteilt werden, sondern vor allem um Produktionsmittel, die extreme Produktivitätsfortschritte ermöglichten. Sie spielen – anders als Zeitungen, Radios oder Fernsehgeräte – eine zentrale Rolle innerhalb der Primärökonomie, also bei der Herstellung und dem Vertrieb von Produkten. Als solches wurden sie Mitte der 1990er Jahre Gegenstand politischer und wirtschaftlicher Strategien, die auf einen epochalen Umbruch des Kapitalismus abzielten. Die Regierung von Bill Clinton ließ für sämtliche gesellschaftliche Bereiche Konzepte ausarbeiten, um den technologischen Vorsprung der USA im Bereich digitale Technologien für eine neue amerikanische Führungsrolle in der Welt zu auszubauen.

Die außen- und sicherheitspolitischen Aspekte der neuen Hegemonialstrategie setzten an ihren Möglichkeiten zur globalen Überwachung an.⁶ Die finanz- und wirtschaftspolitischen Planungen gingen wesentlich von der US-Notenbank (Fed) aus. «Nur aus der Blase und dem dadurch entfesselten spekulativen Boom können Schwärme innovativer Start-ups gefüttert werden, die die Entwicklungspfade zugleich schlagen und besetzen, die Marktführer bilden, die Monopolgewinne ernten und Netzwerkeffekte nutzen», beschreibt Detlef Hartmann die 1996 verfasste Strategie der Fed, mithilfe expansiver Geldpolitik gezielt die Grundlagen für einen globalen Innovationsschock zu legen.⁷

Am Ende der New-Economy-Blase hatte sich die US-amerikanische Wirtschaftsstruktur bereits deutlich verändert. Die Unternehmen aus dem Silicon Valley hatten sich als neue Elite etabliert und befanden sich auf dem Weg zur weltweiten Hegemonie. Zu diesem Zeitpunkt hatten sich die heutigen Monopolisten jedoch erst in Stellung gebracht. Noch im Jahr 2006 fand sich unter den zehn größten Unternehmen der Welt mit Microsoft nur eine einzige IT-Firma. Die kapitalstärksten Branchen der Welt stammten noch fast aus-

nahmslos aus der alten Welt des Fordismus: Autohersteller, internationale Erdölunternehmen, Einzelhändler, Banken, Versicherungen und Pharmaunternehmen.

Erst im Zuge der Subprimekrise wurden die Vertreter des industriellen Kapitalismus endgültig vom Sockel gestoßen. Heute, keine zehn Jahre später, steht Apple schon lang auf dem ersten Platz, dicht gefolgt von Google und Microsoft. Unter den 50 größten Konzernen finden sich nun Datendealer (Facebook, Oracle), Einzelhändler wie Amazon, Netzwerkanbieter wie Verizon, Cisco und AT&T, Contentanbieter (Walt Disney), Hardwareanbieter wie IBM oder der Chiphersteller Intel. Ihre Gemeinsamkeiten: Es handelt sich ausschließlich um US-Unternehmen; jedes von ihnen dominiert weltweit seine Branche, teilweise als Alleinherrscher, teilweise im Duopol; sie alle legen im Bereich der Kapitalisierung weiterhin radikal zu – die Größten werden immer größer.

DER VERDOPPELTE GATEKEEPER-EFFEKT

Das sichtbare Zentrum des kybernetischen Kapitalismus bilden Microsoft, Apple, Google, Facebook und Amazon. Sie bestimmen unseren Zugang zur integrierten informationellen Gesellschaftsordnung. Die drei erstgenannten stellen praktisch sämtliche Betriebssysteme auf Einzelplatzrechnern und mobilen Geräten, womit sie eine vollständige Kontrolle über unsere Selbstdokumentation ausüben. Google und Facebook erfassen thematische Interessen, das Kommunikationsverhalten und die sozialen Netzwerke, in denen sich ihre Kunden bewegen. Amazon dominiert einige Bereiche des Einzelhandels, vor allem in den USA. Dadurch hat das Unternehmen eine weitreichende Übersicht über Konsumverhalten und Liquidität.

Die Macht der neuen Konglomerate ließe sich in vielen gesellschaftlichen Bereichen nachzeichnen. Hier soll nur ihr Einbruch in die Welt der traditionellen Medien dargestellt werden, die für die öffentliche Meinungsbildung besonders wichtig sind. Die großen Gewinner in der globalen Medienökonomie sind die Internet- und Computerfirmen aus den USA.

Platz eins der Weltrangliste stellt laut Institut für Medien- und Kommunikationspolitik (IfM) mit Comcast ein Netzbetreiber, der seit 2011 groß ins Film- und Fernsehgeschäft eingestiegen ist. Google belegt inzwischen mit einem Jahresumsatz von 66 Milliarden Euro den zweiten Platz. Gegenüber dem Jahr 2006 (10,6 Milliarden) hat sich diese Summe mehr als versechsfacht. Diesen Weg geht auch Apple. Seitdem der Computerhersteller selbst Inhalte vertreibt, stürmte er allein mit dem Geschäftsbereich iTunes, Software & Services auf Platz zehn im Medienkonzern-Ranking.

Alle großen Internetfirmen positionieren sich mittlerweile mithilfe spezieller Software zwischen dem Publikum und den Redaktionen. Seit 2006 bietet Google mit Google.News eine spezielle Nachrichtensuche, deren Output inzwischen deutlich auf Konzernmedien optimiert ist. Wie hoch automatisierte Selektivität hier ausgeprägt ist, wird klar, wenn man sich angesichts der Startseite mit einem Dutzend Nachrichtenquellen vor Augen hält, dass das Instrument weltweit auf rund 65.000 Redaktionen zugreift. Seit 2015 bietet sich das Unternehmen mithilfe der Digital-News-Initiative auch als Generalverleger an. Gleichzeitig startete Facebook das Projekt «Instant Articles». Damit werden externe redaktionelle Inhalte den Nutzern direkt im Account angezeigt. Hier wird die Auswahl der Beiträge auf den jeweiligen Nutzer angepasst, indem ein Algorithmus sein bisheriges Verhalten

und das seines Umfelds auswertet. Im Gegenzug erhalten die Verlage eine Provision für von Facebook akquirierte Anzeigen. Kurz darauf, im Juni 2015, startete Apple eine eigene News-App. Im Rahmen einer vertraglichen Kooperation mit zunächst 20 Verlagen verteilt das Apfelunternehmen redaktionell erstellte Inhalte an die Nutzer aller neueren Geräte des Unternehmens. Zwar wirbt das Unternehmen neuerdings mit besonders hohen Standards im Datenschutz, da man anders als Google und Facebook seine Einnahmen aus Hard- und Softwareverkäufen generiere. Allerdings werden natürlich auch hier Quellen, Lesegewohnheiten und Präferenzen erfasst.

Die entsprechend automatisierten Feedback-Schleifen funktionieren bisher – soweit bekannt – auf der Grundlage der Quellenauswahl und ermittelten Leserinteressen der Nutzer. Was darüber hinaus möglich ist, untersuchte Facebook bereits 2012 mit einem Experiment über «emotionale Ansteckung».⁸ Das Unternehmen hatte im Rahmen eines verdeckten Versuchs den Inhalt der Newsfeeds von knapp 700.000 englischsprachigen Nutzern manipuliert. Den Testpersonen wurden eine Woche lang überwiegend positive oder negative Einträge von Kontaktpersonen angezeigt, um herauszufinden, wie sich dies auf ihre Stimmung und ihr weiteres Kommunikationsverhalten auswirkt. Die beteiligten Wissenschaftler werden im Rahmen des Sonderforschungsprogramms Minerva vom US-Verteidigungsministerium dabei unterstützt, «kritische Massenaktivitäten» in sozialen Netzwerken zu untersuchen.

MEDIALE MACHT IM KYBERNETISCHEN KAPITALISMUS

Bisher bestehen die fordistisch geprägten Medienunternehmen, die Verlage und Medienhäuser mit ihren stark nationalstaatlich definierten Reichweiten fort. Sie produzieren nach wie vor einen Großteil der redaktionellen Inhalte, die nun auch über die digitalen Netzmedien verbreitet werden. Das bedeutet, dass die traditionelle Gatekeeper-Funktion weiterhin in Kraft ist. Allerdings schieben sich die Netzmonopolisten mittlerweile zwischen große Teile des Publikums und die Hersteller.

Gegenüber den traditionellen Gatekeepern unterscheiden sich die Internetgiganten vor allem dadurch, dass sie die Selektivität der vermittelten Nachrichten noch einmal extrem erhöhen können. Anders als in den traditionellen Medien, in denen reale Personen händisch Auswahlentscheidungen über Nachrichten treffen, lässt sich heute durch Algorithmen an zentraler Stelle die Wahrnehmung von Millionen Menschen beeinflussen. Dabei gehen die Interessen der Unternehmen inzwischen weit über das hinaus, was selbst von Unternehmen wie Bertelsmann mit seinen breit gefächerten Verflechtungen bekannt ist.

Insbesondere Google, aber auch Apple und Facebook engagieren sich wirtschaftlich in praktisch allen gesellschaftlich relevanten Feldern, von Kommunikation über Verkehr bis Gesundheit. Sie investieren ins Kapital- und Versicherungsgeschäft. Sie transportieren nicht nur Informationen zu den Nutzern, sondern erfassen auch die Daten der Nutzer und bereiten sie zu Herrschaftswissen auf. Sie stellen die Software für andere Firmen wie auch für öffentliche Verwaltungen. Und ihre Protagonisten vertreten im Rahmen der kalifornischen Ideologie⁹ offensiv ein Konzept, das den Staat als potenziell demokratische und unproduktive Gebietskörperschaft ersetzen soll.

Anders als die traditionellen Medienunternehmen lassen sie sich hinsichtlich ihrer politischen Geografie eindeutig im Zentrum des American Empire verorten. Wie anderen multinationalen Monopolisten auch bietet ihnen ihre Herkunftsgesellschaft einen politischen Apparat, der sie dabei unterstützt, ihre Interessen weltweit durchzusetzen. Umgekehrt liefern sie anderen wirtschaftlichen Sektoren das Know-how für Produktivitätssteigerungen. Und sie garantieren eine globale Reichweite bei der Auslieferung von Inhalten wie auch bei der Erfassung von Informationen.

Anders als die fordistischen Medienunternehmen, die Informationen an ein relativ statisches Publikum ausliefern, beziehen sie die unteren Ebenen der Öffentlichkeiten in einen technisch vermittelten kommunikativen Prozess ein. Sie sind dadurch in der Lage, die Teilnehmer an den Encounter- und Veranstaltungsebenen unterschiedlicher Öffentlichkeiten zu identifizieren, ihre thematischen Konjunkturen zu registrieren. Das gilt zumindest soweit, wie sich diese durch digitale Netzkommunikation via standardisierter Hard- und Softwareprodukte abbilden lassen.

Nach dem Grundsatz, dass ein System von Öffentlichkeit effektiver zu beeinflussen ist, je zentralistischer es organisiert ist, besteht hier ein Problem. Tatsächlich besteht aus wirtschaftlicher und technischer Logik kein Grund, die Totalität dieser Dynamik zurückzudrängen. Nach den immanenten Kriterien der kybernetischen Systeme sind Demokratie und Dezentralisierung ineffizient, informationelle Selbstbestimmung und Partizipation unproduktiv, Transparenz ist eine technische Unmöglichkeit. Kollektive Intelligenz und Mündigkeit erscheinen entsprechend als völlig verfehlte Kategorien. Der kybernetische Kapitalismus ist monopolistisch und totalitär.

Malte Daniljuk ist Fellow für Energiepolitik und Geostrategie am Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

¹ Gerhards, Jürgen/Neidhardt, Friedhelm: Strukturen und Funktionen moderner Öffentlichkeit. Fragestellungen und Ansätze. WZB-Papers FS III 90-101, Berlin 1990. ² Lippmann, Walter: Die öffentliche Meinung, München 1964. Original: Public Opinion, New York 1922. ³ Galtung, Johan/Ruge, Mari Holmboe: The Structure of Foreign News. The Presentation of the Congo, Cuba and Cyprus Crisis in Four Norwegian Newspapers, in: Journal of Peace Research 2/1965, S. 64–91. ⁴ Ruhmann, Georg/Göbel, Roland: Veränderung der Nachrichtenfaktoren und Auswirkungen auf die journalistische Praxis in Deutschland. Abschlussbericht für netzwerk recherche e.V. 2007, unter: <https://netzwerkrecherche.org/files/nr-studie-nachrichtenfaktoren.pdf>. ⁵ Vgl. Hall, Stuart: Kodieren/Dekodieren, in: ders.: Ideologie, Identität, Repräsentation. Ausgewählte Schriften, Hamburg 2004, S. 80. ⁶ Vgl. Daniljuk, Malte: Digitale Dominanz. Wie Hochtechnologien globale Herrschaft verändern, in: LuXemburg 3/2015. ⁷ Hartmann, Detlef: Krisen, Kämpfe, Kriege. Allan Greenspans endloser «Tsunami», Berlin/Hamburg 2015, S. 9. ⁸ Vgl. Kramera, Adam/Guillory, Jamie E./Hancock, Jeffrey T.: Experimental Evidence of Massive-Scale Emotional Contagion Through Social Networks, in: Proceedings of the National Academy of Sciences of the United States of America, Vol. 111, No. 24/2014, S. 8788–8790. ⁹ Vgl. Barbrook, Richard/Cameron, Andy: The Internet Revolution: From Dot-com Capitalism to Cybernetic Communism, Institute of Network Cultures, Amsterdam 2015.

INGO MATUSCHEK

SUBSTANZIELLE UMGESTALTUNG DER ARBEITSGESELLSCHAFT

ZU DEN POLITISCHEN HERAUSFORDERUNGEN DES RATIONALISIERUNGS-
KONZEPTS «INDUSTRIE 4.0»

Allenthalben ist die Rede von der «Industrie 4.0». Dieser Begriff legt nahe, es gäbe eine kontinuierliche Weiterentwicklung: vom mechanisierten Handwerk über die industrialisierte und später automatisierte Produktion bis hin zur Zukunft einer digital vernetzten Wertschöpfung. Das Konzept ist zweifelsohne ökonomisch bedeutsam, zudem politisch brisant: Der Wandel von Industrie- und Dienstleistungsarbeit hat nicht nur unmittelbar arbeitspolitische Folgen, sondern führt auch zu einer substanziellen Umgestaltung der (Arbeits-)Gesellschaft. Zurzeit dominieren noch technikbezogene Szenarien die Debatte: Interessierte Kreise warnen vor den Konsequenzen einer ausbleibenden Digitalisierung und wecken übersteigerte Erwartungen an die Umsetzung von Industrie-4.0-Konzepten. Erst verspätet setzt nun die notwendige gesellschaftliche Auseinandersetzung mit dem neuen Rationalisierungsschritt ein: Es gilt dabei gerade von links, neue arbeitspolitische Herausforderungen hinsichtlich Arbeit, Beschäftigung und Qualifikation anzugehen.

RATIONALISIERUNG UND ARBEITS- POLITISCHE EINBETTUNG

Industrie 4.0 reiht sich in eine lange Abfolge von ökonomisch induzierten und technologisch umgesetzten Rationalisierungsschritten ein. Technikentwicklung und -einsatz sind dabei in ihrer gesellschaftlichen Prägung immer Gegenstand von sozialen Auseinandersetzungen. Technik als Produktions- und Organisationstechnologie strukturiert, steuert und kontrolliert Arbeitsprozesse und -tätigkeiten und ist damit mehr als Maschine – sinnbildlich schon im Fließband materialisiert. Erst im Zusammenspiel realisieren sich Rationalisierungsgewinne. Mit dem seit den 1980er Jahren bekannten «Computer-Integrated Manufacturing» (CIM) wurde es möglich, Planung, Ressourcenmanagement, Logistik und Produktion etc. zu verknüpfen und so Organisation und Standardisierung der Arbeit im Sinne einer systemischen Rationalisierung auch betriebsübergreifend durchzusetzen. Entlang der Wertschöpfungsketten erschlossen sich neue über- und zwischenbetriebliche Flexibilitäts- und Elastizitätspotenziale. Industrie 4.0 knüpft an diese Rationalisierungsschritte an und radikalisiert sie noch.

Generell gilt: Ökonomisch induzierte Rationalisierungsprozesse schaffen fortlaufend Nachfrage nach technologischen Innovationen, die wiederum Rationalisierungspotenziale enthalten. Beschäftigten ein hinreichendes Technik- wie Ökonomieverständnis abzuverlangen gilt daher aktuell als erfolgversprechend. Jede Rationalisierungsstufe zeitigt zu-

dem ganz praktische Folgen: Menschliche Arbeit wird durch Technisierung auf eine Restgröße reduziert, zugleich bildet sich eine neue Schicht von Hochqualifizierten heraus. Insofern gibt es Gewinner und Verlierer. Es wäre aber verfehlt, dies als unumstößliche Entwicklung zu werten. Vielmehr zeigen vergangene Rationalisierungsrunden, dass es sich stets um eine soziotechnische Arena der Interessenkollision handelt, die arbeitspolitisch zu gestalten ist. Zur Debatte stehen jeweils konkrete Aufgabenzuschnitte, Beschäftigungsverhältnisse sowie ganz allgemein die Rahmenbedingungen einer veränderten Arbeitsgesellschaft.

INDUSTRIE 4.0 – EIN NEUER RATIONALISIERUNGSSCHRITT

Der Leitbegriff Industrie 4.0 benennt eine neue Rationalisierungsstufe, in der Unternehmen untereinander über digitale Schnittstellen verbunden sind. In der *smart factory* werden Maschinen, Betriebsmittel und Lagersysteme zu einem cyberphysischen Produktionssystem (CPPS) verknüpft. Aus ingenieurwissenschaftlicher Perspektive ist zentral, dass nun via Internet die vernetzte Produktion in Echtzeit entlang der Wertschöpfungskette erfolgt und so die autonome Steuerung einer *production on demand* bis hin zur Einzelfertigung möglich wird. Gegenüber den CIM-Lösungen werden jedoch jetzt Daten- und Realebene der Produktion noch stärker integriert. Technologische Basis dafür sind digitale Messtechniken und mechatronische Anlagen sowie ihre Vernetzung

mittels informationstechnologischer Infrastrukturen, insbesondere als sogenanntes «Internet der Dinge». Solche CPPS sind prinzipiell verteilt organisiert, werden also nicht zentral gesteuert und haben insoweit einen hybriden Charakter, als Technik im Zusammenspiel mit menschlicher Arbeitskraft (teil-)autonom agiert. Effizienzsteigerung von Produktionsprozessen findet idealerweise fortlaufend statt, indem sich die dezentralen Systemkomponenten (letztlich Technologien und Arbeitende) ständig selbst optimieren und sich permanent an volatile Bedingungen der Wertschöpfungskette anpassen. Statt einer linearen Abfolge einmal programmierter Schritte dominieren parallele gegenüber sequenziellen Problembearbeitungen, Selbstorganisation geht vor hierarchischer Aufgabenzuweisung, vorherrschend ist eine eher lose Integration sowie ein Aktions-Reaktions-Schema, das an situative Erfordernisse angepasst ist. Gestaltungsoptionen des sozialen Teilsystems, also der Arbeitenden, scheinen begrenzt. Dennoch wirken sie auf die Funktionsweise des technischen Teilsystems ein, und zudem bestehen Interdependenzen mit der Umwelt des Gesamtsystems.¹

Umfassende Lösungen sind derzeit kaum realisiert, dennoch wird davon ausgegangen, dass nahezu alle industriellen Arbeitsplätze berührt sein werden. Der Begriff Industrie 4.0 kennzeichnet einen (erneuten) Aufbruch hin zu einer flexiblen automatisierten Produktion als Reaktion auf zunehmend instabile Märkte. Flexiblere Beschäftigungsverhältnisse und flexiblere Arbeitsorganisation sind die Antwort auf den technologisch intensivierten globalen Konkurrenzdruck – so eine Position in der Standortdebatte. Arbeitgeberverbände begreifen den Terminus Industrie 4.0 als Umschreibung einer Vision, die erst 2025/2030 zum betrieblichen Alltag gehören wird – allerdings werden gegenwärtig bedeutsame Weichenstellungen politisch eingeleitet. Dabei setzt die Arbeitgeberseite auf das Kreativpotenzial qualifizierter Beschäftigter und sieht zugleich die Chance, dem prognostizierten Fachkräftemangel zu begegnen. Direkt in Arbeitsprozesse eingreifende oder aber Informationen darüber zur Verfügung stellende digitale Assistenzsysteme versprechen demografiesensible und Belastungen mindernde Arbeitsverhältnisse. Das Credo lautet: «Erst eine wettbewerbsfähige Arbeit lässt eine flexible Arbeitsorganisation zu, die es den Mitarbeitern ermöglicht, Beruf und Privatleben sowie Weiterbildung besser miteinander zu kombinieren und so eine Balance zwischen Arbeit und Familie zu erreichen.»²

STUDIEN ZU INDUSTRIE 4.0:

INTERESSEGELEITETES AGENDA-SETTING

Besondere Aufmerksamkeit wird dabei einer Berufsstudie aus den USA zuteil, die angesichts der Automatisierung eine wahrhafte Umwälzung vorhersagt: 47 Prozent aller Beschäftigten arbeiten demnach in Berufen, die mit einer Wahrscheinlichkeit von mehr als 70 Prozent in den nächsten zwei Dekaden durch Computer oder algorithmierende Maschinen automatisiert würden.³ Diese Studie von Frey und Osborne ist zum Referenztext für Prognosen auch für Deutschland geworden. Auf der Basis hiesiger Berufsklassifikationen wird vorhergesagt, dass hierzulande 59 Prozent aller Berufe durch Automatisierung betroffen sein werden, vor allem Bürotätigkeiten und verwandte Berufe sowie sogenannte Hilfskräfte mit niedriger Qualifikation.⁴ Bonin et al. zufolge sind die Risiken überaus ungleich verteilt. Wer nur über eine Elementarbildung verfügt, hat ein «berufliches Automatisierungsrisiko» von 80 Prozent, für Promovierte beträgt es nur

18 Prozent.⁵ Roboter ersetzen massenhaft Menschen, das ist die Botschaft solcher fast apokalyptischer Szenarien.

Gegen solche Katastrophenbilder wird ökonomisch angeführt, dass Automatisierung nicht unbedingt zum Aussterben bestimmter Berufe führe, vielmehr käme es zu einem Wandel von Tätigkeiten. Die technischen Potenziale der Automatisierung seien überzeichnet, außerdem seien makroökonomische Anpassungsprozesse zu erwarten, die einer völligen Automatisierung Grenzen setzen würden. Sich ändernde Faktorpreise und Arbeitskräfteangebote ließen seriöse Schätzungen zum Gesamtbeschäftigungseffekt kaum zu. Lohnsteigerungen stellten einen Anreiz für verstärkte Automatisierung dar, allerdings setze sich Technologie erst mit hinreichend qualifiziertem und entsprechend entlohntem Fachpersonal durch. In automatisierten Wirtschaftssektoren stiegen bei einer stabilen Zahl von Arbeitsstunden Arbeitsproduktivität, Löhne und Wertschöpfung. Automatisierung muss also keineswegs Lohnreduzierung bedeuten. Zudem würden in bestimmten Technologiesektoren vermehrt neue Arbeitsplätze entstehen.⁶ Ganz neoklassisch wird darauf verwiesen, dass sinkende oder nur langsam ansteigende Löhne die Nachfrage nach Arbeitskräften erhöhen könnten und dass Umverteilung zugunsten Besserverdienender zu mehr Konsum führe, sodass die vielfach befürchteten negativen Beschäftigungseffekte der Industrie 4.0 eher geringfügig seien.

Nach Buhr sind sowohl Niedrig- als auch Hochqualifizierte geschützt, wenn sie einer Tätigkeit nachgehen, die wenig automatisierbar oder erfahrungs- und interaktionsbasiert ist.⁷ Hirsch-Kreinsen verweist auf die Hürden einer schnellen Diffusion (Kosten, Komplexität, Aufwand und Akzeptanz), auch wenn zukünftig mit sich vertiefenden Segmentationslinien zwischen Branchen entlang der Automatisierungsgrade zu rechnen sei.⁸ Pfeiffer und Suphan heben in soziologischer Perspektive hervor, dass vor allem ökonomische Erwägungen dafür entscheidend seien, welche Technologien in Betrieben zum Einsatz kommen. Sie halten die technizistisch überzeichnete Perspektive auf Automatisierungswahrscheinlichkeiten für fehlgeleitet, zumal Technikexperten tendenziell Chancen über- und Probleme unterschätzen.⁹ Weniger einzelbetriebliche Strategien, sondern Machtkonstellationen in Wertschöpfungssystemen und dort zu treffende sachliche Erwägungen würden technologische Konfigurationen beeinflussen. Bisherige Folgen technischer Rationalisierungsschritte fortzuschreiben verbiete sich daher. Hinzu kommt, dass die Arbeitenden bereits heute im Zuge der Diffusion neuer Produktionsmodelle über wichtige Kompetenzen verfügten, wie etwa die Fähigkeit zu kreativen Problemlösungen.¹⁰

Während die Studie von Frey und Osborne zum Teil als «Drohkulisse» genutzt wurde, wendet sich die zuvor eher technizistisch und ökonomistisch geprägte Debatte vermehrt den arbeitspolitischen und gesellschaftlichen Auswirkungen der digitalisierten Ökonomie zu. Unternehmerverbände verweisen auf den Erhalt und die Entwicklung körperlicher wie geistiger Leistungsfähigkeit: Belastende Tätigkeiten würden reduziert, lebenslanges Lernen habe auch positive Folgen für die einzelnen ArbeitnehmerInnen und erweitere altersspezifische Fähigkeiten, sofern arbeitswissenschaftliche Prinzipien der Arbeitsorganisation und -gestaltung gesichert seien. Von Gewerkschaftsseite wird angemahnt, dass die neuen inner- und überbetrieblichen Produktionsprozesse nach für Wertschöpfungsketten insgesamt gültigen Tarifverträgen verlangen.

ARBEITSORGANISATORISCHE ENTWICKLUNGEN: POLARISIERUNG, SCHWARM ODER HYBRID?

Welche Optionen bestehen also im Hinblick auf die Arbeitsorganisation? Bei der Industrie 4.0 werden technologiezentrierte Automatisierungskonzepte, in denen menschliches Handeln nur kompensatorischen Charakter hat und zur Residualfunktion verkommt, von eher komplementär angelegten Automatisierungskonzepten unterschieden, die eine Arbeits- und Aufgabenteilung zwischen Mensch und Maschine konzeptionell stärken. Im ersten Fall gibt es für dequalifizierte Arbeitende wenige standardisierte Überwachungsaufgaben ohne großen Handlungsspielraum bei (virtueller) Anwesenheit über Facharbeiterniveau qualifizierter Experten, die für Entstörung und Produktionsmanagement zuständig sind.¹¹ Auf kollektive Handlungsorientierung setzt das Alternativmodell der «Schwarmorganisation»: Hoch qualifizierte, vernetzte tätige Beschäftigte prozessieren gemeinsam unter einem Höchstmaß an Transparenz und Flexibilität der aktuellen Arbeitsaufgabe angemessene situative Handlungen, inklusive eines eigenverantwortlichen hohen Reaktionsvermögens bei Störfällen. Einfache Tätigkeiten sind durch Automatisierung substituiert, oberhalb des Facharbeiterniveaus qualifizierte Arbeitskollektive handeln selbstorganisiert im und am technischen System entlang der Wertschöpfungskette.¹²

Automatisierungs- und Werkzeugszenario bilden auch für Butollo und Engel die Pfeiler der zukünftigen Arbeitswelt.¹³ Restriktiv angelegte Tätigkeiten mit hohem Entwertungspotenzial seien ebenso zu erwarten wie durch Assistenzsysteme unterstützte Aufgabenbereiche, in denen die (dezentralisierte) Entscheidungsgewalt menschlichen Akteuren vorbehalten bleibt. Das setzt Qualifizierungen wie eine gesteigerte Problemlösungskompetenz und prozessübergreifendes Wissen voraus. Substitutionseffekte der digitalen Automatisierung bedrohen aber auch qualifizierte Tätigkeiten in technologieintensiven Branchen, selbst bei vermutlich langer Diffusionszeit. Hinzu kommt die Konkurrenz zwischen externen Solo-Selbständigen und internen MitarbeiterInnen, die eine Umstellung von Leistungs- auf Erfolgsgratifikation und insgesamt eine radikalere Marktsteuerung entlang globaler Wertschöpfungsketten verstärkt.

Buhr sieht drei mögliche Entwicklungen: Im Automatisierungsszenario übernehmen Menschen verstärkt ausführende Tätigkeiten in von Maschinen gelenkten Umgebungen, womit die Arbeit von Geringqualifizierten entwertet wird. Spezialisierte Fachkräfte und Hochqualifizierte gewinnen an Bedeutung, während allgemein ausgebildete Fachkräfte an Bedeutung verlieren. Im Hybridszenario übernehmen Technologien, vernetzte Objekte und Menschen interaktiv und kooperativ Steuerungs- und Kontrollaufgaben. Im Spezialisierungsszenario verbleibt die Technik als Werkzeug, Facharbeit bleibt Part von hoch qualifizierten SpezialistInnen wie allgemein qualifizierten Fachkräften.¹⁴

ARBEITS- UND GESELLSCHAFTSPOLITISCHE HERAUSFORDERUNGEN

Was lässt sich daraus mit Blick auf arbeits- und gesellschaftspolitische Konsequenzen folgern? Industrie 4.0 ist als ökonomisches Überlebenssthema etabliert, mit dem disruptive ökonomisch-technische Entwicklungen verbunden werden: Neue Produkte und Produktionsweisen saugen demnach althergebrachten Industrien den Lebenssaft aus, sogenann-

te Digital Makers scheinen umstandslos in der Lage zu sein, blitzschnell Konsumartikel, Güter oder Dienstleistungen bereitzustellen und damit selbst große Player anzugreifen. Zudem würden Konkurrenten im globalen Standortwettbewerb Digitalisierung verstärkt als Rationalisierungsprojekt vorantreiben, auf diese Weise Wettbewerbsvorteile generieren und Unternehmen in Deutschland unter Druck setzen. Angezeigt seien demzufolge unterstützende staatliche Programme mit entsprechendem Umfang.

Solche Szenarien sind deutlich unterkomplex: Zwar geht von der Digitalisierung tatsächlich ein Druck auf alteingesessene Modelle und Unternehmensstrukturen aus. Auch wenn die in einigen Studien prognostizierten Gesamtbeschäftigungsfolgen übertrieben sein mögen, sind die Strukturszenarien zum Wandel der Arbeit durch Industrie 4.0 durchaus ernst zu nehmen. Stetiger Innovationsdruck sollte indes für kapitalistische Unternehmen nichts prinzipiell Neues sein. Der Ruf nach staatlicher Fürsorge jedenfalls befremdet angesichts der Positionen von Unternehmensverbänden in anderen Politikfeldern und wirft zumindest die Frage nach der Stoßrichtung subventionierter Technologisierung und geförderter Qualifizierungsprogramme auf. Aus gewerkschaftlicher Perspektive ist die mit der Industrie 4.0 einhergehende Modernisierung der Wirtschaft nicht zu verhindern, weitgehend wird der Sachzwanglogik des globalen Standortwettbewerbs gefolgt. Folgerichtig wird auf Gestaltung gesetzt mit dem Ziel, Partizipation und Entscheidungsmöglichkeiten der Beschäftigten zu erhalten oder zu erhöhen sowie Belastungen zu reduzieren und monotone Tätigkeiten zurückzudrängen.

Dass Mensch und Maschine komplementär zu denken sind und digitale Technologie neue Formen der Mensch-Maschine-Interaktionen etabliert, ist so richtig wie banal. Zumeist überwiegt die Perspektive einer Anpassungsleistung der Menschen an die Technologie – die Idee einer menschenzentrierten Gestaltung und Organisation von Arbeit bleibt randständig. Routinen und Erfahrungen sind jedoch wichtiges Potenzial für notwendige Improvisationsleistungen, die nicht einfach automatisierbar sind¹⁵ – diesbezüglich ist das Schema «Automatisierung ersetzt Routinetätigkeiten» deutlich zu einfach gestrickt. Vielmehr muss es um einen auszugestaltenden Zusammenhang von Technologie, (über-)betrieblicher Arbeitsorganisation und individueller Qualifikation und Kompetenz gehen, inklusive der Frage nach Führung und guter Arbeit.¹⁶

Soziale Auswirkungen einer digitalisierten Ökonomie bleiben auch deshalb unterbelichtet, weil der Stellenwert einer zukünftigen Produktionswelt derzeit kaum abzuschätzen ist. Dabei ist jenseits der technischen Szenarien oder arbeitsorganisatorischer Visionen insbesondere die Frage nach gesellschaftlicher Transformation und sozialer Spaltung zu stellen. Eins lässt sich mit Gewissheit voraussagen: Mit Blick auf zu erwartende Vorteile werden zukünftig industrielle Akteure auf die Industrie 4.0 setzen, um durch deren Rationalisierungspotenzial Konkurrenten unter Druck zu setzen, die Marktführerschaft zu erlangen oder zu verteidigen. Der keynesianischen These von einer technologischen Arbeitslosigkeit zufolge gebiert das eine Strukturkrise, die letztlich in eine Krise des Kapitalismus selbst mündet. Weniger fatalistisch wertet die schon angesprochene Polarisierungsperspektive den Niedergang der alten Produktionsweisen: Es vollziehen sich gesellschaftliche Reformen durch die Umverteilung von Arbeitsplätzen, zu welchen Konditionen

allerdings ist noch ungewiss und Gegenstand politischer Auseinandersetzung. In ihrer arbeits- wie beschäftigungspolitischen Dimension ist die dominante Rationalisierungsperspektive der Industrie-4.0-Debatte aktuell auf entsprechende Diskurse vergangener Dekaden orientiert. Dabei sind sowohl die technologische Substanz als auch die gesellschaftlichen Folgewirkungen sehr viel umfänglicher und reichen tiefer in die Privatsphäre hinein. Zudem sind gerade technologieintensive Betriebe deutlich stärker finanzmarktgetrieben, als das in vorangegangenen Rationalisierungsrunden der Fall war.

Kern der Rationalisierungsperspektive der gegenwärtigen Debatte ist ein «sozialpartnerschaftlich geprägter Futurismus»,¹⁷ der gesellschaftspolitische Perspektiven und Alternativen ausblendet. In diesem technik-ökonomistischen Positivismus einer gesteigerten globalen Wettbewerbsfähigkeit dank digitalisierter Produktion verdeckt das digitale Lösungsversprechen (Industrie 4.0 sichert Konkurrenzfähigkeit und damit Arbeitsplätze) die dem Einsatz neuer Technologien selbst eingeschriebene fast spiralförmige Verschärfung: Renditeorientierte Produktionsregime werden weiterhin auf die Flexibilisierung und Deregulierung arbeits- und sozialpolitischer Standards setzen und dies durch Automatisierung zu erreichen versuchen. Es wird Rationalisierungsgewinner mit höheren Qualifikationsanforderungen geben, aber eben auch Verlierer mit der Qualifikationsanforderung null – im Fall ihrer Substitution. In der debatteneigenen Abwesenheit von Alternativen steckt weniger eine Unterlassung als vielmehr der Kern einer Perspektive, die Gesellschaft wie Arbeitende zu einer Funktion des Wirtschaftssystems reduziert. Als zentrale Aufgabe wird nur die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit des Standortes mit seinen Einzelunternehmungen, nicht aber die Gestaltung der Gesellschaft betrachtet.

Dagegen ist – abgesehen von dem Beharren auf Mindeststandards und globalen Arbeitsschutzrechten – auch interessenpolitisch zunächst wenig zu sagen, will man nicht als Modernisierungshemmnis wahrgenommen werden. Dies begründet die schwierige Position der Gewerkschaften, die überwiegend auf eine arbeitspolitische Begleitung des Prozesses setzen, ohne darüber hinausgehende Fragen aufzugreifen. Die Thematisierung der Konkurrenzspirale allein ist analytisch immerhin korrekt (wenn auch nicht neu), verbleibt allerdings beim Aufruf, den Kapitalismus zu überwinden. Dazu notwendige Wege schließen allerdings Zwischenschritte nicht aus. Die unternehmensübergreifende Steuerung von Material- und Wissensströmen allerdings lässt die einzelbetriebliche Regulierung von Arbeit zunehmend porös erscheinen, tarifvertragliche Ansätze entlang von Wertschöpfungsketten sind kaum in Sicht. Das Grünbuch des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales dient nach eigenem Verständnis dazu, notwendig erachtete Regulierungen für die digitalisierte Arbeitswelt auszuloten – ein durchaus gesellschaftspolitischer Ansatz. Das ist ein erster wichtiger Schritt, insofern hier auch soziale Standards zu verhandeln sind, die entgrenzte und deregulierte digitale Arbeit flankieren sollen.

Die Inkorporation der Subjekte in die digitale Ökonomie, sei es als Arbeitende, Kunden oder arbeitende Kunden, ist im Kern einseitig funktionalistisch: Menschen werden auf die Wirtschaft, nicht die Wirtschaft wird auf die Menschen bezogen. Die in der Technologie angelegten Freiheitspotenziale sind randständiges Thema. Neben bildungspolitischen Ansätzen, die den Arbeitenden Ressourcen nahebringen, mit

denen digitale Selbstbestimmung und Autonomie gelebt werden können, sind hier auch gesetzliche sowie tarifvertragliche Betriebsvereinbarungen oder Verhaltenskodifizierungen im Einzelfall vonnöten, die Leitlinien für die digitalisierte Arbeit festlegen. Die widersprüchlichen Erkenntnisse zur Industrie 4.0 fordern dazu auf, das Thema stärker als bisher in arbeits- wie gesellschaftspolitischen Diskursen zu etablieren, auch im Hinblick auf seine wirtschaftsdemokratischen Effekte. Dazu bedarf es einiger Anstrengungen, um vereinfachenden und scheinbar auf Sachzwängen beruhenden Szenarien entgegenzuwirken. Eine funktionalistische Verkürzung sollte dabei allerdings vermieden werden – es geht immerhin um eine weitere Stufe der Verfasstheit von Arbeit in der (globalisierten) Gesellschaft.

Ingo Matuschek lebt in Berlin und ist Arbeitssoziologe mit den Schwerpunkten Wandel der Arbeit, Arbeitspolitik, politisches Alltagshandeln und Methoden der Sozialforschung.

1 Hirsch-Kreinsen, Hartmut: Einleitung: Digitalisierung industrieller Arbeit, in: Hirsch-Kreinsen, Hartmut/Ittermann, Peter/Niehaus, Jonathan (Hrsg.): Digitalisierung industrieller Arbeit. Die Vision Industrie 4.0 und ihre sozialen Herausforderungen, Baden-Baden 2015, S. 9–30. **2** Becker, Klaus-Detlev: Arbeit in der Industrie 4.0 – Erwartungen des Instituts für angewandte Arbeitswissenschaft, in: Botthoff, Alfons/Hartmann, Ernst Andreas (Hrsg.): Zukunft der Arbeit in Industrie 4.0, Wiesbaden, S. 23–30. **3** Frey, Carl Benedikt/Osborne, Michael A.: The Future of Employment: How Suspectible Are Jobs to Computerization? Oxford Martin School, Working Paper 18, Oxford 2013, unter: http://www.oxfordmartin.ox.ac.uk/downloads/academic/The_Future_of_Employment.pdf. **4** Brzeski, Carsten/Burk, Inga: Die Roboter kommen. Folgen der Automatisierung für den deutschen Arbeitsmarkt, ING-DiBA Economic Research, Frankfurt am Main 2015, unter: www.ing-diba.de/pdf/ueber-uns/presse/publikationen/ing-diba-economic-research-die-roboter-kommen.pdf. **5** Bonin, Holger/ Gregory, Terry/Zierahn, Ulrich: Übertragung der Studie von Osborne/Frey (2013) auf Deutschland, Kurzexpertise Nr. 57, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW), Mannheim 2015, unter: http://ftp.zew.de/pub/zew-docs/gutachten/Kurzexpertise_BMAS_ZEW2015.pdf. **6** Vgl. Arntz, Melanie/Bonin, Holger/ Zierahn, Ulrich: Auswirkungen des technologischen Wandels auf den Arbeitsmarkt, Expertise des ZEW, Mannheim 2014. **7** Buhr, Daniel: Soziale Innovationspolitik für die Industrie 4.0, Expertise im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 2015, unter: <http://library.fes.de/pdf-files/wiso/11302.pdf>. **8** Hirsch-Kreinsen: Einleitung. **9** Pfeiffer, Sabine/Suphan, Anne: Industrie 4.0 und Erfahrung – das Gestaltungspotenzial der Beschäftigten anerkennen und nutzen, in: Hirsch-Kreinsen et al. (Hrsg.): Digitalisierung industrieller Arbeit, S. 205–230. **10** Ebd. **11** Hirsch-Kreinsen: Einleitung. **12** Ebd. **13** Butollo, Florian/Engel, Thomas: Industrie 4.0 – arbeits- und gesellschaftspolitische Perspektiven. Zwischen Dystopie und Euphorie, in: Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Nr. 113, September 2015, unter: <http://zeitschrift-marxistische-erneuerung.de/article/1393.industrie-4-0-arbeits-und-gesellschaftspolitische-perspektiven.html>. **14** Buhr: Soziale Innovationspolitik. **15** Pfeiffer/Suphan: Industrie 4.0 und Erfahrung. **16** Deuse, Jochen/ Busch, Felix/Weisner, Kirsten/Steffen, Marlies: Gestaltung sozio-technischer Arbeitssysteme für Industrie 4.0, in: Hirsch-Kreinsen u. a. (Hrsg.): Digitalisierung industrieller Arbeit, S. 147–164. **17** Butollo/Engel: Industrie 4.0 – arbeits- und gesellschaftspolitische Perspektiven.

MARIUS PALZ

MIT PROTESTPLAKAT UND REGENSCHIRM

IST DIE ANTIKRIEGSBEWEGUNG IN JAPAN GESCHEITERT?

Auch wenn in den deutschen Medien nicht viel davon ankam: 2015 war ein politisch heißer Sommer in Japan. Nachdem die japanische Regierung unter Shinzō Abe schon im Jahr zuvor gegen größeren Widerstand aus der Bevölkerung das umstrittene «Gesetz zum Schutze bestimmter (Staats-)Geheimnisse» (*Tokutei himitsu no hogo ni kansuru hōritsu*) verabschiedet hatte, brachten die Pläne für das Jahr 2015 Hunderttausende im ganzen Land auf die Straße. Mit der Uminterpretation des neunten Artikels der japanischen Verfassung, demzufolge es Japan lediglich gestattet ist, ein Heer zur Verteidigung der nationalen Sicherheit zu unterhalten, hat die Regierungskoalition aus Liberaldemokraten (LDP) und Kōmeitō, einer Partei, die inoffizielle Verbindungen zur neo-buddhistischen Sekte Soka-gakkai unterhält, den Weg für die ersten aktiven Kampfeinsätze seit dem Ende des Pazifikkriegs vor 70 Jahren geebnet. Nun ist es den sogenannten Selbstverteidigungsstreitkräften gestattet, das Recht auf kollektive Selbstverteidigung wahrzunehmen. Dies bedeutet im Klartext: Sollte ein Bündnispartner, beispielsweise die Vereinigten Staaten, unter Beschuss geraten, kann das japanische Militär diesem zur Hilfe kommen und aktiv in Kriegshandlungen eingreifen. Japanische SoldatInnen an der Seite Amerikas sind nun vorstellbar. Für viele Menschen in Japans Nachbarstaaten, aber auch für viele JapanerInnen selbst, wird somit ein lang befürchtetes Szenario immer realistischer: die Abkehr vom Pazifismus. Doch auch wenn die Proteste das Durchdrücken der «Sicherheitsgesetze» (*Anzen hoshō kanren hōan*) nicht stoppen konnten, wäre es ein Fehler, sie als fruchtlos abzutun.

EINE ABGESCHRIEBENE GENERATION?

An einem Freitagabend im Juni gegen 19:30 Uhr. Es gießt wie aus Eimern, schon seit Tagen. Die Regenzeit in Japan macht vor niemandem halt, und doch haben sich wieder mehrere Tausend DemonstrantInnen vor dem Parlamentsgebäude in Tokios Regierungsviertel eingefunden. Hinter kniehohen Plastikabsperrungen haben sie sich entlang des Bürgersteigs in einer langen Schlange aufgereiht. In der einen Hand einen Regenschirm, in der anderen ein Protestschild mit Aufschriften wie «War is over, if you want it!» oder «Youth against fascism». Wie jeden Freitagabend.

Auf der anderen Seite des Bürgersteigs reihen sich PolizistInnen auf, ermahnen die PassantInnen, zügig weiterzugehen oder hinter die Absperrung zu treten, falls man sich den Protestierenden anschließen wolle. Wie jeden Freitagabend.

An einer Straßenecke am Kopf der protestierenden Schlange haben sich, den Rücken zum Parlamentsgebäude gewandt, JournalistInnen und FotografInnen eingefunden, die abwarten, was passiert, bis ein junger Mann mit Kapuzenpulli und Baseballkappe auf eine Kiste steigt, den Blick Richtung Parlament gewandt, und ein Mikrofon zur Hand

nimmt. Modisch gekleidete junge Männer und Frauen umgeben ihn. Im Hintergrund läuft ein dezenter Hip-Hop-Beat. Wie jeden Freitagabend.

Und dann gehen die Protestrufe los: «*Abe yamerō!*» («Abe, tritt zurück!»), «*Kempō mamore!*» («Schütze die Verfassung!»), «*Shūdanteki jieken wa iranai!*» («Wir brauchen kein kollektives Selbstverteidigungsrecht!»), «*Sensō iranai!*» («Wir brauchen keinen Krieg!»). Der junge Mann schreit aus voller Kehle, und die Anwesenden folgen seinem Beispiel. In den ersten Reihen sieht man vor allem junge Gesichter um die Zwanzig. Viele StudentInnen sind dem Aufruf der Gruppe Student Emergency Action for Liberal Democracy (SEALDs) gefolgt, was in Japan seit den gewaltvollen Studentenprotesten der 1960er und 1970er Jahre eine Seltenheit ist. Die Proteste der letzten Jahrzehnte wurden von RentnerInnen und Hausfrauen getragen. Bei der arbeitenden Bevölkerung und den jungen Leuten sind sie, abgesehen von ersten Sounddemos gegen den Irakkrieg und Massenprotesten nach Fukushima, eher negativ besetzt.

Doch die Proteste jetzt scheinen etwas anderes zu sein. VertreterInnen aller Altersgruppen sind anwesend, aber was

das Wichtigste ist: Die jungen Leute sind hier federführend. Mit einer Protestform, deren Grundlage die Kommunikation über soziale Netzwerke ist und die Jugendkultur wie Hip-Hop oder Modebewusstsein mit politischem Engagement verbindet, konnte eine Generation gewonnen werden, der man bisher politische Gleichgültigkeit nachsagte.

Solche und ähnliche Szenen fanden den kompletten Sommer über statt, mit Spitzenzahlen von mehr als 120.000 Protestierenden vor dem Parlamentsgebäude. Rechnet man die Menschen, die an anderen Stellen im Regierungsviertel protestierten, und die Fluktuation der TeilnehmerInnen der über mehrere Stunden andauernden Protesten mit ein, sollten diese Zahlen noch weitaus höher ausfallen. In solch einem Kontext machten auch die kniehohen Plastikabsperrungen keinen Sinn mehr; Polizei und Presse mussten aufstocken. Selbst regierungsnahen Medien kamen nicht mehr umhin, über die Proteste zu berichten, denn auch in anderen Teilen des Landes – von Okinawa im Süden bis Sapporo im Norden – gingen Menschen auf die Straße. Darüber hinaus sah man RednerInnen der Gruppe SEALDs immer wieder Pressekonzferenzen und Interviews in Talkshows geben. Aki Okuda, eines der wichtigsten Gesichter der Organisation, schaffte es mit seinen 23 Jahren sogar bis ins Parlament, wo er an die Vernunft der Regierung und die Tatkraft der Opposition appellierte.

Neben der Studentenorganisation haben sich weitere Gruppen zusammengesetzt, wie beispielsweise die Association of Scholars Opposed to the Security-related Laws (ASOSB) oder Mothers Against War, eine Vereinigung besorgter Mütter, die um die Zukunft ihrer Kinder fürchtet. Doch nicht nur die Protestgruppen, die sich formiert haben, sondern auch die Rufe nach einer ausführlicheren Erklärung bezüglich der Absichten der neuen Sicherheitsgesetze zeigen, dass die Abe-Regierung über die Köpfe eines Großteils der Bevölkerung hinweg entschieden hat. Im September 2015 drückte sie ihr Gesetzespaket mit einer Mehrheit im Repräsentantenhaus durch. Ein herber Schlag für die Antikriegsbewegung in Japan.

DIE BEFÜRCHTUNGEN DER PROTEST-BEWEGUNG

Doch welche Befürchtungen hegen die jungen Protestierenden, die im vergangenen Sommer für so viel Aufmerksamkeit gesorgt haben? Es geht ihnen nicht nur um das angespannte Verhältnis zu den Nachbarstaaten Korea und China. Sie verstehen sich vielmehr als weltoffene junge Menschen, dem Kampf gegen Gewalt und rechtes Gedankengut verpflichtet – ein Gedankengut, das tief in einer politischen Elite verankert ist, die mit Rückblick auf den Pazifikkrieg Themen wie Zwangsprostitution von koreanischen und chinesischen Frauen an der Front verharmlost und in enger Verbindung zur nationalistischen Organisation Nippon Kaigi steht. Diese befürwortet unter anderem offizielle Besuche des Ministerpräsidenten im Yasukuni-Schrein, einem Shinto-Schrein zur Verehrung von Kriegsgefallenen, unter denen auch Kriegsverbrecher der Klasse A sind, also solche, denen bei den Tokioter Prozessen «Verbrechen gegen den Frieden» vorgeworfen wurden. Besuche von hochrangigen PolitikerInnen, vor allem dann, wenn sie nicht privater Natur sind, sorgen immer wieder für massive Proteste vor allem aus China und Korea, aber auch vonseiten der japanischen Linken.

Darüber hinaus sieht die Protestbewegung die Grundlagen der Demokratie in Gefahr. Das bereits erwähnte «Gesetz zum

Schutze bestimmter (Staats-)Geheimnisse» stellt im Prozess des Demokratieabbaus nur den Anfang dar. Nach diesem Gesetz können Staatsgeheimnisse willkürlich bestimmt und sowohl BürokratInnen, die diese Informationen weitergeben, als auch JournalistInnen härter bestraft werden. Für Staatsangestellte ist es schwer einzuschätzen, welche Informationen als geheim eingestuft werden könnten. Dies kann zur Folge haben, dass von Beginn an weniger Informationen den Weg in die Öffentlichkeit finden werden.

Japans Konservative haben mit der geschichtsrevisionistischen Linie Abes, der bereits in den 1990er Jahren als Führer der «Gesellschaft zur Schaffung neuer Geschichtslehrbücher» (*Atarashii rekishi kyōkasho o tsukuru kai*) japanische Gräueltaten im Zweiten Weltkrieg heruntergespielt, dem Land einen erneuten Ruck nach rechts versetzt. Den nun durchgesetzten Reformen, die in den Augen der Protestierenden den Willen des Volkes missachten, sollen weitere folgen.

So erbat Hakubun Shimomura (LDP), Minister für Bildung, Kultur, Sport, Wissenschaft und Technologie, in einem Schreiben an die 86 staatlichen Universitäten des Landes vom 8. Juni 2015 Reformentwürfe, die einen Abbau der Geisteswissenschaften zum Ziel haben. Offiziell wird hierfür als Erklärung angegeben, dass im Gegenzug wirtschafts- und naturwissenschaftliche Fächer gestärkt werden sollen, um eine bessere Vorbereitung der AbsolventInnen auf den Arbeitsmarkt gewährleisten und Bedürfnisse der Gesellschaft besser abdecken zu können. KritikerInnen ist jedoch bewusst, dass eine solche Maßnahme auf das Herz des linken und liberalen Aktivismus in Japan abzielt, dessen VertreterInnen häufig einen Hintergrund in geisteswissenschaftlichen Fächern haben. Es wird befürchtet, dass die konservative Regierung langsam, aber sicher kritische Stimmen zum Schweigen bringen möchte.

Darüber hinaus sind die enormen Studiengebühren eine weitere Belastung für die junge Generation. Viele haben Angst, dass diese bald nicht mehr zu finanzieren sind, denn schon jetzt ermöglichen sich die meisten ihr Studium entweder über Darlehen oder durch die Ersparnisse der Eltern. Es ist zu befürchten, dass sich aus diesem Grund in Zukunft mehr junge Menschen gegen eine akademische Ausbildung und für eine Karriere beim Militär entscheiden. Diesem wurde nun der Weg für Auslandseinsätze frei gemacht. Ein Szenario, das man bereits zur Genüge aus den Vereinigten Staaten kennt. Für viele zeichnet sich damit ein kalkulierter Plan zu einem Staat hin ab, der militärpolitische und bildungspolitische Reformen ineinandergreifen lässt. Die Befürchtungen der besorgten Mütter und StudentInnen sind also durchaus ernst zu nehmen.

RECHTSEXTREMISMUS IM INTERNET

Ein weiteres Phänomen, mit dem die jungen AktivistInnen zu kämpfen haben, ist auch in Deutschland bekannt: Die Verbreitung von rechten Parolen über das Internet; im Kommentarteil von Twitter, Facebook und Co., aber auch auf eigens eingerichteten Seiten. Pazifismus sei nur Feigheit vor der Verteidigung des eigenen Volkes und eine Flucht aus internationaler Verantwortung, gehört noch zu den harmlosesten Anfeindungen. Zuhäuf behaupten die «Internet-Rechten», in Japan *netouyo* genannt, dass ProtestteilnehmerInnen koreanisch- oder chinesischstämmige SaboteurInnen seien und als Marionetten der kommunistischen Partei erhalten müssten. Anderen wird nahegelegt, besser den Mund zu einem Thema zu halten, von dem

sie – schlicht und einfach aufgrund ihres Alters – nichts verstanden. An weibliche Aktivistinnen gerichtete sexistische Kommentare, die inhaltlich weit am eigentlichen Thema der Debatte vorbeigehen, und an den Aktivisten Aki Okuda gesandte Morddrohungen zeigen, dass in diesem Kontext rechte Gruppen zumindest vor psychischer Gewalt nicht zurückschrecken. Das Potenzial rechter Gewalt ist in der japanischen Gesellschaft also durchaus vorhanden, auch wenn bisher keine direkten Übergriffe auf ProtestteilnehmerInnen bekannt geworden sind.

Obgleich sie nicht in direkter Verbindung zu den Antikriegsprotesten stand, sorgte im Kontext des rechten Internetaktivismus eine Illustration der konservativen Cartoonistin Toshiko Hasumi im Oktober 2015 für Aufmerksamkeit. Das auf Facebook veröffentlichte Bild zeigt ein syrisches Flüchtlingskind mit folgender Bildunterschrift: «Ich möchte sicher leben, möchte ein sauberes Leben führen, möchte leckere Sachen essen, möchte frei spielen, möchte mich schick anziehen, möchte im Luxus schwelgen, ohne Mühen. Ich möchte so leben, wie ich es will, auf Kosten von anderen. Ich hab's, ich werde Flüchtling!»

Ein solches Bild würde sicherlich auch hierzulande bei vielen Pegida- und AfD-AnhängerInnen auf fruchtbaren Boden fallen. Die japanische Regierung hat im vergangenen Jahr aber nur elf Anträge von etwa 5.000 Asylsuchenden akzeptiert – und das bei stark rückläufigen Geburtenraten und einer Überalterung in der japanischen Gesellschaft. Asylanträge werden vor allem von Menschen aus Ländern gestellt, zu denen Japan relativ gute Beziehungen unterhält, beispielsweise aus Myanmar, Nepal und der Türkei. Auch wenn gleichzeitig eine Rekordsumme an finanzieller Hilfe von 181,6 Millionen US-Dollar an die UN Refugee Agency gezahlt wurde, was Japan zum zweitgrößten Geldgeber nach den USA macht, behält das Land seine restriktive Einwanderungspolitik bei und möchte stattdessen das Geburtenproblem selbst in den Griff bekommen sowie ältere Menschen und Frauen besser in den Arbeitsmarkt integrieren. Auf diese Aufgaben müsse sich die Politik in Japan nun konzentrieren, so Abe.

Ob die geringe Aufnahme von Flüchtlingen nun den konservativen Ansichten der Regierung geschuldet ist oder die geringe Erfahrung mit einer offeneren Migrationspolitik in der japanischen Geschichte im Allgemeinen die Grundlage dieses Phänomens bildet, ist für den Effekt irrelevant. Gerade deshalb ist es für jene, die auf die Straße gehen, wichtig, dass sich etwas bewegt im Land. Sie wollen eine offenere Gesellschaft.

EINE GESCHEITERTE BEWEGUNG?

Doch selbst wenn die Protestbewegung das Durchdrücken der Gesetzentwürfe nicht aufhalten konnte: Kann man sie wirklich als gescheitert abtun? Eine Bewegung, die sich durchaus mit den Protesten nach Fukushima vergleichen lässt, die es über die letzten Monaten geschafft hat, Hunderttausende auf die Straße zu bringen, zeigt, dass sich etwas tut in diesem Land. Sie versucht, politischen Aktivismus in der Gesellschaft neu zu verankern und bedient sich hierbei der Sprache eben jener jungen Generation, die häufig als apolitisch abgetan wurde.

Dieser politische Aktivismus, der sich gezielt gegen das altbackene System der LDP richtet und sich als weltoffene, antifaschistische Bewegung versteht, kann dazu beitragen, eine Wende einzuleiten. Wenn auch nicht in dieser Legislaturperiode, dann doch vielleicht in der nächsten.

Es ist eine Bewegung, die mit einer Partei abrechnen will, die auf eine Geschichte nahezu ununterbrochener Regierungsbeteiligung in den letzten 60 Jahren zurückblicken kann. Abgesehen von kurzen Intermezzi anderer Parteien in den 1990er Jahren und den Jahren 2009 bis 2012 waren die LDP und ihre Vorgänger immer mit federführend. Es wurde ein System etabliert, das auf die Verbindungen dieser Partei zur Wirtschaft und Verwaltung aufbaut und nur schwer zu durchbrechen ist, wie die bisher vergeblichen Versuche, sich von der Atomkraft loszusagen, gezeigt haben. Umso mehr verstehen sich die Protestierenden als Bewegung, die aufzeigt, dass es auch anders geht, dass Japan eine Zukunft haben kann, die nicht geprägt ist von fragwürdigen Ressentiments und Lobbyismus.

MITGESTALTEN IST COOL

Es wird eine Mammutaufgabe sein, das politische Bewusstsein der jungen Generation in einer Gesellschaft aufrechtzuerhalten, in der das Senioritätsprinzip eine tragende Rolle spielt *und* der Anteil der über 64-Jährigen bereits jetzt mehr als 20 Prozent beträgt. Gerade nach einer Phase, in der das unmittelbare Protestziel nicht erreicht werden konnte, ist es wichtig, an dem Sinn der Proteste festzuhalten, anstatt in Resignation zu verfallen.

Des Weiteren ist es fragwürdig, ob in dieser Gesellschaft wieder eine Kultur der öffentlichen politischen Diskussion etabliert werden kann, wenn bereits das Kundtun der eigenen Meinung Hasstiraden und soziale sowie berufliche Exklusion zur Folge haben kann. Wenn sich Studierende und SchülerInnen im Hinblick auf ihren zukünftigen Ausbildungsplatz oder aufgrund von Angst vor sozialer Ausgrenzung zweimal überlegen müssen, ob sie politisch aktiv werden, ob sie auf die Straße gehen, ob sie beim Abendessen mit FreundInnen das Thema Politik ansprechen, kann sich auf Dauer kein Klima der aktiven politischen Partizipation entwickeln. Schaut man auf politische Bewegungen in der Vergangenheit, beispielsweise auf die Studentenproteste der 1960er und 1970er Jahre, aber auch auf die frühen reformpolitischen Bewegungen der Meiji-Zeit (1868–1912), wird deutlich, dass öffentliche Debatten – entgegen der herrschenden Meinung – doch zur japanischen Kultur gehören.

Trotz eines solchen Klimas ist eine positive Entwicklung vorstellbar, denn gerade die Kombination aus Meinungsäußerung, modischem Statement und musikalischer Untermauerung trifft den Zeitgeist in Japan. Mit ihrer Hilfe kann vermittelt werden, dass sich Mitgestalten lohnt und auf keinen Fall uncool ist.

Darüber hinaus bieten soziale Medien nicht nur eine Plattform für Hasskommentare, sondern für die Kommunikation der AktivistInnen untereinander – und das über Landesgrenzen hinweg. So können sie auch direkt mit Menschen aus den Nachbarländern in Kontakt treten und zeigen, dass ein Teil der jungen Generation und der japanischen Gesellschaft die geschichtsrevisionistische und aggressive Haltung der gegenwärtigen Regierung nicht mitträgt.

Umso wichtiger ist es, dass diese liberale Entwicklung gegen rechts auch im Ausland Aufmerksamkeit findet. Wie bei jeder anderen Bewegung schöpft man auch hier Kraft aus Anerkennung – und diese sollte gerade bei jungen Menschen nicht nur auf nationaler Ebene eine Selbstverständlichkeit sein. Internationale Solidarität mit der Antikriegsbewegung wird diese in ihrem Handeln bestärken. Wenn dies auf Dauer gelingt, wird sich ein politisches Bewusstsein ent-

wickeln können, das stärker ist als festgefahrene Strukturen und vielleicht sogar stärker als die nicht enden wollenden Wolkenbrüche zur Regenzeit in Japan.

Marius Palz studiert Ethnologie und Japanologie an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und arbeitet gegenwärtig zum Thema Minderheiten, vor allem der indigenen Minderheit der Ainu in Japan. Bis August 2015 hielt er sich in Tokio auf, wo er Augenzeuge der Protestbewegung wurde.

QUELLEN UND LITERATURHINWEISE

ASOSB: <http://anti-security-related-bill.jp/> (Stand: 17.11.2015).

KOHLBACHER, FLORIAN: Bevölkerungsentwicklung in Japan. Fokus Märkte, in: Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung (Hrsg.): Online-Handbuch Demografie, Mai 2010, unter: www.berlin-institut.org/online/handbuch-demografie/bevoelkerungsdynamik/auswirkungen/japan-fokus-maerkte.html (Stand: 20.11.2015).

MCCURRY, JUSTIN: New generation of Japanese anti-war protesters challenge Abe, in: The Guardian, 16.9.2015, unter: www.theguardian.com/world/2015/sep/16/japanese-anti-war-protesters-challenge-shinzo-abe (Stand: 17.11.2015).

MOTHERS AGAINST WAR: <http://mothers-no-war.color-balloons.net/> (Stand: 17.11.2015).

NIPPON KAIGI: www.nipponkaigi.org/ (Stand: 17.11.2015).

OSAKI, TOMOHIRO: «Racist» illustration of refugee girl sparks ire among Japan's netizens, in: The Japan Times News, 2.10.2015, unter: www.japantimes.co.jp/news/2015/10/02/national/social-issues/racist-illustration-refugee-girl-sparks-ire-among-japans-netizens/#.Vkopfb_rIYZ (Stand: 17.11.2015).

OSAKI, TOMOHIRO: Thousands protest Abe, security bills at Diet rally, in: The Japan Times News, 30.8.2015, unter: www.japantimes.co.jp/news/2015/08/30/national/thousands-protest-abe-security-bills-diet-rally/#.VksZOL_rIYa (Stand: 17.11.2015).

SEALDS: www.sealds.com/ (Stand: 17.11.2015).

SUNDA, MIKE: Japan's student protests: To the barricades in designer gear, in: BBC News, 20.10.2015, unter: www.bbc.com/news/world-asia-34581340 (Stand: 17.11.2015).

TAKAHASHI, GENISHIRŌ & SEALDS: Minshu shugi tte nanda? Mada kono kuni wo akiramenai tame ni. Kawade Shobō Shinsha, Tokyo 2015.

WENDLING, MIKE: Is this manga cartoon of a six-year-old Syrian girl racist?, in: BBC News, 8.10.2015, unter: www.bbc.com/news/blogs-trending-34460325 (Stand: 17.11.2015).

RAUL ZELIK

STAATSKRISE IN SPANIEN – WIRD KATALONIEN UNABHÄNGIG?

Nachdem sich die Unabhängigkeitsparteien Junts pel Sí und Candidatura d'Unitat Popular (CUP) Anfang Januar dieses Jahres – nur zwei Stunden vor Ablauf der gesetzlich vorgeschriebenen Frist – doch noch auf die Wahl eines Ministerpräsidenten verständigen konnten, treibt Katalonien nun ernsthaft seine Loslösung von Spanien voran. Die Linke im spanischen Staat ist über diesen Prozess tief zerstritten. Während in Madrid die Einschätzung vorherrscht, dass die Unabhängigkeitsbestrebungen zu einer Ethnisierung sozialer Konflikte führen werden, sind viele Linke in den Regionen davon überzeugt, dass der Unabhängigkeitsprozess die Tür für soziale und demokratische Veränderungen weit aufstoßen kann.

LINKSRADIKALE TOLERIEREN DIE SOZIAL-LIBERALE REGIERUNG

Die Verhandlungen über die Bildung der katalanischen Regierung hatten sich drei Monate lang hingezogen, da sich die linksradikale CUP, ein Bündnis antikapitalistischer und feministischer Gruppen, weigerte, den bisherigen Ministerpräsidenten Artur Mas von der bürgerlichen Convergència Democràtica de Catalunya (CDC) als Regierungschef zu bestätigen.

Nachdem eine Vollversammlung der CUP mit 3.000 AktivistInnen Ende Dezember 2015 diese Position bekräftigte (exakt 1.515 Personen stimmten für, ebenso viele gegen die Wahl des bürgerlichen Politikers), war man allgemein bereits von Neuwahlen ausgegangen. Doch auf Druck gesellschaftlicher Organisationen und wohl auch aus Furcht der liberalen CDC vor einer Wahlschlappe kam im letzten Augenblick schließlich doch noch eine Einigung zustande. Neuer Ministerpräsident ist nun der ehemalige Bürgermeister von Girona Carles Puigdemont (ebenfalls CDC). Stellvertretender Regierungschef und Wirtschaftsminister wird Oriol Junqueras von der sozialdemokratischen Esquerra Republicana de Catalunya (ERC), und um die internationale Anerkennung des Unabhängigkeitsprozesses soll sich Raül Romeva kümmern, der für die linkssozialdemokratisch-grüne Iniciativa per Catalunya Verds bis 2014 im Europaparlament saß.

Die CUP, die nicht an der Regierung Puigdemont beteiligt ist, verpflichtete sich, diese bei der Loslösung von Spanien in den kommenden 18 Monaten parlamentarisch zu stützen. Zu diesem Zweck werden sich zwei der zehn CUP-Abgeordneten an den Fraktionssitzungen der (von CDC, ERC und unabhängigen Linken gebildeten) Mehrheitsliste Junts pel Sí beteiligen. Die Regierung verfügt damit über eine solide

Mehrheit – 72 von 135 Sitzen – im katalanischen Parlament. Damit die bürgerliche CDC ihr Gesicht nicht verliert, mussten neben dem bisherigen Ministerpräsidenten Artur Mas auch zwei CUP-Abgeordnete symbolisch zurücktreten, sie wurden durch Nachrücker ersetzt.

REGIERUNGSPROGRAMM: VERFASSUNG- GEBENDER PROZESS, GRÜNDUNG EINER REPUBLIK, SOZIALPROGRAMME

Podemos, Izquierda Unida und die Madrider Mainstream-Presse zeigten sich bei der Bewertung der neuen katalanischen Regierung ungewohnt einig: Die CUP, so hieß es, habe der von Korruptionsskandalen erschütterten CDC einen Rettungsring zugeworfen und damit einen Politikwechsel verhindert.

Tatsächlich ist das ungewöhnliche Regierungsbündnis aus Liberalen, SozialdemokratInnen und Linksradikalen nur zu verstehen, wenn man die These akzeptiert, dass Katalonien tatsächlich seine Unabhängigkeit anstrebt. Aus Sicht der «katalanistischen» Parteien handelte es sich bei den Wahlen im September 2015 nämlich nicht um einen gewöhnlichen Urnengang, sondern um ein Referendum. Hintergrund ist, dass das katalanische Parlament 2013 mit großer Mehrheit die Durchführung eines Referendums beschlossen hatte, dieses jedoch durch Madrid verboten worden war. In Anbetracht der politischen Blockade beraumte die Autonomieregierung daraufhin «plebiszitäre Wahlen» an, bei denen 48 Prozent die Unabhängigkeitsforderung (Junts pel Sí, CUP) unterstützten, 39 Prozent für die Beibehaltung des Status quo stimmten (PP, Ciudadanos, PSOE) und weitere 10 Prozent Parteien ihre Stimme gaben, die einen verfassunggebenden Prozess und das Unabhängigkeitsreferen-

dum unterstützen, sich aber für eine föderale Lösung innerhalb Spaniens einsetzen.

Die Unabhängigkeitsparteien, die die absolute Mehrheit der Stimmen knapp verfehlten, aber über eine klare parlamentarische Mehrheit verfügen, rechtfertigen ihre Entscheidung, die Loslösung von Spanien in Gang zu setzen, damit, dass eine demokratische Befragung der katalanischen Bevölkerung innerhalb des spanischen Staates nicht möglich ist. In diesem Sinne soll die «Übergangsregierung» Puigdemont die Grundlagen für einen verfassungsgebenden Prozess und ein rechtlich bindendes Referendum schaffen.

Aus der Antrittsrede des neuen Ministerpräsidenten lässt sich die Radikalität dieses Vorhabens nicht unbedingt herauslesen.¹ Die Statements Puigdemonts unterscheiden sich in vieler Hinsicht kaum von «normalen» Regierungserklärungen – was von spanischen Linken als Beweis dafür herangezogen wurde, dass es sich bei den Unabhängigkeitsbestrebungen in Wirklichkeit nur um ein Manöver handele, mit dem die CDC ihre Krise zu kaschieren versucht.

Dagegen spricht jedoch das zwischen Junts pel Sí und CUP ausgehandelte Regierungsprogramm, das demokratie- und sozialpolitisch deutlich über das hinausgeht, was Podemos als Oppositionspartei in Madrid vertritt. Während nämlich Podemos zentrale Forderungen – wie etwa den verfassungsgebenden Prozess und die Einführung eines Grundeinkommens – aus ihren Programmen gestrichen hat, verpflichtet sich die sozialliberale katalanische Übergangsregierung auf genau diese Punkte. Innerhalb von 18 Monaten soll eine eigene Verfassung erarbeitet und gesellschaftlich debattiert werden. Die Autorität des (noch von der Franco-Diktatur eingesetzten) Königshauses soll nicht länger anerkannt und Katalonien zügig in eine Republik verwandelt werden. Zudem sollen die Opfer der Wirtschaftskrise mit Sozialprogrammen in Höhe von 270 Millionen Euro unterstützt werden.

Ein von der PAH (Bewegung gegen Zwangsräumungen) initiiertes Gesetz gegen Zwangsräumungen und Energiearmut wurde bereits 2015 mit Unterstützung der CDC vom Autonomieparlament verabschiedet, konnte jedoch auf Weisung Madrids bisher nicht umgesetzt werden. Erwähnenswert sind schließlich auch noch zwei weitere Maßnahmen, die Puigdemont bei seiner Antrittsrede ankündigte: die Einführung eines Existenzgeldes und die Ausrichtung der Flüchtlingspolitik an den UNHCR-Richtlinien.

ETHNISIERUNG DES SOZIALEN ODER LINKSWENDE?

Ob die neue Regierung ihr Programm auch umsetzen wird, steht in den Sternen. Madrid hat bereits angekündigt, dass man die Finanzmittel Kataloniens einfrieren werde, um den Unabhängigkeitsprozess zu stoppen. Ohne Haushaltsmittel jedoch werden die Sozialprogramme Absichtserklärungen bleiben müssen. Andererseits könnte genau dieser Konflikt die gesellschaftlichen Kämpfe neu aufflammen lassen. Dabei besteht zwar auch das Risiko, dass die «nationale Frage» soziale Forderungen überdeckt, doch möglich ist auch das Gegenteil – dass nämlich der Konflikt mit Madrid noch deutlicher als bisher sozialpolitisch besetzt wird.

Denn der Unabhängigkeitsprozess hat die katalanische Politik zumindest bisher (ähnlich wie 2014 in Schottland) eher nach links verschoben. So hat sich die (neo-)liberale CDC bereits in den vergangenen vier Jahren immer wieder Initiativen der sozialen Bewegungen – zum Beispiel der Ge-

setzesinitiative gegen Zwangsräumungen, dem Verbot von Gummigeschossen bei der Polizei und der Schließung von Abschiebezentren – angeschlossen, um politisch nicht isoliert zu werden.

Es spricht einiges dafür, dass das auch in den nächsten zwei Jahren so weitergehen könnte. Die Regierung Puigdemont wird nämlich an ihrem Wahlversprechen gemessen werden, die Loslösung von Spanien voranzutreiben. Da sie dabei nicht auf Unternehmerverbände und Banken zählen kann (die das Risiko eines Unabhängigkeitsprozesses für unkalkulierbar halten) und die Position der politischen Rechten bereits durch die spanischen Parteien PP und Ciudadanos besetzt ist, muss sie dieses Vorhaben mit der katalanischen Linken umsetzen und sich zudem darum bemühen, jenen Teil der Bevölkerung zu gewinnen, dem zwar die Unabhängigkeit egal ist, der sich aber soziale Verbesserungen wünscht.

Dass die Liberalen (und nicht die sozialdemokratische ERC) den Regierungschef stellen, könnte sich dabei sogar als Vorteil erweisen: Puigdemont wird stärker als ein ERC-Politiker gezwungen sein, die fortschrittlichen Aspekte des Unabhängigkeitsprozesses zu betonen.

GESCHICHTE DER UNABHÄNGIGKEITS-FORDERUNG

Dass die Forderung nach Unabhängigkeit überhaupt in den Mittelpunkt der Debatte gerückt ist, versteht man nur, wenn man sich die Auseinandersetzungen um das katalanische Autonomiestatut in den 2000er Jahren vor Augen führt.

Antifaschistische, linke und nationale Forderungen waren in Katalonien bereits im Widerstand gegen die Franco-Diktatur enge Verbindungen miteinander eingegangen.² Nach der Einführung des Autonomiestatuts von 1980 jedoch trat nur noch eine kleine Minderheit für die Unabhängigkeit ein. Stattdessen nutzten die katalanischen Parteien die Autonomie zur Stärkung von Sprache und Institutionen. Die Haltung der seit 1980 fast ununterbrochen regierenden Convergència i Unió (CiU), einer Koalition aus liberaler CDC und christdemokratischer Unió, entsprach in dieser Hinsicht der Politik der bayerischen CSU. Die kulturelle Eigenständigkeit wurde betont, um die eigene Partei machtpolitisch zu stärken. Gleichzeitig bot sich die CiU als staatstragende Partei in Madrid an und stützte je nach Notwendigkeit Regierungen der PP oder PSOE. Parallel dazu baute die katalanische Rechte – ähnlich wie die PP in Spanien – ein gigantisches Korruptionsnetzwerk auf: Allein die Familie des langjährigen Ministerpräsidenten Jordi Pujol soll 1,8 Milliarden Euro in Steuerparadiese verschoben haben.³

Die Lage änderte sich erst, als 2003 in Katalonien eine Mitte-links-Regierung aus PSC (der katalanischen Sektion der PSOE), ERC und der linkssozialdemokratisch-grünen Iniciativa per Catalunya Verds (ICV) gebildet wurde und wenige Monate später die PSOE auch in Gesamtspanien die Regierung übernahm (und mit der ETA über eine politische Lösung des baskischen Konflikts zu verhandeln begann). Die Stunde einer föderalen Neuordnung Spaniens schien gekommen.

Trotz großer Kompetenzen der Autonomieregionen (in Bildungs-, Sprach- und Wirtschaftsangelegenheiten) ist die Grundstruktur des Landes bis heute zentralistisch. Madrid kann Gesetze der Autonomieregierungen jederzeit außer Kraft setzen, die Existenz der nicht spanischen Nationen im Staat wird hartnäckig geleugnet. Auch die erhofften föderalen Reformen blieben aus. Die katalanische Mitte-links-Re-

gierung legte zwar ein neues Autonomiestatut vor, doch dieses wurde von der PSOE im Parlament in Madrid blockiert und bis zur Unkenntlichkeit beschnitten. Als der Verfassungsgerichtshof 2010 dann auch noch diese modifizierte Version einkassierte, reagierte ein großer Teil der Bevölkerung empört. Zwei Millionen (von insgesamt 7,5 Millionen) KatalanInnen demonstrierten gegen das Diktat des Zentralstaats.

In der Schuldenkrise, als die Zentralregierung in die Haushalte der Autonomieregionen eingriff und Sozialkürzungen in den Regionen erzwang, nahm diese Unzufriedenheit noch weiter zu. So entstand schließlich, völlig unerwartet für die politischen Parteien, eine breit getragene Unabhängigkeitsbewegung, die seitdem immer wieder Millionen Menschen auf die Straße gebracht hat. Spanische Linke vergleichen diese Bewegung häufig mit der wohlstandschauvinistischen Lega Nord in Norditalien. Doch tatsächlich speist sich das katalanische Unabhängigkeitsstreben aus sehr unterschiedlichen Motiven: Während für die einen demokratische, anti-franquistische, republikanische und soziale Forderungen im Vordergrund stehen, geht es anderen tatsächlich darum, Katalonien von den Transferzahlungen an den Zentralstaat zu befreien. Zudem ist die These, wonach sich «reiche Katalanen» aus der Solidarität mit dem armen Süden herausstellen wollen, ausgesprochen verkürzt. Erstens liegt das katalanische Pro-Kopf-BIP mit 27.000 Euro jährlich deutlich unter dem der Autonomiegemeinschaft Madrid mit 31.000 Euro,⁴ und zweitens führt das Solidaritätsargument auch insofern in die Irre, als die katalanischen Transferleistungen ja nicht andalusischen LandarbeiterInnen oder Zwangsgeräumten in Badajoz, sondern den gesamtspanischen Eliten zugutekommen.

Unterschätzt wird häufig auch, welche enormen Verschiebungen die Protestbewegung seit 2010 ausgelöst hat: Die CiU, wichtigste Machtpartei Kataloniens, ist zerbrochen. Während sich die krisengebeutelte CDC gegen die Interessen der Großkonzerne positioniert hat, ist die christdemokratische Unió, die für eine Autonomiereform plädiert, in der Bedeutungslosigkeit versunken. Die sozialdemokratische ERC hat sich radikalisiert, in den föderalen Mitte-links-Parteien PSC und ICV haben sich Minderheitenfraktionen herausgebildet, die für die Unabhängigkeit eintraten und ihre Parteien schließlich verlassen haben. Die linksradikale CUP schließlich, die bis 2011 nur aus einigen lokalen Listenverbindungen bestand, hat bei den letzten Wahlen 8 Prozent bekommen und bestimmt die politische Debatte maßgeblich.

Diese Radikalisierung hat zudem auch die Bereitschaft wachsen lassen, das Demokratiedefizit des spanischen Staates offen zu benennen. Die bürgerlichen katalanischen Parteien gaben im Herbst 2014 beispielsweise, als Madrid das Unabhängigkeitsreferendum für illegal erklärte, nicht einfach klein bei, sondern propagierten eine Form des zivilen Ungehorsams und organisierten zusammen mit gesellschaftlichen Organisationen eine rechtlich nicht bindende *consulta* (Volksbefragung). Obwohl auch diese mit Verbot bedroht wurde, beteiligten sich am 9. November 2014 2,3 Millionen der 5,5 Millionen Wahlberechtigten an der Befragung. 81 Prozent stimmten dabei für einen unabhängigen katalanischen Staat, weitere 10 Prozent für einen eigenen Bundesstaat innerhalb einer föderalen Republik.

Wenn man die aktuellen Debatten verstehen will, muss man berücksichtigen, dass die bürgerliche CDC in diesem Konflikt mehr Zivilcourage gezeigt hat als die föderalen

Linksparteien Izquierda Unida, ICV oder Podemos. Letztere befürworteten zwar das Referendum, trugen aber wenig dazu bei, um die Abstimmung trotz des Verbots durchzusetzen. Der bürgerliche Ministerpräsident Artur Mas hingegen wurde 2015 tatsächlich von der spanischen Justiz angeklagt.⁵

DIE ROADMAP VON JUNTS PEL SÍ

Der Roadmap der Regierung Puigdemont sieht nun vor, dass man sich in den kommenden 18 Monaten punktuell über die spanische Gesetzgebung hinwegsetzen und eigene Institutionen (etwa eine Steuerbehörde) aufbauen wird. Vor allem jedoch soll eine republikanische Verfassung erarbeitet und gesellschaftlich diskutiert werden. Diese Verfassung und die damit zusammenhängende Eigenstaatlichkeit sollen dann in einem Referendum, das man notfalls auch gegen den Willen des Zentralstaats durchführen will, zur Wahl gestellt werden. Die Roadmap unterscheidet also zwischen dem (bereits initiierten) Prozess der Loslösung und einer (per Referendum zu legitimierenden) Unabhängigkeitserklärung.

An der Ausarbeitung der Verfassung will sich neben den Unabhängigkeitsparteien auch die föderale Linke, sprich das (von Linksrünen, Podemos und Izquierda Unida gebildete) Bündnis Catalunya Sí que es Pot, beteiligen. Eine entsprechende Parlamentskommission ist bereits gebildet worden. Auf Druck der föderalen Linken hat das Bündnis allerdings keine «legislative», sondern nur eine «beratende» Funktion inne.

STRATEGIEDEBATTEN IN DER LINKEN

Die spanischen Linksparteien, aber auch AktivistInnen aus sozialen Bewegungen haben die CUP wegen des Tolerierungsabkommens mit der sozialliberalen Junts pel Sí zuletzt heftig angegriffen, und auch in der CUP selbst versuchten trotzkistische Gruppen die Vereinbarung bis zuletzt zu verhindern. Dabei ging es nicht nur darum, dass die CUP einen Politiker der CDC als Ministerpräsidenten akzeptiert hat, vielmehr wurde immer wieder darauf verwiesen, dass Neuwahlen in Katalonien eine große Chance darstellen könnten.

Tatsächlich gab es in den letzten drei Monaten eine bemerkenswerte Verschiebung des politischen Spektrums in Katalonien. Bei den Regionalwahlen im September 2015 war die föderale Linke (Podemos, Linksrüne und IU) auf knapp 9 Prozent, die CUP auf 8,2 Prozent gekommen. Bei den gesamtspanischen Wahlen im Dezember 2015 hingegen (bei denen die CUP zur Wahlenthaltung aufgerufen hatte) wurde das Bündnis En Comú Podem, das vor allem von der radikal-demokratischen Bewegung der Bürgermeisterin Barcelonas Ada Colau geprägt wird und das sich deutlich von Podemos abgesetzt hat, mit sensationellen 24,7 Prozent stärkste Partei. Die sozialdemokratische ERC wurde mit 16 Prozent zweitstärkste Kraft. Dementsprechend groß war die Hoffnung, dass Neuwahlen zu einer linken Regierung ähnlich wie in Barcelona führen könnten.

Gerade auch Bewegungslinke, die den autoritären Kurs der Podemos-Führung um Pablo Iglesias und Íñigo Errejón kritisieren, waren der Überzeugung, dass Neuwahlen in Katalonien eine neue Dynamik in ganz Spanien in Gang setzen und in Podemos zu einer demokratischen Öffnung führen könnten.

Dass die CUP sich gegen ein solches Projekt entschied, ist letztlich allerdings viel konsequenter, als die KritikerInnen unterstellen. Zum einen ist die Unabhängigkeit Kataloniens für die CUP tatsächlich ein strategisches Ziel. Diese Unab-

hängigkeit jedoch lässt sich nur erreichen, wenn sie von Teilen des Bürgertums mitgetragen wird. Die Unterstützung der CDC für die Gründung einer katalanischen Republik ist dementsprechend kein Hindernis, sondern Voraussetzung für das Projekt.

Neben dieser strategischen Zielsetzung, über die man streiten kann, gab es zudem ein sehr konkreteres Argument: Während es in Katalonien eine Mehrheit von fast 60 Prozent für die Gründung einer Republik und einen verfassunggebenden Prozess gibt, hat die Rechte in Gesamtspanien trotz Podemos das Heft weiter fest in der Hand. Die Parteien, die den 1978 unter dem Druck der alten franquistischen Machteliten ausgehandelten Verfassungskonsens verteidigen, kommen spanienweit nach wie vor auf 65 Prozent. Eine linke katalanische Autonomieregierung hätte wenig Spielräume gegen diese Mehrheit der spanischen Rechten. Die sozialliberale Regierung Puigdemont hingegen ist von vornherein mit dem Versprechen angetreten, den Staatspakt von 1978 aufzukündigen.

In diesem Zusammenhang spielen auch historische Erfahrungen eine wichtige Rolle. Das große Drama der *Transición*, also der Öffnung nach Francos Tod 1975, bestand darin, dass die spanische Linke unter Führung der Kommunistischen Partei die Forderung nach einem Bruch mit der Diktatur faktisch aufgab. Die faschistischen Kader behielten ihre Machtpositionen in Wirtschaft, Armee und Justiz, kein ein-

ziges Verbrechen der Diktatur wurde vor Gericht gebracht. Bemerkenswerterweise zeigten sich bürgerliche Parteien Kataloniens oder des Baskenlands (wie die ERC) in dieser Frage konsequenter als die Kommunistische Partei Spaniens. In den letzten drei Jahren hat sich diese Erfahrung wiederholt: Die spanische Linke sprach zwar viel von verfassunggebendem Prozess und Referendum, scheute aber jede Konfrontation, um diese Forderungen politisch durchzusetzen. Auch aus diesem Grund sehen viele katalanische Linken in der Unabhängigkeit eine realistische Perspektive, um grundsätzliche Veränderungen zu erzwingen.

Raul Zelik ist freier Autor und Politikwissenschaftler. Er veröffentlichte zuletzt «Mit Podemos zur demokratischen Revolution? Krise und Aufbruch in Spanien» (Bertz&Fischer) sowie den Roman «Der Eindringling» (Suhrkamp).

¹ Die Rede ist online einsehbar unter: <http://estaticos.elmundo.es/documentos/2016/01/10/discursopuigdemont.pdf>. ² So ging die wichtigste Organisation des antifranquistischen Widerstands in Katalonien, die 1936 aus dem Zusammenschluss der katalanischen Sektionen von SozialistInnen und KommunistInnen entstandene Vereinigte Sozialistische Partei Kataloniens (PSUC), in den 1960er und 1970er Jahren immer davon aus, dass soziale Forderungen und das nationale Selbstbestimmungsrecht Kataloniens miteinander verknüpft sind. Diese Position wurde als *catalanismo popular* bezeichnet. ³ El Mundo vom 3.8.2014, unter: www.elmundo.es/espana/2014/08/03/53dd5203e2704eb75e8b4584.html. ⁴ Vgl. die Statistiken unter: www.datosmacro.com/pib/espana-comunidades-autonomas. ⁵ Vgl. El País vom 29.9.2015, unter: http://ccaa.elpais.com/ccaa/2015/09/29/catalunya/1443516847_345075.html.

LUTZ BRANGSCH / JUDITH DELLHEIM

LINKE NACHBARSCHAFTSPOLITIK ORGANISIEREN

GEGEN DIE SICH ABZEICHNENDE IMPERIALE NEUBESTIMMUNG DER EU-POLITIK

Mit den Worten «unsere Region ist in Flammen»¹ leitete die Hohe Vertreterin der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik Federicia Mogherini Anfang März 2015 den öffentlichen Konsultationsprozess zur Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) ein.² Mitte November legte sie gemeinsam mit der Europäischen Kommission eine abschließende Mitteilung vor, die der Rat der Außenminister im Dezember 2015 rückhaltlos begrüßte und damit zum 1. Januar 2016 eine «neue Phase» von kollektivem Engagement für eine ENP mit der absoluten Priorität der «politischen Stabilisierung» einleitete.³ Zwar enthält das Papier realistische Einschätzungen und gebotenen Pragmatismus, aber eine Umsetzung der Vorschläge würde die eigentlichen Probleme nicht lösen, sondern weiter zuspitzen. Deshalb ist es höchste Zeit, dass die Linken ihr Konzept von Nachbarschaft, Stabilisierung und Sicherheit in die Debatte bringen und politikwirksam machen.

Der Begriff «Nachbarschaftspolitik» suggeriert Politik auf Augenhöhe. Sie betrifft das eigene Selbstverständnis und die Frage, wie man die NachbarInnen sieht, was man von ihnen erwartet, welches Verhältnis man sich zu ihnen wünscht. Vor 30 Jahren sprachen auch westliche PolitikerInnen von einem «gemeinsamen europäischen Haus». Michail Gorbatschow prägte 1987 diese Formulierung: «In dem Begriff «gesamteuropäisches Haus» steckt vor allem die Anerkennung einer bestimmten Ganzheitlichkeit, obwohl es sich um Staaten handelt, die verschiedenen sozialen Systemen und gegensätzlichen politisch-militärischen Bündnissen angehören. Der Begriff vereint in sich Notwendiges und Mögliches.»⁴

Die Bedingungen haben sich seither geändert – die Gefahren, die von globalen weltzerstörenden Konflikten ausgehen, nicht. Das Verhältnis der Mitglieder der Europäischen Union (EU) und der EU zu ihrer Nachbarschaft wird heute von drei Aspekten geprägt: Erstens hat man es im Süden jenseits des Mittelmeers mit ehemaligen europäischen Kolonien zu tun, zweitens im Osten mit Ländern, die zu verschiedenen westlichen Imperien gehörten, Grausamkeiten von ihren Nachbarn erfahren haben und jahrzehntelang zu einem «feindlichen sozialistischen Lager» gerechnet wurden. Drittens schließlich steht Russland mit seinen Eigeninteressen, seinem militärischen Potenzial und seinen eigenen Integrationsprojekten in Konkurrenz zur EU.

Diese NachbarInnen werden aber nicht als ebenbürtig angesehen. Die sture Gleichsetzung von Europa und EU ist ein äußeres Zeichen dafür. Die «Nachbarn» sind interessant, in-

soweit sie beitragen, Probleme in der EU im Interesse der herrschenden Kreise zu lösen, quasi als Hinterland der Position der EU im globalen Konkurrenzkampf. So unterstreicht etwa die EU-Außenbeauftragte:

«Eine stärkere Partnerschaft mit unseren Nachbarn ist von zentraler Bedeutung für die Europäische Union in einer Zeit, in der wir innerhalb der EU und über ihre Grenzen hinaus vor großen Herausforderungen stehen. Die Terroranschläge in Paris [...], aber auch die jüngsten Anschläge im Libanon, in Ägypten, der Türkei und im Irak zeigen einmal mehr, dass wir mit Bedrohungen konfrontiert sind, die einen globalen Charakter haben und von der internationalen Gemeinschaft geschlossen angegangen werden müssen. Wir müssen gemeinsam ein sichereres Umfeld aufbauen, uns um die Lösung der vielen Krisen in unserer gemeinsamen Region bemühen, Entwicklung und Wachstum in den ärmsten Gebieten unterstützen und die Grundursachen der Migration bekämpfen.»⁵

Aber welche Nachbarn meint sie? (Siehe Tabelle Seite 2)

Bei der Östlichen Partnerschaft (ÖP) als einer regionalen Dimension der ENP fällt zunächst auf, dass Russland nicht genannt ist und dass Armenien, Aserbaidschan und Georgien keine Grenzen zu EU-Ländern aufweisen. Allerdings grenzen Georgien und Armenien an den EU-Beitrittskandidaten und das NATO-Mitglied Türkei, das Krieg gegen die eigene kurdische Bevölkerung führt. Die Türkei wird nicht zur südlichen Nachbarschaft gezählt. Mit den südlichen Nachbarn ist die EU über das Mittelmeer verbunden. Auch unter diesen

Übersicht zu den Ländern, auf die sich die Europäische Nachbarschaftspolitik (ENP) bezieht

	Gesamtgröße (Tsd. km ²)	Bevölkerung (Millionen)	Durchschnittsalter	BIP pro Kopf (in Euro)	Armutsquote (Prozent)
EU	4.463,5	508,8	42,2	27.300	16,7
<i>Östl. Partner</i>	<i>1.031,0</i>	<i>75,2</i>	<i>37,7</i>	<i>3.700</i>	<i>22,9^a</i>
Armenien	29,7	3,0	32,2	2.600	35,8
Aserbaidschan	86,6	9,5	29,7	6.000	11
Belarus	207,6	9,4	39,2	5.800	17,8
Georgien	69,7	4,5	36,9	2.700	9,7
Moldau	33,8	3,6	34,8	1.700	29
Ukraine	603,5	45,2	39,7	3.100	26,5
<i>Südl. Partner</i>	<i>6.353,6</i>	<i>215,2</i>	<i>24,1</i>	<i>4.203</i>	<i>20,4^a</i>
Algerien	2.381,7	37,9	25,1	4.103	23
Ägypten	1.010,4	83,8	24	2.060	25,2
Israel	22,4 ^b	8,1	29,6	27.150	21
Jordanien	88,8	6,5	23	5.593	14
Libanon	10,4	3,8	27,8	8.835	28
Libyen	1.775,5	6,4	23	10.963	–
Marokko	710,8 ^c	32,9	23,9	2.217	15,1
Palästina	6,2	4,4	16,9	2.174	39
Syrien	185,2	20,9 ^d	20,7	4.767	11,9
Tunesien	164,2	10,5	27,8	3.260	3,8

a errechneter gewichteter Durchschnitt

b ohne besetzte Gebiete, besetzte Gebiete: 6,8 Tausend

c mit Westsahara, ohne: 446,6 Tausend

d Davon sind mehr als 4 Millionen Menschen ins Ausland geflüchtet.

Quelle (für die Östliche Partnerschaft): Eurostat 89/2015, eigene Recherchen und Berechnungen auf der Basis offizieller, oftmals widersprüchlicher und umstrittener Daten; Quelle (für die Südliche Partnerschaft): Eurostat, unter: <http://ec.europa.eu/eurostat/web/european-neighbourhood-policy/enp-south/data/database>, eigene Recherchen und Berechnungen auf der Basis offizieller, oftmals widersprüchlicher und umstrittener Daten

Ländern sind kriegführende und okkupierende Staaten. Auffällig ist weiterhin das enorme Produktivitätsgefälle zur EU, die zunächst als homogene Einheit erscheint.

KURZER ABRISS ZUR ENTWICKLUNG DER ENP

Ein kurzer Blick auf die Geschichte soll dreierlei zeigen: erstens, dass die ENP als neoliberale Projekt geschaffen wurde; zweitens, dass sie sich – wie auch die EU – nicht zwangsläufig so hätte entwickeln müssen, und drittens, dass wir mit einer imperialen Neubestimmung der EU konfrontiert sind.

Mit der Annahme der Einheitlichen Europäischen Akte 1986, der Direktive zur Verwirklichung des freien Kapitalverkehrs 1988 und schließlich des Maastrichter Vertrages 1992 gelingt es den neoliberalen Kapitaleliten endlich, die gesellschaftspolitischen Kräfteverhältnisse zu ihren Gunsten zu verschieben. Ihnen geht es um Profitmaximierung bei gleichzeitigem Gewinn an globaler Konkurrenzstärke und an Handlungsfähigkeit, um Sicherheit und Stabilität im eigenen Interesse organisieren zu können. Wirtschaftliche Liberalisierung, Deregulierung und Freihandel sowie Privatisie-

rung, Finanzialisierung, Überwachung, Repressionen und Militarisierung sind dafür entscheidend. In diese Zeitspanne fällt auch der Zusammenbruch von sozialistischen Ver-

suchen. Mit Estland, Lettland, Litauen, Tschechien, der Slowakei, Polen, Ungarn, Bulgarien, Rumänien und Slowenien kommt es schnell zu intensiven Verhandlungen über einen Beitritt zu NATO und EU. Das lässt in Russland Sorgen und Ängste vor einer heranrückenden westlichen Übermacht wachsen. Das Handeln der EU wird von den dort Herrschenden immer wieder nationalistisch genutzt, um die eigene Machtpolitik zu legitimieren.

Der ehemalige polnische Außenminister Bronisław Gerecht setzt sich in den 1990er Jahren dafür ein, dass mit der «EU-Osterweiterung» keine neuen Spaltungen und Konflikte geschaffen werden. «Ich weiß zwar nicht, ob Russland als großes euro-asiatisches Land der EU beitreten möchte, aber die östlichen Partner müs-

sen in den Erweiterungsprozess einbezogen werden. Alle sollen modernisiert werden. Das ist im Interesse des Ostens und des Westens.»⁶ Er drängt auf eine EU-Nachbarschaftspolitik im Wortsinne für den Osten. Im Jahr 1998 verkündet der ukrainische Präsident Kutschma die Assoziierung mit der EU als außenpolitisches Ziel. Im Vorfeld der Orangen Revolution in der Ukraine (2004) und der Rosenrevolution in Georgien (2003) rückt der Ruf nach EU- und NATO-Mitgliedschaft zunehmend in den Vordergrund. Seit dieser Zeit wird in der EU immer wieder darüber gestritten, ob diesen Ländern und ihren Nachbarn die Beitrittsperspektive anzubieten ist beziehungsweise erhalten bleiben soll. Eine besondere Art der Partnerschaft erscheint zunächst angemessener.

Gleichzeitig ist diese Zeit entscheidend für die neoliberale Entwicklung der EU: Die Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) wird geschaffen, und die Innen-, Außen- sowie Sicherheitspolitik der EU werden neu bestimmt. 1995 wird mit Marokko, Algerien, Tunesien, Ägypten, Israel, dem Libanon, Syrien, Jordanien, mit den Palästinensischen Autonomiegebieten, der Türkei, Zypern und Malta die euro-mediterrane Partnerschaft (Barcelona-Prozess) ins Leben gerufen. Der Erhebung der Region zum «Gebiet von strategischer Bedeutung» folgen jedoch keine konsequenten Anstrengungen zur Friedensschaffung und Demokratisierung. Vielmehr fallen in diese Zeit verschiedene «Militäreinsätze» von EU-Mitgliedern, der Jugoslawienkrieg, neue EU-Verträge, die Annahme der Lissabon-Strategie sowie der Beginn ihrer Umsetzung und die Festlegung der Europäischen Sicherheitsstrategie (ESS).

In diesen Zusammenhängen ist die Kommissionsmitteilung «Größeres Europa – Nachbarschaft: Ein neuer Rahmen für die Beziehungen der EU zu ihren östlichen und südlichen Nachbarn»⁷ vom März 2003 zu sehen. Ihre Annahme durch

den Europäischen Rat markiert den offiziellen Beginn der Europäischen Nachbarschaftspolitik. Das Dokument ist nicht im Sinne von Geremek's Vorschlägen verfasst. Die Betonung der «südlichen Nachbarn» geht insbesondere auf französische und spanische Forderungen zurück, die den enormen Gewinn aus der EU-Osterweiterung für das immer gewichtiger werdende Deutschland in der EU reflektieren.

Mit der EU-Erweiterung vom 1. Mai 2004 entstehen EU-Mitglieder zweiter Klasse: eingeschränkte Freizügigkeit, weniger Fördermittel für den Agrarbereich sowie geringe Repräsentanz bei der Institutionsbesetzung. In den Beitrittsverhandlungen nennen die EU-Mitglieder die Bedingungen, die Bewerber folgen – trotz aller zerstörerischen sozialen und ökonomischen Folgen.

2006 sind große Rückstände in der Umsetzung der Lissabon-Strategie zu verzeichnen. Insbesondere deshalb beschließen die Regierungen die Außenwirtschaftsagenda «Global Europe» und damit den Kurs auf die «weitere Liberalisierung des internationalen Handels, um Märkte zu öffnen, auf denen europäische Unternehmen im Wettbewerb bestehen können, und neue Wachstums- und Entwicklungsmöglichkeiten zu erschließen. [...] Über unsere Handelspolitik versuchen wir auch einen Beitrag zu einer Reihe anderer außenpolitischer Ziele der Union zu leisten, insbesondere auf dem Gebiet der Entwicklungszusammenarbeit und der Nachbarschaftsbeziehungen. [...] Eine kohärente Politik auf dem Gebiet der Außenbeziehungen ist entscheidend für die Stärkung der Rolle Europas in der Welt.»⁸ Eine weitere Passage fokussiert auf Assoziierungsabkommen und Vereinbarungen zum umfassenden Freihandel (AA/DCFT).

Im Frühjahr 2008 wird der Barcelona-Prozess zur Union für den Mittelmeerraum weitergeführt, was die Zusammenarbeit zwischen der EU und den Mittelmeeranrainerstaaten forcieren soll. Als dann im Mai 2009 die Östliche Partnerschaft (ÖP) als Arm der ENP geschaffen wird, tritt nach gescheiterter EU-Verfassung der Lissabon-Vertrag in Kraft und die Arbeit an der Fortschreibung der Lissabon-Strategie beginnt. Gleichzeitig sieht sich die EU mit der globalen Finanzkrise konfrontiert. Die vage Formulierung zur ENP im Lissabon-Vertrag ist unter dem Blickwinkel der Passagen zum «Grundsatz einer offenen Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb» und zum Rüstungsgebot⁹ zu lesen. Dieses Gebot ist in die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und in die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) integriert.

Im ÖP-Gründungsdokument heißt es deutlich: «Die Entwicklung einer spezifischen östlichen Dimension der Europäischen Nachbarschaftspolitik wird eine wesentliche Stärkung der Politik der EU gegenüber den östlichen Partnerländern mit sich bringen. Mit diesem Ziel wird die Östliche Partnerschaft politische und sozioökonomische Reformen der Partnerländer unterstützen und eine Annäherung an die Europäische Union erleichtern.»¹⁰ Es geht also nicht um die Partnerschaft unter Gleichen, sondern um eine «Annäherung an die Rechtsvorschriften und Normen der EU».¹¹ Bei der Sicherung der Energieversorgung wird ebenfalls klargestellt, dass an erster Stelle die Energiesicherheit der EU steht.

Seit 2010 werden im Kontext der neuen Handelsstrategie der EU2020 (Nachfolgerin der Lissabon-Strategie) die Verhandlungen zu den AA/DCFTA intensiviert. Diese wiederum enthalten strenge Festlegungen zur sicherheitspolitischen Zusammenarbeit im Kontext mit GASP/GSVP. Assoziierungsabkommen gibt es mit der Türkei seit 1963 und seit 2014 unterzeichnete AA/DCFTA mit Georgien, Moldawien

und der Ukraine. Mit Marokko, wo massenhafte Repression und Okkupation an der Tagesordnung sind, und mit Tunesien wird derzeit zu AA/DCFTA verhandelt.

Die Schwierigkeiten der EU, zu einer schnellen und abgestimmten Reaktion auf den «Arabischen Frühling» zu gelangen, bekräftigt die Forderung nach einer Überprüfung der ENP. Die fortgeschriebene ENP soll stärker auf «gegenseitige[r] Rechenschaftspflicht und eine[r] gemeinsame[n] Verpflichtung zur Achtung universeller Werte wie Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit» basieren; sie soll «eine viel größere Differenzierung ermöglichen, damit jedes Partnerland seine Beziehungen zur EU je nach den eigenen Zielen, Bedürfnissen und Fähigkeiten entwickeln kann».¹² Allerdings wird dies infrage gestellt, wenn erklärt wird: «Je schneller und umfassender ein Land bei seinen internen Reformen vorankommt, desto mehr Unterstützung wird es von der EU erhalten.»¹³

2011 werden ferner die Pilotprogramme zum Institutionenaufbau für die regionale Entwicklung ergänzt. Insbesondere aber werden fünf sogenannte Flaggschiff-Initiativen für die ENP definiert und umgesetzt: für das Grenzmanagement, die Entwicklung kleiner und mittlerer Unternehmen, die Zusammenarbeit im Energiebereich, für den Katastrophenschutz und eine bessere Umweltpolitik. Sie entsprechen den verschiedenen Programmen und Leitlinien der EU. Die Partner sollen stärker in eine EU-Politik eingebunden werden, die sie gar nicht mitgestalten können.

Seit 2013 entwickeln sich im Rahmen der ÖP zunehmend offene Feindseligkeiten gegenüber Russland. Dessen führende Eliten reagieren auf fortschreitende militärische und wirtschaftspolitische Einkreisungsbestrebungen immer stärker in imperialer Art und Weise. Herrschende EU-Kreise sehen Russland auch und insbesondere als europäischen BRICS-Staat und den BRICS-Verbund als einen globalen Konkurrenten. Gegen diesen sind auch das TTIP mit seiner starken militärischen Dimension wie andere Freihandels- und Investitionsschutzabkommen gerichtet. Diese Abkommen, die Strategie EU2020, die ENP, Austeritätspolitik, EU-Strukturreformen mit dem Ziel der Liberalisierung, Kommerzialisierung, Privatisierung und Finanzialisierung, Sozial- und Demokratieabbau, zerstörerische Großprojekte (Riesenstaudämme, Großflughäfen, Autobahnen, Prestigebauten), Militarisierung und die betriebene «Qualifizierung der wirtschaftspolitischen Steuerung» in der Eurozone gehören zusammen: Sie sollen die Bedingungen für die in der EU ansässigen Konzerne und ihre konkreten Standorte in der globalen Konkurrenz, die Weltwirtschaftsregion EU und die EU als globalen politischen Akteur stärken.

ZERSTÖRTE CHANCEN

Die in den Mitgliedsländern und in den Institutionen der EU Regierenden hätten durchaus anders auf die Entwicklungen in Mittel-, Ost- und Südeuropa in den 1990er Jahren reagieren können. Sie hätten eine andere EU-Erweiterung und eine andere Nachbarschaftspolitik betreiben können. Sie hätten auch anders auf den Ausbruch der globalen Finanzkrise, die in eine Euro- und EU-Krise mündete, antworten können. Sie hätten dem «Arabischen Frühling» anders begegnen können. «Anders» meint die Orientierung auf soziale und ökologische Nachhaltigkeit, auf Gewaltvermeidung und -bekämpfung, auf Solidarität und Gerechtigkeit, auf die Auseinandersetzung mit den Ursachen von gesellschaftlichen und globalen Problemen. Die emanzipativ-solidarischen

Kräfte haben das «anders» nicht erwirken können. Gleichzeitig sind der Zustand und die Ausrichtung der ENP der EU aber auch ein Spiegelbild der Kräfteverhältnisse, vor allem der Schwäche der linken Kräfte – sowohl in den einzelnen Mitgliedsländern als auch in der EU insgesamt.

Indes schlussfolgern Europäische Kommission und EU-Außenbeauftragte: «In den kommenden drei bis fünf Jahren besteht die dringendste Herausforderung in vielen Teilen der Nachbarschaftsregion in der Stabilisierung. [...] Daher wird der Ansatz der EU darauf angelegt sein, Quellen von Instabilität in umfassender sektorübergreifender Weise anzugehen. Armut, Ungleichheit, empfundene Ungerechtigkeit, Korruption, schwache wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung und fehlende Chancen, insbesondere für junge Menschen, können Ursache für Instabilität sein und damit die Anfälligkeit für Radikalisierung erhöhen. Die neue ENP [...] soll dazu beitragen, dass unsere Partner zu Ländern werden, in denen die Menschen gern ihre Zukunft aufbauen wollen. Damit sollen auch unkontrollierte Wanderbewegungen eingedämmt werden.»¹⁴ Allerdings behalten die Verhandlungen zu AA/DCFT und ihre konsequente Umsetzung Priorität, was politische, soziale, wirtschaftliche und ökologische Probleme in den Regionen neu befördern wird. Der durchgängige Bezug auf die «Europäische Sicherheitsagenda» ist einzig destruktiv: «Für eine enge Koordinierung zwischen den sicherheitsrelevanten Aktivitäten im Rahmen des Europäischen Nachbarschaftsinstruments und den allgemeinen Arbeiten im Rahmen der GASP/GSVP, den bilateralen Aktivitäten der EU-Mitgliedstaaten und der einschlägigen internationalen Organisationen [wird] gesorgt werden.»¹⁵ Und genau darauf fokussiert der Rat der Außenminister. Die Sicherheit für die Bevölkerungen in der EU und in ihrer Nachbarschaft wird dadurch nicht größer. Ergebnis dieser Politik ist auch, dass vielen, insbesondere jungen Menschen in der Nachbarschaft die EU als Lebensort gilt, den sie erreichen wollen. Die Konsequenzen sind eine enorme Zuspitzung bestehender und das Aufkommen neuer dramatischer Verwerfungen. Terror und Flucht sind die meistgebrauchten Schlagworte in einer Zeit, da sich infolge des vorherrschenden «Krisenmanagements» die politischen, sozialen und wirtschaftlichen Widersprüche auch innerhalb der EU dramatisch verschärft haben.

WAS HEISST DAS FÜR DIE LINKEN?

Die Linken in der Europäischen Union leben in Ländern und Regionen, in denen unterschiedliche soziale, politische und kulturelle Rechte gelten. Außerhalb der EU – sowohl in den Ländern der ÖP und in Russland als auch in der südlichen Nachbarschaft und in der Türkei – sind die Linken damit konfrontiert, dass die in der EU Herrschenden und ihre vielfältigen Partner menschliche Arbeit billig halten beziehungsweise verbilligen, natürliche Lebensgrundlagen zerstören, soziale und demokratische Standards «pragmatisch handhaben», die Gesellschaften überwachen, die Wirkungsbedingungen für Konzerne nachhaltig verbessern und zugleich ihre Macht verteidigen und weiter stärken wollen. Dabei werden internationale Hierarchien neu gesetzt oder reproduziert: «EU-Kernländer», «EU-Peripherie», «Schuldnerstaaten» mit eingeschränkter Souveränität, Staaten mit AA/DCFT, Staaten mit Verhandlungen zu AA/DCFT, verschiedene Formen von «Partnerschaften».

Dieser Realität muss die Realität echter Solidarität entgegengestellt werden. Das Ringen um die Realisierung der

Grund- und Menschenrechte und um entsprechende demokratische, soziale und ökologische Standards bietet immer noch ein breites Feld für Bündnisse und ist daher keine Illusion. Die Verteidigung und Demokratisierung des Öffentlichen, die Organisation lokal und regional verankerter überregionaler, europäischer und globaler Bündnisse für ein selbstbestimmtes Leben in Würde, in solidarischem Miteinander und gesunder Natur für jede und jeden ist eine Forderung, die von vielen vertreten wird. Die solidarische Partnerschaft von Gleichen, die von unten getragen und (mit-)gestaltet wird, müsste die Linken in allen EU-Mitgliedsländern, in allen Staaten der östlichen und südlichen Nachbarschaft wie in Russland und in der Türkei ausdrücklich mit einschließen. Das alles ist schwierig und wird nur gelingen, wenn sich die Linken Ressourcen und Räume für zielgerichtete Kommunikation aneignen und Toleranz, Pluralismus und Pragmatismus mit gemeinsamer Analyse, Strategiediskussion und Aktion verbinden. Die kritische Auseinandersetzung mit der Idee vom «gemeinsamen europäischen Haus» in einer friedlichen, sicheren und prosperierenden Nachbarschaft könnte ein Zugang sein. «Sicherheit» ist immer auch die Sicherheit der anderen. «Reclaim the Human Rights» wäre als Imperativ ernst zu nehmen.

Lutz Brangsch ist Referent, Judith Dellheim Referentin am Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

¹ Mogherini, Federicia, zitiert nach: Joint press conference by High Representative/Vice-President Federicia Mogherini and Commissioner Johannes Hahn on European Neighbourhood Policy Review, Brüssel 4.3.2015, SPEECH/15/4553. ² Europäische Kommission/Hohe Vertreterin der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik: Auf dem Weg zu einer neuen Europäischen Nachbarschaftspolitik, Gemeinsames Konsultationspapier, JOIN(2015) 6 final, Brüssel 2015. ³ Vgl. Europäischer Rat: Pressemitteilung, 14.12.2015, unter: www.consilium.europa.eu/en/press/press-releases/2015/12/14-conclusions-european-neighbourhood/. ⁴ Gorbatschow, Michail: Umgestaltung und neues Denken für unser Land und die ganze Welt, Berlin 1987, S. 250 ff. ⁵ Europäische Kommission: Pressemitteilung, 18.11.2015, Brüssel IP/15/6121. ⁶ Geremek, Bronislaw: Zjednoczenie Europy i dychotomia Wschod-Zachod w historii europejskiej, in: Nasza Europa, Universitas, Krakow 2012, S. 37. ⁷ Kommission der Europäischen Gemeinschaften: Größeres Europa – Nachbarschaft: Ein neuer Rahmen für die Beziehungen der EU zu ihren östlichen und südlichen Nachbarn. Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament, KOM(2003) 104 endgültig, Brüssel 2003. ⁸ Kommission der Europäischen Gemeinschaften: Ein Wettbewerbsfähiges Europa in einer Globalen Welt. Ein Beitrag zur EU-Strategie für Wachstum und Beschäftigung (SEK(2006) 1228) (SEK(2006) 1229) (SEK(2006) 1230) /* KOM/2006/0567 endg. */ Brüssel 2006, S. 3. ⁹ Europäische Union: Konsolidierte Fassungen des Vertrags über die Europäische Union und des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union, in: Amtsblatt der Europäischen Union, Mitteilungen und Bekanntmachungen, C83/20, Brüssel 2010, S. 38 und 96. ¹⁰ Europäischer Rat: Gemeinsame Erklärung des Prager Gipfeltreffens zur Östlichen Partnerschaft, Prag, 7.5.2009, 8435/09 (Presse 78), Brüssel 2009, S. 6. ¹¹ Ebd., S. 7. ¹² Europäische Kommission/Hohe Vertreterin der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik: Gemeinsame Mitteilung an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen – Eine neue Antwort auf eine Nachbarschaft im Wandel, KOM(2011) 303, Brüssel 2011, S. 2. ¹³ Ebd., S. 3. ¹⁴ Europäische Kommission/Hohe Vertreterin der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik: Auf dem Weg zu einer neuen Europäischen Nachbarschaftspolitik, Gemeinsames Konsultationspapier, JOIN(2015) 6 final, Brüssel 2015, S. 4. ¹⁵ Ebd., S. 18.

LARS BRETTHAUER

WIDER DIE GENERALÜBERWACHUNG DER TELEKOMMUNIKATION

DER KAMPF GEGEN DIE VORRATSDATENSPEICHERUNG
GEHT IN EINE WEITERE RUNDE

Als politisches Thema hat die Vorratsdatenspeicherung in den letzten Jahren für viel öffentliches Aufsehen gesorgt. Wie zu erwarten war, hat die Große Koalition trotz zahlreicher Proteste das umstrittene «Gesetz zur Neuregelung der Telekommunikationsüberwachung und anderer verdeckter Ermittlungsmaßnahmen» und damit auch die Wiedereinführung der Vorratsdatenspeicherung Ende vergangenen Jahres durchgesetzt. Aus konservativer Perspektive geht es bei dem Konflikt um die Frage, wie mit einer staatlichen Generalüberwachung der Bevölkerung die «kollektive Sicherheit» und vor allem der Schutz vor terroristischen Angriffen gestärkt werden kann. Dem steht aber eine Grundsatzdebatte über demokratische Kernprinzipien, Bürgerrechte und eine sich verändernde staatliche Überwachungs politik gegenüber, die von der Linken dringend weitergeführt werden sollte.

«Was bleibt, ist die Suche nach MitstreiterInnen, die der Auffassung sind, dass die zivile Gesellschaft nicht nur ein hochrangiges Gut darstellt, sondern auch in härteren Zeiten die weitere Demokratisierung der einzig vernünftige Weg ist.»¹

Bei der Vorratsdatenspeicherung handelt es sich um die Speicherung von Verkehrsdaten auf Vorrat durch die Telekommunikationsunternehmen, damit diese bei Bedarf von den Sicherheitsbehörden (Polizei, Verfassungsschutz und Nachrichtendiensten) abgerufen und genutzt werden können. Verkehrsdaten sind sogenannte Metadaten, die Auskunft über Kommunikationsvorgänge geben, das heißt darüber, wer, mit wem, wann, von wo und unter welchen Bedingungen kommuniziert hat. Mittels dieser Informationen können soziale Profile von Menschen erstellt werden, die tief greifende Einblicke erlauben in deren individuelle Kontakte, Netzwerke, Interessen, Aufenthaltsorte etc., was sie besonders interessant für jene macht, die ein sicherheitspolitisches, aber auch geschäftliches Interesse an Vorlieben, Gewohnheiten und Verbindungen bestimmter Individuen und Personenkreise haben. Zugleich stellt die Erfassung und Nutzung solcher Daten einen massiven Eingriff in die Persönlichkeitsrechte dar. Im Fall der Vorratsdatenspeicherung wird der damit verbundene Konflikt auf die Spitze getrieben: Beabsichtigt ist, den Zugriff der Sicherheitsbehörden auf die Verkehrsdaten der *gesamten Bevölkerung* auszuweiten, womit eine Generalüberwachung möglich würde. Dabei ist ge-

plant, den zeitlichen Rahmen, in dem dieser Zugriff möglich wäre, gesetzlich festzuschreiben.

DER KONFLIKT UM DIE (WIEDER-)EINFÜHRUNG DER VORRATSDATENSPEICHERUNG

Nachdem ein erster Vorstoß zur Einführung von Mindestfristen für die Speicherung von Telekommunikationsdaten 1996 im Bundestag gescheitert war, erhielt die Debatte nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 eine ganz neue Brisanz. Die damalige rot-grüne Bundesregierung erlaubte den Sicherheitsbehörden trotz massiver Proteste von Bürgerrechtsorganisationen den Zugriff auf jene Verkehrsdaten, die Telekommunikationsprovider für die Rechnungslegung speichern. Die Forderung, diese Unternehmen grundsätzlich zur Speicherung solcher Daten zu verpflichten, wurde wenige Jahre darauf virulent, als in Reaktion auf die Anschläge von Madrid (2004) und London (2005) die Forderung auftauchte, die Vorratsdatenspeicherung in ganz Europa verbindlich zu machen. Damals avancierte sie zu einer zentralen politischen Maßnahme im «Kampf gegen den internationalen Terrorismus». Im März 2006 verabschiedete das Europäische Parlament mit deutlicher Mehrheit schließlich eine Richtlinie zur Vorratsdatenspeicherung, die alle EU-Mitgliedstaaten dazu verpflichtete, bis 2007 die gesetzlichen Grundlagen zu schaffen, um eine solche einzuführen. Als Speicherfrist wurde eine Spanne von sechs bis 24 Monaten vorgegeben.

Die EU-Richtlinie von 2006 war von Anfang an umstritten. Ende 2007 verabschiedete der Bundestag jedoch das erste Vorratsdatenspeicherungsgesetz, das eine sechsmonatige Speicherung der Daten vorsah und bis 2010 Bestand hatte. In diesem Jahr erklärte das deutsche Bundesverfassungsgericht die deutschen Vorschriften zur Vorratsdatenspeicherung aus primär datenschutzrechtlichen Gründen für verfassungswidrig und daher ungültig. In den folgenden Jahren weigerte sich die damals amtierende Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger von der FDP wegen grundrechtlicher Bedenken, ein neues Gesetz zu verabschieden. Diese Vorbehalte wurden 2014 durch ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs bestätigt, das auch die europäische Richtlinie zur Vorratsdatenspeicherung einkassierte. Begründet wurde dies mit der hohen Aussagekraft von Verkehrsdaten: «Aus der Gesamtheit dieser Daten können sehr genaue Schlüsse auf das Privatleben der Personen, deren Daten auf Vorrat gespeichert wurden, gezogen werden, etwa auf Gewohnheiten des täglichen Lebens, ständige oder vorübergehende Aufenthaltsorte, tägliche oder einem anderen Rhythmus erfolgende Ortsveränderungen, ausgeübte Tätigkeiten, soziale Beziehungen dieser Person und das soziale Umfeld, in dem sie verkehren.»²

Trotz dieser scharfen Kritik des Europäischen Gerichtshofes begann in Deutschland unmittelbar nach den Terroranschlägen in Paris im Januar 2015 in der schwarz-roten Regierung erneut eine Debatte um die Wiedereinführung der Vorratsdatenspeicherung. Treibend war dabei zum einen die CDU/CSU-Fraktion mit Bundesinnenminister Thomas de Maizère, zum anderen SPD-Parteichef Sigmar Gabriel und – ihm folgend – Bundesjustizminister Heiko Maas. Maas legte im April 2015 Leitlinien für eine deutsche Regelung zur Vorratsdatenspeicherung vor, trotz scharfer Protesten beschloss dann die Große Koalition im Oktober 2015 eine zweite «Vorratsdatenspeicherung light», die eine Speicherung von Verbindungsdaten für zehn Wochen und von Standortdaten für Mobiltelefone (Telefonate, SMS, mobiles Internet) für vier Wochen vorsieht. Das entsprechende Gesetz trat im Dezember 2015 in Kraft, die darin enthaltenen Vorgaben mussten von den Telekommunikationsunternehmen jedoch nicht sofort umgesetzt werden. Sie haben 18 Monate Zeit dafür.³

Die Geschichte der Vorratsdatenspeicherung in Deutschland ist nicht ohne die Interventionen einer überaus aktiven Bürgerrechtsbewegung zu verstehen, die sich mit einer Vielzahl von politischen Aktionen und auch juristischen Klagen und Petitionen gegen die Vorratsdatenspeicherung gewehrt hat. Als prominentestes Beispiel ist hier der außerparlamentarische Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung zu nennen, ein Bündnis aus Aktiven der digitalen Bürgerrechtsbewegung, VertreterInnen von etablierteren Organisationen wie Berufsverbänden von JournalistInnen und ÄrztInnen, Beratungseinrichtungen und Hackerorganisationen wie dem Chaos Computer Club. Das Bündnis war bereits anlässlich der Verabschiedung der EU-Richtlinie aktiv und initiierte zusammen mit anderen Demonstrationen und Protestbriefe an die Mitglieder des Europäischen Parlaments. Es begleitete später die Gesetzgebungsverfahren in Deutschland mit ausführlichen juristischen und politischen Stellungnahmen und baute mit anderen eine breite kritische Gegenöffentlichkeit zum Thema auf. In Reaktion auf die Verabschiedung des ersten Gesetzes in Deutschland kam es 2007 zu einer der größten Verfassungsbeschwerden (im Namen von fast 35.000 BürgerInnen) in der bundesdeutschen Geschichte. Auf den

seit 2006 jährlich stattfindenden «Freiheit statt Angst»-Demonstration geht es längst nicht mehr nur um die Gefahren der Vorratsdatenspeicherung, vielmehr werden hier auch viele andere Themen, die mit der fortschreitenden Digitalisierung zusammenhängen, aufgegriffen, wie etwa die Einführung einer elektronischen Gesundheitskarte oder eines biometrischen Personalausweises.

Diese vielfältigen Proteste sind von keiner grundsätzlichen Ablehnung des digitalen Wandels geprägt, sondern vielmehr von einer eher deutlich technikaffinen Haltung. Das heißt, man bezieht sich positiv auf die Errungenschaften der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien und begrüßt die Möglichkeiten, die mit dem Internet, sozialen Netzwerken, Chats, E-Mails, Mobilfunktelefonen und anderen neuen digitalen Kommunikationswegen im Alltag verbunden sind. Man nutzt diese zum Beispiel aktiv, um neue (Gegen-)Öffentlichkeiten etwa in Form von Blogs und neuen Websites entstehen zu lassen. Die Kritik richtet sich vor allem gegen die Kommerzialisierung des Internets und die kapitalistischen Verwertungsinteressen von transnationalen Konzernen, die inzwischen den Markt beherrschen und erhebliche Zugriffsmöglichkeiten auf persönliche Daten haben, die sie für ihre Geschäfte nutzen. Hierzu gehören Telekommunikationsanbieter wie die Telekom, O₂ und E-Plus ebenso wie das US-amerikanische Unternehmen Google mit seiner marktführenden Internet-Suchmaschine und Facebook, das weiterhin das weltweit wichtigste virtuelle soziale Netzwerk darstellt. Entsprechend wurde im Rahmen der Proteste gegen die Vorratsdatenspeicherung immer wieder dazu aufgefordert, quelloffene und nicht kommerzielle Anbieter von Verschlüsselungen, Suchmaschinen, Messenger-Diensten und Website-Hostern zu benutzen.

Ein zweiter wesentlicher Kritikpunkt dieser technikaffinen, aber herrschaftskritischen linken Bewegung ist die staatliche Überwachung digitaler Kommunikationsprozesse, die sich in Richtung einer staatlichen Generalkontrolle entwickelt und ein für demokratische Gesellschaften inakzeptables Gefühl erzeuge, ständig unter Verdacht und im Visier von staatlichen Stellen zu stehen. Dies sei angsteinflößend und politisch schädlich, da damit individuelle und kollektive Prozesse der Selbstreflexion wie auch demokratische Prozesse der zivilgesellschaftlichen Organisation behindert würden. Dem Demonstrationsmotto «Freiheit statt Angst» entsprechend vertreten die bürgerrechtlichen Proteste gegen die Vorratsdatenspeicherung einen emphatischen Freiheitsbegriff: Man verwehrt sich nicht nur gegen eine staatliche Totalüberwachung und fordert das Recht ein, «in Ruhe gelassen zu werden», sondern betont die Notwendigkeit des ungestörten politischen Austausches und der öffentlichen Artikulation von gesellschaftlichem Dissens.

WIE SICH MIT DER VORRATSDATEN- SPEICHERUNG STAATLICHE ÜBERWACHUNG VERÄNDERT

Angesichts der derzeitigen politischen Lage und des Stands der technischen Möglichkeiten lassen sich mindestens vier grundlegende Bedenken gegen die Vorratsdatenspeicherung anführen. Erstens wird damit die legale staatliche Überwachung gesellschaftlicher Kommunikationsprozesse im Inland massiv ausgeweitet: Fand diese bisher vor allem punktuell und einzelfallbezogen statt, könnte diese demnächst flächendeckend und automatisiert erfolgen. Von besonderer Relevanz ist hierbei die zeitliche Speicherpflicht:

Können Sicherheitsbehörden bereits seit der Verabschiedung des Terrorismusbekämpfungsgesetzes im Jahr 2002 auf Daten zugreifen, die im Rahmen der Rechnungslegung von Unternehmen für jeden Kunden gespeichert werden, ist mit der Vorratsdatenspeicherung nun eine gesetzlich festgeschriebene Vorhaltefrist für diese Daten verbunden. Zweitens erhöht sich mit der Vorratsdatenspeicherung die Intransparenz staatlicher Überwachung und Herrschaftsausübung: Die Menschen wissen zwar von der flächendeckenden Speicherung ihrer Verkehrs- und Verbindungsdaten (was bereits eine einschüchternde Wirkung haben kann), sie werden jedoch darüber im Unklaren gelassen, zu welchen Anlässen und Zwecken diese von wem abgerufen werden. Mit der Vorratsdatenspeicherung wachsen die Macht- und Eingriffsbefugnisse der Sicherheitsbehörden gegenüber der Bevölkerung: Jede und jeder kann anlasslos zu einer/einem Verdächtigen werden.

Damit geht drittens ein verändertes Verständnis von Privatheit einher: Galt diese bisher durch das Fernmeldegeheimnis als eine gegenüber staatlicher Kontrolle schützenswerte Sphäre, in die nur gut begründet und nachträglich eingegriffen werden durfte, ermöglicht die Vorratsdatenspeicherung nun Einblicke in private Beziehungen aller Art in einer Tiefe und einem Umfang, die bis dato nicht denkbar waren. Zwar betonen diejenigen, die das Gesetzgebungsverfahren vorangetrieben haben, man beabsichtige mit der Vorratsdatenspeicherung keine Dauerüberwachung der Bevölkerung. Der überwiegende Teil der Daten bleibe lediglich für eine überschaubare Zeit bei den Telekommunikationsprovidern gespeichert und würde überhaupt nicht abgerufen. Das ändert jedoch nichts daran, dass hiermit das Recht auf Privatsphäre sowie Vertrauensverhältnisse erheblich eingeschränkt und Verschwiegenheitspflichten etwa von Anwältinnen oder Ärztinnen entwertet und infrage gestellt werden.

Diese präventive Vorverlagerung staatlicher Kontrolle durch die Vorratsdatenspeicherung ins «Private» steht viertens im engen Verhältnis zu anderen Formen staatlicher Überwachung. Mit den Enthüllungen von Edward Snowden sind vor allem die Überwachungstätigkeiten der US-amerikanischen Geheimdienste, insbesondere die der National Security Agency (NSA), in den öffentlichen Fokus gerückt und damit die internationale Dimension des Problems. Dabei ist zu beachten ist, dass es kaum rechtliche Regelungen für die Spionage im Ausland gibt. In den meisten Fällen sind hierbei die internen Einschätzungen der Geheimdienste maßgeblich. Die neuen Kenntnisse über die massive Reichweite weltweiter Spionagenetzwerke (angeführt von der NSA und ihrem britischen Partnerdienst Government Communications Headquarters), die aufgrund von bilateralen Abkommen zur Datenweitergabe auch die Arbeit hiesiger Sicherheitsbehörden beeinflussen, können zu der Einschätzung veranlassen, die nationale Vorratsdatenspeicherung sei demgegenüber vergleichsweise «bedeutungslos». Dem ist jedoch entgegenzuhalten, dass beide Kontroll- und Überwachungssysteme äußerst ernstgenommen werden müssen. Während die Überwachung durch die NSA in Deutschland eine rechtlich illegale Überwachung von ausländischen Diensten darstellt, bedeutet die Vorratsdatenspeicherung dagegen eine legale überwachungspolitische Ermächtigung der deutschen Sicherheitsbehörden. Man sollte beides als ergänzende überwachungspolitische Maßnahmen begreifen: So wird sich zum Beispiel mit der Vorratsdatenspeicherung in Deutschland der Datenpool bei den Telekommunikationsunterneh-

men, auf den potenziell auch die Geheimdienste zugreifen können, massiv vergrößern.

VORRATSDATENSPEICHERUNG IM PRÄVENTIV-AUTORITÄREN SICHERHEITSSTAAT

Dieses ist umso wichtiger, weil allein schon die Vorratsdatenspeicherung eine überwachungspolitische Maßnahme von erheblicher Tragweite bedeutet, die das politische System in Deutschland grundlegend transformiert. Sie stellt einen entscheidenden Schritt in Richtung eines «präventiv-autoritären Sicherheitsstaats» (Rolf Gössner)⁴ dar, in dem individuelle Freiheits- und Bürgerrechte entscheidend geschwächt und staatlichen Sicherheits- und Kontrollbedürfnissen unterworfen werden. Begründet wird dies mit einem stark erweiterten Sicherheitsbegriff, in dessen Zentrum die Gefahrenabwehr und Prävention steht. Hinzu kommt die gesellschaftliche Tendenz hin zu einem neuen Freund-Feind-Denken und das Propagieren eines «alltäglichen Ausnahmezustands», womit Ängste und Verunsicherungen in der Bevölkerung aufgegriffen und zum Teil gezielt instrumentalisiert werden. Die Vorratsdatenspeicherung wird in diesem Zusammenhang als ein besonders wirksames Mittel zur Bekämpfung von ganz unterschiedlichen Formen der Kriminalität verkauft, seien es politisch motivierte Sprengstoffanschläge, Kinderpornografie, systematischer Computerbetrug («Enkeltrick») oder Rechtsradikalismus. Auch wenn derzeit dem «Kampf gegen den islamischen Terrorismus» als Legitimationsgrundlage eine besondere Bedeutung zukommt, greifen BefürworterInnen der Vorratsdatenspeicherung auf ganz verschiedene Argumentationsmuster zurück. So ist zum einen immer wieder von der Notwendigkeit «staatlicher Sicherheit im digitalen Raum» die Rede, zum anderen wird davor gewarnt, der europäische Integrationsprozess werde scheitern, wenn man sich nicht auf eine neue Richtlinie zur Vorratsdatenspeicherung einigen könne.⁵

Dabei verläuft die Auseinandersetzung häufig recht einseitig. Es wird viel zu wenig darüber nachgedacht, wie ein staatlicher und gesellschaftlicher Umgang mit vorhandenen Risiken und Gefahren aussehen könnte, der nicht vor allem auf Kontrolle und Repression setzt. Gleichzeitig fehlt es an stichfesten Beweisen, dass Vorratsdatenspeicherung wirklich das leisten kann, was ihre BefürworterInnen versprechen: nämlich mehr «kollektive Sicherheit». Bislang gibt es aus keinem Land, in dem Vorratsdaten gespeichert werden, empirische Belege dafür, dass sie der Polizei oder Geheimdiensten bei der Vorbeugung und Verfolgung von Straftaten und Anschlägen tatsächlich geholfen haben. In einem «präventiv-autoritären Sicherheitsstaat» mit bis dato kaum vorstellbaren digitalen Möglichkeiten zur Überwachung der Gesellschaft kommt den Sicherheitsbehörden aber eine herausgehobene Stellung und auch Definitionsmacht zu. In Verbindung mit dem Sanktionspotenzial des staatlichen Gewaltmonopols entsteht hier eine neue Form staatlicher Herrschaft, die kaum mehr kontrolliert werden kann. Bestehende Schutzmechanismen, wie die, dass die Abfrage von Verkehrsdaten durch die Sicherheitsbehörden von richterlicher Seite bewilligt werden muss, können diesen Umstand nicht abschwächen.⁶ Ist die Vorratsdatenspeicherung und die damit verbundene Kontrollarchitektur erst einmal durchgesetzt und etabliert, wird diese zudem wahrscheinlich weitere Begehrlichkeiten wecken und verschiedene Seiten zum «Missbrauch» anregen.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass die Vorratsdatenspeicherung eine Reihe von demokratischen

Kernprinzipien und Freiheitsrechten berührt: Hierzu zählen der Datenschutz, der Schutz der Privatsphäre, der Schutz von Berufs- und Betriebsgeheimnissen sowie die Meinungs-, Presse- und Organisationsfreiheit. Die gesellschaftlichen Kosten, die mit der Einführung der Vorratsdatenspeicherung einhergehen können, sind in ihrer langfristigen Bedeutung kaum abzuschätzen. Was durch die präventive staatliche Überwachung der Gesellschaft droht, sind verschiedene Formen der Selbstkontrolle und -zensur. Bereits das Wissen über die Existenz von so weitreichenden Überwachungsmöglichkeiten wird viele dazu bringen, ihr Kommunikations- und Organisationsverhalten zu verändern, das heißt, den Kontakt zu bestimmten Personen oder Kreisen im Zweifel abzubreaken, bestimmte Orte oder Versammlungen nicht mehr aufzusuchen und auf den Gebrauch von grundgesetzlich garantierten Freiheiten zu verzichten. Auch zentrale Träger einer kritischen Öffentlichkeit und starken Zivilgesellschaft wie etwa JournalistInnen oder JuristInnen gehören unmittelbar zu den potenziellen Opfern der Vorratsdatenspeicherung. Wenn etwa journalistischer Quellenschutz nicht länger garantiert ist, also die Gewissheit von InformantInnen und sogenannten Whistleblowern, nicht enttarnt zu werden, können die Medien ihrer Funktion als «vierte Gewalt» in einem demokratisch verfassten Rechtsstaat kaum mehr nachkommen. Was dies konkret bedeutet, kann derzeit in zahlreichen autoritären Staaten studiert werden.

AUSBLICK

Es wird nicht einfach werden, diesen Vorstoß in Richtung eines präventiv-autoritären Sicherheitsstaats auf nationaler und europäischer Ebene aufzuhalten. Dabei kommt es von linker Seite vor allem darauf an, verschiedene Strategien miteinander zu verknüpfen. Um die Vorratsdatenspeicherung in Deutschland doch noch zu kippen, bereiten unter anderem Bürgerrechtsorganisationen wie der Bielefelder Verein «Digital Courage» derzeit in Namen von Zigtausenden BürgerInnen erneut eine Beschwerde beim Bundesverfassungsgericht vor.⁷ Deren Erfolgsaussichten sind derzeit schwer einzuschätzen. So hat das Bundesverfassungsgericht im Januar einen ersten Eilantrag gegen das im Dezember in Kraft getretene Gesetz abgelehnt. Zudem ist zu beachten, dass sich die RichterInnen in ihrem Urteil von 2010 nicht grundsätzlich gegen eine Vorratsdatenspeicherung ausgesprochen, sondern lediglich den datenschutzrechtlichen Rahmen moniert hatten.⁸ Anders der Europäische Gerichtshof: Dieser hatte grundsätzliche Bedenken gegen die europäische Richtlinie zur Vorratsdatenspeicherung geäußert, da damit ein besonders schwerer Grundrechtseingriff verbunden sei.⁹

Während derzeit also unklar ist, was auf dem juristischen Wege erreicht werden kann und wie lange sich dieser hinziehen wird, könnte gleichzeitig die kritische Auseinandersetzung mit den Chancen und Risiken der neuen Kommunikationstechnologien in der Gesellschaft vorangetrieben werden. Hierzu gehört, das Wissen über Verschlüsselungsmethoden und Leistungen von Anonymisierungsdiensten zu verbreiten und damit möglichst vielen Menschen Instrumente an die Hand zu geben, wie sie sich gegen Maßnahmen wie die Vorratsdatenspeicherung und andere Überwachungsmaßnahmen zur Wehr setzen können. Perspektivisch müsste es aber darum gehen, nicht nur über technische Möglichkeiten und Entwicklungen aufzuklären, sondern sich noch stärker die

gesellschaftlichen Mitbestimmungs- und Selbstorganisierungspotenziale anzueignen, die etwa den sogenannten Digital Commons innewohnen.¹⁰ Das heißt als Aufgabe an die Linke: Angesichts der zunehmenden Digitalisierung in allen Lebensbereichen und den damit verbundenen staatlichen und Überwachungsbestrebungen gilt es weiterhin, in einem ersten Schritt bürgerrechtliche Errungenschaften wie Datenschutz, Schutz der Privatsphäre, Presse- und Meinungsfreiheit zu verteidigen und in einem zweiten Schritt verstärkt über Ansätze der digitalen Mitbestimmung und Selbstverwaltung nachzudenken. Zu einer solchen demokratischen «digitalen Perspektive von unten» gehört es auch, an einem solidarischen Gesellschaftsentwurf festzuhalten, der im Gegensatz zu den gegenwärtig, von verschiedensten Seiten forcierten, repressiven und präventiv-autoritären Maßnahmen auf solidarische Konfliktlösungsstrategien setzt.¹¹ Der Kampf um den Erhalt von Grundrechten wird so durch einen zusätzlichen wichtigen Aspekt erweitert.

Lars Bretthauer, ehemaliger Stipendiat der Rosa-Luxemburg-Stiftung, promoviert am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Universität Kassel zum Thema Vorratsdatenspeicherung. Organisiert ist er bei reflect! – Assoziation für politische Bildung und der AkG – Assoziation für kritische Gesellschaftsforschung.

¹ Farin, Klaus/Seidel-Pielen, Eberhard: Die Scharfmacher: Schauplatz Innere Sicherheit, Hamburg 1994. ² Der Europäische Gerichtshof erklärte im Jahr 2014 die Richtlinie über die Vorratsdatenspeicherung von Daten für ungültig. Vgl. <http://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2014-04/cp140054de.pdf>. ³ Gierow, Hauke: Vorratsdatenspeicherung. Gesetz in Kraft – Speicherung noch nicht, 2015, unter: www.golem.de/news/ueberwachung-gesetz-zur-vorratsdatenspeicherung-tritt-in-kraft-1512-118101.html. ⁴ Gössner, Rolf: Menschenrechte in Zeiten des Terrors – Kollateralschäden an der «Heimatfront», Hamburg 2007. ⁵ Vgl. Deutscher Bundestag: Gesetzentwurf der Bundesregierung. Entwurf eines Gesetzes zur Neuregelung der Telekommunikationsüberwachung und anderer verdeckter Ermittlungsmaßnahmen sowie zur Umsetzung der Richtlinie 2006/24/EG, Berlin 2007, S. 28 ff. ⁶ Vgl. hierzu Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht: Rechtswirklichkeit der Auskunftserteilung über Telekommunikationsverbindungsdaten nach §§ 100g, 100h StPO, Freiburg 2008, S. 410. ⁷ Vgl. dazu <https://digitalcourage.de/blog/2016/aktuelles-zur-verfassungsbeschwerde-gegen-die-vorratsdatenspeicherung>. ⁸ Vgl. Bundesverfassungsgericht: Konkrete Ausgestaltung der Vorratsdatenspeicherung nicht verfassungsgemäß, unter: <https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2010/bvg10-011.html>. ⁹ Der Gerichtshof erklärte die Richtlinie über die Vorratsdatenspeicherung von Daten für ungültig. Vgl. <http://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2014-04/cp140054de.pdf>, S. 2. ¹⁰ Vgl. hierzu z. B. Stadler, Felix: Digitale Solidarität, herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Reihe Analysen, Berlin 2014. ¹¹ Ansätze für eine basisdemokratische Organisation des staatlichen Gewaltmonopols finden sich u. a. bei Narr, Wolf-Dieter/Roth, Roland: Transformationen von Menschenrechten und Demokratie, in: Komitee für Grundrechte und Demokratie (Hrsg.): Die globale Transformation menschenrechtlicher Demokratie, Münster 2008, S. 18–45.

GERHARD DILGER

BRASILIENS PUTSCHISTEN WOLLEN DIE GANZE MACHT

MOTIVE UND HINTERGRÜNDE FÜR DAS AMTSENTHEBUNGSVERFAHREN GEGEN DILMA ROUSSEFF

Die BetreiberInnen des kalten Staatsstreichs in Brasilien haben ihre wichtigste Hürde genommen: Am 17. April 2016 stimmten 367 von 513 Mitgliedern des Abgeordnetenhauses für das *impeachment* von Präsidentin Dilma Rousseff von der sozialdemokratischen Arbeiterpartei PT. Sollte eine einfache Mehrheit des Senats im Mai ebenfalls für das Amtsenthebungsverfahren votieren, wird die Staatschefin für 180 Tage suspendiert.

Rousseff, ihr Vorgänger Luiz Inácio Lula da Silva und die PT sind am wiederhergestellten Bündnis der alten Eliten gescheitert, das neben der reaktionären Mehrheit im Kongress die zentralen Kräfte des Unternehmerlagers, die großen Medien und wichtige Teile des Justizapparats umfasst. Doch den Weg zur historischen Niederlage haben sie durch eigene strategische Fehler freigemacht.

Nachdem die programmatisch amorphe Zentrumspartei PMDB (Partei der Demokratischen Bewegung Brasiliens), Koalitionspartner seit 2005, am 29. März 2016 den Austritt aus der Regierung verkündet hatte, gab es auch bei den kleinen rechten Parteien kein Halten mehr. Am Tag der Abstimmung schließlich war das Regierungslager auf seinen harten Kern zusammengeschmolzen: die PT, die Kommunistische Partei (PCdoB), die Demokratische Arbeitspartei (PDT) sowie DissidentInnen quer durch das politische Spektrum. Mit Nein stimmten außerdem alle sechs Abgeordneten der linken Oppositionskraft PSOL (Partei für Sozialismus und Freiheit).

OPERETTENPUTSCH IN ZEITLUPE

Das ganze Elend der brasilianischen Politikerkaste – gegen rund 300 Abgeordnete wird wegen diverser Schiebereien ermittelt – kam in einer grotesken fünfständigen Parlaments-sitzung¹ zum Vorschein, in der die politisch gelähmte, aber in Sachen Korruption kaum angreifbare Präsidentin wegen «Verantwortlichkeitsverbrechen» verurteilt wurde. Hinter diesem Begriff verbergen sich Haushaltstricksereien, eine in Brasilien wie auch anderswo übliche und kaum geahndete Regierungspraxis.² Regie führte Rousseffs machiavelistischer Intimfeind, Parlamentspräsident Eduardo Cunha (PMDB), der sich trotz Schmiergeldern in Millionenhöhe auf Schweizer Konten und zahlreicher anderer Beschuldigungen einer Verurteilung bislang entziehen konnte – das bra-

silianische Justizwesen ist nicht nur extrem langsam, sondern vor allem sind viele seiner Akteure sehr parteiisch. «Gott erbarme sich unseres Landes», sagte der bestens vernetzte Rechtsevangelikale vor seiner Stimmabgabe – inmitten tumultartiger Szenen, in denen auch noch Verwandte, Freunde, ein Folterer der Militärdiktatur, die brasilianischen Versicherungsmakler oder der Frieden in Jerusalem beschworen oder Cunha als «Gangster» beschimpft wurden.³

Große Teile der alten Eliten, die sich während der gut 13-jährigen Regierungszeit von Lula da Silva (2003–2010) und Dilma Rousseff (seit 2011) in einen Sozialpakt mit der PT und dem ihr nahestehenden Gewerkschaftsdachverband CUT hatten einbinden lassen, haben also das sinkende Schiff verlassen. Als Interimspräsident bereit steht Rousseffs Vize Michel Temer, 75, ebenfalls PMDB, bislang eher bekannt als «begabter Strippenzieher und Postenschieber im Hintergrund».⁴

Wie es in den kommenden Monaten weitergehen wird, lässt sich nur spekulieren. Die politische Lage in Brasilien sei derzeit so, dass es unmöglich sei, irgendwelche Vorhersagen über 24 Stunden hinaus zu machen, sagt der Politologe André Singer. Zu analysieren ist hingegen, wie es so weit kommen konnte, dass die PT, immerhin die wichtigste Linkspartei Lateinamerikas, vor einem Scherbenhaufen steht.

DILMAS WAHLBETRUG

Rousseffs zweite Amtszeit stand unter keinem guten Stern. Zwar konnte sie durch einen furiosen Wahlkampfendspurt,

in dem sie einen Großteil der zunächst zögerlichen sozialen Bewegungen hinter sich scharen konnte,⁵ am 26. Oktober 2014 die Stichwahl gegen den konservativen Kandidaten Aécio Neves (PSDB – Sozialdemokratische Partei Brasiliens) mit 51,6 Prozent der gültigen Stimmen für sich entscheiden. Doch dann schlug die gelernte Ökonomin genau jenen neoliberalen Wirtschaftskurs ein, mit dem vor der Wahl Neves und die drittplatzierte Ex-Grüne Marina Silva für sich geworben hatten.

Mit Joaquim Levy machte sie einen Banker und waschechten Chicago Boy zum Finanzminister, und der setzte einen «rezessiven Schock» in Szene, der nicht nur Rousseffs Wahlversprechen Lügen strafte, sondern auch eine radikale Abkehr von ihrer nekeynesianischen Politik während den ersten beiden Jahre ihrer ersten Amtszeit darstellte. Damals hatte sie, weitaus dezidierter als zuvor Lula, versucht, ähnlich wie US-Präsident Franklin D. Roosevelt (1933–1945) die soziale Ungleichheit zu verringern und den Grundstein zur Bildung einer breiten Mittelschicht zu legen. Mit «unerwarteter Kühnheit» habe Rousseffs Wirtschaftsteam zunächst auf Staatsintervention und Niedrigzinspolitik gesetzt, rekapituliert Singer, doch auf Druck des Finanzkapitals und schließlich auch vieler zunächst aufgeschlossener UnternehmerInnen ruderte die Präsidentin schließlich zurück.⁶

Ein Grund dafür war nicht zuletzt das Ende des Rohstoffbooms, der zuvor sämtlichen südamerikanischen Linksregierungen Spielräume für umfangreiche Sozialprogramme verschafft hatte. Leider hatte man diese Bonanza auch in Brasilien nicht dazu genutzt, die große Exportabhängigkeit zu reduzieren, im Gegenteil. Pharaonische und korruptionstreibende Megaprojekte wie die Flussumleitung des Rio São Francisco im Nordosten wurden zu Milliardengräbern.

Die Auswirkungen der nun von Rousseff betriebenen Austeritätspolitik ließen nicht auf sich warten. Brasilien erlebt die heftigste Rezession seit Jahrzehnten: 2015 sank das BIP um 3,5 Prozent, für 2016 sind die Aussichten ähnlich düster. Die Folge sind Massenarbeitslosigkeit und Einkommensverluste auf breiter Front. Zeitweise sanken die Popularitätswerte der Staatschefin in den einstelligen Bereich, die PT-Basis drängte – erfolglos – auf einen erneuten Kurswechsel.

JUNI 2013: VERPASSTE CHANCE

Doch nicht nur auf ökonomischer Ebene zeigte sich Rousseff beratungsresistent. Im kollektiven Gedächtnis präsent sind noch immer die Massenproteste vom Juni 2013 gegen Fahrpreiserhöhungen, die Milliardenausgaben für die Fußball-WM, gegen strukturelle Mängel im Bildungs- und Gesundheitswesen, aber auch damals schon: gegen «die Korruption», die Regierung, die PT. Daraufhin ließ das mehrheitlich konservative Parlament flugs ein paar umstrittene Gesetzesentwürfe in der Schublade verschwinden.⁷ Der von manchen erhoffte Linksschwenk der Regierung blieb jedoch aus. Wie schon so oft seit 2003 fügte sich die vom Mehrheitsflügel um Lula dominierte PT in die scheinbar unvermeidliche Koalitionslogik, die politisch bereits angeschlagene und von den sozialen Bewegungen entfremdete Präsidentin beließ es bei kurzatmigen Reformversuchen.

Im Rückblick kann der Juni 2013 hingegen als Aufbruchsmoment einer Bewegung von jungen, neuen, stramm neoliberalen Rechten gelten, die seither – vor allem mit tatkräftiger Hilfe der mächtigen Mainstreammedien – die Hegemonie auf den Straßen übernommen hat. Im Unterschied dazu waren die linken, oft autonom und entsprechend regie-

rungskritisch ausgerichteten Gruppen seither nicht in der Lage, auch nur ansatzweise ein eigenes Projekt jenseits des PT-Pragmatismus zu skizzieren. In der Stichwahl dürften sie zwar noch zumindest teilweise zum Sieg Rousseffs beigetragen haben, aber auf der Linken herrscht allenthalben Ratlosigkeit.

In den letzten Wochen konnte Lula nach einer beispiellosen «Hexenjagd»,⁸ die letztlich dem Amtsenthebungsverfahren den Boden bereitete, zumindest bei seinen früheren AnhängerInnen wieder punkten. Eine vom Meinungsforschungsinstitut Datafolha am 7. und 8. April durchgeführte Umfrage belegt, dass er bei einer Präsidentschaftswahl 2018 zusammen mit Marina Silva gute Chancen haben könnte, die Konservativen schwächeln hingegen, und Michel Temer lag gar nur bei zwei Prozent.⁹ Der *lulismo*, obgleich «im Koma», sei also noch nicht ganz abzuschreiben, betont André Singer, Lulas erster Regierungssprecher.

WER SIND DIE PUTSCHISTEN?

Ähnlich wie in Paraguay im Juni 2012, wenn auch mit Ansage und über Monate hinweg, spielt sich in Brasilien gerade ein «kalter» parlamentarischer Staatsstreich ab, in einem fein abgestimmten Zusammenspiel zwischen Traditionspolitikern wie Temer oder dem rechtsliberalen Expräsidenten Fernando Henrique Cardoso (PSDB, 1995–2002), dem Medienkonzern Globo, den Wochenmagazinen *Veja*, *Época* und *Istoé*, sämtlichen Tageszeitungen und wachsenden Teilen der Justiz. Selbst der Oberste Gerichtshof, dessen Mitglieder mehrheitlich von den PT-Präsidenten nominiert wurden, verhinderte das Schauspiel im Abgeordnetenhaus nicht, denn der dort vorherrschenden Lesart zufolge geht es verfassungsrechtlich im Kern mit rechten Dingen zu. «Das *impeachment* ist ein antidemokratisches und elitäres Mittel. Aber es ist legal», meint der Historiker Daniel Aarão Reis.¹⁰ Nach der Diktatur (1964–1985) habe die von ihr geprägte politische Klasse das bis heute herrschende System entwickelt, um sicherzustellen, dass es im Kern unangestastet bleibt, schreibt der Historiker Perry Anderson.¹¹

Die These eines Staatsstreichs oder zumindest eines eindeutig politischen Prozesses wird hingegen nicht nur von den direkt Betroffenen, sondern auch von vielen BrasilianerInnen und einer Mehrheit ausländischer BeobachterInnen geteilt. Es handele sich «um einen verfassungswidrigen Umsturz, um einen Staatsstreich, mit dem sich an der Macht Beteiligte und die sie unterstützenden Eliten der gesamten Staatsgewalt bemächtigen», findet etwa Yesko Quiroga, früherer Büroleiter der Friedrich-Ebert-Stiftung in São Paulo. «In einem Kongress ohne Legitimität werden von der Korruption angeklagten Parlamentariern Mehrheiten gebildet, um die Exekutive zu stürzen und einen Politikwechsel einzuleiten, den sie über Wahlen nicht haben durchsetzen können».¹² Kritische Töne kamen auch von den linksliberalen Vorsitzenden der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) und der Union der südamerikanischen Staaten (Unasur).

Das Ziel der medial klar dominierenden Rechtsallianz «der Räuber»¹³ ist die Wiederherstellung einer «marktkonformen» Demokratie ohne viele staatliche Regulative. International ist ihr das Wohlwollen der Finanzmärkte und ihrer politischen Agenten gewiss: «Time to go» titelte das Londoner Wochenmagazin *The Economist* bereits Ende März.¹⁴

Im Parlament stellen die «BBB»-Abgeordneten (*boi, biblia e bala* – Bulle, Bibel und Blei, also die Agrar-, Sekten- und Waffenlobby) die absolute Mehrheit. Diese meist unbekann-

teren HinterbänklerInnen stimmten zu vier Fünftel gegen die Präsidentin – manche, wie Eduardo Cunha, gehören allen drei Gruppen an. Ihre Agenda ist zutiefst reaktionär. Ihre Gesetzesvorhaben richten sich gegen ArbeiterInnen, Frauen, Schwarze, Indigene, die LGBT-Community – und die Umwelt. Zumindest teilweise konnte die jetzt zerfallende Regierungskoalition von Dilma Rousseff seit 2011 die ärgsten Auswüchse bremsen, für progressive Reformen fehlt ihr schon längst die Kraft.

Die großen Medien berichten auffällig wohlwollend über diese PolitikerInnen, auch wenn vordergründig Meinungspluralismus propagiert wird. Nun rächt sich, dass weder Lula noch Rousseff in gut 13 Jahren Regierungszeit ernsthaft das private Medienmonopol infrage gestellt haben. Der öffentlich-rechtliche Sender TV Brasil hat gegen die Privaten keine Chance. In den sozialen Netzwerken machen sich Klassenkampf von oben und Rassenhass völlig ungefiltert breit, wie auch auf den großen Demonstrationen der Opposition seit 2015, wo bisweilen ungeniert für eine Rückkehr der Militärdiktatur plädiert wird.

Doch die Unterstützung für das Amtsenthebungsverfahren reicht weit in die bürgerliche Mitte hinein. Auch dort dominieren weniger rechtsstaatliche Überlegungen, sondern vor allem der Wunsch, die trotz ihrer moderaten Politik verhasste PT endlich – und möglichst definitiv – loszuwerden. Liberale UnternehmerInnen, vielfach medial verstärkt, beklagen vor allem die seit 2014 immer weiter auseinanderklaffende Schere zwischen Staatseinnahmen und -ausgaben, die aber eine Folge der durch marktliberale Rezepte verstärkten Rezession ist.

PT: IM SYSTEM ANGEKOMMEN

Geradezu tragisch ist die Tatsache, dass sich die PT in der größten Krise ihrer Geschichte befindet, obwohl sie eben eine nach europäischen Maßstäben traditionelle sozialdemokratische Politik des Klassenausgleichs versuchte – ganz anders als etwa Hugo Chávez in Venezuela oder selbst die Kirchner in Argentinien. Nach Lulas zweiter verlorener Wahl 1994 wurde die unkonventionelle Linkspartei der 1980er Jahre gezielt zu einer konventionellen Wahlkampfmaschine umgebaut.

Vor seinem strahlenden Wahlsieg 2002 gelobte Lula gegenüber dem IWF und den Finanzmärkten die Einhaltung geltender Verträge. Statt die Aufbruchsstimmung Anfang 2003 dazu zu nutzen, behertzt Strukturreformen anzugehen, entschied sich Lula für einen konservativen wirtschaftspolitischen Kurs. Der Rohstoffreichtum wurde etwas gerechter verteilt, aber die Reichen mussten nichts abgeben. Die PT sei wie die PSDB eine Partei des Zentrums geworden, bürokratisiert, verbürgerlicht und «früh gealtert», kritisierte der Soziologe Francisco de Oliveira bereits Ende 2003.¹⁵

Den Korruptionsskandal *mensalão*, bei dem Lulas Präsidentschaftsminister José Dirceu monatliche Zahlungen an konservative ParlamentarierInnen organisierte, saß der Präsident aus, eine Rückbesinnung der PT auf die hohen moralischen Standards, die sie als Oppositionspartei proklamiert hatte, unterband er. Und all das trotz eines klassischen Lula-Zitats aus dem Jahr 1993, als er über «300 Gauner» im Kongress klagte, die «nur ihre eigenen Interessen» verteidigten.

Anstatt in Zeiten eigener Stärke eine Reform des politischen Systems – angefangen bei der Wahlkampffinanzierung – in Angriff zu nehmen, ging die PT darin auf. Wie die Enthüllungen der seit zwei Jahren laufenden Untersuchung

Lava Jato (Autowäsche) zeigen, sind in dem riesigen Korruptionsskandal um den halbstaatlichen Erdölkonzern Petrobras nicht nur, aber eben auch Millionenbeträge an die PT geflossen. Gleiches geschah bei anderen Megaprojekten wie dem skandalumwitterten Staudamm Belo Monte am Amazonas-Nebenfluss Xingu, den Lula und Dilma Rousseff gegen sämtliche Widerstände und unter Beugung rechtsstaatlicher Kriterien durchsetzten.¹⁶

Mitte März wurde eine Liste des brasilianischen Baukonzerns Odebrecht bekannt, auf der detaillierte Zahlungen an PolitikerInnen jedweder Couleur auftauchen. «Es handelt sich eben nicht um eine Episode, sondern die illegalen Praktiken waren strukturell und zeigen, wie Politik in Brasilien funktioniert und wie politische Kampagnen finanziert werden: Korruption ist tief in die staatlichen Strukturen und Logiken, Handlungen und Motivationen eingewoben», sagt die Soziologin Camila Moreno.¹⁷

Nicht zuletzt ist die Hybris der beiden PT-Staatschefs eine Ursache der jetzigen Krise. Auf dem Gipfel seiner Popularität, auf dem er die Fußball-WM und die Olympischen Spiele nach Brasilien holte, war Lula ein Superstar auf der Bühne der Weltpolitik, der von Hugo Chávez wie von Barack Obama geschätzt wurde. Die Technokratin Rousseff hingegen, ebenfalls mit einem überdurchschnittlichen Selbstbewusstsein ausgestattet, zeigte sich unfähig, in der Schlangengrube Brasília zu bestehen. Gerade bei ungünstigen Mehrheitsverhältnissen im Parlament – 2003 stellte die PT 91 von 513 Bundesabgeordneten, heute sind es nur noch 62 – ist politischer Dialog unabdingbare Voraussetzung für politischen Erfolg. Beschwingt vom Rohstoffboom der 2000er Jahre, schied Lula Ende 2010 mit einer Popularität von 86 Prozent aus dem Amt. Dennoch: Dass er in bester Caudillo-Manier per Fingerzeig Rousseff zu seiner Nachfolgerin erkor, rächt sich jetzt.

ENDE DES LINKSRUCKS IN SÜDAMERIKA

In Brasilien droht nun ein Rollback, in dem nicht nur die sozialen Errungenschaften aus 13 Jahren PT-Regierung weiter zurückgedrängt werden. Selbst die Werte der Verfassung von 1988, die drei Jahre nach dem Ende der Diktatur in Kraft trat, sind jetzt in Gefahr.¹⁸

Der wahrscheinliche Sturz Dilma Rousseffs ist das jüngste Anzeichen dafür, dass der historisch einzigartige progressive Zyklus in Südamerika zu Ende geht. Nach dem Sieg des Rechtsliberalen Mauricio Macri in Argentinien, der Niederlage des chavistischen Lagers bei der Parlamentswahlen in Venezuela und der Absage der BolivianerInnen an Evo Morales, der bei der kommenden Präsidentschaftswahl kein weiteres Mal mehr antreten darf, nun also der «kalte Putsch» in Brasília. Allerdings sind dessen geopolitischen Implikationen von ganz anderer Reichweite.

Die selbstbewusste Außenpolitik Brasiliens unter Lula hatte zu neuen regionalen Bündnissen und einem nie gekannten Rückgang des Einflusses Washingtons in Lateinamerika geführt; das «Begräbnis» der gesamtamerikanischen Freihandelszone Alca im argentinischen Mar del Plata 2005 wurde zum Fanal. Doch die Schattenseiten eines ungebrochenen Fortschritts- und Wachstumsdenkens bei der Regierungslinken sind schon seit Längerem nicht mehr zu übersehen.¹⁹ Kritische Intellektuelle wie der Venezolaner Edgardo Lander erklärten bereits im letzten Jahr, in Lateinamerika sei der Begriff Sozialismus diskreditiert und unbrauchbar für die politische Auseinandersetzung – er dachte dabei vor allem an die

«bolivarianischen» Projekte in Venezuela, Ecuador und Bolivien.

Im Brasilien der PT-geführten Koalitionsregierungen stand der Sozialismus nie auf der Tagesordnung, bei aller Affinität Lulas zu seinen progressiven AmtskollegInnen. Mehr noch: Es gab nicht einmal ein kohärentes Reformprojekt für Brasilien, immer stärker stand der Machterhalt um seiner selbst willen im Vordergrund. Daher ist die Desillusionierung mit der PT schon viel älter als die jetzige Krise.

CHANCE AUF EINEN NEUANFANG?

Gerade wenn man sich die absurden Szenen bei der Abstimmung im Abgeordnetenhaus von Brasília noch einmal vor Augen führt: Die Demontage von Dilma Rousseff stellt einen zivilisatorischen Rückschritt dar. Zugleich bietet auch diese Krise die Chance zur Reflexion und (Selbst-)Kritik. Dazu wäre es notwendig, den Staat «als Terrain und Akteur zu begreifen, der sich ständig «von unten», d. h. aus der kritischen Zivilgesellschaft heraus erneuern muss», schreibt der Politikwissenschaftler Ulrich Brand in Bezug auf Lateinamerika. «Das Interessante zu Beginn der Linksentwicklungen in Lateinamerika lag ja darin, in der Krise des neoliberalen Staates eben Politik ganz anders zu denken – als produktives und spannungsreiches Verhältnis von sozialen Bewegungen, solidarischen Praktiken und Staat.»²⁰

An diese Traditionen gilt es anzuknüpfen. Darüber hinaus scheint «ein neues Bewusstsein zu entstehen, das größtenteils ein Produkt der Sozialpolitik der Linksregierungen ist», meint Raúl Zibechi aus Uruguay vielleicht ein wenig zu optimistisch und verweist auf junge, gut ausgebildete brasilianische FavelabewohnerInnen. «Die heutigen Bewegungen sind weniger ideologisch und in ihren Forderungen konkreter, aber nicht weniger schlagkräftig.»²¹ Gerade der Juni 2013 in Brasilien hat gezeigt, dass es ein emanzipatorisches Potenzial gibt, das noch auf der Suche nach Entfaltung ist. Doch das dürfte ein langwieriger Prozess werden. Ob und wann der «brasilianische Frühling» tatsächlich ausbricht oder gar die Linke in der Region eine zweite Chance bekommt, ist völlig offen.

Gerhard Dilger leitet das Regionalbüro der Rosa-Luxemburg-Stiftung in São Paulo.

Weitere Informationen zur Region erhalten Sie im Newsletter des Referats Amerika und Vereinte Nationen der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Ein kostenloses Abonnement ist unter <http://is.gd/m6YL6N> möglich.

1 Fischermann, Thomas: Brasiliens politischer Karneval, Zeit Online, 18.4.16, unter: www.zeit.de/politik/ausland/2016-04/dilma-rousseff-brasilien-amtsenthebung-abstimmung-parlament. **2** Weisbrodt, Mark: Brazilian Coup Threatens Democracy and National Sovereignty, Huffington Post, 14.4.16, unter: www.huffingtonpost.com/mark-weisbrodt/brazilian-coup-threatens_b_9694928.html. **3** Glüsing, Jens: Parlament gegen Präsidentin in Brasilien: Aufstand der Scheinheiligen, Spiegel Online, 18.4.16, unter: www.spiegel.de/politik/ausland/brasilien-parlament-stimmt-gegen-dilma-rousseff-die-analyse-a-1087707.html. Ein entsprechender Artikel in der spanischen Zeitung *El País* trägt den schönen Titel: «Gott stürzt die Präsidentin»; unter: http://internacional.elpais.com/internacional/2016/04/18/actualidad/1460935957_433496.html. **4** Herrmann, Boris: Der erstaunliche Karrieresprung eines «Dekorationsvize», SZ online, 18.4.16, unter: www.sueddeutsche.de/politik/profil-micheltemer-1.2954485. **5** Dilger, Gerhard: Schafft es Dilma doch noch? Zur Stichwahl in Brasilien, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Standpunkte 20/2014, Berlin, unter: www.rosalux.de/publication/40860/schafft-es-dilma-doch-noch.html. **6** Singer, André: Cutucando onças com varas curtas. O ensaio desenvolvimento no primeiro mandato de Dilma Rousseff (2011-2014), Novos Estudos Cebrap 102 (Juni 2015), unter: <http://inovosestudios.uol.com.br/v1/contents/view/1604>. **7** Dilger, Gerhard: Kein Wunder in Brasilien, le monde diplomatique, 12.7.13, unter: www.monde-diplomatique.de/pm/2013/07/12.monde:Text1.artikel,a0006.idx,1. **8** Glüsing, Jens: Staatskrise in Brasilien: Kalter Putsch, Spiegel Online, 19.3.16, www.spiegel.de/politik/ausland/brasilien-hexenjagd-auf-lula-ein-kalter-putsch-kommentar-a-1083218.html. **9** Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Datafolha, 11.4.16, unter: <http://datafolha.folha.uol.com.br/eleicoes/2016/04/1759695-lula-e-marina-lideram-corrida-eleitoral-e-tucanos-tem-trajetoria-de-queda.shtml>. **10** Reis, Aarão: Trata-se de salvar ou não Dilma, mas para que exatamente?, El País, 17.4.16, unter: http://brasil.elpais.com/brasil/2016/04/16/politica/1460835008_896666.html. **11** Von ihm stammt die tiefendendste Analyse zur derzeitigen Krise. Anderson, Perry: Crisis in Brazil, London Review of Books, 21.4.16, unter: www.lrb.co.uk/v38/n08/perry-anderson/crisis-in-brazil. **12** Leserbrief zu Birle, Peter: Kalter Putsch?, IJG-Journal, 7.4.16, unter: www.ipg-journal.de/kommentar/artikel/kalter-putsch-1370/. **13** Fatheuer, Thomas: Eine Koalition der Räuber, Lateinamerika-Nachrichten, April 2016, unter: <http://rosaluxspba.org/de/eine-koalition-der-rauber/>. **14** Time to go, The Economist, 26.3.16, unter: www.economist.com/news/leaders/21695391-tarnished-president-should-now-resign-time-go. **15** Wahl, Achim: Die Regierung Lula nach ihrem ersten Jahr, Utopie kreativ 167, September 2004, unter: www.rosalux.de/publication/15727/die-regierung-lula-nach-ihrem-ersten-jahr.html. **16** Glass, Verena: Wer oder was sind die Linken?, iz3w 353, März/April 2016, unter: <http://rosaluxspba.org/de/wer-oder-was-sind-die-linken/>. **17** «Die ganze politische Klasse ist involviert», Interview von Camila Moreno mit Ulrich Brand, neues deutschland, 4.4.16, <http://rosaluxspba.org/de/die-ganze-politische-klasse-ist-involviert/>. **18** Vgl. hierzu Brand, Ulrich (Hrsg.): Lateinamerikas Linke. Ende eines Zyklus? Hamburg (im Erscheinen). **19** Dilger, Gerhard: Unser Kompass zeigt gen Süden, le monde diplomatique, 8.4.2011, unter: www.monde-diplomatique.de/pm/2011/04/08.mondeText1.artikel,a0051.idx,15. **20** Brand, Ulrich: Einleitung, in: Brand (Hrsg.): Lateinamerikas Linke. **21** Zibechi, Raúl: Südamerikas neue politische Landkarte. Die Krise der linken Regierungen auf dem Subkontinent, ila 392, Februar 2016, S. 33f.

CHRISTIAN RUSSAU

PARFÜMIEREN STATT REINIGEN

OLYMPIA IM ZEICHEN EINER VON DER ERDÖLINDUSTRIE
VERSEUCHTEN GUANABARA-BUCHT

Die internationalen Medien haben sich schon lange entschieden. Das Symbol für die zwischen dem 5. und 21. August 2016 in Rio de Janeiro stattfindenden XXXI. Olympischen Sommerspiele ist die berühmte Guanabara-Bucht. Kaum ein Pressebericht, der nicht als Einstieg die Bucht wählt, die unter dem Müll und den zu 86 Prozent ungeklärten Abwässern der über sieben Millionen AnrainerInnen leidet. Es bleibt aber meist bei der berechtigten Sorge um die Gesundheit der SeglerInnen und die FreiwasserschwimmerInnen. Dabei wäre eine kritische Berichterstattung über die größte Verursacherin dieser Umweltverschmutzung angezeigt: der Petrochemie. Und eine Kritik an Landes- und BundespolitikerInnen, die um die katastrophalen Auswirkungen der extraktivistischen Industrie auf die Umwelt wissen, sie aber kleinreden oder vertuschen wollen. Und nun planen sie auch noch, der Umweltverschmutzung durch eine Verfassungsänderung den Weg zu ebnen.

Es geht um die weltberühmte Bucht von Guanabara, die eingerahmt wird vom Zuckerhut und vom Felsenfort des Rio de Janeiro gegenüberliegenden Niterói. Unbestritten, die Baía de Guanabara stinkt. Und an vielen Stellen strotzt sie vor Müll. Selbst direkt neben dem jüngst eröffneten Museu do Amanhã, das für das Morgen im Land der Zukunft stehen soll, schwappt auf der Wasseroberfläche eine Ansammlung aus Plastik, Treibflaschen, Styropor, Tüten, abgebrochenen Stuhlbeinen hin und her, die die ServicemitarbeiterInnen mit ihrem Müllräumboot herausfischen sollen. Weder TouristInnen noch JournalistInnen sollen Gelegenheit haben, dies fotografisch zu dokumentieren. Doch nach zwei Stunden hat sich an gleicher Stelle wieder ein neuer Strudel gebildet.

Und die ganze Zeit hängt ein typischer Geruch über der Bucht: Es ist der Geruch von durchschnittlich 20 Kubikmeter Abwässern, die je Sekunde aus zwei Millionen Haushalten – mit rund 7,3 Millionen BewohnerInnen – in die Bucht fließen und von denen nur 2,7 Kubikmetern zuvor aufbereitet wurden.¹ Berechnungen zufolge ergibt dies, als Mischung aus Schwarz- und Grauwasser, 460 Millionen Liter, die jeden Tag komplett ungeklärt in die 380 Quadratkilometer große Bucht strömen.²

SÄUBERUNGSVERSUCHE SEIT ANFANG DER 1990ER JAHRE

1992 fand in Rio de Janeiro die UN-Konferenz über Umwelt und Entwicklung statt, oft kurz als «Erdgipfel», «Rio-Konfe-

renz» oder, wie in Brasilien, «Eco-92» bezeichnet. Vom 3. bis zum 14. Juni 1992 trafen sich dort rund 10.000 Delegierte aus 178 Staaten, mehrere Tausend JournalistInnen waren ebenfalls zugegen. Die Konferenz war über mehrere Jahre vorbereitet worden, sehr oft hatten sich die KoordinatorInnen auch vor Ort versammelt – schon damals war es wohl die unmittelbare olfaktorische Wahrnehmung der Guanabara-Bucht, die zum Handeln bewog.

Im Juli 1991 unterzeichneten Brasilien und Japan ein Regierungsabkommen zur technischen Kooperation bei der Reinigung der Bucht. Als technisches Vorbild sollte die Säuberung der Bucht von Tokio dienen. Die Japan Bank for International Cooperation und die Interamerikanische Entwicklungsbank einigten sich auf Mittel von über einer Milliarde US-Dollar für das Programa de Despoluição da Baía de Guanabara (PDBG) genannte Säuberungsvorhaben. Auch die Landesregierung von Rio de Janeiro sollte finanzielle Mittel zu dem Großprojekt beisteuern. Im Rahmen des PDBG sollten vier Wasseraufbereitungsanlagen gebaut werden: Alegria im Stadtteil Caju, in der Hafenzone von Rio de Janeiro; die Estação de Tratamento de Esgoto in São Gonçalo, an der Ostseite der Bucht, neben Niterói gelegen; sowie die Anlagen Pavuna und Sarapuí in der Baixada Fluminense.

Die Anlagen wurden gebaut, doch die Landesregierung versäumte es, die entsprechenden Zu- und Abflussleitungen zu verlegen. Die Anlage in São Gonçalo beispielsweise wurde 1998 eingeweiht, konnte aber wegen der fehlenden

Leitungen erst 16 Jahre später, im Jahr 2014, zumindest teilweise in Betrieb genommen werden. Deshalb hatten sich 2006 die internationalen Finanzgeber – nach bereits erfolgter Auszahlung von 800 Millionen US-Dollar von geplanten 1,169 Milliarden US-Dollar – aus dem Programm zurückgezogen. Daraufhin musste die Landesregierung von Rio de Janeiro für die bis dato angelaufenen Verzögerungen Zinsen von 260 Millionen US-Dollar zahlen.

PARFÜMIEREN FÜR OLYMPIA

Nach dem Olympiaentscheid 2009 zugunsten von Rio de Janeiro als Austragungsort der XXXI. Olympischen Sommerspiele hat die Landesregierung des Bundesstaats dem Internationalen Olympischen Komitee (IOC) zugesagt, die Guanabara-Bucht bis 2016 zu säubern. Sie hat zu diesem Zweck das PDBG-Programm reaktiviert und die Erweiterungsarbeiten an den vier Wasseraufbereitungsanlagen forciert. Im Zuge der Vereinbarung mit dem IOC sagte die Landesregierung auch zu, die Lagune Rodrigo de Freitas sowie die Lagunen in Jacarepaguá zu reinigen. Demnach sollten bis 2016 rund 80 Prozent der Abwässer der Stadt aufbereitet werden. Der ambitionierte Plan ist aber mittlerweile auch von den Behörden ad acta gelegt worden. Derzeit gilt die reduzierte Zielvorgabe von 60 Prozent.³

Doch selbst um diese von nicht wenigen skeptisch betrachtete Zielvorgabe zu erreichen, müssten etliche der Zuflüsse gesäubert werden. 2011 nahm die Landesregierung von Rio de Janeiro die Firmen Andrade Gutierrez und Carioca Engenharia unter Vertrag, damit diese bis 2014 sechs Zuflüsse zur Bucht – die Flüsse Covanca, Pechinca, Tindiba, Banda da Velha, Rio Pequeno und Rio Grande – reinigten. Dafür erhielten die Firmen umgerechnet knapp 60 Millionen Euro. Anfang 2015 sprachen die Behörden angesichts des Zeitverzugs bei den Arbeiten eine Dringlichkeitswarnung gegenüber den Unternehmen aus, bevor der Vertrag Ende des Jahres endgültig gekündigt wurde. Beide Firmen sind 2015 im Zuge der landesweiten Korruptionsermittlungen gegen PolitikerInnen und Baufirmen ins Visier der Justiz geraten. Das Pressefazit angesichts dieses erneuten Rückschlags lautete: «Keines der im Zusammenhang mit den Olympischen Spielen stehenden großen Umweltprojekte wird vor Beginn der Spiele fertig werden.»⁴

Als Alternative zu den Säuberungsplänen für die Flüsse und die Bucht haben sich Rios Regierung und Behörden mittlerweile auf zwei Varianten geeinigt: In Bezug auf den Müll sollen sogenannte Öko-Barrieren errichtet werden, von denen je eine die stark verschmutzten Zuflüsse Cunha, Meriti und Bomba sowie zwei den Emboaçú-Fluss davon abhalten sollten, den augenfälligsten Müll in die Bucht zu schwemmen.⁵

Als Ende April in der neugebauten «Arena der Zukunft» die ersten Testspiele im Handball stattfanden und auch dort unangenehme Gerüche auftraten – die Arena Futuro im Olympischen Park im Stadtviertel Barra da Tijuca liegt neben einer Lagune –, rief das prompt Proteste der AthletInnen und Besorgnisse beim olympischen Organisationskomitee hervor. Die von Regierung und Umweltbehörden ins Spiel gebrachte Lösung ist so schlicht wie unverantwortlich: die Lagune parfümieren.⁶

Obwohl seit den 1990er Jahren bereits 4,8 Milliarden US-Dollar in die Säuberung der Bucht investiert wurden,⁷ sind die Ergebnisse bislang gelinde gesagt bescheiden.

DIE VIELEN GUANABARA-BUCHTEN

Im Lauf der Tide wird alle sechs Stunden zehn Prozent des Wassers der Bucht mit dem Meer ausgetauscht. Die im Mittel errechnete, theoretische Verweildauer des Wassers in der Bucht beträgt 15 bis 20 Tage.⁸ Doch ist dies nur eine rechnerische Größe. Denn dieser Austausch vollzieht sich vor allem in der Nähe der Einfahrt der Bucht. Je weiter man in den Nordwesten der Bucht gelangt, dort, wo die Ilha de Governador den internationalen Flughafen beherbergt und im weiteren Umfeld ein Großteil der BewohnerInnen der Nordzone und der Baixada Fluminense leben, desto geringer fällt der Austausch aus. Das liegt teils an den Strömungen, teils an dem durch Aufschüttung hinzugewonnenen Neuland und der dadurch um den Faktor zehn in den vergangenen 100 Jahren gestiegenen Versandungsrate und an bereits verseuchtem Eintrag aus den dortigen Zuflüssen. Im Nordosten der Bucht, wo die deutlich weniger belasteten Flüsse Caceribu und Guapimirim in der Umgebung eines Naturschutzgebietes in die Bucht strömen, sinken die Schadstoffwerte im Vergleich zur Hauptproblemzone im Nordwesten deutlich. Dazu tragen auch die wasserreinigenden Kräfte der dort noch ausgedehnt vorhandenen Mangroven ihren Anteil bei.

KEINE SUPERBAKTERIEN, SONDERN BEKANNTE SCHADSTOFFE

Große deutsche Tages- und Wochenzeitungen haben ausführlich berichtet über die in der Bucht und deren Zuflüssen aufgefundenen «Superbakterien» (Der Spiegel) oder über die «Kloake als Sportstätte» (Bild). Es trifft zweifelsohne zu: Die mit den Abwässern der Millionenstadt kontaminierte Bucht ist ein explosiver Krankheitsherd. Doch ein genauer Blick in den Beipackzettel der zitierten Studien wäre mitunter ganz hilfreich gewesen. Denn es handelt sich bei den täglich in die Guanabara-Bucht eingeleiteten Substanzen um 400 Tonnen organische Stoffe, 64 Tonnen organische Industrieabfälle, sechs Tonnen Haushaltsmüll, sieben Tonnen Erdöl und 300 Kilogramm Schwermetalle.⁹ Die Schmutzstoffe in der Bucht unterteilen sich entsprechend in organische Verbindungen, die den Sauerstoff in der Bucht aufzehren (was zu Fischsterben führen kann), die aber biologisch abbaubar sind. Anders sieht es bei Schadstoffen wie etwa Schwermetallen aus. Die in besorgniserregender Quantität in der Guanabara-Bucht festgestellten Schwermetalle sind vor allem Blei, Zink, Kupfer und Chrom sowie in geringeren Mengen auch Nickel, Quecksilber und Cadmium.¹⁰ Und die bauen sich nicht biologisch ab. Sie setzen sich an die Schwebstoffe im Wasser an, driften gen Grund, gelangen so in die Nahrungskette der Fische, die wiederum in die Nahrungskette der Menschen gelangen.

Woher diese Schadstoffe kommen, lässt sich relativ gut belegen. Die Umweltbehörden von Rio de Janeiro zählten 2006 rund 12.000 Industriebetriebe, die im Einzugsgebiet der Guanabara-Bucht liegen und Schwermetalle abgeben. Von denen sind 52 Betriebe für 80 Prozent des Schwermetallausstoßes verantwortlich. Die größte Emittentin ist die Petrobras-Raffinerie Refinaria de Duque de Caxias (Reduc). Sie allein stößt jeden Tag 1,4 Tonnen Schadstoffe aus – ein Fünftel aller in die Bucht entsorgten Schadstoffe. Darunter befinden sich auch viele Phenole und Schwermetalle. Hinzu kommen die Ölabscheidungen der Häfen (2,3 Tonnen Öl pro Tag), Verluste der Ölterminals in Höhe von einer Tonne Öl pro Tag sowie zwei Tonnen Ölverluste an vorgelagerten Ölverladestätten sowie durch Lecks an den Pipelines.

So drängt sich die Frage auf, warum die Behörden diese Verschmutzung nicht bekämpfen. Es gibt weder behördliche Auflagen für moderne Filter bei neuen Industrieanlagen noch die Forderung, ältere Anlagen mit Filtern nachzurüsten. Es gibt kaum behördliche Umweltkontrollen bei den leckenden Pipelines, bei den Öltanks und -terminals. Es gibt kaum Versuche, das Ölablassen der Tanker in der Bucht zu stoppen. Stattdessen zeigen sich die Behörden sehr flexibel bei Umweltgenehmigungen für weitere Pipelines, Hafenterminals und Raffinerien. Hinzu kommt, dass immer mehr Kreuzfahrtschiffe anlegen, die ihre Schwerölmotoren zur Stromerzeugung während ihrer Tagesaufenthalte an den Piers von Rio laufen lassen.

Während sich die Weltpresse zu Recht große Sorgen um die Gesundheit der AthletInnen machen, die an den Olympischen Spielen teilnehmen werden, erwähnte sie die Menschen, die an und von der Bucht leben, kaum. Laut einer Studie der Katholischen Universität von Rio de Janeiro (PUC), die 2011 erschien, ist über die Hälfte der Fische in der Guanabara-Bucht so stark mit Schwermetallen belastet, dass sie für den menschlichen Verzehr ungeeignet sind.

TROTZ KATASTROPHE KEIN EINSEHEN

Die Verschmutzung der Bucht nahm mit einer Katastrophe schlagartig zu: Am 18. Januar 2000 flossen 1.300.000 Liter Öl in die Bucht. Eine Pipeline von Petrobras war gebrochen. 45 Tage war es den FischerInnen verboten, in die Bucht zu fahren, aber sie sahen dennoch, wie mit der Ölpest umgegangen wurde. «Anstatt zu versuchen, das Öl zu entfernen, haben sie da alle möglichen Chemikalien reingekippt, um das Öl zu binden», berichtet Alexandre Anderson, seit fast 20 Jahren Fischer aus dem Stadtteil Magé am nördlichen Ende der Bucht. Damit bekämpfe man keine Ölpest, damit verlagere man sie nur. «Das Öl sackte ab in die Sedimente – und verseuchte ganze Generationen von Fischen, die dort in der Nähe der Mangroven ihre Laichgründe haben.»

Über Jahre zogen sich die Gerichtsprozesse hin. Petrobras, der Erdölgigant mit einem Jahresumsatz von über 100 Milliarden Euro, weigerte sich, den FischerInnen der Guanabara-Bucht Entschädigungen zu zahlen. Erst mehr als 14 Jahre nach der größten Ölverseuchung in der Geschichte Brasiliens sprach das zuständige Gericht das Urteil in erster Instanz. Jeweils 750 Reais, damals umgerechnet rund 250 Euro, erhielten die rund 12.000 betroffenen FischerInnen.

Trotz der Umweltkatastrophe im Jahr 2000 hat allein Petrobras in der Folge 18 weitere Pipelines gebaut und zwei neue Raffinerien errichtet, alles an und in der Guanabara-Bucht. Pipelines für Gas, Flüssiggas und Erdgas und natürlich für Erdöl. Dies hing auch mit der Entdeckung der immensen Erdölvorkommen vor der brasilianischen Küste zusammen. Die Schätzungen für die Erdölfunde reichen von 50 bis zu 100 Milliarden Barrel Öl, plus riesige Mengen an Erdgas. Da sich der Ölpreis noch lange auf einem sehr hohen Niveau bewegte, wurde in den Firmenzentralen eifrig geplant, gerechnet und schließlich gebaut. «Da kam eine Pipeline nach der anderen, die sich durch die Bucht zogen. Und nie wurden wir FischerInnen vorher informiert», klagt Anderson.

Die Baía de Guanabara ist zu einem der zentralen Umschlagplätze für das Schmiermittel der industrialisierten Welt geworden. Die Tanker fahren in die Bucht ein, legen an den Terminals und deren kilometerlangen Piers an, von wo un-

zählige Pipelines die kostbare Fracht zu den Raffinerien bringen. Das Geflecht an Pipelines ist es, was den FischerInnen am meisten Angst macht – und sie in ihrer Existenz bedroht. Jede Pipeline kann lecken und so das Wasser verseuchen, und auch die Fische.

DER COMPERJ-KOMPLEX

Für die FischerInnen hat das, was ihnen Angst einjagt, einen Namen: Comperj. Das ist ein petrochemischer Komplex, der für umgerechnet rund sechs Milliarden Euro von Petrobras gebaut wird beziehungsweise gebaut werden sollte. Denn zurzeit sind angesichts der aktuellen Milliardenverluste von Petrobras (rund anderthalb Milliarden Euro allein im vierten Quartal 2015) und des abgestürzten Ölpreises auch die Zeitpläne ins Wanken geraten. Der Bau des Vorzeigeprojektes Comperj wurde erst einmal um zwei Jahre verschoben, nun soll es 2019 statt 2017 fertiggestellt werden.

Aber aufgeschoben ist nicht aufgehoben. Comperj wird wohl kommen. Und dort sollen in Zukunft die Milliarden Barrel aus dem Pré-Sal raffiniert und weiterverarbeitet werden. Also noch eine Riesenraffinerie, die die von Reduc tagtäglich ausgestoßenen 1,4 Tonnen Schadstoffe erheblich vermehren wird. Die Bucht wird noch mehr Schwermetalle aufnehmen müssen. Hinzu kommt das ganze Geflecht von Pipelines zu den Häfen und Piers, die sich durch die Bucht von Guanabara ziehen und die FischerInnen in der Ausübung ihres Berufs behindern. «Wir FischerInnen werden aus unseren Territorien vertrieben», erklärt Anderson. Sie haben das durch Daten belegen können. «1998 standen uns 78 Prozent der Wasserfläche der Guanabara-Bucht frei zur Ausübung unseres Berufs. Rund 300 Quadratkilometer. 2011 waren es nur noch 12 Prozent der Bucht, die wir befahren durften. 46 Prozent des Gebiets der Guanabara-Bucht besteht inzwischen aus petrochemischen Anlagen, aus deren Piers, Terminals und Pipelines.»

2007 hatten die FischerInnen eine Anhörung zum Comperj-Komplex durchsetzen können. «Alle waren da: das Umweltamt, der Bürgermeister und wir. Wir hatten Busse gemietet und sind da zu 300 Leuten hin», berichtet Anderson. Dreißig Minuten Redezeit war ihnen gewährt worden. «Und wir haben sie überrascht: Denn wir hatten vorher eine Karte der Guanabara-Bucht erstellt. Dort hatten wir alle Ausschlussgebiete für Fischerei verzeichnet, indem wir alle für uns FischerInnen mittlerweile gesperrte Gebiete auswiesen. Dies war das erste Mal, dass alle diese Daten zusammengetragen wurden.» Seine Augen leuchten, als er von diesem kleinen Erfolg berichtet. «Woher wir diese Daten hatten? Wir haben uns alle Umweltverträglichkeitsprüfungen durchgelesen und alle Infos daraus gezogen. Und das haben wir dann gezeigt.»

Die Reaktion sei prompt gekommen. «Meine Güte! Die Fischer haben eine Karte gemacht!», habe der damalige Vizepräsident der Petrobras gestöhnt. Anderson hatte damals die Karte der Guanabara-Bucht mit den Worten präsentiert: «Wie Sie sehen können, gibt es in der Guanabara-Bucht keinen Platz mehr für die FischerInnen.» Daraufhin habe Grabesstille im Saal geherrscht. Und als Petrobras das Wort erteilt wurde, seien alle 300 anwesenden FischerInnen aufgestanden und hätten den Saal demonstrativ verlassen. Denn, so Anderson, das Problem mit den öffentlichen Anhörungen sei, dass sie dort zwar sprechen, aber nicht mitentscheiden können. Bald schon könnten selbst diese Alibiveranstaltungen der Vergangenheit angehören.

«FLEXIBLISIERTER UMWELTGESETZGEBUNG»

Brasilien hat in der 1988 verabschiedeten Verfassung eine sehr fortschrittliche Umweltgesetzgebung verankert. So muss etwa für jedes größere Bauvorhaben zuerst im Auftrag der interessierten Firma ein Umweltfolgengutachten erstellt werden, bevor die zuständigen Landes- oder Bundesbehörden ein dreistufiges Genehmigungsverfahren einleiten, das die vorläufige Betriebsgenehmigung, die Niederlassungs- und die endgültige Betriebsgenehmigung umfasst. Außerdem müssen die Unternehmen alle Pläne vorlegen, weitere Umweltfolgenabschätzungen vornehmen und soziale sowie Umweltkompensationsvereinbarungen abschließen. Und schließlich sind noch öffentliche Anhörungen gesetzlich vorgeschrieben, in denen die betroffenen Gemeinden und Personen konsultiert werden müssen.

Doch die Praxis sieht oft ganz anders aus, denn die Interessen derjenigen, die solche Großbauvorhaben ohne allzu viel lokalen Widerstand umsetzen wollen, decken sich meist mit den Interessen der politisch Mächtigen im Land. Es war Rio de Janeiro Umweltministerium unter Carlos Minc, Mitbegründer der brasilianischen Grünen und heute Mitglied der Arbeiterpartei, das ab Mitte der 2000er Jahre eine «Flexibilisierung» der Umweltgesetzgebung einführte, um erklärtermaßen den Unternehmen das Leben zu «erleichtern». Bei dieser «Flexibilisierung» ging es im Wesentlichen um eine «praktische» Auslegung der Umweltgesetze. Von 2008 bis 2010 war Minc dann Brasiliens Umweltminister und setzte diese «Flexibilisierung» bundesweit durch. Vieles von dem, was zuvor von Bundesbehörden begutachtet und bewilligt werden musste, verwies Mincs Ministerium nun an die Landesbehörden und verhalf dem bereits Anfang der 1990er Jahre geschaffenen Rechtskonstrukt der Durchführungsbestimmung über Produktionsabläufe – der Fachterminus lautet Termo de Ajuste de Conduta (TAC) – ab 2008 auf allen Ebenen zum Durchbruch. Wenn Firmen Auflagen oder Fristen nicht einhalten, können sie nun auf dieser Grundlage mit den Landesbehörden spezifische Verträge aushandeln. Damit wird die Umsetzung der für die Bewilligung von Bau- und Umweltgenehmigungen geltenden Auflagen zeitlich gestreckt – und KritikerInnen zufolge gezielt abgeschwächt.

In einer Studie haben die KritikerInnen des Gesetzes gezeigt,¹¹ wie diese sogenannten TAC-Verträge gezielt eingesetzt werden, damit umstrittene industrielle Großprojekte, die massiv gegen die Umweltauflagen verstoßen, das behördliche Plazet bekommen. Das gilt für das ThyssenKrupp-Stahlwerk an der Bucht von Sepetiba in der Westzone von Rio ebenso wie für die Reduc-Raffinerie an der Guanabara-Bucht, die auf Basis des offiziellen dreistufigen Bewilligungsverfahrens nie eine Betriebsgenehmigung erhalten hätten. KritikerInnen bezeichnen daher die Anwendung der TAC-Verträge als «Fast-Food-Umweltgenehmigungsverfahren».

Dass sich PolitikerInnen gern medienwirksam bei Werkseröffnungen zeigen, in der Hoffnung, dass neue Arbeitsplätze in der Region ihren Ruf und ihre Chancen auf eine Wiederwahl verbessern, liegt nahe. Doch wichtiger für ihr Interesse an solch unverantwortlicher «Flexibilisierung» der Umweltgesetze ist etwas anderes. Die Wissenschaftler Taylor Boas (Boston University), Daniel Hidalgo (Massachusetts Institute of Technology) und Neal Richardson (University of California, Berkeley) legten im September 2013 eine aufsehenerregende Studie vor: «The Spoils of Victory: Campaign Donations and Government Contracts in Brazil».¹² Darin untersuchten sie den Zusammenhang von Wahlkampfspenden und Regie-

rungsaufträgen an Baukonzerne und belegten, wie großzügig sich PolitikerInnen nach erfolgter Wahlkampfspende zeigten: Baufirmen konnten im Durchschnitt mit Staatsaufträgen in Höhe des 14-Fachen ihres zuvor gespendeten Beitrages rechnen.

Doch damit nicht genug. Ende April votierte eine Senatskommission für eine Verfassungsänderung, die das Umweltgenehmigungsverfahren für Großprojekte drastisch vereinfachen, sprich unternehmerfreundlicher gestalten soll.¹³ Die Vorlage zur Verfassungsänderung PEC 65/2012 sieht die Abschaffung des dreistufigen Systems behördlicher Genehmigungen vor und will stattdessen nur noch eine Umweltfolgenstudie verlangen. Alle weiteren Auflagen, die von den Firmen als «Gängelung durch die Behörden» angesehen werden, wären dann nicht mehr notwendig. Für industrielle Großprojekte und extraktive Industrien wie Bergbau, Rohstoffförderung und -verarbeitung gäbe es dann in Brasilien kaum noch Hindernisse, es sei denn, es stellten sich ihnen von den Umweltschäden betroffene KleinbäuerInnen, Indigene oder FischerInnen entgegen. Doch ob diese noch genügend Kraft zum Widerstand haben werden, ist mehr als fraglich. Von den Folgen der Industriegroßprojekte und des Extraktivismus für die lokale Bevölkerung ist in den westlichen Medien kaum die Rede. Ihnen sind die Storys vom Supervirus, der die Gesundheit der SportlerInnen gefährdet, und der Kloake als Sportstätte wichtiger.

Christian Russau lebt als Autor, Übersetzer und Journalist in Berlin. Er ist aktiv beim Netzwerk der Brasilienolidarität KoBra, bei dem Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika (FDCL) und bei den *Lateinamerika-Nachrichten*.

1 Zit. nach: Oliveira, Alessandra Viana: Cronologia da deposição de metais pesados associados aos sedimentos da Baía de Guanabara. Dissertação de Mestrado. PUC Rio, Rio de Janeiro 2009, S. 34. 2 Esgoto despejado todo dia na Baía de Guanabara encheria 185 piscinas olímpicas», Extra Globo, 16.8.2015, unter: <http://extra.globo.com/noticias/rio/esgoto-despejado-todo-dia-na-baia-de-guanabara-encheria-185-piscinas-olimpicas-17193820.html#ixzz47LXzNJwS>; vgl. auch Estudo Mostra o Potencial de Ganhos Econômicos do Saneamento Básico à Sociedade e Municípios do Entorno da Baía de Guanabara, unter: www.tratabrasil.org.br/estudo-mostra-o-potencial-de-ganhos-economicos-do-saneamento-basico-a-sociedade-e-municipios-do-entorno-da-baia-de-guanabara; INEA et al.: Guanabara Limpa. Psam – Programa de Saneamento Ambiental da Baía de Guanabara, unter: www.fbds.org.br/fbds/IMG/pdf/doc-621.pdf. 3 Vgl. Vinicius Konchinski: Rio rescinde contrato e abandona último legado ambiental da Olimpíada, Universo Online (UOL), 17.3.2016, unter: <http://olimpiadas.uol.com.br/noticias/2016/03/17/rio-rescinde-contrato-e-abandona-ultimo-legado-ambiental-da-olimpiada.htm>. 4 Ebd. 5 Vgl. Novo plano promete Baía de Guanabara limpa para olimpíadas, Extra Globo, 25.3.2015, unter: <http://extra.globo.com/noticias/rio/novo-plano-promete-baia-de-guanabara-limpa-para-olimpiadas-15696844.html#ixzz47PeYfYdR>. 6 Vgl. Guiherme Costa: Atletas criticam odor, e Rio-2016 cogita jogar perfume em arena de handebol, UOL, 29.4.2016, unter: <http://olimpiadas.uol.com.br/noticias/2016/04/29/atletas-criticam-odor-e-rio-2016-cogita-jogar-perfume-em-arena-de-handebol.htm?cmpid=tw-uolEsp>. 7 Vgl. Consultas públicas discutem Plano de Recuperação da Baía de Guanabara, Agencia Brasil/EBC, 29.4.2016, unter: <http://agenciabrasil.ebc.com.br/geral/noticia/2016-04/consultas-publicas-discutem-plano-de-recuperao-da-baia-de-guanabara>. 8 Vgl. Oliveira: Cronologia, S. 28. 9 Vgl. ebd., S. 34. 10 Vgl. ebd., S. 35 ff. 11 Nuñez Viégas, Rodrigo/Giffoni Pinto, Raquel/Novoa Garzon, Luis Fernando: Negociação e acordo ambiental. O Termo de Ajustamento de Conduta (TAC) como forma de tratamento dos conflitos ambientais, hrsg. von der Heinrich Böll Stiftung, Rio de Janeiro, Januar 2015, unter: <http://br.boell.org/pt-br/2015/01/12/negociacao-e-acordo-ambiental-o-termo-de-ajustamento-de-conduta-tac-como-forma-de>. 12 Zu finden unter: http://people.bu.edu/tboas/political_investment.pdf. 13 Vgl. Estado de São Paulo, 27.4.2016.

YVES MÜLLER

ZWISCHEN IDEOLOGIE UND ANPASSUNG

DIE TOTALITARISMUSTHEORIE ALS INSTRUMENT EINER INTERESSEGELEITETEN GESCHICHTSWISSENSCHAFT

Der Skandal um einen offensichtlich fingierten Aufsatz zur DDR-Geschichte, den die Zeitschrift des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung in Dresden vor einigen Monaten ungeprüft veröffentlicht hat, machte erneut deutlich, wie wichtig es ist, sich intensiver mit der Totalitarismus- und Extremismusforschung in Deutschland auseinanderzusetzen. Die Totalitarismustheorie ist das Instrument einer interessegeleiteten Geschichtswissenschaft, der affirmative Diktaturvergleich das Mittel einer staatszentrierten Geschichtspolitik. Wenn es um die Umdeutung der Geschichte des 20. Jahrhunderts geht, müssen wir nicht erst in Richtung baltische Staaten, Ungarn oder Polen schauen. Das Beispiel aus Sachsen zeigt, welche verheerenden Konsequenzen die Einmischung einer Landesregierung auf die wissenschaftliche Landschaft und die historisch-politische Bildungsarbeit haben kann. Hier müssen VertreterInnen der institutionell verankerten Geschichtswissenschaft sowie linke HistorikerInnen stärker Position beziehen.

Es war ein kurzer Aufschrei, der die deutschsprachige Geschichtswissenschaft erfasste, als «Christiane Schulte & Freund_innen» im Februar 2016 bekannt gaben, dass ein zuvor in der Zeitschrift *Totalitarismus und Demokratie* veröffentlichter Aufsatz «frei erfunden» gewesen sei, «ohne dass dies jemandem aufgefallen wäre».¹ Der Aufsatz gibt vor, «die Geschichte der deutsch-deutschen Teilung aus dem Blickwinkel des Schäferhundes zu betrachten» und überrascht gleich zu Beginn mit der These, dass «zu den ersten Opfern der Berliner Mauer» ein Schäferhund namens Rex gehört habe. Angeblich wurden 34 Diensthunde an der innerdeutschen Grenze «verschlissen in einem Krieg, der nicht der ihre war». Zwar gehört das Aufzeigen von Kontinuitäten über gesellschaftliche Umbrüche und Systemtransformationen hinaus zur Geschäftsgrundlage von Geschichtswissenschaft, doch hätte die besondere Kreativität von «Schulte» die Herausgeber der Zeitschrift, das Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung e.V. in Dresden, stutzig machen müssen. Behauptete diese doch auf dünner – und letztlich ja auch erfundener – Quellengrundlage, dass «direkte Nachfahren von KZ-Wachhunden um 1947 auch im Speziallager Nr. 2 [gemeint ist Buchenwald] eingesetzt»² gewesen seien.

In einer Stellungnahme gaben die genarrten Dresdner an, «durch einen gefälschten Lebenslauf und eine scheinbar wissenschaftliche Argumentation, die dem Leser mit aus-

föhrlichen Erläuterungen, umfangreichen Fußnoten und falschen Archivangaben glaubhaft gemacht» werden sollte, «systematisch getäuscht» worden zu sein. Doch das eingereichte Manuskript hätte schon aus rein fachlich-qualitativen Gründen niemals veröffentlicht werden dürfen.³

Die geschichtswissenschaftliche Öffentlichkeit reagierte gespalten. Geradezu widersprüchlich argumentierte Patrick Kilian von der Forschungsstelle für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte an der Universität Zürich, der den Hoax einerseits als bloßen «Scherz» abqualifizierte, ihm andererseits ein «kritisches Potential» attestierte, das aber «um Längen» verfehlt worden sei. Letztlich sei die «Guerilla-Aktion in Wirklichkeit weniger radikal», als sie vorgebe zu sein, und komme als Abklatsch eines lange hinter uns gebrachten «Stellungskrieg[es] [...] einer im akademischen Raum ins Abseits gedrängten traditionellen und positivistischen Linken» daher. Das klingt allzu sehr nach einem «Ende der Geschichte» (Francis Fukuyama) und weicht einer ernsthaften Auseinandersetzung mit einer Totalitarismusforschung aus, die geradezu affirmativ Nationalsozialismus und DDR-Regime «vergleicht». Immerhin konstatierte der Historiker Florian Peters vom Institut für Zeitgeschichte München-Berlin einen Mangel an «wissenschaftlicher Diskussionskultur», blieb in seiner Kritik jedoch bei der Hinterfragung «akademischer Modetrends» stehen. Die inkriminierte Publikation lasse sich «wohl nur damit erklären, dass die Kernaussagen des

Aufsatzes nur zu gut zum totalitarismustheoretischen Forschungsprogramm des Hauses passen».⁴

FRÜHERE KONTROVERSEN

Seit seiner auf Beschluss des Sächsischen Landtages erfolgten Gründung im Jahr 1993 widmet sich das Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung als An-Institut der Technischen Universität Dresden der Erforschung der «politischen und gesellschaftlichen Strukturen von NS-Diktatur und SED-Regime sowie ihrer Folgen für die Gestaltung der deutschen Einheit».⁵ Die Einrichtung wird seit 2009 von dem Historiker Günther Heydemann geleitet, der zugleich eine Professur an der Universität Leipzig wahrnimmt. Stellvertretender Direktor ist der Politikwissenschaftler Uwe Backes, Professor am Institut für Politikwissenschaft der TU Dresden. Schon diese Personalien zeigen, dass das Institut nicht einfach als Sprachrohr einer interessen geleiteten Forschung zum Zweck der wissenschaftlichen Unterfütterung der (nicht nur) in Sachsen allzu beliebten Extremismuskonzepte abqualifiziert werden kann. Die ganze Angelegenheit ist schon etwas komplexer und bedarf gerade daher einer intensiveren Debatte innerhalb der Geschichtswissenschaft.

Bereits 1999 hatte eine Studie eines Mitarbeiters des Instituts über den Hitler-Attentäter Georg Elser für Aufruhr gesorgt, in der dessen Tat die moralische Legitimation abgesprochen wird. Der «Täter» Elser, so Autor Lothar Fritze, der «die Qualität seiner Überzeugungs- und Willensbildung» selbst in Frage gestellt habe, habe «seine politische Beurteilungskompetenz überschritten», als er 1938 den Ausbruch eines Krieges prognostizierte.⁶ Es entbrannte eine Kontroverse, in deren Verlauf Saul Friedländer, Geschichtswissenschaftler in Los Angeles, als Beiratsmitglied zurücktrat und der damalige Direktor Klaus-Dietmar Henke seinen Vize Backes rauswerfen wollte, habe dieser doch «einen geschichtspolitischen Krawall» anzetteln wollen. Schließlich musste Henke gehen.⁷ Unter Heydemanns Ägide wurde ein «Richtungswechsel veranlasst»,⁸ von nun an sollte sich das Hannah-Arendt-Institut vermehrt der Erforschung des Nationalsozialismus widmen.

TOTALITARISMUSFORSCHUNG IM WIDERSTREIT POLITISCHER INTERESSEN

Kerngeschäft der Dresdner Wissenschaftler ist die Etablierung einer als innovativ daher kommenden Totalitarismusforschung, die sich insbesondere an Hannah Arendts «Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft» orientiert. Dabei verkannte die Namenspatronin des Instituts in ihrem klugen Werk zum einen offenkundig den Charakter der nationalsozialistischen Vernichtungsagenda und bezeichnete zum anderen gerade die DDR nicht als totalitär. Auch die beiden US-amerikanischen Politikwissenschaftler Carl Joachim Friedrich und Zbigniew Brzezinski dienten mit ihrem Totalitarismus-Modell als Stichwortgeber. Sie sahen im Dritten Reich eine monolithische «Befehlswirtschaft». Dabei war das NS-Regime, das zu keinem Zeitpunkt eine Verstaatlichung der Wirtschaft anstrebte, durch ausgesprochen «polykratische Züge» gekennzeichnet.⁹ Der «Historikerstreit» von 1986/87 bildete einen Höhepunkt der Auseinandersetzungen um die Totalitarismusforschung, wollte der Historiker Ernst Nolte doch einen «kausalen Nexus» zwischen Bolschewismus und Nationalsozialismus erkannt haben und fragte, ob denn nicht der «Archipel GULag» ursprünglicher als Auschwitz gewesen sei.¹⁰ Der die Shoah relativierende

Vorstoß Noltes ging einher mit den geschichtspolitischen Bestrebungen der damaligen Kohl-Regierung um eine «geistig-moralische Wende». Jahrzehnte später sekundierte der Historiker und Chemnitzer Professor Frank-Lothar Kroll, indem er den stalinistischen Terror indirekt als grausamer zeichnete als den Nationalsozialismus, habe Letzterer doch in den Juden immerhin eine definierte Opfergruppe gehabt, während der Bolschewismus schließlich «anders als sein nationalsozialistisches Pendant, sehr rasch auf seine konkrete Feindbildorientierung» verzichtet habe. Das ist in seiner Vereinfachung aber weder richtig noch eine hinreichende Erklärung auch nur einer der beiden «totalitären Großideologien», wie Kroll sie nennt.¹¹

Die «Wiedervereinigung» schließlich führte nach 1990 nicht nur zu einer Renationalisierung des gesellschaftlichen und kulturellen Lebens, sondern beförderte eine völlige Banalisierung der Totalitarismus-Theorie(n) im Zuge der Hegemonialisierung des Diskurses um die DDR als der zweiten deutschen Diktatur. Die Rede von der «doppelten Diktaturerfahrung» Deutschlands führte beispielsweise bei dem Politikwissenschaftler Eckhard Jesse, der bis 2014 eine Professur an der Technischen Universität Chemnitz innehatte, zu einem bloßen Diktaturvergleich, der natürlich Unterschiede festzustellen vermag, jedoch in seiner Eigenschaft als geschichtspolitisches Projekt einer zu neuem Selbstbewusstsein gelangten deutschen Nation interessen geleitet Differenzen «einebnen».¹² Dieser Historismus geht von einer Geschichte als teleologisch-chronologischer «Erzählung» aus, an deren «Ende» – nach einem totalitären «time-warp» (Phil MacNaughten/John Urry) in Form von Nationalsozialismus und Realsozialismus – die «friedliche Revolution» von 1989 steht. In diesem Narrativ wird das Dritte Reich zum bedauerlichen «Ausnahmestadium» und die DDR zum überwundenen «Provisorium» – den totalitären «Unrechtsstaaten» folgte der demokratische Rechtsstaat.¹³

Derzeitige Geschäftsgrundlage der bundesrepublikanischen Verfechter der Totalitarismustheorie ist eine Vergleichsperspektive, bei der in der Regel auf Basis von Mikrostudien ein Abgleich von DDR – passenderweise meist einfach als «DDR-Diktatur» klassifiziert – und NS-Regime vorgenommen wird. Doch was lässt sich hier vergleichen? Die DDR umfasste ein Territorium zwischen Elbe und Oder, Rügen und Sächsischer Schweiz, während das NS-Regime in seinem Großmachtstreben seinen Einflussbereich bis nach Nordafrika und ans Nordkap ausweitete, wie der Historiker Wolfgang Wippermann in einer Streitschrift feststellte, in der er eine «Dämonisierung durch Vergleich» beklagte. Weder in räumlicher noch in temporärer Perspektive erscheint ein Vergleich angebracht.¹⁴ Auch aus gesellschaftshistoriografischer Perspektive kann die Totalitarismustheorie wenig beitragen: War das Dritte Reich in den zwölf Jahren seines Bestehens eine «Mobilisierungsdiktatur» (Adam Tooze), deren Gesellschaft sich als sogenannte Volksgemeinschaft voll und ganz in den Dienst der Mobilisierung für den Krieg stellte, muss eine Betrachtung der DDR differenzierter ausfallen. Gerade für die 1980er Jahre kann eine verstärkte «Entpolitisierung» der dortigen «Nischengesellschaft» (Günter Gaus) konstatiert werden.

Der meist historiografisch angelegte Totalitarismusanatz geht in der Regel mit einer in der Hauptsache von PolitologInnen und SoziologInnen betriebenen Extremismusforschung einher, die von einer Bedrohung des demokratischen Verfassungsstaates von links- und rechtsaußen ausgeht. Da-

bei, so das Urteil von Wippermann, handelt es sich um einen als Wissenschaft getarnten «Politologentrug» mit erheblichen methodologischen Unzulänglichkeiten.¹⁵ Die selektive Analyse der Totalitarismusforschung führt nicht nur zu einer Wahrnehmungsverengung, sondern auch zu einer gefährlichen Ignoranz gegenüber tatsächlichen nationalistischen, rassistischen, antisemitischen oder antifeministischen gesellschaftlichen Entwicklungen. Eine kritische Auseinandersetzung mit den ganz praktischen Auswirkungen des Totalitarismusparadigmas insbesondere in der historisch-politischen Bildung zur DDR-Geschichte ist dringend geboten, wird hier doch immer stärker der 1974 ausgehandelte «Beutelsbacher Konsens», in dem die Leitgedanken der politischen Bildungsarbeit festgehalten sind, ausgehöhlt.¹⁶ Dabei muss der Totalitarismusbegriff nicht einmal verworfen werden. Es würde reichen, seine Genese und Rezeption kritisch zu analysieren und ihn gegen seine vermeintlichen VerteidigerInnen zu wenden. Gleichzeitig sollte es sich eine kritische Geschichtswissenschaft zur Aufgabe machen, «abgebrochene Potentiale der Vergangenheit» und verlorene Momente nachzuverfolgen, statt einer vermeintlichen Objektivität und Neutralität folgend letztlich doch nur eine «Geschichte der Sieger» (Walter Benjamin) zu schreiben.¹⁷

FORSCHUNGSLÜCKEN UND ECKPUNKTE FÜR EINE NOTWENDIGE DEBATTE

Dass eine kritische Historiografie zum DDR-Regime und eine Befassung mit dem Stalinismus und Realsozialismus von links durchaus stattfindet, zeigen die Existenz von außer-institutionellen Arbeitskreisen wie dem AK Geschichte sozialer Bewegungen Ost-West, der Selbsthilfegruppe Ei des Kommunismus (SEK) oder dem AutorInnenkollektiv Loukanikos und die wachsende Zahl von Publikationen aus diesem Spektrum in den letzten Jahren. Zudem unterhält das renommierte Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam (ZZF) eine komplette Abteilung, die sich verstärkt der Gesellschaftsgeschichte der DDR zuwendet. Und das in München und Berlin ansässige Institut für Zeitgeschichte (IfZ) widmet sich in zahlreichen Projekten seit vielen Jahren der DDR-Geschichte, wengleich man sich hier nicht immer und nicht grundsätzlich vom Totalitarismusansatz lösen möchte. Die Breite der Forschungen widerspricht dabei durchaus dem in der Öffentlichkeit präsenten und durchaus so intendierten Bild von *der* DDR. Nur ein Beispiel: Während im öffentlichen Gedächtnis der Berliner Republik die Bürgerrechtsbewegung (im Singular) als freiheitlich, demokratisch und vor allem pro-westlich positioniert wird, war die Ausrichtung in der Realität wesentlich vielfältiger: Neben den heute als BürgerrechtlerInnen bekannten und nicht selten rechts gewendeten ProtagonistInnen, deren politische Spektren heterogen und geradezu diffus waren, existierte eine thematische Diversität (Umweltschutz, Feminismus, Antifaschismus usw.), die sich nicht auf Chiffren wie Freiheit und Bürgerrechte reduzieren lässt. Hier existieren erstaunliche Forschungslücken.

Allerdings muss auch die etablierte DDR- und Kommunismusforschung neue Impulse aufnehmen, statt den «eingetretenen Pfaden» der letzten Jahre zu folgen und endgültig zu einer willfährigen Chronistin der Berliner Republik zu werden. So müsste stärker nach den «Schroffen und Zacken» (Walter Benjamin) gefragt werden, nach den verschlungenen Pfaden und Umwegen der Geschichte. Auch Systemvergleiche haben dabei ihre Berechtigung bewiesen, beispielsweise in vergleichenden sozialgeschichtlichen Arbeiten zu

Bundesrepublik und DDR oder zu den sozialistischen Staaten in Mittel- und Osteuropa.

Nicht nur die Kontroversen um das Dresdner Institut und die jüngste Diskussion über die Zukunft der Behörde des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen als Archiv und Forschungseinrichtung zeigen zweierlei: Einerseits scheint sich die etablierte DDR-Forschung in eine «wissenschaftliche Insellage» zu manövrieren, wie der Historiker Ilko-Sascha Kowalczyk konstatiert. Er kritisiert die Bundesstiftung Aufarbeitung, die lediglich wissenschaftliche «Torwächter und Platzanweiser» um sich schare.¹⁸ Andererseits scheut man sich vor einer klaren Abgrenzung von den Jüngern der Totalitarismustheorie. Die Nichtbeachtung oder «stille Teilhabe» der Geschichtswissenschaft trägt zur weiteren «Verwissenschaftlichung» dieses Ansatzes bei. Tatsächlich ist das weitgehende Schweigen großer Teile der Geschichtswissenschaft verstörend und kann vielleicht nur als eine Art missverständlicher Cordon sanitaire des Wissenschaftsbetriebs interpretiert werden. Während die einen einfach einen Bogen um die Sache machen, nehmen die anderen die gebotenen Publikationsmöglichkeiten dankbar an. Damit verhelfen sie aber jenen zu wissenschaftlicher Akzeptanz, die ihrerseits die Erkenntnisse der Wissenschaft(en) ignorieren und nicht zuletzt fachliche Anforderungen missachten. Gleichwohl sollte der Schäferhund-Hoax nicht nur zum Anlass genommen werden, die Einhaltung von wissenschaftlichen Standards einzufordern, sondern eine ernsthaftere Auseinandersetzung mit der Totalitarismustheorie und ihren Auswirkungen nach sich ziehen. Dabei kann es weder darum gehen, die Problematik zu reduzieren, ausschließlich im Freistaat Sachsen zu verorten und einfach einen großen Bogen um das Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung zu machen, noch sollte zur allgemeinen Kollegenschelte ermutigt werden. Trotzdem ist eine Neuorientierung (in) der Geschichtswissenschaft dringend notwendig. An dieser Stelle sollen nur drei Eckpunkte benannt werden:

NS-Forschung und DDR-Forschung (ebenso Faschismus- und Kommunismusforschung) sind keine wissenschaftlichen Konkurrenzprojekte, sondern eigenständige Forschungsgebiete und sollten auch als solche gewürdigt werden. Eine Vermischung oder Aufrechnung ist weder in Gedenkstättenstiftungen noch an wissenschaftlichen Instituten ratsam. Stattdessen sollten neben den bisherigen Leitlinien neue Forschungsfragen entwickelt werden, beispielsweise hinsichtlich einer transnationalen Perspektivierung und einer stärkeren Einbettung der DDR-Forschung in eine Geschichte der post-nationalsozialistischen Gesellschaft(en).

Eine kritische Geschichtswissenschaft – und vielleicht noch viel mehr eine linke Geschichtsschreibung – darf die inhaltliche Diskussion nicht scheuen, muss vielmehr Impulsgeber sein und eigene Forschung(en) forcieren. Die Exegese von Stichwortgebern wie Hannah Arendt, Elias Canetti oder Richard Löwenthal muss nicht der Totalitarismustheorie überlassen werden.

In der historisch-politischen Bildungsarbeit existieren sowohl in der didaktischen Vermittlung zum NS-Regime als auch zur DDR hervorragende Projekte. Gleichwohl werden in Bund und Ländern mitunter Ansätze gefördert, die einzig einer «Musealisierung» der jüngeren deutschen Geschichte dienen und Verteilungskämpfe befördern. Nicht zuletzt muss es daher auch um eine Kritik an der «Verstaatlichung des Gedenkens» insbesondere in Bezug auf den Umgang mit der Geschichte der DDR gehen.

Die Forderung nach einem neuerlichen «Historikerstreit» klingt abgegriffen. Der Widerspruch ist trotzdem nötig.

Yves Müller, Jg. 1982, ist Historiker und arbeitet als Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Historischen Seminar der Universität Hamburg. Seine Themenschwerpunkte sind Männlichkeiten im Nationalsozialismus sowie Geschichte der SA. Außerdem interessiert er sich für die extreme Rechte nach 1945.

1 Christiane Schulte & Freund_innen: Kommissar Rex an der Mauer erschossen? Ein Plädoyer gegen den akademischen Konformismus, in: Telepolis, 15.2.2016, unter: www.heise.de/tp/artikel/47/47395/1.html. Zum Aufsatz: Schulte, Christiane: Der deutsch-deutsche Schäferhund – Ein Beitrag zur Gewaltgeschichte des Jahrhunderts der Extreme, in: Totalitarismus und Demokratie 12/2015, S. 319–334. 2 Schulte: Der deutsch-deutsche Schäferhund, S. 319 f., 324. 3 Stellungnahme der Redaktionsleitung der Zeitschrift «Totalitarismus und Demokratie», 6.3.2016, unter: www.hait.tu-dresden.de/TD/artikel.asp?art=636&nr=24&m=1. (Die Stellungnahme ist inzwischen nicht mehr auf der Redaktions-Homepage zu finden, dem Verfasser liegt jedoch ein Screenshot vor.) Nun kann auch eine gründliche Prüfung durch ein Peer-Review-Verfahren nicht jeden Quellennachweis einzeln nachverfolgen, doch dass eine Hauptabteilung HA XII beim MfS nie existierte – lediglich Abteilungen XII in der Zentrale und in den Bezirksverwaltungen organisierten die Speicherung von Personendaten –, hätte schon auffallen müssen. Auch viele bibliografische Angaben sind fehlerhaft und unvollständig. 4 Kilian, Patrick: Theorie-Guerilla oder alter Witz? Ein Kommentar zum aktuellen Wissenschafts-Hoax, unter: <http://geschichtedergegenwart.ch/theorie-guerilla-alter-witz-kommentar-aktuellen-wissenschafts-hoax/>; Peters, Florian: Von totalitären Schäferhunden und libertären Mauerkaninchen. Alles von Relevanz? Ein Beitrag über zweifelhafte wissenschaftliche Standards und die angezogene Handbremse in der akademischen Debattenkultur, in: Zeitgeschichte-online, Februar 2016, unter: www.zeitgeschichte-online.de/kommentar/von-totalitaeren-schaeferhunden-und-libertaeren-mauerkaninchen. 5 Satzung des Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung, Neufassung vom 23.6.2008, mit Änderungen vom 13.12.2010 und 11.12.2013, unter: www.hait.tu-dresden.de/dok/SATZUNG_HAIT.pdf. 6 Fritze, Lothar: Legitimer Widerstand? Der Fall Elser, Berlin 2009, S. 88 f. 7 Focus Magazin, Nr. 4, 24.1.2000, unter: www.focus.de/politik/deutschland/dresden-kalter-krieg-der-historiker_aid_183734.html. Zur Kontroverse: Henke, Klaus-Dietmar: Interesse und Erkenntnis. Ein Lehrstück konzertierter Krisenregulierung in den Geisteswissenschaften am

Beispiel des Dresdner Hannah-Arendt-Instituts 1999–2002, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 3/2003, S. 205–236. 8 «Mich kann nichts mehr erschüttern», Interview mit Günther Heydemann, in: Die Zeit, 28.4.2011, unter: www.zeit.de/2011/18/S-Heydemann/komplettansicht. 9 Arendt, Hannah: Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft, Bd. III, Berlin 1973, S. 252; Friedrich, Carl Joachim, unter Mitarbeit von Zbigniew Brzezinski: Totalitäre Diktatur, Stuttgart 1957. Zur Kritik vgl. Wippermann, Wolfgang: Canetti und die Totalitarismustheorie, in: Pattillo-Hess, John/Smole Mario R. (Hrsg.): Faschismus und Kommunismus. Die Eingeweide des 20. Jahrhunderts, Wien 2000, S. 50–62, hier: 52 f. 10 Nolte, Ernst: Vergangenheit, die nicht vergehen will. Eine Rede, die geschrieben, aber nicht gehalten werden konnte, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 6.6.1986, S. 25. 11 Kroll, Frank-Lothar: Der Weg in den Holocaust. Rassismus und Antisemitismus in der nationalsozialistischen Ideologie, in: Kroll, Frank-Lothar/Zehnpfennig, Barbara (Hrsg.): Ideologie und Verbrechen. Kommunismus und Nationalsozialismus im Vergleich, München 2014, S. 113–138, hier: 136. 12 Jesse, Eckhard: Das Dritte Reich und die DDR – Zwei «deutsche» Diktaturen?, in: Totalitarismus und Demokratie 2/2005, S. 39–59, hier: 43. Dass der Weg von der «selbstbewussten Nation» der intellektuellen Neuen Rechten zum nationalen Selbstbewusstsein nicht allzu weit sein muss, zeigt Gabriele Kämper auf: Kämper, Gabriele: Von der Selbstbewussten Nation zum nationalen Selbstbewusstsein. Die Neue intellektuelle Rechte bewegt sich auf rhetorischen Pfaden in die Mitte der Gesellschaft, in: WerkstattGeschichte 37 (2004), S. 64–79. 13 König, Jana/Steffen, Elisabeth: Das Ende der Geschichte? Die Einordnung von DDR und «Wiedervereinigung» in das postsozialistische Kontinuum der Nation, in: König, Jana/Fischer, Henning/Fuhrmann, Uwe/Sträter, Till (Hrsg.): Zwischen Ignoranz und Inszenierung. Die Bedeutung von Mythos und Geschichte für die Gegenwart der Nation, 2. Aufl., Münster 2015, S. 129–162, hier: 141. 14 Wippermann, Wolfgang: Dämonisierung durch Vergleich: DDR und Drittes Reich, 2. Aufl., Berlin 2009, S. 8. 15 Wippermann, Wolfgang: Politologentrug. Ideologiekritik der Extremismus-Legende, herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Reihe Standpunkte 10/2010, Berlin 2010, unter: www.rosalux.de/fileadmin/rsls/uploads/pdfs/Standpunkte/Standpunkte_10-2010.pdf. 16 Siebeck, Cornelia: «Möchtest du in einer Demokratie leben oder in einer Diktatur?», in: Lernen aus der Geschichte. Zur Diskussion, 20.4.2016, unter: <http://lernen-aus-der-geschichte.de/Lernen-und-Lehren/content/12961>. 17 König/Steffen: Ende der Geschichte, S. 133, 156, sich beziehend auf Benjamin, Walter: Geschichtsphilosophische Thesen, in: Benjamin, Walter: Zur Kritik der Gewalt und andere Aufsätze, Frankfurt am Main 1993, S. 78–94. 18 Kowalczyk, Ilko-Sascha: Die Aufarbeitung ist gescheitert. Historikerstreit über DDR-Forschung, in: die tageszeitung, 20.4.2016, unter: www.taz.de/Historikerstreit-ueber-DDR-Forschung/!5293270/. Eine vom Bundestag eingesetzte Expertenkommission zur Zukunft der Behörde des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (BStU) schlägt die Abwicklung der Behörde, die Überführung der Unterlagen in das Bundesarchiv und die «Gründung einer selbstständigen «Forschungsstelle DDR-Staatssicherheit in vergleichender Perspektive» vor. Vgl. Abschlussbericht der Expertenkommission vom 5.4.2016, Drucksache 18/8050, S. 8, unter: www.bstu.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/bundestag_bericht_expertenkommission.pdf;jsessionid=A6A4E9DD0B175B755E1BFD489EA72CC0.2_cid319?__blob=publicationFile.

ROLAND KULKE

DER KOALITIONSVERTRAG DER EUROPÄISCHEN ELITEN

IM FRÜHJAHR 2017 WERDEN DIE WEICHEN FÜR DIE
ZUKUNFT EUROPAS GESTELLT

In der Europäischen Union geht es ans Eingemachte: Mit dem kalten Putsch gegen die Syriza-Regierung sollte möglichen progressiven Reformen auf EU-Ebene ein Riegel vorgeschoben werden; die Abstimmung über den Brexit droht weitere Austritte nach sich zu ziehen; und auf Druck vieler Nationalstaaten verhält sich die Europäische Union gegenüber Kriegsflüchtlingen aus Nahost unmenschlich und arbeitet mit der Nato an deren «Abwehr». Die politischen Eliten in den Nationalstaaten und in Brüssel stehen vor die Wahl, entweder dem Finanzkapitalismus die Gefolgschaft aufzukündigen oder einen zunehmend autoritären Regierungsstil an den Tag zu legen. Die Alternative heißt soziale Demokratie oder autoritärer Exekutivismus. Im Moment scheint es so, als würden die Regierungen eher gegen ihre BürgerInnen regieren wollen, als dem Finanzkapital die Profitrate zu kürzen – die entsprechende Strategie ist dem «Fünf-Präsidenten-Papier» zu entnehmen. Die europäische Linke ist gut beraten, bis 2017 darauf eine kohärente Antwort zu präsentieren.

Im Juni 2015 haben die fünf Präsidenten der EU-Institutionen – Jean-Claude Juncker (Europäische Kommission), Martin Schulz (Europäisches Parlament), Mario Draghi (Europäische Zentralbank), Donald Tusk (Euro-Gipfel) und Jeroen Dijsselbloem (Euro-Gruppe) – unter dem Titel «Die Wirtschafts- und Währungsunion Europas vollenden» ein Strategiepapier veröffentlicht. Es soll einen Ausweg aus den vielen Krisen der EU aufzeigen und arbeitet mit zwei Zeithorizonten. Die ersten Reformen sollen bis Mitte 2017 abgeschlossen sein und im gegenwärtigen Rechtsrahmen der EU implementiert werden können. Die anderen sollen bis 2025 umgesetzt werden, wozu der Lissabon-Vertrag zu ändern wäre. Zu diesem Zweck soll im Frühjahr 2017 ein Weißbuch der Europäischen Kommission (KOM) erscheinen.

Es ist lohnend, den Bericht der fünf Präsidenten eingehend zu studieren und ausführlich zu diskutieren. Denn eine Besonderheit der EU besteht darin, dass sie – anders als Nationalstaaten – regiert wird ohne Regierung. Zwar verfügt die EU über ein Ensemble von Staatsapparaten, aber über keine Regierung, die den einzelnen Gliedern ihres institutionellen Baues mithilfe etwa einer Regierungserklärung oder eines Koalitionsvertrages Leben einhauchen könnte. Diese Rolle spielen in Brüssel Strategiepapiere, die – aus langen Konsensgesprächen geboren – den «Geist» der Union zum Ausdruck bringen, allen Apparaten ihre Handlungslogik vermitteln, Hierarchien zwischen ihnen herstellen und Interes-

sen definieren. Das «Fünf-Präsidenten-Papier» ist also so etwas wie der Koalitionsvertrag der europäischen Eliten. Wer wissen will, was diese planen und in petto haben, muss sich mit diesem Dokument beschäftigen – und Antworten darauf entwickeln. Im Folgenden soll ein Überblick über den Inhalt des «Fünf-Präsidenten-Papiers»¹ gegeben und einige besonders wichtige Kritikpunkte vorgestellt werden.

DIE ZIELE DES STRATEGIEPAPIERS

Den Autoren des Berichts geht es darum, «eine bessere wirtschaftspolitische Steuerung im Euro-Währungsgebiet vorzubereiten», und um eine «stärkere wirtschaftspolitische Koordinierung, Konvergenz und Solidarität». Weiter heißt es: «Tatsächlich sollte die Vollendung und vollständige Ausschöpfung des Binnenmarktes für Waren und Dienstleistungen, Digitales, Energie und Kapital Teil eines kräftigeren Impulses für die Wirtschaftsunion sowie Beschäftigung und höheres Wachstum sein» (2). Bessere Steuerung, höheres Wachstum, mehr Beschäftigung – das sind wahrlich keine schlechten Ziele in Zeiten einer wirtschaftlich und sozial auseinanderbrechenden Europäischen Union. Aber lassen sie sich mit den im Papier aufgezeigten Methoden erreichen?

Es ist auffallend, dass gleich zu Beginn das Problem der makroökonomischen Schocks erwähnt wird. Angesicht einer einheitlichen Währung und einer einheitlichen Geldpolitik durch die Europäische Zentralbank (EZB), die die Zinsen

für das gesamte Eurogebiet festlegt, müssten die Länder, so die Auffassung der fünf Präsidenten, jedes für sich intern die Schocks abfedern können, denn «relative Preisanpassungen [werden] nie so rasch erfolgen wie Wechselkursanpassungen» (4). In der Terminologie der europäischen Eliten heißt «flexible Preise», die Löhne sollen schnell gesenkt werden können, wenn dies für die jeweiligen nationalen Unternehmen nötig zu sein scheint.

ARBEITERINNEN ZAHLEN FÜR FEHLENDE INNOVATIONEN

Im Kapitel Wirtschaftsunion geht es den Präsidenten um die Realwirtschaft in den Eurostaaten, vor allem darum, wie eine verstärkte Konvergenz, eine Annäherung bei Wachstumsraten, Stabilität etc. stattfinden kann. Die Geldpolitik sei bereits zentralisiert, nun müssten auch andere Wirtschaftsbereiche zentral geregelt werden. Es liege im Interesse aller, «wirtschaftliche Strukturen und Sozialsysteme zu modernisieren und dafür zu sorgen, dass Bürger wie Unternehmen sich neuen Anforderungen Trends und Herausforderungen anpassen und davon profitieren können». Es sei nun einmal so, dass «umfangreiche Mittelübertragungen zwischen den Mitgliedern [der Eurozone] nicht vorgesehen sind und die Arbeitskräftemobilität relativ gering ist». Staaten könnten sich nur auf ihre «komparativen Vorteile im Binnenmarkt» verlassen, um «Beschäftigung auf hohem Stand» halten zu können (8). Weitere Strukturreformen seien in allen Staaten nötig.

So soll «ein europaweites System von Einrichtungen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit» geschaffen werden, damit «alle Mitglieder mit dem gleichen Elan auf die Steigerung ihrer Wettbewerbsfähigkeit hinarbeiten. Es wird empfohlen, dass jeder Euro-Mitgliedstaat eine nationale Stelle einrichtet, die seine Leistungen und seine Strategien in Sachen Wettbewerbsfähigkeit beobachtet.» Die Aufgabe dieser Räte sei es, «zu beurteilen, ob die Löhne sich entsprechend der Produktivität entwickeln», weil: «Eine wettbewerbsfähige Volkswirtschaft zeichnet sich letztendlich dadurch aus, dass ihre Institutionen und ihre Politik produktiven Unternehmen den Rahmen dazu bieten zu prosperieren.» Die nationalen Räte zur Überwachung der Lohnentwicklungen würden von der Kommission koordiniert, ihre Stellungnahmen würden «bei Tarifverhandlungen als Richtschnur zugrunde» gelegt werden (9).

Als Ende April 2016 in Brüssel auf einer Veranstaltung über diese Räte diskutiert wurde, sagte der Vertreter der Kommission ausdrücklich, sie wolle in allen Staaten eine Institution haben, die erstens ihr, der Kommission, Wissen vermittelt, zweitens den nationalen Diskurs beeinflusst und drittens ihn auch international vergleichbar macht. Damit beabsichtige die Kommission, so kritisiert der Vorsitzende des Beschäftigungs- und Sozialausschusses des Europäischen Parlaments, Thomas Händel, «faktisch einen Wettlauf nach unten bei den Löhnen» zu institutionalisieren.² Dass er damit richtig lag, wurde klar, als der Kommissionsvertreter ein Papier hochhielt, auf dem vier Euroländer verzeichnet waren, die in ihren Lohnentwicklungen alle über ihrem eigenen Produktivitätswachstum lagen, und dies als Skandal bezeichnete. Nicht auf seinem Blatt aufgeführt waren jedoch die Länder, die wie Deutschland jahrelang über Lohndumping weit unter dem angebrachten Lohnzuwachs ihre Wirtschaft fit gemacht und damit wesentlich zur Krise beigetragen haben. Ob gewollt oder nicht, diese Demonstration zeigte, dass es

der Kommission keinesfalls um die in der Realität so nötige Koordinierung einer progressiven Lohnpolitik geht, sondern nur einseitig um eine Lohnsenkung.

Die Wettbewerbsräte fördern nicht nur das Lohndumping, sondern verhindern nach Meinung des Ökonomen Fabio De Masi, der für DIE LINKE im Europäischen Parlament sitzt, Wachstum, weil die von den fünf Präsidenten vorgeschlagene Politik einer Subventionierung unproduktiver Unternehmen gleichkommt.³ Vielleicht passt die von ihnen angestrebte dauerhafte Senkung des Lohnanteils am Bruttosozialprodukt zur generellen Tendenz im Spätkapitalismus, der sich dadurch auszeichnet, dass das Produktivitätswachstum strukturell abnimmt und eine «angemessene Profitrate» nur durch die erhöhte Ausbeutung der ArbeiterInnen gesichert werden kann, aber nicht mehr durch ein Mehr an Qualität und Investitionen.

DIE WIEDERERÖFFNUNG DES CASINOS

Im Kapitel zur Finanzunion geht es im Strategiepapier darum, den Euro als einheitliche Währung mit einem dazugehörigen einheitlichen Finanzsystem zu unterlegen, das heißt, das Bankensystem für die Eurozone zu vereinheitlichen. Banken sollen überall nach denselben Regeln funktionieren, nach denselben Regeln überwacht und gesichert werden. Ziel sei es, die SteuerzahlerInnen bei der nächsten Wirtschafts- und Finanzkrise vor kollabierenden Banken zu schützen (Bankenunion) und den Kapitalfluss zwischen den Mitgliedstaaten zu erleichtern (Kapitalunion). Letzteres würde, so die Behauptung der Autoren, das Wachstum erhöhen und auch gegen zukünftige Schocks vorbeugen.

Die Bankenunion soll auf drei Säulen ruhen: einer einheitlichen Bankenaufsicht, zentralisiert bei der EZB, einer einheitlichen Bankenabwicklung und einer einheitlichen Einlagensicherung. Die ersten beiden Punkte werden bereits jetzt von der EU-Ebene aus zentral gesteuert. Bei der Einlagensicherung sollen alle Banken gemeinsam die Einlagen aller ihrer SparerInnen bis zu einer Höhe von 100.000 Euro absichern. Diese Sicherung soll aber erst ab 2017 implementiert werden und 2024 vollständig funktionieren. Eine solche Einlagensicherung scheint auf den ersten Blick eine gute Sache zu sein, ist aber nur ein weiteres Geschenk an das Finanzkapital, denn die Kosten für die Versicherung tragen nicht die Banken, sondern die SteuerzahlerInnen, da die Beiträge der Banken viel zu gering sind.⁴ Bevor die BürgerInnen zur Kasse gebeten werden, werden sie zunächst aber dank den neuen «Bail-in»-Richtlinien als AnlegerInnen bei der Bank direkt für die Schulden «ihrer» Bank verantwortlich gemacht. Ihre Guthaben werden also für die Begleichung der Schulden der Bank herangezogen. Dagegen ist von einer Lösung des viel wichtigeren Problems des «too big to fail» bei der Bankenunion überhaupt nicht die Rede, was einmal mehr bestätigt, dass unter dem Deckmantel einer eigentlich notwendigen Reform doch wieder nur das Vermögen des oberen einen Prozents abgesichert werden wird.

Nach Analyse der Kommission leidet die europäische Wirtschaft vor allem daran, dass Unternehmen keinen Zugang zu Kapital erhielten, um zu investieren, und bei Krediten nach wie vor zu stark von Banken abhingen. Deswegen müsse es für sie eine «stärkere Diversifizierung der Finanzierungsquellen» geben. «Wirklich integrierte Kapitalmärkte würden zudem einen Puffer gegen systematische Schocks im Finanzsektor bilden und die private Risikoteilung über Ländergrenzen hinweg stärken.» Des Weiteren sollen im Zuge der

Kapitalunion Gesetze geändert werden, damit es zur «Wiederbelebung des EU-Markts für hochwertige Verbriefungen» kommt (14).

Auch wenn das Thema Finanzmarktkontrolle zu Unrecht nicht mehr so en vogue zu sein scheint wie unmittelbar nach dem Ausbruch der Krise, ist die Frage, wie frei das Finanzkapital walten darf, von essenzieller Bedeutung für die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaften. Damals hieß ein Slogan «Macht das Bankengeschäft wieder langweilig!». Banken sollten Ersparnisse sicher anlegen und Kredite an Unternehmen geben. Das sollte es gewesen sein – langweilig eben. Dagegen will die Kommission zurück in die Zeit kurz vor dem Zusammenbruch von Lehman Brothers. Der Markt für die unseligen «Verbriefungen» soll wieder wachsen, die eine der Hauptursachen und -auslöser der Krise waren. Bei diesen «Verbriefungen» geht es um die Zerlegung und den Weiterverkauf von (unsicheren) Krediten. Problematisch war dabei, dass das Risiko gebündelter Kredite sich so über die ganze Finanzbranche verbreitete. Entgegen der Mehrheitsmeinung in der Volkswirtschaftslehre führte diese Streuung von Risiko nicht zur Stabilisierung des Finanzsystems, sondern wirkte wie eine Zeitbombe, die in den Büchern der Banken versteckt war, dann explodierte und eine Kettenreaktion unvorstellbaren Ausmaßes auslöste.

Die Kommission bereitet so sehenden Auges der nächsten Finanzblase den Boden. Die Gründe dafür sind sowohl systemische Zwänge als auch der unglaubliche Einfluss, den die Finanzlobby über ihre Anwaltskanzleien und Thinktanks in den europäischen Hauptstädten ausübt. Erinnert sei nur an Mario Monti und Lucas Papademos, die vor Beginn der Krise bei Goldman Sachs angestellt waren und danach in Italien und Griechenland als Regierungschefs installiert wurden.⁵ Genauso wichtig ist aber die EZB, die sich in der verzweiferten Lage sieht, eine normale Inflation von zwei Prozent herstellen zu sollen, aber in einem Umfeld agiert, in dem sich alle wirtschaftlichen Sektoren entschulden wollen.⁶ Staaten, Unternehmen und BürgerInnen wollen bzw. müssen sparen, niemand gibt Geld aus, und die Preise fallen in den Keller – es gibt also Deflation. In solchen Zeiten bekommen Unternehmen unter Umständen in der Tat nicht so viele Kredite, wie von ihnen erhofft. In diesem Zusammenhang entstand bei der EZB selbst ab etwa 2012 ein Interesse an einem wieder boomenden Markt für Verbriefungen,⁷ denn der führt tatsächlich zu einer verstärkten Vergabe von Krediten. Ob das der Wirtschaft langfristig hilft, ist aber eher fraglich, denn die Geschichte scheint anderes zu lehren. Festzuhalten ist einstweilen, dass die Ideologie der «schwarzen Null» dazu beiträgt, die EZB in eine Situation zu manövrieren, in der sie sich aus strukturellen Gründen dazu gezwungen sieht, den Markt für Verbriefungen wieder anzuhetzen.

EINE ÖFFENTLICHE HAND, DIE SICH ZIERT

Bei der Fiskalpolitik geht es um die Einnahmen (Steuern) und Ausgaben des Staates (Investitionen, Soziales, Armee etc.). Die fünf Präsidenten wollen die Staatsverschuldung unter Kontrolle halten und sind daran interessiert, dass die sogenannten automatischen Stabilisatoren wirken können. Ein Beispiel für Letztere ist das Arbeitslosengeld, das in Krisenzeiten die Kassen mehr belastet, da mehr Menschen darauf angewiesen sind. Diese erhöhten Ausgaben sind für eine in die Krise geratende Wirtschaft von großer Bedeutung, da sie die lebenswichtige Nachfrage nach Gütern sichern, und da-

mit den Profit. Bisher werden die automatischen Stabilisatoren rein national finanziert, eine supranationale Absicherung wäre durchaus wünschenswert. Da allerdings die nationalen Wirtschaften noch nicht genug integriert seien, so die Autoren in ihrem Strategiepapier, könne ein solch gemeinsames Bundesbudget auf absehbare Zeit nicht eingeführt werden. Deswegen bleibe nur die Kontrolle der einzelstaatlichen Haushalte übrig, um Ungleichgewichte zu verhindern (16). Bereits heute muss jede Regierung eines EU-Mitgliedstaates der Kommission ihren Budgetentwurf für das nächste Jahr vorlegen, bevor sie ihn dem eigenen Parlament zur Beratung präsentieren darf. Wenn die Kommission der Ansicht ist, dass der Staat mehr Geld ausgeben wird, als er absehbar zur Verfügung hat, kann sie eine Wiedervorlage mit angepassten Zahlen verlangen.

Nun könnte man sich zu Recht freuen, dass die Präsidenten zu einer verstärkten Bündelung der Kräfte der Mitglieder der Eurozone aufrufen, denn mit einer solchen Koordination könnte tatsächlich eine einbrechende Konjunktur gestützt werden und wäre Raum für eine intelligente Wirtschaftspolitik. Gerade solch eine Möglichkeit aber wird ausgeschlossen, wenn es in ihrem Papier heißt, dass die «Funktion zur fiskalischen Stabilisierung des Euro-Währungsgebietes» – gemeint ist ein gemeinsames Budget – «nicht in einer aktiven Feinsteuerung des Konjunkturzyklus auf Ebene des Euro-Währungsgebietes» bestünde (17). Man kann daraus nur schließen, dass die anvisierte Koordination der nationalen Budgets nichts anderes meint als die Einhaltung der unsinnigen Stabilitätskriterien, mit der die Austeritätspolitik verewigt wird, keinesfalls aber geschickte Nachfragestimuli, die im Falle eines Falles in die Wirtschaft zu senden wären. Es wird wohl in irgendeiner Form auf das Merkel'sche Instrument hinauslaufen, Staaten, die sich den Strukturanpassungen unterwerfen, mit Geld für Investitionen zu unterstützen.

Die Autoren scheinen jedoch selbst nicht genau zu wissen, was sie wollen. Sie schwanken zwischen dem Wissen um eine notwendig aktivere Wirtschaftspolitik und ihrer neoliberalen Weltanschauung, dass Staatseingriffe in den Konjunkturzyklus Teufelszeug sind. So soll beispielsweise auf dem Juncker-Fonds aufbauend ein «Pool für Finanzierungsquellen und Investitionsvorhaben» geschaffen werden, «auf den – je nach Konjunkturentwicklung – zurückgegriffen werden kann». Gleichzeitig soll diese Stabilisierungsfunktion «kein Instrument zur Krisenbewältigung sein». Klar ist nur, dass es «keine dauerhaften Transferleistungen zwischen Ländern oder in nur eine Richtung» geben darf und dass der erwähnte Pool für Investitionen nicht als Instrument zum Einkommensausgleich benutzt werden darf (17).

Mit Blick auf die Fiskalunion kann man festhalten, dass die fünf Präsidenten und die sie repräsentierenden Kräfte noch keine klare Strategie haben, wie die Einnahmeseite der EU und ihrer Mitgliedstaaten gestaltet werden soll. Ganz kommen sie offensichtlich nicht an der Realität vorbei, dass ihre Austeritätspolitik eine permanente Krise der Realökonomie verursacht.

DEMOKRATIE IM KONJUNKTIV

Hinsichtlich der politischen Union sind sich die fünf Präsidenten bewusst, dass «auf dem Höhepunkt der Krise [...] weitreichende Entscheidungen oft sehr schnell getroffen werden [mussten], manchmal über Nacht. In einigen Fällen wurden zwischenstaatliche Lösungen gewählt, um Ent-

scheidungen zu beschleunigen oder Widerstände zu überwinden. Jetzt ist es an der Zeit, unser politisches Konstrukt zu überdenken und zu konsolidieren und die nächste Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion zu verwirklichen» (19). In der ersten Stufe bis Mitte 2017 sollen die «politische Rechenschaftspflicht» und die «demokratische Teilhabe» verbessert werden. Unter der Überschrift «Eine Schlüsselrolle für das Europäische Parlament und die nationalen Parlamente» erörtern die Autoren, wie das Recht der Parlamente gestärkt werden könnte, sich in Plenarsitzungen mit VertreterInnen der Kommission besser «auseinandersetzen» (19), oder an welchen Arten von parlamentarischen Treffen die Kommission teilnehmen könnte. Besonders viel scheint ihnen am Recht der nationalen Parlamente zu liegen, eine Kommissarin oder einen Kommissar einzuladen, die/der «dann die Stellungnahme der Kommission zur Haushaltsplanung oder ihre Empfehlung an einen Mitgliedstaat, der Gegenstand eines Defizitverfahrens ist, präsentiert» (19).

Das kaum zu übersehende Demokratiedefizit der EU wird von interessierter Seite häufig mit Verweis auf die Sprachenvielfalt in Europa begründet. Es gebe kein europäisches Volk (keinen europäischen Demos) und so solle man sich doch lieber an den nationalen Rahmen und die eigene Nationalkultur halten – als gäbe es keine Demokratie in der mehrsprachigen Schweiz, im extrem multikulturellen und -lingualen Indien oder in den USA, in denen sich die spanische Sprache zunehmend verbreitet. Der Gegensatz liegt also weniger zwischen nationalen und transnationalen Parlamenten als zwischen einer echten Demokratie und einem Exekutivsystem mit regelmäßiger Wahl eines angehängten Parlaments, in dem weitgehend die Regierungen das Sagen haben. Und Letzteres ist leider zunehmend in Brüssel wie auch auf nationalstaatlicher Ebene der Fall. Wichtig wäre es, dafür zu sorgen, dass die Legislativen, die Parlamente, ihre jeweiligen Exekutiven, ihre Regierungen, unter Kontrolle haben. Deshalb muss das Europäische Parlament gegenüber Rat und Kommission gestärkt werden, nicht gegenüber den nationalen Parlamenten. Die fünf Präsidenten bestätigen diese Lesart des Grundkonflikts unserer politischen Systeme sehr offenherzig, indem sie sowohl das Europäische Parlament als auch die nationalen Parlamente mit ihren Vorschlägen lächerlich machen.

Das ganze Kapitel zur politischen Union ist eine große Erzählung im Konjunktiv. In den relevanten Absätzen hält sich die Zahl der Verben im Konjunktiv und im Indikativ die Waage. Der Indikativ wird fast nur dazu gebraucht, um die Vergangenheit zu beschreiben, wenn es jedoch um die Stärkung der Demokratie in der Zukunft geht, steht fast ausschließlich der Konjunktiv. Vieles hätte in einem Satz zusammengefasst werden können: «Wir könnten die Demokratie stärken, lassen es aber lieber bleiben.»

Sehr genau beschrieben wird dafür die Zukunft der Euro-Gruppe, die einen ganz unklaren Status besitzt. Man erinnere sich nur an den Rausschmiss des griechischen Finanzministers Varoufakis, der juristisch nicht zu beanstanden war, weil es die Euro-Gruppe rechtlich gar nicht gibt. Sie ist so etwas wie ein Freundeskreis, aus dem man selbstverständlich einzelne Personen ausschließen kann. Gestärkt werden soll aber nicht die gesetzliche Grundlage dieser offensichtlich sehr mächtigen Gruppe, was sie einer möglichen Aufsicht unterwerfen würde, sondern ihr Apparat und ihre Führung. Ein dreifaches Hoch auf die Exekutive!

AUSBLICK

Anfang 2016 hieß es in der Presse, das «Fünf-Präsidenten-Papier» habe sich erledigt. Bundeskanzlerin Angela Merkel habe es nicht akzeptiert und wolle erst einmal andere Reformen vorziehen.⁸ Das ist richtig und falsch zugleich. Einerseits wird – das war abzusehen – der Zeitplan nicht einzuhalten sein. Andererseits ist das Strategiepapier der deutschen Regierung so wichtig, dass sie zwei ihrer wichtigsten Thinktanks darauf angesetzt hat, eine neue Version davon zu entwickeln: das Jacques Delors Institut in Berlin und die Bertelsmann Stiftung.⁹ In ihnen sitzen VertreterInnen aus den Staatsapparaten der zentralen Unionsstaaten Deutschland, Frankreich und Italien, des Finanzkapitals (Versicherungen) und von EZB und Nationalbanken. Staat und Finanzkapital planen also die nächsten Schritte, wie man die Eurozone und damit das Herzstück der EU sicherer machen kann – aber sicherer für wen?

Seit Jahren versuchen Parteien, soziale Bewegungen, Gewerkschaften und NGOs die BürgerInnen der EU dafür zu mobilisieren, gemeinsam gegen den Trend zur permanenten Austerität vorzugehen. Das «Fünf-Präsidenten-Papier» bietet einen Kristallisationspunkt für die Proteste, gleichsam ein Gerüst, an dem die europäische Linke Alternativen und Genvisionen entwickeln kann und muss. Denn beim Erscheinen des Weißbuches im Frühjahr 2017 sollte die europäische Linke eine kohärente Antwort haben, um der Politik der europäischen Eliten bei den wichtigen Wahlen, die dann in Tschechien, Ungarn, Deutschland und Frankreich anstehen, eine echte linke europäische Perspektive entgegenzustellen.

Roland Kulke ist Projektmanager im Brüsseler Büro der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Der promovierte Politologe arbeitet zu Fragen der internationalen Handels-, Industrie- und Wirtschaftspolitik und zur Krise der europäischen Integration.

¹ Der Bericht der fünf Präsidenten findet sich unter: https://ec.europa.eu/priorities/sites/beta-political/files/5-presidents-report_de_0.pdf. Darauf beziehen sich auch die nachfolgenden Seitenangaben im Text. ² Der Beitrag von Thomas Händel findet sich unter: www.igmetallen.de/angriff-auf-tarifautonomie/. ³ Fünf Präsidenten auf Crashkurs. Fabio De Masi über Pläne zur Reform des Euros, Neues Deutschland, 14.1.2016. ⁴ Vgl. dazu die Rede des Finanzexperten der LINKEN Axel Troost: Bankunion: ein Haus mit Dachschaden, 25.9.2014, unter: www.linksfraktion.de/reden/bankenunion-haus-dachschaden/. ⁵ Vgl. Kulke, Roland: Post-Demokratie in Italien und Griechenland ganz praktisch. Eine Regierung der Banken, von den Banken, für die Banken, hrsg. vom Brüsseler Büro der Rosa-Luxemburg-Stiftung, 21.11.2011, unter: www.rosalux.eu/topics/global-power-and-resistance/post-demokratie-in-italien-und-griechenland-ganz-praktisch/. ⁶ Vgl. hierzu die Analysen von Koo, Richard: Bilanzrezessionen und die globale Wirtschaftskrise, in: Flassbeck, Heiner u.a.: Handelt Jetzt! Das globale Manifest zur Rettung der Wirtschaft, Frankfurt a.M. 2013, S. 46–75. ⁷ So Marina Hübner vom Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung bei einer Veranstaltung des Brüsseler Büros der Rosa-Luxemburg-Stiftung am 23. Mai 2016, die sich um das Fünf-Präsidenten-Papier drehte. ⁸ Vgl. z.B. Merkel blockt ab, die tageszeitung, 19.1.2016, unter: www.taz.de/!5266616/. ⁹ Vgl. dazu Häring, Norbert: Making Europe Safe for Axa und Allianz. Das EU-Elitenprojekt startet mit Jörg Asmussen einen neuen Versuch, 28.2.2016, unter: <http://norberthaering.de/de/27-german/news/568-asmussen-delors#weiterlesen>.

JONATHAN DIESELHORST / KATALIN GENNBURG

WIE SMART KANN DIE STADT FÜR ALLE SEIN?

DIE DIGITALE REVOLUTIONIERUNG DER STÄDTE MUSS EINE SOZIALE REVOLUTION FÜR DIE MENSCHEN SEIN

Das Paradigma der «Smart City» hat in den letzten Jahren in der Fachöffentlichkeit sowie in der Stadtforschung und -planung an Bedeutung gewonnen. Mit ihm geht das Versprechen eines gesamtheitlichen und innovativen Entwicklungskonzepts einher. Es wird suggeriert, mit dem klugen Einsatz neuer Informations- und Kommunikationstechnologien könnten Städte nicht nur effizienter, moderner und inklusiver werden, sondern auch noch das dringlichste Problem unserer Zeit, den Klimawandel, in den Griff bekommen. Wir werden im Folgenden zeigen, wie im Gegensatz zu dieser urbanen Verheißung und allen «grünen Zukunftsvisionen» gegenwärtig vor allem technizistische Ansätze sowie einseitige ökonomische Interessen die Debatte und Entwicklung bestimmen, bei der die soziale Frage völlig außen vor bleibt. Eine «Smart City» von links einzufordern kann indes nur heißen, Digitalisierung plus Vergesellschaftung aller städtischen Infrastrukturen einzufordern, also: Städte für jene, die in ihnen leben.

Angesichts stockender Klimaschutzverhandlungen auf internationaler Ebene und der steckengebliebenen Energiewende in Deutschland kann es kaum überraschen, dass Städte und Gemeinden vielerorts zu neuen Hoffnungsträgern in Sachen «grüner Entwicklung» avancieren. In den Städten der Zukunft, so ist in zahlreichen Hochglanzbroschüren von IBM oder Siemens, aber auch in kommunalen oder EU-Positionspapieren nachzulesen, können mit der konsequenten Nutzbarmachung digitaler Technologien und hochmoderner Infrastrukturen sowie der intelligenten Verzahnung verschiedenster Aufgabenfelder selbst die schwierigsten ökologischen Herausforderungen (Temperaturerhöhung, Luftverschmutzung etc.) bewältigt werden. Im Zentrum der von vielen Seiten angepriesenen Lösungsansätze, die immer häufiger unter der Chiffre «Smart City» firmieren, steht neben der Erhöhung der Leistungsfähigkeit von Verwaltung und der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit von Städten die Steigerung der Energie- und Ressourceneffizienz.

Im Gegensatz zum Wachstum der Industrielandschaft des 20. Jahrhunderts gelten Informations- und Kommunikationstechnologien nämlich als nachhaltig. Mit ihnen soll einerseits CO₂ eingespart werden, beispielsweise über Kraft-Wärme-Kopplungen, andererseits sollen sie helfen, neue Arbeitsplätze zu schaffen. Im öffentlichen Fokus stehen die «intelligenten Netze», also eine netzbasierte Steuerung unterschiedlicher technischer Geräte. Bekanntestes Beispiel ist der

smarte Kühlschrank, der beim Lieferanten automatisch Lebensmittel nachbestellt und per Drohne liefern lässt. So soll eine Vielzahl «urbaner Prozesse» – von Verkehr, Wasser- und Energieversorgung über E-Partizipation bis hin zu polizeilicher Überwachung des öffentlichen Raums – mithilfe großer Mengen an in Echtzeit erhobenen und prozessierten Daten effizienter, produktiver und ökologischer organisiert werden.¹

BEDEUTUNGSZUWACHS DES URBANEN

Ein Hintergrund dieser Debatte ist: Etwa seit zehn Jahren lebt die Mehrheit der Weltbevölkerung in städtischen Ballungszentren, laut Prognosen werden es in nicht allzu ferner Zukunft Dreiviertel aller Menschen sein. Mit der Urbanisierung des Planeten Erde geht auch eine Erhöhung der Treibhausgasemissionen einher. Es gibt Schätzungen, wonach Städte für etwa 70 Prozent des weltweiten CO₂-Ausstoßes und Energieverbrauchs verantwortlich sind.² Ob es gelingen wird, die globale Erwärmung um ein paar Grad einzudämmen oder sich dem periodischen Auftreten von Naturkatastrophen zumindest besser anzupassen, wird maßgeblich, so die gängige Annahme, vom Erfolg oder Scheitern städtischer Initiativen abhängen. Eine entscheidende Rolle wird in diesem Zusammenhang den Mega-Metropolen im globalen Süden zugeschrieben.

Bei der EU, den Vereinten Nationen und auch in der akademischen Welt scheint man sich hinsichtlich des Bedeutungs-

zuwachsen des Städtischen weitgehend einig zu sein. Die Abwanderung vom Land, so die Einschätzung, wird weltweit noch zunehmen. Uneinigkeit herrscht allerdings in Bezug auf die Ursachen dieses globalen Trends. Gewaltverhältnisse, extreme Ausbeutung, Enteignungen (Stichwort: Landraub), Verelendung und andere strukturelle Gründe, die einen Großteil der gegenwärtigen Wanderungsbewegungen in Richtung Großstädte verursachen, werden manchmal fast schon zu einem naturgegebenen Zustand erklärt. Was diese mit der kapitalistischen Produktionsweise und dem Zwang zu permanenter Akkumulation zu tun haben, wer davon profitiert, ob alle StadtbewohnerInnen gleichermaßen von Umwelt- und Ressourcenproblemen betroffen sind, ob sich das Problem des Klimawandels als ein vorwiegend urbanes verhandeln lässt und wie städtische von nicht städtischen Räumen unterschieden werden sollen, wird oft gar nicht thematisiert. Mehr noch: Die für die Klimakrise maßgeblich verantwortlichen Konzerne und Politiken werden nicht in Haftung genommen. Zahlen sollen vor allem diejenigen, die schon vorher von Wirtschaftswachstum und gesellschaftlichem Reichtum tendenziell ausgeschlossen waren.

Fragen der sozialen Gerechtigkeit oder des Zugangs zu Ressourcen werden im vorherrschenden Diskurs zu «Smart Cities», in dem Kommunen als eigenverantwortlich handelnde Akteure erscheinen, also weitgehend ignoriert oder bislang, wenn überhaupt, eher unter ferner liefen verhandelt. Dennoch wird mit dem «Smart-City»-Ansatz oftmals etwas Visionäres verbunden und hat er in zahlreiche Förderprogramme, Masterpläne und politische Strategiepapiere Eingang gefunden. Was mit dem Begriff, der seit Ende der 1990er Jahre im Umlauf ist, konkret gemeint ist, bleibt oft unklar oder wird mitunter bewusst offengelassen.

WER TREIBT DIE SMARTNESS DER STÄDTE VORAN?

Es gibt eine enorme Bandbreite an Akteuren, die an «Smart Cities» interessiert sind: Diese reicht von privaten Unternehmen bis zu NGOs, von staatlichen Stellen auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene bis hin zur EU und den Vereinten Nationen. Die EU unterstützte mit ihrer «TRANSFORMATION Agenda for Low Carbon Cities» Austausch und Forschung zur Strategieentwicklung in diesem Feld, andere ihrer diesbezüglichen Förderprogramme heißen «Smart Cities and Communities» oder «Horizon 2020». Was die Bundesrepublik betrifft, so sind auch hier inzwischen eine Vielzahl von einschlägigen Initiativen entstanden, darunter die «Smart City Charta» des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung oder die 2013 gegründete «Nationale Plattform Zukunftsstadt». Zudem haben viele lokale Regierungen mit der Ausarbeitung von «Smart-City»-Konzepten begonnen und buhlen wie etwa Amsterdam, Berlin, Helsinki oder Wien darum, im Ranking der «intelligenten Städte» ganz oben zu landen.

Doch die «Smart City» ist längst mehr als nur bloße Ideologie: Sie existiert bereits in Form einer Vielzahl von Projekten, die sich sowohl hinsichtlich der Größe als auch in Bezug auf die Art und Weise der Umsetzung und der Interventionen im städtischen Raum erheblich unterscheiden. Smarte Projekte und Strategien umfassen zentralistisch organisierte Mega-Projekte und großflächige Überwachungsmaßnahmen öffentlicher Räume, zu ihnen lassen sich aber auch Web-2.0-basierte Instrumente der Bürgerbeteiligung, Modellprojekte im Bereich E-Government und selbst Graswurzelstrategien rechnen, die mittels IT-basierter Lösungen versuchen, die Zi-

vilgesellschaft auf Nachbarschaftsebene zu aktivieren. Sofern es etwas Verbindendes zwischen diesen Praxen gibt, dann besteht es wohl am ehesten darin, dass das Verständnis von Smartness instrumentell bleibt, sich also auf die Optimierung von Mitteln fokussiert, anstatt deren Zwecke kritisch zu hinterfragen.

Zu den wohl bekanntesten Beispielen in Deutschland gehören Projekte bekannter Technologiekonzerne, die von EU- und nationalstaatlicher Förderung profitieren und maßgeblich an der Erarbeitung von «Smart-City»-Leitbildern mitwirken. Vielerorts saßen von Anbeginn an Firmenvertreter von SAP, Siemens, Bosch etc. bei der Entwicklung solcher Leitbilder und Masterpläne mit am Tisch. Vorzeigeprojekte sind derzeit der Hafen in Hamburg, der vom dem Netzwerk-Spezialisten Cisco Systems zum «Smart Port» entwickelt werden soll, ebenso die T-City Friedrichshafen am Bodensee, wo die Telekom ihre Vision vom vernetzten Leben und Arbeiten in einem voll privatisierten «öffentlichen Raum» verwirklichen will.

Andernorts wird die «Smart City» schon in wahrhaft Orwell'schen Dimensionen umgesetzt. Ein Beispiel ist die Planstadt New Songdo City in Südkorea, die als eigenständiges neues Viertel der Millionenmetropole Incheon entsteht und in der nach ihrer endgültigen Fertigstellung 2020 etwa 70.000 Menschen leben und arbeiten sollen. New Songdo City soll zudem Teil einer Sonderwirtschaftszone werden, die Hongkong und Singapur Konkurrenz machen soll. Realisiert wird das Projekt von einem US-amerikanisch-südkoreanischen Unternehmenskonsortium. Im gesamten Stadtgebiet werden massenweise Daten in Echtzeit erhoben, zum Beispiel durch Videoüberwachung öffentlicher Räume, aber auch innerhalb von Gebäuden mithilfe von Sensoren, die sowohl Temperaturschwankungen als auch individuelle Verbrauchs- und Zugangsdaten in Wohnungen messen. Songdo versinnbildlicht sowohl den Trend hin zur Privatisierung von Stadtentwicklungspolitik als auch zur flächendeckenden Überwachung städtischen Lebens – alles im Namen der Einsparung von Energie und anderen Ressourcen.

Planstädte wie Songdo sind eher die Ausnahme als die Regel, aber nichtsdestotrotz von großer Bedeutung: Schließlich sind es diese Testprojekte, in denen zukünftige Formen künstlicher Intelligenz und des Managements großer Datenmengen erprobt werden, die für das Regieren von Bevölkerung und Territorien benötigt werden und die übertragbar gemacht werden sollen.³ Auffällig ist jedoch, dass futuristische Stadtvisionen im weltweiten Klimafieber vor allem im globalen Süden umgesetzt werden. Nicht selten werden etliche Hektar Land so für die Fortschrittsfantasien von Planungsbüros und Regierungen in «Nachhaltigkeitsoasen» inmitten von Wüstenregionen versilbert.

WAS IST DIE KRITIK AN «SMART CITIES»?

Das «Smart-City»-Konzept hat nicht nur einflussreiche Anhänger und Lobbygruppen, sondern steht auch in der Kritik. Dabei wird nach dem tatsächlichen Nutzen von angeblichen Innovationen und smarten Lösungsansätzen für die Gesellschaft und das Allgemeinwohl gefragt und auf die vielen Gefahrenpotenziale verwiesen. Zunächst liegt es aber nahe, «Smart-City»-Projekte und -Ansätze an ihren eigenen Maßstäben zu messen: Wie nachhaltig also ist die «Smart City»?

Zwar können intelligente Stromzähler und Gebäude mit computergesteuerter Heizung oder der Rückgriff auf erneuerbare Energieträger einen sensibleren Umgang mit Ressourcen ermöglichen. Zugleich wird aber zum Beispiel der

flächendeckende Einsatz von Sensoren und Prozessoren zu einem sprunghaften Anstieg der globalen Nachfrage nach seltenen Erden und Metallen führen. Eine Ausbeutung knapper werdender Rohstoffreserven im globalen Süden unter inhumanen Arbeitsbedingungen, mit fatalen ökologischen und sozialen Folgen (Stichwort: Neoextraktivismus) ist mit der Einsparung von ein paar Tonnen CO₂ in privilegierten smarten Städten (meist im globalen Norden) wohl kaum zu rechtfertigen. Ob andererseits der Einsatz hochgiftiger und brennbarer Dämmstoffe wie Polystyrol an Gebäudefassaden hierzulande oder der wachsende Flächenverbrauch durch Elektroautos ökologisch nachhaltigere Städte hervorbringen wird, ist genauso fraglich. Mehr noch: Die wirklich Verantwortlichen für die Klimakrise in Wirtschaft und Politik kommen ungeschoren davon. Damit ist ein erster und zentraler Einwand benannt: Das Konzept der «Smart City» ist weit entfernt davon, das auf Ausbeutung beruhende kapitalistische Naturverhältnis und seine Tendenz zur Krise grundlegend infrage zu stellen. Es suggeriert vielmehr, dass sich diese durch eine neue Runde von Investitionen in Technologien und gebaute Umwelt irgendwie regulieren ließen. De facto können solche Maßnahmen aber allenfalls dazu führen, ökologische Krisen in Raum und Zeit zu verschieben, das heißt, sie später und anderswo auftreten zu lassen. Geschützt wird so das Kapital, dem neue Sphären der Verwertung erschlossen werden, nicht die Natur und diejenigen, die von ihrer Zerstörung am meisten betroffen sind.

Weitere Bedenken beziehen sich auf die Ausweitung der Möglichkeiten technokratischen Regierens, die mit der Erhebung großer Datenvolumina einhergehen kann,⁴ sowie auf die drohende Abhängigkeit von der Expertise weniger Technologiekonzerne. Diese haben neben diversen staatlichen Akteuren und NGOs den Diskurs um «Smart Citys» bislang maßgeblich geprägt. So zeigt eine planungswissenschaftliche Studie, wie der Technologiekonzern IBM erfolgreich ein spezifisches Konzept von der «Smart City» als den Schlüssel zur Lösung vielfältiger städtischer Problemlagen präsentiert, um eine dominante Marktposition zu erreichen und IBM-Produkte als «obligatorischen Durchgangspunkt» zu einer ökologisch nachhaltigen urbanen Zukunft zu etablieren.⁵ Das «Smart-City»-Business ist ein äußerst lukratives Geschäftsfeld, das Milliardenaufträge verspricht. Die Aussicht, dass der Einsatz intelligenter Technologien in Städten weltweit eine neue, wenn auch prekäre Runde kapitalistischen Wachstums eröffnen könnte, ist wohl ein entscheidender Grund, warum das Konzept der «Smart City» auch über die unmittelbaren Interessen einzelner Unternehmen hinaus eine derartige Attraktivität und (scheinbare) Plausibilität für sich beanspruchen kann.

TECHNISCHE LÖSUNGSANGEBOTE STATT POLITISCHER AUSEINANDERSETZUNG

Die Kritik an der «Smart City» auf die dahinterstehenden Interessen global tätiger Konzerne zu reduzieren wäre jedoch kurzfristig. Denn das Konzept ist zugleich Ausdruck und Ergebnis dessen, was in sozialwissenschaftlichen Debatten als «post-politische Situation» bezeichnet wird. Post-Politik meint mehr als den bloßen Bedeutungsverlust parlamentarisch-demokratischer Institutionen und den wachsenden Einfluss von nicht gewählten ExpertInnen oder LobbyistInnen. Es ist eine Situation, in der das Politische (Auseinandersetzung, Differenz und Dissens) durch eine Reihe von Herrschaftstechniken ersetzt wird, deren gemeinsamen Kern Konsens, Zustimmung und technokratische Steuerung bilden.⁶ So wird

auch im Fall der «Smart City» über «technische Lösungen» für «technische Probleme» gefachsimpelt, anstatt die – dringend notwendige – politische Auseinandersetzung darüber zu suchen, wem eigentlich die Stadt und ihre Infrastrukturen gehören und wer unter welchen Voraussetzungen an stadtpolitischen Entscheidungen teilhaben kann. Die Menschen werden mehr als KundInnen, NutzerInnen oder gar als potenzielle Störenfriede oder Problemfälle adressiert und weniger als politische Wesen und ProduzentInnen ihrer Städte.

Ogleich die «Smart City» häufig als Projekt dargestellt wird, das der lokalen Bevölkerung mehr Mitsprachemöglichkeiten einräumen soll, fällt auf, dass Stimmen, die grundlegende Kritik an neoliberaler beziehungsweise kapitalistischer Stadterneuerung äußern (z. B. Mieterinitiativen, die die Interessen einkommensschwacher Gruppen vertreten), in der Debatte so gut wie nicht präsent sind, also im vorherrschenden Verständnis wohl auch nicht zu den «Smart People» zählen, von denen so oft die Rede ist. Sofern Bürgerbeteiligung vorgesehen ist, beschränkt sie sich in aller Regel darauf, lokale Akzeptanz für anderswo längst beschlossene Maßnahmen zu organisieren. Darüber hinaus hat Alberto Vanolo in einer Studie über den Disziplinierungsaspekt von «Smart Citys» zeigen können, dass deren Apologeten häufig mit Rankings sowie normativen Kriterien argumentieren, die für sich beanspruchen, ideologiefrei und objektiv zu sein, und es so scheinbar erlauben, zwischen guter und schlechter Stadtentwicklung zu unterscheiden, ohne jedoch die damit verbundenen politischen Handlungsspielräume und deren Implikationen ernsthaft zur Debatte zu stellen.⁷ Wichtig ist zudem, deutlich zu machen, dass die Ideologie der «Smart City», auch wenn sie Innovation suggeriert, in vieler Hinsicht an etwa 30 Jahre alte «Rezeptlösungen» anknüpft. So verbirgt sich hinter der Rhetorik der Smartness oft nichts anderes als unternehmerische Standortpolitik, die sich im Kern darauf beschränkt, mit anderen Städten oder Regionen um Investitionen und hoch qualifizierte Arbeitskräfte zu konkurrieren, womit nicht nur eine Polarisierung städtischer Arbeitsmärkte und wachsende soziale Ungleichheit in Kauf genommen wird, sondern auch verschärfte räumliche Segregation und Verdrängung infolge von Gentrifizierungsprozessen.⁸

Andere KritikerInnen gehen noch einen Schritt weiter: In einer jüngst von der Rosa-Luxemburg-Stiftung veröffentlichten Studie von Frank Pasquale und Jathan Sadowski wird mit der «Smart City» ein Spektrum der Kontrolle verbunden, das von «sanften Methoden» biometrischer Überwachung (wie z. B. Gesichtserkennung oder Gesundheitsdaten zwecks Erstellung von Konsumentenprofilen) bis hin zu offen repressiven Polizeitechniken (wie z. B. dem Einsatz von Drohnen) reicht.⁹ Damit drohten Städte, eigentlich Orte der Demokratie und Begegnung, in hoch technisierte Sicherheitszonen verwandelt zu werden, wo die Artikulation von Protest und Dissens womöglich keinen Platz mehr hat. Solche «Cyborg-Städte» verwischen zunehmend die Grenzen zwischen Gesellschaft und Technik beziehungsweise Körper und Stadt, womit unter anderem auch die Voraussetzungen für kybernetische Kontrollapparate geschaffen werden.

HERAUSFORDERUNGEN FÜR DIE LINKE

Die Auseinandersetzungen mit dem Thema «Smart City» ist sowohl in der parlamentarischen als auch in der Bewegungslinke noch vergleichsweise jung. Die Politik- und Themenbereiche, die es dafür in den Blick zu nehmen gilt, sind: erstens Stadtentwicklungsstrategien im Kapitalismus, zwei-

tens Datenschutz, digitale Teilhabe und Demokratie auf kommunaler Ebene, drittens Nachhaltigkeitspolitik, «Greenwashing» und Neosextraktivismus und damit in Zusammenhang stehend schließlich viertens globale soziale Ungleichheiten und Praktiken des Neokolonialismus. Das ist ein recht umfangreiches und komplexes Paket.

Zunächst einmal erscheint es für uns zentral, den politischen Gehalt des oftmals «rein» technologisch anmutenden «Smart-City»-Diskurses im Blick zu behalten und immer danach zu fragen, was die angebotenen Lösungen für die Menschen in den Städten bedeuten und ob sie darin mitgedacht werden. Während viele linke AutorInnen «Smart-City»-Konzepte grundsätzlich ablehnen und aufgrund der Anschlussfähigkeit an unternehmerische/neoliberale Ansätze des Stadtmarketings eine Verschärfung sozialräumlicher Ungleichheit und eine Zunahme technokratisch-autoritärer Regierungsformen befürchten, ist diese Position nicht gänzlich unumstritten. So kritisiert etwa Ugo Rossi, dass vor allem die Perspektive der «post-politischen Stadt» dazu neige, hegemoniale Erzählungen zu reproduzieren und ein fast schon apokalyptisches Bild zu zeichnen, was in der Konsequenz lähmend wirke. Damit, so Rossi, würde der Blick auf Möglichkeiten alternativer Formen der Stadtentwicklung verstellt. Insbesondere würden Kritiken an der «Smart City», die sie als Projekt übermächtiger Global Player porträtieren, so tun, als handle es dabei um einen quasi monolithischen Machtblock. Das lenke davon ab, dass «Smart-City»-Projekte ganz unterschiedliche Logiken von Kapitalakkumulation und ihrer gesellschaftlichen «Einbettung» mobilisieren, die jeweils ihre eigenen Brüche und Widersprüche aufweisen. In Letzteren, so Rossi, scheint eine «Politik des Möglichen» auf, die Spielräume für kreatives Experimentieren und progressive Veränderungen von Stadtpolitik biete.¹⁰

Grundsätzlich kann der kritischen Debatte zur «Smart City» attestiert werden, dass sie sich bislang häufig auf einer recht abstrakten Ebene bewegt, wohingegen die empirische Auseinandersetzung mit konkreten «intelligenten Projekten» noch in den Kinderschuhen steckt. Auch deshalb kann die Frage, ob smarte Stadtentwicklung zwangsläufig eine weitere Entpolitisierung und Aushöhlung demokratischer Selbstverwaltung sowie Kommodifizierung und Überwachung städtischer Räume bedeutet, oder ob «Smart-City»-Projekte vielleicht auch Spielräume für sozialökologische Transformationen eröffnen könnten, zum jetzigen Zeitpunkt nicht abschließend beantwortet werden.

Dass sich die Linke einer weiteren Privatisierung öffentlicher Räume, Gemeingüter und Infrastrukturen, der Verdrängung von MieterInnen durch energetische Modernisierungen, der Ausweitung von polizeilicher Überwachung und Repression und zweifelhaften Public-private-Partnerships in der Stadtentwicklung unter dem Label «grünen Wachstums» noch entschlossener entgegenstellen muss, ist inzwischen angekommen und in weiten Teilen Konsens. Als wesentlich schwieriger erweist es sich dagegen, linke Antworten auf «Smart-City»-Konzepte und reale Entwicklungen jenseits von bloßer Ideologiekritik und Abwehrkämpfen zu finden. Umstritten ist auch, wie mit dem Begriff selbst umgegangen werden soll. Während einige dafür plädieren, ihn aufzugreifen und von «von links zu besetzen», wird er von anderen strikt gemieden, da er schon viel zu sehr von kommerziellen Interessen vereinnahmt worden sei.

Eins ist für uns aber klar: Die Digitalisierung des Städtischen sollte in jedem Fall als Thema aufgegriffen werden, denn pau-

schale Technik- und Fortschrittsfeindlichkeit kann keine linke Position sein. Schließlich liegt im technologischen Fortschritt auch ein Transformationspotenzial, wenn auch nur unter der Voraussetzung, dass Digitalisierung städtischer Infrastrukturen mit ihrer Vergesellschaftung und Demokratisierung einhergeht. Die sozialen Kämpfe um Energie und Energieinfrastruktur im Zuge des Atomausstiegs und um den Ausbau von erneuerbaren Energien in den letzten Jahren sind ein gutes Beispiel dafür, wie linke Politik technologische Fragen und solche nach der Verteilung gesellschaftlichen Reichtums zusammenführen kann. Das setzt auch voraus, Technologien und technologische Innovationen nicht länger als neutrale «Werkzeuge» zu begreifen, sondern als «soziotechnisch», das heißt, ihre aktive Rolle bei der Herstellung, Absicherung und (Neu-)Aushandlung politischer und ökonomischer Machtverhältnisse anzuerkennen und mitzudenken. Das beinhaltet darüber hinaus, die Potenziale von smarten Technologien für radikal-emanzipatorische Projekte in den Blick zu nehmen, ohne diesen Technologien zu unterstellen, der Schlüssel für die Überwindung der bestehenden Gesellschaft zu sein. Die Forderung nach einer intelligenten Stadt für alle muss mit einer Repolitisierung und Wiederaneignung von städtischen Themen, Entwicklungen und Technologien verbunden sein.

Jonathan Diesselhorst hat in Berlin und Frankfurt am Main Soziologie, Stadtplanung und Humangeographie studiert und arbeitet heute als Dozent an der Universität Frankfurt sowie für die Fraktion DIE LINKE im Berliner Abgeordnetenhaus. Darüber hinaus ist er unter anderem im Arbeitskreis Kritische Geographie aktiv.

Katalin Gennburg hat an der Technischen Universität Berlin Philosophie, Wissenschaftstheorie und Historische Urbanistik studiert und arbeitet heute als wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Berliner Stadtentwicklungspolitik für DIE LINKE. Sie ist Sprecherin der Landesarbeitsgemeinschaft Städtebau- und Wohnungspolitik.

1 Kitchin, Rob: The real-time city? Big data and smart urbanism, in: *GeoJournal* 79/2014, S. 1–14. 2 Klimafakten.de u.a. (Hrsg.): *Klimawandel: Was er für die Städte bedeutet*. Kernergebnisse aus dem Fünften Sachstandsbericht des IPCC, Berlin 2015, S. 5, unter: www.klimafakten.de/branchenbericht/was-der-klimawandel-fuer-die-staedte-bedeutet. 3 Halpern, Orit/LeCavalier, Jesse/Calvillo, Nerea/Pietsch, Wolfgang: Test-Bed Urbanism, in: *Public Culture* 2/2013, S. 272–306. 4 Kitchin: The real-time city. 5 Söderström, Ola/Paasche, Till/Klauser, Francisco: Smart cities as corporate storytelling, in: *City: analysis of urban trends, culture, theory, policy, action* 3/2014, S. 307–320. 6 Swyngedouw, Erik: Die postpolitische Stadt, in: *sub/urban. Zeitschrift für kritische Stadtforschung* 2/2013, S. 141. 7 Vanolo, Alberto: Smartmentality: The Smart City as Disciplinary Strategy, in: *Urban Studies* 5/2014, S. 883–898. 8 Vgl. Hollands, Robert G.: Will the real smart city please stand up?, in: *City: analysis of urban trends, culture, theory, policy, action* 3/2014, S. 303–320; Harvey, David: From Managerialism to Entrepreneurialism: The Transformation in Urban Governance in Late Capitalism, in: *Geografiska Annaler, Series B, Human Geography*, 1/1989, S. 3–17. 9 Pasquale, Frank/Sadowski, Jathan: *Smart City. Überwachung und Kontrolle in der «intelligenten Stadt»*, herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Reihe Analysen Nr. 23, Berlin 2016. 10 Rossi: *The Variegated Economics and the Potential Politics of the Smart City*, in: *Territory, Politics, Governance*, 12.5.2015, unter: www.tandfonline.com/doi/full/10.1080/21622671.2015.1036913.

KATHRIN ZEISKE

«WIR WOLLEN UNS LEBEND»

LANDESWEITE BEWEGUNG GEGEN SEXUALISIERTE GEWALT IN MEXIKO

Jeden Tag werden in Mexiko sieben Frauen umgebracht und fast 70 Frauen vergewaltigt. Unter dem Motto #Vivasnosqueremos – «Wir wollen uns lebend» – fanden deshalb am 24. April 2016 in über 40 Städten des Landes Demonstrationen gegen die ausufernde sexualisierte¹ Gewalt statt und sorgten für eine breite Medienresonanz. Initiativen, Organisationen und AktivistInnen prangern seit Jahren nicht nur machistische Gesellschaftsstrukturen, sondern auch die Mitschuld der Regierung an. Denn trotz der alarmierenden Zahl von Morden an Frauen werden seit einem Vierteljahrhundert keine Maßnahmen ergriffen, um der Straflosigkeit ein Ende zu setzen. Kampagnen in den sozialen Medien ermutigen Frauen aktuell dazu, angesichts von Missbrauch und Gewalt nicht zu schweigen. Ähnlich wie in vergangenen Sexismus-Debatten in Deutschland (#Aufschrei) wurde dadurch eine gesamtgesellschaftliche Diskussion in Gang gesetzt.

«Wir haben ein gemeinsames Anliegen», hieß es am 24. April 2016 vor den rund 10.000 Teilnehmenden der Abschlusskundgebung in Mexiko-Stadt, «unseren absoluten Überdruß, unsere angestaute Wut gegenüber der strukturellen, kulturellen und institutionellen Gewalt zum Ausdruck zu bringen, die für die stetige Zunahme von Femiziden² verantwortlich ist, dem schlimmsten Auswuchs der Gewalt gegen Frauen». An diesem 24. April wurde nicht nur öffentlich angeprangert, dass Frauen einer Situation des «täglichen Überlebens machistischer Gewalt» ausgesetzt sind, sondern auch, dass ein «frauenmordender Staat, der uns als Steuerzahlerinnen, Arbeitskräfte und intellektuelles Kapital betrachtet [...], aber nicht als Menschen, [...] uns unserer Identität beraubt [...] und uns in ein Massengrab der Geschichte verbannt».

Der 24. April (#24A) war für eine Mobilisierung ein rein willkürlich gewähltes Datum, um angesichts einer nicht enden wollenden Reihe von Übergriffen in Mexiko-Stadt, Veracruz, Chiapas, Puebla und anderen Bundesstaaten ein Zeichen zu setzen. Im Fokus der landesweiten Proteste stand und steht die in Gesellschaft und Politik omnipräsente sexualisierte Gewalt, der ein tief verankerter Machismus und eine weitverbreitete Frauenfeindlichkeit zugrunde liegen. Sie reichen von der Degradierung von Frauen und heranwachsenden Mädchen zu Sexualobjekten durch anzügliche Kommentare und Hinterherpfeifen auf der Straße über körperliche Übergriffe im öffentlichen Nahverkehr bis hin zur Kontrolle, Erniedrigung und sogar Ermordung der Partnerin. Es handelt sich um eine normalisierte Gewalt gegenüber Frauen, die in Mexiko zumeist unsichtbar bleibt, kleingeredet oder aber im Extremfall voyeuristisch in der Presse ausgeschlachtet wird.³

Wie dringend notwendig es ist, Gewalt gegen Frauen entschieden entgegenzuwirken, zeigte sich nicht zuletzt da-

ran, dass in so kurzer Zeit so viele Menschen landesweit mobilisiert werden konnten. Dass die Integrationskraft der Thematik so groß ist und Frauen unabhängig von Alter, Schichtzugehörigkeit, Bildungsgrad, Arbeitssektor, Einkommensklasse und sexueller Orientierung gemeinsam auf die Straße bringt, bedeutet aber auch, dass alle Frauen in Mexiko von Gewalt und Diskriminierung betroffen sind.

VON DER IDEE ZUR AKTION

Die Idee zu einer bundesweiten Aktion hatte es schon länger in feministischen Netzwerken gegeben. Schließlich verbreitete sie sich in kürzester Zeit in den sozialen Medien und wurde von spontan gebildeten lokalen Organisationskomitees vorbereitet. Aufgerufen hatten Frauen aus den unterschiedlichsten Zusammenhängen: Aktivistinnen, Akademikerinnen, unabhängige feministische Kollektive sowie Angehörigenorganisationen von Verschwundenen und ermordeten Frauen. Als Gemeinsamkeit definierten sie die Öffentlichmachung und Verurteilung von Gewalt gegen Frauen, eine solidarische, jedoch nicht organisatorische oder initiatori-sche Teilnahme von Männern an den Demonstrationen sowie den Ausschluss von Parteien von den selbigen.

Der #24A wurde vor allem von einer jungen feministischen Generation getragen, die über die sozialen Medien vernetzt ist und diese als Austragungsort sozialer Kämpfe begreift. Es fehlte weitestgehend, zumindest auf organisatorischer Ebene, ein Zusammenschluss mit den etablierten feministischen Organisationen, die sich innerhalb der traditionsreichen mexikanischen Frauenbewegung anlässlich des ersten Weltfrauentags 1975 in Mexiko neu formiert hatten und seither für Frauenrechte, sexuelle Selbstbestimmung und gegen sexualisierte Gewalt kämpfen. Ebenso fehlte am 24. April ein

Schulterschluss mit den Bewegungen indigener Frauen innerhalb sozialer Bewegungen im Süden des Landes.

Die Mobilisierungen des 24. April konnten die unterschiedlichen Formen der Gewalt gegen Frauen an die Öffentlichkeit bringen, die Teil einer umfassenden Diskriminierung sind. So zum Beispiel die Prekarisierung von Arbeitnehmerinnen, die Zensur und Sabotage der Arbeit von Journalistinnen, unter ihnen insbesondere die bekannte investigative Fernsehjournalistin Carmen Aristegui, und die systematische Repression und Bedrohung von Menschenrechtsverteidigerinnen.⁴

Vor allem Frauen, aber auch Männer gingen am 24. April auf die Straßen der Städte in 29 verschiedenen Bundesstaaten Mexikos. Auch vor der mexikanischen Botschaft in Spanien und Argentinien gab es Versammlungen. Die größte Demonstration zog mit anfänglich 500 Teilnehmenden aus dem vorgelagerten Bundesstaat Mexiko zur Abschlusskundgebung nach Mexiko-Stadt – zum «Engel der Unabhängigkeit» im Zentrum der Millionenmetropole –, an der mehr als 10.000 Menschen teilnahmen. Zwischenzeitlich besetzte der Demonstrationzug mehrere Metroabteile, um auf die täglichen Übergriffe in den öffentlichen Verkehrsmitteln und die unsägliche Praxis, mithilfe von Handys unter den Rücken von Frauen zu filmen, aufmerksam zu machen.⁵

DIE STRASSEN LILA TÜNCHEN

Start war Ecatepec, eine von elf Gemeinden im Bundesstaat Mexiko, in dem im letzten Jahr die Anzahl der verschwundenen und ermordeten Mädchen und Frauen so massiv gestiegen ist, dass ein sogenannter Genderalarm ausgerufen wurde, der mit besonderen Präventions- und Strafverfolgungsmaßnahmen verbunden ist. Den Demonstrationzug führten Aktivistinnen wie Irinea Buendía an, die Mutter der 2010 durch ihren Ehemann ermordeten Mariana Lima. Buendía hatte im März vergangenen Jahres gemeinsam mit dem Nationalen Zivilgesellschaftlichen Observatorium gegen Frauenmorde, der wichtigsten Nichtregierungsorganisation zum Thema im Land, den Fall ihrer Tochter vor den Obersten Gerichtshof Mexikos gebracht, woraufhin er als zukunftsweisender Präzedenzfall hinsichtlich der Identifizierung, Untersuchung und Bestrafung von Femiziden in die Geschichte einging.⁶

In anderen Städten wie Guanajuato, Saltillo, Jalapa und Chihuahua gab es Demonstrationzüge mit einigen Hundert Teilnehmerinnen. In Chihuahua zog die Demonstration vor den Regierungspalast, wo Marisela Escobedo, die Mutter der von ihrem eigenen Freund ermordeten Tochter Marisol Freyre, erschossen wurde, als sie sich aus Protest dort angekettet hatte.⁷

Darüber hinaus wurde auch die Gewalt der Strafverfolgungs- und Justizbehörden in Bezug auf die reproduktive und sexuelle Selbstbestimmung thematisiert, etwa die rigiden Abtreibungsverbote in vielen Bundesstaaten Mexikos, die Frauen kriminalisieren, die paternalistische Behandlung von Frauen bei Geburten in öffentlichen Krankenhäusern sowie die damit zusammenhängende unverhältnismäßig häufige Durchführung von Kaiserschnitten. Aus aktuellem Anlass wurde auch das sogenannte Eruviel-Gesetz auf den Demonstrationen des #24A kritisiert, das der Gouverneur des Bundesstaates Mexiko, Eruviel Ávila, auf den Weg gebracht hat und das Polizei- und Militäreinheiten den Einsatz von Schusswaffen bei Demonstrationen erlauben soll.

Im ganzen Land waren die Demonstrationzüge von der Farbe lila dominiert. Die Demonstrierenden protestierten

mit Fotos von verschwundenen Frauen und Mädchen, rosa Kreuzen mit deren Namen, Megaphonen, Trommeln, Pappsärgen, selbstgemalten Transparenten («In diesem frauenmordenden Staat am Leben zu sein, bedeutet Widerstand», «Wenn ich auf die Straße gehe, will ich mich nicht mutig, sondern sicher fühlen») und gigantischen Bannern mit Schriftzügen wie «Gerechtigkeit» und «Keine Einzige mehr».⁸

HINTERGRÜNDE DES #A24: FRAUENMORDE UND STRAFLOSIGKEIT

In dem im April 2016 erschienenen Bericht «La violencia feminicida en México, aproximaciones y tendencias 1985–2014», der gemeinsam von UN Women und mexikanischen Institutionen erstellt wurde, heißt es, dass Mädchen und Frauen immer und überall dem Risiko ausgesetzt sind, Opfer von Gewalt zu werden, «allein aus dem Grund, weil sie Frauen sind». Diese Gewalt, die systematisch und alltäglich ist und bis zur Tötung führen kann, stelle eine «wiederholte, weitverbreitete und tief verwurzelte Verletzung ihrer Menschenrechte dar», so der Bericht. Sie diene zumeist dazu, die Unterordnung von Frauen unter den Mann zu stabilisieren und zu reproduzieren. «Sie beeinträchtigt die Gesundheit, Sicherheit und Integrität von Frauen und Mädchen, unterhöhlt die Entwicklung der Länder und schädigt die gesamte Gesellschaft». Morde an Frauen zeichnen sich als *hate crimes* oft durch äußerste Brutalität aus. Das Klima der Straflosigkeit, in der sie stattfinden, zeugt von der Negierung des fundamentalen Rechts auf Leben.⁹

Jeden Tag werden in Mexiko sieben Frauen ermordet. Zwischen 1985 und 2014 wurden 47.178 Femizide verzeichnet. Mit dem von Ex-Präsident Felipe Calderón ausgerufenen «Krieg gegen die Drogen» stiegen die Zahlen zwischen 2008 und 2012 enorm an und erhöhten sich bis zum letzten Jahr seiner Amtszeit um 138 Prozent.¹⁰ In den Jahren 2012 und 2013 wurden 3.892 Femizide begangen, in nur 613 Fällen wurde eine Strafverfolgung eingeleitet, die nicht einmal in zwei Prozent der Fälle zu einer Verurteilung führte.¹¹ Damit erreichten die Femizide ein bislang unbekanntes Ausmaß in Mexiko seit der massiven Gewalt in den 1990er Jahren in Ciudad Juárez.

In der mexikanischen Grenzstadt Ciudad Juárez waren Migrantinnen durch ihre Arbeit für die sich ansiedelnden internationalen Konzernen zu selbstständigen Alleinverdienerinnen geworden und brachen dadurch tradierte Rollenmuster auf. Ein machistischer Backlash folgte. Die *juniors*¹² des Juárez-Kartells begannen, Frauen zu entführen, zu vergewaltigen und zu ermorden. Die Verbrechen wurden nicht aufgeklärt, vielmehr wurde eine Strafverfolgung vereitelt, da Politik, Justiz- und Strafverfolgungsbehörden involviert waren. Mütterorganisationen begannen die Suche nach den verschwundenen Töchtern und konnten die Verbrechen, die im Zusammenhang mit dem Campo Algodonero standen, exemplarisch vor den Interamerikanischen Menschenrechtsgerichtshof bringen, der die mexikanische Regierung 2009 wegen Strafvereitelung verurteilte.

Während der militärischen Besetzung von Ciudad Juárez im sogenannten Drogenkrieg 2008 bis 2010 ereigneten sich angesichts der herrschenden Straflosigkeit mehr Frauenmorde als je zuvor und die Täterschaft diversifizierte sich von Kartell- und Bandenangehörigen bis zu (Ex-)Partnern.¹³ 2012/13 wurden im El-Navajo-Flussbett im Juáreztal Knochenreste von Mädchen und Frauen gefunden, die 2010 und 2011 im Zentrum der Stadt verschwunden waren. Durch das

Gerichtsverfahren gegen eine Bande konnte 2015 erstmals die Systematik von Femiziden auf juristischer Ebene nachgewiesen werden, wie sie bislang nur von akademischen und aktivistischen Kreisen aufgedeckt worden war. In einem Folgeverfahren soll nun die in den Zeugenaussagen zutage gekommene Verstrickung von Polizei- und Militärangehörigen aufgerollt werden.¹⁴

IMMER MEHR FEMIZIDE AUCH IM ZENTRUM UND SÜDEN MEXIKOS

Obwohl Frauenmorde in Ciudad Juárez weiter an der Tagesordnung sind, hat sich die öffentliche Aufmerksamkeit in den letzten Jahren von der Grenzstadt ab- und dem Bundesstaat Mexiko im Zentrum des Landes zugewandt. Die dort herrschenden Strukturen ähneln denen an der Nordgrenze, auch hier sind Frauen Gewalt schutzlos ausgeliefert. Überfälle auf öffentliche Verkehrsmittel und Entführungen ereignen sich tagtäglich. Vor allem aber garantieren die herrschenden Machtstrukturen eine vollkommene Straflosigkeit. Im Bundesstaat Mexiko kämpfen fünf Kartelle um die Vormacht, die in der allgemeinen Diversifizierung von Einkommensquellen Frauenhandel und Organhandel betreiben. Der Bundesstaat Mexiko ist eine Hochburg und Kaderschmiede der Partei der Institutionalisierten Revolution (PRI), die auch die Regierung stellt.

Der heutige Präsident Enrique Peña Nieto war vormals Gouverneur des Bundesstaates (2005–2011) und als solcher politisch verantwortlich für die systematischen Vergewaltigungen von Demonstrantinnen während eines der brutalsten Polizeieinsätze der letzten Jahrzehnte im Jahr 2006 in San Salvador Atenco. Während seiner Gouverneurszeit explodierte die Anzahl der Verschwundenen und Femizide im Bundesstaat, und auch sein Nachfolger Eruviel Ávila negierte die immer weiter steigenden Zahlen (bis 2010 allein 900 Femizide; im Jahr 2014 verschwand jeden Tag ein Mädchen), bis er im Juli 2015 dem öffentlichen Druck nachgeben musste und den von vielen Nichtregierungsorganisationen geforderten «Genderalarm» in den am stärksten von Gewalt gegen Frauen betroffenen Gemeinden ausrief.¹⁵ Zehn Monate später sind Präventions- oder Ermittlungserfolge jedoch bislang ausgeblieben. Stattdessen scheinen sich Frauenhandelsringe weiter zu etablieren.¹⁶

In den letzten Monaten waren neben den bisher am stärksten von Femiziden betroffenen Regionen vor allem die Städte Tuxtla Gutiérrez, Guanajuato und Puebla Schauplätze von Verbrechen, insbesondere von Morden an schwangeren Frauen durch ihre Partner.¹⁷ Laut einer Umfrage des Menschenrechtszentrums Fray Julián Garcés im Bundesstaat Tlaxcala wurden 48 Prozent der dortigen Morde zwischen 2011 und 2015 durch Unbekannte begangen, 32 Prozent durch den Ehemann und 20 Prozent durch den Vater oder einen anderen Familienangehörigen. Laut dem Nationalen Statistik- und Geografieinstitut (Inegi) waren in 67 Prozent der Fälle lange Missbrauchs- und Gewalterfahrungen der Opfer den Morden vorausgegangen.¹⁸

SEXUALISIERTE GEWALT WIRD IN MEXIKO ZUM THEMA

Während bislang nur Frauenmorde als Spitze des Eisbergs der Gewalt gegen Frauen in der Öffentlichkeit präsent waren, gelang es am 24. April, diese mit dem Thema der sexualisierten Gewalt in Bezug zu setzen und deren fatale Alltäglichkeit in Mexiko aufzuzeigen. Auch wenn die für den #24A mobilisierenden feministischen Aktivistinnen und Initiativen

sexualisierte Gewalt schon seit Jahren dokumentieren und analysieren und kollektive Schutzstrategien entwickeln, ist die breite mexikanische Öffentlichkeit erst durch die jüngste Folge von Berichten in den sozialen Medien und schließlich auch in der Presse sensibilisiert worden.

Für Empörung sorgte landesweit vor allem der Fall der Minderjährigen Daphne, die in Veracruz von vier *juniors* (bekannt geworden als #LosPorkys) vergewaltigt worden war. Ihr Vater ging damit im März 2016 an die Öffentlichkeit, als sich weder ihre Familien noch die Staatsanwaltschaft willig zeigten, die Täter moralisch oder juristisch zur Verantwortung zu ziehen.¹⁹

Darüber hinaus gingen Fälle aus Mexiko-Stadt durch die Medien und dekonstruierten das Bild einer Hauptstadt, die gemeinhin als die demokratische, progressive und sichere Hochburg des Landes gilt. Tatsächlich sind Attacken, Entführungen und Femizide dort genauso präsent wie im übrigen Land; ebenso wie die allem Vorschub leistende Straflosigkeit. Hinzu kommen in vielen Fällen jedoch eine besondere Verleumdung und Kriminalisierung der Opfer und Überlebenden sowie sogenannte Shitstorms und Morddrohungen gegen feministische Aktivistinnen durch Hacker und Trollarmeen in den sozialen Medien.

Als «tägliche Hölle» bezeichneten Aktivistinnen am 24. April Metrofahrten, öffentliche Plätze, Arbeitsplätze, Schulen und Krankenhäuser für Frauen und Mädchen in der Hauptstadt.²⁰ Dem Nationalen System der Öffentlichen Sicherheit zufolge gehen in Mexiko-Stadt täglich durchschnittlich neun Anzeigen wegen Vergewaltigung, sexueller Belästigung oder Missbrauchs ein. 32.976 Fälle wurden allein in den letzten zehn Jahren verzeichnet. Nichtregierungsorganisationen schätzen, dass es in nur zwei Prozent der Fälle zu einer Verurteilung des Täters kommt, während 80–90 Prozent gar nicht erst angezeigt werden.²¹

Exemplarisch bezeugte der Fall von Yakiri Rubio im Jahr 2013 die Kriminalisierung Überlebender sexualisierter Gewalt. Sie konnte einen der Angreifer, die sie entführt und vergewaltigt hatten und schließlich umbringen wollten, in Notwehr tödlich verletzen und sich selbst in Sicherheit bringen. Yakiri Rubio kam wegen «Mordes» 18 Monate ins Gefängnis und wurde nur gegen Kautions entlassen, während der zweite Täter nie zur Verantwortung gezogen wurde.²²

FEMINISTISCHE GEGENKAMPAGNEN IN DEN SOZIALEN MEDIEN

In jüngster Zeit brachten die Journalistin Andrea Noel und die Studentin Gabriela Nava mit Videos Situationen ans Licht, in denen sie von Männern in aller Öffentlichkeit in Mexiko-Stadt sexuell belästigt worden waren. Während die Behörden den Vorwürfen nicht nachgingen, wurden die beiden Frauen in den sozialen Medien, in denen sie die Geschehnisse bekannt machten, beleidigt und bedroht. Gemeinsam mit Yakiri Rubio riefen die beiden Frauen im Vorfeld des #24A in den sozialen Netzwerken dazu auf, angesichts sexualisierter Übergriffe jeglicher Art nicht zu schweigen. Unzählige Frauen und Mädchen beteiligten sich an der Kampagne #NoTeCalles (Schweig nicht) und berichteten von Missbrauchserlebnissen, täglicher Anmache auf der Straße oder in der Metro und von Vergewaltigungen sowie den Folgen all dieser Formen machistischer Gewalt.²³

Auf der Plattform #Miprimera (Mein erster Missbrauch) berichteten über 50.000 Frauen und Mädchen von traumatischen Erlebnissen. Die Akademikerin und Aktivistin Lucía Melgar weist darauf hin, dass sich im Missbrauch der

«Drang nach Dominanz» von Männern widerspiegeln, der weder das Alter noch Familienzugehörigkeit noch irgendeine Art von Loyalität berücksichtigt. «Die Geschichten von sexueller Belästigung und Missbrauch, zu Hause und auf der Straße, beginnend im Alter von drei, fünf, sechs Jahren, sind Teil dunkler Geheimnisse in den Familien und tiefer persönlicher Traumata.»²⁴

FAZIT: POLITISCHE FORDERUNGEN

Die mexikanische Regierung ist nicht nur verantwortlich für die stetige Zunahme der Repressionen gegen AktivistInnen, der Kriminalisierung der Zivilbevölkerung, der ungestraften Morde, der Vertreibungen und des gewaltsamen Verschwindenlassens im Zeichen der Militarisierung des Landes im sogenannten Kampf gegen den Drogenhandel. Sie muss auch für die Eskalation der Gewalt gegen Frauen in Mexiko zur Rechenschaft gezogen und in diesem Sinne dazu angehalten werden, der vorherrschenden Straflosigkeit in Bezug auf Femizide und verschwundene Frauen und Mädchen effektive Strafverfolgungs- und Präventionsmaßnahmen entgegenzusetzen.

Ebenso müssen landesweit alle Mordfälle an Frauen als mutmaßliche *hate crimes* neu aufgerollt werden, und bei aktuellen Fällen muss die Komponente Femizid bei den Ermittlungen von Anfang an mitberücksichtigt werden, so wie es der Oberste Gerichtshof von Mexiko im März 2015 verkündet hat. An klaren juristischen Vorgaben mangelt es nicht, vielmehr am politischen Willen, gegen Straflosigkeit, Korruption und frauenfeindliche Akte vorzugehen. Überlebende und Familienangehörige müssen hinsichtlich der Gewalt gegen Frauen von Polizei und Staatsanwaltschaft ernst genommen werden und dürfen bei der Aufnahme von Anzeigen und Aussagen nicht erneut traumatisiert werden.

Linke und oppositionelle Parteien haben es bislang leider weitestgehend versäumt, sexualisierte Gewalt und Femizide gegenüber der Regierung zu beanstanden und Prävention und Strafverfolgung auf ihre eigene politische Agenda zu setzen. Dabei sollte Geschlechtergleichheit ein immanent linkes Thema nicht nur in der mexikanischen Politik sein.

AUF GESELLSCHAFTLICHER EBENE

Jenseits der politischen Ebene ist der Kampf gegen Gewalt an Frauen eine langfristige und viele Generationen umfassende Aufgabe. So müssen auf gesellschaftlicher Ebene Maßnahmen ergriffen werden, um den historisch verankerten Machismus und die damit einhergehende Diskriminierung von Frauen Schritt für Schritt abzubauen. Dafür müssen Missbrauch und interfamiliäre Gewalt aus der Unsichtbarkeit und dem Bereich des Privaten heraus in die Öffentlichkeit getragen werden.

Des Weiteren gilt es, dem allgemeinen «Normalzustand» verbaler wie körperlicher sexualisierter Gewalt in sämtlichen Bereichen der Öffentlichkeit, der Bildung, der Arbeit und der Medien, entgegenzuwirken, der Frauen zu Sexualobjekten degradiert und jeden Mann nicht nur autorisiert, sexuelle Gewalt auszuüben, sondern ihn vielmehr damit in seiner «Rolle» bestätigt – insbesondere dann, wenn sich Frauen aus einer tradierten Geschlechterrolle hinausbewegen und Männer dieses Verhalten «abstrafen».

Der 24. April ist in diesem Sinne als Ausdruck eines Prozesses der Mobilisierung immer breiterer Teile der Bevölkerung gegen die alltägliche sexualisierte Gewalt und die ausufernde Zahl der Morde an Frauen im Land zu verstehen. Bundesweite Aktionen wie der #24A bieten die Möglichkeit, an eine breite Öffentlichkeit zu treten, sexualisierte Gewalt in jeglicher Form in Mexiko zum Thema zu machen und die Forderung nach einem radikalen politischen Wandel zu unterstreichen.

Kathrin Zeiske war während ihres Politologiestudiums in Bonn bei der queerfeministischen Gruppe riotskirts aktiv. Heute lebt und arbeitet sie als freie Journalistin sowohl in Deutschland als auch in Mexiko.

¹ Mit dem Adjektiv «sexualisiert» soll zum Ausdruck gebracht werden, dass diese Formen der Gewalt nichts mit Sexualität zu tun und auch ihren Ursprung nicht darin haben, sondern dass die Gewalt sexualisiert ist und eben keine gewalttätige Sexualität. ² Femizid bezeichnet den Mord an Frauen wegen ihrer Zugehörigkeit zum weiblichen Geschlecht. ³ ¡Vivas nos queremos!, Proceso, 24.4.2016, unter: www.proceso.com.mx/440050/vivas-nos-queremos. ⁴ Meyra Segura, Clara G.: Vivas nos queremos: Las calles en México se pintan de violeta, unter: www.rosalux.org.mx/articulo/vivas-nos-queremos-las-calles-en-mexico-se-pintan-de-violeta. ⁵ #VivasNosQueremos: mujeres marchan en al menos 10 entidades contra violencia machista, Sin embargo, 24.4.2016, unter: www.sinembargo.mx/24-04-2016/1652394. ⁶ Miles de mujeres se unen para exigir alto a la violencia: del acoso en la calle al feminicidio, Sin embargo, 25.4.2016, unter: www.sinembargo.mx/25-04-2016/1652535. ⁷ Protestan contra violencia de género en Chihuahua, Proceso, 24.4.2016, unter: www.proceso.com.mx/438391/protestan-contra-violencia-genero-en-chihuahua. ⁸ Siehe Endnote 5. ⁹ Secretaría de Gobernación (Segob)/Instituto Nacional de las Mujeres (Inmujeres)/Entidad de la Organización de las Naciones Unidas para la Igualdad de Género y el Empoderamiento de la Mujer (ONU Mujeres): La violencia feminicida en México, aproximaciones y tendencias 1985–2014, unter: www.gob.mx/cms/uploads/attachment/data/file/84740/La_Violencia_Femicida_en_Mexico_aproximaciones_y_tendencias_1985_2014.pdf. ¹⁰ No son sólo feminicidios: A las mexicanas las violentan leyes, funcionarios, redes, medios..., Sin embargo, 24.4.2016, unter: www.sinembargo.mx/24-04-2016/1650454. ¹¹ Siehe Endnote 6. ¹² Juniors ist ein stehender Begriff, der in Mexiko für die Söhne einer Oberschicht von Drogenbossen, Unternehmern oder Politikern benutzt wird, die sich selbst angesichts des Reichtums und Einflusses ihrer Familie gekoppelt mit der allgegenwärtigen Praxis der Korruption im Land als über dem Gesetz stehend betrachten und dieses nach Gutdünken und mit größter Selbstverständlichkeit brechen. ¹³ Zeiske, Kathrin: Stadt der toten Töchter, in: Amnesty International Journal, Juni 2012, unter: www.amnesty.de/journal/2012/juni/die-stadt-der-toten-toechter. ¹⁴ Zeiske, Kathrin: Wo die Bosse tanzen, in: die tageszeitung, 11.4.2016, unter: www.taz.de/Mexikos-Vorzeigegaengnis/15289745/. ¹⁵ Zeiske, Kathrin: Stadt der verschwundenen Frauen, in: Amnesty International Journal, Dezember 2015, unter: www.amnesty.de/journal/2015/dezember/stadt-der-verschwundenen-frauen. ¹⁶ Siehe Endnote 4. ¹⁷ Siehe Endnote 10. ¹⁸ Siehe Endnote 5. ¹⁹ He salido de fiesta y usado faldas cortas, ¿por eso merecía ser violada? Estoy triste: Daphne, Animal Politico, 29.3.2016, unter: www.animalpolitico.com/2016/03/he-salido-de-fiesta-y-usado-faldas-cortas-por-eso-merecia-ser-violada-ellos-saben-queson-culpables-daphne/. ²⁰ Siehe Endnote 3. ²¹ Siehe Endnote 10. ²² Siehe Endnote 6. ²³ Siehe Endnote 10. ²⁴ Siehe Endnote 3.

TILMAN REITZ / PETER ULLRICH

FÜR EINE DEMOKRATISIERUNG VON LEHRE UND FORSCHUNG

DISKUSSIONSVORSCHLAG FÜR EINE HOCHSCHULPOLITISCHE
OFFENSIVE DER LINKEN

Hochschulen stecken in der Krise, bedingt durch neoliberale Reformen, aber auch aufgrund der eigentlich wünschenswerten akademischen Ausbildung von immer größeren Bevölkerungsteilen. Lehre, Beschäftigungsbedingungen und interne Strukturen bedürfen im Zuge dieser Bildungsexpansion dringend einer Veränderung: Sie müssen sozial gerechter und demokratischer werden. An vielen Stellen artikuliert sich immer hörbarer die Kritik. Diese Impulse gilt es aufzunehmen, um eine linke Offensive der Hochschulpolitik anzustoßen. Im Folgenden soll skizziert werden, dass für eine solche Offensive bereits im Hier und Jetzt Handlungsoptionen bestehen, die dann auch zu grundlegenden Transformationen beitragen können.

DIE PROBLEMLAGE

Das deutsche Hochschulsystem steckt in ernsthaften Schwierigkeiten. Das Problem ist nicht mangelnde Kompetenz oder Attraktivität. Der Trend zur Universalisierung des Studiums hat auch in Deutschland voll eingesetzt; es ist absehbar, dass bald über 50 Prozent eines Jahrgangs studieren werden, mit vergleichsweise guten Abschlussquoten. Dabei wurde dank einer politisch aktiven Studierendenschaft die Einführung von Studiengebühren verhindert. Zugleich wächst (langsamer) die Zahl der Forschenden und Lehrenden und ihre Leistungen sind international anerkannt. Es gäbe also gute Chancen – die besten seit den 1960er und 1970er Jahren –, Hochschulbildung von einem Privileg weniger zur Grundlage einer demokratischen Wissensgesellschaft zu machen. Die Bedingungen, unter denen in Deutschland geforscht, gelehrt und studiert wird, werden jedoch gerade durch den Erfolg des Systems und den Erfolgswillen der neoliberal geprägten Bildungspolitik verschlechtert.

Seit Jahrzehnten sinken die staatlichen Aufwendungen pro Studienplatz, und die un(ter)bezahlte Mehrarbeit, die diese Lücke teilweise füllt, wird in wachsendem Ausmaß vom prekarierten sogenannten wissenschaftlichen Nachwuchs geleistet. Seine Stellung ist einerseits durch ein traditionelles Missverhältnis von Mittelbau und Professuren geprägt: Einer Nachwuchsphase, die sich im Durchschnitt bis ins vierte Lebensjahrzehnt zieht, folgt der riskante und für die Mehrheit nicht zu gewinnende Kampf um die Lebenszeitstelle als Professorin oder Professor. Hinzu kommt andererseits eine dramatische Vermehrung von Nachwuchsstellen in Forschungsprojekten, auf die stillschweigend auch ein großer Teil der

Lehrbelastung abgewälzt wird. Das Verhältnis von Professuren zu befristeten Mittelbaustellen ist in Deutschland erheblich ungünstiger als etwa in England, Frankreich oder den USA, und die Zahl der Drittmittelstellen hat sich von 2003 bis 2013 beinahe verdoppelt. Befristung ist mittlerweile der Standard und die Laufzeiten der Verträge sind extrem kurz (etwa die Hälfte hat derzeit Laufzeiten unter einem Jahr; nur noch 11 Prozent der Verträge an Hochschulen laufen zwei Jahre oder länger). Das neue Wissenschaftszeitvertragsgesetz hat Grundregeln gegen Kurzbeschäftigung eingeführt, doch solange sich das Verhältnis befristeter Stellen zu Dauerstellen nicht ändert, bleibt das Kernproblem unangetastet (und die Wirkung ambivalent). Die Folgen liegen auf der Hand: Wissenschaftler_innen, besonders die jüngeren, leiden unter miserablen Beschäftigungsbedingungen; die Qualität der Lehre leidet unter den immer schlechter werdenden Betreuungsrelationen.

Die Situation des Wissenschaftsprekariats und die Unter Ausstattung der Lehre sind jedoch nicht die einzigen Probleme, die fehlende Investitionen und eine wachsende Drittmittelfinanzierung auf Kosten der Grundfinanzierung mit sich bringen. Unter nach wie vor neoliberalen Vorzeichen wird die akademische Forschung gegenwärtig neu auf verschärfte Konkurrenz ausgerichtet.¹ In Wettbewerben um Fördermittel, Publikationen in vielzitierten Zeitschriften und das Prädikat «Exzellenz» lernen alle Beteiligten, sich auf Staterfolge zu konzentrieren.² Um ihre Beschäftigung zu sichern oder ihren Marktwert zu steigern, arbeiten Forschende strategisch an Drittmittelinwerbungen und prestigeträchtigen Publikationen, statt Gelder zu beantragen, wenn sie forschungsnotwendig sind, und Ergebnisse zu veröffentlichen, wenn sie vor-

liegen. Eine Fassadenkultur der geschäftigen Simulation von Wissenschaft entsteht. Doch die Konkurrenz ist inszeniert, denn auf dem Quasi-Markt akademischer Forschung bestimmt der Staat zugleich Angebot und Nachfrage. Die hegemonale Bildungspolitik verspricht sich von den inszenierten Wettbewerben offiziell eine größere internationale «Sichtbarkeit» der deutschen Hochschulen oder einiger Spitzenuniversitäten; inoffiziell kann so gerechtfertigt werden, dass die meisten Standorte unterfinanziert bleiben und tendenziell zu bloßen Lehrinrichtungen degradiert werden. Darüber hinaus erhöhen die Wettbewerbe die Konformität in der sich dauernd selbst bewertenden Forschungsgemeinschaft³ und die Orientierung auf pseudo-objektive Kennzahlen ersetzt das Ringen um kritisierbare neue Erkenntnisse. Während sich so Quasi-Märkte als Medium akademischer Vergesellschaftung durchsetzen, bleibt die wachsende Menge wissenschaftlich Beschäftigter ohne demokratische Mitwirkungsrechte. Quasi-feudale Strukturen professoraler Herrschaft werden in neofeudale Statusmacht überführt, und statt neuer Formen akademischer Selbstregierung diskutiert man eine starke Governance oder Führung nach dem Muster von US-amerikanischen Hochschulen oder von Unternehmen.

Die ausgeweitete Hochschulbildung schafft jedoch nicht mehr Chancengleichheit, sondern begünstigt selbst ohne Studiengebühren die Vererbung von sozialen Vorrechten. Die Wahl und der erfolgreiche Abschluss der Studiengänge, die ein hohes Einkommen und Ansehen versprechen, setzen im Durchschnitt bereits eine vorteilhafte soziale Herkunft voraus (weil die ökonomische, kulturelle und soziale Ausstattung der Studierenden über deren faktische Chancen entscheiden). Die Schaffung von «Exzellenzuniversitäten» wird diese Ungleichheit voraussichtlich verschärfen: Wohlhabende und gut gebildete Eltern werden ihre Kinder auf die immer besser erkennbaren Elite-Einrichtungen lenken, während die restlichen Hochschulen und Studiengänge für die weniger privilegierten Bevölkerungsteile zuständig sein werden. Auch die Einkommensnachteile von Frauen erklären sich unter anderem dadurch, dass sie ihre überdurchschnittlichen Studienerfolge mehrheitlich in unterprivilegierten Fächern erzielen. Unter den Professor_innen hat sich in den letzten Jahren die soziale Selektivität ebenfalls wieder verschärft.⁴ Während die akademische Privilegienreproduktion also intakt bleibt, zeichnen sich keine neuen Antworten auf die entscheidende Frage ab, ob und wie Hochschulen einen Großteil der Bevölkerung sinnvoll auf den Beruf vorbereiten können. Insgesamt scheitert das deutsche Hochschulsystem an der Aufgabe, die neue Hochschulexpansion zur Erweiterung sozialer Gerechtigkeit zu nutzen und in eine substantielle Demokratisierung zu übersetzen.

PROTEST UND POLITISCHE HANDLUNGS-ANSÄTZE

Der akademische Kapitalismus der extremen Konkurrenz und die feudalen Abhängigkeiten von den zumindest kleinräumig mächtigen Professor_innen gehen in der beschriebenen Situation eine unheilvolle Allianz ein. Entsprechend stark sind die Beharrungskräfte. Dennoch führt die allgegenwärtige akademische Misere auch zu immer deutlicher hörbarer Kritik. Ganze Studiengänge haben sich vom Bologna-Prozess abgewendet und wieder Diplomabschlüsse eingeführt; das wettbewerbsförmige Ranking von Studiengängen durch das Centrum für Hochschulentwicklung (CHE) wurde von Fächern wie der Soziologie fast geschlossen boykottiert; eine Kampagne mobilisiert gegen die falschen Versprechun-

gen der Exzellenzinitiative, eine andere kritisiert den Gender-Bias bei der Mittelvergabe. Besonders aktiv sind derzeit wissenschaftliche Mitarbeiter_innen, die sich in universitären Mittelbauinitiativen und neuerdings auch innerhalb der Fachgesellschaften zu organisieren beginnen. Praktisch stoßen sie dabei auf Schwierigkeiten, die nah bei den Themen ihrer Kritik liegen: die beschriebene, mit Kurzzeitverträgen einhergehende «prekäre Mobilität» (die langfristiges Engagement verhindert), die Befristungsobergrenzen des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes, der geringe gewerkschaftliche Organisationsgrad und damit zusammenhängend eine nur schwach ausgeprägte Konfliktfähigkeit bei niedrigen Anspruchsniveaus.⁵ Die materiellen Existenzfragen und die Frage der (mangelnden) Demokratie an Hochschulen sind eng miteinander verknüpft.

HOCHSCHULPOLITISCHE ANSÄTZE

Das deutsche Hochschulsystem braucht einen grundlegenden demokratischen und sozialen Umbau, der lokal und bottom-up ansetzen kann, aber zugleich Unterstützung und Absicherung von den politischen Entscheidungsinstanzen erfordert. Die Grundsätze, die es neu zu verankern gilt, sind:

- gesellschaftlich brauchbare und öffentlich zugängliche Wissenschaft statt Wirtschaftsdienstleistungen und Statuswettbewerb,
- dauerhafte Beschäftigungsperspektiven statt ausgeweiteter Prekarität und bleibender Abhängigkeitsverhältnisse für das Hochschulpersonal,
- reale soziale Durchlässigkeit statt Reproduktion von Besitz- und Bildungsober-schichten im Studium,
- demokratische Selbstbestimmung aller an der Hochschule Beteiligten statt Machtkonzentration bei den Professuren und Hochschulleitungen,
- offene wissenschaftlich-politische Diskussion statt der Reproduktion ideologischer Muster in den Sozial- und Kulturwissenschaften.

An den Hochschulen und in den Bundesländern, die ja für Hochschulpolitik zuständig sind, scheint unmittelbar nicht viel Handlungsspielraum zu bestehen, weil der finanzielle Rahmen eng gesteckt ist und wichtige Impulse eher vom Bund oder (im Bologna-Prozess) aus europäischen Absprachen kommen. Allerdings haben es die Regierungen verschiedener Bundesländer (Baden-Württemberg, Hessen und Niedersachsen) seit gut einem Jahrzehnt immerhin vermocht, neoliberale Reformen durchzusetzen: von Stiftungsuniversitäten, die öffentliches Geld privat verwalten, bis zur Einsetzung externer Hochschulräte, in denen Vertreter der Wirtschaft dominieren. Ein Gegensteuern von links sollte hier möglich sein und selbst an einzelnen Hochschulen sowie innerhalb der Fakultäten und Institute bestehen Reformchancen. Progressive Versuche auf dieser Ebene müssten landespolitisch unterstützt oder, wo möglich, angestoßen werden und könnten damit bundesweit Alternativen eröffnen.

A. Entfeudalisierung und Demokratisierung der Institute – Ziele für die unmittelbare Zukunft (finanzneutral, teilweise vor Ort umzusetzen und von der Hochschulpolitik zu unterstützen, teilweise nur für den Übergang geeignet)

- Für drittmittelfinanzierte Projektstellen, in denen ein großer Teil der prekären «Nachwuchs-Beschäftigung» organisiert ist, lassen sich unmittelbar einige Erleichterungen

schaffen, denen durch lokale Selbstverpflichtungen auch vor einer gesetzlichen Verankerung schon ein verbindlicherer Charakter gegeben werden kann:

– Verträge werden an Projektlaufzeiten gebunden, ohne dass man Überbrückungsfinanzierungen ausschließt (wie es das neue Wissenschaftszeitvertragsgesetz zu bewirken droht). Konkret kann das heißen: Reguläre Mindestlaufzeiten für Forschungsprojekte werden festgelegt (zwei bis drei Jahre); Überbrückungen werden gesetzlich eingeräumt und durch finanzielle Rücklagen an den Einrichtungen gedeckt.

– Das Pooling von Projektstellen für längere Laufzeiten wird explizit vorgesehen, den Zielhorizont bilden unbefristete Stellen in der Forschung.

– Neue Personalkategorien und Modelle werden entwickelt, zum Beispiel halbe Dauerstellen für selbständige, promovierte Drittmittelforscher_innen als aufzustockende Basis, eine direkte Verstärkungsoption für die Transformationsphase.

- Befristete Hochdeputatsstellen in der Lehre sind keine sozial vertretbare Struktur. Über ihre Umgestaltung oder (besser) Nichteinrichtung können die Institute frei entscheiden, eine gleichmäßig verteilte hohe Betreuungslast ist besser als die Abwälzung der Arbeit auf eine neue Kategorie prekariert oder proletarisierter Mitarbeiter_innen.

- Lehraufträge sollten nur noch im ursprünglichen Sinn vergeben werden: Expert_innen aus der Praxis werden fallweise in die Lehre geholt, statt dass man Nachwuchswissenschaftler_innen und Privatdozent_innen mit nicht existenzsichernder Aufwandsentschädigung für die Grundlehre einspannt.

- Lehraufträge und die sogenannte Titellehre zur Aufrechterhaltung der Lehrbefugnis sind, solange sie noch bestehen, angemessen zu vergüten, das heißt inklusive der Vor- und Nachbereitungszeit und Prüfungen.⁷

- Unsichtbare Arbeiten, die Mitarbeiter_innen im Namen oder unter dem Namen ihrer Vorgesetzten ausführen, müssen wegfallen. Hier wären Regelungen auf der Ebene der Hochschulverfassungen und gegebenenfalls auch der Landeshochschulgesetze sinnvoll.

- Vielerorts wird eine Ersetzung der Lehrstühle oder Arbeitsbereiche durch eine Department-Struktur diskutiert, die in der Tat feudale Abhängigkeiten aufbrechen könnte: Die Mitarbeiterstellen sind nicht mehr einzelnen Professuren zugeordnet, sondern dem Institut; persönliche Abhängigkeitsverhältnisse werden in kollektiv organisierte Institutsstrukturen überführt. Ein solcher Wandel ist in breiten Teilen des hochschulpolitischen Spektrums mehrheitsfähig, er würde jedoch auf Widerstand vieler in ihrer Machtstellung bedrohter Professor_innen treffen und Reformen erfordern, zu denen die strukturkonservative Landes- und Bundespolitik bisher nicht bereit war. Doch auch den Professor_innen böte er etwas Attraktives an: eine bessere Verteilung der Betreuungslasten und damit Zeit für Forschung.

- Ergänzend oder vorbereitend zur Department-Struktur können die finanziellen Mittel in den professoralen Arbeitsbereichen (inklusive Gehälter und Zulagen) offengelegt und eine kollektive Mittelverwaltung in den Instituten eingerichtet werden.

- Damit solche Neuerungen nicht nur ab und zu privat oder in den Medien diskutiert werden, sollten in den Fachbereichen und auf Hochschulebene Foren für die Planung der Hochschule der Zukunft geschaffen werden: Wissenschaftliche Selbstverwaltung braucht garantierten Freiraum und muss über bloße Gremienarbeit hinausgehen.

B. Wiederherstellung von realen Freiräumen in Forschung und Lehre, Demokratisierung der Hochschulen – mittelfristige Ziele, die eine veränderte Landes- und Bundesgesetzgebung (und teilweise höhere öffentliche Ausgaben) erfordern

- Die Grundfinanzierung der Hochschulen ist stark auszubauen: sowohl im Verhältnis zu den Drittmitteln als auch im internationalen Vergleich (was starke Zuwächse bedeutet), proportional zur Zunahme der Studierendenzahlen.

- Dagegen gilt es, die (Pseudo-)Wettbewerbe um Forschungsgeld auf ein Minimum zurückzufahren oder sie auf solche Bereiche einzuschränken, in denen Forschungsprojekte faktisch kostspielig sind (durch Apparate, empirische Untersuchungen, Editionsarbeit) und über die bestehenden Stellen und Ausstattungen hinaus Zusatzfinanzierung erfordern.

- Die «Exzellenzstrategie», die paradigmatisch für die neuen Wettbewerbe steht und eine unnötige oder schädliche Hierarchisierung des deutschen Hochschulsystems anstrebt, muss beendet werden. Die gegenwärtig für sie verwendeten Mittel können als Beitrag zur Grundfinanzierung des Hochschulsystems umgewidmet werden.

- Als Prinzip der Grundfinanzierung kann ähnlich wie früher, aber mit größeren Spielräumen gelten: Mittel werden nach Studierendenzahlen zugeteilt, für Forschung wird auf allen Qualifizierungsstufen freie Zeit eingeräumt. Individuell sind verschiedene Gewichtungen von Forschung oder Lehre möglich.

- Für Daueraufgaben müssen Dauerstellen geschaffen werden, besonders in den Bereichen Lehre und Service (z. B. Studienberatung, Betreuung von Forschungsinfrastruktur).

- Auch im Postdoc-Bereich sind systematisch Dauerstellen (nach dem Modell der englischen Lecturer- und Reader-Stellen) auf- und auszubauen; nötig sind hier zudem sinnvolle Tenure-Track- oder sofortige Entfristungsoptionen.

- Ergänzend sind reale, individuell variable Teilzeitoptionen in allen Bereichen und auf allen Ebenen, inklusive der Professur, herzustellen.

- Der strukturelle Wandel zum Department-Prinzip sollte gesetzlich verankert werden.

- Die entprekarierten Hochschulbeschäftigten werden verstärkt Möglichkeiten haben und nutzen wollen, ihre Angelegenheiten demokratisch selbst zu bestimmen. Dazu sollte ein erprobtes Modell demokratischer Selbstverwaltung wieder eingeführt werden: die Gruppenuniversität mit Drittel- oder Viertel-Parität von Professor_innen, Mittelbau und Studierenden sowie (je nach Entscheidungsbereich) nichtwissenschaftlichen Beschäftigten.

- Im Gegenzug können die Entscheidungsbefugnisse von Hochschulpräsidien stark reduziert und die jüngst eingeführten Hochschulräte abgeschafft oder in ein rein beratendes Gremium überführt werden.

- Eine derart demokratisierte Hochschule kann sinnvollerweise in zentralen Angelegenheiten autonom gegenüber den Landesregierungen handeln, zumal in Berufungs- oder Einstellungsentscheidungen. Grundsätzliche Lehrleistungen müssen aber weiterhin auch durch Landes- und Bundesgesetze gewährleistet werden.

- Zu gewährleisten oder gezielt zu fördern ist nicht zuletzt der erweiterte Zugang sozial benachteiligter Gruppen zum Studium und zur Arbeit an Hochschulen, zum Beispiel durch Stipendien, Beratungen sowie Zusatzlehreangebote. Dies ist die einzige Weise, in der sich erhöhte öffentliche Ausgaben für Hochschulen sozial verantwortbar gestalten lassen.

- Zur sozialen Öffnung zählt auch, dass die Durchlässigkeit zwischen Hochschulen und beruflicher (Aus-)Bildung erhöht wird oder geregelte Übergänge hierfür geschaffen werden. Deutschland hängt in diesem Punkt aufgrund starker ständischer Traditionen weit hinter anderen Ländern zurück.

C. Eine kooperative und demokratische statt einer status- und konkurrenzfixierten Wissensgesellschaft: langfristige Perspektiven

- Die oben genannten Ziele einer gesellschaftlich eingebetteten statt selbstbezüglichen, öffentlich zugänglichen statt nur privatwirtschaftlich nützlichen Wissenschaft bedürfen einer Reihe konkreter, gesetzlich zu regelnder Rahmenbedingungen. Dazu zählt in jedem Fall ein freier und gleichberechtigter Zugang zu den öffentlichen Gütern Wissen und Bildung an Hochschulen. Das bedeutet zweierlei:
 - Ein gutes Studium muss formal wie bisher, real erstmalig allen Bevölkerungsschichten möglich sein, sofern diese die nötigen Grundfähigkeiten nachweisen können. Daher dürfen sich die Institutionen höherer Bildung nicht auf Exklusivität einrichten, sondern sollten ihr Angebot bei hoher Nachfrage jeweils erweitern können. Sie müssen zudem in der Lage sein, die unterschiedlichen Zielsetzungen der Studierenden (von der Berufsvorbereitung bis zur Ausbildung neuer Generationen von Wissenschaftler_innen) zu berücksichtigen.
 - Die im Internetzeitalter überflüssig gewordenen Profite der Wissenschaftsverlage auf Kosten der Steuerzahler_innen und sonstiges institutionelles Privateigentum an Lehrmaterialien sind flächendeckend durch wissenschaftlich betreute Open-Access-Publikationen, die öffentliche Förderung von unkommerziellen Zeitschriften und öffentlich zugängliche Lehrangebote zu ersetzen.
- Auch für die Forschung ist ein Strukturwandel nötig, mit der schwierigen Aufgabe, zweckfreie Entdeckungsarbeit institutionell zu gewährleisten und demokratisch einzubetten. Indirekt könnten dem Maßnahmen dienen, die Stathierarchien und -wettbewerbe abbauen oder durch kollektive Entscheidungen ersetzen.
 - Die akademische Beschäftigungsstruktur sollte von Hierarchien auf Kooperation umgestellt werden, mittelfristiges Ziel ist ein Absterben der Professuren zugunsten flexibel ausgestaltbarer Dauerstellen.
 - Über Forschungs Großprojekte, die mit massiven Kosten verbunden sind und allgemein spürbare Folgen haben (Militärforschung, Risikotechnologien und Ähnliches), muss öffentlich debattiert und entschieden werden.

AUFGABEN FÜR DIE PARTEI DIE LINKE

Die wesentlichen Gestaltungspotenziale der Partei DIE LINKE liegen auf kommunaler und in einigen ostdeutschen Ländern auf Länderebene. Letztere ist, selbst wenn das Kooperationsverbot gelockert wurde, auch entscheidend für hochschulpolitische Initiativen. Es gibt mehrere gute Gründe, weshalb die Thematik, die bisher in der Partei eher ein Schattendasein führt, weit oben auf die Agenda gesetzt werden sollte – für bundespolitische Interventionen und landespolitische Gestaltungsarbeit. Ein Grund ist elementar. Die Studierendenzahlen wachsen, wie bereits erwähnt wurde, kontinuierlich. Zwischen dem Wintersemester 2000/01 und dem Wintersemester 2012/13 ist die Zahl der Studierenden um 38,9 Prozent gestiegen. Mittlerweile beginnt etwa die Hälfte eines Jahrgangs ein Studium. Hochschulpolitik ist damit längst ein Mainstream-Thema, das einen Großteil der Bevöl-

kerung betrifft. Wissenschafts- und Hochschulpolitik ist Politik für breite Bevölkerungsschichten.

Der zweite Grund, gerade Hochschulpolitik zu betreiben, hat auch eine strategische Komponente. Es geht um die weiterhin recht geringe Attraktivität der oft als leicht verstaubt und altbacken geltenden Linken in intellektuellen, wissenschaftlichen, popkulturellen und kreativen Milieus. Doch genau diese sind von den beschriebenen Prekarisierungstendenzen (auch im Bereich Kultur, Dienstleistungen, Kreativindustrie) nicht nur betroffen, sondern beginnen derzeit an vielen Stellen, sich zu engagieren.⁸ DIE LINKE kann hier ernsthafte Bündnispartnerin von realen Bewegungen werden und deren Impulse unterstützen und umsetzen.

DIE LINKE kann auf Länderebene konkrete Alternativen zu den falschen bundespolitischen Weichenstellungen ausprobieren und umsetzen, besonders die skizzierten kurz- und mittelfristigen Ansätze. Dies gilt insbesondere für Thüringen und Brandenburg, wo DIE LINKE mitregiert. In Berlin wäre mit Bildungs- und Wissenschaftspolitik möglicherweise ein im urbanen Raum besonders zugkräftiges und Wählerstimmen generierendes Thema für die kommende Wahl zum Abgeordnetenhaus vorhanden. Kaum eine Stadt hat eine so reiche Bildungs- und Forschungslandschaft. Eine prominente Platzierung des Themas auf dem nächsten Bundesparteitag und die ideelle Eingliederung des Wissenschaftsprekariats in die aktuelle Kampagne «Das muss drin sein» zum Thema Prekarität könnten all diesen Handlungsvorschlägen den nötigen Nachdruck innerhalb der Partei verleihen.

Tilman Reitz ist Professor für Wissenssoziologie und Gesellschaftstheorie am Institut für Soziologie der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Peter Ullrich ist Ko-Leiter des Forschungsbereichs «Soziale Bewegungen, Technik, Konflikte» am Zentrum Technik und Gesellschaft der Technischen Universität Berlin. Beide Autoren sind Vertrauensdozenten der Rosa-Luxemburg-Stiftung und engagieren sich hochschulpolitisch, unter anderem gegen die Exzellenzinitiative. (<https://exzellenzkritik.wordpress.com/>)

¹ Münch, Richard: Unternehmen Universität, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 45/2009, S. 10–16. ² Rogge, Jan-Christoph: Soziale Bedingungen und Effekte der quantitativen Leistungsmessung, in: Soziale Welt 2/2015, S. 205–214; Rogge, Jan-Christoph: The winner takes it all? Die Zukunftsperspektiven des wissenschaftlichen Mittelbaus auf dem akademischen Quasi-Markt, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 4/2015, S. 685–707. ³ Demirović, Alex: Wissenschaft oder Dummheit? Über die Zerstörung der Rationalität in den Bildungsinstitutionen, Hamburg 2015. ⁴ Möller, Christina: Herkunft zählt (fast) immer. Soziale Ungleichheiten unter Universitätsprofessorinnen und -professoren, Weinheim/Basel 2015; Graf, Angela: Die Wissenschaftselite Deutschlands. Sozialprofil und Werdegänge zwischen 1945 und 2013, Frankfurt am Main 2015. ⁵ Vgl. ausführlich dazu Ullrich, Peter: Prekäre Wissensarbeit im akademischen Kapitalismus, Beitrag in drei Teilen vom 9.5.2016, in SOZBLOG – Blog der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, unter: <http://soziologie.de/blog/2016/05/prekaere-wissensarbeit-teil-1/>. ⁶ Für Ideen und Formulierungen in diesem Teil danken wir Silke van Dyk. ⁷ Dass die realen Stundenlöhne in der Bildungs- und Wissensarbeit selbst vor Steuerabzug oft unter dem Mindestlohn liegen, wurde jüngst dokumentiert. Vgl. Netzwerk «Prekäres Wissen»: Honorare in der Bildungsarbeit und tatsächliche Stundenlöhne. Beitrag vom 7.3.2016, unter: <https://prekaereswissen.files.wordpress.com/2014/03/report-2016-03-07.pdf>. ⁸ Ullrich: Prekäre Wissensarbeit.

BERNHARD SCHMID

SOZIALPROTESTE IN FRANKREICH

DER KAMPF GEGEN DAS ARBEITSGESETZ WIRD NICHT FOLGENLOS BLEIBEN

Seit dem Frühjahr 2016 finden in Frankreich massive Sozialproteste statt, die sich in erster Linie gegen das von Arbeitsministerin Myriam El Khomri vorgelegte und im März vom Kabinett angenommene Arbeitsgesetz richten. Es steht in einer Reihe mit anderen nationalen «Arbeitsmarktreformen» in der Europäischen Union, die zum Teil mit der Agenda 2010 vergleichbar sind: In Italien und Spanien wurden entsprechende Gesetze bereits verabschiedet, in Belgien legte Arbeitsminister Kim Peeters einen entsprechenden Entwurf einige Wochen nach dem französischen vor. Das geplante Gesetz geht einerseits auf «Empfehlungen» der EU-Kommission an Frankreich vom 13. Mai 2015 zurück und ist andererseits maßgeblich durch Vorschläge des Arbeitgeberverbands MEDEF aus den ersten Jahresmonaten 2000 zur *refondation sociale* («Neugestaltung der sozialen Beziehungen») beeinflusst. Eine definitive Verabschiedung des Arbeitsgesetzes durch die französische Nationalversammlung ist für Mitte Juli 2016 angesetzt. Die Proteste dagegen werden ohne jeden Zweifel Spuren hinterlassen, und der politische Preis wird für die regierende Sozialdemokratie hoch sein.

Das geplante Arbeitsgesetz sieht unter anderem vor, das Abschließen von Vereinbarungen auf Unternehmensebene (*accords collectifs d'entreprise*), die vom Gesetz oder von Branchenvereinbarungen abweichen und dadurch die Situation der Beschäftigten ggf. verschlechtern, rechtlich zu erleichtern. Die zweite wichtige Veränderung betrifft die Deregulierung der Arbeitszeiten: Die wöchentliche Arbeitszeit soll verlängert werden können, und gleichzeitig soll die Möglichkeit geschaffen werden, die Arbeitszeit «flexibel» an die Bedürfnisse der Unternehmen anzupassen. Die tägliche Mindestruhezeit, die laut Gesetz elf Stunden beträgt (also im Umkehrschluss eine 13-stündige Arbeitszeit als Obergrenze zulässt), soll künftig auch gestückelt werden können. Darüber hinaus sollen betriebsbedingte Kündigungen erleichtert und Abfindungszahlungen gedeckelt werden.

GEWERKSCHAFTSLANDSCHAFT IN FRANKREICH

Der Protest gegen das geplante Arbeitsgesetz wird von den französischen Gewerkschaften mehrheitlich mitgetragen. In Frankreich herrscht seit fast einem Jahrhundert «Gewerkschaftspluralismus». Zur 1895 gegründeten *Confédération générale du travail* (CGT) (Allgemeiner Arbeiterverband) trat 1919 der christliche Gewerkschaftsverband – die *Confédération française des travailleurs chrétiens* (CFTC). Heute existieren fünf als *représentatifs*, d. h. «tariffähig» anerkannte Dachverbände. Allein die sozialpartnerschaftlich orientierte, rechtssozialdemokratisch geführte *Confédération française démocratique du travail* (CFDT), der zweitstärkste ge-

werkschaftliche Dachverband in Frankreich, stärkte ab Mitte März 2016 der Regierung den Rücken, da der Gesetzentwurf die Verhandlung von Arbeitgebern mit Minderheitsgewerkschaften stark zu erleichtern versucht. Die CFDT-Führung verspricht sich, diese Rolle mehr oder weniger systematisch übernehmen zu können.

Der Organisationsgrad der französischen Gewerkschaften beträgt landesweit nur rund acht Prozent (im Staatsdienst zwischen 20 und 25 Prozent). Diese relativ niedrige Zahl lässt sich mit der Situation in anderen Ländern aber nur schwer vergleichen, weil Gewerkschaftsangehörige in Frankreich häufig Aktivmitglieder sind, die sich in einer Gewerkschaft betätigen, weil sie sich für soziale Veränderungen engagieren wollen. Passivmitglieder, wie sie die Mehrheit des Mitgliederbestands etwa der deutschen Gewerkschaften ausmachen, sind wesentlich seltener. Das hängt auch damit zusammen, dass mit einer passiven Mitgliedschaft in Frankreich keine materiellen Vorteile verbunden sind. Grundsätzlich gelten in Frankreich Kollektivabkommen und -vereinbarungen für alle Beschäftigten in einer bestimmten Branche, unabhängig davon, ob sie gewerkschaftlich organisiert sind oder nicht. Das deutsche Arbeitsrecht ermöglicht hier eine Beschränkung auf Gewerkschaftsmitglieder, auch wenn davon in der Praxis selten Gebrauch gemacht wird, um Lohnabhängige nicht zum Eintritt in die Gewerkschaft zu motivieren.

Darüber hinaus sind, anders als in Deutschland, «wilde Streiks» in Frankreich nicht verboten, es kann also auch ohne gewerkschaftliche Entscheidung gestreikt werden.

Weil die französischen Gewerkschaften grundsätzlich keine Streikgelder zahlen, tragen die Lohnabhängigen die Streikkosten in Form von Einkommensverlusten allein. In der Vergangenheit wurde dies als Zeichen der Selbstlosigkeit im Rahmen eines kollektiv geführten Arbeitskamps gewertet; häufig wurde im Anschluss an einen Arbeitskampf ein «Nachstreik» durchgeführt, um die Bezahlung zumindest eines Teils der Streiktage zu erwirken. Heute ist dies in aller Regel nicht mehr möglich, weil sich die Kräfteverhältnisse zwischen Kapital und Arbeit zugunsten des Kapitals verschoben haben: Auch aufgrund der gesunkenen Kaufkraft ist die Streikmacht französischer Lohnabhängiger in den letzten Jahren deutlich zurückgegangen. Im Zuge der sozialen Konflikte im Frühjahr 2016 wurde nun erstmals auf breiterer Ebene über die Einrichtung von Streikkassen nachgedacht: Neben mehreren örtlichen Solidaritätskassen und Spendensammlungen, die zum Teil unabhängig von den Gewerkschaften eingerichtet wurden, initiierte die CGT im Frühjahr 2016 eine zentrale Spendenkampagne und sammelte – auch im Internet über die Webseite «Pot commun» – rund 450.000 Euro (Stand Mitte Juni 2016). Bislang steckt die finanzielle Solidarität mit den Streikenden organisatorisch jedoch noch in den Kinderschuhen.

ANDERE TRÄGERINNEN DES SOZIALPROTESTS

Die Proteste werden aber nicht nur von den Gewerkschaften, sondern insbesondere auch von der jungen Generation getragen. Obwohl der Organisationsgrad unter Jugendlichen nicht besonders hoch ist, spielen Jugendverbände eine große Rolle, weil sie sich auf wichtige Erfolge in der jüngsten Vergangenheit berufen können: Zwei Mal konnten Proteste erreichen, dass Regierungspläne, die die Situation jüngerer Lohnabhängiger verschlechtert hätten, nicht umgesetzt wurden. Dabei handelte es sich zum einen um das Vorhaben, den gesetzlichen Mindestlohn (*Salair minimum interprofessionnel de croissance*, SMIC) für Beschäftigte, die jünger als 26 Jahre sind, um ein Fünftel abzusenken – es wurde im März 1994 nach einwöchigen Krawallen und «Scherbendemonstrationen» zurückgezogen – sowie um den Angriff auf den Kündigungsschutz für jüngere Beschäftigte 2006. Die Einführung eines sogenannten Ersteinstellungsvertrags (*Contrat première embauche*, CPE) zielte auf die Abschaffung des Kündigungsschutzes für Lohnabhängige unter 26 Jahren sowie für BerufseinsteigerInnen unter 30 Jahren in den ersten beiden Beschäftigungsjahren. Nach massiven Protesten im Februar, März und April 2006 wurde die bereits in Kraft getretene gesetzliche Bestimmung zur Einführung des CPE wieder zurückgenommen. Die damals 14- bis 15-jährigen OberschülerInnen, die an den Protesten teilnahmen, sind heute als 24- oder 25-Jährige zum Teil noch an den Hochschulen eingeschrieben.

Im März 2016 kamen zu den wöchentlichen Treffen der «Nationalen Koordination der Studierenden» gewählte VertreterInnen von 70 Universitäten in Frankreich zusammen. Allerdings brach die Studierendenbewegung mit den landesweiten Hochschulferien in den letzten beiden Aprilwochen sowie mit der anschließenden Examensphase ein. Mitte Mai 2016 war die Zahl der Universitäten, die mit gewählten Delegierten bei der «Nationalen Koordination» vertreten waren, auf zehn gesunken.

Eine wichtige Ergänzung zu den Straßen- sowie Gewerkschaftsprotesten stellt die Bewegung der Platzbesetzungen

unter dem selbstgewählten Namen «Nuit debout» («Wach durch die Nacht» oder «Aufrecht durch die Nacht») dar. Ihren Ausgangspunkt nahm sie am 31. März 2016 im Anschluss an Demonstrationen, an denen in Paris über 50.000 und landesweit rund eine Million Menschen teilgenommen hatten. Die nächtliche Besetzung der Place de la République, einem der größeren (verkehrsberuhigten) Plätze im Zentrum von Paris, sollte verhindern, dass die Protestbewegung – im Warten auf die nächsten «Aktionstage» der etablierten Gewerkschaftsverbände – an Dynamik verliert, und vor allem einen Diskussionsraum schaffen, in dem sich über die Ursachen der herrschenden gesellschaftlichen Verhältnisse (und Alternativen zu ihnen) ausgetauscht werden kann.

Im Laufe des Aprils 2016 weitete sich die Bewegung aus, in rund 60 Städten fanden nächtliche Debatten auf öffentlichen Plätzen statt. Im Großraum Paris gab es bis Ende April in insgesamt 14, bis Ende Mai in insgesamt 21 Banlieues (dt. Vor-, Trabantenstädte) eine oder mehrere nächtliche Platzversammlungen – mit wechselndem Erfolg. AkteurInnen der Bewegung betonten stets ihr Ziel, auch die Menschen, die in den Banlieues leben und besonders von Prekarität und sozialer Ausgrenzung betroffen sind, zu erreichen – die räumliche Segregation zwischen unterschiedlichen sozialen Gruppen ist in Frankreich weitaus höher als in vergleichbaren Kernstaaten der EU. Da dieser Teil der Bevölkerung selten als Akteur im politischen Raum wahr- und ernstgenommen wird, schlug den oft akademisch gebildeten AktivistInnen der Platzbesetzerbewegung mitunter ein gewisses Misstrauen entgegen.

Ab Mitte Mai 2016 gingen die Teilnehmerzahlen an den Platzversammlungen im Allgemeinen zurück. Dies hing mit Abnutzungs- und Ermüdungserscheinungen zusammen, aber auch mit dem schlechten Wetter: Ende Mai und Anfang Juni fanden im Raum Paris und in anderen Landesteilen Unwetter mit Platzregen statt, die in der ersten Juniwoche für massive Überschwemmungen sorgten. Die Regengüsse leerten die Place de la République in Paris weitgehend, nur ein kleiner «harter Kern» versammelte sich weiterhin unter Plastikplanen; ähnlich erging es der Bewegung in anderen Städten. Erstaunlich ist vor diesem Hintergrund die bemerkenswerte Zählebigkeit der Platzbesetzerbewegung: Am 25./26. Juni nahmen erneut mehrere Hundert Menschen an Debatten auf der Place de la République teil. Auf dem Höhepunkt der Bewegung im April und Anfang Mai waren zu den Vollversammlungen allerdings mitunter 2.000 bis 3.000 Menschen gekommen.

Die Mehrzahl der Teilnehmenden waren und sind Studierende, prekär Beschäftigte sowie Menschen mit intellektuellen Berufen. Viele von ihnen bringen Erfahrungen aus der Ökologie- und Anti-Atomkraft-Bewegung sowie aus der Antirassismusbewegung und der Solidaritätsbewegung mit MigrantInnen mit. Aber auch die Verbindung zu den Gewerkschaften wurde immer gesucht. Am Abend des 28. April 2016 sprach der Generalsekretär des mitgliederstärksten Gewerkschaftsdachverbands in Frankreich – der CGT – Philippe Martinez vor 3.000 Menschen auf dem Platz.

STAATLICHE REAKTIONEN: ZUCKERBROT UND PEITSCHEN

Die Regierenden in Frankreich versuchten, die Proteste zunächst durch begrenzte Zugeständnisse einzudämmen. Am 14. März 2016 wurde eine leicht entschärfte Fassung des umstrittenen Gesetzentwurfs vorgestellt und dadurch die

Zustimmung der CFDT-Spitze (siehe oben) gewonnen. Auf gesamtgesellschaftlicher Ebene änderte dies allerdings wenig: Nach wie vor lehnen laut Umfragen 60 bis 74 Prozent der Bevölkerung das geplante Arbeitsgesetz ab.

Zugleich spielten polizeiliche Repression und Gewalt von Anfang an eine zentrale Rolle beim staatlichen Umgang mit den Protesten. Das betraf insbesondere die SchülerInnen und Studierenden: So wurde etwa am 17. März 2016 durch einen massiven Polizeieinsatz verhindert, dass eine studentische Vollversammlung am Pariser Zentrum für Sozialwissenschaften, das der Universität Paris-1 (Sorbonne) angegliedert ist, stattfinden konnte. Zu dem Zeitpunkt war eine mehrtägige Schließung der Sorbonne amtlich verfügt worden – nach offiziellen Angaben, um «Störungen der öffentlichen Ordnung» vorzubeugen. Am 24. März 2016 wurde ein am Boden liegender Schüler der Pariser Oberschule «Lycée Henri-Bergson» im 19. Stadtbezirk durch Polizisten misshandelt. Die Szene wurde jedoch gefilmt, und der maßgeblich beteiligte Beamte wird sich voraussichtlich im November 2016 vor Gericht verantworten müssen. An der Universität Lyon-II drang die Polizei bereits am 16. März in einen Hörsaal ein, in dem gerade eine studentische Vollversammlung stattfand, und nahm vor den Augen von Hunderten von Menschen einen Studenten fest. Ihm wurde vorgeworfen, angeblich für ein Graffito auf den Hochschultoiletten verantwortlich zu sein. Im ostfranzösischen Strasbourg wurde am 17. März eine 15-jährige Schülerin bei einem Polizeieinsatz auf dem Vorplatz der Universität durch einen Polizeiknüppel am Kopf verletzt.

Solche Ereignisse sowie die neue Strategie der Polizeiführung, die Demonstrationsspitze eng mit Polizeikräften zu flankieren, sorgten schon früh für eine erhebliche Radikalisierung, vor allem aufseiten der jüngeren Teilnehmenden. Bislang war es in Frankreich – jedenfalls bei Demonstrationen mit gewerkschaftlicher Beteiligung – üblich, dass Polizeikräfte kaum zu sehen waren, sich im Wesentlichen auf die Regelung des Verkehrs konzentrierten und sich ansonsten in den Seitenstraßen bereithielten. Unter Berufung auf den Ausnahmezustand, der seit den Attentaten vom 13. November 2015 in Kraft ist (und mindestens bis zum 26. Juli 2016 bleiben wird), begegnete die Regierung unter Manuel Valls den sozialen Protesten jedoch von Anfang an mit einer äußerst offensiven Polizeistrategie.

Im Laufe der Wochen stieg, in Reaktion darauf, die Eskalationsbereitschaft aufseiten der Protestierenden. Schon ab Ende März 2016 formierte sich bei den Demonstrationen jeweils ein stärkerer schwarzer respektive bunter Block vor dem offiziellen Protestzug. Im Mai 2016 bestand er bei mehreren Demonstrationen aus bis zu 3.000 Menschen. Die Polizei antwortete darauf wiederum mit dem massiven Einsatz von Tränengas-, Schock- und Blendgranaten. Sachbeschädigungen, die von kleineren Gruppen ausgingen, wurden zum Anlass für die Einkesselung von Hunderten, bisweilen (wie am Nachmittag des 1. Mai 2016) mehreren Tausend DemonstrantInnen genommen.

Die Regierung scheint sich eine Strategie zu eigen gemacht zu haben, die von KritikerInnen schon früh als «Strategie der Spannung» bezeichnet wurde,¹ und darin besteht, ein gewisses Ausmaß an Eskalation als wünschenswert zu betrachten und darauf zu spekulieren, dass sich der Fokus der Berichterstattung (vor allem bei den Fernsehanstalten) auf die «Gewaltfrage» konzentriert und die Ursachen sowie Anliegen der Proteste vollständig in den Hintergrund treten. Diese Rechnung scheint zum Teil aufgegangen zu sein.

Obwohl die Sozialproteste massiven Rückhalt in der Bevölkerung genießen, ist die Anzahl der Teilnehmenden relativ bescheiden geblieben, vergleicht man sie mit ähnlichen Protesten der jüngeren Vergangenheit. Von zehn gewerkschaftlichen «Aktionstagen» überschritten laut Gewerkschaftsanfragen – die Zahlen aus dem französischen Innenministerium liegen stets darunter – zwei (am 31. März und am 14. Juni 2016) die Millionengrenze, an den restlichen nahmen landesweit etwa eine Viertelmillion bis zu einer halben Million Menschen teil. Bei der Protestbewegung gegen die Schleifung des Kündigungsschutzes für jüngere Lohnabhängige im Frühjahr 2006 oder bei den Demonstrationen gegen die sogenannte Rentenreform im Herbst 2010 beteiligten sich dagegen mehrfach zwei bis drei Millionen Menschen landesweit. Viele Lohnabhängige mittleren oder fortgeschrittenen Alters und/oder mit familiären Verpflichtungen blieben den diesjährigen Demonstrationen fern – nicht aus mangelnder Sympathie für die Anliegen, sondern um «den Jüngeren das Feld zu überlassen» und aus Furcht vor Folgen für die eigene körperliche Unversehrtheit. Oder aus Rücksicht auf das Familienleben – wer am Spätnachmittag oder frühen Abend die Kinder von der Tagesstätte oder Schule abholen muss, wird Risiken im Zusammenhang mit einer Demonstrationsteilnahme eher vermeiden.

Nach den «Ausschreitungen» am Rande der Pariser Zentraldemonstration am 14. Juni 2016 ging die Regierung erstmals zu einer Verbotsstrategie über: Am Vormittag des 22. Juni verhängte das Innenministerium ein Verbot über die für den 23. Juni geplante Gewerkschafts- und Sozialprotestdemonstration in Paris. Es handelte sich um das erste Verbot einer Demonstration mit gewerkschaftlicher Unterstützung in Frankreich seit dem Jahr 1962, also der Schlussphase des Algerienkriegs. Nach einem Aufschrei, auch unter etablierten PolitikerInnen, und infolge mehrstündiger Verhandlungen wurde das Verbot wieder aufgehoben und die Demonstration, allerdings unter extremen Auflagen, genehmigt: Den TeilnehmerInnen wurde nur eine Route von 500 Metern gewährt, an deren Ende sie kehrtmachen und zum Ausgangsort zurücklaufen mussten. Ferner mussten sie, es waren trotz allem rund 30.000 Menschen, eine vierfache polizeiliche Absperrung durchqueren und sich einzeln durchsuchen lassen. Die innerste Polizeikette hatte rund um die Place de la Bastille, dem Ausgangs- und Abschlussort der Demonstration, eine fast hermetische Absperrung mit Plexiglasschildern gezogen und nur einen Ausgang offen gelassen. In den sozialen Medien verglichen viele KommentatorInnen den Protestzug mit einem Rundgang auf einem Gefängnishof. Die Regierung, die sich im Anschluss auf ihren «Erfolg» in Gestalt ausbleibender Ausschreitungen berief, hat dadurch einen absolut bedenklichen Präzedenzfall geschaffen.

ARBEITSKÄMPFE IN BRANCHEN UND UNTERNEHMEN

Die Protestbewegung umfasste – vor allem im Zeitraum von Mitte Mai bis Mitte Juni 2016 – neben Demonstrationen auch massive Streikbewegungen und Arbeitsniederlegungen. Dabei ergänzten sich im Regelfall zwei Ebenen: der Protest gegen das geplante Arbeitsgesetz auf branchenübergreifender Ebene einerseits und unternehmens- oder branchenspezifische Forderungen andererseits. Insofern gehen auch Stimmen in der deutschen Debatte, die von einem «rein politischen Streik» sprechen, der allein Druck auf den Gesetzgeber ausüben solle, und das Verbot solcher Streiks

in Deutschland unterstreichen, fehl.² Die zugrunde liegende Annahme, im Zuge der Streikbewegungen würden ausschließlich Forderungen erhoben, die vom jeweiligen Arbeitgeber nicht erfüllbar seien, ist schlicht falsch. Der Großteil der Forderungen richtet sich ausdrücklich an den jeweiligen Arbeitgeber; die Forderung nach Verhinderung des geplanten Arbeitsgesetzes ist ein zusätzlicher Punkt im Forderungskatalog. Aber auch auf diese Forderung kann der betreffende Arbeitgeber eingehen, indem er seinerseits Druck auf die Regierung ausübt, das Gesetzesvorhaben fallenzulassen. Mehrere Verbände von Kleinunternehmen äußerten sich im Mai/Juni 2016 tatsächlich in diesem Sinne und forderten die Regierung zum Verzicht auf das Gesetzesvorhaben auf; die Vorteile auf Unternehmensseite seien es nicht wert, einen so hohen Preis wie in der laufenden Auseinandersetzung zu zahlen.

Unterdessen haben die Protestierenden in vielen Teilbereichen tatsächlich einiges gewonnen. Als Erste erreichten die Lkw-FahrerInnen, die in der Woche des 16. Mai 2016 in den Ausstand getreten waren (und der Regierung erhebliche Furcht einjagten), ein wichtiges Zugeständnis: Bereits am Ende der Woche kündigte die französische Regierung an, die Fahrzeiten im Lkw-Transport per Rechtsverordnung aus dem Anwendungsbereich des geplanten Arbeitsgesetzes auszuschließen. Die mit dem Gesetz einhergehende Ausdehnung der Arbeitszeiten wird die Lkw-FahrerInnen also nicht betreffen.

450 bis 500 gleichzeitig stattfindende soziale Konflikte und Arbeitskämpfe zählte der linke Sozialdemokrat, Arbeitsrechtler und Regierungskritiker Gérard Filoche bei einer Veranstaltung im Pariser Gewerkschaftshaus am Abend des 18. Mai 2016 auf. Von Amazon über McDonalds bis zu den FluglotsInnen und den Bahnbeschäftigten reichte die Palette.

Aufgrund der konkreten Verhandlungsergebnisse fällt die Gesamtbilanz der Proteste im Frühjahr 2016 für die Lohnabhängigen in einer Reihe von Branchen und Unternehmen auch dann nicht negativ aus, sollte das geplante Arbeitsgesetz nicht verhindert werden können. Neben den Lkw-FahrerInnen konnten zum Beispiel auch die FluglotsInnen, die Anfang Juni 2016 mit Streik gedroht hatten, Erfolge verbuchen: Sämtliche für die Jahre 2017 bis 2019 geplanten Stellenstreichungen wurden zurückgezogen. Bei den Bahnbeschäftigten, die ab dem 31. Mai 2016 in den unbefristeten Streik – sowohl gegen das umstrittene Arbeitsgesetz als auch für bahninterne Belange – traten, wurde ein Großteil der geplanten Angriffe auf die Arbeitszeitregelungen zurückgenommen.³

Alles in allem müssen die abhängig Beschäftigten, die im Laufe der Monate Mai und Juni 2016 in einen teilweise mehrwöchigen Streik traten, nicht davon ausgehen, einen Arbeitskampf «für nichts» geführt zu haben. Auch für den Fall, dass das Arbeitsgesetz nicht verhindert werden kann.

AUSBLICK

Zum jetzigen Zeitpunkt ist es noch nicht möglich, eine abschließende Bilanz aus den Protesten gegen das geplante Arbeitsgesetz zu ziehen. Dass es vollständig verhindert wird, muss jedoch als unwahrscheinlich gelten. Ende Juni 2016 ist die Anzahl der Streiks erheblich zurückgegangen, und der Regierung ist es gelungen, das Bild eines gespaltenen Protests, in dem angeblich «gewalttätige Chaoten» «friedfertigen Gewerkschaftern» gegenüberstehen, in den Medien durchzusetzen. Die regierungsseitig verfolgte Eskalations-

strategie ist maßgeblich für die rückläufigen Teilnehmerzahlen verantwortlich.

Dennoch ist es ihr zu keinem Zeitpunkt gelungen, die Bevölkerung zu einem Umschwenken zu bewegen: Die Ablehnung des geplanten Arbeitsgesetzes ist nach wie vor massiv. Ferner bleibt auch das sozialdemokratische Regierungslager selbst bei dem Thema gespalten. Es gilt als nicht unwahrscheinlich, dass die Regierung bei der entscheidenden dritten Lesung des Gesetzentwurfs in der französischen Nationalversammlung in der ersten Julihälfte 2016 erneut den Verfassungsartikel 49-3 einsetzt, um eine langwierige Sachdebatte zu verhindern, also die Rechte des Parlaments aushebelt und die Vertrauensfrage stellt. Der politische Preis, den die Sozialdemokratie dafür bezahlen wird, ist hoch. Ende Mai 2016 gaben laut Umfragen nur 14 Prozent der französischen Bevölkerung an, mit der Politik von Präsident François Hollande zufrieden zu sein. Noch nie war die Zustimmung zu einem französischen Präsidenten so gering. Vorläufig wird es allerdings in erster Linie die politische Rechte sein, die von der tiefen Krise der Sozialdemokratie in Frankreich profitieren wird, nicht zuletzt bei den anstehenden Präsidentschaftswahlen im Frühjahr 2017.

Bernhard Schmid (Dr. jur.) lebt seit 1992 teilweise und seit 1995 vollständig in Paris. Er ist Jurist und arbeitet insbesondere zum Arbeitsrecht. Die aktuelle Protestbewegung verfolgt er aus nächster Nähe: Er nahm nicht nur an fast allen gewerkschaftlichen Aktionstagen zwischen März und Juni 2016 teil, sondern auch an einer Mehrzahl der Versammlungen der Platzbesetzerbewegung auf der Pariser Place de la République.

¹ Vgl. «Face à la stratégie de la tension», in: *Mediapart*, 17.5.2016. *Mediapart* ist eine der größeren französischen Onlinezeitungen. ² Vgl. Piper, Nikolaus: Politische Streiks gehören verboten, in: *Süddeutsche Zeitung*, 11.6.2016. ³ Nach bisherigen Plänen der Bahndirektion sollten zunächst rund 20 Ruhetage im Jahr wegfallen, und statt 52 Doppelruhetagen (die auf ein Wochenende oder auch auf zwei Werktag fallen können) sollten nur noch 30 zusammenhängende Doppelruhetage im Jahr gewährt werden. Dieses Vorhaben ist infolge des Streiks vom Tisch, und eine Vereinbarung mit einem Teil der Gewerkschaften vom 6. Juni 2016 behält die bisherige Arbeitszeitregelung bei. Allerdings enthält das Abkommen in seinem Artikel 49 auch eine Öffnungsklausel, die die Aushandlung abweichender (schlechterer) Regeln in einzelnen Unternehmen der Transportbranche für die Zukunft erlaubt. Das ist heute belanglos, da die Bahngesellschaft SNCF nahezu konkurrenzlos ist, doch da bis 2023 eine Öffnung des Sektors für private Konkurrenten erfolgen soll, könnte die Ausnahmebestimmung dann greifen. Aus diesem Grunde unterzeichneten die beiden Gewerkschaften CGT und SUD das Abkommen mit der Bahndirektion nicht. Dennoch muss der Streikerfolg für die Bahnbeschäftigten nach derzeitigem Stand als weitgehender Erfolg gelten (auch wenn er in der Zukunft durch den Einzug der Konkurrenz wieder bedroht werden könnte).

EVELYN HEVIA / JAN STEHLE

COLONIA DIGNIDAD: SCHLEPPENDE AUFARBEITUNG

IN CHILE STEHT DIE MENSCHENRECHTSPOLITIK DER BRD AUF DEM PRÜFSTAND

Der Fall Colonia Dignidad steht seit fünf Jahrzehnten auf der bilateralen Tagesordnung Chiles und der BRD. Von 1961 bis 2005 wurden in dieser Sekte die Menschenrechte von ChilenInnen und Deutschen schwer und systematisch verletzt. Durch Nachlässigkeit und unzulängliches Handeln der Justiz und der Regierungen machte sich auch der deutsche Staat mitverantwortlich für das lange Bestehen des kriminellen Systems Colonia Dignidad. Während der Diktatur in Chile von 1973 bis 1990 ordnete die Bundesrepublik Menschenrechte der Geopolitik des Kalten Krieges unter. Hinweisen auf die Komplizenschaft zwischen der Colonia Dignidad und der Diktatur bei Menschenrechtsverbrechen wurde nicht nachgegangen.

Am 26. April 2016 äußerte sich Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier selbstkritisch: «Im Spannungsfeld zwischen dem Interesse an guten Beziehungen zum Gastland und dem Interesse an der Wahrung von Menschenrechten ging Amt und Botschaft offenbar die Orientierung verloren.»¹ Die Frage ist nun, ob diesen Worten Maßnahmen zugunsten der Opfer folgen. Beim Besuch des Bundespräsidenten Joachim Gauck in Chile (11.–14. Juli 2016) erwarten die Betroffenen und die Angehörigen der Ermordeten diesbezüglich konkrete Ankündigungen.

DIE KRIMINELLE SEKTE DES PAUL SCHÄFER

Die Colonia Dignidad war eine Privatunternehmung ihres Führers Paul Schäfer, der in den Nachkriegsjahren in verschiedenen evangelischen Jugendeinrichtungen der Bundesrepublik arbeitete und wiederholt wegen sexuellen Missbrauchs Minderjähriger entlassen wurde. Mitte der 1950er Jahre baute Schäfer seine eigene religiöse Gemeinde auf, die sich aus Abspaltungen verschiedener Freikirchen zusammensetzte. In Siegburg gründete er die Private Sociale Mission.

Als 1961 die Staatsanwaltschaft Bonn gegen Schäfer wegen sexuellen Missbrauchs Minderjähriger ermittelte, floh dieser vor einem Haftbefehl nach Chile. Innerhalb von zwei Jahren folgten ihm 300 AnhängerInnen. Es handelte sich um eine Kindesentführung in riesigem Maßstab, denn Schäfer täuschte eine kurze Reise vor und ließ die Eltern Vollmachten unterschreiben.

In Chile zeigten Schäfer und seine Leute Empfehlungsbriefe des deutschen Familienministeriums und des chilenischen Botschafters in Bonn vor. Sie gründeten die Sociedad Benefactora y Educacional Dignidad (Wohltätige Erziehungsgesellschaft Würde), die benachteiligten Kindern und Jugendlichen helfen sollte, und kauften ein Grundstück im Vorandenland von Parral, aus dem sie ein halbautarkes «Mustergut» mit Krankenhaus und Schule machten. Doch hinter dieser Fassade verbargen sich viele Verbrechen.

Abgeschirmt von der chilenischen Gesellschaft, perfektionierte Schäfer mithilfe einiger Gefolgsleute seine Mikrogesellschaft, in der eiserne Disziplin herrschte. Körper und Seelen der Mitglieder unterlagen absoluter Kontrolle, alle Bereiche des Lebens wurden kolonisiert. Männer, Frauen und Kinder wurden voneinander getrennt. Das Sexualverbot wurde zum Herrschaftsmittel. Jungen und Mädchen wurden brutal mit Elektroschocks, Spritzen und Schlägen behandelt, um ihnen «den Teufel auszutreiben». Viele konnten später keine Kinder bekommen und sind für ihr Leben gezeichnet.

Schäfer missbrauchte praktisch alle Jungen der Siedlung. Mit seiner Führungsmannschaft schuf er ein ausgeklügeltes Überwachungssystem und förderte das Misstrauen unter seinen AnhängerInnen. Tägliche Beichte war Pflicht. Disziplinlosigkeit wurde mit Schlägen, Einsperren, Elektroschocks, zwangsweise verabreichten Psychopharmaka und langen Aufenthalten im Krankenhaus der Siedlung bestraft.

Schäfer predigte: «Arbeit ist Gottesdienst.» Alt und Jung mussten von Sonnenaufgang bis -untergang unbezahlte Sklavenarbeit leisten. Schäfer ließ einen Zaun um die Siedlung bauen und machte sie zum Staat im Staat, in den niemand eindringen und aus dem niemand fliehen sollte. Überwachungskameras, Mikrofone, Bewegungsmelder, elektrische Sensoren und abgerichtete Hunde kamen hinzu. Dennoch versuchten SiedlerInnen zu fliehen, und die, denen es gelang,

mussten sich ohne Geld, Papiere und Sprachkenntnisse zur deutschen Botschaft in Santiago durchschlagen.

Wenn Geflohene nach drei Tagen Flucht erschöpft in der Botschaft ankamen, erwarteten sie dort Schäfers Gefolgsleute, um sie zur Rückkehr zu bewegen. Die Kontakte zur deutschen Botschaft hielt die Colonia Dignidad von ihrer Niederlassung in Santiago aus. Einmal wöchentlich verkaufte sie Schwarzbrot, Wurst und Schinken an BotschaftsmitarbeiterInnen. AnhängerInnen Schäfers kamen regelmäßig in die Botschaft, um pauschal und in Abwesenheit der Betroffenen Passangelegenheiten zu regeln und Lebendbescheinigungen für die Rentenkassen abzugeben – eine klare Verletzung des Konsulargesetzes. Dem Botschaftspersonal zeigten sie Bescheinigungen des Siedlungskrankenhauses, die beweisen sollten, dass die Flüchtlinge unzurechnungsfähig waren. Zurück in der Siedlung mussten die Geflohenen eine Erklärung an die Botschaft unterschreiben, in der sie sich als «geistig verwirrt» bezeichneten. Dann kam die Strafe.

1966 gelang Wolfgang Müller (heute: Wolfgang Kneese) die Flucht. Seine Berichte gingen um die Welt. Die Colonia Dignidad konterte mit juristischen Schritten. Das war Teil ihrer Lobbyarbeit, die aus Geschenken und Einladungen an einflussreiche Persönlichkeiten wie RichterInnen, ZollbeamtInnen, DiplomatinInnen und PolitikerInnen bestand.

Der Wahlsieg Salvador Allendes 1970 löste in der Colonia Dignidad Panik aus. Sie fürchtete Landbesetzungen und Enteignung. Die antikommunistische Sekte kaufte Gewehre und bildete eine Heimwehr. Sie baute auch selbst Waffen und arbeitete mit der rechtsextremen Gruppe Patria y Libertad (Vaterland und Freiheit), GroßgrundbesitzerInnen und zukünftigen Putschisten zusammen.

Nach dem Putsch gegen Salvador Allende am 11. September 1973 wurde die Colonia Dignidad zu einem wichtigen Teil des Repressionsapparats. 1977 wurde die Zusammenarbeit der Siedlung vor allem mit Pinochets Geheimdienst Dirección de Inteligencia Nacional (DINA) bekannt. Diese Repressionsallianz vergrößerte die Macht der Colonia Dignidad sprunghaft und garantierte ihr Straffreiheit, die über das Ende der Diktatur hinaus bis zur Verhaftung Schäfers 2005 in Argentinien bestand.

Vom Putschtag an beteiligten sich die KolonistInnen an Verhaftungen in der Region und sogar in Santiago. Viele der Verhafteten wurden in der Siedlung verhört und gefoltert und zahlreiche wurden dort ermordet. Die Colonia Dignidad kommunizierte über ihre moderne Radioanlage mit den wichtigsten Niederlassungen der DINA. Sie hielt auf ihrem Gelände Kurse zu Geheimdiensttechniken und Explosivstoffen ab. Sie versorgte die DINA mit Waffen und Informationen und ließ sie auf ihrem Gelände politische Gefangene foltern. Regelmäßig wurden aus anderen Geheimgefängnissen Häftlinge in die Colonia Dignidad gebracht, damit «die Deutschen Informationen aus ihnen herausholten». DINA-Agenten lebten über lange Perioden dort.

Bei Menschenrechtsprozessen wurden in der Colonia Dignidad Massengräber politischer Gefangener und Teile von Autos gefunden, die verschwundenen Gefangenen (*desaparecidos*) gehört hatten. SiedlerInnen sagten aus, dass sie Massengräber ausheben mussten und danach Salven gehört hatten. Später ordnete Schäfer an, die Leichen auszugraben und zu verbrennen, um Spuren zu verwischen.

Bei einem offiziellen Besuch Augusto Pinochets im August 1974 zeigte ihm die SiedlerInnen ihre selbst hergestellten Waffen. Vieles weist darauf hin, dass die Colonia Dignidad

der Diktatur bei Waffenkäufen half, wobei der Waffenhändler Gerhard Mertins, der auch für den Bundesnachrichtendienst (BND) arbeitete, eine wichtige Rolle spielte. Es gibt auch Hinweise auf eine Beteiligung der Colonia Dignidad am Projekt «Andrea», bei dem bakteriologische und chemische Waffen (wie Sarin) hergestellt und für Morde an politischen Gegnern eingesetzt wurden. Die an dem Projekt beteiligten Agenten Michael Townley und Eugenio Berrios hatten sich nachweislich in der Colonia Dignidad aufgehalten.

BRD, COLONIA DIGNIDAD UND DIKTATUR

Während der Pinochet-Diktatur war Hans-Dietrich Genscher (FDP) Außenminister. Der Putsch war für die vorherrschenden Strömungen in den deutschen Regierungsparteien eine Erleichterung, denn er brachte trotz einiger «Exzesse» das Land ins westliche Lager zurück. Rechte Kreise, vor allem in der CSU, sympathisierten offen mit Pinochet. Franz Josef Strauß besuchte Chile 1977.

Schon kurz nach dem Putsch munkelte man in der Region und in Widerstandskreisen von einem Folterlager in der Colonia Dignidad. Im März 1974 berichtete der Sozialistenführer Carlos Lorca bei einem geheimen Treffen dem damaligen deutschen Botschafter Kurt Lüdde-Neurath von seiner Besorgnis darüber, dass die DINA Gefangene in die Colonia Dignidad bringe, um sie dort zu verhören. Überlebende Häftlinge berichteten im Exil von einem Folterlager in der Colonia Dignidad. Die Vereinten Nationen veröffentlichten diese Informationen 1976, und Amnesty International zusammen mit dem *Stern* 1977. Daraufhin dementierte der deutsche Botschafter Erich Strätling diese Berichte und solidarisierte sich öffentlich mit der Colonia Dignidad. Kurze Zeit später wiederum schickte der Presseattaché der Botschaft einen Bericht an die Bonner Zentrale, in dem er Einzelheiten erwähnte, die eine Zusammenarbeit zwischen der Colonia Dignidad und der DINA nahelegten.

Die Colonia Dignidad blieb ihrer juristischen Angriffsstrategie treu und verklagte Amnesty International und den *Stern* vor dem Amtsgericht Bonn auf Verleumdung. Wegen des schwebenden Verfahrens durften die Beklagten ihre Behauptung nicht mehr aufstellen, und dieses skandalöse Verbot galt bis zum Prozessende 1997.

Heute ist die Nähe Strätlings zur Colonia Dignidad bekannt. Die Dokumente im Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes belegen, dass er mit seiner Haltung nicht allein war. Der Auswärtige Dienst war mehrheitlich skeptisch gegenüber Enthüllungen über die Colonia Dignidad, die den DiplomatinInnen als «von links kommend» galten.

Die Bundesregierung hat jahrelang extreme Zurückhaltung geübt und damit die Straffreiheit Schäfers und seiner MittäterInnen gesichert. Sie argumentierte, es sei ein Streit zwischen zwei privaten Parteien (Amnesty International und Colonia Dignidad), der vor einem Bonner Gericht geführt werde. Bevor es kein Urteil gebe, werde die Regierung sich nicht äußern.

Die deutsche Botschaft ging erst Ende der 1980er Jahre auf Distanz zur Colonia Dignidad, nachdem zwei Ehepaare von dort geflohen waren und berichtet hatten. Nun bemühte sie sich um Aufklärung der Verbrechen unter zwei Prämissen: erstens, keine eigenen Initiativen wie etwa juristische Klagen zu ergreifen, sondern die chilenischen Behörden zu Ermittlungen zu veranlassen und zweitens, nur ihre Sorge um deutsche BürgerInnen zum Ausdruck zu bringen, ohne dabei den Bezug zwischen der Colonia Dignidad und dem Repressionsapparat der Diktatur zu erwähnen.

KONTINUITÄT UND SCHWEIGEN

Die Colonia Dignidad war auf die Wende zur Demokratie 1990 gut vorbereitet: Sie hatte ihre gesamten Besitztümer an geschlossene Aktiengesellschaften transferiert. Das Regierungsdekret, durch das sie als juristische Person erlosch, blieb ohne praktische Folgen. Mithilfe rechter Abgeordneter gelang es der Colonia Dignidad zu verhindern, dass die kriminellen Strukturen der Enklave aufgelöst wurden.

Obwohl der Bericht der Comisión de Verdad y Reconciliación (Wahrheits- und Versöhnungskommission) von 1990 die Colonia Dignidad als Folterort erwähnt, wurden bis zur Verhaftung ihres Anführers 2005 die dort verübten Menschenrechtsverbrechen nicht gründlich untersucht. Dennoch sah sich Schäfer 1997 gezwungen, die Siedlung zu verlassen und mit einer Gruppe von Leibwächtern in Argentinien unterzutauchen. Der Fahndungsdruck hatte zugenommen, nachdem chilenische Eltern Anzeige wegen des Missbrauchs ihrer Kinder gestellt hatten. Wegen der dann einsetzenden Ermittlungen und der Hartnäckigkeit des Opferanwalts Hernán Fernández mussten 2013 einige Führungsmitglieder der Colonia Dignidad Haftstrafen antreten. Unter Leitung von Hartmut Hopp und Hans-Jürgen Riesland aber ging das Sektenleben in der Enklave weiter, in der die chilenischen Gesetze nicht galten und die staatlichen Institutionen nicht handelten.

Erst 15 Jahre nach Ende der Diktatur begann eine «verspätete Transition» der Sektensiedlung,² ein zögerlicher Öffnungsprozess und eine vorsichtige Annäherung ihrer BewohnerInnen an die chilenische Gesellschaft. Langsam und «im Rahmen des Möglichen» begann die juristische Aufarbeitung der Verbrechen.

In zehnjährigen Ermittlungen und dank einiger Urteile sind die in der Siedlung begangenen Verbrechen in ihren Grundzügen bekannt: Die zusammen mit der DINA verübten Entführungen, Folterungen und Morde an politischen Gefangenen, Produktion von Waffen, Waffenhandel, Folter und Misshandlungen an KoloniewohnerInnen. Das, was bekannt wurde, ist aber nur die Spitze des Eisbergs. Trotz vieler Aussagen und Hinweise konnte die chilenische Justiz noch in keinem Fall die Identität derjenigen herausfinden, die in der Colonia Dignidad verschwanden. Und ebenso wenig die der TäterInnen. Außer dem 2010 in Haft verstorbenen Schäfer wurde niemand von seinen MittäterInnen wegen solcher Verbrechen rechtskräftig zu einer Haftstrafe verurteilt.

Die Untersuchungen der deutschen Justiz waren noch unbefriedigender. Alle Ermittlungen der Staatsanwaltschaft Bonn zwischen 1985 und 2010 wurden ohne Anklageerhebung eingestellt. Die nach der Flucht Hartmut Hopps 2011 nach Deutschland begonnenen Ermittlungen brachten keine Ergebnisse. Ohne diese Unterlassungen der deutschen Justiz und die dementsprechend ausgebliebenen Haftbefehle hätten viele Verbrechen und die Justizflucht einiger mutmaßlicher und auch bereits verurteilter TäterInnen nach Deutschland verhindert werden können.

Im Mai 2002 verabschiedete der Deutsche Bundestag die Resolution «Hilfe für die Opfer der Colonia Dignidad»,³ die eine Reihe von Maßnahmen fordert, die aber nie in die Praxis umgesetzt wurden. Stattdessen verfolgte die deutsche Diplomatie nach Schäfers Verhaftung und Ausweisung nach Chile eine klare Linie: Statt den SiedlerInnen, die Opfer waren, Anreize zu geben, sich in «der Welt draußen» eine unabhängige Existenz aufzubauen, lag der Schwerpunkt darauf, die Villa Baviera (wie die Siedlung heute heißt) weiter zu erhalten. Ein psychotherapeutisches, pädagogisches und

seelsorgerisches Hilfsprogramm lief an, und von 2008 bis 2013 gab die Bundesregierung über die Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) etwa eine Million Euro für wirtschaftliche Hilfe mit dem Ziel der «Integration der Villa Baviera in die chilenische Gesellschaft» aus. Dieses Hilfsprogramm ignorierte die kriminelle Vergangenheit des Ortes; es unterschied nicht zwischen TäterInnen und Opfern und es klammerte die vielen SiedlerInnen aus, die die Siedlung verlassen hatten. Statt die illegale Herkunft der Besitztümer aufzuklären, wurden die von Schäfer geschaffenen Aktiengesellschaften nicht infrage gestellt, obwohl sie auf Sklavenarbeit, Waffenhandel und anderen Verbrechen basierten. Die BRD erkannte die neue Führung an, und damit unterstützte sie eine Gruppe, die mehrheitlich aus Kindern der alten Führung bestand, von der einige noch in der Siedlung wohnten und Einfluss ausübten. Deutschland sorgte nicht für Aufklärung, sondern unterstützte eine Struktur, die auf Kontinuität, einen Schweigepakt der TäterInnen und die Leugnung der an diesem Ort begangenen Verbrechen setzte.

Das Weiterbestehen der Siedlung und deren Tourismusgeschäft forderte Proteste von Angehörigen der Verschwundenen der Region heraus, die forderten, dort eine Gedenkstätte zu errichten. Die Colonia Dignidad ist eines der Zentren von Menschenrechtsverbrechen in Chile, das bis heute nicht als solches gekennzeichnet ist.

Das deutsche Hilfsprogramm endete 2013 mit einem öffentlichen Seminar im Museo de la Memoria y los Derechos Humanos (Museum für Erinnerung und Menschenrechte) in Santiago, bei dem zum ersten Mal offiziell das Fehlen von Wahrheit und Gerechtigkeit thematisiert und Gedenken eingefordert wurde. Dies war ein Richtungswechsel der deutschen Politik. Das Seminar wurde gemeinsam vom Museo de la Memoria y los Derechos Humanos, der Gedenkstätte Haus der Wannseekonferenz (Berlin) und der Asociación por la Memoria y los Derechos Humanos Colonia Dignidad (Vereinigung für Erinnerung und Menschenrechte Colonia Dignidad) organisiert.

2016: EIN SEMINAR, EIN FILM UND EINE MINISTERIELLE ANKÜNDIGUNG

Auf das Seminar in Santiago folgte ein weiteres mit denselben Akteuren im Haus der Wannseekonferenz im Februar 2016.⁴ Die Konstellation der TeilnehmerInnen war ein Novum: Neben Angehörigen der Verschwundenen und chilenischen Überlebenden reisten drei heutige BewohnerInnen der Siedlung und einige VertreterInnen der chilenischen Regierung an. An einer Vorführung von Florian Gallenbergers Film «Colonia Dignidad» nahmen VertreterInnen des Auswärtigen Amtes teil. Dieser Film, der zeitgleich in den deutschen Kinos anlief, lenkte die öffentliche Aufmerksamkeit einmal mehr auf das Thema Colonia Dignidad und war Anlass, auf die prekäre Situation der Opfer hinzuweisen. Die letzte Szene, die von der Komplizenschaft der deutschen Botschaft mit Paul Schäfer handelt, führte zu weitreichenden Diskussionen über die Rolle der deutschen Diplomatie bezüglich der Colonia Dignidad.

Zwei Monate später lud Außenminister Frank-Walter Steinmeier zu einer Veranstaltung im Auswärtigen Amt zum Thema Colonia Dignidad ein. TeilnehmerInnen waren der Regisseur des Films Florian Gallenberger, der erste Flüchtling der Colonia Dignidad Wolfgang Kneese, der Menschenrechtler und Buchautor Dieter Maier,⁵ Anna Schnellenkamp (Bewohnerin der Villa Baviera und dort für den Tourismus zuständig) sowie

der Pressesprecher des Auswärtigen Amts Martin Schäfer. Steinmeier äußerte sich in seiner Rede⁶ kritisch zur Rolle der deutschen Diplomatie gegenüber der Colonia Dignidad und sagte: «Über viele Jahre hinweg haben deutsche Diplomaten bestenfalls weggeschaut – jedenfalls eindeutig zu wenig für den Schutz ihrer Landsleute in dieser Kolonie getan.»

Steinmeier erkannte an, dass «die Wahrung der Menschenrechte auf anderen Kontinenten nicht zentraler Gegenstand in der Außenpolitik der Europäer» war, sagte aber auch: «Das Auswärtige Amt ist nicht daran schuld, dass es in Chile einen Militärputsch und 17 Jahre Militärdiktatur gab. Es trägt auch keine Verantwortung für das Unwesen, das Paul Schäfer und seine Spießgesellen trieben, teilweise in Verbindung mit den Militärs und Diktatoren.»

Diese Worte lassen befürchten, dass die BRD an ihrer alten Linie festhält, die Unteilbarkeit der Menschenrechte zu leugnen. Wenn sie sich weiterhin nur für die Opfer interessiert, die deutsche StaatsbürgerInnen sind, und Chile die Hauptverantwortung zuweist, wird die lähmende Situation wechselseitiger Zuweisung von Schuld und Verantwortung andauern, die letztlich zur Straffreiheit führt.

Stattdessen müssten Hilfsmaßnahmen für alle Opfer bilateral mit den chilenischen Behörden koordiniert werden, wobei die Menschenrechte und nicht die Nationalität Hauptkriterium sein müssten. Nur so würde aus der Anerkennung der Fehler der deutschen Diplomatie ein «Nie wieder!» werden, das bei den Opfern und der Gesellschaft ankommt.

Es wird von konkreten Maßnahmen abhängen, ob Steinmeiers Rede als rein moralische Selbstkritik in die Geschichte eingehen wird oder einen Wendepunkt hin zu einer kohärenteren Menschenrechtspolitik darstellt. Ohne Zweifel bedarf es für eine solche Kohärenz einer ebenso entschiedenen Beteiligung des chilenischen Staates. Steinmeier hatte Aktenöffnung (d. h. die Verminderung der Sperrfrist von 30 auf 20 Jahre) und die Einbeziehung des Themas Colonia Dignidad in die Diplomatenausbildung angekündigt. Beides wurde umgesetzt.

Dies sind Schritte in die richtige Richtung, sie lösen aber nicht die dringendsten Probleme der verschiedenen Opfergruppen. Die Opfer der Unterdrückung innerhalb der Sektengemeinschaft fordern vor allem soziale und medizinische Absicherung, um die Jahrzehnte der Sklavenarbeit und Misshandlung zu kompensieren. Die chilenischen Opfer von Menschenrechtsverbrechen in der Colonia Dignidad fordern Wahrheit, Gerechtigkeit und Erinnerung; sie wollen wissen, wer diejenigen sind, die in der Colonia Dignidad verschwanden, wer die Täter waren, und fordern, dass Letztere bestraft werden. Sie verlangen die Einrichtung eines Gedenkortes, an dem die Verbrechen sichtbar gemacht werden und an dem sie trauern können. Die heute erwachsenen ChilenInnen, die Schäfer als Kinder missbraucht hatte, warten noch immer auf die Entschädigung, die ihnen der chilenische Oberste Gerichtshof 2013 zugesprochen hat und die ihnen die gegenwärtige Leitung der Siedlung verweigert.

Verschiedene AkteurInnen schlagen eine bilaterale Expertenkommission vor, die die Bedürfnisse und Forderungen der verschiedenen Opfergruppen bündelt. Im Fall der SiedlerInnen müsste eine solche Kommission die schwierige Unterscheidung zwischen TäterInnen und Opfern treffen, was die Justiz bisher nur ansatzweise geleistet hat. Die Kommission müsste sich in einem zwischenstaatlichen Raum bewegen, denn mehr als die Hälfte der SiedlerInnen lebt in Deutschland, meist von Sozialhilfe. Unter ihnen gibt es mut-

maßliche und verurteilte Kriminelle, die Straffreiheit genießen, wie Hartmut Hopp. Andere haben die Colonia verlassen und leben in Chile, unter ihnen viele zwangsadoptierte ChileInnen, die heute erwachsen sind. In der Hierarchie der Opfergruppen stehen sie ganz unten.

Für die Opfer der Unterdrückung innerhalb der Sektengemeinschaft geht es um soziale Absicherung wegen jahrelang nicht geleisteter Einzahlungen in die Renten- und Krankenversicherung. Es wäre zu klären, wie die heutigen Besitztümer der Villa Baviera in einen Hilfsfonds eingehen könnten und ob es Hinweise auf illegale Konten im Ausland gibt.

Zur Aufarbeitung der Geschichte müssten beide Staaten dringend sämtliche Archive öffnen und Recherchen finanzieren. In Deutschland betrifft dies Bestände des BND und des Bundeskanzleramts, in Chile vor allem das in der Colonia Dignidad gefundene und beschlagnahmte Karteikartenarchiv und das Zusatzmaterial, das von der obersten Polizeibehörde unter Verschluss gehalten wird.

Das wichtigste Anliegen der Angehörigen der Verschwundenen ist es, dass die Justiz beider Länder aufklärt und Recht spricht. Von beiden Exekutiven ist die Einrichtung einer Gedenkstätte auf dem Siedlungsgelände zu fordern. Auch der Ankauf der Häuser der Colonia Dignidad in Parral und Santiago und die Einrichtung von Museen, Lehr- und Dokumentationszentren wären wichtige Signale seitens des deutschen Staates zur Aufarbeitung der Vergangenheit. Bundespräsident Joachim Gauck hat bei seinem kommenden Besuch nun die Chance, diesen Prozess voranzubringen.

Evelyn Hevia, Psychologin und Historikerin, forscht und lehrt am Fachbereich Psychologie der Universidad Alberto Hurtado in Santiago de Chile und beschäftigt sich mit Erinnerungs- und Menschenrechtsarbeit in Chile.

Jan Stehle arbeitet am Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika (FDCL) in Berlin. Der Politikwissenschaftler promoviert an der Freien Universität Berlin zum Thema: «Deutsche Außenpolitik und Menschenrechte: Der Fall Colonia Dignidad».

Webseite des Regionalbüros der Rosa-Luxemburg-Stiftung in São Paulo: www.rosaluxspba.org

1 Steinmeier, Frank-Walter, Rede anlässlich der Veranstaltung «Colonia Dignidad» am 26.4.2016, unter: www.auswaertiges-amt.de/DE/Infoservice/Presse/Reden/2016/160426_Colonia_Dignidad.html. 2 Hevia, Evelyn/Stehle, Jan (Hrsg.): Colonia Dignidad: Diálogos sobre verdad, justicia y memoria, Santiago de Chile 2015, S. 15. 3 Bundestag, Drucksache 14/7444, 13.11.2001, unter: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/14/074/1407444.pdf>. 4 Haus der Wannseekonferenz, Newsletter Nr. 55, Berlin Juni 2016, unter: www.ghwk.de/fileadmin/user_upload/pdf-wannsee/newsletter/newsletter55.pdf, S. 16 ff. 5 Maier, Dieter: Colonia Dignidad. Auf den Spuren eines deutschen Verbrechens in Chile, Stuttgart 2016. 6 Siehe Endnote 1.

CHRISTA SCHAFFMANN

SÜDAFRIKA ZWISCHEN ZAGEN UND ZORN

VOR DEN KOMMUNALWAHLEN SPITZT SICH DIE POLITISCHE SITUATION ZU

Viele Menschen in Südafrika hoffen, dass vor den Kommunalwahlen im August 2016 ein Ruck durch Parlament und Regierung gehen wird, der längst fällige Klärungs- und Trennungsprozesse in Gang setzt. Bisher ist jedoch nichts dergleichen geschehen. Staatspräsident Zuma klebt an seinem Amt, zugleich mehren sich Rücktrittsforderungen gegen ihn. Denis Goldberg¹ und Breyten Breytenbach,² zwei bekannte Anti-Apartheid-Aktivistinnen, haben bei Veranstaltungen in Berlin und in Gesprächen mit der Autorin die politische Lage in ihrem Heimatland analysiert.

ABSCHWUNG UND KRISE – PREISE UND SCHULDEN STEIGEN

Kürzlich, Anfang Juni 2016, entging Südafrika einer Herabstufung seiner Kreditwürdigkeit auf Ramschniveau nur knapp. Die Ratingagentur Standard & Poor's erklärte, sie halte zwar an ihrer bisherigen Einschätzung fest, bescheinige dem Land aber eine negative Prognose. Nach Einschätzung des Internationalen Währungsfonds (IWF) wird Südafrikas Wirtschaft in diesem Jahr nur um 0,5 Prozent wachsen. Gleichzeitig steigt die Schuldenlast, worauf bereits der von den Organisationen Misereor und erlassjahr.de publizierte Schuldenreport 2016 faktenreich aufmerksam machte.³ Seit 2008 hat sich die Staatsverschuldung auf 46 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) erhöht. Südafrikas Volkswirtschaft liegt, gemessen am BIP, im afrikanischen Vergleich inzwischen hinter Nigeria und Ägypten. Das hat viele Gründe. Vor allem stagniert die Diversifizierung der Wirtschaft, und die inländische verarbeitende Industrie wächst kaum, weil viele südafrikanische Unternehmen Arbeitsplätze in die Nachbarländer verlagert haben. Umso mehr leidet Südafrika unter der weltweit gesunkenen Nachfrage nach Rohstoffen, die die Preise für Eisenerz und Platin in den Keller getrieben hat. Zu schaffen macht dem Land zurzeit auch eine schwere Dürre, die nicht nur die Landwirtschaft betrifft, sondern bereits zu Engpässen bei der Wasserversorgung ganzer Städte führte. Die Lebenshaltungskosten sind gestiegen, das Grundnahrungsmittel Maismehl ist zum Beispiel doppelt so teuer wie im Vorjahr – und das in einer Situation, in der die Arbeitslosigkeit nach offiziellen Angaben mit 26,1 Prozent Rekordniveau erreicht hat. Abgesehen von einigen lokalen Protestaktionen hat die Regierung es bisher geschafft, die Bevölkerung mit sozialstaatlichen Maßnahmen relativ ruhig zu halten. Aber jetzt geht ihr das Geld aus.

POLITISCHE TURBULENZEN

Gleich zwei südafrikanische Finanzminister mussten in den vergangenen sieben Monaten ihre Ämter niederlegen. Im Dezember 2015 entließ Präsident Zuma den wegen seiner Kompetenz geschätzten Nhlanhla Nene, nachdem dieser mit dem Management der staatlichen Fluggesellschaft South African Airways aneinandergeraten war. Zuma ersetzte Nene daraufhin durch den Hinterbänkler David van Rooyen, unterschätzte dabei aber die Reaktion der Bevölkerung, vor allem aber die der Finanzmärkte: Wenn ein Präsident Einfluss auf das Finanzministerium nimmt und allem Anschein nach die Haushaltsdisziplin untergraben will, dann läuten an den Börsenplätzen die Alarmglocken. Vier Tage nach der Umbesetzung gab Zuma der Kritik nach und entließ van Rooyen. Unter Druck gesetzt durch die Führung seiner Partei, des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC), ernannte er seinen einstigen Kampfgefährten und jetzigen Kritiker Pravin Gordhan, der dieses Amt bereits von 2009 bis 2014 innehatte. Damit ist die Sache jedoch noch nicht zu Ende. Denn zurzeit wird gegen Gordhan wegen angeblicher Spionage ermittelt: In seiner Zeit als Chef der Steuerbehörde hatte er eine neue Abteilung zur Untersuchung illegaler Geschäfte und Steuerhinterziehung geschaffen. Das wirft man ihm heute vor und behauptet, zu solchen Nachforschungen sei nur der Geheimdienst befugt. Doch darum geht es nicht wirklich. Gordhan stellt sich nicht nur gegen das von Zuma forcierte Atomprogramm, sondern auch gegen die verbreitete Vetternwirtschaft und die Vergabe von Posten in Wirtschaft und Verwaltung an inkompetente Zuma-Anhänger aus Gefälligkeit. Aus Networking ist ein Krebsgeschwür geworden, das das Land auffrisst. Der Unmut wächst allerorten, was sich in Protesten, aber auch in einer von mehr als 500.000 Men-

schen unterzeichneten Online-Petition widerspiegelt, in der der Rücktritt des Präsidenten gefordert wird. Auf Kritik, auch von ehemaligen Kampfgefährten, reagiert Zuma nicht oder schlimmer noch: Er verdächtigt sie der Kollaboration mit feindlichen Mächten. Und die regierende Allianz aus ANC, Kommunistischer Partei Südafrikas (SACP) und der Gewerkschaftsföderation COSATU hält und hält und hält ...

KAMPFGENOSSEN UND IHR FÜHRER

Denis Goldberg, der häufig durch Europa reist, wo er an Schulen und Universitäten vor allem jungen Menschen zu erklären versucht, was in seinem Land geschah und geschieht, ist überzeugt, dass die, die «die Vergangenheit nicht kennen, die Gegenwart nicht verstehen können». Deshalb freut er sich immer, wenn seine Zuhörer an Geschichte interessiert sind und sich einige auch mit Marxismus und politischer Ökonomie befassen. Noch vor drei Jahren, als Jacob Zuma und andere Funktionäre längst wegen Korruption und Vetternwirtschaft ins Gerede gekommen waren, prangte an Goldbergs Haus ein Poster mit dem Bild des Staatspräsidenten. Damals verteidigte er Jacob Zuma, den Präsidenten und ANC-Vorsitzenden, noch – er habe eine schwierige Aufgabe zu lösen, bei der er bisweilen Fehler mache, für seine Verdienste aber achte er ihn. Selbst heute insistiert er: «Die eigenen Genossen zu kritisieren ist nicht leicht. Zuma war immer ein Held für mich.» Aber inzwischen ist auch für Goldberg das Maß voll. «Jetzt behindert er unseren Fortschritt, er absorbiert die Kraft und die Aufmerksamkeit vieler Menschen, die Besseres zu tun haben, er schadet dem Ansehen des ANC. Im Vorfeld der Wende in Südafrika hat er jedoch den Verhandlungsprozess, der den Wandel ermöglichte, sehr klug vorbereitet. Als in den frühen 1990er Jahren in der Provinz KwaZulu-Natal Tausende ANC-Mitglieder ermordet wurden, hat die Partei ihn geschickt, um zu verhandeln, und er hat es erfolgreich getan. Damals stand unendlich viel auf dem Spiel – das Land hätte zerbrechen und im Bürgerkrieg enden können. Aber das alles rechtfertigt nicht, jetzt zu schweigen. Ich tue es nicht und einige andere auch nicht. Eine richtige linke Kritik, wie man sie von der SACP, von den Gewerkschaften, aber noch mehr von ANC-Funktionären erwarten könnte, gibt es nicht. Ich habe ihn in einem Brief zum Rücktritt aufgefordert; er hat nicht einmal geantwortet.»

STOLZ UND FRUST

Auch wenn Goldberg den Präsidenten zum Rücktritt drängt, ärgert es ihn zugleich sehr, wenn die südafrikanischen und ausländischen Medien fast ausschließlich über Skandale schreiben, darüber, was im Lande nicht funktioniert, welche Ziele noch nicht erreicht sind. Er ist stolz auf viele neue Kliniken, zu denen die Bevölkerung Zugang hat, stolz darauf, dass die Kinder zur Schule gehen und viele es bis an die Universität schaffen. «Wir haben vier Millionen Häuser für schwarze Familien gebaut. Mandela hatte nur 750.000 versprochen und war bereits dafür bejubelt worden.»

Breyten Breytenbach, der preisgekrönte Schriftsteller und Maler, der seit 1961 viele Jahre im Ausland gelebt und von dort auf seine Heimat geschaut hat, sieht zwar durchaus auch Anlass zu einem gewissen Stolz, ist aber deutlich distanzierter. «Es gibt keine Folter – jedenfalls nicht offiziell, keine Diskriminierung – nicht offiziell. Wir haben in Südafrika jetzt eine von der Mehrheit legitimierte Regierung anstelle eines Regimes, das nur die Interessen der weißen Minderheit vertrat. Aber man kann das, was geschehen ist, nicht

als Revolution bezeichnen. Unter Ausschluss der Zivilgesellschaft schufen oppositionelle politische Formationen eine neue Verfassung, welche die politischen Machtstrukturen ihrem Wesen nach nicht veränderte und die Wirtschaft, auf die der Staat sich stützt, ganz bestimmt nicht radikal umgestaltete. Das Rechtssystem hat sich positiv entwickelt; immerhin kann heute das Verfassungsgericht ein Urteil gegen den Staatspräsidenten fällen.»

In der Tat hat im März 2016 das Verfassungsgericht befunden, dass Präsident Zuma die ihm laut Verfassung zustehenden Rechte missachtet hat und einen Teil der fast 15 Millionen Euro, die er aus der Staatskasse in sein privates Anwesen investiert hat, zurückzahlen muss. Das Urteil fiel einstimmig. Dass Zuma sich dennoch an der Macht halten kann, erklärt Breytenbach so: «Es ist eine alte Regel: Der Führer wird unter allen Umständen geschützt. Bis man ihn eines Tages vielleicht umbringt – symbolisch, wie geschehen bei Thabo Mbeki und in gewisser Weise auch bei Mandela, oder tatsächlich. Und bis dahin geht alle Macht von ihm aus. Das ist furchtbar und krank.»

Bei einer Veranstaltung in Berlin ist Breytenbach Ende Mai 2016 mit einem Text, den er im Jahr 1991 geschrieben hat, konfrontiert worden. Darin ist von unendlichen Varianten der Grausamkeit die Rede, die er in Südafrika kommen sehe. In der Veranstaltung wies er höflich den Verdacht prophetischer Fähigkeiten zurück. Im Interview erneut darauf angesprochen, wird er regelrecht wütend: «Diese Äußerung wird immer wieder aus dem textlichen und dem zeitlichen Kontext gerissen zitiert. Es war aber die Zeit, in der zwischen Inkatha [Freedom Party], ANC und der mit ihm verbündeten Vereinten Demokratischen Front [UDF] verlustreiche Kämpfe ausgetragen wurden. Ich fürchtete damals einen schrecklichen Bürgerkrieg, von dem wir auch tatsächlich nicht weit entfernt waren. Jetzt wird es so dargestellt, als hätte ich damals Entwicklungen im heutigen Südafrika vorausgesehen. Das trifft nicht zu. Und es ist umso ärgerlicher, als meine damalige Äußerung oft von Menschen falsch eingeordnet wird, die damals wie heute ein tiefes Misstrauen gegen die schwarze Bevölkerung hegen und behaupten: «Die Schwarzen können es einfach nicht!» Das ist Bullshit, und ich lasse mich nicht dazu missbrauchen, diesen Leuten jetzt eine Bestätigung ihrer zum Teil rassistischen Ansichten zu liefern.»

Breytenbachs Hauptkritikpunkt an der Politik des ANC, zu dessen Führung er eine ausgesprochen kritische Position einnimmt, ist die seines Erachtens gescheiterte Idee von der Regenbogennation, in der Menschen verschiedener Hautfarben, Religionen und Ethnien zum Wohle aller zusammenwirken. «Diese Idee wird nicht gelebt. Viele Weiße würden sich gern mehr einbringen; es wird ihnen aber nicht erlaubt. Man verhindert ihre Karriere im öffentlichen Dienst genauso wie bei der Polizei. Und die, die bereits als Polizisten arbeiten, haben keine Aufstiegschancen. Manche haben versucht, dagegen zu klagen – erfolglos. Das erzeugt Bitterkeit. Es gibt kaum eine weiße Familie, aus der nicht mindestens ein oder zwei Familienmitglieder ins Ausland gegangen sind, weil sie in Südafrika keine Zukunft mehr für sich sahen. Sie fühlen, dass sie in diesem Land nicht mehr willkommen sind.»

Das sieht Goldberg völlig anders. Unter den jugendlichen Schwarzen liege die Arbeitslosigkeit bei über 50 Prozent, unter den gleichaltrigen Weißen dagegen nur bei sechs Prozent. Weiße Bewerber bekämen in Unternehmen auch dann eine Chance, wenn sie sich mit schwachen schulischen Leistungen oder anderen ungünstigen Voraussetzungen be-

werben würden. Schwarzen rate man dagegen, sich doch Hilfe vom Staat zu holen, wenn sie nicht dem Anspruchsniveau der Wirtschaft entsprechen. Nicht zuletzt deshalb seien Black Economic Empowerment (BEE), das Programm zur beschleunigten Schaffung einer schwarzen Mittel- und Oberschicht, und Affirmative Action (AA), das politische Konzept, mit dem die Angestelltenstruktur im öffentlichen Sektor an die ethnische Zusammensetzung der Gesellschaft angeglichen werden soll, so wichtig.

Das klingt einleuchtend, ist aber nur ein Teil der Wahrheit. In 25 Jahren hat es Südafrika nicht vermocht, ein Bildungssystem aufzubauen, das jungen schwarzen Absolventen gute Chancen im Berufsleben bietet. Es hinkt bis heute hinter dem in Simbabwe her – und das, obwohl Simbabwe wirtschaftlich wesentlich schlechter dasteht als Südafrika. Die Fehler, die auf diesem Gebiet gemacht worden sind, lassen sich mit den Programmen BEE und AA nicht kompensieren. Im Gegenteil: Unterqualifizierte Staatsbedienstete, die einer politischen Absicht ihre Posten verdanken, machen vor, dass man es auch ohne eigenen Einsatz zu etwas bringen kann.

RANDALE STATT STUDIUM – WENN BILDER BRENNEN

Denis Goldberg lebt in seinem Haus nahe Kapstadt, umgeben von Bildern und Skulpturen. Sie sind Teil seines Lebens. Jetzt im Alter denkt er darüber nach, sie nicht an Kinder und Enkel zu vererben, sondern in eine Stiftung einzubringen und sie so dauerhaft der Öffentlichkeit zugänglich zu machen – zum Lernen und zur Erbauung. Bilderstürmerei wie jüngst an der Universität Kapstadt durch die angeblich für die Entkolonialisierung der Bildung kämpfende «Rhodes Must Fall»-Bewegung⁴ ist ihm fremd. Goldberg, der für bessere Bildungschancen von Schwarzen gekämpft hat, muss jetzt erleben, dass bei einem Teil von ihnen der Hunger nach Bildung viel geringer ist als die Lust auf Randalen: «Sie behaupten, sie könnten in Gegenwart einer Rhodes-Statue auf dem Universitätsgelände nicht studieren», berichtet er. Das sei absurd.

Er darf das so harsch sagen, hat er doch unter Gefängnisbedingungen drei Fernstudiengänge abgeschlossen und einen vierten in Rechtswissenschaften bis zu seiner Entlassung aus der Haft diszipliniert durchgezogen.

Auch Breytenbach ist angesichts der Vorgänge an der Universität in Kapstadt (und nicht nur dort) empört: «Wenn Kunst brennt, dann erinnert das an die Zerstörung von Kunstwerken in der Französischen Revolution, aber auch an die Zeit des Faschismus in Deutschland.» Nach der Bilderverbrennung entschloss sich die Leitung der Universität, Dutzende Bilder aus ihrem umfangreichen Kunstbesitz in Sicherheit zu bringen. Kommentiert wurde diese Entscheidung offiziell mit den Worten, die Universität befinde sich in einem beschleunigten Transformationsprozess. Das weist Breytenbach, dessen Bild «The hovering dog» (Der schwebende Hund), ebenfalls entfernt wurde, zurück: «Ich finde es schlimm, dass man den Vandalen nachgibt.»

AGRARPOLITIK – AUS BETRIEBSWIRTSCHAFTLICHER UND HISTORISCHER PERSPEKTIVE

Wenige Tage vor den Kommunalwahlen hat die südafrikanische Regierung ein neues Landgesetz auf den Weg gebracht, bei dem es vor allem darum geht, Land in die Hände der schwarzen Bevölkerungsmehrheit umzuverteilen. Inwiefern dieses Gesetz besser ist als das alte, wird im Moment von verschiedenen Seiten noch sehr vorsichtig beurteilt. Breyten-

bach argumentiert diesbezüglich in rein betriebswirtschaftlicher Manier, wobei er außer Acht lässt, dass die Landfrage in Südafrika vor allem auch ein Problem des Zugangs zu Eigentum an Siedlungsland ist: «Aus Simbabwe wissen wir sehr genau, wie die ökonomischen Folgen aussehen können, wenn eine Landreform nicht klug und behutsam durchgeführt wird. Die Frage ist doch: Wollen wir einen landwirtschaftlichen Sektor, der Nahrung mindestens für die eigene Bevölkerung produziert, wenn möglich auch darüber hinaus für den Export, oder wollen wir die Rückkehr zur Subsistenzwirtschaft durch viele kleine schwarze Farmer? Wollen wir womöglich die Verteilung von Land an Funktionäre des ANC, die die Farmen für Wochenendausflüge nutzen, aber nichts produzieren? Der ganze Prozess findet ohne Konsultationen mit denjenigen statt, die betroffen sind und von Landwirtschaft etwas verstehen. Es gibt unter weißen Farmern die Bereitschaft, Land abzugeben, es gibt die Bereitschaft, mit schwarzen Farmern zu kooperieren, ihnen zu helfen, eine effektive, wissenschaftlich basierte Landwirtschaft aufzubauen.»

Das sind sicherlich bedenkenswerte Überlegungen, die allerdings die Wirklichkeit in den ländlichen Gebieten Südafrikas nur bedingt widerspiegeln. Die Mehrzahl der weißen Farmer in Südafrika zieht es bis heute vor, sich in ihren Farmhäusern zu verbarrikadieren und gegebenenfalls bewaffnet gegen Schwarze und deren Unmut über die ungelöste Landfrage vorzugehen. Das räumt Breytenbach zwar ein, verweist aber darauf, dass zurzeit gerade unter den Farmern wieder die Zahl derer zunehme, die der Regierung eine vernünftige Lösung für alle nicht zutraue.

Denis Goldberg hingegen sieht auch hier vor allem das Positive, zum Beispiel dass es in der Kapprovinz beidseitiges Interesse und bescheidene Ansätze für eine Zusammenarbeit zwischen schwarzen und weißen Farmern gibt. «Die Farmervereinigung hat sich entschieden, den neuen Farmern Know-how bezüglich Bewässerung und Pflanzenzüchtung zur Verfügung zu stellen. Das macht auch für sie Sinn, weil der Boden durch diese teils wissenschaftliche, teils betriebswirtschaftliche Beratung nachhaltig geschützt wird.» Ihn ärgert es, wenn seit Jahrhunderten bekannte Hilfsmittel gegen Trockenheit – wie etwa Windräder zum Betreiben von Brunnen – heute verfallen. Statt sie zu reparieren, neue aufzustellen oder eventuell tiefer zu bohren, hätten Bauern nur nach Geld für teure Dieselmotoren, die sie für Symbole des Fortschritts hielten, gerufen. Vom Ausland gesehen entsteht mitunter sogar der Eindruck, dass die Apartheidregierung sogar ein besseres Verständnis für die Rolle des Staates in der Landwirtschaft hatte als der ANC. Immerhin gab es damals Verteilung von Saatgut in kritischen Phasen und man überließ die Erhaltung der Bewässerungssysteme nicht den Farmern allein. Doch Goldberg sieht das anders und gibt zu bedenken: «Die weißen Farmer waren die stärkste Stütze des Regimes. Deshalb wurden sie gefördert. Sie sind jetzt eher Gegner der Regierung, und ein schwarzes Äquivalent gibt es bisher nicht. Es wäre gut, würde der ANC regional und national eine an den Interessen der Bevölkerung und ihrer Versorgung orientierte Agrarpolitik betreiben und dabei auch Bewässerungssysteme im Blick haben.»

PARTEIENDÄMMERUNG – DIE KOMMUNALWAHLEN IM AUGUST

Ob das neue Landgesetz bereits Auswirkungen auf die Wahlen im August 2016 haben wird, ist schwer zu sagen. Breytenbach jedenfalls erwartet ungeachtet solcher Schachzü-

ge im Wahljahr weitere Verluste für den ANC: «Prominente einstige Befürworter haben dazu aufgerufen, aus Protest nicht zur Wahl zu gehen oder den Stimmzettel ungültig zu machen. Sie wollen dem ANC eine Lektion erteilen, ohne die Opposition merklich zu stärken. Ich sehe darin keine Lösung, solange dieses Vorgehen nicht den Weg zu einer Alternative weist.» Der Oppositionspartei Democratic Alliance (DA) räumt er wachsende Chancen ein: «Aber die Partei hat es nach wie vor schwer, gegen ihr Image als liberale, wirtschaftsfreundliche Partei anzukommen. Von vielen Schwarzen wird nicht wahrgenommen, dass der Einfluss derer, die seinerzeit aus der verhassten National Party zur DA gekommen sind, allmählich gegen Null geht. Schaut man darauf, wie die Partei im Parlament agiert, dann findet man neben liberalen Abgeordneten durchaus auch solche, die mit ihrer Einstellung sehr wohl dem ANC angehören könnten.»

In diesem Punkt sind Goldberg und Breytenbach nah beieinander. Auch Goldberg erwartet, dass bei den bevorstehenden Kommunalwahlen die DA unter Mmusi Maimane erneut Stimmenzuwachs verbuchen und nach der Provinz Western Cape vielleicht auch Eastern Cape (mit wichtigen Städten) gewinnen kann. Er findet sogar anerkennende Worte für die DA, wie er sie als regierende Partei in der Kapprovinz erlebt. «Die Provinz wird in vielen Bereichen durch die DA gut geführt, was allen nutzt. Zudem profitiert sie vom Verhalten Zumas.» Goldberg kann dieser Entwicklung etwas Gutes abgewinnen: «Wenn schwarze Südafrikaner den ANC nicht wählen, dann ist das für den ANC schlimm; für die Demokratie aber ist es gut, wenn es endlich nicht mehr um Hautfarbe, sondern um Politik, um Prinzipien, um eingelöste und gebrochene Versprechen geht.»

Ein wichtiger neuer Faktor in Südafrikas Parteienlandschaft sind die Economic Freedom Fighters (EFF) um Julius Malema. Weder Goldberg noch Breytenbach sympathisieren mit ihnen. «Ich vergleiche die EFF mit ihrem populistischen Nihilismus manchmal mit der SA vor 1933», sagt Breytenbach und fährt fort: «Sie zerstören das Parlament. Das Parlament ist nicht die Stimme des Volkes, und es spielt keine große Rolle in der südafrikanischen Politik. Es dient der Verteidigung des Führers. Damit begründen Malema und seine Leute den mangelnden Respekt vor dem Parlament. Es ist aber nicht ausgeschlossen, dass sie damit im Sinne des ANC agieren und sich in einer kritischen Situation wieder mit dem ANC verbünden oder dieser sich mit ihnen. Malema würde dieses Spiel mitspielen, weil er sich nichts mehr wünscht, als der nächste ANC-Chef zu werden.»

Goldberg sorgt sich vor allem darum, dass der Populismus Julius Malemas insbesondere bei den unter 35-Jährigen gut ankommt. Aber er erreiche auch andere Wähler, weil er wie ein Chamäleon sei, Inhalte und Stil seiner Worte danach ausrichte, wen er ansprechen will. «Im Parlament macht er auf Krawall, vor jungen Leuten thematisiert er die hohe Jugendarbeitslosigkeit, vor Arbeitern verlangt er Verstaatlichungen, in deren Folge sie angeblich alle reich würden. Das ist Demagogie. Natürlich sollte man Gewinne besser investieren, als sie wie jetzt auf ausländische Bankkonten zu schaffen und sie dem Land zu entziehen. Aber wenn sich auf diesem Weg nur andere Leute als jetzt bereichern wollen – dann brauchen wir keine Verstaatlichung. Ginge es um den Aufbau einer eigenen Industrie, um eine Diversifizierung unserer Einnahmequellen, um eine gerechtere Verteilung des Reichtums, dann wäre Verstaatlichung für mich in Ordnung. Aber ich sehe derzeit keine Führungselite, die das sicherstellen könnte.»

Nur wenige optimistische Prognosen für afrikanische Staaten sind in den zurückliegenden Jahrzehnten wahr geworden. Westliche Industriestaaten und Organisationen wie der IWF und die Weltbank haben dies oft mit verhindert. Noch ist das Glas halbvoll, aber der Leuchtturm Südafrika droht seine Strahlkraft zu verlieren. Viel Vertrauen wurde bereits verspielt; viele Chancen zur Entwicklung eines gesellschaftlichen Klimas von gegenseitigem Respekt, Toleranz und Redlichkeit zu entwickeln, wurden vertan. Eine Wende ist nötig und muss bei den Eliten beginnen, letztlich aber die ganze Gesellschaft erfassen. Kommt es dazu nicht, werden Unzufriedenheit und politischer Protest in territorial kaum noch begrenzbarer Gewalt umschlagen und schwerlich noch einmal, wie nach dem Ende der Apartheid, gebändigt und in friedliche Bahnen gelenkt werden können.

Christa Schaffmann hat in Leipzig Journalistik studiert. Als Redakteurin und Autorin hat sie viele Jahre beim Rundfunk und in den Printmedien gearbeitet. Mittlerweile ist sie als freie Journalistin und Beraterin tätig.

¹ Denis Goldberg, Jg. 1933, ist ein südafrikanischer Bauingenieur und Veteran des Anti-Apartheid-Kampfes. Zusammen mit Nelson Mandela und Walter Sisulu sowie fünf weiteren Anti-Apartheid-Aktivistinnen wurde er im Rivonia-Prozess 1964 zu lebenslanger Haft verurteilt. Nach 22 Jahren im Gefängnis wurde er schließlich nach Großbritannien abgeschoben, wo er im ANC-Büro London den Kampf gegen das Apartheidregime fortsetzte. Er kehrte in den 1990er Jahren nach Südafrika zurück und lebt heute als engagiertes ANC-Mitglied in Kapstadt. ² Breyten Breytenbach, Jg. 1939, ist ein südafrikanischer Schriftsteller und Maler, der als Kämpfer gegen das Apartheidregime in den 1960er Jahren ins Exil ging, Mitte der 1970er Jahre illegal nach Südafrika einreiste und dort zwischen 1975 und 1982 inhaftiert war. Er ist französischer Staatsbürger und war rund zwei Jahrzehnte als Direktor für den Aufbau des Kulturzentrums Gorée Institute auf der ehemaligen Sklaveninsel Gorée vor Senegals Hauptstadt Dakar verantwortlich. ³ Vgl. Misereor/erlassjahr.de (Hrsg.): Schuldenreport 2016, Düsseldorf 2016, S. 13 und die Webseite des developmentspolitischen Bündnisses Entwicklung braucht Entschuldung unter: www.erlassjahr.de. ⁴ Vgl. dazu u. a. Chaudhuri, Amit: The real meaning of Rhodes Must Fall, in: The Guardian, 16.3.2016, unter: www.theguardian.com/uk-news/2016/mar/16/the-real-meaning-of-rhodes-must-fall und den Wikipedia-Eintrag unter: https://en.wikipedia.org/wiki/Rhodes_Must_Fall.

EDGARDO LANDER

DIE IMPLOSION PETRO-VENEZUELAS

IN DER AKTUELLEN KRISE GEHEN DIE ERRUNGENSCHAFTEN
DES CHAVISMUS VERLOREN

Die Krise in Venezuela hat alle Lebensbereiche erfasst. Der Auslöser, aber nicht eigentliche Grund der Krise war der Ölpreisverfall. Während der Durchschnittspreis für venezolanisches Öl 2013 noch 100 US-Dollar betrug, lag er im Februar 2016 nur mehr bei 24,25 US-Dollar.¹ Die Regierung von Präsident Chávez hat das auf den Öleinnahmen beruhende Gesellschaftsmodell nicht infrage gestellt, sondern enorm vertieft. In den 17 Jahren des bolivarianischen Prozesses ist die Abhängigkeit der venezolanischen Wirtschaft von den Öleinnahmen weiter gestiegen. Ohne sie könnten die Waren, die zur Befriedigung der Grundbedürfnisse notwendig sind, nicht importiert werden. Darunter sind auch viele Güter, die früher im Land selbst hergestellt wurden. Eine klassische Wohlfahrtspolitik hatte den Vorrang gegenüber einer Transformation des ökonomischen Modells. Auf diese Weise ist die Einkommensarmut verringert worden, ohne dass man die strukturellen Bedingungen sozialer Exklusion beseitigt hätte.

Die bolivarianische Regierung, die Sozialismus als etatistisches Projekt begriff, vergrößerte den Staatssektor weit über seine Kapazitäten hinaus. Deshalb ist der Staat größer, aber gleichzeitig schwächer, ineffizienter, intransparenter und korrupter geworden. Sowohl die Sozialprogramme, die die Lebensbedingungen der Bevölkerung deutlich verbesserten, als auch die zahlreichen Projekte der lateinamerikanischen Solidarität und Integration beruhten auf dem hohen Ölpreis. Dabei ignorierte die Regierung die historischen Erfahrungen der zyklischen Ölpreisschwankungen und agierte, als würden die Ölpreise ewig oberhalb der 100-Dollar-Marke liegen. Da die Einnahmen aus dem Ölexport schließlich 96 Prozent der Gesamtexporte ausmachten, kamen praktisch alle Devisen über den Staat ins Land. Über eine Politik der staatlichen Devisenkontrolle wiederum wurde die Überbewertung des venezolanischen Bolívar immer weiter verschärft. Dies und die persönliche Macht der zuständigen Staatsbeamten, Devisen zuzuteilen oder zu verweigern, haben den Devisenhandel zum wichtigsten Korruptionsherd im Land gemacht.²

In den fetten Jahren hat man die enormen Staatseinnahmen zudem ausgegeben, ohne Reservefonds für schlechtere Jahre anzulegen. Als der Ölpreis schließlich einbrach, geschah das Unvermeidliche: Die Wirtschaft stürzte in eine tiefe und anhaltende Rezession, und das politische Projekt des Chavismus begann zu zerfallen. Das Bruttoinlandsprodukt fiel 2014 um 3,9 Prozent, im Folgejahr um 5,7 Prozent. Laut der Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik CEPAL verdoppelten sich die Staatsschulden zwischen 2008 und 2013. Zudem leidet Venezuela unter der weltweit höch-

sten Inflationsrate. Im Jahr 2015 betrug sie offiziell 180,9 Prozent, für Lebensmittel und für nicht alkoholische Getränke sogar 315 Prozent. Und diese Zahlen sind mit Sicherheit noch zu niedrig angesetzt. Es gibt keine offiziellen Daten für das laufende Jahr, aber die Inflation im ersten Halbjahr lag, vor allem im Lebensmittelbereich, deutlich über diesen Werten.

Die wirtschaftliche Rezession hat zu einer allgemeinen Unterversorgung mit Lebensmitteln, Medikamenten und Haushaltsartikeln geführt. Die venezolanischen Familien müssen immer mehr Zeit darauf verwenden, nach erschwierlichen Lebensmitteln zu suchen und Schlange zu stehen. Der Konsum von Lebensmitteln ist spürbar zurückgegangen. Während die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) Venezuela 2013 noch eine «Anerkennung für die außerordentlichen Fortschritte bei der Bekämpfung des Hungers» aussprach, ist das Land nun mit wachsenden Versorgungsschwierigkeiten konfrontiert. Schon vor der aktuellen Zuspitzung der Krise, zwischen dem zweiten Halbjahr 2012 und dem ersten Halbjahr 2014, ging der Konsum von Vollmilch um mehr als die Hälfte zurück.

Im Gesundheitsbereich ist die Lage nicht weniger kritisch. Die Unterversorgung mit Medikamenten, medizinischen Geräten und chirurgischem Material in den Krankenhäusern und Gesundheitszentren ist dramatisch. Das Trinkwasser ist rationiert, was vor allem die arme Bevölkerung trifft. Außerdem herrscht wegen fehlender Ersatzteile wie Batterien und Autoreifen auch eine schwere Krise im öffentlichen Nahverkehr.

Die Regierung weigert sich, in Betracht zu ziehen, dass das Land in einen Notstand gerät, der Hilfe aus dem Ausland nö-

tig macht. Zum einen würde sie damit das Scheitern ihrer Politik anerkennen. Zum anderen will sie aber auch vermeiden, dass die Mechanismen des *humanitären Interventionismus* in Gang gesetzt werden und die Tür für eine politische oder womöglich militärische Intervention aufgestoßen wird.

In den letzten Jahren hat die Regierung verschiedene Programme zur Verteilung von Nahrungsmitteln ins Leben gerufen, denen aufgrund von Ineffizienz und Korruption nur ein kurzes Leben beschert war. Zudem haben sich all diese Instrumente auf die Verteilung von Gütern beschränkt, ohne sich systematisch mit der Krise der einheimischen Produktion auseinanderzusetzen. Dies alles hat zu einer dramatischen Verschlechterung der Versorgung und zu einem rasanten Verlust der in den Jahren zuvor erreichten sozialen Errungenschaften geführt.

Der Verfall der Kaufkraft ist ein generelles Phänomen, das allerdings nicht alle Gruppen der Bevölkerung gleichermaßen trifft. Die Verringerung der Einkommensungleichheit war einer der wichtigsten Erfolge des bolivarianischen Prozesses. Unter dem Verfall der Kaufkraft haben nun aber vor allem diejenigen zu leiden, die von Löhnen, Renten und Pensionen leben. Faktisch wirkt die Wirtschaftspolitik der Regierung wie eine neoliberale Strukturanpassung, die zur Verschlechterung der Lebensbedingungen führt. Der Zahlung der Auslandsschulden wird gegenüber der Befriedigung der Grundbedürfnisse Vorrang eingeräumt. Dem für Wirtschaftsfragen zuständigen Vizepräsidenten Miguel Pérez Abad zufolge wird Venezuela seine Importe dieses Jahr deutlich reduzieren, um die Kredite bezahlen zu können.

Basisbewegungen, politische Organisationen und Forschungseinrichtungen haben Vorschläge entwickelt, wie sich finanzielle Mittel mobilisieren ließen, um die dringendsten Bedürfnisse der Bevölkerung zu befriedigen. Dazu gehört vor allem die Plattform für ein öffentliches Bürgerhearing (Plataforma de Auditoría Pública y Ciudadana), die eine grundlegende Untersuchung der Korruption vor allem im Zusammenhang mit der Devisenzuteilung durch den Staat an Importunternehmen fordert.³ Doch die Regierung hat diese Vorschläge zurückgewiesen. Eine Untersuchung der Korruptionsfälle käme dem Öffnen der Büchse der Pandora gleich, da mit großer Wahrscheinlichkeit höchste Zivil- und Militärbeamte sowie Großunternehmer in diese Fälle verwickelt sind.

DIE VIELEN GESICHTER DES BACHAQUEO

In den letzten drei Jahren hat es in der ökonomischen Struktur des Landes wichtige Veränderungen gegeben, insbesondere im Handel. Die meisten Grundgüter sind heute nur noch auf dem illegalen Markt, dem sogenannten *bachaqueo*, zu bekommen. Dieser komplexe neue ökonomische Sektor wird sowohl von Netzwerken im Staat als auch von Privatunternehmern betrieben. Da Venezuela unter einer allgemeinen Unterversorgung und einer exorbitanten Inflation leidet, sind die Preise, die man auf illegalen Märkten erzielen kann, zehn- oder 20-mal so hoch wie die offiziell regulierten. Die illegale Wirtschaft, die viele Menschen und viel Geld mobilisiert, operiert auf verschiedenen Ebenen. Dazu gehören ein gewaltiger Schmuggel, vor allem Richtung Kolumbien, die massive Umlenkung von Gütern aus den öffentlichen Großhandelsketten, das Horten von Gütern durch private Händler und der Kauf und Verkauf von Waren, die staatlich regulierten Preisen unterliegen, in kleinem und mittlerem Maßstab durch die sogenannten *bachaqueros* (Schwarzhändler).

Außer Zweifel steht aber auch, dass Venezuela zum Erliegen käme, wenn dieser Wirtschaftssektor von einem Tag auf den anderen nicht mehr funktionieren würde. In einer Umfrage gaben 67 Prozent der venezolanischen Bevölkerung an, ihren Bedarf ganz oder teilweise bei den *bachaqueros* zu decken. Es liegt auf der Hand, dass sich die Korruption in den staatlichen Vertriebsketten, das Horten von Grundgütern sowie die Spekulation durch Privatpersonen und durch bewaffnete, Teile der Vertriebskette kontrollierende Mafias verheerend auf die Gesellschaft auswirken. Diese Korruption und Kriminalität sind nicht mit dem kleinen *bachaqueo* zu vergleichen, der von einem großen Teil der Bevölkerung einfach deshalb praktiziert wird, weil es keine andere Möglichkeit gibt, die eigene Familie zu ernähren.

Festzuhalten ist auch, dass die Antwort auf die Krise nicht von Solidarität und kollektiven Strategien, sondern von Individualismus und Konkurrenz bestimmt ist – und das, obwohl der politische Prozess über Jahre den Wert der Solidarität hochgehalten und vielfältige Formen kollektiver Organisation unterstützt hat. Nachdem der bolivarianische Prozess wichtige Veränderungen der politischen Kultur in Gang gesetzt hat, das Selbstvertrauen der Bevölkerung gestärkt und die Überzeugung verbreitet hat, am Aufbau einer besseren Welt beteiligt zu sein, ist nun eine regressive Entwicklung zu beobachten. Die meisten der in den vergangenen Jahren entstandenen Basisorganisationen (Wasserkomitees, Nachbarschaftsräte, *comunas* usw.) sind heute stark geschwächt, und zwar sowohl wegen der fehlenden staatlichen Mittel, von denen sie über die Jahre abhängig wurden, als auch aufgrund des allgemeinen Vertrauensverlustes in die Regierung und die Zukunft des Landes.

DIE POLITISCHE SITUATION

Mit dem Tod von Hugo Chávez im März 2013 ist eine neue politische Situation eingetreten. Bei den Präsidentschaftswahlen im März 2013 besiegte Nicolás Maduro, der von Chávez auserkorene Kandidat, den Oppositionspolitiker Henrique Capriles mit einem Vorsprung von nur 1,49 Prozent. Fünf Monate früher hatte Chávez bei seinen letzten Wahlen noch mit 10,76 Prozent Abstand gewonnen.

Bei den Parlamentswahlen im Dezember 2015 siegte die in der Mesa de Unidad Democrática (MUD) zusammengeschlossene Opposition klar: Sie kam auf 56,26 Prozent der Stimmen, das Regierungslager nur auf 40,67 Prozent. Die Identifikation der Unterschichten mit dem Chavismus nimmt stark ab, die Opposition hat in vielen Wahlbezirken gewonnen, in denen bis dahin stets für die Regierung gestimmt worden war.

Doch seit der Niederlage bei den Parlamentswahlen wendet sich die Regierung Maduro jedes Mal, wenn sie mit einer Abstimmung im Parlament nicht einverstanden ist, an den Obersten Gerichtshof, damit dieser den Parlamentsbeschluss für verfassungswidrig erklärt – was das Gericht in der Regel auch umgehend tut. Dazu kommt, dass die Regierung bedeutendere Maßnahmen einfach als Präsidialdekrete beschließt. Folglich ist die neue Nationalversammlung heute eher ein Ort der politischen Polemik als ein Staatsorgan mit Entscheidungskompetenzen.

Die Regierung hat immer wieder neue Spezialmaßnahmen verkündet, Sonderkommissionen gebildet, Projekte zur Ankurbelung der Wirtschaft und Umstrukturierungsmaßnahmen beschlossen oder den Zuständigkeitsbereich von Ministern und dem Vizepräsidenten neu zugeschnitten. Doch letztlich handelt es sich um eine orientierungslose Regie-

rung, deren wichtigstes Ziel in der Verteidigung der Macht zu bestehen scheint. Mit dieser Politik unterminiert sie die Legitimität der Verfassung von 1999, während der wirtschaftliche und gesellschaftliche Verfall des Landes weitergeht.

Es ist kein Geheimnis, dass die US-Regierung der venezolanischen Opposition seit Antritt der bolivarianischen Regierung 1999 politische und finanzielle Rückendeckung gibt und sogar den Staatsstreich des Jahres 2002 unterstützt hat. Diese Aggression hat nicht nachgelassen. Im März 2016 bestätigte die Obama-Regierung die Resolution des Vorjahres, wonach Venezuela eine «besondere und außerordentliche Gefahr für die nationale Sicherheit und die Außenpolitik der USA» darstellt. Aufgrund der Vormachtstellung progressiver Regierungen in der Region und aufgrund der lateinamerikanischen Integrationsprozesse (der politischen Union UNASUR, der Freihandelszone MERCOSUR und des lateinamerikanisch-karibischen Wirtschaftsraums CELAC) hatten diese Feindseligkeiten in der Vergangenheit wenig Erfolg. Doch nun hat sich der geopolitische Kontext grundlegend verändert.

PROTESTE, PLÜNDERUNGEN, REPRESSION UND UNSICHERHEIT

Die Meinungsumfragen bestätigen den Eindruck einer allgemeinen Unzufriedenheit, den man auch in den Schlangen vor Geschäften, im Bus oder in der U-Bahn bekommt. Dem Umfrageinstitut Venebarómetro zufolge schätzen 84,1 Prozent der Bevölkerung die Situation negativ ein, 64,8 Prozent geben der Arbeit von Präsident Maduro schlechte Noten und 68 Prozent der Befragten sind der Ansicht, dass Maduro die Macht so schnell wie möglich abgeben und Präsidentschaftswahlen anberaumen sollte.

In den meisten Umfragen zeigt sich allerdings auch, dass die Zustimmung zu Opposition und Nationalversammlung aufgrund der von der MUD vor den Parlamentswahlen geweckten und nun enttäuschten Hoffnungen ebenfalls rückläufig ist. Laut einer Umfrage der oppositionell orientierten Universidad Católica Andrés Bello vertrauen nur noch 50,58 Prozent der Befragten der Nationalversammlung.

Die Schwierigkeiten, mit denen die große Mehrheit der Bevölkerung im Alltag konfrontiert ist, haben überall im Land zu Protesten, Straßenblockaden und der Plünderung von Warenlagern, Geschäften und Lkw geführt. Einige dieser Proteste wurden möglicherweise angezettelt, um die Regierung zu destabilisieren. Es steht auch außer Frage, dass im Land paramilitärische Gruppen aktiv sind. Aber das Ausmaß der Proteste verweist doch auch darauf, dass es sich um ein weitverbreitetes soziales Phänomen handelt.

Dazu kommt die Unsicherheit, die von der venezolanischen Bevölkerung viele Jahre lang als Hauptproblem im Land bezeichnet worden ist. Den Vereinten Nationen zufolge hat Venezuela nicht nur die höchste Mordrate Südamerikas, sondern ist auch das einzige Land der Region, in dem die Mordrate seit 1995 beständig gestiegen ist. Auch die Fälle von Selbstjustiz haben zugenommen. Das zeigt uns, in welcher tiefen auch ethischen Krise sich die venezolanische Gesellschaft befindet.

Die Regierung greift vor dem Hintergrund des allgemeinen gesellschaftlichen Zerfalls und in Anbetracht dessen, dass sie die Gesellschaft immer weniger erreicht, zunehmend auf Repression zurück. Demonstrationen werden mit Tränengas gestoppt und unterdrückt. Jede Woche sterben Menschen durch Polizeikugeln. Obwohl der Einsatz von Schusswaffen durch die Verfassung ausdrücklich verboten ist, hat das Verteidigungsministerium ein Dekret vorgelegt, demzufolge Si-

cherheitsbeamte bei einer «Gefahr für Leib und Leben» «potenziell tödliche Gewaltmittel einsetzen» sollen.

DAS ABWAHLREFERENDUM

Die venezolanische Verfassung sieht die Möglichkeit vor, dass jeder gewählte Mandatsträger nach der Hälfte seiner Amtszeit durch ein Referendum abgewählt werden kann. Dieses Instrument wurde vom Chavismus immer als eine der wichtigsten demokratischen Errungenschaften der Verfassung von 1999 und als zentrale Stütze der partizipativen Demokratie hervorgehoben. Die Regierung, die weiß, dass Präsident Maduro das Referendum verlieren würde, hat dank ihrer Kontrolle über die Oberste Wahlbehörde (Consejo Nacional Electoral) eine Reihe von Hindernissen etabliert, die das Referendum so lang wie möglich hinauszögern soll.

Die Oberste Wahlbehörde genoss als Institution bislang sehr großes Ansehen. Die Einführung von elektronischen Wahlautomaten und diverse Kontrollverfahren machten es extrem schwer, den Wählerwillen zu manipulieren. Internationale Wahlbeobachter haben in den vergangenen 15 Jahren immer wieder bestätigt, dass es sich um transparente Wahlen gehandelt habe. In diesem Sinne spielte die Oberste Wahlbehörde eine zentrale Rolle bei der Verteidigung der bolivarianischen Regierung gegenüber den Angriffen aus Washington und der Rechten weltweit. Doch die Bemühungen der Obersten Wahlbehörde, ein Abwahlreferendum im Jahr 2016 zu verhindern, und die Tatsache, dass die Behörde dabei immer offensichtlicher den Anordnungen der Exekutive folgt, unterminieren ihre Glaubwürdigkeit. Das ist in Anbetracht der wachsenden politischen Spannungen besonders dramatisch. Wenn der Bevölkerung die Möglichkeit genommen wird, mit regulären demokratischen Mitteln über die politische Zukunft zu entscheiden, dann wächst die Gefahr, dass sich die lokal versprengten Gewaltausbrüche zu einer allgemeinen Gewalt ausweiten, was wegen der Verbreitung von Schusswaffen in der Bevölkerung eine extreme Gefahr darstellen würde.

Je länger eine geordnete Regierungsübergabe hinausgezögert wird, die in Anbetracht der Ablehnung gegenüber der Regierung Maduro unvermeidlich erscheint, desto stärker wird der Chavismus als Projekt der unteren Klassen an Ansehen verlieren und desto unvorstellbarer werden Alternativen zum Kapitalismus. Die Herausforderung besteht heute darin, dafür zu sorgen, dass ein Ende der Regierung Maduro von der Bevölkerung nicht als Scheitern des gesellschaftlichen Transformationsprojekts erlebt wird.

VOM ÖL- ZUM BERGBAU-EXTRAKTIVISMUS

Die tiefe Krise, in der Venezuela heute steckt, stellt einen Wendepunkt in der jüngeren Geschichte des Landes dar. Aber in welche Richtung wird es weitergehen? Nach einem Jahrhundert der Ölausbeutung, in dem die Gesellschaft von Rentiers-Logik, Etatismus und klientelistischen Beziehungen beherrscht war und das sowohl für Umwelt als auch für die kulturelle Vielfalt verhängnisvolle Folgen hatte, sollte jetzt der Moment gekommen sein, in dem sich die Gesellschaft – über die anstehenden Notmaßnahmen hinaus – des Endes dieses ökonomischen Modells bewusst wird. Wir brauchen eine Debatte, aber auch kollektive Experimente, um einen Übergang in Richtung einer anderen Gesellschaft zu wagen. Doch das war bisher nicht die Antwort auf die Krise. Sowohl die PSUV als auch das Oppositionsbündnis MUD propagierten in ihren letzten Wahlprogrammen eine Verdoppelung der Ölproduktion auf 6 Millionen Barrel im Jahr 2019, was den Rentiers-

Charakter der venezolanischen Ökonomie noch weiter vertiefen würde. Zuzeit beschränken sich die Anstrengungen der Opposition fast ausschließlich darauf, die Regierung Maduro zu stürzen, um zu jener – neoliberalen? – Normalität zurückzukehren, die vor dem bolivarianischen Prozess herrschte. Das wichtigste Vorhaben der Regierung ist die Förderung des Bergbaus als neuem Wachstumsmotor. Auf diese Weise würde die auf Öl beruhende Rentiers-Ökonomie durch einen Bergbau-Extraktivismus ersetzt werden.

Am 24. Februar 2016 verordnete Nicolás Maduro per Präsidialdekret die Einrichtung einer «Strategischen Entwicklungszone «Bergbauregion Orinoco»», wodurch fast 112.000 Quadratkilometer, das heißt 12 Prozent des venezolanischen Staatsgebiets, zur Förderung von Gold, Diamanten, Coltan, Eisen und anderen Mineralien freigegeben werden. Dem Präsidenten der Zentralbank Nelson Merentes zufolge unterzeichnete die Regierung bereits Verträge mit 150 einheimischen und transnationalen Unternehmen, die «von nun an Explorationsarbeiten durchführen können, um danach mit der Ausbeutung von Gold, Diamanten, Eisen und Coltan zu beginnen». Der Bergbau, vor allem der in der Region Orinoco vorgesehene großflächige Tagebau, bringt kurzfristig hohe finanzielle Einnahmen, zieht aber eine unwiderrufliche soziale und ökologische Zerstörung eines beträchtlichen Teils des venezolanischen Territoriums nach sich. Dies alles wurde per Präsidialdekret, das heißt ohne jede öffentliche Debatte und ohne die vom Gesetz verlangten Umweltverträglichkeitsstudien beschlossen – und das in einem Land, dessen Verfassung von einer «demokratischen, partizipativen, aktiven, multiethnischen und plurikulturellen Gesellschaft» spricht.

Es gibt keine Technologie für große Bergbauprojekte, die wirklich umweltverträglich wäre. Die internationalen Erfahrungen sind in dieser Hinsicht eindeutig. In Waldgebieten, wie sie in der Bergbauregion Orinoco bestimmend sind, würden die großen Tagebauminen unvermeidlich zu einer massiven Abholzung führen. Die Zerstörung der Wälder würde gleichzeitig zu einem erhöhten Ausstoß von Treibhausgasen und einer geringeren CO₂-Aufnahmekapazität führen und somit die Klimaerwärmung beschleunigen.

Dieses Projekt stellt eine offene Verletzung der Rechte der indigenen Völker, wie sie im 8. Kapitel der Verfassung der Bolivarianischen Republik Venezuela festgelegt sind, dar. Dazu gehört auch, dass den Indigenen das Informations- und Konsultationsrecht auf ihrem Territorium vorenthalten wurde, wie es sowohl in der venezolanischen Gesetzgebung als auch in internationalen Verträgen (wie der 169. Konvention der Internationalen Arbeitsorganisation) festgehalten ist. In offenem Widerspruch zu den Prinzipien der venezolanischen Verfassung werden die indigenen Völker erneut in ihrer Existenz bedroht; diesmal im Namen des Sozialismus des 21. Jahrhunderts.

Eines der gravierendsten Probleme für die Bevölkerung stellten in den vergangenen Jahren die häufigen Stromausfälle dar. Sie sind teilweise auf den Rückgang der Niederschläge im Wassersystem des Caroní, dessen Wasserkraftwerke bis zu 70 Prozent des Stroms im Land produzieren, zurückzuführen. Die Bergbauprojekte in der Region Orinoco würden die vom Klimawandel verursachten Veränderungen weiter verschärfen und die Leistung dieser Wasserkraftwerke zusätzlich verringern, da die Abholzung in der Region einen Rückgang der Niederschläge und die Bergbautätigkeit eine Abnahme der von den Flüssen geführten Wassermengen nach sich ziehen würde.

Die Ausbeutung der Bergbauvorkommen soll von «privaten, staatlichen und gemischten Unternehmen» vorangetrieben werden. Das Dekret sieht eine Vielzahl öffentlicher Anreize für die Bergbaukonzerne vor, unter anderem die Flexibilisierung von Rechtsnormen und die Beschleunigung und Vereinfachung von Genehmigungsverfahren. Dies alles ist noch besorgniserregender, wenn man weiß, dass Präsident Maduro nur zwei Wochen vor Unterzeichnung des Dekrets zur Einrichtung der Bergbauregion Orinoco die Gründung einer dem Verteidigungsministerium zugeordneten Militärischen Aktiengesellschaft Bergbau, Öl und Gas (CAMIMPEG) anordnete. Dieses Unternehmen hat umfangreiche Kompetenzen, um sich «ohne Einschränkungen» dem Bergbau-, Öl- oder Gasgeschäft widmen zu können. Mit dem absehbaren Engagement des Unternehmens in der Region Orinoco werden die Streitkräfte ein unmittelbares wirtschaftliches Interesse daran haben, dass die Bergbauaktivitäten reibungslos verlaufen.

Faktisch stellt das Präsidialdekret eine Suspendierung der Verfassung von 1999 auf 12 Prozent des venezolanischen Territoriums dar. Die Regierung verfolgt damit offenbar zwei Ziele. Zum einen will sie den transnationalen Unternehmen, die sie anzulocken versucht, die Sicherheit geben, keinerlei Widerstand gegen ihre Projekte befürchten zu müssen. Zum anderen billigt sie den Militärs eine noch größere Macht zu und vergewissert sich so ihrer Loyalität gegenüber der bolivarianischen Regierung. Dies geht mit der Kriminalisierung des Widerstands gegen die Bergbauprojekte einher.

Die Reaktionen aus der Gesellschaft haben nicht lange auf sich warten lassen. Neben zahlreichen Foren, Versammlungen, Demonstrationen und Kommuniqués ist vor allem die am 31. Mai 2016 am Obersten Gerichtshof eingereichte Klage zur Verfassungswidrigkeit des Präsidialdekrets zu nennen. Beim Kampf um die Annullierung des Bergbaudekrets geht es um eine demokratische Zukunft Venezuelas, die Überwindung des auf grenzenloser Rohstoffausbeutung beruhenden Gesellschaftsmodells und um ein Leben im Einklang mit der Natur. Doch darüber hinaus geht es auch darum, eine Position sichtbar zu machen, die die unproduktive, eine kollektive Reflexion verhindernde Polarisierung zwischen Regierung und MUD überwindet.

Edgardo Lander ist Soziologe und Professor an der Universidad Central de Venezuela sowie der Universidad Andina Simón Bolívar in Quito. Er war von Anfang an beteiligt am Prozess der Weltsozialforen sowie der lateinamerikanischen und venezolanischen Sozialforen.

1 In den Monaten Mai und Juni 2016 stieg der Ölpreis wieder leicht an, er liegt aber immer noch weit unter dem, der für einen ausgeglichenen Haushalt nötig wäre. 2 Dem ehemaligen Minister der Chávez-Regierung Héctor Navarro zufolge sind «etwa 300 Milliarden der zwischen 2003 und 2012 eingenommenen Billion US-Dollar spurlos aus den Staatskassen verschwunden, ohne dass die Verantwortlichen bestraft worden wären.» 3 Laut Edméé Betancourt, damals Präsidentin der venezolanischen Zentralbank, wurde von den 59 Milliarden US-Dollar, die allein 2012 zu einem subventionierten Wechselkurs zugeteilt wurden, 20 Milliarden an Scheinfirmen oder für wirtschaftliche Scheinaktivitäten vergeben.

MANUEL PALZ

KONFLIKT IN KAMBODSCHA SPITZT SICH ZU

DAS LAND VERSINKT ERNEUT IN EINER TIEFEN INNENPOLITISCHEN KRISE

Der Konflikt zwischen Regierungs- und Oppositionspartei in Kambodscha spitzt sich erneut zu. Selbst für kambodschanische Verhältnisse stellt die aktuelle Kampagne der Kambodschanischen Volkspartei (KVP) gegen VertreterInnen der politischen Opposition und zivilgesellschaftliche Organisationen einen Tiefpunkt dar. Alles deutet darauf hin, dass Hun Sen, der angezählte autokratisch regierende Ministerpräsident des Königreichs der Khmer, seine größten Rivalen mundtot machen möchte, um bei den 2017 anstehenden Kommunalwahlen und den 2018 stattfindenden Parlamentswahlen seine Macht zu erhalten. Seit über 30 Jahren regiert Hun Sen das Land autokratisch. Selten war seine Macht so gefährdet wie zum jetzigen Zeitpunkt.

SUKZESSIVE ESKALATION DES KONFLIKTS

Seit den letzten Parlamentswahlen 2013, die Hun Sen nur hauchdünn vor Sam Rainsy, seinem größten Rivalen von der oppositionellen Partei zur Rettung der kambodschanischen Nation (PRKN) gewinnen konnte, befindet sich Kambodscha in einer Dauerkrise. Dieser Zustand ist nicht neu für das Königreich der Khmer, doch die Intensität des Konflikts gibt Anlass zur Sorge. Nach den Wahlen 2013, die von Wahlbetrug und Korruption gezeichnet waren, eskalierte der Arbeitskampf kambodschanischer TextilarbeiterInnen, die für eine Anhebung des monatlichen Mindestlohns in Kambodschas Boombranche demonstrierten. Die Proteste mündeten am 4. Januar 2014 in gewaltsame Auseinandersetzungen, bei denen mindestens fünf DemonstrantInnen ihr Leben verloren.¹ Zeitgleich zu den Demonstrationen weigerte sich die PRKN, ihr Mandat im Parlament aufzunehmen. Erst ein Jahr nach den Wahlen leisteten die OppositionspolitikerInnen letztlich ihren parlamentarischen Eid.² Im Sommer 2015 versuchten die Kontrahenten, politische «Normalität» herzustellen und Gesprächsbereitschaft zu signalisieren: Hun Sen und Sam Rainsy twitterten beispielsweise Selfies der Familien bei einem gemeinsamen Abendessen.³ BeobachterInnen trauten dieser neuen Harmonie nicht und sollten innerhalb weniger Wochen erfahren, dass die sogenannte Kultur des Dialogs nichts weiter als eine Farce darstellte: Im Herbst 2015 erließ Hun Sen einen Haftbefehl gegen Sam Rainsy, als dieser gerade im Ausland weilte, um internationale Verbündete für einen möglichen Machtwechsel 2018 zu gewinnen.⁴ Rainsy verkündete in pathetischen Reden, Kambodscha sei «sein Heimat- und Mutterland», zu dessen Rettung er auf

jeden Fall zurückkehre – auch wenn er dafür «mit dem Tod bezahlen» müsse, so kenne er keine Furcht und «sterbe als Khmer.»⁵ Trotz dieser Ankündigung entschied er sich letztlich fürs erneute Exil in Paris.

REPRESSALIEN GEGEN OPPOSITION UND ZIVILGESELLSCHAFT NEHMEN ZU

In Rainsys Abwesenheit kam es zu schwerwiegenden Angriffen auf OppositionspolitikerInnen und MenschenrechtsaktivistInnen. Unter anderem wurden zwei Mitglieder der PRKN beim Verlassen der Nationalversammlung von Schlägern so schwer verletzt, dass sie zur ärztlichen Versorgung nach Bangkok ausgeflogen werden mussten.⁶ Nahezu zeitgleich wurde der zweitstärkste Mann der PRKN, Kem Sokha, seiner Position als erster stellvertretender Parlamentspräsident enthoben, und es wurde der Versuch unternommen, ihn seiner politischen Immunität zu berauben.⁷ Die aktuellen Entwicklungen um Kem Sokha lassen den Eindruck entstehen, dass es sich um eine gezielte Kampagne der KVP gegen die Opposition handelt. Das Verfahren gegen ihn weist Parallelen zu einem Fall auf, in dem Hun Sen sich vor zehn Jahren auf ähnliche Weise eines politischen Kontrahenten entledigte.⁸

PRIVATE AFFÄRE WIRD ZUM POLITIKUM

Hun Sens Attacken gegen Kem Sokha begannen Anfang März 2016: Im Internet tauchten Gesprächsmitschnitte eines Telefonats auf, die eine Affäre zwischen Kem Sokha und Khom Chandaraty, einer jungen Friseurin, beweisen sollten.⁹ Angeblich sind in diesem Zusammenhang auch Gelder ge-

flossen; es steht somit der Vorwurf der Korruption und der Prostitution im Raum. Wer hat die technischen Möglichkeiten und ein politisches Interesse daran, einen bekannten Oppositionspolitiker öffentlich des Ehebruchs zu bezichtigen? In Kambodscha ist Polygamie seit 2006 strafbar. Khom Chandaraty bestreitet zunächst, dass es ihre Stimme wäre, die auf dem Tonband zu hören ist, und Kem Sokha, wohlwissend, dass jedes Wort interpretiert wird, schweigt bis heute.

Wenige Tage nach Bekanntwerden der Aufnahmen leitete die nationale Antiterrorereinheit der Polizei Untersuchungen ein und lud Khom Chandaraty zum Verhör vor. Chandaraty sagte aus, dass sie den Oppositionspolitiker als Kunden ihres Friseurladens kenne.

Seit Mitte März gibt es heftige, von einer Studentengruppe getragene Proteste gegen Kem Sokha. Proteste gegen die Opposition gibt es in Kambodscha nur sehr selten. Es ist offensichtlich, dass Hun Sen Kem Sokha durch diese Anschuldigen diffamieren und seine Glaubwürdigkeit zerstören möchte.

Ein nächster Schritt in dieser Schlammschlacht folgte Anfang Mai, als der Fall von der Antiterrorereinheit an die Antikorruptionsbehörde (ACU) übergeben wurde. Nach den Angaben von Transparency International ist Kambodscha das korrupteste Land in Südostasien und landet in der Statistik der NGO auf Rang 150 von 168 aufgeführten Ländern. Insbesondere Vetternwirtschaft ist in Kambodscha weit verbreitet, und so verwundert es kaum, dass der Präsident der Antikorruptionsbehörde ein langjähriger und treuer Gefolgsmann Hun Sens ist.¹⁰ Da das Mitschneiden des Gesprächs illegal war, kann das Dokument vor Gericht nicht verwendet werden. Wenn es sich aber um einen bekannten Oppositionspolitiker handelt, drückt die Behörde gern ein Auge zu. Als Grund für die Strafverfolgung wurde angegeben, dass es sich bei dem Gespräch zwischen Khom Chandaraty und Kem Sokha um Geld drehte, das Kem Sokha seiner «Geliebten» für ihre Dienste zahlen wollte. Kem Sokhas Schweigen wird als Beweis für seine Schuld ausgelegt. Denn warum, so Om Yentieng, ACU-Präsident und Menschenrechtsbeauftragter der Regierung, sollte man sich nicht verteidigen wollen, wenn man unschuldig ist?¹¹ Während die Antikorruptionseinheit gegen Kem Sokha ermittelte, wurde Khom Chandaraty durch die Antiterrorereinheit massiv unter Druck gesetzt. Die Prostitutionsvorwürfe wiegen schwer: Prostitution gilt in Kambodscha als «Sittlichkeitsverbrechen» – und das, obwohl Kambodscha langsam aber sicher Thailand den Rang als «Hotspot» der Prostitution in Südostasien ablauft. Um sich gegen die Attacken der Justiz zur Wehr zu setzen, konsultierte die Angeklagte die bekannte Menschenrechtsorganisation The Cambodian Human Rights & Development Association (ADHOC).

Der Druck der Antiterrorereinheit verfehlte aber seine Wirkung nicht: Khom Chandaraty sagte aus, sich zweimal mit Kem Sokha in Bangkok getroffen zu haben, wo sie durch ihn verführt worden sei. 3.000 US-Dollar habe sie für ihr Schweigen erhalten. Außerdem sei ihr von Kem Sokha ein eigenes Haus angeboten worden. Die Aussage Khom Chandaratys bringt den Oppositionspolitiker in erhebliche Bedrängnis. Zusätzlich wurde er von seiner «Ex-Geliebten» auf 300.000 US-Dollar Schmerzensgeld verklagt. Als Grund gab sie an, ihr Ruf sei durch die öffentliche Beschuldigung, eine Prostituierte zu sein, geschädigt worden, und sie könne so nicht mehr für ihre Familie sorgen. Interessant ist das Detail, dass die Anklage wegen Prostitution ursprünglich von der Regierung kam.

PARTEIINTERNE STÖRFEUER

Für Kem Sokha ist dies die zweite hohe Schmerzensgeldforderung in kurzer Zeit. Erst Ende April kündigte Thy Sovantha, aufstrebende Politikerin der PRKN und das Gesicht der Parteijugend, an, Kem Sokha auf eine Million US-Dollar zu verklagen, da dieser in den bekannt gewordenen Tonaufnahmen über sie gelästert und ihrer politischen Karriere somit massiv geschadet habe.¹² Wenige Tage später ließ die Politikerin verlauten, dass sie ihre Unterstützung für die PRKN nur dann fortsetze, wenn Kem Sokha seines Amtes enthoben werde. Thy Sovantha verfügt über knapp 1.500.000 «Fans» bei Facebook und ist sehr populär. In der nationalen Presse wird bereits von einer Kampagne gegen den derzeitigen Vorsitzenden gesprochen. Dieser haben sich allerdings bisher führende PRKN-Persönlichkeiten nicht angeschlossen.¹³

WILLKÜRLICHE VERHAFTUNGEN VON VERTRETERINNEN ZIVILGESELLSCHAFTLICHER ORGANISATIONEN

Zivilgesellschaftliche Organisationen und Vertraute Kem Sokhas wurden ebenfalls von der Regierung unter Druck gesetzt. Wenig später rief Hun Sen alle Mitglieder seiner Partei auf, landesweit gegen Verleumdungen zu klagen. Vorausgegangen war ein Interview eines Sokha-Vertrauten bei Radio Free Asia, in dem dieser aussagte, dass die jüngsten Ereignisse wohl darauf abzielten, die zweite führende Oppositionskraft knapp ein Jahr vor den Kommunalwahlen aus dem Verkehr zu ziehen. Im Zuge des Prostitutionssskandals wurden MenschenrechtsaktivistInnen von ADHOC und der Nationalen Wahlkommission verhaftet. Ihnen wird vorgeworfen, Khom Chandaraty 204 US-Dollar «Schweigegeld» gezahlt zu haben, damit diese nicht gegen ihren mutmaßlichen Liebhaber aussage. Die MitarbeiterInnen von ADHOC wurden nach Artikel 548 des Strafgesetzbuches wegen «Bestechung einer Zeugin» angeklagt und sitzen seither in Untersuchungshaft. Alle Versuche, die MitarbeiterInnen der Menschenrechtsorganisation zumindest auf Kautionsfreizubekommen, sind bisher gescheitert; im schlimmsten Fall drohen den Angeklagten bis zu zehn Jahren Haft. Interessant ist die Wende in der Geschichte um Khom Chandaraty: Ursprünglich selbst Angeklagte, konnte sie erfolgreich ihren Kopf aus der Schlinge ziehen und ist nun Kronzeugin in diesem Fall.

Als Antwort auf das unverhältnismäßige Vorgehen der Regierung gegen MenschenrechtsaktivistInnen finden seit mehreren Wochen in Kambodscha die «Schwarzer-Montag-Demonstrationen» statt: Schwarz gekleidete Menschen demonstrieren für die Freilassung der Inhaftierten. Regelmäßig kommt es zu Konflikten mit der Polizei, die aggressiv gegen die DemonstrantInnen vorgeht. Die Regierung hat die Versammlungen verboten. In Erinnerung an die «Farbrevolutionen» in den ehemaligen Sowjetrepubliken zu Beginn des 21. Jahrhunderts sieht sie in den Protesten einen Angriff auf das politische System. Die Rhetorik aus Regierungskreisen bestätigt diese Einschätzung.¹⁴

RECHTE DER ZIVILGESELLSCHAFT UND GEWERKSCHAFTEN WERDEN MASSIV EINGESCHRÄNKT

Als Reaktion auf die Angriffe gegen die MitarbeiterInnen von ADHOC haben mehrere kambodschanische zivilgesellschaftliche Organisationen, internationale Entwicklungspartner und die EU-Delegation ein Statement veröffentlicht, in dem sie die Einschüchterungsversuche der Regierungspartei kri-

tisieren.¹⁵ Dies ist ein Versuch, internationale Aufmerksamkeit zu erzielen für die immer wiederkehrenden Repressalien gegen MenschenrechtsaktivistInnen und OppositionspolitikerInnen. 2015 kam es national und international zu Protesten, als das Parlament das kontroverse «Assoziations- und NGO-Gesetz» verabschiedete und dies vom König besiegeln ließ. Ein solches Gesetz stand schon über mehrere Jahre im Raum, doch darf angenommen werden, dass erst der jüngste Wahlerfolg der PRKN Hun Sen dazu bewogen hat, das Gesetz auch gegen großen Widerstand durchzusetzen. Für viele BeobachterInnen bietet das neue Gesetz Hun Sen einen «Freifahrtschein», um kritische und oppositionsnahe Nichtregierungs- oder zivilgesellschaftliche Organisationen zu kriminalisieren, gewaltsam gegen sie vorzugehen und sie zu verbieten.¹⁶ Schließlich waren es die sozialen Bewegungen des Landes und die Gewerkschaften, die bei den letzten Parlamentswahlen 2013 die Opposition unterstützten und Hun Sens Herrschaft fast beendet hätten. 2016 verabschiedete die Regierung ein ebenfalls kontroverses Gewerkschaftsgesetz. Wieder gab es lautstarke Proteste. Das Gesetz trat zu einer Zeit in Kraft, in der die Arbeitskämpfe in Kambodschas Textilindustrie zunahmen und die Gewinne aus diesem «Exportmotor» gefährdeten.¹⁷ Die Einschränkung zivilgesellschaftlicher Rechte passt in ein globales Bild: Weltweit wird die Arbeit von NGOs durch neue Gesetze kontrolliert und stark eingeschränkt, wenn nicht gar sabotiert.

WIE GEHT ES WEITER MIT DER PRKN?

Sam Rainsy wird – solange der Haftbefehl gegen ihn besteht – nicht nach Kambodscha zurückkehren.¹⁸ Er wird weiterhin versuchen, internationale Verbündete für einen Machtwechsel zu gewinnen, aber seine Abwesenheit im Lande könnte ihm schaden. Kem Sokha hat erst vor wenigen Tagen erneut betont, dass er der Vorladung zu Gericht nicht nachkommen und auch weiterhin nicht die von Polizei und Sicherheitskräften umstellte Parteizentrale der PRKN verlassen wird. Hun Sen wirft Sokha vor, sein politisches Amt zu missbrauchen, um sich für private Verfehlungen nicht rechtfertigen zu müssen.

Der PRKN schadet diese (internationale) Aufmerksamkeit weniger als der Regierungspartei. Dennoch sollte die Partei im Hinblick auf die kommenden Kommunalwahlen versuchen, die öffentlichen Debatten im Lande wieder in politische Bahnen zu lenken. Im Wahlkampf 2013 war die PRKN bemüht, die KambodschanerInnen durch ein sehr populistisches Parteiprogramm von sich zu überzeugen. Dies trug neben der allgemeinen Wechselstimmung im Lande zu ihrem Wahlerfolg bei. Um wieder die Rolle eines «Gestalters» und «Diskursinitiators» zu übernehmen, bräuchte es ein stärkeres Auftreten der Personen aus der zweiten Reihe der Partei. KandidatInnen gibt es genug, allen voran die international angesehene Menschenrechtsaktivistin und Abgeordnete des kambodschanischen Parlaments Mu Sochua. Sie könnte in die Rolle der Oppositionsführerin schlüpfen. Mu Sochua hat viele Jahre im Ausland verbracht, ist bestens vernetzt und konnte bereits Regierungserfahrung als Ministerin für Frauen- und Veteranenangelegenheiten sammeln. Zu dieser Zeit war sie noch Mitglied der königstreuen FUNCIPPEC (Nationale Einheitsfront für ein unabhängiges, neutrales, friedliches und kooperatives Kambodscha), die mit der KVP koalierte. Zwar überwarf sich Mu Sochua mit dem Ministerpräsidenten wegen eines Korruptionsskandals, aber sie genießt national und international so hohes Ansehen, dass sie gegen mögliche Angriffe Hun Sens gefeit sein dürfte.

WAS WIRD PASSIEREN?

Vermutlich wird die Regierungspartei die Ergebnisse der Kommunalwahlen im Frühjahr 2017 abwarten, ehe sie sich für eine endgültige Strategie des Umgangs mit der Opposition entscheidet. Dabei wird es besonders auf die Wahlbeteiligung und Wahlentscheidung der knapp eine Million NeuwählerInnen ankommen.¹⁹ Die Kommunalwahl gilt als Prognose für die im Jahr darauf folgenden Parlamentswahlen. Sollten die ErstwählerInnen (wie zu vermuten ist) ihr Kreuz bei der Opposition machen, verliert die Regierungspartei in den bisher so deutlich von ihr dominierten Gemeinden die Mehrheit. Ein Machtwechsel auf dem Land wäre eine herbe Niederlage für die KVP und es ist ungewiss, wie sie darauf reagieren würde.

Auf einen Showdown an der Urne wird es Hun Sen sicherlich nicht ankommen lassen. Sollten die Wahlen 2018 frei und fair durchgeführt werden, hätte die KVP vermutlich kaum noch eine Chance auf einen Sieg. Deshalb kann davon ausgegangen werden, dass die kommenden Wahlen von Schlagzeilen über Wahlmanipulation begleitet werden. Erste Vorbereitungen sind bereits im Gange: Auf Veranlassung der KVP werden die Wahlbezirke neu eingeteilt, was Tür und Tor für etwaige Manipulationen öffnet.

(DÜSTERE) ZUKUNFTSAUSSICHTEN

Die Entwicklungen der folgenden Monate vorauszu sehen ist schwierig. Dennoch sehen die Prognosen eher düster aus. Es ist unwahrscheinlich, dass die KVP nach über 30 Jahren als Regierungspartei einen Machtwechsel hinnehmen würde. Ein Bürgerkrieg, der von einigen BeobachterInnen als schlimmstes mögliches Szenario angesehen wird, ist aber eher nicht zu befürchten. Im Falle von Massenstreiks und -mobilisierung der Opposition würden nach wenigen chaotischen Tagen die kambodschanischen Sicherheitskräfte und das Militär in einem *coup d'état* die Hauptstadt besetzen und Hun Sen als «Interimspräsident» installieren.

Die PRKN würde in einem solchen Fall sicherlich alles daran setzen, die internationale Staatengemeinschaft davon zu überzeugen, ihre Entwicklungsgelder und -unterstützung auf Eis zu legen. Dass Sanktionen die ohnehin arme Landbevölkerung treffen und seiner Regierung nicht schaden würden, betont Hun Sen regelmäßig.²⁰ Für große staatliche Projekte stehen genug Mittel von Kambodschas Partner China bereit. In einer Presseerklärung im Juni 2016 ließ Hun Sen verlauten, dass sich die internationalen Geber nicht in die inneren Angelegenheiten eines souveränen Staates einmischen sollten. Man sei über die internationale Kritik über rascht, da die «Strafverfolgungsbehörden nur bestehende Gesetze anwenden, die auch in anderen Ländern so angewendet werden.» Um seinen Unmut über die internationale Kritik an seiner Regierungspraxis deutlicher zum Ausdruck zu bringen, ergänzte er, dass «China Kambodscha niemals in dieser Weise gedroht hat».²¹ Deutlicher kann Hun Sen Kambodscha international nicht positionieren.

Wie sich die Situation entwickelt, bleibt abzuwarten. Sicher ist eigentlich nur, dass der Höhepunkt der Auseinandersetzung noch nicht erreicht ist und es in absehbarer Zeit zu weiteren drastischen Maßnahmen gegen Oppositionelle kommen wird.

NACHTRAG

Nach dem Verfassen dieses Artikels ist es in Kambodschas Hauptstadt Phnom Penh zu einer weiteren Eskalation der Ge-

walt gekommen. Am Morgen des 10. Juli wurde der bekannte und international renommierte Politikanalyst Dr. Kem Ley Opfer eines Attentats. Kem Ley war unabhängiger Analyst, der sowohl die Regierung als auch die Opposition regelmäßig kritisierte und alle Seiten dazu ermahnte, ihr politisches Gewicht im Interesse der kambodschanischen Bevölkerung einzusetzen. Trotz der offensichtlichen Schwächen des kambodschanischen politischen Systems versuchte Kem Ley, insbesondere die Landbevölkerung von einer besseren Zukunft für Kambodscha zu überzeugen. Aus diesem Grund gründete er die Partei «Khmer für Khmer», eine Graswurzelpartei, die sich an den wirklichen Bedürfnissen der Bevölkerung orientieren sollte. Kem Ley wurde 45 Jahre alt und hinterlässt eine hochschwangere Frau sowie vier Kinder.²²

Der mutmaßliche Attentäter, ein Mann aus der Provinz Siem Reap, der sich selbst den Spitznamen «Meet Kill» gibt, wurde bereits verhaftet. Er gestand, Kem Ley ermordet zu haben, weil dieser bei ihm private Schulden gehabt habe. VertreterInnen der kambodschanischen Zivilgesellschaft zweifeln diese Aussage zu Recht an. Zwei Tage vor seiner Ermordung erregte Kem Ley Aufmerksamkeit, weil er einen Bericht der NGO Global Witness²³ auf Radio Free Asia Khmer Service kommentierte. In diesem Bericht deckte die NGO das weitverzweigte Unternehmenssystem von Hun Sens Familie sowie von hochrangigen Regierungsmitgliedern auf. Das Privatvermögen des Sen-Clans wurde dort auf mehr als 200 Millionen US-Dollar geschätzt. Bereits einen Tag nach Bekanntwerden des Global Witness Reports mit dem Titel «Hostile Takeover – the corporate empire of Cambodia’s ruling party» reagierten Hun Sens Familienmitglieder mit heftigen Anfeindungen gegenüber den Medien und Global Witness.²⁴ Hun Sen verurteilte den Mord an Kem Ley bei einem öffentlichen Auftritt und stellte die Frage, wer von einer solchen Tat, die letztlich nur der Regierungspartei und seiner Person schade, wirklich profitiere.²⁵ Für die VertreterInnen der Zivilgesellschaft und der Opposition, aber auch für internationale BeobachterInnen scheint allerdings klar zu sein, wer wirklich hinter dem Attentat auf den geschätzten Analysten steckt.

Am 24. Juli stand in Kambodscha das Leben still, als der Leichnam des prominenten Politikanalysten in seine Heimatprovinz Takeo, knapp 75 Kilometer südwestlich von Phnom Penh, überführt wurde. Schätzungsweise zwei Millionen Menschen schlossen sich dem Trauermarsch an. Trotz Sabotageversuchen durch Regierungskreise – Tankstellen auf dem Weg zwischen Phnom Penh und Takeo wurde verboten, Benzin zu verkaufen – konnte der am Morgen gestarte-

te Trauermarsch am späten Abend Leys letzte Ruhestätte in seinem Heimatdorf erreichen. Am 25. Juli erfolgte die Beisetzung.

Manuel Palz ist stellvertretender Leiter des Regionalbüros Südostasien der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Hanoi und betreut deren Partnerprojekte in Kambodscha und Myanmar.

1 Palz, Manuel: Kambodscha versinkt im Chaos, in: Rosa-Luxemburg-Stiftung Nachrichten, 7.1.2014, unter: www.rosalux.de/news/40139/kambodscha-versinkt-im-chaos.html. **2** Palz, Manuel: Das Ende der Blockade, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Standpunkte 10/2014, unter: www.rosalux.de/publication/40862/das-ende-der-blockade.html. **3** Taing, Vida: My dinner with Rainsy, in: The Phnom Penh Post, 13.7.2015, unter: www.phnompenhpost.com/national/my-dinner-rainsy. **4** Kuch, Naren: Court issues arrest warrant for Sam Rainsy, in: The Cambodia Daily, 13.10.2015, unter: www.cambodiadaily.com/news/court-issues-arrest-warrant-for-sam-rainsy-100293. **5** Dara, Mech/Willems, Alex: Facing Arrest, Sam Rainsy promises to return today, in: The Cambodia Daily, 16.11.2015, unter: www.cambodiadaily.com/news/facing-arrest-sam-rainsy-promises-to-return-today-100342. **6** Chakrya, Khouth Sophak/Parkinson, Charles/Turton, Shaun: Lawmakers beaten at National Assembly, in: The Phnom Penh Post, 17.10.2015, unter: www.phnompenhpost.com/national/lawmakers-beaten-national-assembly. **7** Turton, Shaun/Channyda, Chhay: Sokha stripped of National Assembly vice presidency, in: The Phnom Penh Post, 30.10.2015, unter: www.phnompenhpost.com/national/sokha-stripped-national-assembly-vice-presidency. **8** Willems, Alex: Ten years on, things a lot like 10 years ago, in: The Cambodia Daily, 13.6.2016, unter: www.cambodiadaily.com/news/ten-years-on-114000. **9** Sengkong, Bun: Recordings hint at CNRP deputy leader Sokha’s infidelity, in: The Phnom Penh Post, 2.3.2016, unter: www.phnompenhpost.com/national/recordings-hint-cnrp-deputy-leader-sokhas-infidelity. **10** Transparency International Cambodia, Press release, 12.7.2016, unter: ticambodia.org/index.php/news/pressrelease/press-release-corruption-perceptions-index-2015. **11** Sokhean, Ben/Willems, Alex: UN, ADHOC staff summoned in mistress case, in: The Cambodia Daily, 26.4.2016, unter: www.cambodiadaily.com/news/un-adhoc-staff-summoned-mistress-case-111741. **12** Samean, Lay: Kem Sokha summonsed over Sovantha suit, in: The Phnom Penh Post, 4.5.2016, unter: www.phnompenhpost.com/national/kem-sokha-summonsed-over-sovantha-suit. **13** Chheng, Niem: Sovantha crusade against Sokha continues, in: Phnom Penh Post, 16.5.2016, unter: www.phnompenhpost.com/national/sovantha-crusade-against-sokha-continues. **14** Hin, Yanny: «Black Mondays» continue in Cambodia, in: Radio Free Asia, 16.5.2016, unter: www.rfa.org/english/news/cambodia/black-mondays-continue-05162016173313.html. **15** Cambodian Center For Human Rights Joint Statement, 28.4.2016, unter: cchrcambodia.org/index_old.php?title=CSOs-call-upon-authorities-to-immediately-cessate-harassment-of-human-rights-defenders&url=media/media.php&p=press_detail.php&prid=614&id=5. **16** Sotheary, Pech: King signs law on NGOs, in: The Phnom Penh Post, 14.8.2015, unter: www.phnompenhpost.com/national/king-signs-law-ngos. **17** Palatino, Mong: The trouble with Cambodia’s new law on Trade Unions, in: The Diplomat, 18.4.2016, unter: thediplomat.com/2016/04/the-trouble-with-cambodias-new-law-on-trade-unions. **18** Dara, Mech/Willems, Alex: Facing arrest, Sam Rainsy promises to return today, in: The Cambodia Daily, 16.11.2015, unter: www.cambodiadaily.com/news/facing-arrest-sam-rainsy-promises-to-return-today-100342. **19** Wilson, Audrey: Big job ahead for new NEC in bid to register 11 million voters, in: The Phnom Penh Post, 21.11.2015, unter: www.phnompenhpost.com/national/big-job-ahead-new-nec-bid-register-11-million-voters. **20** Morm, Moniroth/Cheng, Mengchou/Leng, Maly/Yang, Chandara: Cambodia’s Hun Sen issues warning, in: Radio Free Asia, 13.6.2016, unter: www.rfa.org/english/news/cambodia/cambodias-hun-sen-06132016165601.html. **21** Hong, Sokunthea/Taing, Sarada/Leng, Neang: Cambodia tells foreign states to butt out over Hun Sen’s crackdown, in: Radio Free Asia, 2.6.2016, unter: www.rfa.org/english/news/cambodia/cambodia-politics-06022016171144.html. **22** Dara, Mech/Chheng, Niem/Samean, Lay/Turton, Shaun: Longtime rights champion Kem Ley gunned down in broad daylight, in: The Phnom Penh Post, 10.6.2016, unter: www.phnompenhpost.com/national/longtime-rights-champion-kem-ley-gunned-down-broad-daylight. **23** Global Witness: Hostile Takeover. The corporate empire of Cambodia’s ruling family, 13.7.2016, unter: www.globalwitness.org/en/reports/hostile-takeover. **24** Turton, Shaun/Seangly, Phak: Hun siblings slam Global Witness report as «conspiracy», in: The Phnom Penh Post, 8.7.2016, unter: www.phnompenhpost.com/national/hun-siblings-slam-global-witness-report-conspiracy. **25** Willems, Alex/Naren, Kuch: CPP media pins Kem Ley murder on CNRP, in: The Cambodia Daily, 13.6.2016, unter: www.cambodiadaily.com/news/cpp-media-pins-kem-ley-murder-on-cnrp-115361.

TARIQ DANA

SOZIALE KÄMPFE UND DIE KRISE DER LINKEN PALÄSTINENSISCHEN PARTEIEN

Die mit dem Oslo-Abkommen zwischen Israel und der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) von 1993 einhergehenden strukturellen Veränderungen haben maßgeblich zu einer Destabilisierung der sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse in den besetzten palästinensischen Gebieten beigetragen. Das Ergebnis des komplexen Zusammenspiels von neoliberalen Reformen der Palästinensischen Autonomiebehörde, gestützt durch die internationalen Geldgeber, und israelischem Kolonialismus sind extreme Formen sozialer Ausgrenzung und ökonomischer Ungleichheit – und damit eine beispiellose Fragmentierung der palästinensischen Gesellschaft. Zugleich ist der vormals bedeutende Einfluss linker palästinensischer Parteien – die eine fortschrittliche Politik verfolgten und soziale Kämpfe als Teil des nationalen Befreiungskampfes verstanden – stark zurückgegangen. Aufgrund der anhaltenden Krise der palästinensischen Linken konnte die auf den Oslo-Prozess folgende repressive Dynamik sich ungehindert entfalten. Was noch schlimmer ist: Linke palästinensische Parteien sind bewusst oder unbewusst zu Geiseln, wenn nicht gar zu Stützen des Status quo geworden.

Seit dem Aufkommen moderner linker Parteien in Palästina galt der Kampf um soziale Gerechtigkeit als wesentlicher Bestandteil des nationalen Befreiungskampfes. Ihre Sichtweise auf die Verhältnisse war vom Marxismus geprägt, dem zufolge die Überwindung von Ausbeutung und die Erlangung sozialer Gerechtigkeit Voraussetzung für die nationale Befreiung ist. Dieses Selbstverständnis schlug sich in Parteiprogrammen und Strategieplanungen nieder und wurde auch in konkretes Handeln übersetzt. Dementsprechend waren linke palästinensische Parteien treibende Kräfte im damaligen globalen antikapitalistischen und antiimperialistischen Block, in dem die Auffassung vorherrschte, Israels koloniales Projekt stehe im Widerspruch zu gesellschaftlicher Emanzipation und Selbstbestimmung.

Im Rahmen ihrer Strategie, eine widerständige institutionelle Infrastruktur zu schaffen, gelang es den linken Parteien in den 1970er und 1980er Jahren, in den besetzten Gebieten ein komplexes Netzwerk aus Graswurzelbewegungen aufzubauen. An fast allen Orten kam es zu einer engen Zusammenarbeit zwischen diesen Bewegungen, den Parteien und deren gesellschaftlicher Basis. Dieser Ansatz erwies sich als sehr effektiv. Er erlaubte es, eine eigenständige Vision von den Schwerpunkten des sozialen Kampfes zu entwickeln und damit auch von den geeigneten Mittel für den Widerstand gegen soziale und ökonomische Formen der Unterdrü-

ckung. Interessanterweise zielten die sozialen Kämpfe jener Zeit in zwei Richtungen: Erstens wandten sie sich gegen die sozioökonomischen Ungerechtigkeiten, die die israelische Besatzung mit sich brachte und forcierte. Zweitens versuchten sie, in der eigenen Gesellschaft einen progressiven Wandel voranzutreiben und reaktionäre und autoritäre Elemente – wie patriarchale und Clanstrukturen – zurückzudrängen.

Die Anstrengungen der linken Parteien im Vorfeld der Oslo-Abkommen trugen Früchte, wie sich insbesondere während der Ersten Intifada (1987–1992) zeigte. Sie setzten im Wesentlichen auf drei miteinander verbundene Strategien, um den Zusammenhalt der lokalen Gemeinschaften zu stärken und kollektive Selbstermächtigungsprozesse zu befördern: 1) Soziale Unterstützung erfolgte in einer politisierenden Form. Das heißt, anstatt die Menschen zu passiven Empfängern humanitärer Hilfe zu machen, adressierte man die Ursachen sozialer und ökonomischer Missstände. 2) Man schärfte das allgemeine Bewusstsein für politische, soziale und wirtschaftliche Aspekte und Zusammenhänge. 3) Und schließlich wurde in die Mobilisierungsfähigkeit «von unten» investiert, mit dem Ziel, die Menschen in die Lage zu versetzen, ihren Unmut in konkrete kollektive Aktionen und Widerstand zu überführen.¹ Darüber hinaus war die Erste Intifada mit einer «Revolution der sozialen Beziehungen» verbunden, was in den emanzipatorischen Momenten des ge-

sellschaftlichen Wandels deutlich wurde. Dieser Aufstand war ebenso eine «innere Auflehnung der Kinder gegen ihre Väter, der Frauen gegen ihre Ehemänner, der Armen gegen die Reichen und der Geflüchteten gegen die besitzenden Klassen».² Zum Ausdruck kam diese von der Ersten Intifada ausgelöste «Revolution» in der graduellen Schwächung traditioneller patriarchaler Autoritäten. Vor allem marginalisierte Gruppen wie Frauen und junge Menschen waren nicht mehr länger bereit, diese unhinterfragt zu akzeptieren.³

WIE DIE SOZIALEN KÄMPFE NACH DEN OSLO-ABKOMMEN IN DIE KRISE GERIETEN

In der Zeit nach Abschluss der Oslo-Abkommen in den 1990er Jahren verloren die palästinensischen linken Parteien massiv an Einfluss und Handlungsfähigkeit. Es gelang ihnen immer weniger, sich zu den gesellschaftlichen Realitäten ins Verhältnis zu setzen und angemessen auf die soziale und wirtschaftliche Misere zu reagieren. Der Kampf um bessere soziale Bedingungen hat seitdem in Theorie und Praxis einen herben Rückschlag erlitten. Mit der Gründung der Palästinensischen Autonomiebehörde, die sich einer neoliberalen Politik verschrieben hat und versucht, sich mit Israels kolonialer Praxis zu arrangieren, ist eine hochgradig repressive Situation entstanden. Steigende Erwerbslosigkeit, Armut, Prekarität, wirtschaftlicher Stillstand, soziale Exklusion und Lebensmittelknappheit sind zu wesentlichen Merkmalen der Post-Oslo-Ära geworden.⁴ Während der Oslo-Prozess für die Mehrheit der PalästinenserInnen eine politische Niederlage und eine deutliche Verschlechterung ihrer Lebensumstände bedeutete, profitieren kleine Teile der palästinensischen Elite vom Status quo. Sie haben das Projekt der Staatsbildung zum Zweck der persönlichen Bereicherung genutzt.⁵ Die Ausmaße der sozialen Ungleichheiten und gesellschaftlichen Fragmentierung haben eine bis dato nie dagewesene Dimension erreicht. Sie gehen einher mit immer tiefer reichenden Klassenspaltungen und einer systematischen Ausbeutung der Arbeiterschaft in der palästinensischen Gesellschaft. Der Reaktion linker Parteien auf diese bedrückende Realität fehlt es an Substanz, sie fiel bislang eher rhetorisch aus.

Der dramatische Rückzug linker Parteien aus der Arena der sozialen Kämpfe muss im Zusammenhang mit der weltweiten Krise der Linken infolge der einschneidenden globalen, regionalen und lokalen Umbrüche Anfang der 1990er Jahre betrachtet werden. Während es einigen Bewegungen und Parteien in verschiedenen Teilen der Welt gelang, die zentrale Rolle linker Politik als Gegengewicht zum Neoliberalismus wiederzubeleben (wie etwa in Lateinamerika), hat die palästinensische Linke ihre langanhaltende und vielschichtige Krise bis heute nicht überwunden. Diese Krise geht auf mehrere Ursachen zurück.

Die strategische Krise: Der Zusammenbruch der Sowjetunion und die dramatische Verschiebung der globalen Machtverhältnisse zugunsten des kapitalistischen Westens hatten verheerende Auswirkungen auf die Linke weltweit, inklusive der palästinensischen Linken. Da auch die revolutionären antiimperialistischen und antikolonialen Bewegungen weitgehend verschwunden oder zumindest erheblich geschwächt sind, fehlt es linken Parteien in Palästina heute an starken und entschlossenen Verbündeten.

Die ideologische Krise: Der Untergang der Sowjetunion und das Scheitern des sozialistischen Modells stürzten die linken palästinensischen Parteien, die sich an diesem Modell

orientiert hatten, darüber hinaus in eine ernsthafte ideologische Krise. Das politische Vakuum, das mit dem Bedeutungsverlust revolutionärer Ideen und sozialistischer Alternativen entstanden ist, kam konservativen Strömungen und dem politischen Islam zugute, die beide einen dramatischen Aufschwung in den letzten Jahren erlebt haben.

Nicht zu vergessen: Eine Folge der ideologischen Krise war der Abschied vom marxistischen Denken. Dabei ist vor allem die Klassenanalyse als zentrales Instrument zum besseren Verständnis von sozialen und ökonomischen Dynamiken verloren gegangen. Gerade sie aber hätte dabei helfen können, die Komplizenschaft der herrschenden Klassen in den palästinensischen Autonomiegebieten, die sich an der Ausbeutung der ArbeiterInnen und der Ausbreitung kolonialer und neokolonialer Ideen beteiligen und dem Kampf um nationale Befreiung eine ganz eigene Wendung gegeben haben, zu thematisieren und anzugreifen. Das Fehlen eines solchen analytischen Werkzeugs in Kreisen der palästinensischen Linken erwies sich als besonders verheerend in einer Situation, in der der Ausbau des israelischen kolonialen Regimes mit der Durchsetzung neoliberaler Reformen vonseiten der Palästinensischen Autonomiebehörde zeitlich zusammenfiel. Damit verschlimmerten sich soziale Ungleichheit und Repressionen noch weiter, ohne dass dies auf kritische theoretische Auseinandersetzungen und nennenswerten praktischen Widerstand stieß.

Die politische Krise: Für die linken palästinensischen Parteien stellen der Oslo-Friedensprozess und die Gründung der Palästinensischen Autonomiebehörde eine enorme politische Herausforderung dar. Dass sie hinsichtlich der Oslo-Abkommen unterschiedliche Haltungen einnehmen (manche lehnen sie grundsätzlich ab, andere haben sie akzeptiert), hat die Spaltung der Linken noch vertieft. Die Linke hat sich zunehmend als unfähig erwiesen, brauchbare theoretische oder praktische Alternativen zu den vom Oslo-Prozess geschaffenen politischen und institutionellen Verhältnissen zu entwickeln.

Während das interne Schisma in der palästinensischen Gemeinschaft desaströs für den Zusammenhalt und die Kampfkraft der palästinensischen nationalen Befreiungsbewegung war, hätten linke Parteien den erbitterten Konflikt zwischen Fatah und Hamas sowie die wachsende Enttäuschung der Menschen über eine derartige Polarisierung in der politischen Auseinandersetzung als historische Chance nutzen können, um sich als alternative Kraft mit fortschrittlichen politischen und ökonomischen Vorstellungen und Forderungen zu präsentieren. Die Linke hat diese Chance vertan. Ihr ist es nicht gelungen, von dieser festgefahrenen Situation zu profitieren und sich als ein einender Akteur zu profilieren, mit dem die Spaltung der PalästinenserInnen überwunden werden kann. Vielmehr hat sie angesichts der derzeitigen politischen Lage kapituliert.

NGOisierung: Die linken Parteien konnten sich in der Auseinandersetzung mit der Hegemonie der Fatah und der Palästinensischen Autonomiebehörde lange Zeit auf ihre lokalen Graswurzelorganisationen stützen. Die internationalen Geldgeber haben jedoch mit ihren Interventionen und Vorgaben einen Prozess der NGOisierung der vormals politisch äußerst aktiven Basisinitiativen eingeleitet und somit das gesamte organsatorische und institutionelle Terrain der Linken verschoben. Im Zuge der NGOisierung wandten sich die ehemaligen Graswurzelorganisationen immer mehr von ihrer ursprünglichen Basis ab und orientieren sich an der Agen-

da der Eliten; anstatt von der lokalen Bevölkerung formulierte Forderungen durchzusetzen, versuchen sie heute, den Erwartungen der Geldgeber gerecht zu werden; anstatt antikonkoloniales Wissen zu produzieren, verbreiten viele mit ihrer Arbeit inzwischen neokoloniale Werte; anstatt soziale Kämpfe wie in der Vergangenheit zu politisieren, sind sie selbst entpolitisiert worden.⁶ Am Ende fanden sich viele Linke, die angefangen hatten, im NGO-Sektor zu arbeiten, eher orientierungslos in einem Umfeld wieder, das ganz im Dienst des Oslo-Systems steht. Es fehlt an einer überzeugenden politischen Agenda, wie die Lage in den besetzten palästinensischen Gebieten radikal zugunsten der Bevölkerung verändert werden kann. Im besten Fall verfolgen die NGOs eine liberale Agenda und setzen sich für einige nicht sehr weitreichende Reformen auf der Verwaltungsebene ein. Mit einer umfassenden gesellschaftlichen Vision, wie sie einst von der palästinensischen Linken vertreten wurde und in deren Zentrum soziale Gerechtigkeit und die Überwindung von Ungleichheiten stehen, sind sie meilenweit entfernt.

Finanzielle Krise: Der Bedeutungs- und Handlungsverlust linker Parteien in den Jahren nach Abschluss der Oslo-Abkommen ist auch auf ihre starke finanzielle Abhängigkeit von Zuwendungen der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) zurückzuführen. Diese Gelder werden vollständig von der Fatah und dem Präsidenten der Palästinensischen Autonomiebehörde kontrolliert und häufig dazu genutzt, um (linke) Mitgliedsorganisationen der PLO unter Druck zu setzen und sie dazu zu drängen, ihre Oppositionshaltung gegenüber der Palästinensischen Autonomiebehörde aufzugeben. Das hat sich für die linken Parteien als hochgradig problematisch herausgestellt, da damit ihre politische Unabhängigkeit geschwächt wird und sie daran gehindert werden, Einfluss auf die wirtschaftlichen Reformen und sozialen Maßnahmen der Palästinensischen Autonomiebehörde zu nehmen. Die finanzielle Krise linker Parteien wird noch durch weitere Faktoren verschärft: Es fehlt ihnen an einem vernünftigen Finanzplan, das politische Engagement von Freiwilligen ist genauso zurückgegangen wie das Spendenaufkommen. Da linke Parteien auch über keinen eigenen großen TV-Kanal verfügen, fehlen ihnen die entsprechenden Einnahmen, was ihre finanzielle Krise wiederum verschärft.⁷

DIE SOZIALEN KÄMPFE GEHEN WEITER

Soziale Kämpfe sind aber – trotz der anhaltenden Krise der palästinensischen Linken und der Unfähigkeit linker Parteien, wirksam Widerstand zu organisieren – weiterhin Teil des Alltagslebens in Palästina. Mehrfach kam es in den letzten Jahren zu großer Unzufriedenheit und zu Mobilisierungen gegen die Wirtschaftspolitik der Palästinensischen Autonomiebehörde. Im September 2012 brachen im gesamten Westjordanland Proteste gegen die zu steigenden Lebenshaltungskosten führende Wirtschaftspolitik von Ministerpräsident Salam Fayyad aus. Diese Protestbewegung führte später zum Rücktritt des Ministerpräsidenten.⁸ Im Februar 2016 organisierten LehrerInnen eine beispiellose Reihe von Protesten und Streiks. Sie forderten bessere Bezahlung und Arbeitsbedingungen. Die Proteste der LehrerInnen sind besonders interessant, da sie ohne die Unterstützung der zuständigen Gewerkschaft stattfanden, woraufhin die Palästinensische Autonomiebehörde versuchte, diesen Arbeitskampf mit repressiven Maßnahmen wie willkürlichen Verhaftungen, öffentlichen Drohungen und Diffamierungen sowie Protestverboten zu kriminalisieren und die Protago-

nistInnen einzuschüchtern.⁹ Diese Ereignisse deuten darauf hin, dass bestimmte Formen von sozialen Kämpfen nicht länger auf die Planung und Unterstützung von Parteien und Gewerkschaften angewiesen sind und dass mit dem Einsatz von informellen Netzwerken und spontanen Mobilisierungen mithilfe von sozialen Medien und anderen Plattformen die Zersplitterung der palästinensischen Gesellschaft zumindest temporär überwunden werden kann und auch relative Erfolge erzielt werden können. Nichtsdestotrotz benötigen soziale Kämpfe in einem solchen schwierigen Umfeld wie den besetzten palästinensischen Gebieten, in dem soziale Ungerechtigkeiten und ökonomische Ungleichheiten quasi institutionalisiert sind, auf Dauer organisierte Formen des Widerstands. Erforderlich sind Strategien, Organisation, Mobilisierung, Führung, Planung und Infrastruktur – und all dies kann im größeren Umfang nur durch organisierte Strukturen wie politische Parteien und Gewerkschaften erreicht werden.

Soziale Kämpfe standen schon immer im Zentrum linker Ideologie, unabhängig von ihrer konkreten Ausrichtung. Deswegen droht die palästinensische Linke eines ihrer spezifischen Wesensmerkmale zu verlieren, wenn es ihr nicht gelingt, sich auf ihre ideologischen Wurzeln zurückzubedenken und sich als emanzipatorische und widerständige Kraft aufseiten der Marginalisierten und Unterdrückten neu zu erfinden. Die linken Parteien in Palästina werden erst dann wieder einen politischen Aufschwung erleben, wenn sie den sozialen Kampf wiederentdecken und neu zu schätzen lernen als grundlegende Voraussetzung für politische Befreiung und Selbstbestimmung.

Übersetzung aus dem Englischen von Sarah Stötzner

Tariq Dana forscht und lehrt am Ibrahim Abu-Lughod Institute of International Studies an der Universität Bir Zeit im Westjordanland. Einer seiner Schwerpunkte ist globale politische Ökonomie. Er ist außerdem als Politikberater für das Palestinian Policy Network (Al-Shabaka) tätig.

¹ Dana, Tariq: The Structural Transformation of Palestinian Civil Society: Key Paradigm Shifts, in: Middle East Critique 2/2015, S. 191–210. ² Vgl. Hiltermann, Joost: Behind the Intifada: Labor and Women's Movements in the Occupied Territories, Princeton 1991. Vgl. auch Giacaman, Rita/Johnson, Penny: Building Barricades and Breaking Barriers: Palestinian Women in the Uprising, in: Lockman, Zachary/Beinin, Joel (Hrsg.): Intifada: The Palestinian Uprising Against Israeli Occupation, Boston 1989, S. 115–117. ³ Jean-Klein, Iris: Into Committees, out of the House? Familiar Forms in the Organization of Palestinian Committee Activism during the First Intifada, in: American Ethnologist 4/2003, S. 556–577. ⁴ Nakhleh, Khalil: Oslo: Replacing Liberation with Economic Neo-Colonialism, in: Al-Shabaka. The Palestinian Policy Network, 10.4.2014, unter: <https://al-shabaka.org/commentaries/oslo-replacing-liberation-with-economic-neo-colonialism/>. Hlial, Jamil: Rethinking Palestine: settler-colonialism, neo-liberalism and individualism in the West Bank and Gaza Strip, in: Contemporary Arab Affairs 3/2015, S. 351–362. ⁵ Dana, Tariq: The Palestinian Capitalists That Have Gone Too Far, in: Al-Shabaka. The Palestinian Policy Network, 14.1.2014, unter: <https://al-shabaka.org/briefs/palestinian-capitalists-have-gone-too-far/>. Vgl. auch Hammami, Rema. NGOs: The professionalisation of politics, in: Race & Class 2/2015, S. 51–63. ⁶ Vgl. Dana: Structural Transformation. ⁷ Hlial, Jamil: The Palestinian Left and the Multi-layered Challenges Ahead, herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Regionalbüro Ramallah, 2010, unter: www.palestine-studies.org/institute/follows/palestinianleft-and-multi-layered-challenges-ahead. ⁸ Vgl. Palestinian PM «willing to resign» after protests, in: BBC News, 7.9.2012, unter: www.bbc.com/news/world-middle-east-19515869. ⁹ Deger, Allison: PA continues crackdown on West Bank teachers strike as anger with anti-democratic Palestinian leadership spreads, 20.3.2016, unter: <http://mondoweiss.net/2016/03/pa-continues-crackdown-on-west-bank-teachers-strike-as-anger-with-anti-democratic-palestinian-leadership-spreads>.

LUTZ POHLE

NEUE RUNDE IM KONFLIKT UM DAS SÜDCHINESISCHE MEER

CHINA VERSUCHT, GEOSTRATEGISCHE POSITIONEN IM WETTBEWERB
MIT DEN USA ZU SICHERN

Der internationale Schiedsgerichtshof in Den Haag hat am 12. Juli 2016 entschieden, dass Chinas Ansprüche auf die umstrittenen Inselgruppen im Südchinesischen Meer «keine historische Grundlage» haben.¹ Die chinesische Regierung hat das Urteil umgehend zurückgewiesen und erklärt, dass das Schiedsgericht in Den Haag nicht zuständig und der Schiedsspruch daher nicht bindend sei. Diese Haltung verstößt nicht nur gegen multilaterale Vereinbarungen und internationales Recht, sondern verweist zudem auf die modifizierte außenpolitische Strategie des Landes: Seit dem Amtsantritt von Präsident Xi Jinping 2013 verfolgt China eine proaktive Außenpolitik zur Durchsetzung außenpolitischer und außenwirtschaftlicher Interessen in der Region und weltweit. Da durch das Südchinesische Meer wichtige Handelsrouten zwischen Fernost und Europa verlaufen, kann sich der Konfliktherd auch destabilisierend auf die wirtschaftliche Lage in Deutschland auswirken, wenn der Streit eskaliert.

Angerufen hatte das Haager Gericht im Jahr 2013 die philippinische Regierung, um sich gegen das zunehmend aggressive Vorgehen Chinas im Südchinesischen Meer zu wehren. Mit dem Urteil geht der Streit nun in eine neue Runde. Erstmals in der langen Geschichte der Auseinandersetzungen um das wichtige Seegebiet im Süden Chinas liegt jetzt der Spruch eines anerkannten internationalen Gerichts vor, der die Grundlage für neue Gespräche und Verhandlungen über territoriale, wirtschaftliche und maritime Rechte in der umstrittenen Region bilden könnte.² Aber der wichtigste Verhandlungspartner mauert: China spricht dem international besetzten Schiedsgericht pauschal jedes Recht ab, in dem Streit zu urteilen. Es fordert direkte bilaterale Gespräche mit den streitenden Parteien. Gleichzeitig hat das Gericht in Den Haag keine Mittel, seinen Beschluss durchzusetzen.

Für den Konflikt im Südchinesischen Meer bedeutet das, dass eine schnelle Lösung nicht wahrscheinlich ist. Für China ist die Sicherung seiner Interessen im Südchinesischen Meer ein Eckpfeiler seiner regionalen Großmachtstrategie. Die sich überlappenden Interessen der Anliegerstaaten ermöglichen es China immer wieder, diese gegeneinander auszuspielen (siehe Karte).

Worum geht es im Südchinesischen Meer?

Das Seegebiet im Süden Chinas ist rund drei Millionen Quadratkilometer groß und erstreckt sich von der Südküste Chi-

nas in Richtung Westen bis an die Küsten Vietnams. Im Süden grenzt es an Malaysia, Indonesien und Brunei, im Osten an die Philippinen und Taiwan. In dem Gebiet liegen zwei große Inselgruppen, die Paracel- und die Spratley-Inseln (chinesisch: Xisha- und Nansha-Inseln). Diese Inseln sind über ein riesiges Gebiet von jeweils mehreren Hundert Quadratkilometern verstreut. Sie bestehen allerdings zu großen Teilen aus unbewohnten bzw. unbewohnbaren Sandbänken, Felsen und Riffs. Bereits in der Vergangenheit haben verschiedene Anrainerstaaten je nach wirtschaftlicher und militärischer Potenz einzelne größere Inseln besetzt, militärische Anlagen gebaut und wirtschaftliche Stützpunkte, etwa für den Fischfang, errichtet.

Durch das Südchinesische Meer führen wichtige internationale Handelswege. Nach Schätzungen passiert etwa ein Drittel oder gar die Hälfte aller weltweit gehandelten Waren dieses Gebiet auf dem Weg zwischen Fernost und Europa, Afrika sowie dem Nahen Osten. Mehr als 60.000 Schiffe mit Handelsware im Wert von über 5,3 Billionen US-Dollar (davon 1,2 Billionen aus dem US-Handel sowie ein beträchtlicher Teil aus dem europäischen und dem deutschen Außenhandel) durchqueren jährlich das Südchinesische Meer. China bezieht mehr als 80 Prozent seines Rohölbedarfs über Schifffahrtswege durch das Südchinesische Meer, Japan zu 60 Prozent, Südkorea zu 66 Prozent. Für alle Anrainerstaaten hat es zudem seit Jahrhunderten eine große wirtschaftliche Bedeutung als Fischfanggebiet. In jüngster Zeit haben spek-

takuläre Daten über vermutete Rohstoffvorkommen im Südchinesischen Meeres das Interesse an dem Gebiet weiter verstärkt. Der staatliche Ölkonzern China National Offshore Oil Corporation (CNOOC) vermutet 125 Milliarden Barrel Öl unter dem Boden des Südchinesischen Meeres.³ Verschiedentlich hört man bereits den Begriff «Neuer Persischer Golf» im Zusammenhang mit den dort vermuteten Öl- und Gasreserven, die eine wichtige Rolle für die künftige wirtschaftliche Entwicklung der Anrainer spielen könnten.

China beansprucht seit Kaisers Zeiten mehr als 80 Prozent dieses Seegebiets für sich. Begründet werden diese Ansprüche vor allem mit historischen Argumenten.⁴ Genau wie im Streit mit Japan um die Inselgruppen im Ostchinesischen Meer sammeln die chinesische Regierung und von ihr beauftragte Experten historische Daten und Fakten, die immer nur eines belegen sollen: «Das Gebiet war schon immer chinesisch und das wird es auch immer bleiben.» Diese Haltung ist mit aktuellen völkerrechtlichen Grundsätzen und Übereinkommen, wie zum Beispiel der auch von China ratifizierten Internationalen Seerechtskonvention von 1982, schwerlich in Übereinstimmung zu bringen. Die Philippinen (oder Vietnam oder Malaysia) können genau wie Japan im Ostchinesischen Meer historische Fakten anführen, die belegen, dass die Inselgruppen irgendwann einmal ihnen gehörten, und so ihre Ansprüche «historisch» rechtfertigen. Zu einer Lösung des Konflikts hat das bisher nicht beigetragen. Sich in diesem Zusammenhang auf historische Rechte zu berufen ist weder überzeugend noch zielführend. Schweden könnte mit gleichem Recht die Ostsee oder Italien das Mittelmeer für sich beanspruchen, weil ihre Kaiser oder Könige irgendwann einmal auch über Gebiete jenseits dieser Meere herrschten.

China stützt seine Argumentation auf die sogenannte Neun-Punkte-Linie (*nine-dash-line*), eine Demarkationslinie, die auf einer von der damaligen Kuomintang-Regierung 1947 veröffentlichten Karte eingezeichnet ist. Sie grenzte die von China beanspruchten Gebiete im Südchinesischen Meer ein. Nach dieser Linie reicht chinesisches Hoheitsgebiet rund 2.000 Kilometer nach Süden in das Südchinesische Meer hinein bis kurz vor die Küsten der jeweiligen Anliegerstaaten. Die Volksrepublik hat diese Auffassung nach ihrer Gründung übernommen und beruft sich bis heute darauf.

Mit wachsender wirtschaftlicher und militärischer Stärke ist China offensiv dazu übergegangen, seine Ansprüche auf den umstrittenen Inselketten auch zu demonstrieren und zu materialisieren: Neue Inseln wurden aufgeschüttet und vorhandene erweitert, eine Start- und Landebahn gebaut, auf der auch große Militärtransporter landen können, Radarstationen errichtet und andere militärische Anlagen installiert. Dadurch sind nicht nur die Beziehungen zu den Anliegerstaaten belastet, sondern auch wertvolle Korallenriffe zerstört worden und irreparable Schäden an der maritimen Umwelt entstanden, die auch in dem Haager Schiedsurteil angemahnt werden. Außerdem beklagen die Philippinen, dass heimische Fischer daran gehindert werden, in ihren angestammten Fanggebieten zu fischen.⁵ Vor zwei Jahren hatte eine chinesische Firma unter dem Schutz der chinesischen Marine eine Bohrplattform in die umstrittenen Inselgebiete geschleppt und dort Probebohrungen durchgeführt, was zu wütenden Protesten bis hin zu gewalttätigen Übergriffen auf chinesische Bürger in Vietnam führte. Die chinesische Flotte hat die Anzahl ihrer Schiffe in der Region erhöht; die chinesischen Fischer erhalten politische und materielle Unterstützung. Auf hoher See und an den umstrittenen Inseln und Riffs kommt es immer

wieder zu kleineren Scharmützeln, etwa wenn chinesische Fischerboote versuchen, Fischer anderer Länder aus den Fanggebieten zu verdrängen oder wenn Schiffe der Küstenwache des einen Landes Fischer des anderen attackieren.

Insgesamt hatten die Philippinen 2013 dem Haager Schiedsgerichtshof 15 Fragen vorgelegt, darunter zwei zentrale Fragen, die die Richter in Den Haag jetzt beantwortet haben: a) Wie begründet sind die historischen Ansprüche, die China auf die Inselgruppen und damit auf das gesamte Seegebiet erhebt und b) inwiefern sind die umstrittenen Inselgruppen als Inseln im Sinne der internationalen Seerechtskonvention zu bewerten, die territoriale Rechte und damit auch eine exklusive Wirtschaftszone (EWZ) von 200 Seemeilen rechtfertigen.

In dem ungewöhnlich eindeutigen Urteil wird den philippinischen Klägern in 14 der 15 Klagepunkte Recht gegeben. So wird unter anderem festgestellt, dass es «keine rechtliche Grundlage» dafür gebe, dass China «historische Rechte» auf die umstrittenen Inselgruppen im Südchinesischen Meer geltend macht. Und weiter, dass das, was da aus dem Meer ragt und zum Teil erst in den letzten Jahren von chinesischen Arbeitern und Soldaten künstlich zu Inseln aufgeschüttet worden ist, keine Inseln im Sinne internationaler Seerechtsbestimmungen seien. Daher rechtfertigten diese auch keine Ansprüche und ausschließliche Wirtschaftszonen im Sinne des internationalen Seerechts. Zudem hält das Urteil fest, dass das Mischief-Riff, ein Teil der Spratly-Inseln, eine Niedrigwasser-Bodenerhebung ist und damit nach internationalem Seerecht zum Festlandsockel der Philippinen gehört. Außerdem wird festgestellt, dass China durch den Bau künstlicher Inseln, seiner Erkundung von Öl- und Gasvorkommen in dem Gebiet sowie durch sein hartes Vorgehen gegen philippinische Fischer die legitimen Rechte der Philippinen verletzt hat.⁶

Auch wenn der Schiedsgerichtshof keine Handhabe hat, um die Umsetzung des Urteils zu erzwingen, so könnte der Spruch dennoch Signalwirkung entfalten: Neben China erheben die anderen Länder, die an das Südchinesische Meer angrenzen, ihrerseits territoriale und wirtschaftliche Ansprüche. Diese richten sich wiederum hauptsächlich an China, überlappen sich zum Teil aber auch untereinander.⁷ China hat das in der Vergangenheit genutzt, um die Anrainer und die anderen südostasiatischen Staaten gegeneinander auszuspielen. Gemeinsame Stellungnahmen, die den chinesischen Interessen zuwiderlaufen, sind deshalb bislang nicht zustande gekommen – nicht auf dem Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs europäischer und asiatischer Staaten (ASEM) im Juli 2016 im mongolischen Ulan Bataar oder beim jüngsten Außenministertreffen der ASEAN-Länder mit China im laotischen Vientiane.

WARUM LEHNT CHINA DEN SCHIEDSSPRUCH AB?

Die Regierung in Peking reagierte schroff ablehnend, gereizt und nervös auf den Schiedsspruch aus Den Haag: Chinesische Politiker und die Presse wiederholen unablässig, dass der Spruch null und nichtig sei und China sich unter keinen Umständen daran halten werde. «Unsere Souveränität und maritimen Interessen im Südchinesischen Meer werden niemals und unter keinen Umständen von sogenannten Schiedssprüchen beeinflusst werden», sagte der chinesische Präsident Xi Jinping.⁸ Flankiert wird diese Haltung von einer massiven Medienkampagne mit täglichen, ausführli-

Schiedsspruch zum Südchinesischen Meer Überlappende Gebietsansprüche



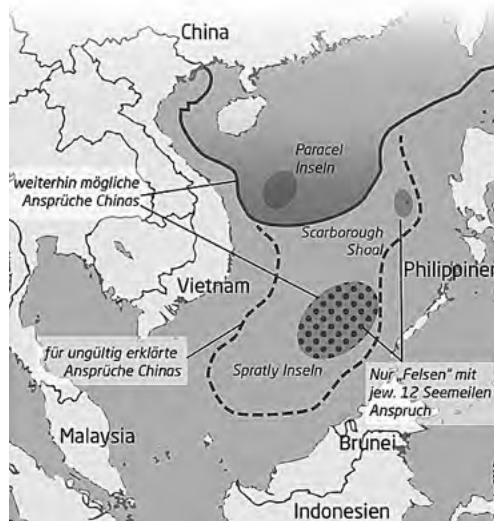
Quelle: Mercator Institute for China Studies (MERICS): China Update 14/2016, unter: www.merics.org/merics-analysen/wochenrueckblickchina-update/china-update-142016.html#c14350.

chen Berichten und Kommentaren auf allen Kanälen innerhalb und außerhalb Chinas.⁹

Am 13. Juli, unmittelbar nach Bekanntgabe des Urteils, veröffentlichte die chinesische Regierung ein Weißbuch, das die chinesischen Argumente darlegen und untermauern soll. Zusammengefasst heißt es darin, dass der ganze Streit eine innere Angelegenheit Chinas sei, die nicht in internationale Gremien gehört, sondern direkt mit den einzelnen Anrainern geklärt werden müsse. Weiter wird immer wieder darauf hingewiesen, dass China nicht auf seine souveränen Rechte im Südchinesischen Meer verzichten und «seine Inseln» weiter ausbauen werde. Zudem wird versucht, die Entscheidung als von außen beeinflusst darzustellen sowie die Unabhängigkeit und Glaubwürdigkeit des Haager Tribunals infrage zu stellen. Der ehemalige chinesische Außenminister und jetzige Staatsrat Yang Jiechi beschuldigte in einem Interview Japan, den Haager Schiedsspruch zuungunsten Chinas durch die Auswahl der Richter herbeigeführt zu haben.¹⁰ Außerdem ist erkennbar, dass China mit allen Mitteln die anderen Anliegerstaaten (vor allem Vietnam) davon abhalten will, sich ebenfalls an das Schiedsgericht in Den Haag zu wenden. Daher spricht die Regierung in Peking dem internationalen Schiedsgerichtshof pauschal das Recht ab, sich überhaupt mit dem Inselstreit im Südchinesischen Meer zu befassen. Und das, obwohl China zu den Unterzeichnerstaaten der internationalen Seerechtskonvention gehört, auf die die Einrichtung der Schiedsstelle zurückgeht. Beobachter werten diese Haltung als indirekte Drohung, das internationale Seerechtsabkommen von 1982 zu verlassen, falls es weiter «gegen China» angewendet wird. Außerdem wird immer wieder darauf hingewiesen, dass China bereit und in der Lage ist, seine Rechte auch militärisch zu verteidigen, wenn notwendig. Als erster Schritt wurde eine Flugkontrollzone über den umstrittenen Inseln und Riffs ins Gespräch gebracht.¹¹ Flugzeuge, die die Region überfliegen, müssten sich dann beim chinesischen Militär anmelden und könnten, wenn sie dies nicht tun, angegriffen werden.

Man wird als Beobachter den Eindruck nicht los, dass die Führung in Peking vor allem über die Tatsache erbost ist, dass der «kleine Nachbar» Philippinen es überhaupt gewagt hat, den «großen Nachbarn» im Norden mit dem Gang nach Den Haag herauszufordern. Damit hat aus Sicht Pekings die Re-

Chinas Ansprüche laut Schiedsspruch



gierung in Manila offenbar vor allem den Anspruch Chinas infrage gestellt, regionale Ordnungsmacht in Ost- und Südostasien zu sein – ein zentrales Element der neuen außenpolitischen Strategie der Regierung Xi Jinping. Damit stellt Manila aber auch die historische Rolle und Mission Chinas infrage, die politisch, wirtschaftlich und kulturell dominierende Macht in der Region zu sein, eine Überzeugung, die im Zentrum des Selbstverständnisses der chinesischen Gesellschaft steht und jahrhundertlang durch den chinesischen Kaiser verkörpert wurde: Als «Stellvertreter des Himmels auf Erden» empfing er nur Besucher, die vor ihm den Kotau machten, das heißt, auf die Knie fielen und die Stirn auf den Boden legten. Wer das tat, der konnte mit der – durchaus großzügigen – Gunst und Unterstützung Chinas rechnen. Wer allerdings «auf Augenhöhe» mit dem Kaiser kommunizieren wollte und den Kotau verweigerte, den traf der Zorn des Himmelssohns. Das Verhalten Pekings im Streit um das Südchinesische Meer erinnert heute wieder an diese Praxis: Ein unbotmäßiger Nachbar im Süden widerspricht China, verweigert den Kotau in Peking und lehnt es ab, die Angelegenheit mit dem großen Nachbarn im Norden direkt zu regeln.

Vieles spricht auch dafür, dass der Konflikt im Südchinesischen Meer in Peking vor allem aus der geostrategischen Perspektive gesehen wird: Den Philippinen wird unterstellt, dass sie nicht von allein auf die Idee mit dem Schiedsgericht gekommen sind, sondern dass die USA dahinterstehen, die daran interessiert sind, verloren gegangene strategische Positionen in Ost- und Südostasien wiederzuerlangen. Und das will China auf jeden Fall verhindern. Bereits jetzt patrouilliert die amerikanische Marine auf Wunsch der Regierung in Manila wieder im Südchinesischen Meer. Die USA wollen ihren früheren Marinestützpunkt Subic Bay wiederbekommen, den sie nach dem Ende des Vietnamkrieges aufgeben mussten und der nicht weit von den umstrittenen Inseln entfernt liegt. Vietnam sucht dem Druck aus dem Norden durch die Annäherung an den ehemaligen Erzfeind auszuweichen. Das Verhältnis der anderen ASEAN-Staaten zu den USA ist ebenfalls wieder enger geworden. Erst kürzlich haben die Pazifik-Anliegerstaaten ein Freihandelsabkommen, das Trans-Pacific Partnership Agreement (TPP), abgeschlossen, bei dem China gern dabei gewesen wäre, aber ausgeschlossen blieb. In Verbindung mit der angekündigten Stationierung eines neuen amerikanischen Raketenabwehrsystems (THAAD) in Südkorea fürchtet die Regierung in Peking eine neue «Eindämmungsstrategie» der USA (*containment*) und einen neuen Kalten Krieg in Asien.

LÖSUNG ODER ESKALATION – PERSPEKTIVEN UND AUSBLICK FÜR DEN KONFLIKT

Die harsche Reaktion Chinas auf den Richterspruch von Den Haag spricht dafür, dass eine schnelle Beilegung des Kon-

flikts nicht zu erwarten ist. Gleichzeitig kündigte die chinesische Regierung an, den umstrittenen Inselausbau weiter voranzutreiben.¹² Die chinesische Presse berichtete über die geplante Ausdehnung des chinesischen Mobilfunknetzes bis auf die Paracel-Inseln, auf denen Anfang Juli erstmals chinesische Linienmaschinen landeten, und über den Aufbau einer Flotte von Kreuzfahrtschiffen für die Region um die chinesische Ferieninsel Hainan.¹³

Damit steht der Streit um das Südchinesische Meer exemplarisch für die Neuausrichtung der chinesischen Außenpolitik: An die Stelle der seit den 1980er Jahren gültigen *Maxime*, die maßgeblich vom Architekten der Reformpolitik Deng Xiaoping geprägt wurde und der zufolge Konflikte zur Seite und das Gemeinsame in den Vordergrund gestellt werden sollen, ist eine proaktive Vertretung chinesischer Interessen getreten – gegebenenfalls auch mit Druck und unter Einsatz von Gewalt. Kennzeichneten bislang Unterstützung der Reformen und Entwicklung im Innern sowie Zurückhaltung in internationalen Krisensituationen Chinas Außenpolitik, so hat China unter der Regierung Xi Jinpings begonnen, die internationalen Beziehungen seinen geostrategischen und großmachtpolitischen Interessen unterzuordnen. Und dabei gilt wie für die Innen- auch für die Außenpolitik, dass im Zweifel immer das Recht (*rule by law*) dem Machterhalt geopfert wird, also der außenpolitische Machtanspruch über internationales Recht gestellt wird. Der damit verbundene Ansehens- und Vertrauensverlust wird im Glauben an die neue wirtschaftliche Stärke und an die neue internationale Rolle Chinas in Kauf genommen.

Denn die Veränderungen in der Wirtschaftspolitik sind nicht weniger gravierend: An die Stelle der seit den 1990er Jahren zu beobachtenden «stillen» wirtschaftlichen Expansion Chinas über seine Grenzen hinaus ist seit dem Amtsantritt Xi Jinpings eine offensive Expansion nach außen getreten. Seit Präsident Xi 2013 die sogenannte «One Belt, one road»- oder «Neue Seidenstraßen»-Initiative ausgerufen hat, verfolgt China eine bislang nicht gekannte, großangelegte und zentral koordinierte Wirtschaftsoffensive im Ausland. Mit Investitionen und wirtschaftlicher Zusammenarbeit expandiert China in ganz Asien bis an den Bosphorus und bis hinein in die Europäische Union. China stellt Milliarden für neue, modernisierte Handelswege nach Mittel- und Südostasien, für den Ausbau der Infrastruktur und der Grundstoff- bzw. Zukunftsindustrien zur Verfügung und es verstärkt den Handel und Austausch mit den umworbenen Ländern. Großzügige Hilfspakete und Unterstützung werden angeboten und im Gegenzug dazu langfristige Kooperation mit Unternehmen in den beteiligten Ländern erwartet. Damit soll auch ein verringertes Wachstum im Innern kompensiert und chinesischer Einfluss gesichert werden.

Damit wird klar: Im Inselstreit im Südchinesischen Meer geht es um mehr als um Inseln oder Sandbänke – vielmehr geht es um geostrategische Positionen im globalen Wettbewerb zwischen den Großmächten USA und China. Wer in Zukunft das Südchinesische Meer kontrolliert, kontrolliert eine wichtige Welthandelsroute, kontrolliert strategische maritime Ressourcen und Rohstoffvorkommen. China will und wird die einmal besetzten Positionen nicht (wieder) aufgeben und wähnt sich stark genug, dem Rivalen USA an dieser Stelle offen die Stirn zu bieten.

Eine Woche nach dem Haager Urteilsspruch empfing die chinesische Marineführung einen amerikanischen Vier-Sterne-General. Sie führte den USA ihre neuesten militärischen

Errungenschaften vor und betonte, dass der Ausbau der Inseln im Südchinesischen Meer weitergehen werde. Gleichzeitig war zu lesen, dass China bereit sei, «Krisen durch Regeln und Mechanismen zu kontrollieren und zu managen»,¹⁴ was als Zeichen dafür gewertet werden darf, dass die Tür für Gespräche weiter offengehalten werden soll. China ist im September 2016 Gastgeber des diesjährigen G20-Gipfels und wird versuchen zu vermeiden, dort wegen des Konflikts im Südchinesischen Meer offen kritisiert zu werden. Auf der China-ASEAN-Konferenz in Vientiane in Laos Ende Juli 2016 nutzte China seinen Einfluss auf Kambodscha und Laos, um eine Erwähnung des Haager Schiedsspruches in den Dokumenten des Treffens zu verhindern. Die beiden Länder haben keine direkten eigenen Ansprüche oder Interessen im Südchinesischen Meer und sind politisch und wirtschaftlich eng mit China verbunden. So kam es auf dem Treffen in Vientiane zu einer gemeinsamen Erklärung, in der es heißt, dass beide Seiten Zurückhaltung bei Aktivitäten üben wollen, die «zu einer Verschärfung oder gar Eskalation von Konflikten führen sowie Frieden und Stabilität beeinflussen könnten». Auf einer Pressekonferenz beharrte der chinesische Außenminister Wang Yi darauf, dass diese Formulierung nicht gegen China gerichtet sei. Die chinesische Regierung pocht weiter darauf, dass die Probleme durch Gespräche und Konsultationen der direkt beteiligten Länder auf Basis der historischen Fakten und in Übereinstimmung mit dem internationalen Recht gelöst werden müssen. Der Knackpunkt bleibt: Welche historischen Fakten welche Seite meint und auf welches Recht sich bezogen wird. Auf den Philippinen und in Vietnam wird man sich fragen, ob China auf dem Kotau der kleinen Nachbarn besteht oder internationales Recht anerkennt, wie es bei der UNO vereinbart und vom Schiedsgerichtshof in Den Haag präzisiert worden ist. Im Moment sieht es nicht danach aus.

Lutz Pohle ist seit 2008 Leiter des Auslandsbüros der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Peking, China.

1 Vgl. Permanent Court of Arbitration (PCA), Case N° 2013-19: In the Matter of the South China Sea Arbitration, unter: <https://pca-cpa.org/wp-content/uploads/sites/175/2016/07/PH-CN-20160712-Award.pdf>. **2** Vgl. auch: PCA, Pressemitteilung, 12.7.2016, unter: <https://pca-cpa.org/en/news/pca-press-release-the-south-china-sea-arbitration-the-republic-of-the-philippines-v-the-peoples-republic-of-china/>. **3** Vgl. Paul, Michael: Eine «Große Sandmauer» im Südchinesischen Meer, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin 2016, S. 7. **4** Vgl. China Adheres to the Position of Settling Through Negotiations the Relevant Disputes Between China and the Philippines in the South China Sea, White Paper of the State Council Information Office of the PRC, in: China Daily, 14.7.2016. **5** Diese Vorfälle haben 2013 schließlich die philippinische Klage am Schiedsgerichtshof in Den Haag ausgelöst. Vgl. Pressemitteilung, The South China Sea Arbitration, The Hague, 12.7.2016, S. 3. **6** Vgl. Permanent Court of Arbitration (PCA), Case N° 2013-19: In the Matter of the South China Sea Arbitration, unter: <https://pca-cpa.org/wp-content/uploads/sites/175/2016/07/PH-CN-20160712-Award.pdf>. **7** Siehe auch die sehr interessante Multimedia Dokumentation der Zeitung *South China Morning Post*, Juli 2016, unter: <http://multimedia.scmp.com/2016/southChinaSea/index.html>. **8** China Daily, 13.7.2016, S. 1. **9** Siehe u. a. Zhong Sheng: Tribunal acted as agent of external powers (chin), in: Renmin Ribao (People's Daily), 13.7.2016, oder: Shen Dingli: Unlawful award only raises regional tensions, in: China Daily, 14.7.2016. **10** State Councilor's interview on the so-called award by the Arbitral Tribunal for South China Sea Arbitration, in: China Daily, 16./17.7.2016. **11** Vgl. Air defense zone called option, in: China Daily, 14.7.2016. **12** Vgl. China will «never halt» island work, in: China Daily, 19.7.2016. **13** Vgl. South China Sea to get SOE cruises, in: China Daily, 21.7.2016. **14** Vgl. China «will never» halt island work, in: China Daily, 19.7.2016.

STANDPUNKTE 21/2016

Erschienen im August 2016

NIKLAS FRANZEN

OLYMPIA FÜR WEN?

BEIM MEGAEVENT IN RIO DE JANEIRO HAT DIE BEVÖLKERUNG
DAS NACHSEHEN

«Lebe deine Leidenschaft» lautet das Motto der 31. Olympischen Sommerspiele in Rio de Janeiro, bei denen zwischen dem 5. und 21. August 2016 über 10.000 AthletInnen aus aller Welt antreten und mehr als 500.000 BesucherInnen erwartet werden. Nach der Fußballweltmeisterschaft der Männer 2014 findet ein zweites Sportgroßevent innerhalb von kürzester Zeit in der Millionenmetropole statt. Die Olympia-Vorbereitungen haben die Stadt schon deutlich verändert. Aber während von offizieller Seite ein positives «Vermächtnis» für Rio de Janeiro beschworen wird, zeichnet sich ab, dass es die BewohnerInnen der Stadt sein werden, die die sozialen und finanziellen Kosten der Spiele tragen. Das vermeintliche «Fest der Nationen» verschärft die Spaltung von Stadt.

Der Jubel war groß, als das Internationale Olympische Komitee (IOC) am 2. Oktober 2009 verkündete, dass die Olympischen Spiele 2016 in Rio de Janeiro stattfinden werden. Mehrmals hatte sich die Stadt bereits um die Austragung der Spiele beworben – erfolglos. Nun schien die Lage perfekt: Die Wirtschaft boomte, Brasilien galt als aufstrebender Global Player. Die Treffen zwischen dem IOC und Brasilien wirkten «wie eine Hochzeit, die nicht schiefgehen kann.»¹

Sieben Jahre später ist alles anders. Das Land steckt in einer der schwersten Krisen seiner Geschichte. 2015 schlitterte Brasilien in die Rezession, die Inflationsrate kratzt 2016 an der Zehn-Prozent-Marke und die Arbeitslosigkeit kletterte fast auf ein Zehnjahreshoch. Mitte Mai 2016 wurde Präsidentin Dilma Rousseff vorübergehend suspendiert, ihre Rückkehr an die Macht ist unwahrscheinlich. Die Arbeiterpartei PT, der Rousseff angehört, und große Teile der brasilianischen Linken sprechen von einem «Putsch».² Interimspräsident Michel Temer von der unternehmerfreundlichen PMDB dürfte Ende August vom Senat bestätigt werden, obwohl laut Umfragen nur 14 Prozent der wahlberechtigten BrasilianerInnen seine Politik positiv bewerten. Drei seiner Minister mussten bereits aufgrund des Korruptionsskandals beim halbstaatlichen Ölkonzern Petrobras ihre Posten räumen.

Auch Rio de Janeiro trifft die Krise hart. Mitte Juni 2016 rief der Bundesstaat den «finanziellen Notstand» aus. Zahlreiche öffentliche Angestellte hatten seit Monaten keinen Lohn erhalten, Sicherheitskräfte drohten medienwirksam mit einem Streik während der Olympischen Spiele. Etliche Schulen und Universitäten sind geschlossen, Sozialprogramme wurden ausgesetzt, in Krankenhäusern fehlen Medikamente.

Den sozialen Engpass führen AktivistInnen auch auf die massiven Investitionen für die Olympischen Spiele zurück. Interimgouverneur Francisco Dornelles erklärte, dass die Spiele ein «großes Debakel» werden könnten. Sogar Bürgermeister Eduardo Paes, der sonst gebetsmühlenartig eine perfekte Sportveranstaltung voraussagt, sprach davon, dass Olympia «eine vergebene Chance» werden könnte. Als Reaktion auf den medial verstärkten «Katastrophenzustand» erklärte sich die brasilianische Bundesregierung dazu bereit, zusätzlich rund 800 Millionen Euro an die Stadt Rio zu zahlen, um die Durchführung des Megaevents zu garantieren. IOC-Präsident Thomas Bach sagte, dass die Olympischen Spiele «in schwierigen Zeiten eine Botschaft der Hoffnung sein werden».³ Allerdings ist die Hoffnung bei vielen BrasilianerInnen längst verfliegen: Eine Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Datafolha zeigte, dass 63 Prozent der BrasilianerInnen glauben, dass die Olympischen Spiele mehr Schaden anrichten, als Vorteile für ihr Land bringen werden.⁴

SCHÖNE NEUE STADT

Die Olympischen Spiele 2016 sind der Höhepunkt einer Reihe von sportlichen Großevents, die in den vergangenen Jahren in Rio de Janeiro stattgefunden haben: die Panamerikanischen Spiele 2007, die Militärspiele 2011, der Confed-Cup 2013 und die Fußballweltmeisterschaft 2014.⁵ In einem immer größer werdenden internationalen Wettbewerb der Metropolen bieten Megaevents den Städten die Möglichkeit, ihren Standortfaktor zu vermarkten und sich international zu profilieren. Zudem dienen die Veranstaltungen dazu, Veränderungen in der Stadt zu rechtfertigen und zu beschleunigen. So auch in Rio de Janeiro.

Bürgermeister Paes scherzte 2012 in einem TV-Interview: «Die Olympischen Spiele sind ein fantastischer Vorwand, um Rio zu verändern. Ich nutze die Olympischen Spiele jetzt für alles.»⁶ Die Stadt soll, ganz im neoliberalen Zeitgeist, attraktiv für InvestorInnen und TouristInnen gemacht werden. Stadtpolitik wird dabei zunehmend Kapitalinteressen untergeordnet. Rio de Janeiro bedient sich bei dieser Umgestaltung vor allem der Durchführung von Großprojekten im Rahmen von Public-Private-Partnerships (PPP). Dabei werden die Baukosten für Infrastruktur und Veranstaltungsorte von den Unternehmen übernommen, im Gegenzug wird öffentlicher Raum für den Bau von Immobilien frei- und Land an private Akteure abgegeben. Ganze Stadtteile werden so von privater Hand übernommen, wie beispielsweise in Barra da Tijuca.

Im Westen von Rio de Janeiro gelegen, erlebte das Viertel in den letzten 30 Jahren einen rasanten Bauboom und einen starken Bevölkerungszuwachs. Heute wird Barra da Tijuca aufgrund seiner breiten Straßen, gigantischen Einkaufszentren und bewachten Wohnanlagen auch das «Miami von Rio» genannt. In diesem Teil der Stadt wohnt überwiegend die weiße Mittel- und Oberschicht. Der Großteil der Sportveranstaltungen der Olympischen sowie der darauffolgenden Paralympischen Spiele wird hier stattfinden. Herz der Sportevents wird der an der Jacarepaguá-Lagune gelegene Olympische Park sein. Das 1,18 Millionen Quadratmeter große Gebiet wurde im Rahmen einer PPP an das Rio-Mais-Konsortium vergeben – ein Trio bestehend aus den Baumultis Odebrecht, Andrade Gutierrez und Carvalho Hosken. Vor allem Carlos Carvalho, Milliardär und Besitzer von Carvalho Hosken, dem mindestens zehn Millionen Quadratmeter Land in Barra da Tijuca gehören, dürfte von den steigenden Grundstückspreisen profitieren. Die Verbindungen zwischen den Bauunternehmen und der Stadtverwaltung sind ein offenes Geheimnis. Im vergangenen Wahlkampf unterstützten die Firmen den amtierenden Bürgermeister von Rio de Janeiro, Eduardo Paes, großzügig. Nach Olympia wird auf einem Großteil des Olympischen Parks ein neuer Stadtteil entstehen – das Konsortium kann dann über die Ausgestaltung des Geländes frei verfügen. Die Wohntürme im angrenzenden Olympischen Dorf werden nach dem Sportevent in 31 Luxuswohntürme umgewandelt. Elf Bauarbeiter konnten auf diesem Gelände im August 2015 aus sklavereiähnlichen Arbeitsbedingungen befreit werden. Auch auf anderen Baustellen wurden unhaltbare hygienische Zustände, fehlende Sicherheitsstandards und verspätet gezahlte oder niedrige Löhne bemängelt.

Die «Revitalisierung» des Hafengebiets ist ein weiteres Beispiel für eine Stadtpolitik, die sich primär an der Marktlogik orientiert. Das Projekt «Wunderbarer Hafen» soll aus der einst verfallenen Hafenregion eine glitzernde Tourismus- und Businesslandschaft machen. Das Gelände erstreckt sich mit fünf Millionen Quadratkilometern über fünf Stadtteile und ist damit größer als das Viertel Copacabana. Das einst öffentliche Gelände wurde privaten Akteuren im Rahmen einer PPP übergeben. Um die Umgestaltung mit den Olympischen Spielen zu rechtfertigen, war anfangs geplant, das Medienzentrum der Spiele hier einzurichten. Dieses ist mittlerweile allerdings auch in den Olympischen Park gezogen. Für die nächsten 15 Jahre bestimmt das Porto-Novo-Konsortium – bestehend aus Odebrecht, OAS und Carioca Engenharia – über die Gestaltung und Dienstleistungen in diesem Gebiet. Arme BewohnerInnen, die den Projekten im Wege stehen, werden vertrieben – mit aller Härte.

DEN SPIELEN IM WEG

Beispielhaft für die Entrechtung armer Bevölkerungsgruppen durch Sportevents ist die Vila Autódromo. Die kleine Favela in unmittelbarer Nachbarschaft zum Olympischen Park wurde vor mehr als 30 Jahren von FischerInnen und anderen GeringverdienerInnen gegründet. Anfang der 1990er Jahre sprach der Bundesstaat der Gemeinde ein formelles Nutzungsrecht der Grundstücke und ein 100-jähriges Bleiberecht zu. Trotzdem sollte die Vila Autódromo weichen, als klar wurde, dass Rio de Janeiro die Olympischen Spiele ausrichten wird – auch aufgrund von IOC-Richtlinien. Die Stadtverwaltung zog alle Register: über Entschädigungszahlungen und Versprechungen bis hin zu Drohungen und direkter Gewalt. Ein Großteil der BewohnerInnen verließ die Gemeinde, einige blieben und widersetzten sich. Aufgrund des Widerstands und der internationalen Aufmerksamkeit, den der Fall erregte, konnten die übrig gebliebenen Familien bleiben – vorerst zumindest.

Eduardo Paes erklärte, dass nur die Vila Autódromo als direkte Folge der Olympia-Vorbereitungen geräumt werde. Jedoch kam es auch in anderen Teilen der Stadt zu Vertreibungen. Die kleine Favela Metrô-Mangueira wurde mit der Begründung geräumt, einen Parkplatz für das Maracanã-Stadion auf dem Gelände bauen zu wollen. Im Hafengebiet wurden Familien vertrieben, die dort leerstehende Häuser besetzt hatten. In der Favela Morro da Providência, in Sichtweite des «Wunderbaren Hafens», wurden etliche Häuser für den Bau einer Seilbahn geräumt. Das 20-Millionen-Euro-teure Prestige-Projekt dient vor allem der Beförderung von TouristInnen. Die BewohnerInnen von Brasiliens erster Favela hatten gegen die Seilbahn protestiert und sich für eine funktionierende Wasser- und Abwasserversorgung eingesetzt.

Das WM-und-Olympia-Basiskomitee, ein Zusammenschluss von sozialen Bewegungen, geht davon aus, dass über 77.000 Menschen zwischen 2009 und 2015 aufgrund der Vorbereitungen für die Megaevents aus ihren Häusern vertrieben worden sind.⁷ Mehr als 4.000 Familien sollen als direkte Folge von Olympia ihre Häuser verloren haben, knapp 2.500 Familien sind davon bedroht. Oft werden die Räumungen mit geologischen oder umweltbedingten Risiken gerechtfertigt – Studien widerlegten das Risiko hingegen in vielen Fällen.

Der Räumungsprozess zeichnet sich in der Regel durch eine gnadenlose Missachtung der Rechte der BewohnerInnen aus. Die Betroffenen sind nicht nur mit fehlenden Informationen und Intransparenz konfrontiert, sondern auch von jeglicher Partizipation und Diskussion über den Urbanisierungsprozess, wie sie das Stadtstatut-Gesetz vorschreiben, ausgeschlossen. In vielen Fällen wurden BewohnerInnen durch Einschüchterungen dazu gezwungen, die Entschädigungszahlungen anzunehmen. Diese liegen in fast allen Fällen weit unter dem Marktwert und sind so niedrig, dass es praktisch unmöglich ist, sich in der Nähe des alten Wohnorts anzusiedeln. Die Wohnanlagen, die für geräumte Familien zur Verfügung gestellt werden, befinden sich bis zu 60 Kilometer vom Zentrum entfernt. Mangelnde Infrastruktur und Gewalt prägen diese peripheren Stadtteile. Die Wohnungen, die im Rahmen des staatlichen Wohnungsbauprogramms «Minha Casa, Minha Vida» bereitgestellt werden, sind klein und von schlechter Qualität. Zudem zerstören die Räumungen die Gemeinschaft in den Gemeinden.

Neben direkten Vertreibungen kommt es auch zu indirekten. In der Nähe vieler Sportstätten sind die Mieten und Prei-

se so massiv gestiegen, dass viele Familien ihre Häuser verlassen mussten.⁸

MOBILITÄT ALS PRIVILEG

Von offizieller Seite wird vor allem der Ausbau des Nahverkehrs als positive Folge der Olympischen Spiele für die Stadt genannt. Die Landesregierung sprach gar von einer «Revolution des Transports». Neben dem Schnellbussystem BRT und der Straßenbahn VLT wird pünktlich zum Start der Olympischen Spiele die U-Bahn-Linie 4 vorrübergehend eingeweiht. Allerdings konzentriert sich der Ausbau des öffentlichen Verkehrs auf bestimmte Gebiete – touristisch attraktive und wohlhabende Gebiete – und berücksichtigt nicht die Interessen der EinwohnerInnen. Ein Großteil der Bevölkerung von Rio de Janeiro wohnt im Norden der Stadt – der bleibt von den hochgejubelten Verkehrsprojekten ausgeschlossen. Ein ursprüngliches, von sozialen Bewegungen gefordertes U-Bahn-Projekt, das eine komplett neue Linie vorgesehen hätte, wurde verworfen. Beim Ausbau der U-Bahn sind außerdem dieselben Baufirmen beteiligt, die Bürgermeister Paes im Wahlkampf zahlungskräftig unterstützten und am meisten von der Urbanisierung und verbesserten Mobilität im Westen der Stadt profitieren. Die VLT-Straßenbahn, die am «revitalisierten» Hafengebiet entlangfährt, steuert vor allem Gebiete an, die für TouristInnen und InvestorInnen von Interesse sind. Mit dem Bau der Schnellbuslinie BRT, die auf vier separaten Trassen den Verkehrsfluss in der Stadt erleichtern soll, gingen zahlreiche Räumungen einher. Die BRT-Linien sind außerdem nicht geeignet, große Menschenmengen zu transportieren, und deshalb bereits jetzt überlastet: Die Busse sind überfüllt, es kommt zu Ausfällen. Schon eine Woche nach Eröffnung einer Bustrasse musste diese wieder geschlossen werden, weil eine Brücke einzustürzen drohte. Der Großteil der Bevölkerung ist daher weiterhin auf stundenlange Fahrten in überfüllten Bussen angewiesen.

MYTHOS DER PRIVATFINANZIERTEN SPIELE

Von offizieller Seite wird behauptet, dass der größte Teil der Investitionen für die Olympischen Spiele von privater Hand getätigt wurde. Allerdings entlarven Studien⁹ dies als Mythos und decken die versteckten Kosten der Spiele auf: So wurde etwa die Übergabe von Grundstücken an Baufirmen nicht in die offizielle Rechnung einbezogen, wie im Fall des gigantischen Olympischen Parks, der mehrere hundert Millionen Euro wert ist. Die Steuerfreiheit, die die AusrichterInnen genießen, wurde in den Ausgaben ebenso ausgeklammert wie die Entschädigungen, die an die BewohnerInnen der Vila Autódromo gezahlt wurden. Bestimmte Investitionen wurden schlicht verschwiegen, wie etwa die Kosten für den kürzlich fertiggestellte Pavillon 6. Instandhaltungs- und Folgekosten sind in der offiziellen Rechnung gar nicht enthalten, aber auch nach den Spielen wird Rio de Janeiro tief in die Tasche greifen und für die Aufrechterhaltung des Olympischen Parks rund 280 Millionen Euro an die zukünftigen VerwalterInnen des Geländes zahlen müssen.

Wie bereits bei der WM tragen also die brasilianischen SteuerzahlerInnen einen Großteil der Kosten, schätzungsweise werden es knapp 11 Milliarden Euro sein – die Ausgaben für Sicherheit nicht mit einberechnet. Damit ist Olympia fast 4 Milliarden Euro teurer als die WM 2014. Sicherheit über diese Zahlen gibt es allerdings nicht: Die Finanzen der Spiele zeichnen sich durch fast vollständige Intransparenz aus.

EVENT STATT SPORT

Durch die zunehmende Kommerzialisierung und Privatisierung der Megaevents bleibt der Sport oft auf der Strecke. Ein gutes Beispiel ist das Maracanã, das einst größte Fußballstadion der Welt und Symbol für den brasilianischen Sport. Hier werden die Eröffnungs- und Schlussfeier der Olympischen Spiele sowie Fußballspiele stattfinden. Im Jahr 2013 wurde das Maracanã privatisiert. Für die nächsten 35 Jahre verwaltet ein privates Konsortium das Stadion. Die Folgen sind bereits jetzt spürbar. Die Ticketpreise sind so rapide gestiegen, dass sich die armen Fans, die vorher einen Großteil der ZuschauerInnen ausmachten, den Eintritt nicht mehr leisten können. Eine Reihe von Richtlinien und Regeln wurde eingeführt: Stehplätze wurden abgeschafft, Fahnen sind verboten. Werbung ist hingegen omnipräsent. Aus dem einst «demokratischen» Raum des Stadions ist eine Eventarena mit dem Charakter eines Einkaufszentrums geworden. Von der Kommerzialisierung profitieren vor allem die Sponsoren und Vereine. Das Herz des Sports, nämlich die Fans, muss draußen bleiben. Zudem haben die umstrittenen Umbauarbeiten am Stadion die öffentliche Hand knapp 500 Millionen Euro gekostet.

Die Olympischen Spiele haben die Praxis befeuert, statt bestehende Anlagen zu nutzen, neue zu bauen. Öffentliche Sportstätten wurden geschlossen oder abgerissen, wie das Célio de Barros Leichtathletik-Stadion oder der Júlio Delamare-Aquapark. «Die Olympische Stadt zerstört Olympische Spielstätten»,¹⁰ stellt der Urbanist Carlos Vainer fest. NutznießerInnen sind wieder einmal die großen Baufirmen. Auch der Streit um den Olympischen Golfplatz veranschaulicht diese Entwicklung. Obwohl es bereits zwei Golfplätze in der Stadt gibt, entstand ein neuer Golfplatz in Barra da Tijuca – in einem Naturschutzgebiet. Der Vertrag, den Bürgermeister Eduardo Paes mit dem Billionär und Immobilienmogul Pasquale Mauro abschloss, erlaubt dem Unternehmer den Bau von 23 Luxusapartments in unmittelbarer Nachbarschaft zum Gelände. Wie auch bei anderen Olympischen Bauten profitieren hier GrundstückbesitzerInnen massiv von der Wertsteigerung des Gebiets.

STADT IM AUSNAHMEZUSTAND

Um den reibungslosen Ablauf der Olympischen Spiele zu garantieren, wurde ein gigantischer Sicherheitsapparat in der Stadt installiert. Mehr als 85.000 Sicherheitskräfte werden während der Spiele auf den Straßen von Rio de Janeiro patrouillieren.

Die Sicherheitsmaßnahmen zielen vor allem auf die Kontrolle der armen Gemeinden. Ab 2008 wurden in mehreren Favelas Stationen der sogenannten Befriedungspolizei (UPP) eingerichtet. Ziel war es, den Drogenhandel vor Beginn der Megaevents aus den Gebieten zu vertreiben. Die Aktionen konzentrierten sich aber primär auf Gebiete in der Nähe von reichen Vierteln und Sportstätten, um die ein regelrechter «Sicherheitsgürtel» gelegt wurde. Die groß angekündigten Sozialprogramme folgten nicht, dafür allerdings schwere Menschenrechtsverletzungen vonseiten der UPP. Für viele BewohnerInnen stellen sich die UPPs daher immer mehr als ein «militärisches Besetzungsregime» dar. Ziel ist es, nicht die Sicherheit der BewohnerInnen von Favelas zu erhöhen, sondern Kontrolle über die als Feind deklarierte arme, schwarze Bevölkerung auszuüben. Bis auf einige Ausnahmen gilt das UPP-Programm als gescheitert, die Konflikte zwischen Polizei und Drogenbanden sind tödlicher denn je.

Der «Krieg gegen die Armen» hat eine regelrechte Blutspur durch Rio de Janeiro gezogen: Seit 2009 wurden mehr als 2.500 Menschen von der Polizei getötet. Die große Mehrheit der Opfer ist schwarz, jung und männlich. Soziale Bewegungen sprechen von einem «Genozid an der schwarzen Bevölkerung». Nur in den wenigsten Fällen von Polizeigewalt kommt es zu Verurteilungen. Auch während der Olympischen Spiele können Sicherheitskräfte mit weitgehender Straffreiheit rechnen. Laut einem Anfang Juli im Eilverfahren in der Abgeordnetenversammlung verabschiedeten Gesetzesvorschlag sollen Verbrechen mit Todesfolge durch SoldatInnen während der Spiele vor einem Militärgericht und nicht, wie üblich, vor einem zivilen Gericht verhandelt werden. Linke Abgeordnete bezeichneten das Projekt als «Lizenz zum Töten». Bereits während der WM im Jahr 2014 hatte sich die tödliche Gewalt durch Polizeikräfte um 40 Prozent erhöht.¹¹ Soziale Bewegungen befürchten auch jetzt einen Anstieg von Polizeigewalt und Menschenrechtsverletzungen.

Auf Druck des IOC ist ein Olympisches Gesetz erlassen worden. Dieses räumt, wie bei der WM, SponsorInnen Exklusivität rund um die Sportstätten ein. Die Bannmeile für StraßenverkäuferInnen wird mit aller Härte durchgesetzt. Auch die Vertreibung von Obdachlosen hat sich in den Wochen vor Olympia intensiviert. Sie werden, oft mit massiver Gewalt, in menschenunwürdige Unterkünfte abgeschoben. Die Straßen von Rio de Janeiro sollen vor dem Megaevent «gereinigt» werden – Armut passt nicht ins Bild. Auch SexarbeiterInnen berichten von einer starken Behinderung ihrer Arbeit – obwohl ihr Beruf in Brasilien legal ist.

Soziale Bewegungen stellen sich derweil auf eine Welle der Kriminalisierung ein. Ende Februar 2016 verabschiedete der brasilianische Kongress, noch unter der mittlerweile suspendierten Präsidentin Rousseff, ein Antiterrorgesetz. KritikerInnen befürchten, dass auch soziale Proteste, von dem auf Druck des IOC bewilligten Gesetz, betroffen sein könnten. «Die Strategie des Staates ist eine Politik der Angst. Sie wollen, dass die Leute keinen Mut mehr haben, auf die Straße zu gehen und Kritik zu üben. Wir müssen uns auf massive Repression einstellen», sagt Julia Bustamante vom Institut PACS.¹²

AUSLAUFMODELL OLYMPIA?

Die Olympischen Spiele haben sich immer weiter von ihrer Grundidee entfernt. Der Sport spielt nur noch eine Nebenrolle. Olympia stellt sich als kommerzialisiertes, überdimensioniertes Megaevent und lukratives Geschäftsmodell dar. Das IOC übt massiven Druck aus und diktiert Gesetze, die oft im Widerspruch zur nationalen Gesetzgebung stehen. Die Veränderungen in den Städten werden ohne Rücksicht auf die EinwohnerInnen durchgeführt. Ein Mitspracherecht für die Bevölkerung gibt es in der Regel nicht. Die Profite konzentrieren sich bei einer kleinen Minderheit, und die Langzeiteffekte, mit denen die Spiele legitimiert werden, bleiben aus, wie Studien zu vorherigen Gastgeberstädten zeigen können. Oft bleiben die Städte sogar auf einem Schuldenberg sitzen. Auch lässt sich kein Anstieg des Tourismus feststellen.

Für Rio de Janeiro hatten bereits die Vorbereitungen zu den Olympischen Spielen katastrophale Folgen, und die angekündigten Versprechen wurden nicht eingehalten. Weder hat sich die Verkehrslage verbessert noch konnte die Gewalt eingedämmt werden. Ökologische Ziele, wie die Säuberung der Guanabara-Bucht,¹³ sind gescheitert. Die Umstrukturierung der Stadt und die großangelegten Bauprojekte haben

die Privatisierung von öffentlichem Raum vorangetrieben. Abgesehen von einigen Arbeitsplätzen, die zeitweise für die Spiele geschaffen wurden, kommen die Olympischen Spiele in keiner Weise der Bevölkerung zugute. Die soziale Spaltung der Stadt schreitet, auch aufgrund von Olympia, weiter voran. Allerdings hat sich ein breiter Widerstand gegen das Megaevent formiert. Auf vielfältige Weise widersetzen sich viele BewohnerInnen von Rio de Janeiro den «Spielen der Ausgrenzung». Vielleicht ist dieser Widerstand ein «Vermächtnis», das Olympia hinterlassen wird.

Niklas Franzen ist freier Journalist und ehemaliger Praktikant im Regionalbüro der Rosa-Luxemburg-Stiftung in São Paulo. Er forscht zu Wohnungslosenbewegungen in Brasilien. Im Juli hielt er sich in Rio de Janeiro auf.

Webseite des Regionalbüros der Rosa-Luxemburg-Stiftung in São Paulo: www.rosaluxspba.org

¹ Andersen, Jens Sejer/Rubio, Katia: IOC and Brazil. A Mutual Need For Hope, in: Bulletin Journal of Sport Science and Physical Education – Special Feature: The Olympics and Paralympics in Brazil: Who Takes the Prize?, S. 9–13. ² Dilger, Gerhard: Brasiliens Putschisten wollen die ganze Macht. Motive und Hintergründe für das Amtsenthebungsverfahren gegen Dilma Rousseff, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Standpunkte 7/2016 und Anderson, Perry: Krise in Brasilien: Die Anatomie einer Demontage, LuXemburg Online, Juni 2016, unter: www.zeitschrift-luxemburg.de/krise-in-brasilien-die-anatomie-einer-demontage/. ³ Siehe Endnote 1. ⁴ Conde, Paulo Roberto: Para 63% dos brasileiros, Olimpíada vai trazer mais prejuízos do que benefícios, in: Folha de São Paulo, 19.7.2016, unter: www1.folha.uol.com.br/esporte/olimpiada-no-rio/2016/07/1793059-para-63-dos-brasileiros-jogos-vao-trazer-mais-prejuizos-do-que-beneficios.shtml. ⁵ Vgl. Dilger, Gerhard/Fatheuer Thomas/Russau, Christian/Thimmel, Stefan: Fußball in Brasilien: Widerstand und Utopie. Hamburg 2014, unter: www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publicationen/VSA_Dilger_ua_Fussball_in_Brasilien.pdf. ⁶ Barabara, Vanessa: Brazil's Olympic Catastrophe, in: New York Times, 1.7.2016, unter: www.nytimes.com/2016/07/03/opinion/sunday/brazils-olympic-catastrophe.html. ⁷ Vgl. Comitê Popular da Copa e Olimpíadas do Rio de Janeiro: Olimpíada Rio 2016, os jogos da exclusão (Dossier des Basiskomitees zu Olympia), November 2015, unter: www.childrenwin.org/wp-content/uploads/2015/12/Dossie-Comit%C3%AA-Rio2015_low.pdf. ⁸ Burzywoda, Laura/Heine, Leonie/Heinrich, Moritz: Rio de Janeiro Cidade em Jogo. Umsiedlungen, Militarisierung und Proteste, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Juni 2016, unter: www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publicationen/Cidade_em_Jogo.pdf. ⁹ Instituto Políticas Alternativas para o Cone Sul (PACS): Rio Gastos. Quem paga a conta dos Jogos?, 6. Auflage, April 2016, unter: www.pacs.org.br/2016/04/29/quem-paga-a-conta-dos-jogos/. ¹⁰ Interview mit Carlos Väiner (im Erscheinen). ¹¹ Vgl. Brasil insiste nos erros da Copa do Mundo nas operações de segurança pública e arrisca comprometer legado das Olimpíadas 2016, Anistia Internacional, 2.6.2016, unter: <https://anistia.org.br/noticias/brasil-insiste-nos-erros-da-copa-mundo-nas-operacoes-de-seguranca-publica-e-arrisca-comprometer-legado-das-olimpiadas-2016/>. ¹² Franzen, Niklas: Versagen des Olympischen Modells, Nachrichten der Rosa-Luxemburg-Stiftung, 26.7.2016, unter: <https://www.rosalux.de/news/42507/versagen-des-olympischen-modells.html>. ¹³ Vgl. Russau, Christian: Parfümieren statt reinigen. Olympia im Zeichen einer von der Erdölindustrie verseuchten Guanabara-Bucht, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Standpunkte 8/2016.

TANJA GÄBELEIN

NOCH KONSERVATIV ODER SCHON RECHTSRADIKAL?

DER NEURECHTE ANTIFEMINISMUS DER AFD

Es ist eine besorgniserregende Entwicklung: Immer häufiger suchen konservative Gender-Gegner*innen den Schulterchluss mit Akteur*innen der radikalen Rechten. Die Partei Alternative für Deutschland (AfD) balanciert diesbezüglich schon länger auf einem schmalen Grat. Innerparteiliche Machtkämpfe, thematische Heterogenität und bewusste Veruneindeutigung verhinderten bisher eine klare Einordnung der Partei. Mit der Verabschiedung ihres Grundsatzprogramms aber hat die AfD eine Grenze überschritten. Ummantelt von konservativer Rhetorik wird hier aus antifeministischen Familienpolitiken und rassistischer Zuwanderungskritik eine antifeministisch-rassistische Bio- und Bevölkerungspolitik, mit der sich die AfD geschlechter- und familienpolitisch in der Neuen Rechten positioniert. Als solche bringt sie radikal rechte Positionen rhetorisch codiert in den gesamtgesellschaftlichen Diskurs ein und verschiebt so die Grenze des Sagbaren weit nach rechts. Diese Entwicklung muss im zukünftigen Umgang mit der Partei beachtet werden.

Begriffsklärung vorab: Was heißt hier «Rechtsradikalismus»?

Rechtsradikalismus bedeutet radikale (an die Wurzel gehende) Kritik an der aktuellen Verfasstheit von Gesellschaft und politischem System der BRD von rechts. Konkret sind damit antisemitische, rassistische, (hetero-)sexistische, trans*feindliche, *ableistische*,¹ völkische und autoritäre Einstellungen gemeint, die den Nationalsozialismus als Bezugspunkt nicht zwingend benötigen (wie die Neue Rechte). Dient Letzterer doch und in zentralem Maße als Referenzpunkt, kann von Neonazismus gesprochen werden.

Der Begriff Rechtsextremismus ist als politische Verortung (allerdings) abzulehnen. Geschaffen im Kontext des Verfassungsschutzes der BRD der 1970er Jahre, suggeriert er eine politisch vermeintlich harmlose «Mitte der Gesellschaft» in Abgrenzung zum «extremistischen Rand», der sowohl rechts als auch nach links bekämpft werden müsse.²

vermeintlich «alten» Rechten, zu ihrem Wirkungsfeld im Parlament, ihrer offenen Bezugnahme auf den Nationalsozialismus und ihrem aggressiven Auftreten.

Die Neue Rechte ist eine strategisch modernisierte Rechte, die neben der eher losen Form der Organisation vor allem das von Linken geprägte Hegemoniekonzept Antonio Gramscis übernahm. So zielt sie auf eine Intellektualisierung des Rechtsradikalismus im Sinne einer Unterlegung unverändert radikal rechter Inhalte mit vermeintlich rationalen Argumenten in mainstreamfähiger Rhetorik. Es geht dabei vor allem um eine Verschiebung des öffentlichen Diskurses hin zur Sagbarkeit rechtsradikaler Positionen – um die Erringung kultureller Hegemonie – vermittels der dann auch die politische Hegemonie erlangt werden soll. Als ihr primäres Handlungsfeld gilt daher die Publizistik und weniger die Parteipolitik. Neben der Berufung auf die «konservative Revolution» der Weimarer Republik und in Ablehnung der 68er-Bewegung und der vermeintlichen «politischen Korrektheit» ist vor allem Henning Eichbergs Konzept des Ethnopluralismus zentral für die Neue Rechte. Anknüpfend an den «ethno-différencialisme» Alain de Benoists der französischen Nouvelle Droite (der bereits in den 1990er Jahren von Étienne Balibar als «Rassismus ohne Rassen» bezeichnet wurde), ersetzt die ethnopluralistische Ideologie den «Rasse»-Begriff durch jenen der «Kultur». Das Konzept basiert auf der Annahme ethnisch homogener, volksgemeinschaftlicher Gesellschaften, die zwar nicht hierarchisch geordnet seien, zur Wahrung von Identität, Kultur und Frieden jedoch nicht vermischt werden

1 AKTUELLE ENTWICKLUNGEN: DIE AFD ALS PARTEI DER NEUEN RECHTEN

1.1 Was genau meint der Begriff Neue Rechte?

Die Neue Rechte ist eine politische Strömung, die sich als Gegenprojekt zur aufstrebenden Neuen Linken Ende der 1960er Jahre gründete und sich dabei zahlreiche linke Strategien aneignete. Mit dem parlamentarischen Scheitern der NPD suchte sie darüber hinaus die Abgrenzung zu dieser

dürften. In einem starren Freund*in-Feind*in-Schema bestimmt sich die Zugehörigkeit zur Gesellschaft allein über ethnisch-kulturelle Zuordnungen.³

Politisch ist die Neue Rechte ins rechtsradikale Spektrum einzuordnen. Trotz ihrer oft konservativen Rhetorik bleiben die Inhalte völkisch, autoritär und rassistisch. Die Bezugnahme auf die konservative Revolution statt des Nationalsozialismus sowie ihre diskursorientierte Strategie ändern daran nichts.

1.2 Die AfD als Partei der Neuen Rechten

Zahlreiche dieser neurechten Positionen und Strategien finden sich im Grundsatzprogramm der AfD. Dort warnt die Partei eindringlich vor der «Gefahr sozialer und religiöser Unruhen sowie des schleichenden Erlöschens der europäischen Kulturen» und fordert, «der Staat und die Zivilgesellschaft [müsse] die deutsche kulturelle Identität als Leitkultur selbstbewusst verteidigen». Auch wehrt sie sich vehement gegen das vermeintlich «ideologisch vergiftete[...] Klima der ›politischen Korrektheit‹». Sie lehnt Multikulturalismus und die emanzipatorischen Errungenschaften der 68er-Bewegungen ab und fordert gar, die vermeintliche «Verengung der deutschen Erinnerungskultur auf die Zeit des Nationalsozialismus [...] zugunsten einer erweiterten Geschichtsbetrachtung aufzubrechen, die auch die positiven, identitätsstiftenden Aspekte der deutschen Geschichte umfasst». Allein der parlamentarische Raum, in dem die AfD als Partei agiert, scheint nicht ins Bild der Neuen Rechten zu passen – ihre Art, dort vorzugehen, jedoch sehr wohl. Denn auch ohne Teil der Regierung zu sein, schafft es die AfD, öffentliche Diskurse und Politiken anderer Parteien nach rechts zu verschieben.⁴

Die Rechtsverschiebung der AfD selbst basiert auf Entwicklungen, die die Partei seit ihrer Gründung, insbesondere aber seit Beginn der Krise des europäischen Grenz- und Migrationsregimes in Deutschland durchlaufen hat. War der marktradikale Flügel um Bernd Lucke zu Hochzeiten der Euro- und Griechenlandkrise noch medial wie inhaltlich dominierend, setzte mit zunehmender Aufmerksamkeit für die Themen Migration und Asyl 2014/15 eine Diskurs- und Machtverschiebung innerhalb der Partei ein. Diese manifestierte sich unter anderem in einem offenen Brief führender National- und Wertkonservativer in der AfD an Lucke im Vorfeld des Bundesparteitages in Bremen Ende Januar 2015. Die Unterzeichner*innen forderten, die thematische Verengung der AfD auf Eurokritik zugunsten einer ethnopluralistisch begründeten Zuwanderungskritik aufzugeben. Zugleich entstand zudem der radikal rechte «Flügel» im nationalkonservativen Lager auf Basis der «Erfurter Resolution». Sie greift das «angepasste ›Technokratentum‹» Luckes an und fordert zum einen, dass es «keine Distanzierung von Pegida [...] gibt, zum anderen, dass die Partei [...] eine echte ›Widerstandsbewegung‹ bleibt».⁵ Die Auseinandersetzungen führten schließlich zu einem Machtkampf zwischen Lucke und Petry, der im Juli 2015 mit dem Austritt Luckes aus der AfD endete.

Seither kommt es innerhalb des «siegreichen» Flügels der Nationalkonservativen immer wieder zu Unstimmigkeiten zwischen Petry und Höcke aufgrund dessen offen neonazistischer Äußerungen. Die Parteivorsitzende erklärte jedoch, es handele sich um «Fragen des Stils». Es wird also nicht um den rechtsradikalen Inhalt, sondern um die von Petry angestrebte moderate Präsentation gerungen – in einem Kampf zwischen «alter» und Neuer Rechter.

Besonders sichtbar werden die rechtsradikalen Inhalte der AfD in ihren geschlechter- und familienpolitischen Forde-

rungen. Wie aber können rechtsradikale von konservativen Genderpositionen unterschieden werden? Einen sinnvollen Ansatz zur Abgrenzung rechtsradikaler Familien- und Geschlechterbilder wie auch deren Einfluss auf den Anti-Gender-Diskurs bietet Juliane Lang in ihrem 2015 erschienen Aufsatz «Familie und Vaterland in der Krise. Der extrem rechte Diskurs um Gender».⁶

2 ANTIFEMINISMUS ALS EINFALLSTOR FÜR DIE RADIKALE RECHTE

Ich folge Juliane Langs These, der zufolge die radikale Rechte seit Anfang der 2000er Jahre im «Kampf gegen den Genderismus» ein breit diskutiertes Thema gefunden hat, mit dem sie Anschluss an den gesamtgesellschaftlichen Diskurs finden konnte.

Radikal rechte Geschlechter- und Familienvorstellungen basieren auf der Grundkategorie rechtsradikaler Ideologien: der Volksgemeinschaft. Das biologistisch begründete Geschlecht funktioniert in dieser Gemeinschaft als sozialer Platzanweiser. Die Geschlechterrollen sind «komplementär entworfen und weisen Aufgaben(-sphären) zu».⁷ Während der Mann für die militärische Verteidigung und Politik zuständig ist, obliegt der Frau die Aufgabe des Erhalts der Volksgemeinschaft durch Reproduktion. Damit sind vor allem das Gebären und die Erziehung möglichst vieler weiß-deutscher Kinder gemeint. Geschlecht wird so zu einer zentralen identitätsstiftenden und ordnenden Kategorie innerhalb der Volksgemeinschaft, deren Auflösung gleichbedeutend wäre mit der Auflösung der Gemeinschaft an sich.

Diese Gefahr steht im Zentrum des radikal rechten Anti-Gender-Diskurses. Ein vermeintlich omnipotenter, staatlicher und/oder hegemonialer Feminismus zerrütete mit seinen gleichstellungspolitischen Maßnahmen das soziale Gefüge der Gemeinschaft. «Weltinnenpolitik und Multikulturalismus», «Umverteilung [...], Atomisierung des sozialen Gefüges, Zerstörung des Leistungsprinzips [und] Gebärstreik»⁸ seien die Folge. In diesem Sinne symbolisiert der Begriff «Gender» – als Gegenbegriff zur Volksgemeinschaft – eine Gesellschaft, in der feste Kategorien und Ordnungssysteme ihre Bedeutung verlieren, in der sich das vormals klar abgegrenzte «Wir» mit den «Anderen» vermischt und es zu einem allgemeinen gesellschaftlichen Niedergang kommt. Kulminierend im Krisenszenario vom Aussterben des deutschen Volkes wird eine «(Re-)Stabilisierung der traditionellen Gesellschafts- respektive Geschlechterordnung»⁹ eingefordert.

Etwa seit 2013/14 haben christlich-fundamentalistische und konservative Gender-Kritiker*innen den ursprünglich rechtsradikalen Begriff Genderismus übernommen. Damit hat die radikale Rechte Anschluss an die gesamtgesellschaftliche Debatte um Geschlechterverhältnisse im 21. Jahrhundert gefunden. Ideologische Versatzstücke der radikalen Rechten finden sich mittlerweile in zahlreichen Debatten um Geschlecht, Sexualität und Familienpolitik – sei es bei den «Besorgten Eltern», bei Pegida oder im Feuilleton namhafter Zeitungen. Die Basis dessen ist die Annahme der Bedrohung der heterosexuellen Mehrkinderfamilie durch das vermeintlich omnipotente Gender Mainstreaming, flankiert von den Gender Studies als «Instrument der Implementierung von Gender in der Gesellschaft».¹⁰

Wenn es derart viele Überschneidungen zwischen rechtsradikalen und nicht rechten Gender-Gegner*innen gibt, wie können sie dann voneinander abgegrenzt werden? Klar ist: Sie sind geeint im gemeinsamen Feindbild «Gender». Unter-

schiede zeigen sich erst in der positiven Formulierung des eigenen Wertehorizonts. So ist die konservative Gesellschaft pluralistischer als die rechtsradikale Volksgemeinschaft. Während für erstere zunächst die Ablehnung der «Gender-Theorien» wichtig ist, besteht letztere Ideologie auf Abstammung als unumgänglichem Zugehörigkeitskriterium. Außerdem beinhalten radikal rechte Anti-Gender-Positionen immer auch die Verknüpfung der antifeministischen Inhalte mit rassistischen Positionen. Diese Verknüpfung ist für konservative Antifeminist*innen weder notwendig noch typisch.¹¹ Anhand des kürzlich verabschiedeten Grundsatzprogramms der AfD lässt sich zeigen, dass die gender- und familienpolitischen Vorstellungen der AfD inhaltlich klar rechtsradikal einzuordnen sind und nur Rhetorik und Begründungsmuster vermeintlich konservativ bleiben.

3 DIE NEURECHTE GESCHLECHTER- UND FAMILIENPOLITISCHE AGENDA DER AfD

3.1 Neurechte Basis: Ethnopluralismus statt «Volksgemeinschaft»

Die Geschlechter- und Familienpolitik der AfD basiert auf «Ehe und Familie [...] als Keimzellen der bürgerlichen Gesellschaft, [die] den über Generationen gewachsenen gesellschaftlichen Zusammenhalt [garantieren]».¹² Diese vermeintlich konservative Losung der «Familie als Keimzelle der Gesellschaft» (die sich in dieser Formulierung übrigens auch in älteren Papieren der Unionsparteien findet¹³), dient der AfD als rhetorische Umschreibung der Familie als Basis der rechtsradikalen «Volksgemeinschaft». Denn wie bereits erwähnt, verfolgt die AfD in zentralem Maße das ethnopluralistische Ideal ethnisch (lies: «rassistisch») reiner Gesellschaften, das aber durch die vermeintliche aktuelle «Masseneinwanderung» bedroht sei. Sie beklagt den vermeintlich schleichenden Bedeutungsverlust von Kultur und Sprache für die deutsche Staatsbürgerschaft und geht im neuen Grundsatzprogramm so weit zu fordern, «den früheren Status Quo des Abstammungsprinzips (galt bis 2000) wieder einzuführen».¹⁴ Hier zeigen sich erste Tendenzen des angestrebten Ausschlusses von der Volksgemeinschaft, die in Zukunft weiter zu beobachten sind.

3.2 Die «natürliche Gemeinschaft»: Geschlecht als sozialer Platzanweiser

Ähnlich der rechtsradikalen Position funktioniert Geschlecht auch aus Sicht der AfD als sozialer Platzanweiser. So bildet die Familie der Partei zufolge eine natürliche Gemeinschaft, die familienpolitisch unterstützt werden müsse – etwa durch ein Familiensplitting, aber auch durch Beratung und finanzielle Unterstützung in Krisensituationen. Lebensmodelle wie das Alleinerziehen werden von der AfD nur mit einem Verweis auf die «gravierende[n] Nachteile für alle Beteiligten, insbesondere aber für die betroffenen Kinder»¹⁵ toleriert, während homosexuelle Lebensentwürfe im Grundsatzprogramm konsequent ignoriert werden. Denn die Organisation des Zusammenlebens in Form einer heterosexuellen Mehrkinderfamilie ist eine notwendige Voraussetzung für jene «traditionelle[n] Geschlechterrollen», die die AfD stärken möchte. Wie im rechtsradikalen Diskurs setzt auch die AfD auf vermeintlich «naturgegebene Unterschiede zwischen den Geschlechtern».¹⁶ Entsprechend soll die Rolle der Frau als Hausfrau und Mutter gestärkt werden, etwa durch die ideelle und materielle Anerkennung von elterlichen Erziehungsleistungen, die erhöhte Akzeptanz von familienbedingten Erwerbspausen und Teilzeitarbeit sowie der Berücksichtigung der Kinderzahl bei

der Rente. Zugleich fordert die AfD die «Rückkehr zur «Allgemeinen Wehrpflicht» – allerdings nur für die männlichen deutschen Staatsbürger zwischen 18 und 25 Jahren. Während die AfD also eine Stärkung der reproduktiven Rolle der Frau forciert, sollen sich die Männer wieder verstärkt auf eine mögliche Verteidigung des Vaterlandes vorbereiten. Heteronormative Zweigeschlechtlichkeit auf Basis der Lebensorganisation in einer heterosexuellen Mehrkinderfamilie erfüllt so auch bei der AfD eine identitätsstiftende und ordnende Funktion.

3.3 Feindbild im Anti-Gender-Diskurs: Der omnipotente Staatsfeminismus

Weitere Inhalte der radikalen Rechten bringt die AfD mit ihrem anti-etatistischen Bild des omnipotenten Staatsfeminismus in den gesamtgesellschaftlichen Diskurs ein. So klagt die AfD über «politische Indoktrination» und «Frühsexualisierung» in der Schule. Dahinter steht der Vorwurf, «[d]as klassische Rollenverständnis von Mann und Frau soll[e] durch staatlich geförderte Umerziehungsprogramme in Kindergärten und Schulen systematisch «korrigiert» werden».¹⁷ In rechtsradikaler Manier würde diese Auflösung von Geschlecht die (Volks-) Gemeinschaft nachhaltig schädigen: «Die zunehmende Übernahme der Erziehungsaufgabe durch staatliche Institutionen [...], die Umsetzung des «Gender-Mainstreaming»-Projekts und die generelle Betonung der Individualität untergraben die Familie als wertgebende gesellschaftliche Grundeinheit».¹⁸ Das Gendern verfolge parallel das Ziel der «Geschlechteraufhebung auch im alltäglichen Sprachgebrauch».¹⁹

3.4 Das Krisenszenario: «Demografische Fehlentwicklung» statt «Aussterben des deutschen Volkes»

Als Resultate dieser vermeintlichen staatlichen Umerziehung habe Deutschland eine zu hohe Rate an Abtreibungen und zugleich die niedrigste Geburtenrate in ganz Europa, die die AfD als «demografische Fehlentwicklung» bezeichnet. Hier zeigt sich die bevölkerungspolitische Ebene der AfD-Familienpolitik, die Alexander Gauland bereits 2014 in der neurechten *Jungen Freiheit* verteidigt hat.²⁰ Verbunden wird sie, und das ist eine neuere Entwicklung in der AfD, mit klar rassistischen Krisenszenarien einer «volkswirtschaftlich nicht tragfähigen [...] Masseneinwanderung» und der daraus folgenden «konfliktträchtigen Multi-Minoritätengesellschaft», die aus ethnopluralistischer Perspektive notwendig den «soziale[n] Zusammenhalt, das gegenseitige Vertrauen und die öffentliche Sicherheit [erodiert]».²¹ Waren in früheren Papieren der AfD sowohl der Geburtenrückgang als auch eine Kritik an der vermeintlich zu hohen Einwanderung einzeln für sich vorhanden, verbindet die AfD nun beide Punkte im Slogan «Mehr Kinder statt Masseneinwanderung». Zusammengenommen prophezeit die AfD einen «ethnisch-kulturellen Wandel», dem sie, neben der bereits besprochenen Stärkung heterosexueller Familien, mit einer zynisch formulierten «Willkommenskultur für Neu- und Ungeborene» begegnen will. Außerdem macht sie sich für eine klassistische Förderung junger Akademikerinnen als Mütter stark, etwa durch Erlassungen der Bafög-Rückzahlungen bei einer Schwangerschaft während des Studiums. Neben Rassismus spielt also auch Klassismus in der Bevölkerungspolitik der AfD eine wichtige Rolle, die aber bisher kaum benannt bleibt. In der konservativen Codierung als «demografische Fehlentwicklung» und «ethnisch-kultureller Wandel» spiegelt sich klar das rechtsradikale Krisenszenario des «aussterbenden deutschen Volkes» in der «Gender-Gesellschaft».

Abschließend wird klar: Die Geschlechter- und Familienpolitik der AfD entspricht in ihren Inhalten klar dem rechtsradikalen Vorbild. Zur Vermittlung dieser Positionen bedient sie sich jedoch einer weniger deutlich rechtsradikalen Sprache. Auf diese Weise codiert, verschiebt sie nach und nach die Grenze des Sagbaren im gesamtgesellschaftlichen Diskurs um Geschlecht, Familie, Sexualität und sexuelle Selbstbestimmung so weit nach rechts, bis auch rechtsradikale Positionen wieder Gehör finden.

4 WAS TUN? ÜBERLEGUNGEN ZU LINKEN GEGENSTRATEGIEN

Wie kommen wir nun von der Analyseebene zurück auf die politische Handlungsebene? Klar ist: Kontextlose Rechtsradikalismus-Vorwürfe an die AfD werden kaum die erwünschte Wirkung erzielen. Nichtsdestotrotz muss die politische Ausrichtung der Partei hin zum immer rechteren Spektrum als solche benannt und problematisiert werden. Nur so kann der definitorischen Rechtsverschiebung des als legitim geltenden Begriffs «konservativ» entgegengewirkt werden. Zur Vermittlung braucht es jedoch sowohl eine passende Form als auch überzeugende Begründungen.

Zu beachten ist zunächst, dass es sich bei der AfD um eine nach wie vor heterogene rechte Sammelbewegung handelt. Die starke Rechtsverschiebung ist ein Prozess, der nicht von allen Mitgliedern getragen wird, wie der Austritt Luckes zeigt. Deshalb können begründete Hinweise auf rechtsradikale bis neonazistische Kräfte Spaltungen innerhalb der Partei forcieren. Wichtig ist dabei aber, über die gefährlichen Tendenzen aufzuklären, statt pauschal alle Mitglieder als Rechtsradikale zu bezeichnen.

Dies gilt auch für den gesamtgesellschaftlichen Diskurs sowie für politische Parteien. Entgegen neuerer Stellungnahmen von Vertreter*innen von CDU/CSU und SPD darf es nicht zu einer Legitimierung rechtsradikaler AfD-Positionen kommen.²² Deren schleichende Übernahme ist bereits seit Längerem (etwa in Form von immer weiter reichenden Asylrechtsverschärfungen) zu beobachten. Dennoch braucht es statt einfacher Vorwürfe eine sachliche Argumentation zur politischen Einordnung der AfD. Diese muss an Beispielen konkretisiert werden und auch begründen, worin die Problematik derartiger Positionen besteht.

Besondere Beachtung sollte dabei das Geschlechter- und Familienbild der AfD finden, das bisher im öffentlichen Diskurs zumeist unterthematziert ist. Hier hat sich die AfD in besonderer Weise angreifbar gemacht, da sie von der reinen Abgrenzung von konstruierten Feindbildern hin zur Formulierung eines gemeinsamen Wertehorizonts übergegangen ist. Möglich und sinnvoll ist eine systematische Auseinandersetzung mit ihrem Geschlechter- und Familienbild, das die zunächst abstrakten arbeits-, sozial- und steuerpolitischen Forderungen nun in konkrete Umsetzungsszenarien übersetzt: Welche Gesellschaft stellt sich die AfD vor? Wer ist nicht gemeint, wenn sie von «Deutschland» spricht? Welche Einschränkungen und Verbote implizieren die Forderungen? Auf diese Weise lässt sich verständlich und anschaulich zeigen, dass die Forderungen der AfD nur einen sehr kleinen, exklusiven Kreis betreffen.

Parallel zum Aufzeigen des anti-freiheitlichen Geschlechter- und Familienbildes der AfD sollte dem Vorwurf entgegengewirkt werden, Feminist*innen wollten die heterosexuelle Mehrkinderfamilie und das Ernährermodell abschaffen. Hierfür kann der stark verkürzte Care-Begriff der AfD, die

Care-Arbeit zwar aufwerten, aber allein weiblichen Familienangehörigen aufbürden will, angegriffen werden. Es muss klargemacht werden, dass Care ein linksfeministisches Konzept ist, das eine gerechte Verteilung von Care-Arbeit für alle Geschlechter und den Aufbau der hierfür notwendigen sozialen und arbeitsrechtlichen Infrastruktur fordert. Neben unbezahlter Pflege- und Sorgearbeit in der Familie geht es also auch um entlohnte soziale Arbeit. Die wichtige und notwendige Debatte um Care muss so von der ideologischen zurück auf die materielle Ebene gebracht werden.

Mit Blick auf die sich nach wie vor rasant verändernden Prozesse im Kontext der AfD ist zugleich eine kontinuierliche analytisch-kritische Begleitung der weiteren politischen Entwicklung der Partei von links notwendig. Interessant bleiben hierbei vor allem die andauernden Kämpfe innerhalb der Partei hinsichtlich inhaltlicher Schwerpunktsetzung und Radikalität sowie deren Wirkung auf Politik und Gesellschaft. Neben der Verschränkung von Antifeminismus mit Rassismus sollte dabei auch die Verbindung zum Klassismus untersucht werden.

Schlussendlich müssen jedoch auch kritische Antworten auf das von der AfD adressierte gesellschaftspolitische Bedürfnis nach sozialem und politischem Rückhalt gefunden werden. Die Verortung in der Gesellschaft von links ist brüchig geworden. In diesem Sinne stellt sich die Frage: Wie können wir uns aus linker Perspektive eine offene Gemeinschaft vorstellen, die Raum für Zugehörigkeit und (moralischen wie sozialen) Rückhalt bietet und zugleich möglichst wenig exklusiv ist?

Tanja Gäbelein studiert Politikwissenschaften an der Freien Universität Berlin und arbeitet in Kooperation mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung zu den Themen Antifeminismus, AfD und Neue Rechte.

¹ Ableismus ist ein strukturelles Diskriminierungsverhältnis, in dem Menschen als nicht-/behindert konstruiert und kategorisiert werden. Mit dieser Einordnung verbunden ist die Abwertung als be-/hindert konstruierter und die Aufwertung als nicht-behindert konstruierter Personen. ² Für weitere Kritik am Extremismus-Begriff siehe Burschel, Friedrich: Auf ein Wort. Extremismus, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, 2. Auflage, Berlin 2012. ³ Vgl. Salzborn, Samuel: Rechtsextremismus. Erscheinungsformen und Erklärungsansätze, Baden-Baden 2015. ⁴ Diese und alle weiteren Zitate aus dem Grundsatzprogramm finden sich in: Alternative für Deutschland: Programm für Deutschland. Das Grundsatzprogramm der Alternative für Deutschland, beschlossen auf dem Bundesparteitag in Stuttgart am 30.4./1.5.2016. ⁵ Kemper, Andreas: «... die neurotische Phase überwinden, in der wir uns seit siebzig Jahren befinden». Zur Differenz zwischen Konservatismus und Faschismus am Beispiel der «historischen Mission» Björn Höckes (AfD), hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen, Jena 2016. ⁶ Vgl. Lang, Juliane: Familie und Vaterland. Der extrem rechte Diskurs um Gender, in: Hark, Sabine/Villa, Paula-Irene (Hrsg.): Anti-Genderismus. Sexualität und Geschlecht als Schauplätze aktuelle politischer Auseinandersetzungen, Bielefeld 2015. ⁷ Lang: Familie und Vaterland, S. 169. ⁸ Ebd. ⁹ Ebd., S. 172. ¹⁰ Ebd., S. 175. ¹¹ Ebd., S. 167–181. ¹² AfD Grundsatzprogramm, S. 40. ¹³ Vgl. Präsidium der CSU: Für die Privilegierung von Ehe und Familie, 5.3.2013, unter: www.csu.de/aktuell/meldungen/2013/maerz-2013/fuer-privilegierung-von-ehe-und-familie/. ¹⁴ AfD Grundsatzprogramm, S. 26. ¹⁵ Ebd., S. 44. ¹⁶ Ebd., S. 55. ¹⁷ Ebd. ¹⁸ Ebd., S. 41. ¹⁹ Ebd., S. 55. ²⁰ Gauland, Alexander: Neues Gleichgewicht, in: Junge Freiheit, 16.8.2014, unter: <https://jungefreiheit.de/debatte/kommentar/2014/neues-gleichgewicht/>. ²¹ AfD Grundsatzprogramm, S. 42. ²² Zur SPD vgl. Seisselberg, Jörg: Auseinandersetzung statt Attacke, tagesschau.de, 7.5.2016, unter: www.tagesschau.de/inland/scholz-afd-101.html. Zur CDU vgl. Interview mit Rainer Haseloff, Die Welt, 4.5.2016, unter: www.welt.de/politik/deutschland/article155022099/Politische-Korrektheit-macht-die-AfD-nur-staerker.html. <https://www.tagesschau.de/inland/scholz-afd-101.html>.

MURAT ÇAKIR

DIE NEUEN STÜTZEN DES AKP-REGIMES

WARUM GÄNGIGE LESARTEN DES PUTSCHVERSUCHES IN DER TÜRKEI VON LINKS HINTERFRAGT WERDEN MÜSSEN

Der Putschversuch vom 15. Juli 2016 und dessen Auswirkungen auf die türkische Politik haben eine Welle von Kommentaren ausgelöst, deren Wucht einen klaren Blick auf die Ereignisse verstellt. Viele Analysen und Kommentare – auch von Linken –, die vor Wunschdenken, Klischees und realitätsfernen Wahrnehmungen geradezu strotzen, werden der komplexen Lage in der Türkei nicht gerecht und tragen wenig zur Aufklärung bei. Mit den falschen Fährten, die von der interessegeleiteten Berichterstattung bürgerlicher Medien gelegt werden, wird es für die Öffentlichkeit immer schwieriger, die Hintergründe der aktuellen Entwicklungen in der Türkei nachzuvollziehen.

Als Beispiel für klischeehafte linke Kommentare könnte der jüngste Artikel von Sungur Savran dienen. Savran spricht allen Ernstes von einem «sich lange hinziehenden Bürgerkrieg zwischen zwei Seiten der Bourgeoisie». ¹ Im Kern sei «dieser Putsch ein Kampf zwischen dem Teil der herrschenden Klassen in der Türkei, der eine strategische Anbindung an den Westen» wolle, und «der wachsenden Fraktion der Bourgeoisie, die ihr Schicksal an Erdoğan gebunden» habe. Die «vormals provinzielle Bourgeoisie» habe «ein politisch-ökonomisches Programm der islamischen Einheit» hervorgebracht. Am Ende bescheinigt er Erdoğan, mit seinem Gegenputsch im «Bürgerkrieg innerhalb des Bürgerkrieges» eine Situation geschaffen zu haben, in der «er endlich «den Völkern» der Türkei seinen Willen aufzwingen» könne.

Diese oberflächliche Analyse passt zu der manipulativen Berichterstattung bürgerlicher Medien, die unisono in der «Erdoğan-Diktatur» eine «Abwendung vom Westen» sehen. Als ob vor dem 15. Juli die Türkei ein Hort der parlamentarischen Demokratie, der bürgerlichen Freiheiten und des Friedens gewesen wäre. Als ob das Regieren per Dekrete für die Türkei etwas völlig Neues wäre.

Angesichts der vielen irreführenden Einschätzungen bedarf es einer Intervention von links und die Beantwortung folgender Fragen: Wird sich die Türkei vom Westen entfernen? Bedeuten die Maßnahmen nach dem Putschversuch, dass eine islamische Diktatur unter Erdoğan installiert wird? Was wird aus der NATO-Mitgliedschaft? Gibt es einen «Bürgerkrieg» zwischen der «amerikanischen Opposition» innerhalb der türkischen Bourgeoisie und der «vormals provinziellen Bourgeoisie»? Ist das «politisch-ökonomische Programm der isla-

mischen Einheit» eine Alternative zum Neoliberalismus? Wie sehen die Perspektiven für die nahe Zukunft der Türkei aus?

STAATLICHE SOUVERÄNITÄT ALS HANDLUNGS-GRUNDLAGE IN DER VIELFACHKRISE

Es steht außer Frage, dass das AKP-Regime sich in einer Vielfachkrise befindet: Die ideologischen Grundlagen des türkischen Staates sind erodiert. Sowohl der Kemalismus als auch der politische Islam sind entzaubert und können die Rolle eines «Bindemittels» zwischen unterschiedlichen gesellschaftlichen Schichten nicht mehr jeweils allein ausfüllen. Auch die Metamorphose des kemalistischen Laizismus scheint rückgängig gemacht zu werden. ² Einige Beobachter sprechen sogar von einer neuen «Säkularisierungswelle», die bald beginnen werde. Der Putschversuch hat die Machtverhältnisse durcheinandergebracht. Daher spricht Erdoğan von der «notwendigen Neustrukturierung des Staates», womit jedoch keineswegs sein vormals favorisiertes Präsidialsystem gemeint ist. Auch wenn Erdoğan diese Pläne nicht gänzlich verworfen hat, so hat er doch erkennen müssen, dass deren Realisierung derzeit nicht möglich ist. In einer Situation der außenpolitischen Isolierung, des sich erhöhenden Drucks vonseiten der strategischen Partner und der Unterwanderung des Staatsapparates durch die Gülen-Bewegung ist das Regime gezwungen, die Macht mit der bürgerlichen Opposition zu teilen und Konzessionen zu machen. Denn die beabsichtigte «Neustrukturierung des Staates» ist mehr als die Neuordnung der Verhältnisse zwischen der Regierung und der militärischen Bürokratie beziehungsweise die Umgestaltung des Staatsapparates durch Neueinstellungen. Das AKP-Regime steht an ei-

ner kritischen Schwelle seiner Geschichte – die Kräfteverhältnisse, die ökonomische Lage, der Grad der Zugeständnisse, die Erdoğan zu machen bereit ist, die weitere Entwicklung in der Region, vor allem in Syrien, sowie die mögliche Erneuerung der strategischen Partnerschaften werden entscheiden, wie diese Neustrukturierung am Ende aussehen wird.

Die Türkei befindet sich in einer Umbruchphase, die durch die starken Strudel der multipolaren Spannungen der Region verkompliziert wird. Mit dem Rücken an der Wand, versucht das AKP-Regime in der selbstverursachten gefährlichen Situation der Vielfachkrise die staatliche Souveränität als Grundlage für ihr Handeln voll auszuschöpfen. Im April 2016 schrieb Axel Gehring dazu Folgendes: «Ein Faktum wird nur allzu gern übersehen: Die Türkei und namentlich die türkische Regierung ist nicht die «Handlangerin westlicher Interessen», wie vielleicht allzu schlicht gestrickte Antiimperialisten nahelegen. Sie ist vielmehr die Regierung eines souveränen Staates innerhalb und auf den Schultern der transatlantischen Ordnung. *Ihren* Nexus von EU-, IWF-Reformen und politischem Islam hatte sie innerhalb dieser Ordnung angesiedelt.»³ Erdoğans Beharren auf Souveränität führt eben zu den bekannten Missstimmungen aufseiten der strategischen Partner. Die USA und die EU wollen jeweils ihre Linien dem AKP-Regime diktieren, und dieses versucht, seine eigene Herrschaft abzusichern und Schadensbegrenzung zu betreiben. Aber eine Abwendung vom Westen ist nicht beabsichtigt.

«TÜRKISCH-RUSSISCHER FRÜHLING» ODER STRATEGISCHER SACHZWANG?

Für den türkischen Staat war Russland beziehungsweise früher die UdSSR ein wichtiges Faustpfand in ihren Beziehungen zum Westen. Selbst Republikgründer Mustafa Kemal stach mit der «russischen Karte» erfolgreich gegen England und Frankreich. Sowohl die UdSSR als auch die junge kemalistische Republik hatten gemeinsame Interessen: Beide mussten sich ihre innenpolitische Legitimität und die außenpolitische Anerkennung sichern, weshalb sie 1925 einen Freundschaftsvertrag abschlossen. Die «Freundschaft» währte bekanntlich nicht lange – die Türkei trat 1952 der NATO bei, aber immerhin wurde die türkische Schwerindustrie teilweise von der UdSSR aufgebaut.

In den 1990er Jahren intensivierten sich die Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Türkei und Russland. Bis zum Abschluss des russischen Jets am 24. November 2015 war Russland einer der wichtigsten Handelspartner der Türkei. Während russische Touristen bis 2014 für Einnahmen von durchschnittlich drei Milliarden US-Dollar im Jahr sorgten, die türkische Bauwirtschaft sich vieler Aufträge in Russland erfreute und die türkische Landwirtschaft ihre Exporterlöse vergrößern konnte, wurde die Türkei für Russland nach der EU zum zweitgrößten Energieabnehmer. Die Türkei bezieht rund 54 Prozent ihres Erdgasbedarfs aus Russland. Die Verschlechterung der Wirtschaftsbeziehungen nach dem 24. November 2015 ist die Türkei sehr teuer zu stehen gekommen. Die Tourismusbranche geriet an den Rand des Ruins, der Obst- und Gemüseexport ging um die Hälfte zurück und unabhängige Ökonomen bezifferten den Verlust der Türkei auf über sieben Milliarden US-Dollar.

Insofern war es eine logische Schlussfolgerung, dass Erdoğan die Wogen glätten musste. Das Erdoğan-Putin-Treffen am 9. August 2016 brachte zutage, dass die Wiederaufnahme der Wirtschaftsbeziehungen in beiderseitigem Interesse war: Russland behält seinen wichtigen Erdgaskunden,

kann den AKW-Bau in Akkuyu fortführen, das Gaspipeline-Projekt «Turkish Stream» weiter vorantreiben und den Preisanstieg auf dem inländischen Obst- und Gemüsemarkt drosseln. Und Putin machte deutlich, dass er, quasi als Gutmachung für den Abschluss des russischen Jets, von der Türkei erwartet, die Unterstützung für islamistische Terrorbanden zu beenden und sich für eine politische Lösung in Syrien einzusetzen. Erdoğan wiederum kann die türkische Exportwirtschaft und die Tourismusbranche beruhigen, aber viel wichtiger für ihn ist, dass er mit der «russischen Karte» seine Position gegenüber der NATO, den USA und der EU verbessern kann.

Ob das gelingt, ist noch offen, denn für Erdoğan und das AKP-Regime ist das Ganze eine verzwickte Sache. Putin sitzt am längeren Hebel. Die Wiederaufnahme der Beziehungen passt nicht in den Rahmen der derzeitigen Russland-Strategie der NATO und Erdoğan muss zugleich die Interessen seiner Partner in Saudi-Arabien und in den Golfkooperationsstaaten berücksichtigen. Außerdem muss er, ob er will oder nicht, die «Pakistaniisierung» des türkisch-syrischen Grenzgebietes verhindern, was an sich schwer zu bewerkstelligen ist. Die Gefahr des Terrorimports ist größer geworden. Russland wird die kurdischen Kräfte in Nordsyrien, die von der Türkei bekämpft werden, weiter unterstützen. Mehrfach von der AKP-Regierung gezogene «rote Linien» sind längst obsolet geworden. Und Erdoğan weiß, dass Putin sich bewusst ist, dass die Türkei ihre NATO-Mitgliedschaft nicht aufkündigt werden wird. Eine Aufnahme der Türkei in die Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit steht ebenfalls nicht zur Debatte. Eine geschwächte türkische Regierung in der NATO, die von ihren Partnern unter Druck gesetzt wird, ist für Russland eine viel bessere Option.

Trotz allem muss Erdoğan die Beziehungen zu Russland verbessern. Es ist ein strategischer Sachzwang, der zwar Risiken beinhaltet, aber keineswegs eine Abkehr vom Westen bedeutet. Allen Unkenrufen zum Trotz wird die Türkei ein fester Bestandteil des transatlantischen Bündnisses bleiben, von dem sie wirtschaftlich, strategisch, militärisch und auch politisch abhängig ist. Wie der stellvertretende Ministerpräsident Mehmet Şimşek es zutreffend formulierte: «Es kann manchmal sein, dass wir mit unseren westlichen Bündnispartnern und Freunden Meinungsverschiedenheiten haben, aber die Türkei entfernt sich nicht vom Westen und verzichtet nicht auf die Europäische Union.»⁴ Er muss es wissen, denn er ist zuständig für die Banken und war jahrelang Wirtschafts- und Finanzminister.

Außerdem sieht Erdoğan in Russland und Iran Verbündete, die seinen Verdacht, dass Kräfte in der NATO den Putschversuch unterstützt haben, teilen. Die Tatsache, dass Russland und Iran die ersten Staaten waren, die sich nach dem Putschversuch hinter die AKP-Regierung gestellt haben, deutet darauf hin, dass Erdoğans Verdacht mehr ist als eine Spekulation. Da auch Iran die Türkei als einen wichtigen Energieumschlagsplatz ansieht und seine Wirtschaftsbeziehungen zu ihr verbessern will, ist das Land neben Russland ein weiterer willkommenen Partner, was Erdoğan bei der Erneuerung der strategischen Partnerschaften mit dem Westen in die Waagschale zu werfen wissen wird.

BÜRGERKRIEG NICHT ZWISCHEN, SONDERN IM NAMEN DER TÜRKISCHEN BOURGEOISIE

Savran hat nicht unrecht, wenn er von einem «Bürgerkrieg» spricht. Dieser findet jedoch nicht zwischen den Kapitalfraktionen statt. Seit nunmehr fast 30 Jahren findet in

Nordkurdistan, also in den kurdischen Gebieten der Türkei, ein blutiger Bürgerkrieg statt – mit allen Mitteln eines asymmetrischen Krieges. In den letzten Jahren und insbesondere nach dem 7. Juni 2015 hat dieser an Schärfe zugenommen. Es ist ein schmutziger Krieg des türkischen Staates gegen die eigene kurdische Bevölkerung und zugleich ein Herrschaftsinstrument, um Widerstandspotenziale zu schwächen sowie die Spaltung der gesellschaftlichen Opposition voranzutreiben. Wer jedoch wie Savran die kurdische Befreiungsbewegung «im Bündnis mit dem US-Imperialismus» sieht,⁵ sucht die «Bürgerkriegsparteien» woanders.

Erdoğan hat lange Zeit die im Staatsapparat gut vernetzte Gülen-Bewegung gewähren lassen, um mit ihrer Hilfe die kurdische Befreiungsbewegung endgültig zu vernichten. Willkürjustiz, Feindstrafrecht, extralegale Hinrichtungen, Terror, Folter, Zwangsumsiedlungen und Zerstörungen von Ortschaften konnten den kurdischen Widerstand aber nicht brechen. Im Gegenteil: Dieses Vorgehen gegen die Kurden führte sogar dazu, dass unterschiedliche linke und sozialistische Parteien gemeinsam mit den legalen Teilen der kurdischen Bewegung ein Linksbündnis aufbauten, das die soziale Frage in den Vordergrund stellte und sich mit den unterschiedlichen Widerstandsherden solidarisierte, die sich überall im Land formiert hatten. Obwohl sie vorher nicht miteinander verbunden waren, bilden sie nun einen gesellschaftlichen Block gegen die neoliberale Wirtschaftspolitik der AKP. Der Widerstand der Tekel-Arbeiter gegen die Verschlechterung ihrer Arbeitsbedingungen Ende 2009, Anfang 2010 sowie der «Juni-Aufstand» rund um den Gezi-Park in Istanbul 2013 erschütterten das Regime. Während der kurdische Widerstand, auch mit Rückenwind aus Rojava, stärker wurde, stieß der Privatisierungs- und Gentrifizierungswahn der Regierung auf gesellschaftlichen Widerspruch. Der Machtkampf zwischen Erdoğan und der Gülen-Bewegung, der mit den Korruptionsvorwürfen im Dezember 2014 seinen Höhepunkt erreicht hatte, zermürbte das AKP-Regime trotz seiner Wahlerfolge weiter und so musste seine Macht mit immer autoritäreren Maßnahmen abgesichert werden.

In all dieser Zeit stand die türkische Bourgeoisie hinter dem AKP-Regime. Natürlich gab es auch immer wieder Interessenkonflikte: Während die sogenannten sunnitisch-konservativen Kapitalfraktionen, also die anatolischen Mittelständler, staatlichen Schutz vor der Konkurrenz der internationalen Monopole einforderten und die Präsidialsystempläne Erdoğan's unterstützten (diese Pläne waren quasi ein Protektoratsversprechen an diese Kapitalfraktionen), lehnte das türkische Großkapital im Verbund mit den internationalen Monopolen diese Pläne ab, weil sie darin eine unzulässige staatliche Intervention in die politische Form der Organisation kapitalistischer Konkurrenz sahen.⁶ Aber trotz dieser Interessenkonflikte hat die türkische Bourgeoisie dem Regime ihre Unterstützung weiter gewährt, da die AKP nicht nur einen Neoliberalismus par excellence umsetzte, sondern zugleich mit ihrer Islamisierungsstrategie die Zustimmung der sunnitisch-konservativen Mehrheitsbevölkerung für ihre Politik sichern konnte.

Auch die neoosmanischen Ambitionen des Regimes, als Regionalmacht den Nahen Osten unter Kontrolle zu bringen, waren im Interesse der Kapitalfraktionen und dienten gleichzeitig strategischen Zielen des Westens. Die neoosmanische Politik war aber nicht der Ausdruck eines «politisch-ökonomischen Programms der islamischen Einheit», sondern das Ergebnis des Drangs der türkischen Bourgeoisie nach Kapi-

talexport und Erschließung neuer Märkte, gleichzeitig auch ein Teil des erbitterten Kampfes um die regionale Hegemonie. Bekanntlich scheiterten diese imperialen Gelüste der AKP kläglich.

Der AKP und den sie unterstützenden Kapitalfraktionen ging es nie um eine Abkehr vom Westen. Es wäre auch ein aussichtsloses Unterfangen. Wie sollte eine gesamte Volkswirtschaft vom Westen abgekoppelt werden, wenn das traditionelle Konsumverhalten der Bevölkerung, die Produktion, die Zuliefererindustrie, der Export, der militärisch-industrielle Komplex, selbst entlegene Werkstätten auf den Import westlicher Güter angewiesen sind? Das türkische Kapital, insbesondere «die vormals provinzielle Bourgeoisie», war seit der Gründung der Republik immer prowestlich orientiert. Innerhalb der türkischen Bourgeoisie hat nie eine «amerikanische Opposition» oder eine «antiamerikanische Mehrheit» existiert. Der sunnitische Islam diente immer der Absicherung der Klassenherrschaft und der Festigung der Partnerschaften im transatlantischen Bündnis.

DIE AKP IST DIE PARTEI DER TÜRKISCHEN BOURGEOISIE

Der gescheiterte Putschversuch und die Umbrüche danach haben bewiesen, dass alle Kapitalfraktionen die AKP-Regierung als ihre Interessenvertretung betrachten und deren Maßnahmen unterstützen. Enteignungen von Unternehmern, die als «Gülenisten» beschuldigt werden, wird nicht widersprochen. Im Gegenteil: Vertreter des türkischen Großkapitals wie der Vorstandsvorsitzende der Ford Otomotiv AG, Ali Koç, besuchten Erdoğan nach dem Putschversuch demonstrativ in seinem Palast und signalisierten, dass sie und ihre internationalen Partner planen, noch stärker in der Türkei zu investieren.⁷

Erdoğan und seine Regierung nutzen den Ausnahmezustand, um über Dekrete mit Gesetzeskraft weitere kapitalfreundliche Maßnahmen umzusetzen, die im Parlament nur mit Konzessionen durchgegangen wären. Während zuallererst Streiks verboten und die Banken gezwungen wurden, die Kreditzinsen niedrig zu halten, werden mit umfangreichen Gesetzespaketen Tatsachen geschaffen, die sämtliche parlamentarische Kontrolle oder den Rechtsweg, etwa bei Privatisierungsvorgängen, außer Kraft setzen. So wird zum Beispiel derzeit versucht, per Dekret eine «Türkische Vermögensverwaltungs-AG» zu gründen, die von allen Steuern befreit wäre und die einen «Vermögensfonds Türkei» bilden soll, der dann dem Ministerpräsidenten unterstellt wird. Weder die Börsenaufsicht noch der Rechnungshof, geschweige denn das Parlament könnten diese AG kontrollieren. In den Fonds sollen 200 Milliarden US-Dollar fließen, um Großprojekte zu finanzieren, wie den Bau von Autobahnen, den Istanbul-Kanal («Zweiter Bosphorus»), den geplanten Großflughafen in Istanbul oder das AKW in Akkuyu. Sämtliche Projekte, die vom Finanzministerium eine Einnahmegarantie erhalten haben, sollen in den Verantwortungsbereich dieser AG fallen.⁸ Die Mittel für diesen Fonds sollen über eine noch weitere Auspressung der Lohnabhängigen gewonnen werden. Es sind Zwangsversicherungsprämien vorgesehen, Sonderabgaben, erhöhte Verbrauchersteuern etc. Das alles in einem Land, in dem Großunternehmen niedrigste Steuern zahlen und rund 70 Prozent des Staatshaushaltes über indirekte Steuern finanziert wird. Dazu kommen die längst beschlossenen Unternehmenssubventionen und die Investitionsförderungen, von der gesetzlichen Entmachtung der eh

schwachen Gewerkschaften ganz zu schweigen. Kurz: Das AKP-Regime hat für nationale und internationale Monopole paradisiische Zustände geschaffen und will mithilfe des Ausnahmezustandes dieses Paradies stärker schützen.

FAZIT

Die aktuelle Entwicklung in der Türkei bestätigt die Voraussage, dass die AKP kemalistische und ultranationalistische Kräfte als Koalitionspartner gewinnen will beziehungsweise gewinnen muss. Längst werden Gespräche mit der kemalistisch-nationalistischen CHP (Republikanische Volkspartei) und der neofaschistischen MHP (Partei der nationalistischen Bewegung) geführt. Während die frei gewordenen Stellen in Ministerien und Staatsunternehmen sowie im Militär-, Justiz- und Polizeiapparat von vormals geschassten Bürokraten, Kemalisten und Nationalisten besetzt werden, haben die AKP, die CHP und die MHP eine Verfassungsänderungskommission gebildet und dabei demonstrativ die linke HDP (Demokratische Partei der Völker) ausgeschlossen. Selbst der ehemalige Intimfeind von Erdoğan, der Vorsitzende der türkischen Anwaltskammern, Metin Feyzioğlu, ein ausgesprochen kemalistisch-nationalistischer Hardliner, erklärte nach seinem Besuch im Präsidentenpalast: «Wir können den großen Schaden, der unserem Staat zugefügt worden ist, gemeinsam beseitigen. [...] Die Terrororganisationen PKK und die Gülen-Bewegung werden von den gleichen Kräften unterstützt. [...] Wir werden nach Atatürks Losung «Wenn es um das Vaterland geht, dann ist alles andere Nebensache» handeln.»⁹ Demnach scheint festzustehen, dass der türkische Nationalismus und die offene Kurdenfeindlichkeit die tragenden Elemente der neuen großen Koalition sein werden.

Gleich nach Beginn der Säuberungswelle gegen die Gülen-Bewegung und deren vermeintliche AnhängerInnen wurden die Angriffe auf linke und kurdische Institutionen wiederaufgenommen. Die Tageszeitung *Özgür Gündem*, die mehrfach das Ziel von Bombenattentaten war und 89 getötete JournalistInnen zu beklagen hat, wurde zum wiederholten Male verboten. Mehrere JournalistInnen, darunter die bekannte Schriftstellerin Aslı Erdoğan, wurden verhaftet. Vier Wochen nach dem Putschversuch ging es wie gewohnt weiter – diesmal mit Unterstützung der beiden bürgerlichen Oppositionsparteien. Erdoğan benötigt diese Unterstützung, da die AKP-Regierung trotz Parlamentsmehrheit nicht in der Lage ist, Stabilität zu schaffen, im Inneren um Legitimation kämpft und darum ringt, dem immensen politischen Druck von außen etwas entgegenzusetzen. Selbst der 15. Gründungstag der Partei wurde, obwohl vor Monaten große Feierlichkeiten angekündigt worden waren, lediglich mit einem bescheidenen Pflichtprogramm vor der AKP-Zentrale in Ankara begangen.¹⁰

Mehrere Wochen nach dem Putschversuch kann Folgendes konstatiert werden: Erdoğan's Präsidialsystempläne sind vorerst auf Eis gelegt worden. Es spricht vieles dafür, dass demnächst eine «Regierung der nationalen Einheit» mit der Teilnahme beziehungsweise Duldung von CHP und MHP gebildet wird und Verfassungsänderungen anstehen. Es spricht auch einiges dafür, dass das System des kemalistischen Laizismus erhalten bleiben wird. Kurz- oder mittelfristig wird sich die Türkei den westlichen Diktaten beugen müssen und so die strategischen Partnerschaften erneuern. Das parlamentarische System wird wohl Bestand haben, aber außer kosmetischen Retuschen ist keine weitere Demokratisierung zu erwarten. Möglicherweise wird die Lösung des

westlichen «Erdoğan-Problems» auf die nächsten Präsidentschaftswahlen vertagt werden.

Auch wenn eine faschistisch-islamistische Diktatur vorerst abgewendet scheint und dies durchaus als positiv zu bewerten ist, werden sich Chancen für emanzipatorische Kämpfe, Demokratisierungsschritte und Frieden nicht von selbst ergeben. Diese müssen erkämpft werden. Auf die Hilfe der EU oder die europäischen Regierungen zu hoffen, dafür gibt es keinen Anlass: Solange am derzeitigen kapitalistischen Verwertungssystem und an einer Zusammenarbeit in dem Kriegsbündnis NATO festgehalten wird, solange können sich die Herrschenden in der Türkei der Unterstützung aus dem Westen sicher sein.

Für linke und demokratische Kräfte in der Türkei und in Kurdistan gilt es weiterhin, die gewaltige Herausforderung zu meistern, ein breites gesellschaftliches Bündnis für Demokratisierung, soziale Gerechtigkeit und für eine friedliche Lösung der kurdischen Frage aufzubauen. Erste Anzeichen dafür machen Hoffnung: Die Gewerkschaftskonföderationen DISK und KESK, Vereinigungen von ArchitektInnen, IngenieurInnen und ÄrztInnen, linke und sozialistische Parteien, darunter die EMEP (Partei der Arbeit) und HDP, die «Juni-Bewegung», Volkshäuser, die HDK (Demokratischer Kongress der Völker), der Menschenrechtsverein und zahlreiche alevitische Organisationen haben Mitte August 2016 gegen den Putschversuch und das Vorgehen der AKP-Regierung eine politische Plattform gebildet und erklärt, dass sie «ihre Kräfte gegen Faschismus, gegen Putsche und gegen Ausnahmezustände bündeln» wollen.¹¹ Der Türkei wäre es zu wünschen, dass aus diesem Bündnis eine Kraft entsteht, die in der Lage ist, eine gerechte, friedliche und demokratische Zukunft der Türkei zu gestalten.

Murat Çakır ist Leiter des Regionalbüros der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Hessen, Publizist sowie Mitglied der Redaktion der Zeitschrift *Infobrief Türkei* und des Herausgeberkreises der Zeitschrift *Marxistische Blätter*.

¹ Savran, Sungur: Der Krieg zweier Putsche in der Türkei, August 2016, unter: www.zeitschrift-luxemburg.de/der-krieg-zweier-putsche-in-der-tuerkei. ² Siehe <http://murat-cakir.blogspot.com.tr/2016/05/die-metamorphose-des-kemalistischen.html>. ³ Gehring, Axel: Die Türkei vor einem Putsch?, April 2016, unter: www.zeitschrift-luxemburg.de/die-tuerkei-vor-einem-putsch/. ⁴ Siehe www.dunya.com/ekonomi/ekonomi-diger/simsek-turkiye-batidan-kopmuyor-308985h.htm. ⁵ Siehe <http://gercekgazetesi.net/ulusal-sorun/kurtlerin-dostlari-kimlerdir>. ⁶ Siehe Babacan, Errol: Die Türkei nach den Wahlen – Politischer Autoritarismus und kapitalistische Dynamiken, 25.6.2015, unter: <http://infobrief-tuerkei.blogspot.com.tr/2015/06/die-turkei-nach-den-wahlen-politischer.html>. ⁷ Siehe Bericht der Tageszeitung *Cumhuriyet* vom 13. August 2016, S. 9. ⁸ So hat z.B. das Konsortium, das die Osman-Gazi-Brücke gebaut hat, eine tägliche Einnahmegarantie für 40.000 Durchfahrten erhalten. Derzeit wird die Brücke höchstens von 5.000 Fahrzeugen benutzt. Die Garantie läuft in 22 Jahren aus. Die Gebühr für eine Durchfahrt beträgt um die 35 US-Dollar. ⁹ Siehe <http://t24.com.tr/haber/metin-feyzioglu-devletimiz-buyuk-hasar-aldi-elimizi-uzattik-uzatilan-eli-de-tuttuk,355611>. ¹⁰ Siehe <http://aa.com.tr/tr/politika/ak-partinin-15-kurulus-yildonumu-sade-bir-programla-kutlandi/628515>. ¹¹ Siehe www.birgun.net/haber-detay/gucbirliigi-platformu-fasizme-darbelere-ve-ohal-e-karsi-guclerimizi-birlestiriyoruz-123794.html

HANA AMOURY / YOSSI BARTAL / TSAFRIR COHEN

DIE «GEMEINSAME LISTE» UND PROGRESSIVE POLITIK IN ISRAEL

Die neugegründete «Gemeinsame Liste» – ein Wahlbündnis, das sehr unterschiedliche Positionen, von sozialistischen bis zu liberalen und islamisch-konservativen, einschließt – ist ein spannendes politisches Projekt der palästinensischen Minderheit in Israel.¹ Sie ist nicht nur für die israelische Politik von Bedeutung, sondern potenziell auch für die gesamte Region des Nahen Ostens. Mit einem Ergebnis von 10,6 Prozent der Stimmen bei den letzten nationalen Wahlen und 13 Sitzen in der Knesset stellt die Gemeinsame Liste seit 2015 die drittgrößte Parlamentsfraktion. Nach dem ersten Jahr ihres Bestehens ist es an der Zeit, eine Bilanz zu ziehen. Inwieweit ist dieses einzigartige Bündnis in der Lage, angesichts eines fortgesetzten Rechtsrucks und antidemokratischer Entwicklungen im Land progressive Anliegen voranzutreiben?

Alarmiert von Meinungsumfragen, wonach dem Likud eine Niederlage drohte, hatte sich Israels Premierminister Benjamin Netanjahu im Vorfeld der vorgezogenen Parlamentswahlen im März 2015 direkt mit einer Warnung an die jüdische Öffentlichkeit gewandt: «Arabische Wähler gehen in Massen in die Wahllokale, linksorientierte Organisationen bringen sie in Bussen dorthin.»² Damit wollte er Angst vor der palästinensischen Minderheit in Israel schüren. Mit Erfolg: Viele unentschlossene rechte WählerInnen ließen sich damit anscheinend an die Urnen locken und der Likud ging als eindeutiger Gewinner aus diesen Wahlen hervor.

Netanjahus Äußerung ist in eine umfassendere Kampagne einzuordnen, die darauf abzielt, die palästinensischen StaatsbürgerInnen Israels und ihre gewählten VertreterInnen zu delegitimieren. Seit 2009 setzt seine Regierung alles daran, deren politische Grundrechte wie Rede- oder Meinungsfreiheit zu beschneiden, etwa durch ein Gesetz, das das öffentliche Gedenken an die Nakba, die massenhafte Flucht und Vertreibung der PalästinenserInnen während der Gründung des Staats Israel (1947–1949), unter Strafe stellt. Wiederholten Versuchen, ein direktes Verbot von arabischen Parteien durchzusetzen, konnte nur durch den Obersten Gerichtshof Einhalt geboten werden. 2014 hatte die Netanjahu-Regierung bereits eine verschärfte Sperrklausel für die Knesset (von 2,0 auf 3,25 Prozent der abgegebenen gültigen Stimmen) durchgesetzt, ganz offensichtlich, um damit den Wiedereinzug von VertreterInnen verschiedener arabischer Wahllisten zu verhindern.

Diese beschlossen, diesen Verschärfungen mit der Bildung eines bis dahin nie dagewesenen parteiübergreifenden Bündnisses zu begegnen und mit diesem bei den Knesset-Wahlen 2015 an den Start zu gehen: der sogenannten Ge-

meinsamen Liste. Beteiligt daran sind die arabisch-jüdische sozialistische Chadasch/al-Jabha (Demokratische Front für Frieden und Gleichheit), in der die Kommunistische Partei Israels eine führende Rolle spielt, die sozialdemokratisch gefärbte und palästinensisch-national ausgerichtete Balad/al-Tadschamu (Nationales demokratisches Bündnis), die konservative Islamische Bewegung (südlicher Flügel) sowie die liberale Ta'al (Arabische Bewegung für Veränderung), die vor allem durch ihren charismatischen Vorsitzenden Ahmad Tibi bekannt ist.

Die Entscheidung dieser politisch unterschiedlichen Parteien, sich zusammenzurufen, schien angesichts der erhöhten Prozhürde unbedingt geboten. Ferner hatten Meinungsumfragen gezeigt, dass 85 Prozent der palästinensischen Bevölkerung in Israel solch einen Zusammenschluss von allen nicht zionistischen Parteien befürworteten. Bei parlamentarischen Abstimmungen hatten diese in der Vergangenheit zudem fast immer an einem Strang gezogen, wenn es etwa um die Rechte der palästinensischen Minderheit, Bürgerrechte oder soziale Fragen ging.

Es meldeten sich allerdings auch skeptische Stimmen in den beteiligten Parteien zu Wort. Über Jahrzehnte hinweg waren Chadasch, Balad und die Islamische Bewegung politische Gegner gewesen. Themen wie die Repräsentation von Frauen, die Sichtbarkeit christlicher Praxen oder weltlicher Kulturen in der Öffentlichkeit oder LSBTTIQ-Rechte³ hatten immer wieder zu heftigen Kontroversen geführt. Manche fürchteten, die Bildung einer gemeinsamen Liste könnte als opportunistisch gedeutet werden. Einwände gab es insbesondere in den Reihen der Chadasch, wo man sich Sorgen um die Zukunft der jüdisch-arabischen Partnerschaft machte, einem Eckpfei-

ler des eigenen Parteiprogramms, der in der neuen Liste mit einer überwiegend arabischen Beteiligung in den Hintergrund zu rücken drohte. Während sich einige führende Persönlichkeiten bei der Chadasch explizit gegen eine Beteiligung an der Gemeinsamen Liste aussprachen, stimmte die überwältigende Mehrheit der Mitglieder auf einem Parteitag dafür.

DIE WAHLKAMPAGNE – ZWISCHEN VOLKSFRONT UND NATIONALER EINHEIT

Die Verhandlungen über die Bildung einer Gemeinsamen Liste hatten begonnen, nachdem im Dezember 2014 – als Ergebnis einer Krise der Regierungskoalition – überraschend Neuwahlen angesetzt worden waren. Bis Ende Januar 2015 mussten sich alle an der Gemeinsamen Liste beteiligten Parteien die Zustimmung ihrer Mitglieder einholen und sich auf ein gemeinsames Programm sowie eine Kandidatenliste einigen. Unumstritten waren Forderungen nach voller Gleichstellung der palästinensischen Israelis, nach Rückzug Israels aus den seit 1967 besetzten Gebieten, nach Anhebung des Mindestlohns und einer Überwindung jeglicher Form von Rassismus in der israelischen Gesellschaft. Es wurden aber auch solche Forderungen aufgenommen, zu denen sich Mitglieder der Islamischen Bewegung nur schwer öffentlich bekennen konnten, darunter die vollständige Gleichstellung von Frauen in allen Lebensbereichen und eine klare Ablehnung religiös begründeter Konflikte. Als die größte der vier beteiligten Parteien konnte Chadasch durchsetzen, dass ihr gerade neu gewählter Vorsitzender, Ayman Odeh, die Gemeinsame Liste anführt. Die säkulare Linke (Chadasch und Balad) stellte neun der KandidatInnen auf den vorderen 15 Listenplätzen (vier kamen aus der Islamischen Bewegung, zwei aus der Ta'al). Zudem belegt die Diversität der KandidatInnen (darunter zwei Frauen, zwei ChristInnen, zwei Beduinen, ein Druse und ein Jude), dass es sich hierbei um ein nicht sektierisches und gegenüber feministischen Anliegen offenes Bündnis handelt.

Die Ad-hoc-Bildung der Gemeinsamen Liste bedeutete erhebliche Herausforderungen. In den nur sieben Wochen, die bis zum Urnengang blieben, musste ein Wahlkampf in zwei Sprachen geführt und koordiniert werden. Da sich die inhaltlichen Differenzen nicht einfach in Luft auflösten, kam es anlässlich einiger unwichtiger organisatorischer Unstimmigkeiten zu emotional aufgeladenen Auseinandersetzungen, die das Image der Einheit gefährdeten. Um dem entgegenzuwirken, nahmen daraufhin an allen Wahlveranstaltungen immer VertreterInnen von mindestens zwei zur Gemeinsamen Liste gehörenden Parteien teil. Zusätzlich sorgte eine lebhaftige Kampagne in den sozialen Netzwerken, der sich Hunderte Freiwillige mit ihren eigenen kreativen Initiativen angeschlossen, für ein Gefühl der Gemeinsamkeit.

Was den Erfolg des Projekts zwischenzeitlich am stärksten infrage stellte, war ein grundsätzlich unterschiedliches Verständnis vom politischen Charakter der gemeinsamen Wahlliste. Der eine Ansatz, der vor allem von Chadasch-Mitgliedern propagiert wurde, sah in der Gemeinsamen Liste eine breite antirassistische Front und suchte die Zusammenarbeit mit den zionistischen Mitte-links-Parteien, um eine machtpolitische Alternative zu der gefährlich nach rechts gerückten Netanjahu-Regierung aufzubauen. Die meisten Mitglieder von Balad und der Islamischen Bewegung verstanden die Gemeinsame Liste wiederum als einen nützlichen Schritt zur Förderung der kulturellen und politischen Autonomie der PalästinenserInnen in Israel und lehnten deshalb Verbindungen mit zionistischen Mitte-links-Parteien strikt ab. Der junge Vor-

sitzende der Gemeinsamen Liste, Ayman Odeh, der vorher in der jüdischen israelischen Öffentlichkeit völlig unbekannt war, verkörpert in seinen öffentlichen Auftritten klar die mehr «auf Integration ausgerichtete» Tendenz, wobei er sich oft auf Martin Luther King Jr. als Vorbild beruft. In seinen zahlreichen Interviews im Vorfeld der Wahlen bediente er sich sehr stark eines bürgerrechtlichen Diskurses und betonte die Forderung nach einer vollkommenen Gleichstellung der palästinensischen Israelis und die Möglichkeit eines friedlichen Zusammenlebens der verschiedenen Bevölkerungsgruppen. Odeh erwies sich bald als populäre Persönlichkeit und erhielt häufig Einladungen zu hebräisch-sprachigen TV- und Radiosendungen. Es gelang ihm auch, die Aufmerksamkeit ausländischer JournalistInnen auf sich zu ziehen, von denen viele auf die unverkennbare Ähnlichkeit in Stil und Inhalt mit der HDP (Demokratische Partei der Völker) in der Türkei und deren Vorsitzenden Selahattin Demirtaş hinwiesen.

Ein zentraler Punkt bei Odehs Wahlkampfauftritten war die Darstellung der Gemeinsamen Liste als Antwort auf den wachsenden Rassismus in der israelischen Gesellschaft. In einer aufsehenerregenden Fernsehdebatte schlug er Arieh Deri, dem Vorsitzenden der religiösen Schas-Partei, die in Anspruch nimmt, die Interessen der Mizrachim – der aus muslimisch geprägten Ländern Asiens und Afrikas stammenden jüdischen Israelis – zu vertreten, eine Kooperation vor. Er bot ihm an, zum Wohl aller «übersehenen» Bevölkerungsgruppen in Israel – damit sind arabische Menschen, aus Äthiopien stammende Israelis, migrantische Arbeitskräfte, Frauen etc. gemeint – zusammenzuarbeiten und rief zu einer breiten Koalition aller Unterdrückten auf. Damit positionierte Odeh die Gemeinsame Liste als ein Bündnis, das jede Art von Diskriminierung bekämpft und nicht nur als Repräsentantin der palästinensischen Israelis. Odehs Auftritte und Schwerpunktsetzungen riefen jedoch Unbehagen unter palästinensischen AktivistInnen hervor, vor allem unter Mitgliedern von Balad. Sein wenig konfrontatives Auftreten in öffentlichen Diskussionen wurde von einigen als Schwäche gedeutet. Seine Art, wie er über die Diskriminierung der palästinensischen Bevölkerung sprach sowie über die Notwendigkeit, die Besatzung zu beenden, ohne ständig die Legitimität der zionistischen Ideologie grundsätzlich infrage zu stellen, brachte ihm Popularität unter liberalen jüdischen Israelis ein, während er damit die radikaleren antizionistischen Mitglieder der Gemeinsamen Liste verprellte.

Es war nicht einfach, mit diesen widersprüchlichen Ansätzen umzugehen. Deswegen konzentrierte man sich auf die Gemeinsamkeiten. Der zentrale Slogan für den arabischsprachigen Wahlkampf lautete dementsprechend: «Der Wille des Volkes». Es wurde betont, wie wichtig es ist, der palästinensischen Minderheit in Israel eine stärkere parlamentarische Vertretung zu verschaffen. Dafür war es allerdings notwendig, die Menschen davon zu überzeugen, von ihrem Wahlrecht überhaupt Gebrauch zu machen. In den letzten 20 Jahren ist die Wahlbeteiligung unter palästinensischen Israelis kontinuierlich zurückgegangen, viele waren enttäuscht von der politischen Wirkungslosigkeit der wenigen in der Knesset vertretenen arabischen Abgeordneten. Die Gemeinsame Liste sah die einmalige historische Chance, mit vereinten Kräften zur drittgrößten Fraktion im nationalen Parlament zu werden. «Wir schaffen 15» – gemeint sind damit 15 Knesset-Mandate – lautete dementsprechend einer ihrer zentralen Wahlkampflogans. Es sollte sich zeigen, dass dies durchaus eine realistische Option war.

EIN BEDEUTENDER SIEG – DIE GEMEINSAME LISTE ALS GAME CHANGER IN DER KNESSET?

Trotz weitverbreiteter Ressentiments gegen die Likud-Partei und ihre Sozialpolitik erwies sich Netanjahus extrem polarisierender Wahlkampf als erfolgreich. Es gelang ihm, seine Wählerbasis zu mobilisieren und damit seiner Partei ein Viertel der Parlamentssitze zu sichern. Die Ergebnisse der anderen rechten Parteien gewährleisteten den Fortbestand der Regierung Netanjahus und machten jede Hoffnung auf eine Mitte-links-Koalition, die die Gemeinsame Liste eventuell hätte unterstützen können, zunichte.

Angesichts solch bedrohlicher Entwicklungen fand das gute Ergebnis der Gemeinsamen Liste relativ wenig mediale Aufmerksamkeit. Dabei war es ihr gelungen, die Wahlbeteiligung der israelischen PalästinenserInnen von 57 auf beachtliche 64 Prozent zu erhöhen und 85 Prozent der Stimmen in den mehrheitlich arabischen Ortschaften auf sich zu versammeln. Allerdings blieb der Anteil der jüdischen WählerInnen (weniger als 2 Prozent) weit hinter den Erwartungen zurück. Die Gemeinsame Liste errang am Ende nicht 15 Sitze, wie im Wahlkampf versprochen, sondern 13 (von insgesamt 120). Das machte sie trotzdem zu einem maßgeblichen Akteur in der Knesset, der über mehr Einflussmöglichkeiten verfügt als jede parlamentarische Vertretung der palästinensischen Israelis jemals zuvor. Als zweitgrößte oppositionelle Fraktion spielt sie eine entscheidende Rolle in der Oppositionsarbeit. Unter anderem bekam sie den Vorsitz des Knesset-Ausschusses zur Förderung von Frauen zugesprochen. Vorsitzende dieses Ausschusses ist seit letztem Jahr Aida Touma-Suleiman, eine feministische Aktivistin und Mitglied von Chadasch. Damit hat zum ersten Mal in der Geschichte Israels ein(e) palästinensische(r) Staatsbürger(in) die Kontrolle über einen ständigen Knesset-Ausschuss mit tatsächlichen Gesetzgebungsbefugnissen. Als Vorsitzende des Knesset-Ausschusses konnte Touma-Suleiman feministische Kämpfe von der Perspektive mehrfach diskriminierter Gruppen aus präsentieren und Themen auf den Tisch bringen, die nie zuvor im Ausschuss behandelt worden waren, darunter zum Beispiel die Auswirkungen der Abrisse von Häusern in den besetzten Gebieten auf Frauen und Kinder, die Situation auf Entbindungsstationen, wo palästinensische und jüdische Frauen getrennt voneinander behandelt werden, sowie das Thema sexuelle Gewalt vonseiten der Polizei. Dass sie in der Lage war, im Parlament Aufmerksamkeit auf «allgemeine» Frauenfragen zu lenken und dabei die spezifischen Anliegen von palästinensischen Frauen, Frauen aus der Arbeiterklasse und von LSBTTIQ zu thematisieren, zeugt von dem großen Potenzial der Gemeinsamen Liste, Israels herrschender Segregationspolitik entgegenzutreten.

Doch der wahrscheinlich größte Erfolg, den sich die Gemeinsame Liste zuschreiben kann, ist die Zustimmung der Regierung zu einem Haushaltsplan, demzufolge in den nächsten fünf Jahren rund 3,5 Milliarden Euro in Projekte in mehrheitlich von arabischen Menschen bewohnten Kommunen fließen sollen. Damit soll die soziale Kluft zwischen der palästinensischen und der jüdischen Bevölkerung in Israel verringert werden. Dass der Plan Ende 2015 trotz massiver Einwände einiger Regierungsmitglieder verabschiedet werden konnte, ist dem Engagement von Mitgliedern der Gemeinsamen Liste, des Komitees der arabischen Bürgermeister und einigen linken NGOs zu verdanken.

Die Tatsache, dass es die Gemeinsame Liste gibt, hatte noch weitere positive Auswirkungen auf die palästinensische Gesellschaft in Israel. So hat die Annäherung von zuvor

verfeindeten politischen Gruppierungen Kampagnen gegen Waffengewalt und insbesondere gegen Gewalt gegen Frauen gestärkt. Nachdem die Organisatorin des ersten Frauen-Marathons in der arabischen Stadt Tira Morddrohungen von fundamentalistischen Islamisten erhalten hatte und auf ihr Auto geschossen worden war, konnte umgehend ein Solidaritätsbesuch von Mitgliedern aller an der Gemeinsamen Liste beteiligten Parteien, einschließlich der Islamischen Bewegung, organisiert werden. Die Existenz der Gemeinsamen Liste ebnete auch den Weg, direkten Kontakt mit konservativen Kreisen aufzunehmen und mit ihnen ins Gespräch zu kommen. So berichtet Aida Touma-Suleiman, wie die Zusammenarbeit mit der Islamischen Bewegung es ihr als feministischer Kommunistin zum ersten Mal ermöglicht habe, mit Beduinenfrauen zusammensitzend und ihnen zuzuhören, was vorher in den sehr religiösen Bevölkerungskreisen des Negev unvorstellbar gewesen sei.

Auch unter den jüdischen AnhängerInnen regte die Gemeinsame Liste eine parteipolitisch übergreifende Zusammenarbeit an. Dies drückt sich zum Beispiel in der Gründung einer neuen Gruppe aus, der «Partnerschaft zwischen Mizrachim und Palästinensern». Diese Gruppe progressiver AktivistInnen und Intellektueller hat sich der Gemeinsamen Liste angeschlossen, um den Kampf gegen die Diskriminierung der aus Asien und Afrika stammenden jüdischen BürgerInnen mit dem palästinensischen Kampf für gleiche Rechte zu verbinden.

EINHEIT BEWAHREN IN ZEITEN DES AUFRUHRS

An der jüngsten Gewaltwelle in den besetzten palästinensischen Gebieten, die auf Israel übergeschwappt ist, waren auch junge palästinensische Israelis beteiligt. Zwar handelt es sich dabei um relativ wenige Fälle,⁴ doch haben sich daraufhin die arabisch-jüdischen Beziehungen in Israel weiter verschlechtert. So ist es in Israel in letzter Zeit mehrfach zu mobartigen Angriffen auf Menschen gekommen, die für palästinensisch gehalten werden. In sozialen Netzwerken und in von Regierungskreisen unterstützten öffentlichen Kampagnen werden Menschenrechtsorganisationen, linke AktivistInnen und Mitglieder der Gemeinsamen Liste als Gefahr für die innere Sicherheit dargestellt. Unterdessen ist die Führung der Arbeitspartei immer weiter nach rechts gerückt, hat ihr Engagement für eine Zweistaatenlösung hintangestellt und fordert ein härteres Vorgehen des Militärs gegen die palästinensische Bevölkerung in den besetzten Gebieten.

Die Eskalation der Gewalt und die brutale Reaktion der israelischen Armee haben heftige öffentliche Diskussionen ausgelöst. Speziell die Mitglieder der Gemeinsamen Liste bekamen dabei den geballten rechtspopulistischen Zorn zu spüren. Nach einem Treffen von Balad-Mitgliedern mit Familien von getöteten palästinensischen Angreifern, das dazu dienen sollte, die Rückgabe der Leichen ihrer Kinder für die Beerdigung zu koordinieren, forderte Netanjahu, ihnen sofort das Mandat zu entziehen. Umgehend wurde ein neues Gesetz verabschiedet, das einer parlamentarischen Mehrheit den Ausschluss von Abgeordneten aus der Knesset ermöglicht. Auf diese böartigen Angriffe, darunter auch Gewaltdrohungen gegen Abgeordnete,⁵ hat die Gemeinsame Liste bisher mit Entschlossenheit und Einigkeit reagiert. So hat Ayman Odeh die Balad-Mitglieder vorbehaltlos verteidigt. Er drohte mit dem Rücktritt aller Abgeordneten der Gemeinsamen Liste, sollte nur eine oder einer von ihnen aus dem Parlament ausgeschlossen werden.

SCHLUSSBEMERKUNGEN

Entgegen vieler kritischer Prognosen, die ihren Zerfall unmittelbar nach den Wahlen vorhergesagt haben, stellt die Gemeinsame Liste heute in Israel eine erfolgreiche Plattform für linke Politik dar – und das trotz des verstärkten politischen Drucks von rechts. Vor allem angesichts des enttäuschenden Wahlergebnisses der Meretz-Partei (fünf Sitze) und des ständigen Rechtsrucks der Arbeitspartei hat sich die Gemeinsame Liste inzwischen zur führenden linken Kraft entwickelt, die konsequent für soziale Gerechtigkeit und Frieden in Israel eintritt.

Die Bedenken der mehrheitlich säkular ausgerichteten linken AktivistInnen, dass ein Pakt mit der Islamischen Bewegung den progressiveren Teilen der Gemeinsamen Liste schaden könnte, haben sich nicht bestätigt. Im Gegenteil: Die Gemeinsame Liste kann durchaus als ein sehr produktives Partnerschaftsprojekt zwischen arabischen und jüdischen Linken gedeutet werden, das Einfluss auf die politische Agenda des gesamten Landes nimmt und soziale Veränderungen aus einer Position der Stärke anstrebt. Darüber hinaus kann der Dialog in Israel zwischen Linken und der Islamischen Bewegung, die ihre Positionen etwa in Bezug auf Frauenrechte im Laufe des letzten Jahres erheblich liberalisiert hat, als ein positives Modell für die Zusammenarbeit mit verschiedenen islamischen Gruppen in der gesamten Region dienen.

Eine der ermutigendsten Auswirkungen der Gemeinsamen Liste ist die hoffnungsfrohe Botschaft, die von ihr insbesondere für die PalästinenserInnen ausgeht. Die zehnjährige, oft mit Gewalt verbundene Spaltung zwischen Hamas und Fatah in den besetzten Palästinensergebieten (und damit zwischen dem Gaza-Streifen und der Westbank) mit ihren verheerenden Folgen für den Kampf um die nationale Unabhängigkeit ist ein Desaster für die gesamte palästinensische Gemeinschaft. Eine funktionierende Partnerschaft zwischen verschiedenen religiösen (muslimischen, christlichen, drusischen, jüdischen) und säkularen Kräften, die alle an einem gemeinsamen politischen Projekt beteiligt sind, verkörpert die reale Möglichkeit, Konflikte demokratisch und gemeinwohlorientiert zu lösen. Mit der Zunahme sektiererischer Gewalt in der arabischen Welt, die durch den Krieg in Syrien weiter angefacht wird, gewinnt diese Botschaft an Relevanz. Neben den Wahlerfolgen der HDP in der Türkei, deren politisches Programm viele Ähnlichkeiten aufweist, ist die Gemeinsame Liste eine der sehr wenigen progressiven politischen Strömungen im Nahen Osten, die in letzter Zeit an Fahrt gewonnen haben und Unerwartetes erreichen konnten. Somit ist das weitere Bestehen der Gemeinsamen Liste von größter Bedeutung, nicht nur für Israel und Palästina, sondern für die gesamte Region.

Trotzdem gibt es noch viele Schwierigkeiten, die die Gemeinsame Liste daran hindern, ihr volles Potenzial auszuschöpfen: Fehlende Parteistrukturen und Mängel bei der täglichen Koordination haben bereits zu peinlichen Auftritten in den Medien geführt und bestehende Konflikte verschärft. Mehr noch: Dieses Manko behindert die Entwicklung einer langfristigen Strategie, wie auf parlamentarischen Weg weiterreichende Ziele durchgesetzt werden können. Und schließlich leidet darunter auch die moralische Autorität, die der Gemeinsamen Liste als der einzig demokratisch gewählten Vertretung innerhalb der palästinensischen Gemeinschaft zukommt (in den besetzten Palästinensergebieten haben seit Jahren keine Wahlen mehr stattgefunden) und die

sie dazu nutzen könnte, um zur nationalen Aussöhnung beizutragen. Allerdings geht für sie weiterhin die größte Gefahr von Versuchen der extremen Rechten aus, ihre Mitglieder aus der Knesset auszuschließen. Die juristische und öffentliche Kampagne zur Delegitimierung der Linken und der palästinensischen Minderheit sowie die wiederholten und vielfältigen Vorstöße der Regierung, die Rechtsstaatlichkeit in ihren Fundamenten zu erschüttern, stellen eine echte Bedrohung für alle demokratischen Kräfte in Israel dar.

In der aktuellen Situation plädieren die Mitglieder der Gemeinsamen Liste dafür, den Kampf für gleiche Rechte und mehr soziale Gerechtigkeit in Israel nicht getrennt von dem palästinensischen Kampf um Unabhängigkeit zu begreifen. Aus ihrer Sicht gibt es einen engen Zusammenhang zwischen der gegenwärtigen Repressionswelle, die sich gegen die Linke und die palästinensische Minderheit in Israel richtet, und der intensivierten Gewaltanwendung der Armee und der jüdischen SiedlerInnen in den besetzten Gebieten. Angesichts der Zugewinne der von Netanjahu angeführten demokratiefeindlichen Rechten in Israel ist internationale Solidarität mehr denn je gefragt. Die Intensivierung von öffentlichen Kontakten mit der Gemeinsamen Liste erscheint als Gebot der Stunde.

Hana Amoury ist eine palästinensische-israelische Aktivistin und ehemalige Leiterin der arabischen-jüdischen Jugendorganisation Sadaka-Reut (Freundschaft). Sie ist Mitglied der Gruppe Hithabrut-Tarabut (Miteinander verbunden) und beteiligt sich an verschiedenen sozialen und politischen Kämpfen, insbesondere für das Recht der palästinensischen Bevölkerung in Jaffa auf angemessenen Wohnraum und für einen verbesserten sozialen Wohnungsbau.

Yossi Bartal ist Aktivist und freier Autor. Aufgewachsen in Jerusalem, arbeitete er in der palästinensisch-israelischen Organisation The Alternative Information Center und beteiligte sich am gewaltfreien Widerstand gegen die Sperranlage in den besetzten Gebieten. Seit seinem Umzug nach Berlin ist er in verschiedenen antirassistischen und queeren Initiativen aktiv.

Tsafrir Cohen leitet das Israel-Büro der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Tel Aviv.

1 Ungefähr 20 Prozent der israelischen StaatsbürgerInnen gehören der arabisch-palästinensischen Minderheit an. Anders als die palästinensische Bevölkerung im Gaza-Streifen, im Westjordanland und in Ost-Jerusalem haben palästinensische Israelis formal dieselben Rechte wie jüdische Israelis, das heißt, sie verfügen auch über das aktive und passive Wahlrecht. **2** Zit. nach: www.zeit.de/politik/ausland/2015-03/israel-benjamin-netanjahuparlamentswahl-appell. Das offizielle Israel und der gesamte israelische Diskurs erkennen eine israelische Nation nicht an. Der Versuch liberaler Kläger, sich offiziell als «israelisch» zu registrieren und nicht als Juden oder Araber, scheiterte bei Exekutive wie bei der Justiz. Jude sei die Nationalität, Israeli sei (noch) keine, heißt es. **3** LSBTTIQ steht als Abkürzung für Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transsexuelle, Transgender, intersexuelle und queere Menschen. **4** Gemäß eines vor Kurzem auf der Website des Allgemeinen Sicherheitsdienstes veröffentlichten Berichts waren vier Prozent der Angreifer in der jüngsten Welle der Gewalt israelische Staatsbürger. **5** Arabische Parlamentsabgeordnete in Israels Knesset leiden unter Hetze und Hass, in: Aljazeera, 23.10.2015.

JUDITH DELLHEIM

«NULLTARIF PER DEKRET» VERSUS TRANSFORMATIONSPROJEKT

Seit einigen Jahren und insbesondere in den letzten 18 Monaten ist die Idee vom unentgeltlich nutzbaren öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) unter verschiedenen Namen («Gratis-ÖPNV» oder «Nulltarif im ÖPNV»¹) auch in Deutschland angekommen. Rund die Hälfte der BürgerInnen unseres Landes und mehr als die Hälfte der WählerInnen von SPD, Grünen, LINKEN und Piraten können sich vorstellen, dass Bus, Tram, U- und S-Bahn solidarisch finanziert und entgeltfrei genutzt werden können.² Das sollte zu «neuen Taten» motivieren und der vorliegende Text will dazu ermutigen. Er ist insbesondere ein Beitrag zur «Plan-B-Debatte» bzw. zur linken Zukunftsdiskussion.

DIE IDEE IST JAHRZEHNTE ALT

Die «Dafür-Argumente» liegen seit Langem auf dem berühmten Tisch: Ruhig zu wohnen und dennoch mobil zu sein und alle notwendigen Orte schnell erreichen zu können, die Kinder draußen spielen lassen zu können, keine Angst vor rasenden Autos und den gesundheitlichen Folgen von Luftverschmutzung haben zu müssen, das wünschen sich fast alle. Die Möglichkeiten, sich diese Wünsche zu erfüllen, hängen von den individuellen Erwerbsbedingungen, vom individuellen Einkommen und Vermögen ab. Wer sich «das Eigenheim im Grünen» leisten kann und leistet, sorgt meist für eine Erhöhung des Verkehrsaufkommens und der entsprechenden Belastung für andere. Wer arm ist, ist allzu oft in ihrer bzw. seiner Mobilität eingeschränkt, leidet aber am stärksten unter den Folgen des Autoverkehrs: Wohnen zu erschwinglichen Mieten bedeutet vielfach, mit Straßenlärm, hoher Luftverschmutzung, Feinstaubbelastung, Unfallgefahr und unter Stress zu wohnen. Schlimm für die Kinder, die unter solchen Bedingungen aufwachsen und nicht selten dabei gesundheitliche Schäden erleiden. Flächenversiegelung, Bodenvergiftung, Hektik, Aggressivität, zugeparkte Flächen, fehlende Ruhezeiten und Räume für die öffentliche Kommunikation kommen zu diesen negativen Faktoren noch hinzu und machen deutlich, dass es um lebenswerte Räume und um die alte zentrale Frage geht: «Wie leben wir heute und wie wollen wir leben?» Es ist schon sehr bezeichnend für unsere Gesellschaft, wenn die Stadtgestaltung wesentlich auf die Bedürfnisse der AutobesitzerInnen ausgerichtet ist. Und die – vielfach verschuldeten – öffentlichen Hände geben pro EinwohnerIn und Jahr ein Vielfaches mehr für den motorisierten Individualverkehr als für den öffentlichen Nahverkehr aus. Aber gerade mit Verweis auf die leeren Kassen wird in

der Kommune und in der Region öffentlicher Personenverkehr privatisiert, verteuert, «ausgedünnt» und eingestellt. Erforderliche Investitionen bleiben aus.

Allein diese kurze Auflistung macht deutlich, dass «Nulltarif im ÖPNV» nicht die Lösung für alle Probleme, sondern bestenfalls ein Einstieg in die Lösung vieler Probleme sein könnte. Dieser Einstieg ist längst überfällig und er würde für viele Menschen konkrete Probleme sofort lösen oder wenigstens deutlich mildern: für jene, die die Ticketpreise nicht bezahlen können, für jene AutobesitzerInnen, die lieber den kommunalen ÖPNV nutzen möchten, für EinwohnerInnen in den Bereichen, die besonders von intensivem Autoverkehr betroffen sind und deren Situation sich durch Alternativen verbessern würde, und schließlich für diejenigen, die um ihre Arbeitsplätze im ÖPNV bangen.

Gleichzeitig beinhaltet diese Auflistung aber auch mögliche Argumente gegen den «Nulltarif im ÖPNV»: die leeren öffentlichen Kassen, die individuell sehr ungleiche Nutzung des ÖPNV, die vermeintlich neue soziale Ungerechtigkeiten birgt, noch mehr belegte Parkflächen, Überfüllung und neuer Stress durch eine erhöhte ÖPNV-Nutzung, zunehmende Geringschätzung der ÖPNV-Leistungen, zusätzliche «Investitionslücken».

Darüber hinaus deutet die Auflistung aber auch an, dass es um weiterreichende Fragen geht: um soziale Ungleichheiten, Produktions- und Konsumtionsstrukturen, um das Öffentliche und insbesondere um die öffentlichen Finanzen, um den politischen Willen auf den verschiedenen Ebenen. Selbst wenn zum Beispiel in der Kommune alle den ÖPNV-Nulltarif wollen und sogar in die Tat umsetzen, stoßen sie auf Schwierigkeiten, die mit EU- und Bundesrecht zu tun haben (Bestimmungen für die Ausschreibung von öffentlichen Aufträgen,

Schuldenbremsen usw.). Zudem können sie keinen oder kaum Einfluss auf die Gesamtnachfrage nach Autos nehmen, denn auch wenn die auf das Auto angewiesenen BerufspendlerInnen für den Weg in die Innenstadt den «Gratis-ÖPNV» nutzen, werden nicht weniger Autos produziert. Von anderen Schwierigkeiten berichtet eine in den USA lebende linke ökologiebewusste Professorin, deren Universität in einer Stadt mit Nulltarif im ÖPNV liegt: «Ich habe nichts davon, denn wir können uns keine Wohnung in der Stadt und nicht einmal die Parkgebühren am Stadtring leisten!» Die Einführung des Gratis-ÖPNVs muss also als Teil eines umfassenderen, langfristigen und auch widersprüchlichen Umbaus von Wohnen, Arbeiten, Freizeit, Ernährung und Mobilität verstanden werden. Diese Lebenssphären gehören zusammen.

ZUR EINORDNUNG IN KOMPLEXE PROBLEME

Der ÖPNV-Nulltarif ist nicht *per se* ein Einstiegsprojekt in eine sozial und ökologisch nachhaltige Entwicklung. Soll er dies werden, bedarf es besonderer Konzepte, Strategien und Bündnisse.

Dass in Deutschland die Automobilindustrie als «Herz» der Industrie und damit des «Wirtschaftsstandorts Deutschland» gilt, ist allgemein anerkannt. Das Bundeswirtschaftsministerium erklärt: «Die Automobilindustrie ist die größte Branche des Verarbeitenden Gewerbes und gemessen am Umsatz der mit Abstand bedeutendste Industriezweig in Deutschland. Die Unternehmen der Branche erwirtschaften einen Umsatz von über 404 Milliarden Euro und beschäftigen direkt über 790.000 Personen (2015, vorläufig). Die Automobilindustrie hat daher eine sehr hohe Bedeutung für Wohlstand und Beschäftigung in Deutschland.»³ Mit dem Ausbruch der jüngsten globalen Finanzkrise, der sogenannten Abwrackprämie und nun der «Umweltprämie» für E- und Hybridautos als Instrumente zur «Bewältigung von Krisen» und zur Standort-sicherung ist deutlich geworden, dass trotz allen Geredes über Klimaschutz, Zukunftsfähigkeit und globaler Verantwortung an der Produktionsstruktur und den Mobilitätsmustern nichts Grundlegendes geändert werden soll. Der «Abgas-Skandal» war nicht nur vermeidbar, sondern wird bisher auch nicht zu längst überfälligen Veränderungen genutzt. Obwohl die hohen und gestiegenen klimaschädigenden Emissionen im Transport sowie die Zahlen zu den Unfallopfern und Unfallschäden offiziell beklagt werden, heißt es nur, dass es darauf ankäme, «den Transport von Personen und Waren besser zu machen». «Besser machen» meint effektivere Antriebstechnologien, schadstoffärmere Energieträger, qualifiziertere Technik und Technologien zur Vermeidung und Abmilderung von Unfällen, Optimierung von Logistik und Verkehrsströmen, insbesondere durch satellitengestützte Systeme und den intelligenten Wechsel von Transportmitteln.

Es geht also nicht um Verkehrsvermeidung bei Realisierung des Rechts auf sozial und ökologisch nachhaltige Mobilität für jede und jeden, sondern um Funktionsfähigkeit und Standortvorteile in der globalisierten Gesellschaft, um Konkurrenzfähigkeit und daher um eine Reduzierung von individuellen und gesellschaftlichen Kosten. Bestenfalls sind darin die externalisierten Umweltkosten für Transportleistungen eingeschlossen. «Reduzierung der individuellen Kosten» heißt vor allem Kosten für Unternehmen, nicht für die BürgerInnen. Um die Rahmenbedingungen zukünftiger Entwicklungen richtig einschätzen zu können, müssen allerdings mindestens vier Tatsachen berücksichtigt werden: Erstens sind bereits Kippunkte im Sinne von Grenzen für

die Belastbarkeit funktionsfähiger Ökosysteme überschritten bzw. rücken mit rasanter Geschwindigkeit näher. Zweitens kommen selbst die angekündigten technischen bzw. technisch-ökonomischen Veränderungen für ein graduelles Klimakrisenmanagement zu spät. Drittens können in unseren Gesellschaften die sozialen Ungleichheiten einschließlich der auf die Mobilität bezogenen aufgrund der erreichten Ökosystembelastung nicht «nach oben» ausgeglichen werden. Viertens sind die globalen Ungleichheiten, darunter die mit Mobilität verbundenen, so dramatisch, dass in den Industrieregionen unverzüglich eine drastische Reduzierung der Ressourcen- und Energieumsätze sowie der mit ihnen verknüpften klimaschädigenden Emissionen eingeleitet und realisiert werden müsste.

Für diese ökologische Krisensituation sind die bestehenden Produktions- und Konsumtionsstrukturen verantwortlich. Für die gravierenden sozialen Ungleichheiten in unseren Ländern und erst recht im globalen Maßstab sind die bestehenden Gesellschaftsstrukturen verantwortlich. Die Hauptverursacher sind beide Male identisch: die HaupteigentümerInnen und ManagerInnen der Konzerne im Energiebereich (der insbesondere die Energieträger für den Transportbereich liefert), im Agrobusiness (das Transportmittel und Energieträger nachfragt und selbst Biokraftstoffe liefert) und im militärisch-industriellen Komplex bzw. «Sicherheitsbereich» (der Ressourcenströme und Flächen, Nachfrage und Angebot für die zuvor genannten Bereiche sichert). Diese Bereiche sind die größten Ressourcen- und Naturverbraucher, die größten Verschmutzer von Luft, Wasser und Böden, die größten Zerstörer der Ökosysteme. Sie entwickeln ihre Dynamik im Zusammenspiel mit den HaupteigentümerInnen und ManagerInnen der Finanzinstitutionen und der Konzerne im Hightechbereich. Eigentum und Management bilden mit ihren Kooperationen Machtzusammenhänge und dehnen diese auf all jene Eliten aus, die für die erfolgreiche Verwertung ihres Kapitals notwendig sind: Akteure in Staat und Verwaltung, PolitikerInnen, JuristInnen, BuchhalterInnen und WirtschaftsberaterInnen, WissenschaftlerInnen und Medienleute, Führende im Militär und Sicherheitsapparat, in der Zivilgesellschaft und in anderen Teilen der Wirtschaft.

Die Hauptergebnisse dieser Verflechtungen sind erstens, dass die sechs genannten Wirtschaftsbereiche den Alltag der Menschen in unseren Gesellschaften prägen: Arbeit – siehe insbesondere die Beschäftigung in der Autoindustrie –, Wohnen, Mobilität, Ernährung, Freizeit. Sie bestimmen den übergroßen ökologischen Fußabdruck unserer Produktions- und Lebensweise, die die natürlichen Lebensbedingungen global zerstört. Die Hauptergebnisse sind zweitens, dass über diese Verflechtungen und die mit ihnen verquickten Produktions- und Konsumtionsstrukturen der gesellschaftliche Konsens zum «Weiter-so» bzw. zum «Weiter-so, aber besser» organisiert wird.

Will man nun also mit dem «ÖPNV-Nulltarif» einen Einstieg in eine sozialökologische Transformation organisieren, sollte man dies alles im Auge haben und dennoch keine Widerstände und Widersprüche fürchten. Das verlangt, über die skizzierten Zusammenhänge aufzuklären, aber die für den Nulltarif Gewonnenen bzw. Gewinnbaren nicht zu überfordern. Schließlich haben sie ein konkretes Anliegen und ihre Bereitschaft zu gesellschaftlichem Engagement ist mit diesem Anliegen verbunden. Diese Bereitschaft sollte nachhaltig werden und wachsen. Damit ist eine weitere Schlussfolgerung verbunden: Eine Bewegung für den Nulltarif im ÖPNV

sollte nicht den Versuch unternehmen, «alle Probleme dieser Welt» zu lösen. Schließlich können aufgrund der hohen Problemlkomplexität auch das Saatgut-, das Wohnungs- oder das Überwachungsproblem zu Ausgangspunkten von Aufklärung und Arbeit an sozialökologischer Transformation werden. Und dennoch sollte – was ein Widerspruch zum Vorherigen ist – eine doppelte Anschlussfähigkeit angestrebt werden: Zum einen geht es um die Suche nach AkteurInnen für die Zusammenarbeit für einen unentgeltlich nutzbaren öffentlichen Nahverkehr, und zum anderen geht es um die Suche nach Möglichkeiten, die demokratischen Bewegungen anderer zu unterstützen und sich selbst mit ihnen zu vernetzen.

WARUM ABER NUN «NULLTARIF» UND WER WILL IHN?

Die Frage nach dem «Warum» ist schnell beantwortet: erstens, weil es um Lebensqualität in den Kommunen und in Deutschland gerade um die Herausforderung geht, die Autoindustrie um- und abzubauen. Zweitens, weil Initiativen und eine vielfältige Bereitschaft für den «ÖPNV-Nulltarif» existieren, und drittens, weil es aus entsprechenden Praxen reiche Erfahrungen und eine ausbaufähige internationale Zusammenarbeit zum Thema gibt. Uns sind rund 100 Kommunen bekannt, in denen der öffentliche Nahverkehr unentgeltlich ist. Tallinn mit fast einer halben Millionen EinwohnerInnen ist die erste Hauptstadt in der Europäischen Union, die den Nahverkehr zum Nulltarif anbietet. In Stockholm, in anderen schwedischen Städten und im kanadischen Toronto gibt es nunmehr bereits seit Jahrzehnten linke Bündnisse für die Gratis-ÖPNV-Nutzung. Der Gruppe ZAK³ in Tübingen folgten das Modellprojekt im ostdeutschen Templin und das Engagement von linken, Öko-, Jugend- und Grünen-Gruppen für den Nulltarif in anderen Städten.

Insbesondere dank der Erfurter LINKEN wächst seit 2011 das Interesse in der Partei DIE LINKE. Sie nahm den Nulltarif im ÖPNV in ihr 2011 verabschiedetes Parteiprogramm auf und 2013 auch in ihr Bundeswahlprogramm. Etwa die Hälfte der Landesverbände der LINKEN hat sich die Idee in Ansätzen angeeignet, sodass sie Eingang in zahlreiche Kommunalwahlprogramme gefunden hat. Entsprechende parlamentarische Initiativen wurden gestartet und Wahlkämpfe mit dem Schwerpunkt Nulltarif im ÖPNV geführt. Die Bundestagsfraktion der LINKEN hat sich mit Broschüren und Veranstaltungen zum Thema hervorgetan. In Berlin, Heidelberg, Wiesbaden und andernorts ist es zu Nulltarif-im-ÖPNV-Kooperationen mit den Piraten gekommen. Diese haben insbesondere für interessante Machbarkeitsstudien gesorgt. Die zahlreichen und vielfältigen Aktivitäten haben oftmals auch in den Medien Berücksichtigung gefunden und das Thema «am Kochen» gehalten.

Allerdings gibt es neben der Gruppe ZAK³ und den offen «Schwarzfahrenden» nur wenige systematisch zum Thema arbeitende außerparlamentarische Initiativen. Von landesweiten sozialen und ökologischen Arbeitszusammenhängen und einer bundesweiten Bewegung, an der sich auch und insbesondere die Mitglieder der LINKEN, der Piraten, der SPD und der Grünen beteiligen, kann noch nicht die Rede sein. Das ist schade und schwer zu verstehen: Alle Genannten reden von notwendiger sozialökologischer Transformation. Es wirken die aufgezeigten Problemzusammenhänge. Es gibt die eingangs erwähnte Zustimmung zu einem unentgeltlichen öffentlichen Nahverkehr von den WählerInnen dieser Parteien, in denen breite Teile von der Dringlichkeit ei-

nes «2RG»-Bündnisses (rot-rot-grün) überzeugt sind und darüber diskutieren.

International lassen sich fünf Akteursgruppen voneinander unterscheiden, die sich für einen nachhaltigen unentgeltlichen öffentlichen Nahverkehr einsetzen: Da sind zum einen Initiativen wie Planka in Schweden. Hier arbeiten Personen zusammen, die mehrheitlich noch in anderen Organisationen mit eher traditionellem Charakter wie Parteien, Studierendenzusammenschlüssen und Gewerkschaften mitwirken. Die meisten Aktiven gehören der schwedischen Linkspartei an oder stehen ihr nahe. Ihnen geht es um Bürger- und Menschenrechte und dabei insbesondere um das Recht auf Mobilität im umfassenden Sinne. Sie engagieren sich daher zugleich und zeitweise absolut prioritär für die Rechte von Flüchtlingen und MigrantInnen. Sie haben eine solidarische und daher auch ökologische Lebensweise mit unentgeltlicher ÖPNV-Nutzung zu ihrem gemeinsamen Bezugspunkt gemacht. Ihre individuellen Lebensstile, die an Selbstbestimmung, Gesundheit und solidarischem Miteinander ausgerichtet sind, spiegeln dies. Ihre Publikationen fokussieren sich auf die Kritik der «Autogesellschaft» und haben die hier skizzierten Problemzusammenhänge zum Gegenstand.

Eine zweite Akteursgruppe stellen Bündnisse linker Organisationen dar, wie zum Beispiel in Toronto. Sie diskutieren und betreiben den ÖPNV-Nulltarif als ein dezidiert sozialistisches Projekt,⁴ es geht ihnen um eine tief greifende Umwälzung der Produktions-, Konsumtions- und Gesellschaftsstrukturen und damit der gesellschaftspolitischen Machtverhältnisse. Die meisten von ihnen setzen sich darüber hinaus für die Rechte der BürgerInnen in den Bereichen Beschäftigung, Stadtgestaltung, Verkehr, Stadt- und Gesellschaftspolitik ein. Drittens gibt es die Plattformen der aktiven BürgerInnen, die wie in Belgrad gemeinsam für ein demokratisches und solidarisches Zusammenleben aller in der Stadt Lebenden streiten. Sie treten für die Mitbestimmung aller an allen hochrelevanten gesellschaftlichen Entscheidungen, gegen Privatisierungen und soziale Ausgrenzung, insbesondere von Roma und Flüchtlingen, ein. Ihre Plattform ist vergleichbar mit einem kontinuierlich arbeitenden lokalen Sozialforum, das über eine Gruppe zum unentgeltlichen öffentlichen Nahverkehr verfügt. Die Aktiven meinen, dass ihre Stadt saubere Luft und attraktiven Lebensraum für alle bieten kann. Sie suchen die überregionale und internationale Kooperation mit sozialen Zusammenhängen, die eine ähnliche «Philosophie» verfolgen, insbesondere in den Nachfolgestaaten Jugoslawiens.

Viertens arbeiten einzelne eher traditionelle kollektive Akteure wie die Schottische Sozialistische Partei seit einigen Jahren zum Thema Nulltarif im ÖPNV. Die Partei, die sich die Verteidigung, Demokratisierung und den Ausbau der Gemeingüter zum Schwerpunkt ihrer Politik gewählt hat, hat ihre WählerInnen sowie andere Interessierte zur Mitarbeit an ihrem Projekt eingeladen.

Und fünftens gibt es öffentliche Verwaltungen, die sich mehr oder weniger um die demokratische Partizipation der kollektiven Akteure und der BürgerInnen bemühen und um die aktive Mitwirkung der im ÖPNV Beschäftigten werben, wie zum Beispiel die Stadtverwaltung von Tallinn, die gestützt auf die Zentrumspartei ein Referendum für den Nulltarif im ÖPNV organisierte, oder die Verwaltung der schwedischen Stadt Avesta, die sich auf eine Drei-Parteien-Koalition stützt. Dass man letztendlich dem Nulltarif-Konzept

der schwedischen Linkspartei, die nicht die größte Fraktion und nicht den Bürgermeister stellt, folgte, hatte allerdings pragmatische und ökonomische Gründe: Ein attraktiver ÖPNV zum Nulltarif ist für die Kommune besser und billiger als ein alternativer Straßenausbau.

Auch die BürgerInnen in zahlreichen französischen Kommunen mit «Gratis-ÖPNV» haben Erfahrungen mit bürgernaher linker Kommunalpolitik gesammelt. Dabei ist das Thema ÖPNV Teil einer komplexen Gestaltung von kommunalem Leben, die auf das Öffentliche und die Gemeinsamkeit der BürgerInnen setzt. Die Analyse der Kommunalwahlprogramme belegt das überzeugend. Die Situation in Polen ist widersprüchlicher: Die ersten Erfahrungen mit dem Nulltarif gehen auf Verwaltungsentscheidungen zurück, die kaum mit Wahlprogrammen, Bürgerpartizipation und demokratischem Engagement zu tun hatten. Das ändert sich nun, insbesondere seit die Stadt Żory mit ihrem lustvollen sozialen Entwicklungskonzept «Wir sind Żory!» auf Kinderfreundlichkeit und gutes Klima mit Nulltarif im ÖPNV setzt. Ausgangspunkt war in Polen vielerorts die Mobilitätsarmut als Folge extremer Armut: Menschen gingen nicht zur Ärztin oder zum Arzt, Kinder hatten es schwer, zur Schule zu gelangen, Zentren von Kommunen verfielen, weil Menschen das Fahrgeld dorthin nicht aufbringen konnten. Oder aber: PendlerInnen und AutobesitzerInnen verstopften die Innenstädte. Auch liegt es im Interesse der Kommunen, den ÖPNV zu verbessern, um durch Zuzug neue SteuerzahlerInnen zu gewinnen.

Zusammengefasst zeigt dieser Blick auf eine Reihe von Nulltarif-Projekten in Europa, dass es in keinem Fall allein um den öffentlichen Personennahverkehr «an sich» ging und dass nirgendwo ein Nulltarif im ÖPNV ohne Zwischenschritte eingeführt wurde.

Keine der fünf Akteursgruppen, von der jede einzelne grandios expandieren müsste, aber auch nicht alle fünf grandios expandierenden Gruppen zusammen wären ausreichend, um in Europa zu erwirken, was in Sachen Recht auf Mobilität, saubere Luft und ein gutes Leben für jede und jeden zu erwirken wäre, und um das Nulltarif-Projekt in allen Kommunen einzuführen. Eine solche Verallgemeinerung setzt zunächst den politischen Willen und die kulturelle Bereitschaft der Beteiligten sowie verstärkte und umfassende Investitionen in den ÖPNV und in die mit ihm verbundenen Bereiche voraus. Schließlich geht es um ein flächendeckendes ÖPNV-Angebot mit Anschlussfähigkeit an andere Mobilitätsarten, wie das Radfahren. Es geht um kurze Wege zu einladenden Haltestellen, um kurze Wartezeiten beim Umsteigen, um kurze Taktzeiten, lange Betriebsdauer, Pünktlichkeit, Bedienkomfort, Sicherheit im umfassenden Sinne, um Höflichkeit und Beratung. Die Nachfrage nach Autos und damit die Autoproduktion würden aber erst dann nachhaltig reduziert, wenn es die gezielte Verkehrsvermeidung im gesellschaftlichen Leben und damit auch in ihrer Wirtschaft und den ausgebauten unentgeltlichen bzw. tarifgünstigen öffentlichen Regional- und Überregionalverkehr gibt. Auch hier liefern Tallinn und polnische Kommunen wichtige positive Erfahrungen.

Alle genannten Beispiele sind wertvoll, aber gemessen an den Herausforderungen der sozialökologischen Transformation reichen die Initiativen nicht aus. Die Praxis zeigt allerdings auch, dass Menschen bei der Einführung von etwas Neuem, dem sie aufgeschlossen gegenüberstehen, eine allgemeine Lern- und Veränderungsbereitschaft sowie -fähigkeit entwickeln. Daraus kann dann anderes erwachsen.

UND NUN?

Die Erfahrungen der LINKEN wie der Linken in Deutschland und das öffentliche Interesse, insbesondere der linksorientierten WählerInnen an dem Thema, sprechen dafür, die Kampagne der Linkspartei gegen prekäre Arbeits- und Lebensverhältnisse mit einer positiven Offensive für den Nulltarif im ÖPNV zu verbinden. Diese Offensive kann genutzt werden, um den «Plan B», die Ergebnisse der «Woche der Zukunft»⁵ und die Konzepte zum sozialökologischen Umbau bzw. zur sozialökologischen Transformation⁶ insgesamt bekannter zu machen und in der öffentlichen Diskussion zu qualifizieren.

Da andere Mitglieder der Europäischen Linkspartei in Frankreich, Griechenland und Slowenien sowie dem New European Left Forum (NELF) und von transform! in Schweden und Finnland Erfahrungen zum Nulltarif im ÖPNV gesammelt haben, können hier Diskussionen und Aktivitäten auch europäisch weitergeführt werden. Am Beispiel des entgeltfrei nutzbaren ÖPNV können Ansätze eines umfassenden EU-weiten Strukturwandels der gesamten Produktions- und Lebensweise, der Zurückdrängung und Überwindung der Vormacht der oligarchischen Kapitalstrukturen, des Ausbaus des Öffentlichen und solidarischer demokratischer Strukturen sehr konkret diskutiert werden. Wichtig wäre, dass es gelingt, in großen Metropolen wie Berlin oder Paris und deren Umland einen Einstieg in den entgeltfreien ÖPNV zu erwirken und zugleich in Flächenstaaten wie Thüringen oder Nordrhein-Westfalen den Nulltarif im ÖPNV durchzusetzen. Dadurch könnte eine weitergehende positive Dynamik ausgelöst werden. Dies aber ist nur dann realistisch, wenn zugleich auf den Ebenen der EU-Mitgliedsländer sowie der EU die politischen Rahmenbedingungen dafür verändert werden. Es geht also darum, lokale, überregionale, landes- und EU-weite Kämpfe zusammenzuführen. Der erste Schritt ist daher, die bisherigen Ansätze, Projekte und Bewegungen noch enger miteinander zu verbinden, die Erfahrungen auszuwerten und gemeinsam nächste Schritte zu koordinieren.

Judith Dellheim ist Mitarbeiterin im Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

¹ «Nulltarif im ÖPNV» heißt das Projekt der Bundestagsfraktion der LINKEN im Rahmen ihres «Plan B», vgl. unter: www.plan-b-mitmachen.de/wp-content/uploads/2013/06/150521-plan-b-a5-mobil-web.pdf. ² Vgl. Stern-Umfrage: Deutsche bei ÖPNV-Flatrate uneins, in: Stern, 25.3.2015, unter: www.presseportal.de/pm/6329/2981375 sowie Machbarkeitsstudie der Piraten: Hamburg Institut Research gGmbH: Fahrscheinlos. Grundlagen- und Machbarkeitsstudie fahrscheinloser ÖPNV in Berlin, Berlin 2015, unter: www.piratenfraktion-berlin.de/wp-content/uploads/2015/06/Piratenfraktion_Studie_Fahrscheinloser_OEPNV_Berlin_Juni_2015.pdf. ³ Bundesministerium für Wirtschaft und Industrie: Branchenskizze Automobilindustrie, Onlineportal, unter: www.bmw.de/DE/Themen/Wirtschaft/branchenfokus,did=195924.html. ⁴ Vgl. weitere Informationen dazu unter: www.socialistproject.ca/documents/FreeTransit.php. ⁵ Vgl. die Veranstaltungsdokumentation unter: www.rosalux.de/kapitalismusalternativen/specials/futuring-zukunft-machen.html. ⁶ Vgl. die Informationen auf der Homepage der Rosa-Luxemburg-Stiftung unter: www.rosalux.de/kapitalismusalternativen/thema/sozialoekologischer-umbau/2372/287.html.

Siehe auch Brie Michael/Candeias, Mario: Just Mobility. Postfossil Conversion and Free Public Transport, herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Reihe Analysen, Berlin 2012, unter: www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Analysen/Analyse_Just_Mobility.pdf; www.freepublictransports.com und www.facebook.com/freepublictransport; www.facebook.com/groups/freifahren/?fref=ts; www.plan-b-mitmachen.de/downloads-materialien; www.solimob.de

ANTJE SCHUHMAN

DEKOLONISIERUNG VON SÜDAFRIKAS UNIVERSITÄTEN

STUDIERENDENPROTESTE DEKONSTRUIEREN GESELLSCHAFTLICHE NORMEN

Ich habe eine Keksdose auf dem Schreibtisch, um – ganz beiläufig – Studierenden, die ins Büro kommen, Essen anbieten zu können. Kürzlich überlegte ich, das Büromobiliar um ein Schlafsofa zu ergänzen. In meinem Postgraduiertenseminar sind zwei von 15 Studierenden obdachlos, übernachten an fünf Tagen in der Woche in der 24-Stunden-Bibliothek und können sich nur eine Mahlzeit am Tag leisten. Das ist keine Ausnahme: Viele Studierende an südafrikanischen Universitäten durchsuchen Mülleimer, um über die Runden zu kommen. 50 Prozent aller Erstsemester brechen das Studium ab.

Südafrikanische Universitäten sind nominell öffentliche Einrichtungen, aber faktisch für die Mehrheit unerschwinglich teuer. Schon vor den Studierendenprotesten, die sich an der Erhöhung der Studiengebühren entfachten und seit Beginn des Jahres 2015 anhalten, hat sich die WITS (University of the Witwatersrand in Johannesburg) zu 48 Prozent aus Studiengebühren und staatlichen Geldern finanziert und damit mehr als die Hälfte des Gesamtbudgets extern erwirtschaften müssen. Als Folge der Proteste und fehlenden Einnahmen werden nun noch mehr Studierende aufgenommen, keine neuen Stellen geschaffen und das Lehrdeputat erhöht. Aufgrund des Kursverfalls des südafrikanischen Rands verteuern sich importierte Güter wie Computer, Bücher etc. für Universitäten, die in besonderem Maße auf Importe angewiesen sind. Nur 0,75 Prozent des Bruttoinlandsprodukts¹ werden für höhere Bildungsinstitutionen ausgegeben. Rigorose Sparmaßnahmen wie die Entlassung von Arbeiter_innen, die dann durch Subunternehmen zu schlechteren Bedingungen angeheuert werden, um als Putzkräfte, Gärtner oder Sicherheitspersonal auf dem Campus zu arbeiten, sowie die jährliche Erhöhung der Studiengebühren (2015 wurde eine Erhöhung von zehn Prozent angekündigt), erscheinen in diesem Kontext vielen als unabwendbar, zumindest wenn die Qualität der Universitäten nicht weiter abgebaut werden soll.

Die Hälfte aller Schwarzen Haushalte in Südafrika hat ein jährliches Bruttoeinkommen von 34.000 Rand. Im Durchschnitt kostet das erste Studienjahr an der WITS je nach Studienfach zwischen 30.000 und 58.000 Rand, wobei diese Summe weder Unterkunft noch Studienmaterialien, weder Lebenshaltungskosten noch Exkursionen beinhaltet. Studierende aus südafrikanischen Familien, die weniger als

122.000 Rand im Jahr verdienen, haben die Möglichkeit, einen Kredit bei der Staatlichen Finanzierungshilfe für Studierende (NISFAS/National Student Financial Aid Scheme) zu beantragen, den sie später mit Zinsen zurückzahlen müssen. Dies ist in vielerlei Hinsicht problematisch. Das größte Problem aber ist die sogenannte fehlende Mitte – also Studierende aus jenen Familien, deren Einkommen gerade über dem oben genannten Limit liegt, aber nicht ausreicht, um ein Studium zu finanzieren. Es ist vor allem diese «Missing Middle», die den Protest des vergangenen Jahres getragen hat und die diesen von der anfänglichen Kritik an einer Erhöhung der Studiengebühren hin zu der Forderung nach «kostenloser Bildung für alle» radikalisiert hat.

Die Kritik wandte sich gegen die chronische Unterfinanzierung der Universitäten, die mehr und mehr zu Unternehmen umstrukturiert werden. Doch das ist bei Weitem nicht alles. Teile der Protestbewegung formulierten schon innerhalb der ersten Tage eine große Zahl von Kritikpunkten, wobei die Studiengebühren innerhalb der Analyse lediglich ein Aspekt der nicht ausreichenden Transformation der Universitäten im Post-Apartheid-Südafrika waren. Dabei ging es unter anderem um das Wiedereinstellen der prekär beschäftigten Arbeiter_innen, die sich im Laufe des Protests aktiv mit den Studierenden solidarisiert hatten, die symbolische Ordnung auf dem Campus, die diesen nach wie vor als hegemonialen Weißen Raum definiert, die Lehrpläne, die mehrheitlich eurozentristischen Wissenssysteme und Diskurse und der überwiegend Weiße, männliche Lehrkörper. Der Protest gegen die Studiengebühren(-erhöhung) war schnell in diese Kritikpunkte eingebettet; die Stoßrichtung verschob sich teilweise weg von den Universitätsleitungen hin zur regierenden Partei des African National Congress (ANC).

ANALYSE DES PROTESTS UND EINFLUSS SOZIALER MEDIEN

Die Radikalisierung lässt sich exemplarisch gut an der ersten Woche des Protests zeigen. In diesem Zeitraum entwickelte er sich von einem – von Teilen der Studierenden in ironischer Tech-Speak so genannten – Protest 1.0 zur Version 2.0. Eine kurze Chronologie ist hier hilfreich, allerdings zugleich auch problematisch, da diese Erzählung in der Regel im Oktober 2015 beginnt und den vorausgegangenen jahrelangen Protest in den Schwarzen Technicons² nicht berücksichtigt. Vielmehr macht sie ehemals Weiße Universitäten nicht nur zum Zentrum, sondern auch zum Ausgangspunkt der Bewegung. Dies ist eine Verengung der Perspektive, die von Studierenden als Reproduktion eines Privilegiensystems, in dem sie selbst gefangen sind, kritisiert wurde. WITS-Studierende argumentierten sinngemäß: «Wenn primär Schwarze Räume gestört werden, Militanz und Protest an den mehrheitlich Schwarzen Technicons ausbricht, ist das keine Nachricht mehr wert – wenn wir, mehrheitlich Schwarze Protestierende, jedoch sogenannte ehemals Weiße Institutionen besetzen, kommen wir in die Nachrichten.»

Unter dem Stichwort Dekolonisierung formierte sich Anfang 2015 die #RhodesMustFall-Bewegung an der Universität Kapstadt (University of Cape Town, UCT). Ebenso wie die WITS ist sie eine ehemals Weiße und englischsprachige Universität, die, anders als die in Pretoria oder Stellenbosch angesiedelten Weißen afrikaanssprachigen Universitäten, als liberal galt (und gilt). Der Kolonialismus, das britische Erbe, wird allgemein gern zugunsten der Apartheidsgeschichte «übersehen». Genau diese «Blindheit» aber waren die Studierenden an der UCT nicht mehr länger bereit zu tolerieren: Die nach wie vor affirmative Präsenz der prominent positionierten Statue von Cecil Rhodes wurde kritisiert und aufgrund des Protests letztlich entfernt.

Dieser Angriff auf die symbolische Ordnung in einem Land des Hungers und der Armut weiter Teile der Bevölkerung wurde kritisiert: «Gibt es nichts Wichtigeres?» Doch es ist genau die Dekonstruktion dieser Ordnung, die nach wie vor Weiße Privilegien aller Art – nicht nur ökonomische – absichert, die zum Kern der Forderungen nach Dekolonisierung von Bewegungen wie #OpenStellenbosch oder #TransformWITS wurde. Eine Ordnung, deren Fortdauern sich architektonisch, in Alltagsrassismen in Studentenunterkünften, in der akademischen Sprache, in Konzepten und Wissenssystemen ebenso ausdrückt wie in der kulturellen und sozialen Sphäre – so zum Beispiel, wenn Schwarze Schülerinnen in Gymnasien angehalten werden, ihr Haar chemisch zu glätten, da sie sonst zu «Ghetto» seien. Vor allem zeigt sie sich im stetigen Fluss rassistischer Kommentare von Weißen in den sozialen Netzwerken. Hierzu drei Beispiele aus dem Jahr 2016: die inzwischen berüchtigte Rentnerin Sparrow («Schwarze sind wie Affen»), der bekannte Pastor («Schwarze sind dazu da, für Weiße zu arbeiten»), der Hotelier («Wir beherbergen keine Schwarzen in diesem Bed & Breakfast»). Inspiriert von antikolonialen Bewegungen, Negritude, Panafricanismus, Black Consciousness und Denkern wie Fanon, Biko und anderen und organisiert rund um die Hashtags #RhodesMustFall, #OpenStellenbosch, #UPrising, #TransformWITS, die Schwarze Studentenbewegung Black Student Movement (BSM) und die Facebook-Seite Universities in South Africa – Decolonising the Mind, forderten Studierende unter anderem das Ende eurozentrischer Lehrpläne, das Entfernen kolonialer Statuen, das Umbenennen von Gebäuden, die

Politiker der Apartheid ehren, die Transformation des nach wie vor hauptsächlich Weißen Lehrkörpers und letztlich eine neue Universitätskultur, die allen nicht nur gleiche Chancen auf Bildung verspricht, sondern auch allen die Teilnahme an ihr ermöglicht. Die Kritik zielte insbesondere auf die psychosozialen und intellektuellen Ausschlüsse, welche die kulturelle Dominanz von Weißsein befördern.

Student_innen haben die ungeschriebenen Grenzen dessen, was seit 1994 als sagbar galt, binnen eines Jahres radikal verschoben. Erstmals wurden «Schwarz» und «Weiß» und die dazugehörigen Realitäten als solche benannt (z. B. die vielen oft unausgesprochenen Privilegien, die in Verbindung mit dem «Weißsein» stehen). Begriffe also, die in der Tradition des Non-Racialism und der Rainbow-Idee als trennend verpönt waren. Plötzlich wurde der öffentliche Diskurs von mehrheitlich Schwarzen Student_innen vorangetrieben und Konzepte wie Schmerz und Ärger der Schwarzen Bevölkerung und die Ignoranz Weißer Menschen waren plötzlich überall greifbar.

«OLD SCHOOL»: STUDIERENDENPROTEST 1.0

In dieser hochpolitisierten Phase wurde im Oktober 2015 der Hashtag #FeesMustFall publik, und Student_innen besetzten die WITS. Die Sicherheitsarchitektur der Zäune und der kontrollierten Tore der Universität wurde gegen diese selbst gewendet: Der Campus bleibe besetzt, bis die Leitung die angekündigte Gebührenerhöhung von zehn Prozent für 2016 zurücknehme, hieß es. Innerhalb von wenigen Tagen solidarisierte sich die Mehrheit aller Universitäten in einem nationalen Shut-Down-Day. Nachdem Student_innen in Kapstadt von den Stufen des Parlaments geprügelt worden waren, marschierten die Studierenden von Johannesburg zur Parteizentrale des ANC. Der Kampf gegen eine Erhöhung der Gebühren, der sich ursprünglich an die Universitätsleitungen gewandt hatte, richtete sich nun gegen die Regierung: Freie Bildung für alle! Der Protestmarsch zum Regierungssitz in Pretoria drei Tage später war die größte Demonstration zu den Union Buildings seit 1994. Unter diesem Druck ließ Präsident Zuma die Aussetzung der Erhöhungen für ein Jahr verkünden. Doch damit ließen sich die Student_innen nicht abspesen: Sie protestierten weiter. Bereitschaftspolizei, Wasserwerfer, Tränengas und Gummigeschosse jagten die Student_innen aus den Terrassengärten Pretorias. Das war Protestwoche eins, Mitte Oktober 2015. Eine Woche, die die Akademiker_innen spaltete: Die Mehrheit fand das Verhalten der Studierenden, bei allem Verständnis für ihre Sorgen und Nöte, unmöglich, insbesondere die militanten Aktionen. Andere begannen mit praktischer Solidaritätsarbeit: von täglicher Massenverköstigung, Spendenaufrufen, Medienarbeit, juristischem und medizinischem Beistand bis hin zur Lieferung von Decken, Tampons und Toilettenpapier. Die Verschiebung der internen Machtverhältnisse des Protests 1.0 der ersten Woche manifestierte sich im Verlassen des Campus, um zu Regierungspartei und Regierungssitz zu marschieren, und in der Radikalisierung der politischen Forderungen. Offiziell war der Protest 1.0 zwar überparteilich, faktisch wurde er aber von der ANC-nahen Studentenvereinigung geführt. Das Studierendenparlament (Student Representative Council, SRC) wurde nach Absetzung ihres männlichen Sprechers durch die Universitätsleitung von zwei Frauen geleitet. Die beiden Studierendenvertreterinnen bildeten gemeinsam mit dem ehemaligen Sprecher der Studierendenvertretung sowie einem Vertre-

ter der Oppositionspartei EFF (Economic Freedom Fighters) das Führungsgremium des Protests. Doch sie hielten an der repräsentativen Demokratie fest und verhinderten basisdemokratische Plena. Auffallend war die enorme Präsenz von weiblichen Studierenden – und das lag nicht nur daran, dass zwei Frauen die gewählten Studentenvertreterinnen waren und sich prominent mit weiblicher «Garde» links und rechts präsentierten. Die Studentinnen hatten den Hashtag #MbokodoLead erstellt,³ um sich angesichts der mächtigen Gefolgschaft des vorherigen charismatischen männlichen Studentenführers zu organisieren.

STUDIENDENPROTEST 2.0: DAS RINGEN UM EINE NEUE PROTESTKULTUR

Am zweiten Wochenende an der besetzten WITS, nach einer Woche der Radikalisierung und massiver staatlicher Repression, die für viele Studierende die erste Konfrontation mit der Staatsgewalt war und für viele Eltern ungute Erinnerungen an ihre Zeit des Kampfes gegen den Apartheidsstaat und seine Polizeigewalt hochkommen ließ, wurde deklariert: «Student Movement 1.0 is over.» Dies war zum Teil auch dem allgegenwärtigen Hashtag #Patriarchymustfall zu verdanken.

Zu Beginn dominierten die nach wie vor weitverbreiteten hierarchischen Führungsstrukturen den Protest, wenn auch zum Teil «modernisiert» durch weibliche Vertreterinnen. In einem kleinen Führungskollektiv wurden Analysen vorgenommen und Entscheidungen getroffen. Der immer lauter werdende Ruf nach einer basisdemokratischen Studierendenversammlung, die anstelle der Anführer_innen die Entscheidungen trifft, wurde ignoriert. Manche bringen das damit in Verbindung, dass sich die Studierenden schneller radikalisierten, als es den ANC-nahen Studentenvertreter_innen lieb war. Die Regierungspartei musste einsehen, dass ihr die Felle davonschwammen. Die Veröffentlichung von geheimen Treffen zwischen Parteigrößen und offiziellen Studentenvertreter_innen führte schließlich dazu, dass die Abkommen eben jener Vertreter_innen mit den Universitätsleitungen abgelehnt wurden. Neue Protestformen entstanden, kleiner in der Form und radikaler in den Forderungen.

Etwa seit November 2015 ist der Protest horizontal in Arbeitsgruppen organisiert. Die Forderung, Putzkräfte und andere Arbeiter_innen auf dem Universitätscampus wieder einzustellen und nicht länger in prekäre Arbeitsverhältnisse mit Subunternehmen zu zwingen, bleibt zentral – doch nun werden die Betroffenen in den Protest integriert. Gender und Race werden nicht mehr als Nebenwiderspruch behandelt. Vielmehr wird die Intersektionalität von Unterdrückung – sprich die Verschränkung und sich gegenseitig verstärkende Bedingtheit von Rassismus, Sexismus, Homophobie und ökonomischer Ungleichheit – erstmals als solche auch organisatorisch reflektiert. Frauen sind in den verschiedenen Arbeitsgruppen aktiv, die Minderheit Weißer solidarischer Studierender ist präsent, hält sich aber zurück. Geschlechterverhältnisse und Heteronormativität bleiben umkämpftes Terrain, aber genau das ist Teil dessen, was diesen Protest neu ausrichtet. Die reale Demokratisierung und damit Radikalisierung hat auch ein gutes Stück damit zu tun, dass das traditionelle Führungszentrum des Protests von den Rändern her ausgefranst ist und neue Verbindungen zwischen Formen des Ausschlusses hergestellt werden. Genderdiskriminierung, Homophobie, Rassismus und sozioökonomische Ungleichheit gerieten gleichermaßen ins Zentrum der Kritik: Protest 2.0 eben.

«WIR VERSTEHEN UNSERE KINDER NICHT MEHR!»: HEGEMONIEVERLUST DER ELTERN-GENERATION

Die anfangs brüske Ablehnung des Protests durch das Universitätsmanagement schlug gemeinsam mit der öffentlichen Meinung in strategisch-paternalistische Vereinnahmung um: «Wir lernen von euch – lasst uns reden!». Auch der ANC versuchte, sich die Bewegung einzuverleiben: Quasi über Nacht ließ die Partei T-Shirts mit ANC-Logo und dem «FeesMustFall»-Motto drucken, um diese auf der Demonstration gegen die Regierung zu verteilen. Letztlich aber wussten weder das Universitätsmanagement noch die Parteistrukturen mit der dezentralisierten, basisdemokratischen und damit natürlich auch heterogeneren und wesentlich langsameren Massenbewegung umzugehen. Nicht nur Parteien und Institutionen, auch die Medien waren auf charismatische Führungsfiguren angewiesen, mit denen die Massen in Schach gehalten werden und gute Bilder gemacht werden konnten. Diese Bewegung unterwanderte die Stellvertreterpolitik. Hier liegt eine Parallele zu den wilden Streiks der Bergarbeiter in Marikana 2012. Da es sich hier aber um junge Menschen handelte, die in urbanen Zentren unter stetiger Medienbeobachtung und äußerst aktiv in allen sozialen Netzwerken protestierten, verbot sich ein Massaker wie 2012.

Der Druck der nahenden Examenzeit half den Universitätsverwaltungen, die Universitäten wieder zu öffnen, unterstützt von einer Koalition aus privilegierten Weißen und zum Teil auch ärmeren Schwarzen Studierenden, die sich eine Verlängerung des Ausnahmezustands nicht leisten wollten oder konnten. Noch vor den Dezemberferien 2015 wurden Verhandlungsteams gebildet, Vereinbarungen getroffen, und alles schien befriedet.

Bei der Wiedereröffnung der Universitäten im Januar 2016 störten einige Vertreter_innen der nun wesentlich kleineren Bewegung in Reaktion auf die Nichteinhaltung der im November/Dezember getroffenen Vereinbarungen durch das Universitätsmanagement die Einschreibungen an der WITS. Die Universität reagierte mit massiver Repression: Von einem Tag auf den anderen kontrollierten mehr als 300 private Sicherheitskräfte den Campus – insbesondere das Zentralgebäude der Geisteswissenschaften. Dies spaltete die akademische Gemeinschaft noch mehr – einige wollten unter diesen Umständen, die in der Logik von Militarisierung auch zu Racial Profiling⁴ und sexistischen Übergriffen führte, nicht mehr arbeiten und drohten mit Streik. Andere fühlten sich gerade durch diese Maßnahmen geschützt und riefen Studierende, aber auch die mit den Studierenden solidarischen Kolleg_innen zur Mäßigung auf. Die Gewaltdiskussion – was konstituiert Gewalt (strukturell, physisch, emotional, politisch), was konstituiert zivilen Ungehorsam, was Protest – kam immer wieder hoch. Manche Akademiker_innen zogen in den Feuilletons schräge Vergleiche zur Adorno-Marcuse-Debatte 1968, während andere zunehmender Repression ausgesetzt waren (öffentliche Angriffe durch das Universitätsmanagement, geheimdienstliche Operationen wie das Einfrieren von Privatkonten, über die Spenden gesammelt wurden).

Im August 2016 fanden Kommunalwahlen statt. Der ANC verlor massiv an Stimmen und muss sich nun auf das in Südafrika weitgehend unbekanntes Terrain der Koalitionsverhandlungen vorwagen. Die feine Trennlinie zwischen durchaus politisch motivierter Gewalt und progressiver Militanz als Form politischer Intervention wird immer brüchiger, nachdem es im Vorfeld der Wahlen sowohl zu Sachbeschädigungen als auch

zu politischen Morden gekommen war. Die Bereitschaft zu gewaltsamer Überschreitung nimmt zu. Dies ist der Kontext, in dem Studierende politisch aktiv sind. Das jüngste Abfackeln einer Bibliothek auf dem Campus der Universität Kwa Zulu Natal in Durban durch einige Studierende wird kritisiert, aber auch verteidigt: Wie können Machtstrukturen kritisiert werden, wenn Universitätsleitungen und Regierungsvertreter_innen nicht bereit sind, zuzuhören oder Abkommen einzuhalten?

Als ich dieses Jahr eine politische Schulung mit dem ANCKabinett und dem Premierminister der Provinz Gauteng abhielt, war die Verzweiflung spürbar: «Unsere eigenen Kinder sind nur noch biologisch ANC, aber ideologisch stehen sie woanders», «Unsere eigenen Kinder wurden gegen die Hochschulpolitik des ANC protestierend verhaftet». Früher haben diese Politiker_innen selbst gegen Studiengebühren protestiert.

Studierendenproteste gegen den neoliberalen Umbau der Universitätslandschaft im Post-Apartheid-Südafrika der frühen 1990er Jahre ließen sich damit vertrösten, dass kostenlose Bildung für alle ein langfristiges Ziel sei. Die Einführung eines studentischen Vertretungsmodells, das sich an parteinahen Organisations- und Finanzierungsformen orientierte, führte zu eindimensionalen Kämpfen ohne die Sprengkraft aktueller partei- und themenübergreifender Koalitionen. Diese finden nicht im luftleeren Raum statt, sondern in einem globalen historischen Kontext, in dem überall Bewegungen – beispielsweise die autonome Frauenbewegung und queere Politik, Occupy und Black Lives Matter – entstehen, verschwinden und neu konfiguriert wieder auftauchen. Es ist die Geschichte der Entwicklung eines präfigurativen Politikverständnisses, das auf Veränderung (jenseits des Staatsapparates und seiner Parteiinstrumente) im Hier und Jetzt abzielt. Zentral hierbei ist Identitätspolitik und die Bereitschaft, eigene Positionierungen und Ambivalenzen mitzubersichtigen und dabei Machtverhältnisse anders als in einer einfachen Oben-Unten-Binarität zu denken.

Im Falle der südafrikanischen Studierendenproteste 2.0 ging es auch darum, eigene Involviertheit in Privilegiensysteme wahrzunehmen und die daraus resultierenden Widersprüche auszuhalten – also ja, Schwarz und arm, aber eben Mann – oder aber protestierender Student, aber eben an einer ehemaligen Weißen Universität und nicht an einem traditionell Schwarzen Technicon. In den Auseinandersetzungen um die eigene Situiertheit wie auch in der Analyse und Artikulation der gesellschaftlichen Misere ging es immer auch um affektive Politik, emotionale Arbeit und das Wechselverhältnis zwischen individueller Wahrnehmung und kollektiver Erfahrung in einem Feld struktureller Gewalt. Anders als die klassisch antkolonialen Bewegungen, die postkolonial auf eine Übernahme von traditionell politischen Sphären wie dem Staatsapparat abzielten, sind diese politischen Praktiken utopischer – und zugleich realer auf das Hier und Jetzt gerichtet. Dies führt zu einer Entfremdung, einer kulturellen Distanz zwischen den Generationen und ermöglicht andererseits neue Allianzen jenseits von Race innerhalb einer Generation. Kultureller Tabubruch ist Teil dieses Widerstandes, etwa im Hinblick auf einen vermeintlich automatischen Respekt vor dem Alter. «They are uncling us» (sie veronkeln uns) nennen Studierende den Paternalismus der älteren Generation. Dem optimistischen Begriff der «Born Free» als Bezeichnung für all jene, die nach 1994 geboren wurden und der auf die heute aktiven jungen Erwachsenen angewendet wird, wird mit der sarkastischen Frage «Frei von was?» begegnet: Wir sind weder frei von intergenerationell weitergereichten kollektiven Trau-

mata noch von ererbter Armut, noch von der Korruption einer politischen Klasse. Eingebunden in diese Kontroversen liegt eine unterfinanzierte, neoliberal aufgestellte Universitätslandschaft mit alten Riten und Wissenssystemen und doch modernem Selbstbild. Es sind diese Disparitäten, die die Studierendenproteste aufgegriffen und sichtbar gemacht haben.

Was hat es gebracht? Darauf gibt es widersprüchliche Antworten. Im September 2016 wurde die WITS erneut besetzt. Nicht nur mein Department hat alle Veranstaltungen abgeblasen. Der Vorschlag der Regierung, für 2017 «nur» eine Erhöhung der Studiengebühren um acht Prozent zuzulassen, wurde mit «Verschwendet nicht unsere Zeit – wir fordern nachhaltig tragbare Lösungen, die zu freier Bildung führen» beantwortet. Im Protest hat sich eine ganze Generation intellektuell, aber auch ganz praktisch politisiert. Die Universitäten sind schwer beschädigt, da der Finanzausfall nicht durch den Staat aufgefangen wird und dies zu einer langfristigen Zerstörung akademischer Bildung in Südafrika führen kann. Die hässliche Seite von parteipolitischer Vereinnahmung wurde entblößt und eine neue Protestkultur hat sich etabliert, die auf die ganze Gesellschaft und auf zukünftige Proteste abfärben wird.

Die Konsequenzen für all die erwähnten Bereiche lassen sich noch nicht absehen; hier hat ein soziopolitischer Prozess begonnen, der noch nicht abgeschlossen ist. Was sich mit Sicherheit sagen lässt, ist, dass die so lange unterdrückten Themen wie Alltagsrassismus, Weiße Dominanz, kulturell legitimer Sexismus, breite Verarmung und Ausschlüsse aller Art endlich in ihrer gegenseitigen Bedingtheit benannt worden sind und nun als solche diskutiert werden. Die Grenzen des Sagbaren werden neu verhandelt – und doch verbleibt diese politische Praxis, die auch Identitätspolitiken und den Angriff auf symbolische und sprachliche Konfigurationen einbezieht, nicht zahnlos abstrakt, sondern bezieht die materielle Basis der den Protest vorantreibenden Subjekte mit ein. Gerade das wird diesen politischen Prozess auf lange Sicht wirkmächtig machen.

Prof. Dr. Antje Schuhmann lehrt und forscht als Professorin der Politikwissenschaften und im Zentrum für Diversity Studies an der Witwatersrand Universität in Johannesburg. Ihr Fokus liegt auf postkolonialen feministischen und queeren Studien, kritischer Rassismusforschung und intersektionalen, inklusiven Praktiken transdisziplinärer Lehre. Letzte Buchveröffentlichungen: «Blackness and Sexualities» (2007) und «Gaze Regimes. Film and Feminisms in Africa» (2015).

1 Department of Higher Education and Training: Report of the Ministerial Committee for the Review of the Funding of Universities, Pretoria 2014, unter: www.dhet.gov.za/SiteAssets/Latest%20News/Report%20of%20the%20Ministerial%20Committee%20for%20the%20Review%20of%20the%20Funding%20of%20Universities.pdf 2 Technicons bieten praxisorientierte Diplomstudiengänge und Abschlüsse im technischen Bereich an. Sie werden mehrheitlich von Schwarzen Studierenden besucht. 3 Mbokodo hieß einerseits der ANC-interne Geheimdienst, andererseits referiert der Ausdruck auf ein Sprichwort, das Frauen mit Felsen gleichsetzt. Sinngemäß: Schlägst du die Frauen, ist es, als ob du einen Felsen schlägst. 4 Racial Profiling ist diskriminierendes Verhalten bei Personenkontrollen: Es werden z. B. nur Schwarze Menschen kontrolliert.

ANDREAS BOHNE

NACH WIE VOR PATERNALISTISCH

DER UMGANG MIT DEM VÖLKERMORD AN DEN OVAHERERO UND NAMA ZEIGT DIE UNZUREICHENDE AUFARBEITUNG DES DEUTSCHEN KOLONIALISMUS

Im Juli 2015 hat die deutsche Bundesregierung nach Jahrzehnten des Leugnens erstmals den Massenmord an den OvaHerero und Nama als Genozid anerkannt. Daraus haben sich aber keine weiteren Schritte ergeben. Stattdessen ist der Umgang mit dem Völkermord in Deutsch-Südwestafrika ein Beispiel für den fehlenden Willen der Bundesregierung, die deutsche Kolonialgeschichte kritisch aufzuarbeiten und revisionistischen Darstellungen entgegenzutreten. Deutlich wird dabei die wichtige Rolle von Zivilgesellschaft und Wissenschaft im Prozess der historisch-politischen Auseinandersetzung.

Mit der Proklamation des «Schutzgebietes Deutsch-Südwestafrika» (heute Namibia) trat das Deutsche Reich 1884 erneut in die Reihe der aktiven Kolonialmächte ein. Trotz einer Strategie nach dem Prinzip «teile und herrsche» unter Gouverneur Theodor Leutwein führten repressive, ausbeuterische und rassistische Politiken zu einem Aufstand der OvaHerero und Nama ab dem Jahr 1904. WissenschaftlerInnen wie Caspar Erichsen, Reinhart Kößler, Gesine Krüger, Henning Melber, David Olusoga, Joachim Zeller oder Jürgen Zimmerer haben nachgewiesen, dass der Krieg gegen die OvaHerero und Nama in den Jahren 1904 bis 1908 als Vernichtungskrieg und Genozid zu bewerten ist. Nicht nur die als «Schießbefehl» bekannte und oftmals zitierte Proklamation («Innerhalb der Deutschen Grenze wird jeder Herero mit oder ohne Gewehr, mit oder ohne Vieh erschossen») von Generalleutnant Lothar von Trotha – sie war keine Meinung eines Einzelnen, sondern drückte die Stimmung vieler ZeitgenossInnen aus –, die klar auf die Auslöschung der OvaHerero zielte, belegt eine Vernichtungsabsicht. Das gilt ebenso für die Kriegsführung gegen die Nama wie für die bewusste Ermordung Tausender OvaHerero und Nama durch Vernachlässigung und Arbeitszwang in den für sie eingerichteten Konzentrationslagern. Dass dieses Vorgehen nach der Genfer UN-Genozidkonvention von 1948 als Vernichtungspolitik zu werten ist, das ist wissenschaftlich seit einem guten Jahrzehnt nicht mehr umstritten.

ZWEI ÄUSSERUNGEN

Oftmals sind es nur zwei oder drei Ereignisse, die in Bezug auf langjährige politische Vorgänge immer wieder zitiert werden. Im Zusammenhang mit der Anerkennung des Völkermordes an den OvaHerero und Nama ist ein solches Ereignis die Aussage von Heidemarie Wiecek-Zeul im Jahr

2004. Anlässlich des 100. Jahrestages der «Schlacht am Waterberg» entschuldigte sich die damalige Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung für die von Deutschen begangenen Verbrechen – doch wurde diese Entschuldigung schnell als persönliche Meinungsäußerung abgetan. Vorher und nachher haben deutsche PolitikerInnen jegliches Schuldeingeständnis vermieden. Der damalige Bundesaußenminister Joschka Fischer hatte schon ein Jahr zuvor in Windhoek klargestellt: «Eine entschuldigungsrelevante Entschuldigung [wird] es nicht geben»,¹ und der frühere Bundespräsident Roman Herzog hatte 1998 lediglich von einem «besonders dunklen Kapitel» der deutschen Geschichte gesprochen.² Auch in den Antworten auf Kleine Anfragen im Bundestag verwies die Bundesregierung zwar beständig auf die moralische und historische Verpflichtung Deutschlands gegenüber Namibia. Eine Anerkennung des Völkermordes und eine Entschuldigung blieben jedoch aus.

Erst elf Jahre später gab es Fortschritte. Interessanterweise war es Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU), der in einem Gastbeitrag in der *Zeit* am 9. Juli 2015 mit Bezug auf Armenien schrieb: «Wer in der Bundesrepublik vom Armenier-Genozid spricht, darf vom deutschen Völkermord an den Herero und Nama nicht schweigen.»³ Bevor diese Aussage ähnlich wie bei Wiecek-Zeul noch als Privatmeinung hätte bewertet werden können, folgte einen Tag später auf der Bundespressekonferenz ihre gleichsam offizielle Bekräftigung. Auf mehrfache Nachfrage bestätigte Martin Schäfer, Sprecher des Auswärtigen Amtes, dass für Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) die im gemeinsamen Antrag von Bündnis 90/Die Grünen und der SPD⁴ 2012 vertretene Auffassung, dass das damalige Vorgehen der Deutschen in Deutsch-Südwestafrika als «Kriegsverbrechen und Völkermord» zu bewerten ist, nach wie vor

Gültigkeit habe. Seither gilt diese Einschätzung als Meinung der Bundesregierung.⁵

Sicherlich haben diplomatische Abwägungen und möglicherweise auch historische Einsichten bei dieser Aussage eine Rolle gespielt, doch darf sie nicht losgelöst betrachtet werden von einem vorangegangenen diplomatischen Eklat. Eine Delegation von OvaHerero und Nama, unter ihnen die Parlamentsabgeordnete Ida Hoffmann und der Paramount Chief der OvaHerero, Vekuii Rukoro, war am Sitz des Bundespräsidenten abgewiesen worden, als sie die Petition «Völkermord ist Völkermord. Entschuldigung jetzt» übergeben wollte, die auch von 150 Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Politik und Zivilgesellschaft unterzeichnet worden war. Durch den Skandal nahm das mediale Interesse daran zu, was 110 Jahre zuvor in Deutsch-Südwestafrika geschehen war. Ebenso müssen die jahrelangen Proteste und Forderungen nach Anerkennung des Völkermordes, nach Entschuldigung und Entschädigungszahlungen berücksichtigt werden, die von namibischen, afrodeutschen und weißen Gruppen der Zivilgesellschaft und kirchlichen Gruppen sowie der OvaHerero-Diaspora in den USA erhoben wurden.⁶ Das Gleiche gilt für Forderungen aus dem namibischen Parlament, wie etwa der Entschluss aus dem Jahre 2006, in dem die namibische Regierung aufgefordert wurde, sich für Entschuldigung, Anerkennung und Dialog unter Einbeziehung namibischer Opfergruppen einzusetzen. Und schließlich gibt es noch die Anträge von verschiedenen Oppositionsparteien im Deutschen Bundestag, die sich – abhängig von den jeweiligen Antragstellern – zumeist nur hinsichtlich der Entschädigungszahlungen unterschieden, überwiegend jedoch die Anerkennung des Völkermordes, die Bitte um Entschuldigung oder die Aufforderung zum Dialog beinhalteten. Zuletzt wurde ein solcher Antrag der LINKEN im März 2016 abgelehnt.⁷

Trotz der verbalen Fortschritte blockiert die von der Bundesregierung vertretene Verhandlungsposition und Sichtweise weitergehende Schritte. Der mangelnde Wille zur Auseinandersetzung mit dem deutschen Kolonialismus zeigt sich auch darin, dass der Aufforderung Lammerts und der Auskunft des Sprechers des Außenministeriums bislang – anders als in der Armenien-Frage – kein politischer Beschluss gefolgt ist, der den Genozid an den OvaHerero und Nama anerkennt.

EINSEITIG GESETZTE FRISTEN

2014 begann ein Dialog zwischen der deutschen und der namibischen Regierung. Mit Zed Ngavirue und Ruprecht Polenz wurden zwei Sondergesandte ernannt, die den Dialog um «die Vergangenheitsbewältigung» führen sollten.⁸ In einem Interview mit der *Namibian Sun* erklärte Ngavirue, dass die deutsche Regierung die Einsetzung zweier Unterhändler vorgeschlagen habe.⁹ Die namibische Seite bildete dagegen ein Technical Committee und ein Political Committee, die Ngavirue beratend zur Seite stehen. Seither gab es eine Reihe von bilateralen Konsultationen,¹⁰ zuletzt im September 2016.¹¹ Am Ende des Dialoges soll eine gemeinsame Erklärung und eine gemeinsame Einschätzung zum Völkermord stehen.

Nach Aussagen der Bundesregierung vom Juli 2016 wollen beide Seiten den Dialog bis Ende 2016 abgeschlossen haben.¹² Unklar ist allerdings, ob das tatsächlich der Wunsch beider Regierungen ist. Entgegen den bisherigen Absprachen haben der Sondergesandte Polenz und der derzeitige

deutsche Botschafter in Namibia, Christian Schlaga, auf einer Pressekonferenz am 7. Juli 2016 versucht, Tatsachen zu schaffen – der Völkermord werde anerkannt, Entwicklungsprojekte würden unterstützt, aber Reparationen werde es keine geben. Eine Entschuldigung sei noch während der Amtszeit von Bundespräsident Joachim Gauck (bis Frühjahr 2017) und damit vor der kommenden Bundestagswahl zu erwarten. Denn sonst, mutmaßten BeobachterInnen, könnten bis dahin vielleicht erreichte Ziele Makulatur werden. Es scheint, als würden auf deutscher Seite innenpolitische Interessen den Zeitplan bestimmen. Die Kritik namibischer VertreterInnen, einschließlich des Präsidenten Hage Geingob, ließ nicht lange auf sich warten.¹³

«NOT ABOUT US WITHOUT US»

Weitgehend unbeachtet bleibt in den Regierungsgesprächen bisher die Forderung der wichtigsten namibischen Betroffenenverbände nach direkter Beteiligung. Ihr Slogan «not about us without us» wendet sich gegen die als «Geheimgespräche» wahrgenommenen Konsultationen und richtet sich überwiegend an die deutsche Regierung, aber auch an die namibische Seite. Ida Hofmann, Vorsitzende des Nama Genocide Technical Committee, verweist dabei auf die Parlamentsentschließung von 2006.¹⁴ VertreterInnen der namibischen Verbände sehen die eigene Regierung im Sinne dieses Beschlusses eher als Vermittlerin (*facilitator*) denn als eigenständige Verhandlungspartnerin. Zed Ngavirue betonte in einem Interview im Mai 2016, dass die deutsche Regierung kein Interesse an direkten Verhandlungen mit den Verbänden habe.¹⁵ Diese interpretiert eine Forderung nach Einbeziehung und direkter Teilnahme der Gruppen als Einmischung in die innernamibischen Angelegenheiten¹⁶ und schließt sich der namibischen Regierung an, die die Gesprächsführung für sich reklamiert. Das führt zu Spannungen mit den beiden bedeutenden, solidarisch agierenden Verbänden «OvaHerero Genocide Committee» und «Nama Genocide Technical Committee» sowie auch mit der regierungsnahen Vereinigung «OvaHerero/Ovambanderu Council for the Dialogue on the 1904 Genocide».¹⁷ Zudem haben auch VertreterInnen der Damara Kritik am gesamten Vorgehen geübt, denn auch sie sehen sich als betroffene Gruppe der Folgen des Völkermordes an, die bislang an den Gesprächen aber nicht beteiligt ist. Trotz dieser Differenzen gelingt es den verschiedenen Gruppen teilweise, mit einer Stimme zu sprechen.

Der Ausschluss namibischer Opfergruppen aus dem Dialog wird auch in politischen Kommentaren als wenig sensibel und zielführend kritisiert¹⁸ – hat jedoch Methode: Als im März 2014 wieder Gebeine afrikanischer Herkunft aus deutschen Sammlungen nach Namibia zurückgeführt werden sollten, wurden die Termine erst kurzfristig von beiden Regierungen bestätigt und die Betroffenenverbände ebenso wie zivilgesellschaftliche Gruppen in Deutschland ausgeschlossen. So sollte ein Eklat verhindert werden, wie es ihn 2011 bei der ersten Übergabe von Human Remains in der Berliner Charité gegeben hatte, als die damalige Staatsministerin Cornelia Pieper (FDP) nach Protesten die Übergabe verlassen hatte, noch bevor namibische VertreterInnen das Wort ergriffen hatten.¹⁹

Wie frustriert die Betroffenenverbände der OvaHerero und Nama über ihren Ausschluss vom Dialogprozess sind, machten sie in einer Pressemitteilung deutlich, nachdem sie im Mai 2016 eine zivilrechtliche Klage beim Ständigen Schiedsgerichtshof in Den Haag gegen die Bundesrepub-

lik angekündigt hatten, um materielle und symbolische Reparationen zu fordern. Eine ähnliche Stoßrichtung besitzt die im September 2016 eingereichte Beschwerde von OvaHerero- und Namaverbänden beim Ständigen Forum für Indigene Angelegenheiten und beim Hochkommissar für Menschenrechte bei der UN, mit der sie gegen den fortwährenden Ausschluss bei den laufenden Gesprächen protestieren.

REPARATIONEN ALS GRETCHENFRAGE?

Postkoloniale AktivistInnen sehen sich immer wieder scharfer Kritik ausgesetzt, wenn sie die anhaltende Forschung an den Gebeinen Kolonisierter, die Existenz kolonialer Beutekunst in den Museen oder die kolonialrassistischen Denkmäler und die kolonialen Straßennamen im öffentlichen Raum thematisieren und eine Umbenennung oder eine kritische Bewertung fordern. Die mediale Berichterstattung zur Umbenennung des Gröben-Ufers in May-Ayim-Ufer 2010²⁰ oder aktuell zur Forderung nach Umbenennung der Mohrenstraße in Berlin²¹ lässt häufig eine empathielose und kolonialapologetische Sicht erkennen. Das gilt auch für den Vorwurf, die Opferverbände seien von außen gesteuert. So sprach zum Beispiel der damalige deutsche Botschafter Egon Kochanke in Namibia im Zusammenhang mit dem Eklat in der Charité 2011 von einer «hidden agenda» deutscher Verbände, die die anwesenden namibischen VertreterInnen aufgestachelt hätten. Durch solche Reden werden diese noch einmal entmündigt.

Diejenigen, die vor einer Anerkennung des Völkermordes warnen, bringen immer wieder den finanziellen Aspekt ins Spiel: Mit Verweis auf mögliche Reparationsforderungen wird der Entschuldigungs- und Versöhnungsprozess von vornherein torpediert und die moralische Wichtigkeit des Schuldeingeständnisses negiert. Aber natürlich gehören Reparationszahlungen zu den Forderungen namibischer Gruppen. Auch der Sonderbeauftragte Zed Ngavirue betonte, dass nach der Anerkennung des Genozids und der Entschuldigung die «Frage der Reparationen» folge.²²

KritikerInnen möglicher Entschädigungen stoßen sich zudem daran, dass Zahlungen nicht an unmittelbare Opfer, sondern «nur» an Nachfahren erfolgen würden. Das ist in der Sache unstrittig und unvermeidbar, doch unter anderem die Arbeiten von Reinhart Kößler, der seit vielen Jahren zur namibisch-deutschen Erinnerungspolitik forschet, haben gezeigt, dass der damalige Völkermord für die Nachfahren der Opfer nach wie vor von großer Bedeutung ist und Trauma und Bürde bedeutet.²³ Das hat die Bundesregierung 2007 auch insofern anerkannt, als sie in einer «Sonderinitiative» 36 Millionen Euro bereitstellte, um Kommunen zu fördern, in denen die «Nachfahren» der betroffenen Bevölkerungsgruppen der OvaHerero, Nama, Damara und San leben. Allerdings räumt die Bundesregierung ein, dass die namibische Regierung diese Sonderinitiative eher zögerlich angenommen hat.²⁴

Eine ähnliche Reserviertheit könnte auch den Entwicklungsprojekten entgegengebracht werden, die die Bundesregierung statt eines monetären Ausgleichs aktuell vorschlägt. Und zwar zu Recht, denn immer wieder haben VertreterInnen der Postcolonial Studies darauf aufmerksam gemacht, dass mit solchen *Entwicklungsprojekten* die dualistische Struktur zwischen dem «entwickelten» Norden und dem «unterentwickelten» Süden fortgeschrieben wird.

Vor Kurzem hat die Bundesregierung mit Verweis auf die UN-Völkermordkonvention ausgeführt, dass mit der

Anerkennung «eine nicht rechtliche Einschätzung eines historischen Ereignisses als Völkermord» entsteht. Die Anerkennung erfolge vielmehr aus einer rein «historisch-politisch geführten öffentlichen Debatte». Rechtsfolgen erwartet die Bundesregierung daher nicht.²⁵ Trotzdem ist nicht recht verständlich, warum sie die Worte «Reparationen» und «Wiedergutmachung» nicht auch im Zusammenhang mit dem Völkermord an den OvaHerero und den Nama verwendet.²⁶ Das wäre auch deshalb sinnvoll, um die Nachfahren der Kolonisierten als Berechtigte von Reparationen anzuerkennen.

DIE ROLLE DES GENOZID AN DEN ARMENIERINNEN

Die politischen Auseinandersetzungen um den Genozid an den ArmenierInnen haben sich entscheidend auf die politische Diskussion über den Völkermord an den OvaHerero und Nama ausgewirkt, dessen genozidaler Charakter in Kreisen der Wissenschaft kaum noch bestritten wird. Als Papst Franziskus im Frühjahr 2015 dann den Genozid an den ArmenierInnen als ersten Völkermord des 20. Jahrhunderts bewertete, gab es aus diesen Kreisen nicht nur empörte Hinweise auf den ein Jahrzehnt zuvor verübten Genozid an den OvaHerero und Nama. Nachdem der Deutsche Bundestag den Massenmord an den ArmenierInnen ebenfalls als Völkermord bezeichnet hatte,²⁷ geriet die Bundesregierung zusätzlich unter Druck, nun auch den Genozid an den OvaHerero und Nama als solchen politisch anzuerkennen. Sollte sie sich weiterhin weigern, müsste sie sich den Vorwurf gefallen lassen, mit zweierlei Maß zu messen. Nicht nur böswillige Stimmen könnten dann fragen, ob die Anerkennung eines Genozids nur oder zumindest leichter erfolgt, wenn die TäterInnen Muslime sind und die Opfer Christen, nicht aber wenn die Opfer AfrikanerInnen und die TäterInnen EuropäerInnen sind. Die Frage nach einer eurozentristischen Sichtweise oder gar strukturellem Rassismus bleibt, auch wenn die Bundestagsresolution die Komplizenschaft des Deutschen Reichs beim Völkermord an den ArmenierInnen erwähnt.

MEHR MEDIALE BERÜCKSICHTIGUNG, ABER AUCH VERHARMLOSUNG

Deutliches Zeichen zunehmender Debatten um den Genozid ist die Anzahl von Artikeln in Tages- und Wochenzeitungen oder auch die Zahl politischer Positionspapiere. Ähnlich wie bei den politischen Stellungnahmen verschoben sich Diskurse und änderte sich teilweise die Wortwahl – vom «Kolonialkrieg» und «Aufstand» hin zum «genozidalen Krieg» oder «Völkermord». Jedoch ohne das erstgenannte Begriffe aus den Medienberichten verschwunden wären.

Zugleich hält sich in Öffentlichkeit und Politik die Ansicht, dass der deutsche Kolonialismus eine Marginalie der deutschen Geschichte gewesen sei. Und insbesondere Namibia wird als das ehemalige «Südwest» mit seiner deutschsprachigen Minderheit verklärt und bietet Raum für kolonialapologetische Agitation. Einen Tiefpunkt stellt der Artikel des ehemaligen Afrika-Korrespondenten der *Zeit* und des *Spiegel* dar. Im *Spiegel* vom 11. Juni 2016 lässt Bartholomäus Grill unter dem Titel «Gewisse Ungewissheiten» den Hobbyhistoriker Hinrich Schneider-Waterberg ausführlich zu Wort kommen. Der Autor des Buches mit dem vielsagenden Titel «Der Wahrheit eine Gasse» ist kein Unbekannter.²⁸ Schneider-Waterberg stellte wiederholt die Völkermordabsicht der Deut-

schen infrage, warf denjenigen, die von Genozid sprachen, Geschichtsklitterei vor, und erklärte, es sei einer jener Kolonialkriege gewesen, der auch von anderen Kolonialmächten andernorts geführt wurde. Grill besitzt sogar die Chuzpe, den Titel eines Aufsatzes von Werner Hillebrecht («Certain Uncertainties») aus dem Jahr 2007 zu übernehmen, in dem dieser Punkt für Punkt die Position der namibischen Historikerin Brigitte Lau widerlegt, auf die sich Schneider-Waterberg beruft.²⁹ Daneben verliert Grill kein Wort über die genozidale Rolle der Konzentrationslager etwa auf der Haifischinsel vor Lüderitzbucht, die gerade nicht nur die OvaHerero, sondern auch die ab 1905 aufständischen Nama betraf.

Die jüngste Entgleisung leistete sich die deutschsprachige namibische *Allgemeine Zeitung*, indem sie einen Bericht über die vierte Gesprächsrunde im September 2016 mit «Kriegsnachlese fortgesetzt» betitelte.³⁰

VERSÖHNUNG BRAUCHT ZEIT

Trotz Ankündigung fehlt noch immer ein Entschluss des Deutschen Bundestages, mit dem die Abgeordneten den Völkermord an den OvaHerero und Nama als solchen anerkennen. Das ist ein notwendiger, wenngleich nur erster Schritt in einem Versöhnungsprozess. Zentral ist ein Umdenken in der Politik, denn das bisherige Vorgehen lässt es fraglich erscheinen, ob eine Versöhnung angesichts des Ausschlusses der namibischen Verbände, einseitiger Terminfestlegungen und der rigorosen Ablehnung von Reparationen überhaupt möglich sein wird. Und ein Versöhnungsprozess, ein Dialog, kann nicht zu einem festgesetzten Datum abgeschlossen werden. Versöhnung ist ein langfristiger, vielleicht immerwährender Prozess – schnell erledigen lässt er sich jedenfalls nicht.

Dagmar Wöhl, immerhin Vorsitzende des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung des Deutschen Bundestages, sagte nach einem Aufenthalt in Namibia Ende Mai 2016 gegenüber der Deutschen Welle: Es wird «eine der großen Sternstunden des deutschen Parlaments sein, wenn wir über die Ergebnisse des Dialogprozesses diskutieren».³¹ Angesichts solcher Aussagen muss man sich fragen, ob politische Initiativen wie diese eher der Vergewisserung deutscher Politik dienen oder schlicht Ausdruck einer paternalistischen Haltung sind.

Jüngst hat die Bundesregierung verkündet, eine gemeinsame Schulbuchkommission einrichten zu wollen. Fragwürdig an diesem ansonsten durchaus begrüßenswerten Projekt ist allerdings die Aussage, dass die Stiftung Partnerschaft mit Afrika didaktische Materialien zum Völkermord

erarbeiten soll, nicht jedoch zur Aufarbeitung der kolonialen Vergangenheit und zur Versöhnungsarbeit mit Namibia.³² Ein Schritt vorwärts müsste schon entschlossener aussehen; was bisher geschah, steht exemplarisch für eine nur halbherzige Aufarbeitung der deutschen Kolonialgeschichte.

Andreas Bohne ist seit vielen Jahren im NGO-Bündnis «Völkermord verjährt nicht!» engagiert und arbeitet gegenwärtig im Afrikareferat der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Der Artikel gibt die persönliche Meinung des Autors wieder und nicht zwangsläufig die des Bündnisses oder der Stiftung.

1 Kristen, Claus: Kriegsjubiläum Völkermord – kein Anlaß für eine «entschuldigungsrelevante Entschuldigung», in: Junge Welt, 29.11.2003, S. 15. 2 Zit. nach: Brehl, Medardus: Das Drama spielte sich auf der dunklen Bühne des Sandfeldes ab, in: Zimmerer, Jürgen/Zeller, Joachim (Hrsg.): Völkermord in Deutsch-Südwestafrika. Der Kolonialkrieg (1904–1908) in Namibia und seine Folgen, Berlin 2016, S. 86–96, hier S. 86. 3 Es soll nicht unerwähnt bleiben, dass der frühere Bundespräsident Horst Köhler nach seiner Amtszeit 2014 ebenfalls von Völkermord gesprochen hatte, doch war dies weitgehend unbeachtet geblieben. 4 Vgl. Antrag 17/9033 (neu) der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen «Die Beziehungen zwischen Deutschland und Namibia stärken und Deutschlands historischer Verantwortung gerecht werden»; der Antrag wurde am 22. März 2012 mit den Stimmen von CDU/CSU und FDP (bei Enthaltung der LINKEN) abgelehnt. 5 Vgl. Antwort der Bundesregierung auf die kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE zum Sachstand der Verhandlungen zum Versöhnungsprozess mit Namibia und zur Aufarbeitung des Völkermordes an den Herero und Nama, Bundestags-Drucksache 18/9152 vom 10.7.2016, S. 2. 6 Exemplarisch dafür stehen die Petition «Völkermord ist Völkermord!» (2015), die «Erklärung der Solidarischen Kirche im Rheinland» (2015) oder die Übergabe von Unterschriften durch die AktivistInnen der Diaspora in den USA an deutsche Vertretungen im März 2015. 7 Vgl. Deutscher Bundestag: Namibia und die deutsche Kolonialvergangenheit, unter: www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2016/kw11-de-voelkermord-afrika/413646 8 Bundestags-Drucksache 18/9152, S. 8. 9 Vgl. Gordon, Joseph: Genocide: «No cloak of secrecy», in: Namibian Sun, 18.5.2016, unter: www.namibiansun.com/news/genocide-no-cloak-of-secrecy 10 Für einen Überblick vgl. Bundestags-Drucksache 18/9152. 11 Vgl. Goeieman, Fred: Genocide talks start in Germany, in: Namibian Sun, 6.9.2016, unter: www.namibiansun.com/news/genocide-talks-start-in-germany/ 12 Vgl. Bundestags-Drucksache 18/9152, S. 5. 13 Vgl. Geingob blasts Germans over genocide, in: Namibian Sun, 11.7.2016, unter: www.namibiansun.com/news/geingob-blasts-germans-over-genocide/ 14 Vgl. Goeieman: Genocide. 15 Vgl. Gordon: Genocide. 16 Vgl. Bundestags-Drucksache 18/9152, S. 5f. 17 Vgl. Kößler, Reinhart/Melber, Henning: Editorial: Wo kein Wille ist, ist kein Weg ..., in: Afrika Süd, 4/2016, S. 3. 18 Ebd., S. 3. 19 Vgl. Kößler, Reinhart: Von unserer Regierung entwürdigt. Warum in Namibia über postkoloniale Vergangenheitspolitik gestritten wird, in: iz3w, Juli/August 2014, S. 13–15. 20 Vgl. Aly, Götz: Straßenschänder in Kreuzberg, in: Berliner Zeitung, 2.2.2010. 21 Vgl. Tkalec, Maritta: Umbenennung der Mohrenstraße: Kein Respekt gegenüber der Geschichte Berlins, in: Berliner Zeitung, 26.8.16. 22 Lammert und Grüne für Bekenntnis zu «Völkermord an Herero», Meldung der Katholischen Nachrichtenagentur, 13.6.2016. 23 Vgl. Kößler, Reinhart: Africa to Auschwitz: Solidarität der Opfer, in: Afrika Süd 4/2016, S. 19. 24 Vgl. Bundestags-Drucksache 18/9152, S. 11. 25 Ebd., S. 3. 26 Vgl. ebd., S. 9. 27 Vgl. Bundestags-Drucksache 18/8613 vom 30.5.2016, beschlossen am 2.6.2016. 28 Zu weiteren Auseinandersetzungen vgl. u. a. die Beiträge von Kößler, Melber, Wiczorek-Zeul und Zimmerer, in: Afrika Süd, 4/2016, S. 16; Krüger, Gesine: Unbelehrbare alte Männer. «Der Spiegel» und der deutsche Kolonialkrieg in Namibia, unter: <http://geschichtedergegenwart.ch/unbelehrbare-alte-maenner-der-deutsche-kolonialkrieg-in-namibia-im-spiegel/>. 29 Vgl. Werner Hillebrecht: Certain uncertainties or venturing progressively into colonial apologetics?, in: Journal of Namibian Studies 1/2007, S. 73–95. Ausführlich zu den Fälschungen Schneider-Waterbergs vgl: Kößler, Reinhart: Namibia and Germany. Negotiating the Past, Windhoek/Münster 2015, Kap. 5. 30 Hofmann, Eberhard: Kriegsnachlese fortgesetzt, in: Allgemeine Zeitung, 5. September 2016, unter: www.az.com.na/nachrichten/kriegsnachlese-fortgesetzt 31 Zit. nach: Pelz, Daniel: «Es wird Wiedergutmachungen geben», in: Deutsche Welle, 31.5.2016, unter: www.dw.com/de/w%C3%B6hrl-es-wird-wiedergutmachungen-geben/a-19294235 32 Vgl. Bundestags-Drucksache 18/9152, S. 13.

ALEJANDRO MANTILLA O.

NOBELPREIS, ABER KEIN FRIEDEN

KOLUMBIEN NACH DEM REFERENDUM

Nach dem knappen Nein zu dem Friedensabkommen mit der FARC weiß die extreme Rechte zunächst nichts mit ihrem Sieg im Referendum anzufangen. Eine geschwächte Linke und die sozialen Bewegungen müssen versuchen, die Chancen auf gesellschaftliche Transformation, die der Friedensprozess weiterhin bietet, zu erhalten und zu nutzen.

EINE WOCHE, DIE MAN NICHT SO SCHNELL VERGESSEN WIRD

Völlig unerwartet wurde beim Referendum am 2. Oktober 2016 das zwischen der FARC-EP und der Regierung Santos geschlossene Abkommen zur Beendigung des bewaffneten Konflikts von einer Mehrheit abgelehnt. Das Nein gewann mit knapp 50,2 Prozent, das heißt mit einem Vorsprung von nur etwa 50.000 Stimmen – bei insgesamt 13 Millionen abgegebenen gültigen Stimmen.

Trotz des enttäuschenden Resultats bekräftigten sowohl die FARC-Guerilla als auch die Regierung, dass sie an einer politischen Lösung des bewaffneten Konflikts und am Waffenstillstand festhalten werden. Zudem bekräftigte die ELN (die zweite große Guerilla im Land) unmittelbar nach der Abstimmung ihren Wunsch, Verhandlungen mit der Regierung Santos aufzunehmen. Nichtsdestotrotz stellt der Ausgang des Plebiszits einen harten Schlag für den Friedensprozess, die Stabilität der Regierung, die politischen Aussichten der FARC und vor allem für eine Umsetzung des Abkommens dar.

Das Ergebnis des Referendums war offensichtlich auch für die Gegner des Abkommens überraschend. Sie wussten zunächst nicht, was sie mit ihrem Sieg anfangen sollten. Nachdem Präsident Santos seine Amtsvorgänger Álvaro Uribe (2002–2010) und Andrés Pastrana (1998–2002) eingeladen hatte, Teil eines politischen Bündnisses für den Frieden zu werden, konnten die beiden Ex-Präsidenten und Gegner des ausgehandelten Abkommens keine Forderungen vorlegen. Erst bei der Sitzung des Senats am Dienstag, den 4. Oktober, unterbreitete Álvaro Uribe zwei Vorschläge: Erstens soll schnell eine Amnestie für einfache FARC-Kämpfer, die nicht an schweren Menschenrechtsverbrechen beteiligt waren, erlassen werden und im Gegenzug sollen die Strafverfahren gegen die Kommandanten der Guerilla verschärft werden. Zweitens sollen angeklagte Militärs (denen in der Regel Menschenrechtsverletzungen und schwere Verstöße gegen

die Genfer Konventionen vorgeworfen werden) vor Strafverfolgung geschützt werden.

Die allgemeine Sorge um die Zukunft des Friedensprozesses erreichte am Abend des 4. Oktober ihren Höhepunkt, als Präsident Santos in einer Pressekonferenz erklärte, der Waffenstillstand mit der FARC habe nur bis zum 31. Oktober Gültigkeit. Die Gemüter beruhigten sich erst einige Stunden später wieder ein wenig, als das Verteidigungsministerium klarstellte, dass der Waffenstillstand durch eine Entscheidung des Präsidenten verlängert werden könne.

Während die Gegner des Friedensabkommens am Montag und Dienstag nach dem Referendum Rückenwind verspürten, schien der Wind am Mittwoch, den 5. Oktober, wieder zu drehen, als es im ganz Land zu Großdemonstrationen für den Friedensprozess kam und sich spontan Bürgerversammlungen auf der Straße bildeten, um über die Zukunft Kolumbiens zu debattieren. Am Donnerstag, den 6. Oktober, gestand dann der Wahlkampfleiter der Nein-Kampagne, der rechte Ex-Senator Juan Carlos Vélez, ein, dass die PR-Kampagne der Abkommensgegner darauf abgezielt habe, das Abkommen falsch darzustellen und die Wählerschaft zu manipulieren. Außerdem nannte Juan Carlos Vélez die Namen verschiedener Firmen, die die Nein-Kampagne verdeckt finanziert hatten.

Die Erklärungen des rechten Politikers lösten einen Sturm der Entrüstung aus. Das Abstimmungsergebnis vom Sonntag verlor an Legitimität, weil Vélez' Aussagen als Eingeständnis illegaler Wahlmanipulationen interpretiert werden können und weil die Staatsanwaltschaft in der Folge Ermittlungen einleitete. Vélez' eigene Partei, das Demokratische Zentrum (Centro Democrático), dementierte die Aussagen des Ex-Senators und schloss den Politiker aus der Organisation aus.

Die Situation änderte sich am 7. Oktober ein weiteres Mal, als Juan Manuel Santos den Friedensnobelpreis erhielt. Obwohl der Präsident sehr unpopulär ist, hat die Entscheidung

den Friedensprozess doch gestärkt und lässt die ultrarechte Opposition international schlecht aussehen. Unterstützt wurde dieser Effekt auch dadurch, dass die ELN-Guerilla zwei von ihr festgehaltene Personen freiließ, um ihre Friedensbereitschaft unter Beweis zu stellen. Damit ist ein wichtiges Hindernis für die seit Monaten blockierten Gespräche mit der Regierung aus dem Weg geräumt.¹

Zusammenfassend könnte man also sagen, dass die Woche mit der Ablehnung des Friedensabkommens, der politischen Schwächung des Präsidenten und einem schweren Schlag für die FARC begann. Doch in ihrem weiteren Verlauf scheint die Verhandlungsoption, diesmal unter Einschluss der ELN, gestärkt worden zu sein. Die politische Debatte hat sich verlagert, der Ausgang ist allerdings nach wie vor offen.

MÖGLICHE SZENARIEN NACH DEM PLEBISZIT

Dass im Moment so große Unsicherheit herrscht, hat auch damit zu tun, dass FARC und Regierung zwar ihren Friedenswillen bekundet haben, aber durch das «Nein» im Referendum und ein Urteil des Verfassungsgerichts der Mechanismus blockiert ist, mit dem das Abkommen Rechtsgültigkeit erlangen sollte. Im Moment ist völlig unklar, wie die Umsetzung des Abkommens stattdessen erfolgen könnte.

Das Referendum hat sich als schwerwiegender Fehler der Verhandlungsführer aufseiten der Regierung erwiesen. Bei anderen Friedensprozessen mit kolumbianischen Guerillas (u. a. mit der M-19, der Indigenen-Miliz Movimiento Armado Quintín Lame, dem Partido Revolutionario de los Trabajadores, der Mehrheitsfraktion des Ejército Popular de Liberación und der Corriente Renovación Socialista)² hatte es keine Referenden gegeben. Die Regierung Santos verfolgte mit der Abstimmung zwei Ziele: Sie wollte dem Abkommen Legitimation verleihen, um der Kritik der rechtsextremen Opposition effizienter begegnen zu können. Gleichzeitig sollte das Referendum aber auch die von der FARC zu Beginn des Friedensprozesses erhobene Forderung nach einem verfassungsgebenden Prozess unterlaufen. Die Regierung zog nicht in Betracht, dass ein Referendum das Friedensabkommen und eine Verhandlungslösung gefährden könnte. Das Abstimmungsergebnis spricht nun allerdings für sich.

Trotzdem glaube ich, dass die Abkommen eine Art von Bestätigung brauchen, weil die FARC und die ELN – anders als die Guerillas, die mit früheren Regierungen verhandelt haben – über eine größere territoriale Basis, mehr militärische Fähigkeiten und bessere Möglichkeiten, politischen Einfluss auszuüben, verfügen. Sie streben Abkommen an, die zumindest ein Stück weit die gesellschaftlichen Institutionen verändern. Daher erklärt sich die Notwendigkeit einer Bestätigung, aber das Plebiszit war nicht der beste Mechanismus dafür.

In Anbetracht des Rückschlags ist bislang nicht klar, wie die Road Map modifiziert werden könnte. Die Tatsache, dass die Verhandlungsführer der Regierung keinen Plan B haben, hat Spekulationen Tür und Tor geöffnet. Die einzige Aktivität bisher war, dass sich Präsident Santos mit den Wortführern der Nein-Kampagne, seinen Amtsvorgängern Uribe und Pastrana, traf. Es ist zwar auch vorgeschlagen worden, Drei-Parteien-Gespräche zwischen FARC, Regierung und der extremen Rechten zu organisieren, doch laut kolumbianischem Recht ist nur die Regierung autorisiert, mit der Guerilla zu verhandeln.

Konflikte sind auch deshalb zu erwarten, weil die von Uribe angeführte extreme Rechte versucht, zentrale Punkte des

Abkommens zu Fall zu bringen – vor allem jene Punkte, die mit der Strafverfolgung und der politischen Partizipation der Guerilla zusammenhängen. Die FARC hingegen wird das von ihrem Kommandanten und Santos unterzeichnete Abkommen verteidigen.

In diesem Zusammenhang wichtig ist das Urteil des Verfassungsgerichts, das bestimmt, dass das Abkommen im Falle einer Niederlage im Referendum nicht umgesetzt werden und der Präsident nur ein anderes Abkommen erneut zur Wahl stellen darf. Darin besteht ein schwerwiegendes Problem. Während die FARC und die Massendemonstrationen in der Woche nach dem Referendum darin übereinstimmen, dass man am Abkommen in seiner jetzigen Form festhalten muss, scheint genau dies aus rechtlichen Gründen nicht möglich zu sein.

Eine von verschiedenen Beobachtern vorgeschlagene Alternative könnte die Einberufung einer Verfassungsgebenden Versammlung sein, wie sie von der FARC, der extremen Rechten um Álvaro Uribe und Teilen der Linken gefordert wird. Dieses Vorhaben birgt jedoch große Gefahren für die Freiheits- und Bürgerrechte, denn nach dem Sieg der konservativsten gesellschaftlichen Gruppen beim Referendum ist zu befürchten, dass es auch in einer Verfassungsgebenden Versammlung zu einem reaktionären Rollback kommen könnte. Dann würden die Errungenschaften der Frauenbewegung, der LGBTI-Community, der indigenen Völker und der Verteidiger von Umwelt- und kollektiven Landrechten zur Disposition stehen. Nach der Entwicklung der letzten Tage³ ist diese Option allerdings auch nicht besonders wahrscheinlich.

Ohne Zweifel ist es das Beste, den Geist des Abkommens zu verteidigen und seinen Wortlaut so zu überarbeiten, dass die Blockade, die durch das Referendum entstanden ist, aufgelöst werden kann.

Trotz des Rückschlags im Referendum: Das Scheitern dieser Methode bestätigt, wie richtig es war, einen Friedensprozess einzufordern, der offen ist für die Beteiligung verschiedener sozialer Gruppen. Die Idee eines «Gesellschaftlichen Runden Tisches für den Frieden» (Mesa Social para la Paz), eines nationalen Dialogs aller gesellschaftlichen Kräfte und einer Demokratisierung des Friedensprozesses erscheint heute wichtiger denn je.

Kurioserweise hat die ELN stets eine derartige Öffnung der Verhandlungen gegenüber der Gesellschaft gefordert. Dass der Friedensprozess mit der ELN jahrelang nicht von der Stelle kam, hat nicht zuletzt damit zu tun, dass die Regierung Santos einen solchen *gesellschaftlichen* Verhandlungsprozess ablehnte.

Nach dem Scheitern des Plebiszits könnten sich die Bedingungen allerdings verändern.

DIE POLITISCHEN KRÄFTE

Die Regierung Santos wurde durch das Abstimmungsergebnis geschwächt, ihr politisches Kapital scheint erschöpft. Obwohl der Nobelpreis dem Präsidenten Luft verschafft hat, ist seine Lage schwierig. Soziale Bewegungen und die politische Linke halten an ihrer Ablehnung der neoliberalen Wirtschaftspolitik fest. Die von Álvaro Uribe und dem Ex-Procurador⁴ Ordóñez angeführte fundamentalistische Rechte hingegen widersetzt sich dem Friedensprozess und der von ihnen so genannten Gender-Ideologie.⁵ Santos versuchte diesen doppelten Angriff bisher dadurch abzuwehren, dass er bürokratische Posten verteilte. Doch damit

konnte er nicht alle Parteien der Regierungskoalition zufriedenstellen.

Trotz des Nobelpreises ist die Situation für Santos jetzt noch schwieriger, weil seine Regierung verschiedene unpopuläre Maßnahmen durchsetzen will, darunter eine Steuerreform, die die unteren Schichten und Lohnabhängigen trifft und die großen Investoren begünstigt.

In dieser Lage wächst die Macht der Rechten, die politische Landschaft wird autoritärer. Jene Kräfte, die sich dem Friedensprozess offen widersetzt haben (Uribe's «Demokratisches Zentrum» und die dem Ex-Procurador nahestehenden Teile der Konservativen Partei) oder die den Prozess kritisierten, aber über die Vergabe bürokratischer Posten weiter an der Santos-Regierung beteiligt waren (wie Vizepräsident Vargas Lleras oder der ehemalige Verteidigungsminister Juan Carlos Pinzón), haben an Macht gewonnen. Das schlimmste Szenario ist die Rückkehr zu jenem Konsens innerhalb der herrschenden Klassen, der eine Allianz der Rechten und die Regierungen Uribe's von 2002 bis 2010 möglich machte.

Der große Verlierer des Wahltags ist die Liberale Partei, im Besonderen Ex-Präsident César Gaviria und der langjährige Minister Humberto de la Calle. Gaviria ist verantwortlich für die schlecht geplante und allzu siegessichere Regierungskampagne. De la Calle galt bis vor wenigen Tagen als möglicher Präsidentschaftskandidat, erhielt an den Wahlurnen jedoch kein Mandat für eine Verhandlungsführung.

Aber auch die Linke geht aus den letzten Wochen geschwächt hervor. Erstens, weil die politische Lösung des Konflikts eine Forderung fast aller Organisationen des linken Spektrums ist. Zweitens, weil die Linke in dem zwischen Santos und Uribe polarisierten Referendumswahlkampf unsichtbar blieb. Drittens aber auch, weil die FARC auf kurze Sicht offenbar schlechte Wahlaussichten besitzt. Das erklärt auch, warum sie in einem Kommuniqué erklärte, dass «die Herausforderungen für uns als politische Bewegung noch größer geworden sind und wir stärker werden müssen, um einen stabilen und dauerhaften Frieden aufbauen zu können».

Am beunruhigendsten für die Linke ist allerdings die Tatsache, dass es insgesamt wenig Bereitschaft für einen grundlegenden Wandel zu geben scheint. Eine Verhandlungslösung impliziert einen Bruch mit der bestehenden politischen Situation und stellt ein Wagnis dar. Wenn Kolumbien den bewaffneten Konflikt überwinden will, muss der Staat die politische Partizipation der Guerilla und eine größere soziale Teilhabe, zumindest in Agrarfragen, ermöglichen. Es ist beunruhigend, dass die Bevölkerung nicht einmal ein Abkommen akzeptiert hat, das verglichen mit den strategischen Zielen der Linken sehr bescheiden ausfällt.

Der große Gewinner des Referendums ist hingegen eine Politik der Unverantwortlichkeit. Wie auch in anderen Teilen der Welt setzte die Rechte im Wahlkampf auf Manipulation, Egoismus und Angst. Die Abstimmung wurde durch eine Stimmungsmache in den sozialen Netzwerken entschieden, bei der die Inhalte des Abkommens verfälscht, antikommunistische, homophobe und demokratiefeindliche Ressentiments verbreitet und eine Art Rachejustiz propagiert wurden. Mit Techniken der Manipulation gelingt es der Rechten, die in Zeiten der Unsicherheit verbreitete Unzufriedenheit zu kanalisieren. Sie präsentiert Scheinlösungen und verhindert so, dass sich die Bevölkerung mit den wirklichen sozialen und ökonomischen Problemen auseinandersetzt.

DIE SOZIALEN BEWEGUNGEN UND DAS ABKOMMEN

Trotz der sich überschlagenden Ereignisse der vergangenen Wochen sind manche Analysen nach wie vor gültig. Vor allem, weil das Abkommen zwischen FARC und Regierung die Koordinaten des langfristigen Konflikts um die Frage, was ein Friedensprozess eigentlich bedeutet, nicht verändert hat.

In diesem Zusammenhang gibt es drängende Herausforderungen: Die Gespräche zwischen ELN und Regierung müssen weitergeführt und Instrumente gefunden werden, um politisch mit der EPL⁶ umzugehen. Außerdem muss eine Debatte über die zur Beendigung des Krieges notwendigen Reformen (im Sinne des bereits erwähnten «Gesellschaftlichen Runden Tisches für den Frieden») in Gang kommen.

Mittel- und langfristig besteht die Herausforderung in der Umsetzung und Realisierung der Verträge. Dafür müssen zunächst die Hindernisse überwunden werden, die das Referendum geschaffen hat. Dies wird nur mithilfe einer gesellschaftlichen Mobilisierung möglich sein.

Man darf allerdings nicht aus den Augen verlieren, dass der eigentliche Konflikt darin besteht, welches Gesellschafts-, Staats- und Wirtschaftsmodell von den unterschiedlichen politischen Strömungen (und sozialen Klassen) verfolgt wird. Diese Diskussion geht über das Friedensabkommen mit der FARC hinaus; nicht zuletzt auch deshalb, weil die Regierung es für die Verhandlungen zur Bedingung gemacht hat, mit der Guerilla nicht über das Wirtschaftsmodell zu verhandeln.

Selbst wenn das Abkommen zwischen FARC und Regierung Bestand haben sollte, werden die sozialen Bewegungen darauf hinarbeiten, die Gesellschaft weit über das im Abkommen vereinbarte hinaus zu verändern. Die führenden politischen Gruppen hingegen werden versuchen, das bestehende politische und ökonomische Modell zu verteidigen und auszubauen.

Wenn von Frieden die Rede ist, gerät oft aus dem Blick, dass unterschiedliche Dinge damit gemeint sind. Einerseits gibt es eine *minimalistische* Interpretation, wonach es bei einem Friedensschluss nur darum geht, die Transformation der Guerilla in legale politische Parteien zu ermöglichen. In diesem Sinne besteht die Herausforderung darin, politische Institutionen zu schaffen, die eine politische Partizipation der Aufständischen erlauben.

Zweitens gibt es eine *instrumentelle* Interpretation, wie sie vor allem von Unternehmern und der Regierung verteidigt wird. Hier wird Frieden als Möglichkeit verstanden, Investitionsbedingungen zu verbessern und ein höheres Wirtschaftswachstum zu erzielen. Im Entwicklungsplan der Regierung für den Zeitraum 2014 bis 2018 heißt es beispielsweise: «Gewalt und Unsicherheit wirken sich nicht nur unmittelbar auf die Lebensqualität aus, sondern stellen ein Hindernis für Investitionen dar und beeinträchtigen das Wirtschaftswachstum.» Es ist kein Zufall, dass aus dem Regierungslager oft zu hören ist, der Friedensschluss werde eine Ausweitung der Rohstoffausbeutung erlauben. Der Präsident des halbstaatlichen Ölkonzerns Ecopetrol Juan Carlos Echeverry beispielsweise hat unlängst angekündigt: «Der Frieden wird es uns ermöglichen, mehr Öl aus den Konfliktgebieten herauszuholen.»

Man kann Frieden jedoch auch *transformatorisch* interpretieren. Dieses Konzept beruht auf der These, dass es zur Beendigung des bewaffneten Konflikts nötig sein wird, gesellschaftliche Forderungen im Friedensprozess aufzugreifen und Foren zu schaffen, in denen soziale Organisationen

ihre Anliegen selbst vertreten können. Die Forderungen der Volksbewegungen jedoch laufen häufig auf grundlegende Veränderungen des politischen und ökonomischen Modells hinaus.

In einem Klima wachsender sozialer Proteste stellen die Forderungen der sozialen Bewegungen die transformatorische Dimension des Friedens dar – und sie stehen in offenem Widerspruch zum Unternehmerfrieden. An der Region Caquetá lässt sich der Widerspruch exemplarisch erörtern: Während sich Ecopetrol dort die Ausweitung der Ölförderung erhofft, protestiert die lokale Bevölkerung gegen den Angriff auf ihr Territorium. Es ist kein Zufall, dass die Nationale Behörde für fossile Brennstoffe angekündigt hat, dass die Ölförderung in Zukunft in den Departamentos Caquetá und Putumayo ihren Schwerpunkt haben wird – zwei Regionen, in denen die FARC historisch sehr stark war.

DAS ABKOMMEN UND DER STAAT DER UNTERNEHMEN

Aus den unterschiedlichen Interpretationen des Friedens erklären sich auch die Konflikte, die die Debatten um eine Verhandlungslösung beherrschen. Die Schwierigkeiten bei der Aufnahme von Gesprächen mit der ELN etwa sind ebenso Ausdruck dieser Differenzen wie die unterschiedlichen Szenarien bei der Umsetzung des Abkommens mit der FARC.

Die Vereinbarungen zwischen Regierung und FARC weisen insofern eine große Leerstelle auf, als dort keine einzige Aussage über das Bergbau- und Energiemodell enthalten ist, obwohl das der wichtigste Grund für Landkonflikte und soziale Proteste in Kolumbien ist. Auch wenn dieses Thema eine zentrale Rolle bei den Gesprächen mit der ELN spielen soll, stellt die extraktivistische Politik⁷ doch ein grundlegendes Hindernis für einen dauerhaften Frieden in den Regionen dar.

Die Umsetzung des Abkommens zwischen Regierung und FARC wird aufgrund der unterschiedlichen Begriffsinterpretationen und wegen der dahinterstehenden sich widersprechenden Interessen und Entwicklungsprojekte ebenfalls noch erhebliche Konflikte verursachen. Im Zusammenhang mit dem Punkt 1.1.5 des Abkommens, der eine «groß angelegte Regularisierung des kleinen und mittleren Bauerneigentums vorsieht», werden die Kleinbauern vor allem versuchen, Rechtssicherheit für ihren Landbesitz zu erlangen. Der Regierung und den Agrarkonzernen hingegen wird es in erster Linie um die einheitliche Erfassung und Vergabe von Eigentumstiteln gehen, wodurch die Transaktionskosten für Großinvestitionen gesenkt werden. Ähnliches gilt auch für die «Regionalen Entwicklungsprogramme» (Programas de Desarrollo con Enfoque Territorial) und die Pläne einer «Integralen Landreform» (Reforma Rural Integral), die – je nach Auslegung – die Lebensbedingungen von Millionen von Menschen verbessern oder auch einfach nur die Investitionsbedingungen für Agrarunternehmen erleichtern können.

Ein weiterer zentraler Widerspruch: Während das Abkommen darauf abzielt, politische Garantien innerhalb einer liberalen Demokratie zu gewährleisten, sollen die politischen Reformen, wie sie die Regierung Santos vorantreibt, jene Partizipationsmechanismen beschneiden, die ein Hindernis für die Rohstoffausbeutung darstellen. Dazu kommt, dass der Extraktivismus in vielen Regionen zuletzt wieder mithilfe von Gewalt gegen soziale Bewegungen, Indigene, Afros und Kleinbauern vorangetrieben wurde.

In der Region Macarena, in Caño Cristales, Ibagué oder im Norden des Departamentos Caquetá haben sich lokale Amtsträger den Protesten gegen die Politik des Zentralstaats angeschlossen. Viele Bürgermeister und Gemeinderäte, die vor Ort Volksabstimmungen gegen Bergbau- und Erdölprojekte organisieren, befinden sich in offenem Konflikt mit der Regierung. Wir erleben also einen Widerspruch zwischen der politischen Öffnung, wie sie das Abkommen zwischen FARC und Regierung verspricht, und der Herausbildung eines neuen Unternehmerstaats, der die lokale Selbstverwaltung weiter beschneiden will. Das drückt sich auch darin aus, dass die Regierung der Opposition zwar Schutz verspricht, aber die Anschläge auf lokale Aktivistinnen und Aktivisten im Zusammenhang mit Landkonflikten zunehmen.

Die Kämpfe der Zukunft werden die vom Abkommen eröffneten Räume nur nutzen können, wenn sie die vom Referendum geschaffenen Hindernisse aus dem Weg räumen. Die wichtigste Anstrengung wird dann darin bestehen, die Staatsform zu modifizieren, während man parallel darum kämpft, die Vertreibung zu stoppen, das Territorium zu verteidigen und das Wirtschaftsmodell zu verändern, das heute die Demokratie blockiert.

Alejandro Mantilla Q. arbeitet für das Bildungs- und Forschungszentrum CEDINS, eine Partnerorganisation der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Kolumbien.

¹ Tatsächlich gaben ELN und Santos-Regierung am 11. Oktober die Aufnahme formaler Friedensverhandlungen Ende des Monats in Ecuador bekannt. (Anm. d. Übs.) ² Die genannten bewaffneten Gruppen gehörten – wie FARC und ELN – ursprünglich zur Guerillakoordination Simón Bolívar und wurden in den 1990er Jahren demobilisiert. (Anm. d. Übs.) ³ Unmittelbar nach dem Referendum hat sich Präsident Uribe von der Forderung nach einer Verfassungsgebenden Versammlung wieder distanziert. (Anm. d. Übs.) ⁴ Die Figur des «Procurador General» hat im deutschen Recht keine unmittelbare Entsprechung. Es handelt sich um eine Art Generalstaatsanwalt für Disziplinarverfahren gegen politische Funktionsträger. (Anm. d. Übs.) ⁵ Die Nein-Kampagne hatte unterem gegen Formulierungen im Abkommen zur Inklusion von Personen verschiedener sexueller Orientierung oder geschlechtlicher Identität polemisiert. (Anm. d. Übs.) ⁶ Das maoistische Volksbefreiungsheer EPL (Ejército Popular de Liberación) entstand Mitte der 1960er und besaß zeitweise große Bedeutung v.a. in Nordkolumbien. Nach der Demobilisierung der EPL-Mehrheit Anfang der 1990er Jahre ist heute nur noch eine kleine Gruppe an der Grenze zu Venezuela aktiv. Der politische Charakter der EPL heute ist umstritten. Die Regierung wirft der Organisation enge Verbindungen zum Drogenhandel vor. (Anm. d. Übs.) ⁷ Als «Extraktivismus» wird das auf Ausbeutung natürlicher Rohstoffe beruhende Wirtschaftsmodell bezeichnet. (Anm. d. Übs.)

VITALII ATANASOV

EXTREM IM AUFWIND

WIE DER KRIEG IM DONBASS DEN NATIONALISMUS UND RECHTSRADIKALISMUS FÖRDERT

Obwohl Rechtsradikale während der Proteste auf dem Maidan im Winter 2013/14 sehr präsent waren, blieb ihr politischer Einfluss in der Ukraine begrenzt. Einen neuen Impuls für die Entwicklung der rechtsextremen Szene lieferten die Annexion der Krim durch Russland und der Beginn des bewaffneten Konflikts im Donbass. Viele Rechtsradikale schlossen sich den Kämpfen an, sowohl aufseiten der Ukraine als auch aufseiten der von Russland unterstützten separatistischen Republiken. Seitdem sie Zugang zu Ressourcen erhielten und ihr symbolisches Kapital vergrößern konnten, weiten die vor Kurzem noch marginalen Ultranationalisten* ihre Präsenz im politischen und gesellschaftlichen Leben der Region aus. Da es in der Politik keine linke Alternative gibt, greifen sie auch soziale Themen auf, bisher jedoch ohne erkennbaren Erfolg. Gleichzeitig nutzen sie die üblichen Themen – Verfolgung von schutzbedürftigen Minderheiten, Militarismus und revanchistische Gesinnungen –, versuchen, daraus Kapital zu schlagen, und fordern eine Politik der «starken Hand». So bedrohen sie die Demokratisierung im gegenwärtigen politischen System der Ukraine, das ohnehin zu autoritären Tendenzen neigt.

AM VORABEND DES MAIDAN

In den zwei Jahrzehnten nach dem Zerfall der Sowjetunion blieben die radikalen Nationalisten in der Ukraine am Rande des politischen Geschehens. Bis 2012 schaffte es keine der ultranationalistischen Parteien ins Parlament, auch wenn einzelne Vertreter der Radikalen Mandate erhielten.¹

Das änderte sich, als Wiktor Janukowitsch an die Macht kam, der bei den Präsidentschaftswahlen im Jahr 2010 Julija Timoschenko knapp besiegt hatte. Janukowitsch und seine Partei der Regionen setzten sich für engere Beziehungen zur Russischen Föderation ein. Bald darauf wurde das «Abkommen von Charkiw» unterzeichnet, mit dem Russland die Gaspreise für die Ukraine senkte und im Gegenzug die Stationierung seiner militärischen Flotte in der Ukraine um ein Vierteljahrhundert verlängern konnte. Außerdem machte Janukowitsch eine Verfassungsänderung aus der Regierungszeit seines Vorgängers rückgängig, die die Macht des Präsidenten beschnitt. So holte sich Janukowitsch die umfassenden Vollmachten des autoritären Präsidenten Leonid Kutschma zurück. Begleitet wurde all dies von unzähligen Korruptionfällen im von Bürokratie und Oligarchie geprägten Regierungssystem, vor allem im engsten Umfeld des Präsidenten.

In dieser Zeit begannen die Nationalisten von der Partei Swoboda (dt.: Freiheit), die sich als radikale Opposition zum Regime präsentierte, ihren Einfluss rasant auszuweiten. Paradoxerweise nützte das Erstarken von Swoboda auch Janukowitsch, dessen Mitstreiter die Nationalisten heimlich finanzierten – dieser Verdacht wurde kürzlich durch veröf-

fentlichte Dokumente aus der schwarzen Kasse der Partei der Regionen erhärtet.²

Diese heimliche Allianz zwischen der «prorussischen» Partei der Regionen und der nationalistischen Swoboda wurde auch deshalb möglich, weil die Nationalisten Julija Timoschenko verdrängten und schwächten, in der Janukowitsch seine größte Bedrohung sah. Im Jahr 2011 wurde sie zu sieben Jahren Gefängnis verurteilt.

Die Parlamentswahlen 2012 wurden für Swoboda zu einem Triumph: Obwohl die Partei nur etwas mehr als 10 Prozent der Stimmen erhielt, kamen erstmals in der Geschichte radikale ukrainische Nationalisten ins Parlament. Für die Partei der Regionen war das wiederum ein gefundenes Fressen und sie initiierte eine heuchlerische Kampagne zur «Bekämpfung des Faschismus». Offensichtlich sollte Oleg Tjagnibok, der Vorsitzende von Swoboda, bei den Präsidentschaftswahlen 2016 zum geeigneten – weil mit Sicherheit unterlegenen – Sparring-Partner für Janukowitsch werden.³

Die Massenproteste im Winter 2013/14 machten diese Pläne zunichte und nach der Flucht von Janukowitsch verschwand die Partei der Regionen innerhalb weniger Monate von der politischen Bühne.

BETEILIGUNG AN PROTESTEN UND POLITIK

Neben Vitalij Klitschko (Partei Udar) und Arsenij Jazenjuk (Block Julija Timoschenko) war Oleg Tjagnibok einer der drei politischen Anführer des Maidan. Die Nationalisten ließen einige ihrer Parolen in die Rhetorik der Proteste einfließen –

zum Beispiel «Ruhm der Ukraine – den Helden Ruhm!» –, außerdem stellten die Medien Swoboda als eine der aktivsten Kräfte während der Proteste dar, wobei ihre Rolle häufig überbewertet wurde. Bei den regelmäßigen Verhandlungen mit Janukowitsch hob sich Tjagnibok von seinen liberalen Verbündeten hingegen keineswegs durch Radikalismus ab.

Schon kurz nachdem die Polizeigewalt gegenüber den Protestierenden eskaliert war, entstand aus einigen kleinen und zuvor kaum bekannten rechtsradikalen Gruppen der Rechte Sektor. Die Organisation und ihr Anführer Dmytro Jarosch erlangten dadurch Bekanntheit, dass sie sich für die Straßenkämpfe mit der Polizei verantwortlich erklärten. Verglichen mit den gemäßigten OppositionsführerInnen brachte die Bereitschaft zum entschlossenen Handeln dem Rechten Sektor die Aufmerksamkeit der Medien ein und mobilisierte neue AnhängerInnen.

Nach der Flucht von Janukowitsch beteiligte sich Swoboda an der Koalitionsregierung unter Arsenij Jazenjuk und erhielt vier Posten im Kabinett: Alexandr Sytsch wurde zum Vizepremierminister, Igor Tenjuch zum vorübergehenden Verteidigungsminister, Igor Schwajka zum Landwirtschaftsminister und Andrej Mochnik zum Umweltminister ernannt. Der Generalstaatsanwalt Oleg Mochnizkij kam ebenfalls von Swoboda. Diese Personen machten nicht durch Radikalismus von sich reden, sondern sahen sich bald Korruptionsvorwürfen ausgesetzt. Für die Beliebtheit der Partei war das fatal. Bei den Parlamentswahlen im Herbst 2014 scheiterte Swoboda an der Fünf-Prozent-Hürde (mit 4,71 Prozent) und verlor ihre Regierungsgämter.

Als Akteur in der großen Politik konnte auch der Rechte Sektor trotz des beachtlichen Medienechos nicht Fuß fassen. Bei den Präsidentschaftswahlen erhielt der Parteiführer Dmytro Jarosch 0,7 Prozent und bei den Parlamentswahlen kam die Partei auf 1,8 Prozent der Stimmen.

Allerdings gelangten einzelne ukrainische Rechtsradikale ins Parlament, entweder als Direktkandidat in einem Einmandatswahlkreis oder über die Listen anderer politischer Vereinigungen. Dmytro Jarosch wurde Abgeordneter der Werchowna Rada (Oberster Rat), da er die Wahlen im Mehrheitswahlkreis in der Oblast Dnipropetrowsk gewonnen hatte. Der Führer der neonazistischen Gruppen Sozial-Nationale Versammlung (SNA) und Patriot der Ukraine, Andrej Biletzkij, zog durch seinen Sieg in einem Wahlkreis in Kiew ins Parlament ein (möglich wurde dies durch seinen Status als Führer des Asow-Regiments, mehr dazu unten). Igor Mossijtschuk, ehemaliges Mitglied der SNA, wurde Abgeordneter über einen Listenplatz der populistischen Radikalen Partei. Darüber hinaus kamen sieben Mitglieder der Swoboda-Partei über einen Einmandatswahlkreis ins Parlament. Insgesamt beläuft sich die Zahl der radikalen Nationalisten in der aktuellen Zusammensetzung des Parlaments auf 14 von 423 Abgeordneten.⁴

NEUER IMPULS DURCH ANNEXION UND KRIEG

Die Annexion der Krim durch Russland und der darauffolgende Krieg in der Ostukraine läuteten eine neue Phase in der Entwicklung der Rechtsradikalen ein, die sich den Kämpfen beider Konfliktparteien anschlossen.⁵

Die Beteiligung der Radikalen trug nicht unerheblich zur Eskalation bei. Schon Ende Februar 2014 verbreiteten die russischen staatlichen Medien die Erklärung von Igor Mossijtschuk (Mitglied der SNA und damals Angehöriger des Rechten Sektors), die ukrainischen Nationalisten würden

sich in Richtung Krim aufmachen, um gegen jene zu kämpfen, die die territoriale Integrität der Ukraine zerstören wollten. Diese Erklärung diente als Anlass für die Mobilisierung der «Selbstverteidigung der Krim», einer Bürgerwehr, deren Einheiten das russische Militär tatkräftig dabei unterstützten, die Halbinsel unter seine Kontrolle zu bringen.

Im April 2014 besetzten Bewaffnete ohne Hoheitsabzeichen – bekannt geworden als «grüne Männchen» – die Verwaltungsgebäude in der Stadt Slawjansk in der Oblast Donezk. Die Gruppe kam von der Krim, ihr Anführer war Igor Strelkow (Girkin), ehemaliger Offizier des russischen Geheimdienstes FSB, Monarchist und Anhänger der Weißen Bewegung, die im Bürgerkrieg 1917 bis 1923 für den Sturz der Sowjetmacht in Russland gekämpft hat. Gerade diese Aktion spielte nach Einschätzung vieler BeobachterInnen eine entscheidende Rolle, dass sich aus den prorussischen Demonstrationen in der Ostukraine ein bewaffneter Konflikt entwickelte.⁶

Als die ukrainische Regierung im April 2014 die «Anti-Terror-Operation» (ATO) verkündete, gingen die Ultrarechten und die Nationalisten mit als Erste an die Front und strömten in die neu aufgestellten Freiwilligenbataillone. Einige Gruppen Rechtsradikaler bildeten eigene bewaffnete Einheiten: Die Neonazis der Sozial-Nationalen Versammlung und von Patriot der Ukraine gründeten das Asow-Regiment, der Rechte Sektor das Ukrainische Freiwilligenkorps (DUK) und die der Swoboda-Partei nahestehende ultrarechte Jugendorganisation S14 (C14) war am Aufbau des Bataillons Kiew-2 beteiligt. Auch in anderen Einheiten wirkten die Nationalradikalen organisierend mit. Außerdem gliederten sich einzelne Ultrarechte in die Bataillone Schachtersk, Tornado, Ajdar und Donbass ein.

Allerdings schlossen sich auch Menschen ohne ausgeprägte nationalistische oder rechtsradikale Ansichten den Bataillonen an. Das lag vor allem an einem gesellschaftlichen Bedürfnis nach militantem Patriotismus, das durch die Bedrohung der Ukraine von außen entstanden war, und weil die reguläre Armee zu Beginn des bewaffneten Konflikts nicht ausreichend schlagkräftig erschien.

Als bestes Beispiel für von Ultrarechten initiierte Bataillone gelten das Ukrainische Freiwilligenkorps des Rechten Sektors und das Asow-Regiment, das inzwischen eine Sondereinheit des ukrainischen Innenministeriums ist.

Die kämpfenden Einheiten des Ukrainischen Freiwilligenkorps hatten zwar keinen offiziellen Status, waren aber operativ dem Kommando des «Anti-Terror-Einsatzes» unterstellt und kämpften Seite an Seite mit den Einheiten der Armee. Den ideologischen Kern bildeten radikale ukrainische Nationalisten, doch das Korps nahm Freiwillige unabhängig von ihrer Parteizugehörigkeit auf, darunter auch Ausländer. Im April 2015 wurden auf Befehl des «Anti-Terror-Kommandos» die Einheiten des Korps von der Front abgezogen. Allerdings gibt es Hinweise darauf, dass sich einzelne Gruppen weiterhin an den Kämpfen an der Grenzlinie beteiligen.

Asow ist die erfolgreichste aller bewaffneten Truppen, die von Ultrarechten gegründet wurden. Die breit angelegte Werbung zum Beitritt, die gute materielle Ausstattung und die Diszipliniertheit der Kämpfer machten aus Asow eines der berühmtesten Freiwilligenbataillone. Asow formierte sich aus Aktivisten der Sozial-Nationalen Versammlung und der Hooliganszene, die im Frühjahr 2014 Straßenkämpfe mit prorussischen Demonstranten in Charkiw austrugen. Bezeichnenderweise verwendet das Regiment als Emblem

die Wolfsangel, die bei Neonazis in der ganzen Welt verbreitet ist. Aufgrund der Fürsprache des Innenministers Awakow wurde sie Ende 2014 zum offiziellen Regiment erklärt und in die Nationalgarde des Innenministeriums eingegliedert. Die Mitgliederzahl belief sich damals auf 800.

Angesichts der häufig aufgebauscht Darstellung in den ukrainischen Medien ist es schwer, die tatsächliche Rolle der Freiwilligeneinheiten, einschließlich der oben erwähnten, bei den Kämpfen zu beurteilen. Man sollte jedoch bedenken, dass die Zahl der regulären Einheiten des ukrainischen Militärs und der Nationalgarde deutlich höher war als die Zahl aller Freiwilligeneinheiten zusammen.

DIE RUSSISCHEN ULTRARECHTEN IM KONFLIKT IM DONBASS

Der bewaffnete Konflikt spaltete die ultrarechte Szene Russlands in Anhänger der Ukraine und Unterstützer der selbstproklamierten Republiken. Die russischen Neonazis des proukrainischen Lagers schlossen sich in der Regel dem Asow-Regiment an. Medieninformationen zufolge beläuft sich ihre Zahl auf mindestens zwei Dutzend.⁷

Die ersten Meldungen über rechtsradikal gesinnte Russen, die aufseiten der Separatisten kämpfen wollten, erschienen im Sommer 2014. Bekannt ist, dass die Sondereinheit Batman in der sogenannten Volksrepublik Luhansk (LNR) von einigen ultrarechten Russen gegründet wurde, die Erfahrungen aus dem Dienst in der russischen Armee und in Sondereinsatztruppen mitbrachten. Einer der Anführer dieser Gruppe war der ehemalige russische Soldat und Nationalsozialist Alexej Miltschakow, der unter dem Spitznamen Fritz bekannt ist.⁸

Nach Einschätzung von Alexandr Werchowskij, dem Direktor des Sowa-Zentrums, das die Aktivitäten der Ultrarechten in Russland beobachtet, kämpften im August 2014 aufseiten der «Volksrepubliken» Donezk und Luhansk rund 200 Rechtsradikale aus der Russischen Föderation, auf ukrainischer Seite deutlich weniger.⁹

AKTUELLE LAGE

Wie bereits erwähnt, gelang es den Ultrarechten nicht, eine einheitliche politische Struktur aufzubauen, die landesweit Erfolg haben könnte. Die vom Rechten Sektor gegründete gleichnamige Partei fiel bei den Parlamentswahlen faktisch durch und entschied sich gegen eine Teilnahme an den Regionalwahlen. Daraufhin zerbrach der Rechte Sektor: Sein Anführer Dmytro Jarosch verließ die Organisation und ein Teil der Aktivisten folgte ihm.

Die mit dem Rechten Sektor verbundenen Gruppen beteiligen sich weiterhin an der Politik auf der Straße, wo sie nicht selten gewalttätig agieren. So waren die Rechtsradikalen an den Versuchen beteiligt, die LGBT-Pride in Kiew im Sommer 2015 gewaltsam zu verhindern, und auch in diesem Jahr drohten sie den OrganisatorInnen und TeilnehmerInnen der Veranstaltung.

Nicht selten sind ultrarechte Angehörige der Freiwilligenbataillone die Protagonisten bei Verbrechen fernab der «ATO»-Zone. So sorgte zum Beispiel im Sommer 2015 eine Schießerei in der Stadt Mukatschewe in Transkarpatien, an der Mitglieder des Ukrainischen Freiwilligenkorps des Rechten Sektors beteiligt waren, für große Aufmerksamkeit. Dabei ging es um die Neuverteilung von Schmuggelrouten in die Länder der Europäischen Union.¹⁰

Im Fall des Mordes an dem Schriftsteller und Journalisten Oles Busyna, der aus seinen prorussischen Sympathien kei-

nen Hehl machte, sind die Angeklagten ehemalige Kämpfer des Freiwilligenbataillons Kiew-2 und Mitglieder der ultrarechten Gruppierung S14.

Im August 2015 warf ein ehemaliger Kämpfer des Bataillons Sitsch und Mitglied der Swoboda-Partei während einer Kundgebung vor dem Gebäude der Werchowna Rada in Kiew eine Granate auf Mitglieder der Nationalgarde, die das Gebäude absicherten. Dabei gab es vier Tote, mehr als 100 Menschen wurden verletzt. Angeklagt sind mehr als ein Dutzend Anführer und Parteimitglieder von Swoboda.

Noch nicht abgeschlossen ist der Prozess gegen Kämpfer des Bataillons Tornado, die für eine ganze Reihe von schweren Verbrechen in der «ATO»-Zone verantwortlich gemacht werden, darunter Mord, Entführung, Folter und Vergewaltigung. Unter den Beschuldigten befinden sich einige Neonazis, auch einer aus Weißrussland, doch das Rückgrat der Gruppe bildeten Wiederholungstäter aus dem kriminellen Milieu.¹¹

DER AUFSTIEG VON ASOW

Am erfolgreichsten hat sich das Asow-Regiment der Nationalgarde in den politischen Mainstream integriert und die mit ihm verbundene NGO Ziviler Korp Asow. Nachdem sie mit ihrer kämpfenden Truppe große Bekanntheit erlangt haben und selbst als Partner auf Augenhöhe anerkannt worden sind, verfolgen die Führer von Asow nun ehrgeizige politische Pläne.

Die NGO Ziviler Korp Asow entwickelt sich rasch und zählt sowohl Veteranen des Regiments als auch junge AnhängerInnen zu ihren Mitgliedern. Die Organisation verfügt über umfangreiche Ressourcen, mit denen sie Ableger in der gesamten Ukraine gründet, Jugendliche anwirbt und regelmäßig Veranstaltungen und Aktionen aller Art durchführt. Vertreter der Asow-Bürgerwehr halten Vorträge an Schulen und organisieren «patriotische» Lager, teilweise auch für Schulkinder.¹²

Das Vorgehen ist ziemlich effektiv: Die gesellschaftliche Anerkennung, die das Asow-Regiment dank ihres Images als «Landesverteidiger» erhielt, wird auf die Bürgerwehr übertragen, die wiederum Pläne für die Gründung einer politischen Partei schmiedet.

Einzelne AktivistInnen des Zivilen Korps Asow machten durch Aktionen gegen ideologische GegnerInnen von sich reden. So störten im Januar 2016 Neonazis von Asow, darunter auch Ultrarechte aus Russland, die Gedenkveranstaltung für den 2009 in Moskau ermordeten Anwalt Stanislaw Markelow und die Journalistin Anastassija Baburowa.

Zugleich melden sich VertreterInnen des Zivilen Korps Asow häufig öffentlich zu Wort, auch zu sozialwirtschaftlichen Themen. Zum Beispiel traten im Sommer 2016 Neonazis dieser Organisation gemeinsam mit Bergarbeitern auf, die von der Regierung die Bezahlung ausstehender Löhne forderten. Ansonsten wurden in dieser Richtung von den Asow-AnhängerInnen allerdings bisher keine erkennbaren Erfolge erzielt, da ihnen die traditionellen Themen der Ultrarechten näher sind, insbesondere die Hetze gegen Minderheiten.

Hier nur zwei Beispiele für solche Aktionen: Im März 2016 beteiligten sich AktivistInnen des Zivilen Korps Asow organisiert an einer Aktion von EinwohnerInnen der Stadt Browary, die sich gegen die Eröffnung einer Übergangsunterkunft für Flüchtlinge richtete. Und als im August 2016 im Dorf Loschtschyniwka in der Oblast Odessa ein Pogrom gegen Roma stattfand, reisten AktivistInnen des Zivilen Korps Asow

aus Odessa in das Dorf, um gemeinsam mit der örtlichen Bevölkerung Patrouillen zu organisieren, die angeblich dem Erhalt der öffentlichen Ordnung dienen sollten.

ABSCHLIESSENDE THESEN

Ultrarechte Gruppen spielten eine entscheidende Rolle im Prozess der Entkommunisierung, das heißt bei der maßgeblich von den ukrainischen Machthabern initiierten umfassenden Umbenennung von Dörfern, Straßen und Gebäuden sowie der Demontage und Zerstörung von Denkmälern und Gedenktafeln, die direkt oder indirekt mit PolitikerInnen der Sowjetzeit verbunden sind. In vielen Fällen wurde der Abriss von sowjetischen Denkmälern von radikalen Nationalisten in die Wege geleitet und ausgeführt. In den Städten und Dörfern in der Ostukraine, wo es die lokalen FunktionärInnen mitunter nicht eilig hatten, die entsprechenden Gesetze zur Entkommunisierung umzusetzen, schritten vielfach rechtsradikale AktivistInnen zur Tat, die oftmals nicht zur örtlichen Bevölkerung gehörten, sondern aus anderen Städten kamen.

Linke Gruppen haben einen schweren Stand, da die Durchführung von öffentlichen Veranstaltungen und Aktionen auf der Straße gefährlich geworden ist. Das hängt einerseits zusammen mit der hohen Gewaltbereitschaft der Ultrarechten ihnen gegenüber und andererseits mit der geringen Bereitschaft der Polizei, bei solchen Vorfällen zu ermitteln. Zweifel an deren objektiver Ermittlungstätigkeit nährt auch die Tatsache, dass der stellvertretende Leiter der Nationalen Polizei, Wadim Trojan, selbst aus dem Asow-Regiment stammt, wo er stellvertretender Kommandeur war.¹³

Eine weitere Folge der schleichenden Integration der Ultrarechten in die gesellschaftliche Mitte ist die Enttabuisierung von Gewaltanwendung in der Öffentlichkeit. Aus den Kämpfen an der Front kehren die Freiwilligen in ihren Alltag zurück und möchten nun auch im Landesinneren «zur Tat schreiten». Häufig ist dieser «Tatendrang», bedingt durch die vorherige Kampferfahrung, mit gewalttätigen Handlungen verbunden.

Das können die Machthaber ausnutzen, die politisch motivierte Gewalt zwar für gefährlich halten, aber durchaus die Augen davor verschließen können, wenn sie sich gegen ihre GegnerInnen richtet.

Vitalii Atanasov, ukrainischer Journalist. Schwerpunkte: sozialwirtschaftliche Probleme, Situation schutzbedürftiger Minderheiten, Bedrohung der Pressefreiheit und der Medienvielfalt.

* In diesem Text werden geschlechtsneutrale Bezeichnungen von Personengruppen nur dort verwendet, wo dies die soziale Realität angemessen widerspiegelt. Die rechtsextreme Szene der Ukraine aber ist sowohl in ideeller als auch in personeller Hinsicht ausgesprochen männlich geprägt. 1 Vgl. Umland, Andreas/Schechowzow, Anton: Націонал-екстремізм, що не відбувся, Політична критика, Київ 2011. 2 Vgl. «Свобода» фигурирует в «черной кассе» ПР – партия отрицает связь, in: Украинская правда, 2016, unter: www.pravda.com.ua/rus/news/2016/08/19/7118148/. 3 Vgl. Atanasov, Vitalii: Стижка утопія Свободи, Політична критика, 2011, unter: www.academia.edu/1089172/%D0%A1%D1%82%D0%B8%D0%B4%D0%BA%D0%B0_%D1%83%D1%82%D0%BE%D0%BF%D1%96%D1%8F_%D0%A1%D0%B2%D0%BE%D0%B1%D0%BE%D0%B4%D0%B8. 4 Vgl. Верховная Рада Украины. Численность Народных Депутатов Украины – 423. По состоянию на 30.09.2016, unter: <http://gapp.rada.gov.ua/radatransl/Home/deps/ru>. 5 Vgl. Lichatschew, Wjatscheslaw: Правые радикалы по обе стороны российско-украинского конфликта, in: Russie.Nei.Visions #95, Juli 2016, englisch unter: www.ifri.org/sites/default/files/atoms/files/rnv95_uk_likhachev_far-right_radicals_final.pdf; Umland, Andreas: Добровольческие вооруженные формирования и радикальный национализм в постмайданной Украине, unter: <http://ukraine.politicalcritique.org/2016/03/dobrovolcheskie-vooruzhonye-formirovaniya-i-radikalnyj-natsionalizm-v-poslemajdannoj-ukraine/>. 6 Vgl. Стрелков сообщил, что это он начал войну на Украине, BBC, 2014, unter: www.bbc.com/russian/rolling_news/2014/11/141120_gn_strelkov_war_responsibility. 7 Vgl. Центр Сова: Центр Сова представил полугодовой доклад (Das Sowa-Zentrum hat seinen Halbjahresbericht vorgestellt), 2014, unter: www.sova-center.ru/racism-xenophobia/news/counteraction/2014/07/d29880/. 8 Vgl. Петербургский спецназ на Донбассе: война глазами бойцов элитных подразделений, Русский телеграф, 2014, unter: <http://rustelegraph.ru/news/2014-07-04/Peterburgskii-spetcnaz-na-Donbasse-voyna-glazami-boitcov-elitnykh-podrazdelenii-15498/>; Nikulin, Pawel: «Слово вербовка неуместно»: как петербуржцы попадают в ряды ополчения ДНР и ЛНР, Paper, Санкт-Петербург 2014, unter: <http://paperpaper.ru/ukraine-2/>. 9 Vgl. Nikulin, Pawel: Дело правое. За кого воюют российские неонацисты на Донбассе, Сноб, 2014, unter: <https://snob.ru/selected/entry/80241>. 10 Vgl. Перестрелка в Мукачево: все подробности, Газета Сегодня, Киев 2015, unter: www.segodnya.ua/politics/society/perestrelka-v-mukachevo-suchastiem-pravogo-sektora-onlayn-translyaciya-poslednih-sobytiy-630968.html. 11 Vgl. В суде над бойцами «Торнадо» завершили допрос потерпевших, Подробности, Киев 2016, unter: <http://podrobnosti.ua/2128847-v-dele-tornado-zavershil-dopros-poterpevsih.html>. 12 Vgl. Sibirzew, Alexandr: За кулисами «Азова». Что готовит военно-политическая машина Билецкого, Страна.ua, Киев 2016, unter: <http://strana.ua/articles/analysis/31366-azov.html>. 13 Vgl. Nikulin: Дело правое.

IGOR BURDYGA

AUF KOLLISIONSKURS ZUR GESELLSCHAFTLICHEN MEHRHEIT

DER ANGESTREBTE NATO-BEITRITT GEFÄHRDET DIE INNENPOLITISCHE
STABILITÄT DER UKRAINE UND DIE SICHERHEIT IN GANZ EUROPA

Die Frage der NATO-Mitgliedschaft als Teil der grundsätzlichen geopolitischen Entscheidung zwischen Russland und dem Westen war in den 25 Jahren der Unabhängigkeit durchweg ein umstrittenes Thema, das die ukrainische Gesellschaft spaltete. Da es keinen gesellschaftlichen Konsens gab, konnten die Politiker nach Belieben auf einen Beitritt zur Allianz hinsteuern oder für den blockfreien Status votieren.

Der Sieg des Euromaidans im Jahr 2014 brachte letztendlich zum Ausdruck, dass die ukrainische Gesellschaft mehrheitlich nach Europa strebt. Vor dem Hintergrund der darauffolgenden Besetzung der Krim durch Russland und des bewaffneten Konflikts in der Ostukraine präsentieren die «Pro-Maidan»-PolitikerInnen die NATO-Mitgliedschaft als einzige Garantie für den Erhalt der nationalen Sicherheit und die Wiederherstellung der territorialen Integrität.

Allerdings birgt ein NATO-Beitritt – und auch schon der aktive Integrationsprozess – ernst zu nehmende Risiken für die Ukraine: von der zunehmend militaristischen Stimmung im Land bis hin zum offenen Konflikt zwischen AnhängerInnen und GegnerInnen des Beitritts oder einer Eskalation des bewaffneten Konflikts im Donbass.

BIS 2014: FREUNDSCHAFT MIT HOFFNUNG AUF MEHR

Kaum jemand kann sich heute noch daran erinnern, aber ihren ersten Antrag auf eine Mitgliedschaft in der NATO stellte die Ukraine bereits 1954. Damals, in den Anfangsjahren des Kalten Krieges, wollte die UdSSR der Allianz als gesamteuropäischer Sicherheitsorganisation beitreten, um deren antisowjetische Ausrichtung zu verändern. Gemeinsam mit der UdSSR beantragten im März 1954 auch die Ukrainische SSR und die Weißrussische SSR, die damals als formal souveräne Republiken bereits der UNO angehörten, eine Aufnahme in die NATO.

Die USA, Frankreich und Großbritannien lehnten diese Anträge jedoch ab, woraufhin die Sowjetunion ihre eigene Organisation für kollektive Sicherheit gründete – den Block der Staaten des Warschauer Paktes. So entstand das System der bipolaren Welt zu Zeiten des Kalten Krieges, das fast 40 Jahre lang Bestand hatte.

Schon anderthalb Jahre nach der ukrainischen Unabhängigkeit erfolgte die Aufnahme von offiziellen Beziehungen zur NATO. Im März 1992 wurde die junge Republik auf Initiative ihres ersten Präsidenten Leonid Krawtschuk Mitglied des Nordatlantischen Kooperationsrates (NAKR, heute Euro-Atlantischer Partnerschaftsrat), einer Struktur der Allianz, die sich um die Entwicklung der Partnerschaft mit anderen Ländern kümmert. Dieser Schritt widersprach der in der Erklä-

rung über die staatliche Souveränität verankerten «Absicht, künftig ein dauerhaft neutraler Staat zu sein, der an keiner militärischen Blockbildung beteiligt ist».¹

Allerdings verabschiedete das ukrainische Parlament bereits im Juli 1993 die Resolution «Über die Leitlinien der Außenpolitik der Ukraine», in der klargestellt wurde, dass «diese Absicht an die neuen Umstände angepasst werden muss und kein Hindernis für die vollumfängliche Beteiligung an einer gesamteuropäischen Sicherheitsstruktur darstellen darf».² Zu erwähnen ist dabei, dass die NATO-Mitgliedschaft in diesem Dokument nicht als endgültiges Ziel der Ukraine angesehen wird, sondern als mögliche Grundlage für eine neue gesamteuropäische Organisation.

Der zweite Präsident der Ukraine, Leonid Kutschma, setzte den Annäherungsprozess mit der NATO mit noch mehr Begeisterung fort. Im Februar 1994 schloss sich die Ukraine als erster postsowjetischer Staat der «Partnerschaft für den Frieden» an, einem neu gegründeten Programm für die Zusammenarbeit der NATO mit europäischen Staaten und den ehemaligen Sowjetrepubliken. Dieses Übereinkommen sah nicht nur militärisch-politische Beratungen und Verhandlungen vor, sondern auch gemeinsame Übungen und eine mögliche Beteiligung an gemeinsamen Friedensmissionen.

1994 nahmen ukrainische Soldaten an den ersten NATO-Übungen im Ausland teil und ab 1995 fanden solche Übun-

gen dann auch in der Ukraine statt. 1996 schickte die Regierung im Rahmen der ersten gemeinsamen Friedensmission mit der NATO Soldaten nach Bosnien-Herzegowina. Innerhalb von drei Jahren verlor das ukrainische Kontingent zwei Personen.³

Mitte der 1990er Jahre entstand eine geopolitische Lage, die bis heute aktuell ist: Die westlichen Nachbarn verkünden Pläne für einen NATO-Beitritt, während sich Russland und Weißrussland gegen die Osterweiterung der Allianz stellen. Die Ukraine verzichtet auf Atomwaffen und erhält dafür im Rahmen des Budapester Memorandums Sicherheitsgarantien von Russland, den USA und Großbritannien. Parallel dazu wird die Zusammenarbeit mit der NATO auch außerhalb der «Partnerschaft für den Frieden» vertieft.

Im Juli 1997 unterzeichnete Leonid Kutschma mit den Staats- und Regierungschefs der NATO-Mitgliedstaaten die Charta über eine ausgeprägte Partnerschaft (Charta on a Distinctive Partnership between the NATO and Ukraine). Sie wurde zum zentralen politischen Dokument für die Regelung der Beziehungen zwischen der Ukraine und der NATO. Auf ihrer Grundlage wurden die NATO-Ukraine-Kommission und die Mission der Ukraine bei der NATO eingerichtet.

Allerdings wurde diese Politik Leonid Kutschmas bei Weitem nicht immer vom ukrainischen Parlament mitgetragen, wo die Positionen der Kommunisten und Sozialisten, die die Allianz in der Regel mit einem sowjetisch geprägten Blick betrachten, weiterhin stark blieben. Als Höhepunkt der Abkehr von der Linie des Präsidenten galt die Erklärung der Werchowna Rada (das ukrainische Parlament), die im März 1999 nach dem Beginn des NATO-Einsatzes in Rest-Jugoslawien verabschiedet wurde. Darin wird das Vorgehen der Allianz als «Angriff auf einen souveränen Staat» bewertet.⁴ Einen Monat später verabschiedete das Parlament eine Resolution, in der es heißt, die Allianz sei ein «aggressiver militärischer Block, dessen Führung sich das Recht herausnimmt, einen beliebigen souveränen Staat zu verurteilen und zu bestrafen, ohne dabei die Satzung der UNO oder die Normen des internationalen Rechts und der Moral zu achten».⁵

In dieser Resolution beklagte sich das Parlament darüber, dass es bei der Bestimmung der Position der Ukraine in den Beziehungen zur NATO faktisch außen vor gelassen wurde, und verlangte vom Präsidenten, sich mit dem Parlament abzustimmen. Dies hinderte Leonid Kutschma freilich nicht daran, im Juli 1999 ein ukrainisches Kontingent in den Kosovo zu entsenden, zur Teilnahme an der friedensstiftenden Operation der NATO, die bis heute andauert.

Die zunehmend autoritären Tendenzen in der Politik Kutschmas zu Beginn des neuen Jahrtausends waren kein Hindernis für die weitere Annäherung an die NATO: Die Ukraine beteiligte sich am Antiterrorereinsatz in Afghanistan und danach an der Besetzung des Iraks.

Im Mai 2002 verkündete Kutschma erstmals offiziell die Absicht, die Ukraine wolle Vollmitglied der Allianz werden, was auch im Parlament teilweise auf Zustimmung stieß. Am Vorabend der Präsidentschaftswahlen 2004 strich der Präsident jedoch unerwartet den Punkt über den angestrebten NATO-Beitritt aus der Militärdoktrin und brachte damit seine Unterstützung für den eher prorussischen Kandidaten Wiktor Janukowitsch zum Ausdruck.

Nach der Orangen Revolution im Jahr 2004 schlug der neue Präsident Wiktor Juschtschenko einen prowestlichen Kurs ein. Er nahm den Punkt über den NATO-Beitritt wieder in die Militärdoktrin auf und bezeichnete ihn als eines der

strategischen Ziele des ukrainischen Staates, ebenso wie eine Vollmitgliedschaft in der EU.

Unter der Regierung Juschtschenko unternahm die Ukraine eine ganze Reihe politischer und praktischer Schritte, um sich dem sogenannten Aktionsplan für die Mitgliedschaft (MAP) anzuschließen. Anfang 2008 begrüßte der Gipfel der NATO-Staatschefs in Bukarest zwar die Absicht der Ukraine, stimmte dem Antrag aber aus formellen Gründen nicht zu.

Wiktor Janukowitsch, der 2010 vor allem dank der überwiegend prorussischen Wählerschaft im Südosten der Ukraine zum Präsidenten gewählt wurde, behielt den außenpolitischen Kurs der Annäherung an die Europäische Union offiziell bei. In Bezug auf die Sicherheitsfragen verkündete er hingegen eine Rückkehr zum blockfreien Status.⁶ Viele Strukturen, die der Vorbereitung für den NATO-Beitritt der Ukraine dienten, wurden wieder aufgelöst. Zugleich wurde eine Vereinbarung über die Verlängerung der Stationierung der russischen Schwarzmeerflotte in Sewastopol unterzeichnet.

Diese Schritte bedeuteten keinen vollständigen Abbruch der Kooperation zwischen der Ukraine und der NATO. Wie zuvor führten beide Seiten gemeinsame Militärübungen durch, das ukrainische Kontingent beteiligte sich weiterhin an den NATO-Friedensmissionen im Kosovo und in Afghanistan und schloss sich 2013 der Operation Ocean Shield zur Bekämpfung der Piraterie an.

Doch der autoritäre Führungsstil Janukowitschs, die Verfolgung der Opposition und die zunehmende Korruption riefen in der Gesellschaft Unzufriedenheit hervor. Als die Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens mit der EU im November 2013 scheiterte, wurde dies als Verrat am außenpolitischen Kurs aufgefasst und zog Massenproteste in der Hauptstadt nach sich. Die Eskalation der Proteste in den darauffolgenden Monaten forderte zahlreiche Opfer und bewegte Janukowitsch zur Flucht aus dem Land.

ÖFFENTLICHE MEINUNG UND KRITIK AN EINER NATO-MITGLIEDSCHAFT

Mehrmals im Jahr führen Meinungsforschungsinstitute Befragungen zur öffentlichen Meinung über eine Mitgliedschaft in der NATO und in der EU durch, die hinsichtlich Kompetenz und Objektivität deutliche Unterschiede aufweisen.

Schon eine oberflächliche Analyse zeigt jedoch eines: Während der gesamten Zeit der Unabhängigkeit korrelierten die Meinung der Bevölkerung über die NATO und die Beitrittsperspektiven nur in geringem Maße mit den konkreten außenpolitischen Entscheidungen.

Laut Angaben des Instituts für Soziologie der Akademie der Wissenschaften der Ukraine befürworteten in den 1990er Jahren, als die ersten aktiven Schritte in Richtung einer Annäherung an die Allianz unternommen wurden, nur 20 Prozent der UkrainerInnen eine Mitgliedschaft in der NATO, während die Mehrheit der Bevölkerung gegen ein solches Bündnis war. Dies war zu einem großen Teil durch das prägnante Bild der NATO als eines Feindes und Angreifers bedingt, das sich noch zu Sowjetzeiten verfestigt hatte. Links-konservative Parteien wie Kompartija Ukrainy oder die Progressive Sozialistische Partei der Ukraine (PSPU), die die Nostalgie für die UdSSR und die Ideen ihrer Wiederbelebung im Rahmen einer «Union der slawischen Völker» für sich nutzten, sorgten dafür, dass dieses Bild im Bewusstsein der UkrainerInnen aktiv verstärkt wurde. So veranstaltete die Parteiführerin der PSPU, Natalja Witrenko, immer wieder

lautstarke Protestaktionen gegen die gemeinsamen Militärübungen mit der NATO. Auf der Krim engagierten sich die prorussischen Kräfte gegen eine Annäherung an die NATO. Und selbst unter den ukrainischen NationalistInnen, die in der Regel jeden beliebigen Feind der UdSSR als Verbündeten ansehen, befanden sich radikale Kräfte wie die UNASO – eine militaristische Organisation ukrainischer NationalistInnen, deren Mitglieder in Abchasien, Transnistrien und Tschetschenien kämpften und die 2014 eine der tragenden Säulen des Rechten Sektors wurde –, die die NATO als Instrument der US-amerikanischen Kolonialpolitik ansahen.

Allerdings bewirkten die Informationen über die Tätigkeit der Allianz, die im Zuge des Integrationsprozesses veröffentlicht wurden, gewisse Veränderungen in der gesellschaftlichen Wahrnehmung. So sahen laut Angaben der Stiftung «Demokratische Initiative» im Januar 1997 nur 17,3 Prozent der BürgerInnen der Ukraine die NATO als «aggressiven Block» an.⁷

Drei bis vier Jahre später hatte sich dieser Anteil jedoch wieder erhöht, und zwar auf 48 Prozent im Jahr 2001, wie aus Daten des Ukrainischen Zentrums für wirtschaftliche und politische Analysen hervorgeht. Der Militäreinsatz auf dem Balkan hatte einen extrem negativen Einfluss auf die Haltung der UkrainerInnen zur NATO: Die Mehrheit der BürgerInnen der Ukraine (56,6 Prozent) war der Ansicht, die Allianz hätte kein Recht, sich in die inneren Angelegenheiten eines souveränen Staates einzumischen, auch nicht mit dem Ziel der Lösung humanitärer Probleme.⁸

Diese Tendenz verstärkte sich durch die anschließenden NATO-Einsätze in Afghanistan und im Irak. Der Anteil der BefürworterInnen eines NATO-Beitritts schwankte zwischen 20 und 25 Prozent, während der Anteil der GegnerInnen nie weniger als 50 Prozent ausmachten.

Dass Wiktor Juschtschenko diese Tendenzen ignorierte, spielte seinen Gegnern – Wiktor Janukowitsch und der Partei der Regionen, die zuerst das verpflichtende Referendum über einen NATO-Beitritt durchsetzten und dann die Anti-NATO-Haltung zu einem zentralen Wahlkampfthema machten – in die Hände. Mit seinem Wahlsieg hatte Janukowitsch die Berechtigung für die Rückkehr zum blockfreien Status erhalten, was de facto einen Ausbau der militärischen Kooperation mit Russland bedeutete.

In der dreijährigen Regierungszeit von Wiktor Janukowitsch, die von wachsender Korruption und einem zunehmend autoritären Führungsstil charakterisiert war, sank das Vertrauen in seine Politik erheblich. Die gescheiterte Integration in die EU führte auch dazu, dass die Beziehungen zur NATO von vielen aus einem neuen Blickwinkel betrachtet wurden: Zu Beginn des Euromaidans im November 2013 fiel der Anteil der strikten BeitrittsgegnerInnen auf nur 25 Prozent.⁹

INTEGRATION WÄHREND DES KRIEGES: HOFFNUNGEN UND RISIKEN

Am 21. November 2013, nach der gescheiterten Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens mit der EU, erklärte der russische Präsident Wladimir Putin, er habe nichts gegen eine Integration der Ukraine in die EU, doch eine NATO-Beitrittsperspektive werde er als Bedrohung ansehen. «Das Näherrücken der Infrastruktur des Militärblocks an unsere Grenzen stellt für uns eine konkrete Gefahr dar.»¹⁰

Möglicherweise war diese Botschaft als Warnung an die wachsende Protestbewegung in Kiew gemeint. Doch deren

politische Anführer – Vitalij Klitschko, Arsenij Jazenjuk und Oleg Tjagnibok – machten aus ihren Plänen, nach einem Sieg die Kooperation mit der Allianz wieder aufzunehmen, keinen Hehl.

Die Besetzung der Krim durch Russland und das Anheizen des Konflikts im Osten des Landes stellten die Ukraine im Frühjahr 2014 vor die Notwendigkeit, nach neuen Bündnispartnern zu suchen. Vor dem Hintergrund der sehr vorsichtigen Appelle der EU an eine friedliche Beilegung des Konflikts klang die Kritik der Allianz an den aggressiven Handlungen Russlands in jenen Tagen besonders scharf. Diese Haltung weckte bei den ukrainischen PolitikerInnen die Hoffnung, die NATO könnte ihnen im bewaffneten Konflikt Unterstützung bieten.

Anfang September 2014, eine Woche nach der blutigen Schlacht um Ilowajsk, wurde auf dem NATO-Gipfel in Wales verkündet, die Ukraine werde nun mit direkter Unterstützung der USA den Weg einer aktiven Annäherung an die Allianz einschlagen. Die Parlamentswahlen, die zwei Monate später in der Ukraine stattfanden, ermöglichten eine stabile Mehrheit der NATO-BefürworterInnen in der Werchowna Rada. Zu diesem Zeitpunkt hatte sich auch die öffentliche Meinung wesentlich verändert: Laut Befragungen, die von der Meinungsforschungsagentur «Rating» im November 2014 durchgeführt wurden, waren 51 Prozent der Befragten für einen NATO-Beitritt und nur 25 Prozent dagegen.¹¹

Im Dezember 2014 unterstützte das ukrainische Parlament einen Gesetzentwurf des Präsidenten zur Aufhebung des blockfreien Status. Darin wird die Absicht hervorgehoben, die Ukraine wolle «eine aktive internationale Politik zur Vertiefung der Zusammenarbeit mit der Organisation des Nordatlantikvertrags mit dem Ziel der Erfüllung der für einen Beitritt zu dieser Organisation notwendigen Kriterien» verfolgen.¹²

Die Ukraine plant, diese Kriterien bis zum Jahr 2020 erfüllen zu haben. Dafür ist nicht nur die technische und personelle Anpassung des Militärs an NATO-Standards erforderlich, sondern auch eine umfassende Reform des gesamten Systems der nationalen Verteidigung. Die Allianz unterstützt die Ukraine bei der Durchführung dieser Reformen. In den letzten zwei Jahren wurde zum Beispiel das System der sogenannten Trust-Fonds aufgebaut. Deren Mittel fließen in neue Kommunikationssysteme zur besseren Führung der Truppen, in die Umschulung und Weiterbildung der im Osten verwundeten SoldatInnen, in die Behandlung der verwundeten SoldatInnen und ihre psychische Genesung, in die Reform der Logistik beim Militär und in den Ausbau der Cybersicherheit.

Allerdings kann eine solche Beihilfe keinesfalls alle Ausgaben für die Reformierung des Militärapparats abdecken. Die Hauptquelle für die Finanzierung bleibt der Staatshaushalt, womit die Reformen auf den Schultern der einfachen BürgerInnen lasten. Schon das zweite Jahr in Folge hat die Regierung in ihrem Haushalt die Ausgaben für die nationale Sicherheit und Verteidigung mit fünf Prozent des BIP veranschlagt, was über dem für NATO-Mitgliedstaaten empfohlenen Anteil von zwei Prozent liegt.

Natürlich werden diese Gelder umverteilt, indem weitere Kürzungen bei den Sozialausgaben, also bei der medizinischen Versorgung, Bildung und Infrastruktur, vorgenommen werden. Vor dem Hintergrund der steigenden Energiepreise, der Kürzung der Sozialhilfe und der wachsenden Arbeitslosigkeit kann eine solche Politik dazu führen, dass die Bevölkerung in kurzer Zeit verarmt und die sozialen Spannungen zunehmen.

Dass die Verhandlungen über eine Beilegung des Konflikts im Donbass in eine Sackgasse geraten sind, ist für eine solche Politik ein geeigneter Vorwand, denn angesichts der anhaltenden Kämpfe kann jeder, der die Erhöhung der Rüstungsausgaben kritisiert, leicht des Landesverrats oder gar der Arbeit für den Feind beschuldigt werden.

Zugleich gibt es auch innerhalb der NATO keinen Konsens hinsichtlich des Beitritts der Ukraine. In den letzten zwei Jahren haben es die offiziellen VertreterInnen der Allianz trotz der historisch einmaligen Dimension der Zusammenarbeit vorgezogen, nicht über die Perspektiven einer Vollmitgliedschaft zu sprechen.

Einer der Hauptgründe ist auch hier der weiter schwelende Konflikt mit dem nördlichen Nachbarn. In der Analyse der NATO zur Frage der Osterweiterung aus dem Jahr 1995 heißt es, dass ungelöste Konflikte oder Gebietsstreitigkeiten eine Mitgliedschaft in der Allianz behindern können. Besonders, wenn es sich dabei um einen Streit mit Russland handelt.

In der NATO, vor allem in den europäischen Mitgliedstaaten, hat man letztlich verstanden, dass Moskau das Heranrücken ihrer Strukturen an seine westliche Grenze als direkte Bedrohung ansieht. Im Jahr 2016 hat der Kreml begonnen, seine Truppen im Westen zu verstärken und an der Grenze zur Ukraine eine neue Armee aufzustellen.¹³ Angesichts der angespannten internationalen Lage kann ein Beitritt der Ukraine zum Nordatlantischen Bündnis und die Einrichtung von NATO-Militärbasen auf ihrem Staatsgebiet katastrophale Folgen haben. Diese können von einer direkten Intervention Russlands und der Besetzung eines Großteils des ukrainischen Staatsgebiets bis hin zum Ausbruch eines europäischen Krieges reichen.

Offensichtlich aus Angst vor einem solchen Szenario und in dem Bestreben, dennoch weiter die Reformen zu unterstützen, schlug die NATO der Ukraine einen Kompromiss vor: eine Partnerschaft mit erweiterten Möglichkeiten (Enhanced Opportunities Programme).¹⁴ Die Möglichkeit einer Vollmitgliedschaft wird dabei nicht gänzlich ausgeschlossen, doch wendet die NATO gegen die Ukraine einen Trick an: Sie schlägt vor, die Frage der Mitgliedschaft per Referendum zu entscheiden.

GIBT ES IN DER FRAGE DES NATO-BEITRITTS DER UKRAINE EINEN KONSENS IN DER GESELLSCHAFT?

Im Juli dieses Jahres erklärte die Stiftung «Demokratische Initiative» kurz vor dem NATO-Gipfel in Warschau mit Verweis auf eine Studie, 78 Prozent der UkrainerInnen seien für einen NATO-Beitritt. Diese Meldung, die in den Medien massenweise verbreitet wurde, wirkt jedoch manipulativ: Hinter dem hohen Wert verbirgt sich nicht eine tatsächliche Unterstützung, sondern das Ergebnis eines hypothetischen Referendums, an dem sich 58 Prozent beteiligt hätten.¹⁵

Laut Angaben der Meinungsforschungsgruppe «Rating» hätten im Juni 2016 rund 39 Prozent der Befragten für einen Beitritt zur Allianz gestimmt, 32 Prozent dagegen und knapp 29 Prozent waren sich nicht sicher oder wären ohnehin nicht zur Abstimmung gegangen.¹⁶ Ein Grund für das deutlich gesunkene Vertrauen im Vergleich zum Herbst 2014 ist wohl, dass die Annäherung an die NATO nicht das erwünschte Ergebnis gebracht hat, in erster Linie nämlich die Lösung des Konflikts im Osten.

Die Umfrage zeigt auch, dass die Ukraine in der Frage der NATO-Mitgliedschaft nun wieder die alte regionale Spaltung

aufweist. So befürworten in der Westukraine 60 Prozent der Befragten den Beitritt, im Zentrum 44 Prozent, im Süden 32 Prozent und im Osten nur 14 Prozent, während sich dort die Hälfte der Befragten gegen einen Beitritt ausspricht.

Die Erfahrungen der vergangenen Jahre zeigen: Wenn die MachthaberInnen solche Tendenzen ignorieren, wird der Riss in der Gesellschaft noch tiefer werden. Im Kontext der angespannten innenpolitischen Lage kann die Frage der NATO-Mitgliedschaft von den antidemokratischen und revanchistischen Kräften wieder einmal als Mittel für die Durchsetzung ihrer Interessen genutzt werden. Und die Meinungsunterschiede zwischen den Regionen dienen als Vorwand für separatistische Tendenzen.

In der jetzigen Situation sollte die Ukraine auf die Rolle des Spielballs im neuen Kalten Krieg verzichten, den Russland und die westlichen Staaten derzeit entfachen. Die Unzulänglichkeit dieser Wahl verdeutlicht die Sackgasse, in die die Verhandlungen über einen anhaltenden Frieden in der Ostukraine geraten sind. Umso wichtiger wäre es, dass die demokratischen Akteure in der Ukraine, unterstützt von der Europäischen Union, nach einer friedlichen Lösung des Konfliktes suchen.

Es braucht neue Garantien und Ansätze, welche nicht auf Aggression und Militärintervention gestützt sind, sondern ihr Fundament in humanistischen Prinzipien haben, um Frieden und Sicherheit in Europa dauerhaft zu gewährleisten.

Igor Burdyga ist Journalist bei der Deutschen Welle und beim ukrainischen Portal für Medienbeobachtung «Telekritika»; seine Schwerpunkte sind der bewaffnete Konflikt in der Ostukraine, Menschenrechte, soziale Probleme und Medien.

1 Erklärung über die staatliche Souveränität der Ukraine, 16.7.1990, unter: <http://zakon1.rada.gov.ua/laws/show/55-12>. 2 Про Основные направления внешней политики Украины, Erklärung der Werchowna Rada der Ukraine vom 2.7.1993, unter: <http://zakon1.rada.gov.ua/laws/show/3360-12>. 3 Eine Auflistung der Friedensmissionen der Ukraine (auf Russisch) findet sich unter: https://ru.wikipedia.org/wiki/Список_мировотворческих_миссий_Украины. 4 Заява Верховної Ради України щодо агресивних дій НАТО проти Союзної Республіки Югославії, 24.3.1999; Постанова Верховної Ради «Про ситуацію, що склалася у зв'язку з агресивними діями НАТО проти Союзної Республіки Югославії», 24.3.1999, unter: <http://zakon4.rada.gov.ua/laws/show/546-14>. 5 Erklärung der Werchowna Rada der Ukraine über den Beitritt der Ukraine zur Organisation des Nordatlantikvertrags (NATO), 23.4.1999, unter: <http://zakon4.rada.gov.ua/laws/show/612-14>. 6 Про засади внутрішньої і зовнішньої політики, Ukrainisches Gesetz vom 1.7.2010, unter: <http://zakon2.rada.gov.ua/laws/show/2411-17>. 7 Paschkow, Michail/Poljakow, Leonid: УКРАЇНА – ЄВРОПА: ПОИСК ОБЩЕГО ОТВЕТА НА НОВЫЕ УГРОЗЫ, unter: http://gazeta.zn.ua/POLITICS/ukraina_evropa_poisk_obschego_otveta_na_novye_ugrozy.html. 8 Poljakow, Leonid/Paschkow, Michail: Україна – НАТО: Тепло... ще тепліше // Дзеркало тижня, Nr. 17, 11.–17.5.2002. 9 Україна – НАТО: в пошуках нового формату, unter: <http://npublic.info/analitika/ukraina-nato-v-poiskah-novogo-formata/>. 10 Путин не против евроассоциации Украины, но не хочет ее вступления в НАТО, 21.11.2013, unter: http://lb.ua/news/2013/11/21/242274_putin_protiv_evroassotsiatsii.html. 11 Усе більше українців хочуть в НАТО та ЄС – опитування, unter: www.pravda.com.ua/news/2014/11/20/7044855/. 12 Про внесення змін до деяких законів України щодо відмови України від здійснення політики позаблоковості, Ukrainisches Gesetz vom 23.12.2014, unter: <http://zakon1.rada.gov.ua/laws/show/35-19>. 13 Россия формирует новую армию на границе с Украиной, in: Ведомости, 15.9.2016, unter: www.vedomosti.ru/politics/articles/2016/09/15/657007-rossiya-armiyu-ukrainoi. 14 Poroschenko: Україна домовилася про рух до нового статусу в стосунках з НАТО, 9.7.2016, unter: www.eurointegration.com.ua/news/2016/07/09/7051887/. 15 Громадська думка про НАТО: новий погляд, unter: <http://dif.org.ua/article/gromadska-dumka-pro-nato-noviy-poglyad>. 16 В Україні вирісло число противників НАТО, unter: <http://korrespondent.net/ukraine/3713941-v-ukrayne-vyroslo-chyislo-protivnykov-nato>.

OLEKSANDR KRAVCHUK

ZWEI JAHRE EU-ASSOZIIERUNG

FATALE FOLGEN FÜR DIE UKRAINISCHE WIRTSCHAFT

Das Assoziierungsabkommen zwischen der Europäischen Union und der Ukraine hatte radikale Auswirkungen auf die ukrainische Gesellschaft. Die Aussetzung der EU-Assoziierung löste die Maidan-Protteste aus und führte anschließend im Winter 2013/14 zum Regimewechsel. Die multivektorale Außenwirtschaftspolitik wurde durch die Ausrichtung auf einen einzigen «europäischen Vektor» ersetzt. Welche Folgen hatten diese Veränderungen für die ukrainische Wirtschaft und die soziale Lage der UkrainerInnen? Wie hat sich das auf die Entwicklung einzelner Produktionszweige ausgewirkt? Konnten die ukrainischen Hersteller ihre Position auf dem europäischen Markt verbessern, und wenn ja, in welcher Form?

ALLGEMEINWIRTSCHAFTLICHE TENDENZEN

Die Integration der Ukraine in den Wirtschaftsraum der Europäischen Union konnte durch die unterschiedliche Größenordnung beider Regionen nicht gleichberechtigt erfolgen. Die Bevölkerungszahl der EU übersteigt die ukrainische um mehr als das Zehnfache, ihr Bruttoinlandsprodukt (BIP) war zu Beginn der europäischen Integration mehr als 45 Mal höher als das der Ukraine. Dementsprechend erfolgte die Einführung der Freihandelszone Ukraine/EU nach den Vorstellungen und Regeln des größeren europäischen Partners.

Der Ukraine ist es seit ihrer Unabhängigkeit nicht gelungen, eine Wohlstandsgesellschaft nach dem Muster der entwickelten europäischen Staaten aufzubauen. Ende 2013 erreichte das ukrainische BIP nur noch 70 Prozent des Niveaus von 1990. Vor dem Zusammenbruch der UdSSR hatten ukrainische Unternehmen einen Anteil von über 1,3 Prozent an der Weltproduktion. Seit der Unabhängigkeit sank ihr Anteil um mehr als zwei Drittel und betrug 2013 nur noch 0,4 Prozent. Dennoch zählte die Ukraine zum Zeitpunkt der Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens zu den 40 größten Volkswirtschaften der Welt, vergleichbar mit Singapur, Chile oder Hongkong. Dies war ein weiterer Anreiz für die Europäische Union, den Zugang zum ukrainischen Markt weiter zu öffnen.

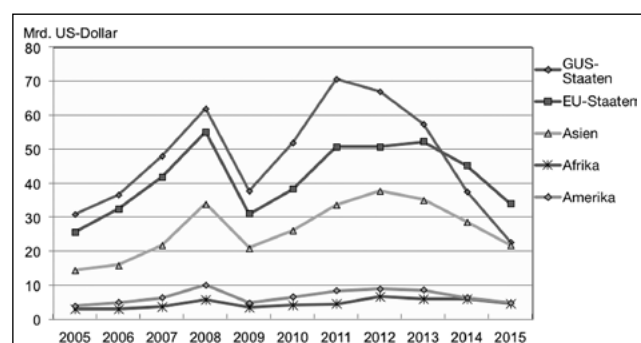
Die Veränderung des außenwirtschaftlichen Vektors beeinflusste den Umfang des Waren- und Dienstleistungshandels der Ukraine mit verschiedenen Regionen der Welt.

Wie aus Abbildung 1 ersichtlich ist, waren die Länder der ehemaligen Sowjetunion – die heutigen GUS-Staaten – die wichtigsten Wirtschaftspartner der Ukraine. Dieser Trend verstärkte sich nach 2008 für einige Zeit. Bis 2014 nahm die europäische Region einen stabilen zweiten Platz im ukrainischen Außenhandel ein. Die Implementierung des Assoziierungsabkommens mit der EU führte zur Abschaffung des

zollfreien Handels mit Russland, was einen starken Rückgang in der Zusammenarbeit ukrainischer Unternehmen mit diesem traditionellen Markt zur Folge hatte. Für die ukrainische Bevölkerung bedeutete das den Verlust von Arbeitsplätzen in den veralteten, aber immer noch bestehenden Betrieben. Ob diese Betriebe sich in zwei Jahren nach Europa umorientieren konnten, wird später noch behandelt.

Zu beachten ist, dass ein deutlicher Rückgang im Handel mit den GUS-Ländern bereits in der zweiten Jahreshälfte 2012 begann. Weitgehend lässt sich das mit den von der russischen Regierung geförderten Importsubstitutionen und mit den von ihr eingeführten Maßnahmen zum Schutz des russischen Marktes gegen ukrainische Hersteller (zwei Drittel des Handelsumsatzes mit den GUS-Staaten entfielen auf Russland) erklären. Dabei ist allerdings die Nachfrage nach ukrainischen Produkten auch in allen anderen Regionen der

Abbildung 1: Dynamik des Handelsumsatzes der Ukraine (Exporte und Importe von Waren und Dienstleistungen) 2005–2015



Quelle: Staatliches Statistikamt der Ukraine

Welt gesunken, nicht nur in der EU und der GUS. Dies ist ein Zeichen für akkumulierte strukturelle Probleme in der Wirtschaft und für den Verlust der Wettbewerbsfähigkeit ukrainischer Produkte.

FOLGEN DER EU-ASSOZIIERUNG FÜR DEN WARENHANDEL

Die Wirtschaft der Ukraine ist relativ offen: Das Import- und Exportvolumen überstieg im Jahr 2015 das BIP des Landes. Daher hängt die wirtschaftliche und soziale Lage des Landes vom Erfolg im Außenhandel ab. Der Löwenanteil der ukrainischen Lieferungen auf die Weltmärkte entfällt auf Rohstoffe oder Zwischenprodukte. Dabei beträgt der Anteil des Handels mit Waren 80 Prozent des Außenhandelsumsatzes, nur 20 Prozent entfallen auf den Dienstleistungssektor.

Was also geschieht nun im Handel mit den zwei Hauptmärkten, der GUS und der EU, seit 2013? Die Antwort ist eindeutig: Der Handel mit beiden Regionen geht drastisch zurück. So waren die ukrainischen Exporte in die EU-Länder im Jahr 2015 um 10 Prozent geringer als im «Vorintegrationsjahr» 2013. Beim Handel mit den GUS-Staaten ist der Rückgang katastrophal, das Exportvolumen ist um beinahe zwei Drittel gesunken. Während die Ukraine 2013 aus dem Handel mit den GUS-Staaten 20,7 Mrd. USD erwirtschaftete, waren es im Jahr 2015 nur noch 7,7 Mrd. USD. Dieser Rückgang war einer der maßgeblichen Faktoren für die Abwertung der ukrainischen Währung in den Jahren 2014 bis 2016.

Auch im Jahr 2016 gibt es keine nennenswerten positiven Veränderungen. Zwar sind die Warenexporte in die EU in den ersten sieben Monaten 2016 um 4,6 Prozent gestiegen, doch das Gesamtvolumen der ukrainischen Exporte im Vergleich zum gleichen Zeitraum des Jahres 2015 fiel weiter (um 12 Prozent auf 18 Mrd. USD). Der Hauptgrund dafür ist eine weitere Abnahme der Exportlieferungen in die GUS-Staaten (minus 30 Prozent in sieben Monaten) und die asiatischen Länder (minus 13,6 Prozent).

Im Hinblick auf die Abschaffung der Importzölle lässt sich sagen, dass die Importe europäischer Waren in die Ukraine davon nur geringfügig beeinflusst wurden. Von Januar bis Juli 2016 betrug das Importwachstum 2,1 Prozent. Doch selbst dieser leichte Anstieg kann von den europäischen Anbietern nicht als Erfolg gewertet werden. Denn ein starker Rückgang des Lebensstandards führte bei den UkrainerInnen in den letzten zwei Jahren zu einem Einbruch der Nachfrage nach Importprodukten um mehr als die Hälfte.

Der Blick auf die strukturellen Veränderungen der ukrainischen Exportlieferungen zeigt, dass Produkte mit einem geringen Verarbeitungsgrad eine zunehmende Rolle spielen.

Bei den ukrainischen Exporten nimmt die Landwirtschaft also einen stabilen vorderen Platz ein, gefolgt von der Metallindustrie, der chemischen Industrie und den Anbietern von Hochtechnologie für den Maschinenbau. Dies ist darauf zurückzuführen, dass die Ukraine in kurzer Zeit viele Anteile an den GUS-Märkten in den Bereichen Schwerindustrie, Fahrzeugbau und anderen relativ hochtechnologischen Sektoren verlor. Gleichzeitig erwartet man in Europa aus der Ukraine bestenfalls Lieferungen von Agrarprodukten und Rohstoffen für die Stahlindustrie.

Im Folgenden soll analysiert werden, was innerhalb der Ukraine geschieht und welche Auswirkung die europäische Integration auf die wirtschaftlich unterschiedlich spezialisierten Regionen des Landes hat. Der Osten und das Zentrum

des Landes sind von einer leistungsfähigen und entwickelten Industrie geprägt, im Westen überwiegt die Landwirtschaft. Doch konnten entgegen den Erwartungen nur zwei Agrarregionen ihre Exporte in die Europäische Union erhöhen. Der industrialisierte Osten wiederum blieb abhängig von den Lieferungen in die GUS-Länder, vor allem nach Russland. Daher bedroht die Fortsetzung des Wirtschaftskrieges mit dem östlichen Nachbarn die Existenz der in den Industrieregionen verbliebenen Unternehmen. Die Betriebe aus diesen Regionen konnten sich in der kurzen Zeit nicht auf die europäischen Märkte umorientieren, weil sie die hohen Qualitätsanforderungen und Standards in Europa nicht erfüllen.

Aber auch eine mögliche Erneuerung der Vertriebskanäle nach Russland kann das Problem der östlichen Regionen der Ukraine nicht lösen, wenn nicht zugleich eine radikale Steigerung der Investitionen in innovative Produktionsbereiche erfolgt.

Was den Handel der Ukraine mit Dienstleistungen betrifft, so blieb der Saldo von Exporten und Importen positiv (+2,9 Mrd. USD in 2015). Dabei gingen die Lieferungen von Dienstleistungen an europäische und GUS-Partner gleichermaßen zurück – beinahe um die Hälfte innerhalb von zwei Jahren. Der Hauptgrund ist der Rückgang der Gütertransporte über die Ukraine nach Europa. Die Transportleistungen machten drei Viertel des gesamten Handels mit der GUS (hauptsächlich Transport von russischem Gas und Öl nach Europa) und die Hälfte des Handelsumsatzes mit der EU aus. Das ist ein herber Schlag für die ukrainische Wirtschaft, die Finanzstabilität und den ukrainischen Haushalt. Denn er verursachte einen Rückgang der Deviseneinnahmen um 1,7 Mrd. USD jährlich allein aus dem Transport von Waren aus der GUS.

Ein weiterer wichtiger Faktor ist der Rückgang des Offshore-Handels mit europäischen Ländern durch die Erbringung fiktiver Dienstleistungen. Dazu gehören Zahlungen für die Nutzung geistigen Eigentums, Vermittlungsprovisionen, die Versicherung geschäftlicher Risiken und vieles mehr. Einerseits ist die Reduzierung der Dienstleistungen für Firmen in Offshore-Finanzplätzen eine positive Entwicklung, andererseits ist diese nicht auf Erfolge in der Bekämpfung dieser Aktivitäten zurückzuführen, sondern auf die Abnahme der un versteuerten Handelsströme aus der Ukraine.

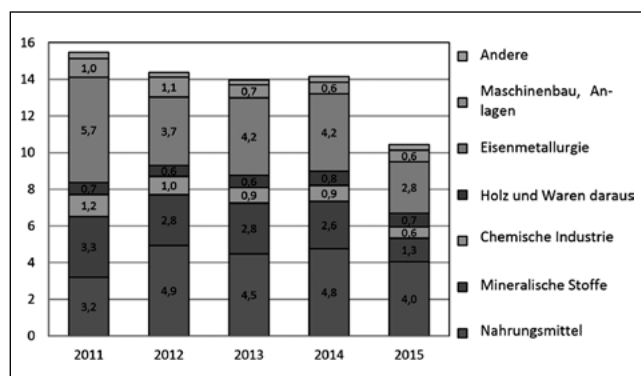
FOLGEN FÜR EINZELNE WIRTSCHAFTSSEKTOREN

Betrachten wir nun im Detail, wie die Veränderungen des Außenwirtschaftskurses einzelne Branchen beeinflussen. So lassen sich die Chancen einzelner Sektoren der ukrainischen Wirtschaft im Kampf um die europäischen Märkte beurteilen. Ein wachsender Anteil der ausländischen Aufträge für produzierende Unternehmen bestätigt die Exportabhängigkeit der ukrainischen Unternehmen. Insbesondere bei den Unternehmen der Metallindustrie ist dieser Anteil in den Jahren 2014 bis 2016 von 51 auf 58 Prozent gestiegen. Abbildung 2 zeigt die Dynamik des Handels mit einzelnen Warengruppen.

In fast allen Sektoren ist ein deutlicher Rückgang der ukrainischen Lieferungen in die EU zu verzeichnen. Nur die Maschinenbauunternehmen konnten ihre Exportumsätze aufrechterhalten, diese bleiben jedoch konstant niedrig (0,6 Mrd. USD bzw. 6,1 Prozent der Gesamtexporte in die EU).

Was geschah in dieser Zeit im Außenhandel der einzelnen Wirtschaftssektoren? Am langsamsten (minus 10 Prozent

Abbildung 2: Dynamik der Warenstruktur der Exporte in die EU 2011–2015



Quelle: Staatliches Statistikkamt der Ukraine

in zwei Jahren) gingen die Lieferungen der landwirtschaftlichen Erzeugnisse und der Lebensmittelbranche zurück. Allerdings lässt diese Abnahme Zweifel an den Anstrengungen der Regierung aufkommen, die Ukraine zur «Kornkammer Europas» zu machen. Eine gewisse Belebung spürten die ukrainischen Agrarbetriebe nach einer einseitigen Einführung von Zollpräferenzen durch die EU im Jahr 2014. Doch bereits 2015 wechselte der Trend ins Negative. Insbesondere bei Samen und Früchten von Ölkulturen gingen die Exporte im Vergleich zum Jahr 2013 um mehr als die Hälfte (0,7 Mrd. USD) zurück. Auch die Lieferungen von Getreide verringerten sich (auf 1,6 Mrd. USD). Der einzige Erfolg war eine wesentliche Erhöhung der Lieferungen von Fetten und Ölen (auf 0,7 Mrd. USD), doch auch hier kam es im letzten Jahr zu einem Einbruch um 14,5 Prozent.

Der markanteste Rückgang ist bei den Exporten von Bergbauerzeugnissen (Kohle, Erze) festzustellen: Sie verringerten sich in den letzten zwei Jahren um die Hälfte (auf 1,3 Mrd. USD). Der wichtigste Grund dafür ist die geringere Nachfrage nach Eisenerzen und Eisenkonzentraten aus der Ukraine für die Weiterverarbeitung in Europa. Auf unter ein Siebtel ihres ursprünglichen Wertes schrumpften die ukrainischen Kohleexporte in die EU. Dies ist auf den Verlust der meisten Minen im Osten des Landes und die auf die Schließung der restlichen Minen gerichtete Regierungspolitik zurückzuführen. Damit verbunden ist auch der Rückgang der Stromexporte – umsatzmäßig um die Hälfte und mengenmäßig um zwei Drittel auf 3,6 Mrd. Kilowattstunden. Die ukrainischen Stromerzeuger haben nicht einmal genug Kohle, um den eigenen Markt zu Spitzenzeiten zu versorgen (ein Großteil der ukrainischen Stromproduktion erfolgt in Kohlekraftwerken).

Im Wettbewerb um globale und europäische Märkte verlieren auch die ukrainischen Stahlproduzenten. Am schnellsten gehen die Exporte von Halbfertigprodukten aus Stahl zurück. Von diesen Produkten wurde in die EU nur noch halb so viel geliefert wie im Jahr 2014, für einen Wert von 678 Mio. USD. Bei Flachwalzzeugnissen, für die eine relativ hochtechnologische Verarbeitung erforderlich ist, sanken die Exporte im Jahr 2015 nur um 24,8 Prozent. Gleichzeitig konnten ukrainische Unternehmen die Exporte von Eisenlegierungen erhöhen, das heißt von Produkten für die Weiterverarbeitung durch die europäische Stahlbranche. Hier zeigen sich direkte Auswirkungen des Assoziierungsabkommens mit der EU, wonach die Exportbeschränkungen aufgehoben wurden, die zur Förderung der Verarbeitung dieser Rohstoffe im Inland verhängt worden waren.

Die ukrainischen Holzlieferanten konnten ihre Marktnische behalten. Dies sichert den Geldzufluss in die Ukraine, nicht weniger wichtig ist jedoch der Umweltaspekt. Im Jahr 2015 versuchte man in der Ukraine mit dem Moratorium für Holzexporte die zunehmende Abholzung zu stoppen und die Verarbeitung von Rohstoffen innerhalb des Landes zu fördern. Allerdings bestand die europäische Seite kategorisch darauf, das Holzausfuhrverbot aufzuheben, da es das Freihandelsprinzip verletze. Als Druckmittel wurde mit der Nichtzahlung von Finanzhilfen der EU an die Ukraine gedroht. An diesem Beispiel sieht man die kategorische Haltung der EU hinsichtlich der Unterstützung ihrer eigenen Produzenten und ein mangelndes Interesse an der Erhaltung von angemessenen Lebensbedingungen in der Ukraine.

Deutlich verringert haben sich die Exporte von Chemikalien aus der Ukraine in die EU, die 2015 einen Wert von 1,3 Mrd. USD erreichten. Die Gründe sind die gleichen wie bei den Stahlproduzenten: Die Wettbewerbsfähigkeit der ukrainischen Produkte auf dem internationalen Markt sinkt durch die Schaffung moderner Produktionsstätten in der Welt sowie durch die Schließung eines Teils der Betriebe im Kriegsgebiet in der Ostukraine.

Auch die These vom Potenzial der Ukraine in den Bereichen Landwirtschaft und Lebensmittelindustrie muss noch geprüft werden. Nachfolgend geht es darum, wie das Assoziierungsabkommen die weiteren Perspektiven für die Exporte der jeweiligen Waren aus der Ukraine in die Europäische Union beeinflusst hat.

PERSPEKTIVEN FÜR DIE LANDWIRTE UND DIE LEBENSMITTELINDUSTRIE

Im Zeitraum 2014/15 stieg der Anteil der Nahrungsmittelindustrie und landwirtschaftlicher Produkte an den ukrainischen Exporten in die EU von 27 auf 38 Prozent an. Trotz eines leichten Exportrückgangs 2015 bleibt die Ukraine auf dem achten Platz unter den Ländern, die diese Waren in die Europäische Union exportieren. Die Importe von Agrarprodukten aus der EU in die Ukraine waren dagegen viel geringer.

Welche Möglichkeiten räumt die Freihandelszone mit der EU den ukrainischen Agrarproduzenten und der Lebensmittelindustrie ein? Einerseits hob das Assoziierungsabkommen für 83 Prozent der landwirtschaftlichen Erzeugnisse und Lebensmittel ukrainischer Herkunft die Einfuhrzölle auf. Doch für die übrigen Produkte wurden 36 Quoten zur Einschränkung von zollfreien Lieferungen eingeführt. Nach der Erschöpfung der Quoten liefern ukrainische Exporteure ihre Produkte zu den allgemeinen Bedingungen.

Inwieweit verhindern nun solche Quoten die Möglichkeit, auf den europäischen Markt zu gelangen? Wie aus der Analyse in Tabelle 2 hervorgeht, sind die EU-Importquoten im Verhältnis zum Gesamtvolumen der ukrainischen Exporte für die meisten Produkte zu gering.

Dies gilt vor allem für die Getreideproduzenten. Denn für die zollfreie Einfuhr sind nur 900.000 Tonnen Weizen vorgesehen. Das sind nur 8,4 Prozent der ukrainischen Gesamtexporte im Jahr 2014, für Gerste gilt eine Quote von 250.000 Tonnen (6 Prozent), für Mais ist sie mit 2,3 Prozent sogar noch niedriger.

Selbst unter Berücksichtigung einer Zusatzquote von 20.000 Tonnen liefern ukrainische Produzenten auf die Weltmärkte um das Fünffache mehr Fleisch und Halbfabrikate aus Geflügel. Die Gesamtquote für Fleisch beträgt 50.000 Tonnen pro Jahr, während 2015 in der Ukraine etwa

Tabelle 1: Vergleich der EU-Tarifquoten für die Ukraine mit den Exportmengen

Warengruppe	Exporte aus der Ukraine weltweit 2014, Tonnen	Exporte aus der Ukraine in die EU 2014, Tonnen	Quoten in der EU, Tonnen	Ausgeschöpfte Quoten, %	
				2014	2015
Weichweizen, Weizenmehl und Pellets	11.357.131	998.201	950.000	100	100
Mais, Maismehl und Pellets	17.618.158	8.364.322	400.000	100	100
Verarbeitete Tomaten	24.989	11.694	10.000	100	100
Trauben- und Apfelsaft	99.630	84.032	10.000	100	100
Honig	36.336	20.674	5.000	100	100
Hafer	8.966	64	4.000	1,6	100
Zucker	6.167	522	20.070	2,6	98,9
Gerste, Gerstenmehl und Pellets	4.165.772	22.750	250.000	9,1	77,7

Quelle: UN Commodity Trade Statistics Database des ukrainischen Ministeriums für Wirtschaft, Entwicklung und Handel

Tabelle 2: Ausnutzung von Quoten für die Importe aus der EU in die Ukraine 2016

Warengruppe	Quote, Tonnen	Importiert, Tonnen	Ausschöpfung der Quote
Schweinefleisch (mit zusätzlicher Quote)	20.000	2.294	11,5%
Geflügel und Halbfertigprodukte aus Geflügel	8.000	8.000	100,0%
Zucker	30.000	20.384	67,9%

Quelle: Staatlicher Steuerdienst, Stand: 26. September 2016

3,3 Mio. Tonnen Fleisch – das 66-fache(!) – produziert wurden. Noch schlimmer ist die Situation bei den Milchprodukten. Die Milchquote beträgt laut dem Abkommen 8.000 Tonnen (0,007 Prozent der ukrainischen Produktion). Hingegen ist bekannt, dass das Hauptproblem für die Erzeuger ein anderes ist, nämlich der Erhalt einer europäischen Zertifizierung der Produktqualität. Im Allgemeinen werden Quoten dort eingeführt, wo ukrainische Produkte die Qualitätsanforderungen des EU-Marktes nicht erfüllen.

Hier zeigt sich, dass die EU-Politik auf die Unterstützung ihrer eigenen Produzenten ausgerichtet ist. Gleichzeitig unterstreicht die Schutzlosigkeit des ukrainischen Marktes gegenüber der europäischen Expansion erneut die Ungleichheit des Abkommens. Im Gegensatz zur EU darf die Ukraine nur für drei Produktgruppen Importquoten einführen: Schweinefleisch, Geflügel und Zucker.

Bei Schweinefleisch können die europäischen Lieferanten noch nicht mit den inländischen Produzenten konkurrieren. Die Quoten für Geflügel wurden jedoch bereits im Januar 2016 ausgeschöpft.

SCHLUSSFOLGERUNGEN

- Das Assoziierungsabkommen mit der EU hat für die Ukraine einen allgemeinen Rückgang im Außenhandel zur Folge. Im Hinblick auf Mengen und Wettbewerb kann der EU-Markt den Verlust der GUS-Märkte nicht kompensieren. Das erwartete Wachstum der Exporte in die Europäische Union findet auch nicht statt. Das führt dazu, dass sich die Wirtschaftskrise verschärft, die Arbeitslosigkeit zunimmt und der Wohlstand der Bevölkerung in der exportorientierten Ukraine sinkt.
- Die Strategie zur Umwandlung der Ukraine in einen Rohstofflieferanten für die EU ist aufgrund der strengen europäischen Marktschutzmechanismen unrealistisch. Im Jahr 2015 kam es in den meisten Bereichen der Zusammenarbeit mit der EU zu einer Verringerung des Handelsvolumens.
- Die industrialisierten Regionen im Osten und in der Mitte des Landes bleiben von den GUS-Märkten abhängig.

Daher wird die Fortsetzung der Handelskriege zwischen der Ukraine und den Ländern aus dieser Region zur Schließung von Betrieben und zu wachsenden sozialen Spannungen führen. In der Folge dürfte die Arbeitsmigration aus der Ukraine in die EU zunehmen.

- Das größte Problem für die ukrainische Wirtschaft ist der niedrige Entwicklungsstand ihrer Produktion. Er ist der Hauptgrund für die Instabilität der Exporte und die Abhängigkeit von Preisschwankungen auf den globalen und insbesondere den europäischen Märkten. Die Assoziation mit der EU zementiert diese Situation der Ukraine.
- Der Rückgang der Wettbewerbsfähigkeit ukrainischer Waren auf den Weltmärkten belegt die Notwendigkeit, eine Wirtschaftspolitik zu überdenken, die darauf ausgerichtet ist, als Rohstofflieferant den wirtschaftlichen Strukturen der Europäischen Union oder der eurasischen Wirtschaftsunion zu dienen. Für eine wirtschaftspolitische Wende sind Maßnahmen sowohl zur Unterstützung der noch verbleibenden Industrieunternehmen als auch zur Akkumulierung von Kapital für die Entwicklung innovativer Sektoren in der ukrainischen Wirtschaft erforderlich.

Oleksandr Kravchuk ist promovierter Wirtschaftswissenschaftler und Analytiker beim Zentrum für Sozial- und Arbeitsforschung CSLR sowie Redakteur bei *Spilne (Zeitschrift für Sozialkritik – Commons)*. Arbeitsschwerpunkte: sozioökonomische Entwicklungen, Staatsschulden, internationale wirtschaftliche Integration, Neoliberalismus und alternative Wirtschaftspolitiken.

JUDITH DELLHEIM / LUTZ BRANGSCH

DER BREXIT UND DIE LINKE IN EUROPA

Die Kampagne «Another Europe is possible», mit der die britischen Linken für einen Verbleib in der Europäischen Union warben, blieb von geringem Einfluss. Zahlreiche junge Menschen, denen viel an der Unionsbürgerschaft liegt, blieben dem Referendum fern. Die eher «europäischen Neoliberalen» unterlagen am 23. Juni 2016 den stärker nationalistisch-neoliberalen Kräften. Die Widersprüche, die das Referendum zutage gefördert hat, sollten die konkrete Basis für eine neue linke Politik in Europa darstellen.

WELCHES WIR HAT SICH BEI DER ABSTIMMUNG (KNAPP) DURCHGESETZT?

Die erneut in dramatischer Weise offensichtlich gewordene Schwäche der Linken wirft insbesondere Fragen nach den Ursachen der politischen Kräfteverhältnisse und Konsequenzen für moderne linke bzw. sozialistische Politik auf.

Zur Erinnerung: Mehr als 30 Millionen Menschen, 71,8 Prozent der Wahlberechtigten, haben sich am Referendum über eine künftige britische EU-Mitgliedschaft beteiligt. 52 Prozent votierten für ein Ausscheiden Großbritanniens aus der EU. Die Wahlergebnisse differierten stark nach Region bzw. Nationalität, nach Alter und Qualifikation: In England stimmten 53,4 Prozent für den Brexit, in Schottland 38 Prozent gegen ihn. Auch in Nordirland wurde mit 55,8 Prozent für den Verbleib in der EU votiert.

Ergebnisse des Brexit-Referendums 2016

Zu den TeilnehmerInnen am Referendum		In der EU bleiben	Die EU verlassen
Parteienpräferenz bei den Nationalen Wahlen 2015	Konservative	39 %	61 %
	Labour	65 %	35 %
	Liberaler Demokraten	68 %	32 %
	UKIP	5 %	95 %
	Grüne	80 %	20 %
Alter	18–24 Jahre	71 %	29 %
	25–49 Jahre	54 %	46 %
	50–64 Jahre	40 %	60 %
	Über 65 Jahre	36 %	64 %
Bildung	Grundschule u. darunter	30 %	70 %
	eine Ausbildung	40 %	50 %
	Fachschule	48 %	52 %
	Hochschule/Universität	68 %	32 %

Quelle: Eichhorn, Jan (2016): Scotland, the UK and the EU, Mobilisation, identities and the need for differentiation, Berlin, unter: <http://bit.ly/2gokeny>.

Wahlentscheidend waren die Lebensverhältnisse der Einzelnen und eine komplizierte Gemengelage:

Weil sich viele junge Menschen nicht an der Wahl beteiligt haben, konnten sich aggressiv nationalistische Stimmungen, insbesondere in England und Wales, durchsetzen. Maßgeblich waren dabei die Interessen von Älteren und Alten sowie von Un-, Gering- und durchschnittlich Qualifizierten, von jenen also, denen das Unterwegssein in Europa und die Bereitschaft, Migration als Normalität anzuerkennen, fernliegen. Unwahrheiten wurden geglaubt, Aversionen gegen MigrantInnen und Flüchtlinge geschürt, gepflegt und bereitwillig aufgenommen. Dass diese besondere kulturelle Dimension zum Tragen gekommen ist, daran haben die neoliberalen Konservativen hohen Anteil, denn ihnen war daran gelegen, dass Großbritannien seine Sonderrolle in der insgesamt neoliberalen EU behält und stärkt: noch geringere Zahlungen an den EU-Haushalt, Begrenzung der Freizügigkeit und Ausnahmen bei der Gewährleistung von sozialen Mindeststandards.

Sowohl Cameron als auch die etwas weniger nationalistischen Kräfte haben sich verkalkuliert. Sie wollten den Konsens jener, die «mit der EU Gewinner der Globalisierung» sein wollen. Sie unterlagen denen, die «Gewinner der Globalisierung in einer Welt ohne unerwünschte Globalisierungsfolgen» sein wollen.

Wie kam es aber dazu, dass ein europäischer Staat, der wie kaum ein anderes Land über Jahrhunderte hinweg von der Internationalisierung profitiert und diese vorangetrieben hat, plötzlich scheinbar aus dieser aussteigen will?

Um diese zunächst widersprüchlich erscheinende Entwicklung zu verstehen, gilt es, sich die Dynamik der globalen Ökonomie und die Rolle Großbritanniens, auch im Vergleich zu Deutschland, zu vergegenwärtigen.

GLOBALISIERUNG UND FINANZIALISIERUNG

Grundlegende Veränderungen in allen Bereichen der Gesellschaft haben die letzten Jahrzehnte geprägt und tun dies nach wie vor. Dank Mikroelektronik, moderner Informations- und Kommunikationstechnologien – zuerst entwickelt im militärischen Bereich – expandierten die internationalen Finanzmärkte und verselbstständigten sich zusehends, gleichzeitig wurden betriebliche Prozesse zunehmend entgrenzt (die Konzernzentrale in Paris, der Programmierer in Mumbai).

Das Gewicht transnationaler Konzerne (TNC), die diese Prozesse wesentlich hervorbringen und bestimmen, wächst weiter. Während die konzerninternen Umsätze und die Auslandsinvestitionen der TNC schneller steigen als der internationale Handel, schnellen die allgemeinen Stoff-, Energie- und Transportumsätze weltweit in die Höhe. Über Deregulierungs- und Liberalisierungsprozesse, über – vielfach durch Gläubiger forcierte – Privatisierungen des Öffentlichen, über Freihandels- und Investitionsschutzabkommen, über Auflagen des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank werden die Handlungs-, Ressourcenversorgungs- und damit Akkumulationsmöglichkeiten der TNC verbessert. Arbeit wird verbilligt und flexibilisiert. Wohnen, Bildung, Gesundheit, Mobilität, Altersvorsorge, Pflege und die Sicherung vor Lebensrisiken werden zunehmend über Kredite, «Kapitalbildung» oder individuelle Fondsverträge zu Privatangelegenheiten von KundInnen auf den Märkten.

Gleichzeitig sind die Hauptakteure auf den Finanzmärkten mit den TNC verquickt bzw. TNC-Repräsentanten. Sie sorgen dafür, dass Zahlungsmittel zirkulieren, mobilisiert, konzentriert und zentralisiert werden, um letztendlich wiederum im globalisierten Produktionsprozess Mehrarbeit zu organisieren und ArbeiterInnen auszubeuten; um in den anderen kommerzialisierten Bereichen des gesellschaftlichen Lebens ebenfalls gesellschaftliche Arbeitsergebnisse privat anzueignen (primäre Ausbeutung). Lohnbestandteile bzw. Löhne, Ersparnisse, Schuldbriefe und «Wertpapiere» aller Art, «innovative Finanzprodukte» zirkulieren. Über Wettverluste, Bankrott, Prellerei, erzwungene oder erschlichene Verschuldung, Zinsgeschäfte und anderes mehr verteilen die mächtigsten Kapitaleigner in der globalen Zirkulation weltweit Einkommen und Vermögen zu ihren Gunsten um (sekundäre Ausbeutung). Über entsprechende Gesetze, staatliche Aufträge, Investitionen, Subventionen, Wirtschaftsförderung, internationale Verträge usw. erhält die Kapitalkooperation massive Unterstützung. Sie hat im Staat, in der Verwaltung und in der Politik ihre Leute, die die Kapitalkooperation direkt erweitern. Das gilt auch für die «Sicherheit», das Recht, die Beratung, die Buchführung, die Wissenschaft, die Kultur, die Medien, das Lobbying und sogar für Teile der Zivilgesellschaft. Die globalisierten Kapitaloligarchien wirken weiter über internationale Organisationen, formelle und informelle Zusammenschlüsse. Sie haben in den Zentren der kapitalistischen Produktionsweise ihre Machtbasis. Ihre Reproduktion stützt sich auf die widersprüchliche Symbiose von wirtschaftlicher Stärke und «Sicherheit».

Als nach dem Ende des emanzipativen 68er-Aufbegehrens, mit der Niederlage der USA im Vietnamkrieg, mit dem Zusammenbruch des Bretton-Woods-Systems und den Erdölkrisen die US-amerikanische Gesellschaft eine tief gehende Erschütterung erfuhr, hatten dort die Kapitaloligarchien mit dem Energie- und Transportbereich, dem militärisch-industriellen Komplex bzw. «Sicherheitsbereich», dem Agribusiness, der High-Tech- und Finanzsphäre in der gesellschaftlichen Pro-

duktion die Voraussetzungen für die Globalisierung geschaffen. Über Arbeitsplätze und die Erreichbarkeit attraktiver Konsumtionsmittel war trotz der enormen politischen Konflikte ein weitgehender sozialer Konsens gesichert. Dieser ermöglichte verschiedenen sozialen Gruppen sogar den eher riskanten Eintausch einer gewissen sozialen Sicherheit gegen die Aussicht auf individuelle Konsum- und (vermeintliche) Freiheitsgewinne. Damit war die kulturelle Voraussetzung für die Globalisierung gegeben. Die Neoliberalen in den USA haben es in den tief gehenden Krisen vermocht, die kapitalistische Produktionsweise modifiziert weiterzutreiben. Die globale, rasant fortschreitende ökologische Krise wurde nunmehr noch weiter beschleunigt – insbesondere durch die herrschenden Muster von Arbeiten, Mobilität, Wohnen, Ernährung und Freizeit als der Kehrseite einer Produktionsweise, die sich auf die genannten Wirtschaftsbereiche und den durch sie ermöglichten Konsumismus in den Industriezentren stützt.

GLOBALER WIRTSCHAFTSSTANDORT GROSSBRITANNIEN

Das erste westeuropäische Land, in dem die herrschende Politik auf Neoliberalismus und Globalisierung insbesondere durch Finanzmarktakteure setzte, war Großbritannien. Es war Anfang der 1970er Jahre der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft beigetreten. Zuvor hatte es seine Kolonien weitgehend verloren und sich als treuer NATO-Partner der USA hervorgetan. Die britischen Kapitaleliten unter Thatcher hatten einerseits hohen Anteil an der neoliberalen Entwicklung der Europäischen Gemeinschaft bzw. der EU und andererseits an der Behinderung der EU-Entwicklung jenseits von Freihandels- und «Sicherheits-Dimensionen». Die widerspruchsvolle Synthese aus Nationalismus und Neoliberalismus ging stets von dem Kalkül aus, den damit geschaffenen gesellschaftlichen Konsens für die Verbesserung der Konkurrenzposition britischer (bzw. britisch dominierter) Konzerne fruchtbar zu machen. Die Effekte für die Entwicklung der sonstigen britischen Unternehmen bzw. für die Wirtschaft insgesamt sind für die Herrschenden sekundär. Noch weniger interessieren sie sich für die gesellschaftlichen (vor allem sozialen) und globalen Konsequenzen. Die folgende Übersicht illustriert die Wirtschaftsstrukturen des globalen Wirtschaftsstandorts Großbritannien, die unter diesen Vorzeichen entstanden sind.

Allerdings können die Wirtschaftsstrukturen und die dominierende Rolle der Global Player für diese selbst und die Leistungsfähigkeit und Attraktivität des Standorts in der globalen Konkurrenz zu Problemen werden (Zulieferungen, Qualifikationsniveau der Arbeitskräfte, Sicherheit von Betriebsabläufen). Das zeigt sich etwa im Vergleich zur Bundesrepublik Deutschland: 28 deutsche bzw. deutsch dominierte Unternehmen sind unter den G500 zu finden. Davon rangieren 10 unter den ersten 100, 17 unter den ersten 200, 21 unter den ersten 300. Das 28. deutsche Unternehmen nimmt den globalen Platz 467 ein. Unter den ersten 100 der G500 sind vier Hersteller von Autos und Autoteilen, je ein Energie-, Maschinenbau-, Telekommunikations- und Chemieunternehmen und insgesamt unter den 28: sechs Hersteller von Autos und Autoteilen, drei Energiekonzerne, je ein Unternehmen in den Bereichen Maschinenbau, Chemie, Nahrungs- und Genussmittelherstellung, Telekommunikation, Materialherstellung, Computer- und Softwareproduktion, Unternehmensdienstleistungen, je zwei im Großhandel und in der Gesundheitsindustrie, drei Transportunternehmen (Post, Bahn und Luftverkehr) sowie fünf Finanzdienstleister.¹

Die 25 britischen (britisch dominierten) Player, die 2016 unter den 500 weltweit umsatzstärksten Unternehmen (G500) ausgewiesen sind

Position in der nationalen Rangfolge	Position in der globalen Rangfolge	Wirtschaftsbereich	Branchen
1	10	1 Finanz	1 Banking
2 bis 10	68, 72, 126, 133, 181, 193, 216, 220, 278	4 Finanz, 1 Nahrungs- u. Genussmittel, 2 Energie, 1 Telekommunikation, 1 Gesundheitsindustrie	3 Banking, 1 Versicherung, 1 Handel, 1 Telekommunikation, 2 Energiedienstleistungen, 1 Pharmaproduktion
11 bis 20	279, 288, 296, 361, 369, 387, 415, 421, 435, 437	2 Finanz, 2 Nahrungs- u. Genussmittel, 1 Energie, 1 Telekommunikation, 1 Hotel/Gaststätten/Freizeit, 1 Raumfahrt u. Verteidigung, 1 Transport, 1 Gesundheitsindustrie	1 Banking, 1 Versicherung, 1 Handel, 1 Abbau/Rohölproduktion, 1 Telekommunikation, 1 Speisenerzeugung, 1 Raumfahrt u. Verteidigung, 1 Pharmaproduktion, 1 Luftverkehr, 1 Nahrungs- u. Genussmittel
21 bis 25	471, 477, 498, 499, 500	2 Energie, 2 Finanz, 1 Raumfahrt- u. Verteidigung	1 Energiedienstleistungen, 1 Energieerzeugung, 1 Banking, 1 Versicherung, 1 Raumfahrt u. Verteidigung
1 bis 25		9 Finanz, 3 Nahrungs- u. Genussmittel, 5 Energie, 2 Telekommunikation, 1 Hotel/Gaststätten/Freizeit, 2 Raumfahrt- u. Verteidigung, 1 Transport, 2 Gesundheitsindustrie	

Quelle: Liste der G500 unter: <http://fortune.com/global500/2016/>; eigene Berechnungen

Die deutschen Unternehmen unter den G500 sind also stärker auf zivile Produktion am Wirtschaftsstandort Deutschland ausgerichtet als die britischen und sie sind insbesondere stärker mit kleinen und mittleren Unternehmen verknüpft. In der Bundesrepublik machen die Exporte insgesamt ca. 40 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) aus, in Großbritannien um die 16 Prozent. Die Wirtschaftsstrukturen beider Länder sind hochgradig antiökologisch und auf Wachstum, Konsumismus und «Sicherheit» fixiert – auch und insbesondere die deutschen Rüstungsexporte wachsen dramatisch. Wird der EU-Durchschnitt gleich 100 gesetzt, beträgt das Verhältnis BIP pro EinwohnerIn 125 in Deutschland, 110 in Großbritannien. Der tatsächliche individuelle Verbrauch pro EinwohnerIn erreicht 124 in Deutschland und 116 in Großbritannien.

Die britische Gesellschaft, in der die Privatisierung weiter als in Deutschland fortgeschritten ist, und die wesentlich stärker finanzierte britische Wirtschaft – ca. acht Prozent der Bruttowertschöpfung und 3,3 Millionen Arbeitsplätze gehen auf den Finanzsektor zurück – leiden wesentlich stärker als die deutsche unter wirtschaftlichen Disproportionen, Defiziten an wirtschaftlichen und sozialen Infrastrukturleistungen und qualifizierten Fachkräften. Die Staatsschulden machen dort mehr als 89 Prozent des BIP aus. In Deutschland, wo der Finanzsektor einen Anteil von ca. vier Prozent an der Bruttowertschöpfung hat, betragen die Staatsschulden ca. 71 Prozent des BIP. Der Vergleich wird in Großbritannien für forcierte Konkurrenz-Propaganda instrumentalisiert. Insbesondere wird britische Austeritätspolitik hochgradig nationalistisch motiviert. Die Hälfte der BritInnen ist bereit, «für ihr Land zu kämpfen» (in Deutschland sind es 30 Prozent).² Während die Bereitschaft zur Auseinandersetzung mit der kolonialen Vergangenheit, dem eigenen Anteil an den globalen Problemen, das heißt der eigenen Lebensweise, und die Öffnung des Landes gegenüber den Bevölkerungen in Europa und seiner Nachbarschaft in der EU insgesamt eher selten gefördert werden, werden sie in Großbritannien aggressiv bekämpft.

Nüchtern betrachtet hat der Versuch, die EU für die Etablierung eines exklusiven neoliberalen Konsenses zu nutzen, zu einer Vertiefung der Widersprüche geführt, die durch nationalistische Töne zwar überdeckt, aber nicht gelöst werden können. Der Brexit ist so ein Ausdruck der Schwäche aller beteiligten Interessengruppen. Die Lage ist weder durch eine forcierte Neoliberalisierung der EU noch durch einen Ausstieg aus den arbeitsteiligen, politischen und sozialen Bindungen, die es Großbritannien erst ermöglichten, seine Stellung als Weltfinanzzentrum auch unter den neuen Bedingungen zu behaupten, zu erreichen. Ein gesellschaftlicher Konsens, der

auf Nationalismus baut, gleichzeitig aber die Globalisierung voraussetzt, ist zu guter Letzt nur mit stabiler Vorherrschaft und Gewalt gegenüber dem Rest der Welt aufrechtzuerhalten – diese Stellung hat Großbritannien schon lange verloren.

Eine Entspannung im Innern durch eine Rekonstruktion von Sozialstaatlichkeit setzt Umverteilungsprozesse in Großbritannien selbst voraus. Sie werden aber von entscheidenden Teilen der Eliten nicht gewollt. Politische Kräfte, die gerechte Umverteilung durchsetzen könnten, sind bisher noch schwach, und die Kultur eines sozialstaatlichen Kompromisses ist in der EU weitgehend verloren gegangen. Diese mit dem Brexit offensichtlich gewordene Konstellation ist in mehr oder weniger starker Ausprägung in allen EU-Mitgliedstaaten und erst recht in den USA zu beobachten. Sie birgt enorme Gefahren in sich, da gegenwärtig die Lösung des «gordischen Knotens» von linken und selbst von sozial orientierten bürgerlichen Kräften kaum zu beeinflussen ist. Sie liegt in der Hand einer Oligarchie, die auf der einen Seite die (nationalistischen) Geister, die sie rief, nicht zu bändigen weiß, und auf der anderen Seite trotz aller Interessenunterschiede global verflochten und handlungsfähig ist. Dies ist der entscheidende Punkt.

«SOLIDARISCH-EMANZIPATIVE GLOBALISIERUNGSKRITIK» BEGINNT MIT SELBSTKRITIK

Nach der Brexit-Entscheidung waren die globalisierten britischen Kapitaloligarchien weitaus mehr schockiert als ihre «feindlichen Brüder» (Marx) in der EU und in Europa. Die politischen FunktionärInnen bei den Konservativen und bei UKIP waren auf den Brexit-Sieg nicht vorbereitet. Die «Brüder» im US-amerikanischen Establishment konnten ebenfalls nicht jubeln, weil sie an Einflussmöglichkeiten auf die EU verlieren werden. Wenngleich Großbritannien zu nicht einmal ganzen fünf Prozent an den Nettozahlungen zum EU-Haushalt beteiligt ist, beträgt sein Anteil am EU-BIP dennoch 17,6 Prozent. Vor allem aber entfallen 44 Prozent der Exporte und 53 Prozent der Importe Großbritanniens auf EU-Mitglieder. 48 Prozent der in Großbritannien getätigten Auslandsinvestitionen kommen aus der EU.³ Seit der Brexit-Entscheidung verliert das Pfund an Wert. Ende Oktober 2016 waren es 16 Prozent, während die Talfahrt weitergeht und die Spekulation in die Höhe schnellte. Die internationale Kreditwürdigkeit wird herabgestuft, Löhne und Arbeitsplätze geraten unter Druck, in Irland wachsen die Sorgen, insbesondere deutsche und französische Konkurrenten versuchen, am Brexit zu gewinnen, und britische Kapitaleliten entwickeln eigene Strategien, um sich vor Verlusten zu schützen.

In der wirtschaftlichen Unsicherheit verschiebt sich die Mehrheitsstimmung zugunsten jener, die den Zugang zum EU-Binnenmarkt höher als die Abschottung vor Migration bewerten. Die Ideen zum Erhalt des Zugangs sprießen. Allerdings stehen sie oft im Widerspruch zum Brexit. Im Land sind Gewalt und Fremdenfeindlichkeit weiter gewachsen, weshalb manch linke Freude über vermeintliche Verluste neoliberaler Macht nicht geteilt werden sollte. Manche Umorientierung der RechtspopulistInnen «hin zu Europa», wie etwa in Österreich, sollte auch nicht einfach «positiv» gesehen werden. Insgesamt haben sie die Existenz der EU infrage gestellt. Die dadurch mehr oder weniger angegriffenen Kapitaloligarchien aber würden ihre Verluste aus einem EU-Crash brutal auf die Bevölkerungsmehrheiten, insbesondere auf die sozial Schwachen, abwälzen.

Bedeutet das, dass die Linken eine neue Chance auf ein «anderes Europa» erhalten? Das erfordert vor dem Hintergrund der Globalisierung und der Kapitaloligarchien allerdings eine grundsätzliche Revision der bisherigen gesellschaftlichen Praxis. 150 Jahre nach dem Erscheinen von «Das Kapital» und kurz vor dem 200. Geburtstag des von den Linken oft gefeierten Karl Marx sei an eine seiner Kernthesen erinnert: «Die Tradition aller toten Geschlechter lastet wie ein Alp auf dem Gehirn der Lebenden.»⁴ Das gilt auch für die Linken.

In der EU und insbesondere in Deutschland und Großbritannien haben die Linken es nicht verstanden und nicht einmal konsequent versucht, die Demokratisierung der 1960er Jahre zu einem Kampf um eine selbstbestimmte, solidarische und ökologisch verantwortbare Lebensweise weiterzutreiben. So konnten sie der neoliberalen Offensive mit dem Versprechen attraktiver Lebenschancen nichts entgegensetzen. Sie haben auch ihre «zweite Chance», die mit dem Zusammenbruch der sozialistischen Versuche entstanden war, nicht nutzen können. Dabei gab es eine breite Bereitschaft zu alternativer Gesellschaftsentwicklung und Überwindung des Kriegs- und Rüstungswahns. Die Linken waren auch nicht fähig, die «dritte Chance» zu nutzen: den Ausbruch der globalen Finanzkrise, mit dem ein Schock der Kapitaleliten und ein Interesse großer Teile der Bevölkerung an einer Abkehr von sozial und ökologisch zerstörerischer finanzgetriebener Wachstumsfixiertheit als Imperativ der Globalisierung gegeben waren.

Wir haben mehrheitlich noch nicht gelernt, gesellschaftliche Analyse und Reflexion des eigenen Handelns so zu betreiben, dass wir unsere individuellen und kollektiven politischen Handlungsmöglichkeiten in den globalisierten und sich globalisierenden Vergesellschaftungsprozessen auffinden, ausnutzen und erweitern. Das ist aber eine Voraussetzung dafür, diese Vergesellschaftungsprozesse zu verändern, ihre zerstörende Dynamik abzubremsen, zu stoppen, eine sozial und ökologisch nachhaltige Entwicklung einzuleiten, zunehmend globale Probleme solidarisch und gerecht zu lösen, schrittweise eine Gesellschaft der Freien, solidarisch und ökologisch Handelnden zu schaffen. Wir haben uns noch nicht einmal über diese Fragestellung verständigt. Selbst auf dem Höhepunkt globalisierungskritischer Bewegung gab es unter den Linken in Europa keine nachhaltige Klärung dazu, wie denn Globalisierung des eigenen Handelns zu verstehen und zu realisieren sei. Den Kapitaleliten ist die eigene Globalisierung quasi in den Schoß gefallen – die Linken müssen sie bewusst entwickeln. Gleichzeitig müssen sie einen kulturellen und sozialen Raum etablieren, der nicht nur den AktivistInnen, sondern auch den «einfachen Menschen» Möglichkeiten zum Verstehen, Artikulieren und zur Verteidigung ihrer

Interessen bietet. Hier muss das Kriterium sowohl für außerparlamentarische und parlamentarische Oppositionspolitik als auch im Falle von Regierungsbeteiligungen (in welcher Weise und auf welcher Ebene auch immer) liegen.

Jetzt erst recht muss die Frage nach der Auseinandersetzung mit Gewalt, nach der Gestaltbarkeit und Gestaltung von Globalisierung gestellt und zu solidarischen Lebensweisen «gearbeitet» werden. Das aber bedeutet konkret:

1. Jene entscheidenden Fragen von EU- und Europapolitik zu formulieren, die von den Regierungen der Mitgliedsländer bzw. in den Institutionen der EU unbedingt angegangen werden müssen, und sie zum Gegenstand politischer Auseinandersetzungen zu machen. Dabei sollten die Solidarität mit Flüchtlingen und der Umgang mit dem 3. Memorandum zu Griechenland prioritär sein.

2. Gegen Gewalt gegen Menschen, gegen Militarisierung und Überwachung zu aktivieren und zu mobilisieren. Die neue Qualität von Kooperation zwischen NATO und EU müsste alarmieren.

3. Weitere Privatisierungen und Entdemokratisierung – auch und insbesondere über «neue, innovative Wege zur langfristigen Finanzierung von Infrastrukturprojekten» – zu verhindern. Nach wie vor ist das Öffentliche zu verteidigen, zu demokratisieren und auszubauen, weshalb Freihandels- und Investitionsschutzabkommen zu bekämpfen sind.

4. Um die Verteidigung und den Ausbau demokratischer, sozialer und ökologischer Standards zu ringen – vor allem im Hinblick auf Armut und die Umsetzung des Klimadeals; dabei wären die politischen Auseinandersetzungen auch und insbesondere im Kontext mit *social pillar* (Sozialpfeiler zur Stärkung des Zusammenhalts in der EU und der EU) zu führen.

5. Die Unterstützung von konkreten Initiativen, die auf gerechte zivile, demokratische und soziale Problemlösungen zielen, zu organisieren.

Das wäre eine radikale konkrete EU- und Globalisierungskritik. Der Brexit und der Umgang mit ihm haben einmal mehr die gefährliche Kurzsichtigkeit der Herrschenden und ihre momentanen Schwachpunkte gezeigt. Auch wenn es gegenwärtig nicht möglich ist, eine solidarische Reform der EU auf die unmittelbare Tagesordnung zu setzen, muss die EU endlich wirklich zum Kampffeld der Linken gemacht werden. Das ist eine reale und zu bewältigende Herausforderung.

Judith Dellheim ist Referentin für Solidarische Ökonomie, Lutz Brangsch Referent für Staat und Demokratie am Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

¹ Die Zahlen beruhen ebenfalls auf der Liste der G500 unter: <http://fortune.com/global500/2016/> und eigenen Berechnungen. ² Vgl. die Zahlen von Eurostat unter: <http://bit.ly/2gtmelq>; vgl. zu den weiteren Angaben das Dossier des *Handelsblatts* zum Brexit unter: <http://bit.ly/2gti83n>; Wissenschaftliche Dienste/Deutscher Bundestag: Kurzinformation. Anteil des Finanzsektors am Bruttoinlandsprodukt in Großbritannien, den USA und Deutschland, Nr. WD5-3000-054/16, 7.6.2016. ³ Vgl. Keep, Matthew/Webb, Dominic: In brief: UK-EU economic relations, Commons Briefing papers SN06091, Juni 2016, unter: <http://bit.ly/1KsVhMR>. ⁴ Marx, Karl: Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte, in: MEW 16, Berlin 1962, S. 115.

REUT MICHAELI

EINWANDERUNGSPOLITIK OHNE PLAN, EINWANDERINNEN OHNE RECHTE

ÜBER DIE AUSBEUTUNG VON ARBEITSMIGRANTINNEN IN ISRAEL

In Israel leben rund 90.000 ArbeitsmigrantInnen, die sich in einer prekären Situation befinden. Sie sind den wirtschaftlichen Profitinteressen und einem unregelmäßigen Regime von Arbeitsgenehmigungen und Quoten ausgesetzt, von dem viele profitieren, nur die ArbeitsmigrantInnen nicht. Sie sind ungeschützt und haben keine Chance auf einen dauerhaften Aufenthaltsstatus. Sie werden übersehen, marginalisiert und ausgebeutet. Diesen Zustand kann nur eine Einwanderungspolitik mit klaren Regeln beenden, die auch das Verbot der Diskriminierung von ArbeitsmigrantInnen festschreibt.

HISTORISCHER HINTERGRUND

Das Phänomen der Arbeitsmigration gibt es schon sehr lange: Männer und Frauen verlassen ihre Heimatländer, in denen sie ihren Lebensunterhalt nicht oder nur schlecht bestreiten können. Und so suchen sie nach einem anderen Land, um zu überleben und/oder um ihren Lebensstandard zu verbessern. Bisweilen unterstützen sie auf diese Weise auch ihre Familien finanziell, die sie zurückgelassen haben. Israel ist ebenfalls ein Ziel für ArbeitsmigrantInnen geworden und insofern unterscheidet es sich nicht von anderen Ländern.

Bis zu Beginn der 1990er Jahre waren in Israel palästinensische ArbeiterInnen aus den besetzten Gebieten in der Westbank und im Gazastreifen beschäftigt. Infolge der Abregelungs- und Trennungspolitik der israelischen Regierung gegenüber den PalästinenserInnen in den besetzten Gebieten mangelte es an Arbeitskräften im Baugewerbe, in der Industrie und in der Landwirtschaft. Daraufhin ergriff die israelische Regierung Maßnahmen, um die palästinensischen ArbeiterInnen in diesen Branchen durch ArbeitsmigrantInnen (die von den Behörden als «fremde/ausländische Arbeiter» bezeichnet werden) zu ersetzen. Im Zuge der Privatisierung des Gesundheitswesens in Israel wurden ArbeitsmigrantInnen überdies dazu «eingeladen», auch im Pflegebereich zu arbeiten. Dies geschah, nachdem sich israelische Arbeitskräfte geweigert hatten, unter den branchenüblichen Bedingungen (sehr schwere Arbeit rund um die Uhr zu schlechten Konditionen und niedrigen Löhnen) zu arbeiten.

Die Beschäftigung von ArbeitsmigrantInnen in Israel unterliegt einem Regime von Arbeitsgenehmigungen und Quoten (nur im Pflegebereich gibt es keine Beschäftigungsquoten für ArbeitsmigrantInnen). Die Anzahl der Genehmigungen ist seit Beginn dieser Praxis Anfang der 1990er Jahre stetig gewachsen: Während im Jahr 1993 weniger als 20.000 solcher Genehmigungen erteilt wurden, war ihre Zahl 1996 bereits auf 106.161 gestiegen. Israel kletterte bald an die Spitze der Liste westlicher Länder, die ArbeitsmigrantInnen «importieren»: Im Jahr 2001 befanden sich in Israel circa 250.000 ArbeitsmigrantInnen.

Seit Mitte der 1990er Jahre versuchte die israelische Regierung, ihre Anzahl durch Verhaftungen und Abschiebungen zu reduzieren. Zehntausende ArbeitsmigrantInnen wurden aus Israel abgeschoben oder verließen das Land «freiwillig» angesichts der Androhung von Inhaftierung oder Abschiebung ihrer Familienmitglieder. Im Jahr 2002, im Zuge der Zweiten Intifada und der anschließenden Wirtschaftskrise, beschloss der damalige Premierminister Ariel Scharon die Massenabschiebung von ausländischen ArbeiterInnen und die Einrichtung der «Behörde für Migration», einem Exekutivorgan, das dafür zuständig ist, «illegale Ausländer» festzunehmen und abzuschicken. Die eigens eingerichtete Behörde ging in den Jahren 2002 bis 2004 in einer groß angelegten Operation gegen ArbeitsmigrantInnen ohne Aufenthaltsgenehmigung vor. Menschen wurden bei der Arbeit verhaftet, auf der Straße und im Bus. Verhaftungen fanden in Wohnungen statt, meist in der Nacht und oft unter Anwendung von Gewalt. Insgesamt wurden in die-

sem Zeitraum mehr als 100.000 ArbeitsmigrantInnen aus Israel abgeschoben oder dazu gebracht, das Land zu verlassen.

Die Maßnahmen der Verfolgung und Abschiebung haben Israel nicht daran gehindert, die abgeschobenen ArbeiterInnen durch den «Import» von neuen zu ersetzen. Im März 2016 waren in Israel 74.369 ArbeitsmigrantInnen mit gültigem Visum gemeldet und circa 16.400 ArbeitsmigrantInnen beschäftigt, die zwar legal ins Land eingereist sind, aber aus verschiedenen Gründen ihre Aufenthaltsgenehmigung verloren haben. Darüber hinaus leben in Israel ungefähr 90.000 TouristInnen (meist aus Ländern der ehemaligen Sowjetunion), deren Visum abgelaufen ist.¹

EINWANDERUNG OHNE POLITIK, EINWANDERINNE OHNE RECHTE

Israel hat keine klare Einwanderungspolitik und in vielerlei Hinsicht ist das Fehlen einer solchen Politik auch eine Politik. In Ermangelung einer systematischen Gesetzgebung, die die Fragen der Einwanderung nach Israel regelt, liegt es im Ermessen des Innenministers und seiner Ministerialbeamten, die Politik zu bestimmen. Ihr Ermessensspielraum ist dabei groß, und auch ihre Möglichkeiten, ihre Politik immer wieder zu verändern, sind vielfältig – während die Kontrollmöglichkeiten durch Parlament und Gerichte minimal sind. Infolgedessen ist Arbeitsmigration in Israel durch eine Politik der Misshandlung gekennzeichnet, die ArbeitsmigrantInnen im Dienste des wirtschaftlichen Nutzens instrumentalisiert. ArbeitsmigrantInnen gehören deshalb in Israel zu einer Gruppe von Menschen, die ungeschützt ist, übersehen, marginalisiert und ausgebeutet wird.

Gemäß dem Gesetz, das die Einreise nach Israel regelt, dürfen ArbeitsmigrantInnen fünf Jahre und drei Monate im Land arbeiten. Zweck dieser Beschäftigungspolitik ist es, MigrantInnen daran zu hindern, hier Fuß zu fassen und Israel zu ihrem Lebensmittelpunkt zu machen, und eine instabile und unsichere Lebenssituation zu fördern. Dazu gehört auch, dass ArbeitsmigrantInnen in Israel, im Gegensatz zur Praxis in anderen Ländern, keinen dauerhaften Aufenthaltsstatus (permanente Aufenthaltsgenehmigung oder Staatsbürgerschaft) erlangen können, selbst dann nicht, wenn sie über viele Jahre im Land legal gearbeitet und sich keinerlei Vergehen schuldig gemacht haben. All dies geschieht aus demografischen Gründen, um – so die offizielle Position – den jüdischen Charakter des Staates Israel zu schützen. In diesem Zusammenhang wird die Regierung nicht müde, immer wieder – auch vor Gericht – zu erklären, dass Israel kein Einwanderungsland und das Rückkehrgesetz das einzige Einwanderungsgesetz Israels sei. Jede andere permanente Aufenthaltsgenehmigung, die einem Menschen in Israel gewährt wird (mit Ausnahme der Staatsbürgerschaft für EhepartnerInnen), wird vom Staat als ein aus humanitären Gründen verliehener Status definiert.²

ArbeitgeberInnen, die Genehmigungen zur Anstellung von ArbeitsmigrantInnen erhalten haben und nun solche Arbeitskräfte suchen, sowie ArbeitsmigrantInnen, die bereits in ihrem Heimatland eine/n ArbeitgeberIn finden müssen (da sie sonst keine Einreiseerlaubnis erhalten), wenden sich an Firmen, die Arbeitskräfte vermitteln. Diese Firmen stellen den Kontakt zwischen den ArbeitgeberInnen und den ArbeitnehmerInnen her, wofür sie eine Vermittlungsgebühr verlangen.

Noch bevor sie nach Israel kommen, müssen ArbeitsmigrantInnen deshalb lokalen Vermittlungsfirmen oder Ver-

treterInnen israelischer (Vermittlungs-)Firmen vor Ort im Voraus zwischen 5.000 und 15.000 US-Dollar (ca. 4.550–13.650 Euro) oder sogar mehr bezahlen. Die Höhe der zu zahlenden Summen verstößt gegen das israelische Recht, wonach von ArbeitsmigrantInnen höchstens 3.135 Schekel (ca. 810 US-Dollar/737 Euro) pro Person als Vermittlungsgebühr verlangt werden dürfen, um ihn/sie aus seinem/iherem Ursprungsland nach Israel zu bringen. Die Höhe der zu zahlenden Summe zwingt die ArbeiterInnen dazu, Geld zu leihen und ihre Zukunft für das Recht, in Israel zu arbeiten, zu verpfänden; dies vergrößert ihre Abhängigkeit von ihren jeweiligen israelischen ArbeitgeberInnen und unweigerlich auch ihre Schutzlosigkeit vor Ausbeutung, Unterdrückung und Misshandlung.

Die fehlende Durchsetzung des Rechts und/oder die begrenzten oder ineffektiven Ahndung von Verstößen gegen Schutzgesetze und Arbeitsrechte, die deshalb keine abschreckende Wirkung entfalten kann, befördern das kriminelle Verhalten gegenüber ArbeitsmigrantInnen und erlauben es ArbeitgeberInnen, ArbeitsmigrantInnen im großen Stil und ungestraft auszubeuten. Darüber hinaus trägt diese Praxis dazu bei, dass in den Branchen, in denen ArbeitsmigrantInnen tätig sind, Beschäftigungsstandards entstehen und sich ausbreiten, die die Interessen und Rechte der ArbeiterInnen stark beeinträchtigen.

Auf dem Papier haben ArbeitsmigrantInnen einen Anspruch auf dieselben Rechte, die auch israelischen ArbeiterInnen zustehen, einschließlich Mindestlohn, Rentenversicherung, Urlaub und Erholung, sowie auf eine Vielzahl von zusätzlichen gesetzlich geregelten Schutzmechanismen, die darauf abzielen, ausländische ArbeitnehmerInnen vor Ausbeutung zu schützen (wie zum Beispiel die Regelung, die es ArbeitgeberInnen verbietet, der Arbeitskraft den Reisepass wegzunehmen, oder die Pflichten der ArbeitgeberInnen in Bezug auf die Unterbringung der MigrantInnen). In der Praxis aber ignoriert die Einwanderungsbehörde, die eigentlich für die Sicherheit dieser Menschen verantwortlich ist, die grundlegendsten Bedürfnisse der ArbeitsmigrantInnen.

Eines der deutlichsten Beispiele dafür ist die Beschneidung des Familienlebens von ArbeitsmigrantInnen durch die Politik des israelischen Innenministeriums. Über viele Jahre hinweg wurde es Arbeitsmigrantinnen verboten, nach einer Entbindung weiterhin in Israel zu arbeiten, es sei denn, sie schickten die neugeborenen Kinder in ihre Heimatländer. Auch hinter dieser Praxis stehen die Absicht, die Ansiedlung von ArbeitsmigrantInnen zu verhindern, und die Befürchtung, dass eine Familie in Israel gegründet wird. Im Rahmen eines Gerichtsverfahrens, das von der Hotline für Flüchtlinge und MigrantInnen³ (damals noch unter dem Namen: Hilfszentrum für ausländische ArbeiterInnen), Kav LaOved – Worker's Hotline,⁴ ACRI⁵ (Vereinigung für Bürgerrechte in Israel) und anderen Organisationen angestrengt wurde, heißt es in der Entscheidung des Obersten Gerichtshofs: «Wird eine Frau gezwungen, zwischen Weiterbeschäftigung, als Verwirklichung von legitimen wirtschaftlichen Erwartungen, und der Realisierung ihres Rechts auf Mutterschaft zu wählen, steht dies im Widerspruch zu den moralischen und verfassungsrechtlichen Grundsätzen der israelischen Gesellschaft. Werden die besagten Alternativen auf jene Weise geboten, stellt dies in erster Linie einen Verstoß gegen das verfassungsmäßig garantierte Recht auf Mutterschaft der ausländischen Arbeiterin dar.»⁶

Infolge dieses Urteils verlangt das Innenministerium nun nicht mehr, dass neugeborene Kinder aus Israel ausreisen. Jedoch haben viele Migrantinnen, die sich um ein Kleinkind kümmern, Schwierigkeiten, Arbeit zu finden. Anstelle der Praxis, die aufgehoben wurde, hat das Innenministerium eine neue eingeführt: Sie verbietet in Israel «Familieneinheiten», denen zwei ArbeitsmigrantInnen angehören. Das gilt auch dann, wenn sie gemeinsame Kinder haben. Sobald das Innenministerium von der Existenz einer solchen «Familieneinheit» erfährt, wird eine/r der beiden PartnerInnen aufgefordert, sie zu verlassen; falls er/sie dies nicht tut, drohen Inhaftierung und Abschiebung.

Das Leben der MigrantInnen wird auch dadurch beeinträchtigt, dass das Innenministerium sie bei der Vergabe des Visums an eine/n spezifischen ArbeitgeberIn bindet: Im Visum, das dem/der ArbeiterIn gewährt wird, steht der Name des Arbeitgebers bzw. der Arbeitgeberin; es verliert seine Gültigkeit, sobald der/die ArbeiterIn nicht mehr für diese/n ArbeitgeberIn arbeitet. Falls der/die ArbeiterIn ohne Genehmigung den/die ArbeitgeberIn verlässt (und selbst im Fall des Todes des Arbeitgebers oder der Arbeitgeberin), ist das Visum nicht mehr gültig und die Arbeitskraft muss Israel verlassen, andernfalls drohen Inhaftierung und Abschiebung. Im Jahr 2006 entschied der Oberste Gerichtshof in Israel, dass diese Beschränkungspolitik verfassungswidrig ist und aufgehoben werden muss. Das Gericht kritisierte die Regierungspolitik scharf und urteilte, dass die Beschränkung moderner Sklaverei gleichkomme. Es forderte die Regierung auf, neue Regelungen für den Pflegebereich, die Landwirtschaft und die Industrie innerhalb von sechs Monaten ab Urteilsverkündung festzulegen. Bislang ist diesbezüglich nichts passiert. Auch einer von Hilfs- und Menschenrechtsorganisationen⁷ eingereichten gerichtlichen Eingabe gegen die Missachtung des Gerichtsurteils aufseiten der Exekutive gelang es nicht, die Aufhebung der Beschränkungspolitik zu erwirken. Mittlerweile konnte ein starker Rückgang der Genehmigungsquoten für Bauarbeiter und die Regelung der Anstellung über spezielle Unternehmen die Arbeitsbedingungen für Beschäftigte in diesen Bereichen verbessern. Bilaterale Abkommen zwischen dem Staat Israel und Thailand, dem Land, aus dem die meisten in der Landwirtschaft arbeitenden MigrantInnen kommen, haben die Bedingungen der «Imports» dieser ArbeiterInnen und ihren Schutz geringfügig verbessert, nach wie vor sind die ArbeiterInnen aber an ihre ArbeitgeberInnen gebunden. Sie können nur dann von einem/r ArbeitgeberIn zu einem/r anderen wechseln, wenn auch der/die neue ArbeitgeberIn eine Genehmigung besitzt, ArbeitsmigrantInnen zu beschäftigen. Die Anzahl solcher Wechsel ist ebenfalls beschränkt. Oft haben Beschäftigte, die ihre ArbeitgeberInnen verlassen, Schwierigkeiten, neue zu finden.

Im Pflegebereich ging der Staat weiter und kündigte an, dass er dem Gerichtsurteil nicht Folge leisten werde. Zu diesem Zweck wurde ein spezielles Gesetz verabschiedet, das es ermöglicht, auch weiterhin die in der Pflege tätigen Arbeiterinnen (die absolute Mehrheit der in diesem Bereich in Israel arbeitenden Personen sind Frauen) an ihre ArbeitgeberInnen zu binden und ihnen darüber hinaus auch geografische Beschränkungen aufzuerlegen.

Die Fortsetzung dieser Beschränkungspolitik bedeutet die anhaltende Verletzung der Rechte der ArbeitsmigrantInnen und begünstigt eine Entwicklung, die dazu führt, dass Menschen unter den Bedingungen der Sklaverei und des Menschenhandels arbeiten.

DER ÖFFENTLICHE DISKURS – NATIONALISMUS, AUSGRENZUNG, XENOPHOBIE

ArbeitsmigrantInnen werden von der Regierung, den staatlichen Behörden und selbst vom Großteil der Öffentlichkeit «fremde (ausländische) Arbeiter» genannt. Das ist kein Zufall. Die Verwendung des Wortes «fremd» hebt hervor, dass diese Menschen nicht als Teil der israelischen Gesellschaft angesehen werden, sondern als billige temporäre Arbeitskräfte. Und dies geschieht in einer Zeit, in der andernorts auf der Welt der Begriff ArbeitsmigrantInnen (statt fremde ArbeiterInnen oder GastarbeiterInnen) geläufig ist. Dieser Begriff gilt als inklusiver und offener. Zweifellos ist die Terminologie Ausdruck einer gesellschaftlichen Auffassung, die ArbeiterInnen marginalisiert, insbesondere ArbeiterInnen, die nicht israelisch und nicht jüdisch sind. Die Marginalisierung der ArbeiterInnen ist Ausdruck ihrer Stellung in der wirtschaftlichen «Nahrungskette», auch ihrer physischen Verortung in der Gesellschaft. Sie sind verpflichtet, die Ware zu liefern, sollen aber aus dem Blickfeld verschwinden. In der Öffentlichkeit sind sie kaum sichtbar. Nicht umsonst werden ArbeitsmigrantInnen in Bereichen beschäftigt, in denen sie relativ wenig mit der israelischen Gesellschaft in Berührung kommen. Das erschwert das Entstehen sozialer Beziehungen sehr. Bauarbeiter arbeiten auf Baustellen, auf denen sich Israelis in der Regel nicht aufhalten, unter anderem aus Gründen der Sicherheit. ArbeiterInnen in der Landwirtschaft befinden sich meist in Moschawim und Kibbuzim, in geografischen Randgebieten, während sich die in der Pflege beschäftigten Arbeiterinnen in den Wohnungen ihrer ArbeitgeberInnen aufhalten.

Die Marginalisierung dieser ArbeiterInnen liefert der Regierung noch mehr «Munition». In vielen Gesellschaften ist immer wieder zu beobachten, dass die «anderen», die «Fremden» für diverse Probleme, insbesondere wirtschaftlicher Art, verantwortlich gemacht werden. Auch in Israel schreckte die Regierung nicht davor zurück, als es galt, die öffentliche Aufmerksamkeit von anderen Themen abzulenken. Dies geschah zum Beispiel im Jahr 2004, als die Behörde für Migration im Rahmen einer finanziell sehr gut ausgestatteten Kampagne die Abschiebung von ArbeitsmigrantInnen aus Israel propagierte und dafür um Zustimmung und Mithilfe in der Öffentlichkeit warb. Die Kampagne verglich die Zahl der ArbeitsmigrantInnen mit der Zahl der Arbeitslosen in Israel (je eine Viertelmillion Menschen) und behauptete, die ArbeitsmigrantInnen seien für die Arbeitslosigkeit verantwortlich, weil sie den israelischen ArbeiterInnen die Arbeitsplätze wegnehmen würden. Die Propaganda in den Medien, einschließlich der elektronischen Medien, stellte ArbeitsmigrantInnen als Leute dar, deren Beschäftigung «illegal und unmoralisch» sei. Im Rahmen der visuellen Darstellung dieser Kampagne wurden Fotos von MigrantInnen mit einem großen X durchgestrichen. Diese Politik des «Teile und Herrsche» spielte eine wichtige Rolle in der Entwicklung der Xenophobie in Israel. Es ist interessant, dass an vielen Orten der Welt Xenophobie, die in der Öffentlichkeit vernehmlich ist, von unten kommt, während in Israel (sowohl in Bezug auf ArbeitsmigrantInnen als auch Asylsuchenden) derartige Äußerungen in erster Linie von oben, also von EntscheidungsträgerInnen gemacht werden. Erst danach finden diese Botschaften in der allgemeinen Öffentlichkeit breite Verwendung.

WIRTSCHAFTLICHE INTERESSEN

Ein weiteres Argument, das in der öffentlichen Debatte auftaucht, wenn es um die Rechte der ArbeitsmigrantInnen geht, ist die arrogante Behauptung, dass «wir ihnen einen Gefallen tun». Diesem Diskurs liegt die Wahrnehmung zugrunde, dass ArbeitsmigrantInnen aus Ländern kommen, die weniger gut entwickelt und weniger wirtschaftlich erfolgreich sind als das gute und erfolgreiche Israel, das ihnen nichts schuldet. Eine solche Argumentation basiert auf einer Wirtschaftskonzeption des freien Markts, die darauf abzielt, ArbeiterInnen Bedingungen zu stellen und ihnen die Entscheidung zu überlassen, ob sie diese akzeptieren oder nicht. Natürlich zieht diese Argumentation das Fehlen einer wirklichen Wahlmöglichkeit der ArbeiterInnen nicht in Betracht; stattdessen stützt sie sich auf die (traurige) Tatsache, dass ArbeitsmigrantInnen es oft vorziehen, unter sehr schlechten Bedingungen zu arbeiten, anstatt gar nicht zu arbeiten, weil sie ihren Lebensunterhalt und häufig auch den ihrer Familien in ihren Herkunftsländern bestreiten müssen.

Wirtschaftliche Interessen leiten nicht nur die ArbeiterInnen, die nach Israel kommen möchten: Wie bereits beschrieben, müssen ArbeitsmigrantInnen schon vor ihrer Ankunft in Israel hohe Vermittlungsgebühren bezahlen; deshalb haben die Unternehmen und Einzelpersonen, die die Vermittlungsgebühren kassieren, auch ein Interesse daran, dass so viele ArbeiterInnen wie möglich nach Israel kommen. Und mehr noch, sie profitieren auch von einer hohen Fluktuation. Angesichts der Quotenpolitik kann die Fluktuation über das gegebene Maß dadurch erhöht werden, dass ArbeitsmigrantInnen ihre ArbeitgeberInnen vorzeitig verlassen. Durch die Politik der Misshandlung und der damit einhergehenden systematischen Verletzung von Arbeitsrechten verlassen ArbeitsmigrantInnen ihre ArbeitgeberInnen und verlieren dadurch ihr Visum. Diese Politik hilft also den EigentümerInnen der Vermittlungsunternehmen, noch mehr Geld zu verdienen.

In der Vergangenheit verfolgte die israelische Regierung eine Politik des «geschlossenen Himmels»: Neue Visa oder Arbeitsgenehmigungen für ArbeitsmigrantInnen wurden nur dann erteilt, wenn die bereits im Land befindlichen ArbeitsmigrantInnen beschäftigt waren. Diese Vorschrift wurde von der Einwanderungsbehörde aufgehoben, anscheinend nachdem die bilateralen Abkommen mit der thailändischen Regierung in Bezug auf den Agrarbereich vereinbart waren. Das Ergebnis ist, dass die ArbeiterInnen noch größere Schwierigkeiten haben, neue ArbeitgeberInnen zu finden, während ArbeitgeberInnen noch mehr dadurch verdienen können, dass sie einfach neue ArbeitsmigrantInnen nach Israel holen, wenn ihnen ArbeiterInnen aufgrund der schlechten Bedingungen «weglaufen».

Es ist wichtig hervorzuheben, dass die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen für ArbeitsmigrantInnen in einem bestimmten Sektor (wie niedrige Löhne, lange Arbeitszeiten und fehlender Schutz der Rechte der ArbeiterInnen) letztendlich auch zu einer Verschlechterung der Beschäftigungs- und Arbeitsbedingungen für israelische ArbeiterInnen (jüdische und palästinensische) in diesem Sektor führt und dazu, dass sie aus diesem Sektor ausgeschlossen werden. Ein/e ArbeitgeberIn, der/die praktisch nicht verpflichtet ist, den gesetzlichen Regelungen nachzukommen, und deshalb einem/r ArbeitsmigrantIn weniger als den gesetzlichen Mindestlohn zahlen kann, will keine Israelis anstellen, da er/sie ihnen das Mindestgehalt zahlen muss, weil sie ihn/sie sonst verklagen.

WAS TUN?

Im Allgemeinen wäre es angemessen für Israel, eine ordentliche, klare Einwanderungspolitik zu formulieren. In diesem Zusammenhang sollte auch das Diskriminierungsverbot gegenüber ArbeitsmigrantInnen festgeschrieben werden. Dieses Verbot ist Teil internationaler Abkommen, zu denen etwa auch das «Übereinkommen über Wanderarbeiter» der Internationalen Arbeitsorganisation gehört (ILO 97). Die Angleichung der Bedingungen sollte substantiell sein und die schwache Ausgangsposition der ArbeitsmigrantInnen gegenüber anderen Gruppen von Lohnabhängigen auf dem Arbeitsmarkt berücksichtigen.

ArbeitsmigrantInnen, die nach Israel gekommen sind und hier aus besonderen Gründen lange Zeit mit Genehmigung geblieben sind, sollten ein Daueraufenthaltsrecht erhalten, das ihnen Stabilität gewährt.

All dies würde es ermöglichen, dass ArbeitsmigrantInnen als Menschen behandelt werden, als Menschen, die einen eigenen Willen haben, eigene Bedürfnisse und Wünsche, und nicht nur als Mittel, um die Bedürfnisse anderer zu realisieren.

Übersetzt von Ursula Wokoek Wollin

Die Rechtsanwältin Reut Michaeli ist seit 2010 Geschäftsführerin der Hotline for Refugees and Migrants («Hotline für Flüchtlinge und MigrantInnen»), die sich zur Aufgabe gesetzt hat, die Rechte von MigrantInnen und Asylsuchenden in Israel zu schützen und den Menschenhandel zu bekämpfen.

1 Vgl. Bevölkerungs- und Einwanderungsbehörde: Daten über Ausländer in Israel, 1. Quartal 2016. 2 Genaue Zahlen liegen zu dieser Frage nicht vor. Über die Anträge entscheidet ein spezieller Ausschuss. In den allermeisten Fällen werden sie abgelehnt, und selbst bei positiven Entscheidungen werden in der Regel lediglich befristete Aufenthaltsgenehmigungen erteilt. 3 Zur Organisation vgl. <http://hotline.org.il/en/main/>. 4 Zur Organisation vgl. www.kavlaoved.org.il/en/. 5 Zur Organisation The Association for Civil Rights in Israel (ACRI) vgl. www.acri.org.il/en/. 6 High Court of Justice (HCJ), 11437/05, 13.4.2011, Urteil von RichterIn A. Proccacia. 7 Kav LaOved, Hotline für Flüchtlinge und MigrantInnen, ACRI, Ärzte für Menschenrechte – Israel (www.phr.org.il/en/) und das Adva-Zentrum (<http://adva.org/en/>).

KATHRIN ZEISKE

PROJEKTE DES TODES

NACH DEM MORD AN BERTA CÁCERES MUSS DER BAU DES STAUDAMMS AGUA ZARCA IN HONDURAS GESTOPPT WERDEN

Am 3. März 2016 wurde in Honduras die renommierte Umweltaktivistin Berta Cáceres umgebracht. Die indigene Feministin kämpfte seit Jahrzehnten gegen Rassismus, Machismus, Megaprojekte und Militarisierung und war eine wichtige Stimme im Widerstand gegen den Putsch, der den gewählten Präsidenten Manuel Zelaya im Jahr 2009 aus dem Amt vertrieben hat. Der Kampf gegen ein Staudammprojekt, an dem auch die deutsche Siemens AG indirekt beteiligt ist, kostete sie schließlich das Leben. Das Verbrechen stellt erneut die Verträglichkeit von Energie- und Bergbauprojekten mit Menschenrechten und indigenen Rechten infrage. Der Mord löste weltweit große Empörung aus. Doch auch neun Monate danach gibt es keine Aufklärung. Eine unabhängige internationale Untersuchungskommission soll nun ermitteln, inwieweit in den Mord an Berta Cáceres hohe politische, wirtschaftliche und militärische FunktionärInnen in Honduras verwickelt sind und inwieweit ausländische Firmen und Banken Verantwortung tragen. Es ist an der Zeit, dass die deutsche Bundesregierung ihre Politik in Honduras von Grund auf überdenkt und die deutschen Konzerne die Verantwortung für ihre Aktivitäten übernehmen.

Der Mord war lange angekündigt. Attacken, Morddrohungen, Kriminalisierungsversuche und Verleumdungen gegen Berta Cáceres häuften sich. Die Interamerikanische Menschenrechtskommission forderte vom honduranischen Staat Polizeischutz für die Aktivistin. Doch obwohl das Land mit seinen acht Millionen EinwohnerInnen eine der höchsten Mordraten der Welt zu verzeichnen hat und seit dem Putsch 2009 regelmäßig Oppositionelle umgebracht werden, kam Berta Cáceres' Tod überraschend. Denn sie hatte im Gegensatz zu so vielen ermordeten Campesino- und indigenen AktivistInnen einen Namen, in Honduras wie auf internationaler Ebene.

Berta Cáceres kämpfte ihr Leben lang gegen Unrecht. Als Kind einer als Hebamme, Krankenschwester und Bürgermeisterin engagierten Mutter gleichen Namens wuchs sie im Herzen der indigenen Lenca-Gemeinden im Nordosten von Honduras auf. Auch wenn deren berühmtester Vorfahre Lempira als Nationalheld im Kampf gegen die spanische Conquista gilt, müssen sich die Lenca seit 500 Jahren Landraub, Marginalisierung und strukturell tief verankertem Rassismus entgegenstellen.¹

Als junge Studentin gründete Berta Cáceres den Zivilen Rat der Indigenen und Volksorganisationen von Honduras (COPINH),² eine Bewegung, die politische Forderungen mit indigener Kosmvision verband und sich immer wieder für den Schutz der große Teile des Landes bedeckenden Pininwälder einsetzte. Diese Wälder sind die Lebensgrundlage der Lenca-Bevölkerung. Sie werden von Jahr zu Jahr mehr durch illegale Abholzung dezimiert. COPINH machte Schlag-

zeilen, als seine Angehörigen 2008 den honduranischen Kongress besetzten, um vom damaligen Präsidenten Zelaya die Achtung der Konvention 169 über Indigene Rechte der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) einzufordern.

STAATSFEINDIN NUMMER EINS

Bald darauf näherte sich der liberale Präsident Zelaya seinem venezolanischen Kollegen Hugo Chávez an, trat der Bolivarianischen Allianz für Amerika (dem ALBA-Staatenbund) bei und suchte Verbündete in den sozialen Bewegungen. Als ihn ein Staatsstreich am Morgen des 28. Juni 2009 aus dem Amt putschte, machten sich die Angehörigen von COPINH auf den Weg in die Hauptstadt Tegucigalpa. Gemeinsam mit einem Großteil der Bevölkerung verblieben sie die nächsten Monate in friedlichem, aber entschlossenem Protest auf der Straße. In der «Resistencia», der breit gefächerten Widerstandsbewegung gegen den Putsch, wurde Berta Cáceres zur integrativen Symbolfigur. Denn sie vereinte basisdemokratische Praxis und gelebte Nachhaltigkeit mit feministischen, postkolonialen und antikapitalistischen Forderungen.³

Damit machte sie sich zur Staatsfeindin Nummer eins. Einhergehend mit der Aushebelung demokratischer Mechanismen und der gewaltsamen Unterdrückung der Opposition begann die machtpolitische Elite mit dem Ausverkauf staatlicher Güter: Sie privatisierte öffentliche Einrichtungen, enteignete kollektives Land für Agrosprit- und Tourismusprojekte, vergab umfangreiche Konzessionen für bislang verbotene, da hoch umwelt- und gesundheitsschädliche

Tagebauprojekte und bot internationalen Unternehmen ohne jegliche demokratische Kontrolle staatliche Territorien für sogenannte Modellstädte an. Daneben machten die alten neuen Machthaber eine weitere Einnahmequelle für das wirtschaftsschwache Land aus: die «Green Economy» mit ihren großen internationalen Finanztöpfen für Emissionshandel und erneuerbare Energien. Während Armut, Gewalt und sozialer Ausschluss zunahm, bemächtigte sich der Drogenhandel ganzer Regionen und Städte und stellt auf diese Weise heute eine weitere Bedrohung für Bevölkerung und Demokratie dar.⁴

Auf dem Territorium der Lenca wurden allein 50 Konzessionen vergeben, vor allem für energieintensive Bergbauprojekte. Um Energie zu gewinnen, plante man den Bau des Staudamms Agua Zarca am Gualcarquefluss, ein wasserenergetisches Pilotprojekt zur Ausbeutung der Region. Diese wurde nach dem Putsch militarisiert, um den Widerstand der Lenca-Bevölkerung zu kontrollieren, den Cáceres anführte. Denn Agua Zarca würde den Fluss als Wasserquelle und Heiligtum zerstören. Für ihren unermüdlichen Einsatz für die basisdemokratische Verteidigung indigener Territorien – und damit für den nachhaltigen Schutz eines intakten Ökosystems – erhielt sie 2012 den Eichstätter Friedenspreis und 2015 den Goldman-Preis, die höchste internationale Auszeichnung für UmweltaktivistInnen weltweit. Berta Cáceres war eine der bekanntesten GegnerInnen der neuen Extraktivismuspolitik von Honduras, die seit dem Jahr 2010 mehr als 120 AktivistInnen das Leben gekostet hat.⁵ Cáceres wurde schließlich das fünfte Opfer einer Serie von Morden an StaudammgegnerInnen; mittlerweile sind es sieben.

WIDERSTAND GEGEN DEN STAUDAMMBAU AM GUALCARQUEFLUSS

Der geplante Staudamm, gegen den Berta Cáceres Widerstand leistete, ist ein Großprojekt. 25 Millionen US-Dollar soll Agua Zarca pro Jahr an Gewinn abwerfen, so erhoffen es sich inländische Betreiber und internationale Geldgeber. Das honduranische Energieunternehmen Desarrollos Energéticos (DESA) steht exemplarisch für die Verflechtungen von Politik, Wirtschaft und Militär nach dem Putsch. Angehörige des Vorstands bekleiden zugleich Ämter im Heer, im vormaligen Ministerium für Naturre Ressourcen (SERNA) und in der Staatsanwaltschaft. So gehören dem Gremium mehrere Mitarbeiter des Militärgeheimdienstes an – allen voran Roberto Pacheco, ein Verwandter des amtierenden Sicherheitsministers General Julián Pacheco.⁶

Agua Zarca wurde gegen den Willen der ansässigen Bevölkerung genehmigt. Eine freie, vorherige und informierte Zustimmung (FPIC) zu Megaprojekten und Ressourcenabbau auf dem Territorium von indigenen Gemeinden, wie sie die ILO-Konvention 169 über Indigene Rechte vorsieht, hat es nie gegeben. Im Gegenteil: Auf über 150 Versammlungen manifestierte sich die Ablehnung des Projekts.⁷ An der Konzessionsvergabe waren der Ex-Bürgermeister von Intibucá, Martiniano Domínguez, der Ex-SERNA-Minister Rigoberto Cuellar sowie die Ex-Vizeminister Darío Cardona und Jonathan Laínez beteiligt. Domínguez, Cardona und Laínez müssen sich wegen der Nichtanwendung der FPIC-Mechanismen in Honduras vor Gericht verantworten.⁸

Als 2013 der Baubeginn des Staudamms drohte, besetzte COPINH über ein Jahr lang die Zugangsstraße. Die Gemeinde Río Blanco wurde zum Synonym für den Widerstand der Lenca. Heer und Polizei schützten das Projekt mit Unterstüt-

zung privater Sicherheitsfirmen und paramilitärischer Strukturen und attackierten AktivistInnen. Während einer Protestaktion erschoss ein Unteroffizier den COPINH-Angehörigen Tomás García; Berta Cáceres wurde unter fadenscheinigen Gründen angeklagt und per Haftbefehl gesucht; erst auf internationalen Druck hin wurde dieser aufgehoben, die Anklage blieb bestehen.⁹

INTERNATIONALE AKTEURE EINER «NEOKOLONIALEN AUSBEUTUNG»

Die Bauarbeiten kamen aufgrund des Widerstands zum Erliegen. Das chinesische Staatsunternehmen Sinohydro, der größte Staudambauer der Welt, und die Weltbank zogen sich aus dem Projekt zurück. Andere internationale Geldgeber, wie die Zentralamerikanische Bank für wirtschaftliche Investition (BCIE), die holländische Entwicklungsbank FMO (Financierings-Maatschappij voor Ontwikkelingslanden) und die finnische FinnFund, ließen sich dagegen nicht beirren und nahmen dabei Tote in Kauf. Von deutscher Seite aus zeichnete die Deutsche Bank Trust Company als Kreditgarant; außerdem soll das Joint Venture Voith Hydro von Siemens AG und Voith GmbH Turbinen liefern. Aktieninhaber Siemens lehnt bis heute jegliche Verantwortung für die Folgen des Staudammbaus ab. Dabei hatten Nichtregierungsorganisationen die Finanziere seit Jahren auf straflos verübte Repressionen gegen UmweltaktivistInnen in Honduras hingewiesen, sowie auf nicht eingehaltene FPIC-Mechanismen.¹⁰

Laut der Organisation Gemeinschaft der Schwarzen von Honduras (OFRANEH) übertragen internationale Geldgeber den von Korruption zersetzten Staaten die Verantwortung dafür, die unangenehme Klausel des FPIC zu umgehen. Miriam Miranda, Koordinatorin von OFRANEH und Symbolfigur des Widerstands der schwarzen Minderheit der Garifuna an der Karibikküste, spricht in diesem Zusammenhang von «neokolonialer Ausbeutung». Es liege in der Verantwortlichkeit internationaler Firmen und Banken, die ILO-Konvention 169 zu achten. Doch der in dieser verankerte FPIC-Grundsatz werde weltweit nur unzureichend angewandt und ein «Nein» der Indigenen selten akzeptiert. Miranda fordert: «Indigene Rechte sind nicht als Kostenfaktor zu kalkulieren, als zu überwindendes Hindernis, dessen Ausschaltung man dubiosen Consultingfirmen und von Korruption, Gewalt und Drogenhandel beherrschten Staaten wie Honduras überlässt.»¹¹

HETZKAMPAGNE UND MORDDROHUNGEN

Im Sommer 2015 begannen erneut die Bauarbeiten für Agua Zarca – und mit ihnen eine intensive Diffamierungskampagne gegen COPINH und seine Generalkoordinatorin Cáceres. Ihr Leben war gezeichnet von Morddrohungen und Attacken durch Angestellte von DESA und angeheuerte Söldner. Im November 2015 wurde erstmals auf sie geschossen. Gleichzeitig gab es Cyberangriffe auf die Internetpräsenz von COPINH, und eine in Hongkong ansässige Briefkastenfirma namens Monkey Forest initiierte eine breit angelegte internationale Verleumdungskampagne gegen Berta Cáceres. Am 3. März 2016, einen Tag vor ihrem 44. Geburtstag, drangen nachts Bewaffnete in ihr Haus ein, ermordeten sie und verwundeten den anwesenden mexikanischen Umweltaktivisten Gustavo Castro, der sich tot stellte und später fliehen konnte.¹²

Der honduranische Staat lehnte jegliche Verantwortung ab, obwohl er der Forderung der Interamerikanischen Menschenrechtskommission, die bedrohte Aktivistin unter Polizeischutz zu stellen, nicht nachgekommen war. Cáceres hatte sich beim

Sicherheitsminister Julián Pacheco darüber beschwert, dass Polizeibeamte bei Übergriffen gegen sie tatenlos zusähen. Es war ein offenes Geheimnis, dass die lokale Polizei eng mit dem Sicherheitsunternehmen von DESA zusammenarbeitete. «Wir Familienangehörigen haben die Polizeipatrouillen stets als Bedrohung und nicht als Schutz empfunden», teilte ihre Tochter Bertha Zuñiga Cáceres der Presse mit.¹³

Die honduranische Staatsanwaltschaft ermittelte nicht wegen politischen Mordes, sondern versuchte, interne Streitigkeiten bei COPINH und ein Eifersuchtsdrama zu konstruieren. Gustavo Castro, der sich als einziger Zeuge in Lebensgefahr befand, wurde die Ausreise verweigert. Erst auf Druck einer Urgent Action von Amnesty International konnte der mexikanische Staatsbürger Castro das Land verlassen. Währenddessen drangsalierten Bewaffnete die Mitglieder von COPINH. Das Büro der Staudammgesellschaft, deren Mitarbeiter laut der Dokumentation internationaler MenschenrechtsbeobachterInnen für Morddrohungen und Attacken vor Berta Cáceres Tod verantwortlich waren, wurde erst zehn Tage nach dem Mord durchsucht. Wenige Tage später wurde aller internationaler Aufmerksamkeit zum Trotz mit Nelson García ein weiterer Aktivist der Organisation erschossen. García war auf dem Heimweg von einer Demonstration, die sich gegen die Vertreibung von 150 Lenca-Familien in der Gemeinde Río Lindo durch die Spezialeinheit Cobra richtete. Sein Tod veranlasste die Finanziere FMO und FinnFund endlich, die Zusammenarbeit mit DESA auf Eis zu legen.¹⁴

FORDERUNG NACH EINER UNABHÄNGIGEN INTERNATIONALEN UNTERSUCHUNGSKOMMISSION

Als der internationale Druck schließlich zu groß wurde, verhaftete die Polizei zwei Monate nach der Mordnacht fünf Männer, darunter Sergio Rodríguez, Manager für Umwelt und Soziales bei DESA, Douglas Bustillo, zweiter Chef des DESA-Sicherheitsdienstes, und Major Mariano Díaz, Ausbilder von Militärpolizei und Spezialeinheiten des Militärs. Bustillo und Rodríguez waren seit Langem für Drohungen gegen Berta Cáceres bekannt, eine Beteiligung von Major Díaz an dem Mord belegt die Verstrickung des Militärs.¹⁵ Zeitgleich zu den Festnahmen machte der bekannte Radiojournalist Felix Molina Anfang Mai die Zusammensetzung des DESA-Vorstands öffentlich. Noch am selben Tag wurde zweimal auf ihn geschossen. Molina überlebte schwer verletzt.¹⁶

Die Aufklärung des Mordes an Berta Cáceres scheint vorwiegend hinausgezögert zu werden. Die Angehörigen der Aktivistin und COPINH haben wegen der Verstrickung hoher Kreise von Militär, Politik und Wirtschaft immer wieder die Einsetzung einer unabhängigen internationalen Untersuchungskommission unter Beteiligung der Interamerikanischen Menschenrechtskommission gefordert. Wie politisch brisant der Fall ist, beweist nicht zuletzt der Raub der Untersuchungsakten aus dem Auto einer Richterin im Oktober 2016.¹⁷

In Ermangelung offizieller Untersuchungsergebnisse erfolgte der wohl wichtigste Beitrag zur Aufklärung des Mordes durch die internationale Presse. Nach Aussagen des desertierten honduranischen Soldaten Rodrigo Cruz gegenüber dem britischen *Guardian* standen Berta Cáceres sowie zahlreiche andere AktivistInnen auf einer Todesliste, die an Eliteeinheiten des Militärs verteilt wurde.¹⁸ Cáceres wusste von der Existenz solcher Listen. Schon 2013 erwähnte sie gegenüber dem Sender *Al Jazeera*, ihr Name stehe ganz oben auf der Liste. Sie wusste, dass sie sich in Lebensgefahr

befand, aber war entschlossen, ihr Engagement an Seiten der Lenca fortzusetzen.¹⁹

NICHT ENDEDE MORDSERIE UND REPRESSION GEGEN STAUDAMMGEGNERINNEN

Während sich neun Monate nach dem Mord eine Vereitelung strafrechtlicher Maßnahmen abzeichnet, nehmen Repression, Kriminalisierung und Ermordung Angehöriger von COPINH kein Ende. Nachdem der Aktivist Alexander García im Mai einem ersten Mordanschlag entgangen war, verfehlte ihn im Oktober nur knapp die Schüsse von Söldnern. García engagiert sich in der Gemeinde Llano Grande gegen ein Staudammprojekt einer Firma, die sich im Besitz von Gladys Aurora López befindet, der Vizepräsidentin des honduranischen Kongresses. Die Gemeindeaktivistin Lesbia Urquía aus Marcala, ebenfalls gegen dieses Staudammprojekt aktiv, wurde im Juli ermordet aufgefunden.²⁰

Im Oktober gab es ein Attentat auf Cáceres' Nachfolger, COPINH-Generalkoordinator Tomás Gómez. Zur gleichen Zeit schlugen Sicherheitskräfte friedliche Proteste von COPINH-AnhängerInnen vor der Generalstaatsanwaltschaft brutal nieder.²¹ Zudem wurden internationale MenschenrechtsbeobachterInnen, die die Organisation begleiten und Angehörige durch ihre Präsenz schützen wollen, diffamiert und von der Migrationsbehörde verfolgt, wie etwa im Mai die Deutschitalienerin Giulia Fellin. Im November wurde der Spanier Luis Díaz de Terán des Landes verwiesen.²²

Zeid Ra'ad Al Hussein, UN-Hochkommissar für Menschenrechte, hatte schon im März Honduras als das weltweit gefährlichste Land für UmweltaktivistInnen bezeichnet. Er nannte die Morde an Cáceres und García zutreffend als «letzten Gewaltakt in einer ganzen Serie von Attacken gegen Menschenrechtsverteidiger, die gegen Landraub und Mega-Projekte protestierten».²³ Die Regierung von Honduras müsse geeignete Maßnahmen ergreifen, um MenschenrechtsverteidigerInnen zu schützen, damit sie ihrer Arbeit ohne Bedrohung für Leib und Leben nachgehen können, forderte im August der UN-Sonderberichterstatter für die Situation von Menschenrechtsverteidigern, Michel Forst.²⁴

FORDERUNGEN

Untersuchungen im Mordfall Cáceres abschließen und Täter zur Verantwortung ziehen

Da die Aufklärung des Mordes an Berta Cáceres nicht vorankommt, hat sich nun die Internationale Beratungsgruppe von ExpertInnen (GAIGE) gebildet, die sich aus SpezialistInnen auf dem Gebiet der Menschenrechte und des Internationalen Strafrechts zusammensetzt. Sie will unabhängige Untersuchungen zum Mord an Cáceres und zum Mordversuch an Gustavo Castro anstellen, die ausführenden und die geistigen Täter ausmachen sowie die Verantwortung von nationalen und internationalen Unternehmen und Banken analysieren. Gleichzeitig sollen die Untersuchungsergebnisse der honduranischen Staatsanwaltschaft überprüft und bewertet werden, Möglichkeiten der Wiedergutmachung für die Geschädigten – Cáceres' Familie, Gustavo Castro, die Organisation COPINH und die betroffenen Lenca-Gemeinden – sondiert und anschließend Empfehlungen für Präventionsmaßnahmen gegen weitere Morde ausgesprochen werden.²⁵ GAIGE muss von internationaler Seite aus unterstützt werden, um die mutmaßliche Beteiligung höchster politischer und militärischer Kreise in Honduras am Mord an Berta Cáceres juristisch zu verfolgen.

Staudammprojekt Agua Zarca endlich stoppen

Obwohl der Mord an Berta Cáceres offensichtlich mit dem Projekt Agua Zarca in Verbindung steht, ist der Bau des Staudamms nicht endgültig zu den Akten gelegt worden. Stattdessen spielen die beteiligten Unternehmen und Banken auf Zeit, bis der internationale Druck nachlässt. Auch das Joint Venture Hydro Voith hat die Lieferung der Turbinen lediglich auf Eis gelegt. Die NGO Oxfam ist der Auffassung, dass die Firmen Voith und Siemens mitschuldig sind «an Menschenrechtsverletzungen in Ländern wie Honduras, Brasilien, Kolumbien und China, weil sie [...] Turbinen für Wasserkraftprojekte liefern, die mit Zwangsumsiedlungen, Gewalt und Morden durchgesetzt werden».²⁶ Der Anwalt der Familie Cáceres, Víctor Fernández, spricht auch von der Verantwortung der Unternehmen, für die schon entstandenen materiellen und moralischen Schäden aufzukommen – die Ermordung von sieben AktivistInnen und die systematische Spaltung der Lenca-Gemeinden.²⁷ Das deutsche Unternehmen Siemens AG mit Sitz in München müsse wegen seiner Beteiligung an Hydro Voith angehalten werden, sich dieser Verantwortung zu stellen.

Schutzmaßnahmen für COPINH

Begünstigt durch die systematische Diffamierung und Kriminalisierung der Organisation COPINH kommt es immer wieder zu Übergriffen von Polizei und Militär gegen AktivistInnen. Allein in den neun Monaten nach Cáceres' Tod töteten Auftragsmörder zwei Mal. Die COPINH braucht unbedingt ständigen internationalen Schutz. Die Deutsche Botschaft sollte ihrer Aufgabe nachkommen, MenschenrechtsbeobachterInnen deutscher Staatsangehörigkeit in Honduras als solche gegenüber dem honduranischen Staat in ihrer Funktion zu legitimieren und damit in ihrer Arbeit zu schützen; das gilt auch für die Delegation, die sich Ende 2016 im Land aufhielt.²⁸ Wo Korruption und Straflosigkeit wie in Honduras herrscht, wird bei der Durchsetzung von Megaprojekten über Leichen gegangen. «Es sind Projekte des Todes», so resümiert es COPINH-Generalkoordinator Tomás Gómez. «Sie werden weitere Menschenleben fordern. Das Einzige, was unser aller Leben wirklich garantieren kann, ist, sie abzublasen.»²⁹

Die deutsche Regierung muss ihre Honduras-Politik überdenken und sich aus Extraktivismus- wie «Green Economy»-Projekten zurückziehen

Schon ein Jahr nach dem Putsch war die Bundesregierung wieder in Honduras diplomatisch vertreten und erkannte damit die gegebene Regierung de facto an, obwohl diese über kein demokratisches Mandat verfügte und Hunderte politische Morde während des Putsches und danach ungesühnt blieben. Deutsche Institutionen der Entwicklungszusammenarbeit spielen eine maßgebliche Rolle bei der Umsetzung einer Umwelt- und Menschenrechte missachtenden Extraktivismuspolitik, die sich infolge des Putsches etabliert hat und deren Profiteure Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft und Militär sind, die diesen initiierten. Die deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (giz) unterstützte die kartografische Erschließung von Honduras' Bodenschätzen als Grundvoraussetzung internationaler Ausbeutung mit einer Public-private-Partnership.³⁰ Ebenfalls federführend ist die giz in der Etablierung der sogenannten Green Economy in Honduras als neoliberale Antwort auf die Herausforderung des Klimawandels.³¹ Diese befördert beispielsweise durch die Kommerzialisierung vom Gemeingut Wald dessen Ab-

holzung und steht einem nachhaltigen Umweltschutz sowie dem Schutz Indigener Rechte diametral entgegen.³² Die Folgen sind Erosion und Naturkatastrophen in einem der vom Klimawandel am stärksten betroffenen Länder der Welt.³³ Wenn die Bundesregierung die Priorität von Menschenrechten, Indigenen Rechten und Nachhaltigkeit in ihrer Entwicklungszusammenarbeit ernst nimmt, muss sie ihre gewinnorientierte Politik von Grund auf überdenken.

Kathrin Zeiske lebt und arbeitet als freie Journalistin in Deutschland und Mexiko. Sie ist in der Honduras-Delegation aktiv, einem Kollektiv von AktivistInnen und JournalistInnen, das Repression und Widerstand in Honduras dokumentiert und soziale Bewegungen begleitet, so auch Berta Cáceres und COPINH.

1 Vgl. Zeiske, Kathrin: Vertreibung aus den Wäldern, in: Neues Deutschland, 29.6.2012, unter: www.neues-deutschland.de/suche/?and=kathrin+zeiske&search=1&modus=0&display=1&sort=1. 2 Consejo Cívico de Organizaciones Populares e Indígenas de Honduras (COPINH), unter: copinh.org. 3 Vgl. Zeiske, Kathrin: Tod einer Ikone, in: Amnesty International Journal, Juni 2016, unter: www.amnesty.de/journal/2016/juni/tod-einer-ikone?destination=node%2F1344. 4 Vgl. Lakhani, Nina: Did Hillary Clinton stand by as Honduras coup ushered in era of violence?, in: The Guardian, 31.8.2016, unter: www.theguardian.com/world/2016/aug/31/hillary-clinton-honduras-violence-manuel-zelaya-bertha-caceres. 5 Vgl. ebd. 6 Vgl. Schmidt, Oele/Zeiske, Kathrin: Die Eliten lassen töten, in: welt-sichten, 28.6.2016, unter: www.welt-sichten.org/artikel/32322/die-eliten-lassen-toeten. 7 Vgl. Zeiske, Kathrin: Chronik eines angekündigten Todes, in: jungle world, 24.3.2016, unter: <http://jungle-world.com/artikel/2016/12/53715.html>. 8 Vgl. Honduras: capturan exviceministro de SERNA acusado por caso de Agua Zarca, 14.10.2016, unter: www.elheraldo.hn/pais/1008434-466/honduras-capturan-exviceministro-de-serna-acusado-por-caso-de-agua-zarca. 9 Vgl. Martins, Alejandra: Honduras: matan a Berta Cáceres, la activista que le torció la mano al Banco Mundial y a China, BBC, 3.3.2016, unter: www.bbc.com/mundo/noticias/2016/04/150423_honduras_bertha_caceres_am. 10 Vgl. Oxfam Deutschland/Gegenströmung: Schmutzige Geschäfte mit Wasser, 3.5.2016, unter: www.oxfam.de/system/files/factsheet_schmutzige_geschaefte.pdf. 11 Zit. nach: Zeiske: Tod. 12 Vgl. Watts, Jonathan: Berta Cáceres, Honduran human rights and environment activist, murdered, in: The Guardian, 3.3.2016, unter: www.theguardian.com/world/2016/mar/03/honduras-bertha-caceres-murder-environment-activist-human-rights. 13 Vgl. Zeiske: Chronik. 14 Vgl. Another Member of Berta Cáceres' Group Assassinated in Honduras, Telesur TV, 16.3.2016, unter: www.telesurtv.net/english/news/Another-Member-of-Berta-Caceres-Group-Assassinated-in-Honduras-20160315-0049.html. 15 Vgl. Schmidt/Zeiske: Eliten. 16 Vgl. Honduran Journalist Felix Molina Survives 2 Murder Attempts, Telesur TV, 3.5.2016, unter: www.telesurtv.net/english/news/Honduran-Journalist-Felix-Molina-Survives-2-Murder-Attempts-20160503-0013.html. 17 Vgl. Roban expediente del asesinato de Berta Cáceres, in: La Jornada, 30.10.2016, unter: www.jornada.unam.mx/ultimas/2016/09/30/roban-expediente-del-asesinato-de-bertha-caceres. 18 Vgl. Lakhani, Nina: Berta Cáceres's name was on Honduran military hitlist, says former soldier, in: The Guardian, 21.6.2016, unter: www.theguardian.com/world/2016/jun/21/bertha-caceres-name-honduran-military-hitlist-former-soldier. 19 Vgl. Honduras: Blood and the Water, in: Al Jazeera, 21.9.2016, unter: www.aljazeera.com/programmes/faultlines/2016/09/honduras-blood-water-160920064355648.html. 20 Vgl. Schwäbl, Johannes: Weitere Aktivistin in Honduras ermordet, amerika21.de, 8.7.2016, unter: <https://amerika21.de/2016/07/155845/lesbianeth>. 21 Vgl. Dreißig, Daniela: Erneute Repression gegen COPINH in Honduras, amerika21.de, 22.10.2016, unter: <https://amerika21.de/2016/10/162785/repression-honduras>. 22 Vgl. Blume, Jutta: Einreiseverbot für Menschenrechtsbeobachter in Honduras, amerika21.de, 2.11.2016, unter: <https://amerika21.de/2016/11/163447/einreiseverbot-honduras>. 23 Zit. nach: Zeiske: Chronik. 24 Vgl. ONU y la CIDH piden a Honduras protección para defensores de Derechos, in: La Prensa, 8.2016, unter: www.laprensa.hn/honduras/991705-410/onu-y-la-cidh-piden-a-honduras-proteccion-para-defensores-de-derechos. 25 Vgl. Crean Grupo Internacional para el caso de activista asesinada en Honduras, in: proceso, 9.11.2016, unter: www.proceso.com.mx/462019/crean-grupo-internacional-caso-activista-asesinada-en-honduras. 26 Oxfam: Schmutzige Geschäfte. 27 Vgl. Martins: Honduras. 28 Vgl. hondurasdelegation.blogspot.com. 29 Zit. nach: Zeiske: Tod. 30 Vgl. Alemanes elaboran mapa minero del país, in: La Tribuna, 22.5.2014, unter: <http://www.latribuna.hn/2014/05/22/alemanes-elaboraran-mapa-minero-del-pais/>. 31 Vgl. Programa Regional REDD/CCAD-GIZ, unter: <http://www.reddccadgiz.org/>. 32 Vgl. OFRANEH: Honduras: REDD+, despojos territoriales e intervención del PNUD en la elaboración de la Ley de la Consulta de los Pueblos Indígenas, 16.10.2014, unter: <https://ofraneh.wordpress.com/2014/10/16/honduras-redd-despojos-territoriales-y-la-intervencion-del-pnud-en-la-elaboracion-de-la-ley-de-la-consulta-de-los-pueblos-indigenas/>. 33 Vgl. German Watch: Global Climate Risk Index 2017, unter: <https://germanwatch.org/de/12978>.

KNUT HENKEL

MORDE TROTZ FRIEDENSABKOMMENS

IN KOLUMBIEN MÜSSEN DIE MORDAKTIONEN DER PARAMILITÄRS
GESTOPPT WERDEN

Am 10. Dezember hat Kolumbiens Präsident Juan Manuel Santos in Oslo den Friedensnobelpreis verliehen bekommen. Für den Staatschef eine große Ehre. Und tatsächlich hat das Friedensabkommen mit den FARC (Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia – Revolutionäre Streitkräfte Kolumbiens) mittlerweile beide Kammern des Parlaments passiert, nachdem es im ersten Anlauf in einem Referendum gescheitert war. Aber friedlich geht es in dem lateinamerikanischen Land deshalb nicht zu. Zwar gibt es keine Kämpfe zwischen FARC und Armee mehr, aber die Zahl der Morde an Menschenrechtsverteidigern und Sprechern sozialer Organisationen ist höher als im vergangenen Jahr, und nicht nur indigene Verbände befürchten, dass der schmutzige Krieg gegen soziale Organisationen und politische Initiativen weitergeht. Andere hoffen, dass das Friedensabkommen endlich auch das Ende für die Paramilitärs bedeutet. Aber auch sie verweisen darauf, dass vieles davon abhängt, wie gut und wie schnell es mit den FARC umgesetzt wird. Das könnte auch den nötigen Schwung für die Aufnahme der Verhandlungen mit der Guerillaorganisation ELN (Ejército de Liberación Nacional – Nationale Befreiungsarmee) bringen.

Vor dem Eingang zum Haus Nummer 50 in der Straße 4 von Popayán steht ein Militärfahrzeug. Darüber, im ersten Stock des Gebäudes, ist die Silhouette eines Kopfes mit Armeemütze am Fenster zu sehen, daneben prangt das Logo des Consejo Regional Indígena del Cauca (CRIC), des Regionalen Indigenenrats der Provinz Cauca. «Eigentlich haben wir nur selten Militärbesuch in unserer Zentrale, aber derzeit ist die Situation so schwierig, dass wir unsere Aktionen mit denen der Armee abstimmen müssen», erklärt Andrés Antonio Almendra, nachdem der Offizier das Haus verlassen hat. Almendra, einer kleiner, hagerer Typ, ist eines der CRIC-Ratsmitglieder. Er hat dem Armeeeoffizier angezeigt, dass Paramilitärs wiederholt in indigene Gebiete eingedrungen sind und Bauern aus der Region vertrieben haben. «Nicht zum ersten Mal, denn in diesem Jahr haben die Aktionen von bewaffneten Verbänden in vielen Regionen des Cauca zugenommen, obwohl der Friedensvertrag mit den FARC gerade unterzeichnet ist», klagt Almendra.

Frieden scheint im Cauca noch weit entfernt, denn immer wieder werden aus dem Verwaltungsbezirk Morde an Vertretern sozialer und politischer Organisationen gemeldet. Viele der Opfer sind Indigene. Der Cauca, ein Verwaltungsbezirk südwestlich der Millionenmetropole Cali, ist eine der Regionen Kolumbiens, in der sich alle Probleme des Landes

widerspiegeln. Marihuana und Koka werden angebaut, zudem gibt es einen massiven Konflikt um Ackerflächen für den Anbau von Lebensmitteln und Kaffee. Obendrein ist die Region reich an Mineralien und anderen natürlichen Ressourcen. «Im Cauca entspringen wichtige Flüsse wie der Río Magdalena oder der Río Cauca. Auf diese Wassermassen hat es die Regierung abgesehen, während die internationalen Bergbauunternehmen auf Gold, Kupfer, Coltan und Platin spekulieren», stellt Almendra fest. Mehrere Wasserkraftwerke sind in der Region geplant, kleine und größere Bergbaugesellschaften dringen illegal in die *Resguardos*, die indigenen Schutzgebiete, ein, und der CRIC befürchtet, dass die Paramilitärs in einigen Regionen Bauern im Auftrag von Konzernen vertreiben. Der Staat schaue aber meist untätig zu, sagt Almendra. «Eigentlich ist es Aufgabe des Staates, uns zu schützen, als Minderheit haben wir in der Verfassung fixierte Rechte. Das liest sich zwar gut, in der Praxis wird davon aber kaum etwas umgesetzt.»

ZAHL DER MORDE STEIGT

Das ist kein Einzelfall in Kolumbien, wo es viele vorbildliche Verfassungs- und Gesetzesbestimmungen gibt, die in der Praxis aber nicht eingehalten werden. Für die Minderheiten, die indigenen und afrokolumbianischen Gemeinden, ist die

Diskrepanz zwischen Theorie und Praxis besonders groß. Das liegt zum einen daran, dass sie keine politisch einflussreiche Lobby haben, auch wenn die indigenen Ethnien recht gut organisiert sind, und zum anderen daran, dass die noch aus der Kolonialzeit stammende Gesellschaftshierarchie bis heute weitgehend intakt geblieben ist. Die Diskriminierung von Minderheiten ist Teil der kolumbianischen Realität, so der Abgeordnete Alirio Uribe Muñoz. Er sitzt für das Parteienbündnis Polo Democrático Alternativo im Parlament und hat sich in den vergangenen Monaten für ein «Ja» zum Friedensabkommen mit den FARC engagiert. Zudem will er an den Verhandlungen mit der ELN teilnehmen.

«Kolumbien will den Frieden, das haben die Demonstrationen der letzten Wochen gezeigt. Diese historische Chance dürfen wir uns nicht entgehen lassen», meint der ehemalige Menschenrechtsanwalt, der in die Politik gegangen ist. Dort sieht er für sich mehr Möglichkeiten, für eine friedliche Zukunft zu wirken, als vor Gericht. Doch von dieser Zukunft ist Kolumbien weit entfernt, wie das Beispiel des Cauca zeigt. Dort wurden laut dem CRIC in den letzten elf Monaten nicht weniger als 68 Aktivisten ermordet. «Afrokolumbianer, Bauern, Indigene, Frauen, Männer, Kinder. Aus ländlichen Regionen, aber auch aus den Städten. Rund die Hälfte der Ermordeten waren lokale Sprecher, Vertreter von Bauernorganisationen und Umweltaktivisten, die keinen Bergbau in der Region wollen. Es handelt sich um gezielte Morde», sagt CRIC-Ratsmitglied Almendra.

Längst nicht alle diese Morde werden auch im landesweit geführten Register der Menschenrechtsorganisation Somos Defensores aufgeführt. Die legt strenge Kriterien an, wer wegen der Verteidigung von Grund- und Menschenrechten ermordet wurde und wer nicht. Dafür werden die von der Organisation veröffentlichten Zahlen international und auch von der kolumbianischen Regierung anerkannt.

74 Tote, darunter sieben Frauen, hat die Organisation, die vor allem aus Skandinavien finanziert wird, bis zum 7. Dezember 2016 registriert. «Zwölf mehr als im Vorjahr», so Carlos A. Guevara. Er ist der Gründer und Koordinator von Somos Defensores, die nicht nur Drohungen, Anschläge und Morde registriert, sondern Aktivisten und Organisationen auch berät, wie sie sich besser dagegen schützen können. «Es ist ein Widerspruch, dass die Zahl der Toten in Kolumbien bei den Auseinandersetzungen zwischen Armee und FARC seit dem Waffenstillstand zurückgegangen ist, gleichzeitig aber die Zahl der Morde an sozialen und politischen Aktivisten deutlich steigt.» Guevara nennt mehrere Gründe: Zum einen hätten Menschenrechtsaktivisten in der Euphorie des greifbaren Friedensabkommens ihre Sicherheitsvorkehrungen vernachlässigt, zum anderen seien sowohl Paramilitärs als auch ELN in Regionen nachgerückt, die die FARC verlassen haben. Obendrein seien die Paramilitärs dabei, sich neu zu organisieren. Im Cauca, einer Bastion der FARC, ist das der Fall – dass der Rohstoffreichtum der Region dabei eine Rolle spielt, ist ein offenes Geheimnis. «Legt man eine Karte mit der Präsenz der Paramilitärs auf eine mit den größten Rohstoffvorkommen und geostrategischen Infrastrukturprojekten, dann ist sie fast deckungsgleich», erklärt Guevara und deutet auf eine entsprechende Karte Kolumbiens.

Auf diesen Sachverhalt weisen Konfliktforscher wie Bernardo Pérez von der katholischen Universität Bogotá schon lange hin, doch Konzepte zur Bekämpfung der Paramilitärs hat die Regierung von Juan Manuel Santos bisher nicht zu bieten. Das hat dazu geführt, dass der Cauca eine der ge-

fährlichsten Regionen für Menschenrechtsaktivistinnen und -aktivisten in Kolumbien ist. 16 ermordete Menschenrechtsverteidiger, darunter zwei Frauen, hat Somos Defensores 2016 in der Provinz registriert. Am 21. November tagte eine Regierungskommission in Popayán, die zusätzliche Schutzmaßnahmen treffen und Ermittlungsbeamte entsenden will. Das ist ein Schritt in die richtige Richtung, meint die Menschenrechtsaktivistin Marcela Cabrera vom Red por la Vida y los Derechos Humanos del Cauca, dem Netzwerk für das Leben und die Menschenrechte im Cauca: «Doch wir brauchen mehr Sicherheitsgarantien für Aktivisten und Strategien gegen die Gewalt.»

PARAMILITÄRS: VERHARMLOST UND GUT VERNETZT

Dies ist seit langem eine der Kernforderungen der kolumbianischen Menschenrechtsbewegung. Ob sich durch das Friedensabkommen mit den FARC etwas ändern wird, bleibt abzuwarten. Die bisherige Strategie der Regierung scheint zu sein, die Relevanz der paramilitärischen Banden, die nach der Demobilisierung des paramilitärischen Dachverbandes AUC (Autodefensas Unidas de Colombia) 2006 übriggeblieben oder neu entstanden sind, systematisch herunterzuspielen. Schon der Begriff Paramilitär steht auf dem Index. «Seit der offiziellen Demobilisierung unter der Regie des damaligen Präsidenten Álvaro Uribe Vélez spricht die Regierung ausschließlich von sogenannten *Bacrim* (*bandas criminales emergentes* – neue kriminelle Banden); die Zahl der Kämpfer wird mit drei- bis viertausend angegeben», so Gustavo Gallón, Direktor der kolumbianischen Juristenkommission CCJ. Das ist deutlich zu wenig, wie Studien der Stiftungen Arco Iris und Indepaz belegen.

Indepaz (Instituto de Estudios para el Desarrollo y la Paz – Stiftung zum Studium von Entwicklung und Frieden) hat in einer Studie aus dem Jahr 2015 paramilitärische Präsenz in 338 Gemeinden in 23 der 32 kolumbianischen Verwaltungsbezirke nachgewiesen. 14 verschiedene paramilitärische Organisationen seien aktiv. Alarmierend sei das Erstarken der Paramilitärs an der Karibikküste, im Steinkohle fördernden Verwaltungsbezirk Cesar sowie an der Pazifikküste mit den Verwaltungsbezirken Nariño, Cauca, Valle de Cauca und Chocó. Der Studie zufolge seien die Paramilitärs in mindestens 298 Gemeinden seit mehr als sechs Jahren permanent präsent. Ergebnisse, die die Regierung in ihren Stellungnahmen seit Jahren systematisch herunterspielt, so Gallón: «Nach der Demobilisierung der Paramilitärs hat man den Namen Paramilitärs aus dem Wortschatz gestrichen, weil deren Nachfolgeorganisationen nicht politisch seien. Damals hieß es, dass die Armee das Problem binnen zwei Jahren aus der Welt schaffen würde.»

Zehn Jahre später warnen Experten davor, dass die Paramilitärs ihren Aktionsradius ausweiten, sich neu organisieren, obwohl das Militär in unterschiedlichen Stellungnahmen behauptet, seit 2006 zwischen 12.000 und 24.000 Paramilitärs (bzw. *Bacrim*) festgenommen oder erschossen zu haben. Angesichts dieser Zahlen sind die Aussagen der Regierung, dass die paramilitärischen Banden nur 3.000 bis 4.000 Mitglieder haben, wenig glaubhaft. Indepaz geht von mindestens 6.000 Kämpfern aus, andere Quellen von bis zu 10.000. Gustavo Gallón hofft wie viele Kolumbianer, dass durch das Friedensabkommen mit den FARC der kolumbianische Staat endlich entschlossen gegen die paramilitärischen Banden vorgeht, die im Drogenhandel genauso aktiv

sind wie in anderen Bereichen der organisierten Kriminalität, und auch Aufträge von Großgrundbesitzern sowie nationalen und internationalen Konzernen entgegennehmen sollen. Im Abkommen mit den FARC ist nämlich festgelegt, dass eine Kommission gebildet werden soll, die Handlungsbefugnisse hat, kompetent besetzt wird und deren Aufgabe es ist, die Sicherheitslage im Land zu verbessern – sprich: gegen die Paramilitärs vorzugehen. «Der Kommission werden drei Minister, der Präsident persönlich sowie Vertreter der Ordnungskräfte, der Staatsanwaltschaft und von Menschenrechtsorganisationen angehören. Sie wird ein kräftiges Mandat erhalten, und es bleibt abzuwarten, wie sie letztlich agieren wird», so Gallón. Er ist guter Hoffnung, dass die nunmehr dritte Generation der Paramilitärs auch die letzte sein könnte.

JUSTIZ: AUF EINEM AUGE BLIND?

Daran wagen aber viele Kolumbianerinnen und Kolumbianer kaum zu glauben, gerade weil gegen die Paramilitärs in aller Regel nicht ermittelt wird. «Wir glauben, dass die Águilas Negras [eine von mehreren paramilitärischen Organisationen] in den staatlichen Strukturen verankert sind. Warum? Weil wir schlicht nicht glauben können, dass von 800 Morddrohungen in den letzten fünf Jahren nicht eine einzige aufgeklärt wurde, ohne dass die Paramilitärs innerhalb der Ermittlungsstrukturen gedeckt würden», sagt Carlos A. Guevara von Somos Defensores. Gerade ein Prozent der Fälle werde aufgeklärt, der Rest ende in der Straflosigkeit, kritisieren Experten wie Gustavo Gallón.

Angesichts dieser frustrierenden Realität setzen viele Menschenrechtsexperten ihre Hoffnung auf die Übergangsjustiz, die mit dem Friedensabkommen geschaffen wird. Die Regelungen zur Übergangsjustiz wurden, anders als andere Kapitel des Abkommens, von internationalen Strafrechtsexperten ausgearbeitet. «Die Justiz hat den Opfern in Kolumbien weder Gerechtigkeit noch Wahrheit bringen können – mit der Übergangsjustiz läuft die Elite Gefahr, dass sich das ändern könnte», meint Alirio Uribe Muñoz, selbst lange Jahre einer der bekanntesten Menschenrechtsanwälte Kolumbiens. «Integrales System für Wahrheit, Gerechtigkeit, Wiedergutmachung und Nichtwiederholung» (Sistema Integral de Verdad, Justicia, Reparación y No Repetición) hat man das Paket rund um die Übergangsjustiz getauft. Ziel ist es, die Wahrheit ans Licht zu bringen, die Opfer des Konflikts zu entschädigen, die Täter zu bestrafen und eine Erinnerungskultur zu schaffen, die garantieren soll, dass sich die Gräueltaten des Bürgerkriegs nicht wiederholen.

Für Abertausende von Opfern des Bürgerkriegs hat die historische Wahrheit oberste Priorität. «Es geht ihnen darum zu erfahren, was mit den Angehörigen passiert ist. Wer hat sie verschwinden lassen, wo sind ihre Überreste zu finden? Dafür werden geringe Strafen für die Verantwortlichen in Kauf genommen», erklärt Bayron Góngora, der in Medellín für die Corporación Jurídica Libertad, eine auf Menschenrechte spezialisierte Anwaltskanzlei, arbeitet und zahlreiche Opfer von staatlicher Gewalt vertritt. So zum Beispiel Angehörige der sogenannten *Falsos Positivos*, von der Armee entführte Jugendliche und junge Männer, die ermordet und, mit einer Uniformjacke und einer alten Flinte ausgestattet, zu gefallenen Guerilleros erklärt wurden.

Mehr als 3.000 derartige Fälle haben kolumbianische Anwälte dokumentiert. Und Aufklärung ist das Mindeste, was die Angehörigen verlangen. Folgerichtig kommt auf die

noch zu berufenden Richter der Übergangsjustiz eine Prozesswelle zu, deren Ausmaß die Generalstaatsanwaltschaft in Bogotá im Frühjahr des Jahres schon einmal abgeschätzt hat: 32.422 Prozesse und 110.086 Straftaten sollen es sein. Rund 3.000 Justizmitarbeiter, darunter 1.670 Ermittlungsbeamte, werden nötig sein, um diese Verfahrenswelle zu bewältigen. Ermittelt wird gegen 10.329 Mitglieder der FARC, gegen 7.500 Mitglieder der Armee und gegen 4.359 zivile Straftäter, von denen das Gros Paramilitärs sein dürften. Die Kosten der Verfahren, die bereits nach zehn Jahren abgeschlossen sein sollen, werden auf mindestens zwei Milliarden kolumbianische Peso, umgerechnet rund 600 Millionen Euro, geschätzt.

Ob das reichen wird, bezweifeln viele Experten. Doch viel wichtiger sei, dass endlich ermittelt werde, und zwar auch gegen die intellektuellen Drahtzieher zahlreicher Verbrechen, darunter Landvertreibungen im großen Stil durch Massaker und Morde, aber auch die Unterdrückung der Gewerkschaften in nationalen wie multinationalen Konzernen, so Góngora. Aus der Perspektive der kolumbianischen Eliten ist die Übergangsjustiz deshalb ein Risiko. Folgerichtig war Carlos Arturo Ardila Lülle, Kolumbiens einflussreicher Industriemagnat und Eigentümer des Postobón-Getränkekonzerne, einer der Finanziers der «¡No!»-Kampagne. Er hat laut Góngora genauso viel zu befürchten wie Vertreter internationaler Bergbauunternehmen wie beispielsweise Drummond aus den USA. Diese fördern bis heute im Verwaltungsbezirk Cesar große Mengen Steinkohle, haben nach Überzeugung vieler Gewerkschafter mehrere Morde an Gewerkschaftern bei den Paramilitärs in Auftrag gegeben und sie systematisch finanziert. Eine der Angehörigen, Maira Méndez, die vor 15 Jahren die Ermordung ihres Vaters durch einen Trupp Paramilitärs mit ansehen musste, arbeitet heute für die holländische Menschenrechtsorganisation PAX. Sie konnte nicht in Erfahrung bringen, ob es Ermittlungen im Kontext der Ermordung ihres Vaters gab. «Das ist nichts Ungewöhnliches. Solche Fälle werden schnell zu den Akten gelegt», schildert sie ihre eigenen Erfahrungen und die anderer Opfer paramilitärischer Gewalt im Verwaltungsbezirk Cesar.

In ihrer Arbeit für PAX hält Méndez den Kontakt zu Opfern, koordiniert Kampagnen und war im Mai in Europa unterwegs, um über die Situation vor Ort, die Ignoranz der Kohlekonzerne zu informieren und Druck auf europäische Importeure der kolumbianischen Kohle aufzubauen. Doch auch sie hofft auf die Übergangsjustiz. Sie ist für viele Opfer eine Chance, nach vielen Jahren des Wartens Klarheit zu bekommen. Daran hat sich auch nach der Überarbeitung des ursprünglichen Abkommens, das am 2. Oktober von einer knappen Mehrheit der Kolumbianer im Referendum abgelehnt worden war, nichts Wesentliches geändert.

ZÄHNE VERLOREN – ABER NICHT DEN BISS

«Natürlich hätte ich gern gesehen, dass internationale Richter in den Verfahren der Übergangsjustiz Recht sprechen. Das wäre weltweit ein bahnbrechendes Signal. Aber immerhin ist ihr Einfluss erhalten geblieben, weil sie nun eine beratende Funktion haben», urteilt Gustavo Gallón. Der Direktor der kolumbianischen Juristenkommission findet nicht, dass das überarbeitete und vom Parlament am 30. November angenommene Friedensabkommen entscheidend geschwächt sei. Dass die FARC nun ihre Vermögensverhältnisse offenlegen müssen und zur Kasse gebeten werden, wenn es um Reparationen für die Opfer geht, ist für ihn genauso

vertretbar wie die Kasernierung und Kontrolle der ehemaligen Guerilleros zur Ableistung ihrer Haftstrafen. Das war von der Opposition um den erzkonservativen Expräsidenten Álvaro Uribe Vélez und dessen Partei Centro Democrático vor allem moniert worden. Die «¡No!»-Kampagne hatte landesweit verbreitet, dass die ehemaligen Guerilleros mit «Taschengeld» in Höhe des dreifachen Mindestlohns von rund zwei Millionen kolumbianischen Peso (rund 613 Euro) auf Farmen ein ruhiges Leben führen sollten. «Dass sie zur Minenräumung, zum Straßenbau und für andere Infrastrukturprojekte eingesetzt werden sollen, um resozialisiert zu werden, hatte den Wählern niemand vermittelt», erinnert sich Alirio Uribe Muñoz kopfschüttelnd. Die Kampagne des «¡No!» habe vielfach auf Halbwahrheiten, Hass und Lügen gesetzt und letztlich Erfolg gehabt, kritisiert er mit einem bitteren Lächeln. «Demgegenüber standen mehr als 100 unterschiedliche Kampagnen der Linken und eine halbherzige Kampagne der Anhänger von Juan Manuel Santos», weist er auf ein weiteres Defizit hin, das zum Scheitern des «¡Sí!» beigetragen hat – nämlich die Zersplitterung des bürgerlichen und des linken Lagers.

Dies ist auch für Linda Cabrera, Vizedirektorin von *Sisma Mujer*, einer der zentralen Gründe für das Scheitern des «¡Sí!». Die Frauenorganisation hat in der Genderkommission in Havanna am endgültigen Abkommen mitgearbeitet und Zugeständnisse und Garantien der Akteure erreichen können. «Wir dokumentieren seit einem halben Jahr Fälle sexueller Gewalt durch FARC und staatliche Sicherheitskräfte, um sie an die Gerichte der Übergangsjustiz weiterzuleiten», erklärt Cabrera. Für sie ist das Abkommen ein wichtiges Etappenziel, um Gewalt gegen Frauen zu ächten. «Aber alles wird davon abhängen, ob die Regierung es umsetzt, es durchsetzt und zu ihren Verpflichtungen steht.» Das ist eine Einschätzung, die in Bogotá in diesen Tagen immer wieder zu hören ist.

Positiv wird oft gewertet, dass der zweite Anlauf zum Abkommen mit den FARC deutlich mehr Rückenwind hatte als der erste. Eine ganze Reihe von Demonstrationen, an denen auch viele Studierende teilnahmen, hat Mut gemacht. «Es hat gedauert, bis die Studierenden ihre Angst vor Verfolgung und Einschüchterung durch die Paramilitärs abschüttelten.

Kolumbiens Universitäten waren lange wie gelähmt», erklärt der Journalist und Universitätsdozent Javier Osuna. Er weiß, wovon er spricht, denn er studierte, als die Paramilitärs an vielen Unis Terror ausübten. Seit er in einem Buch geschildert hat, wie die Paramilitärs über Jahre hinweg in einem Krematorium bei Cúcuta Menschen haben verschwinden lassen, steht sein Name auf einer schwarzen Liste und er kann sich nur noch mit Bodyguards in Kolumbien bewegen.

Froh ist Javier Osuna, dass FARC und Regierung nach der Referendumspleite aufs Gaspedal gedrückt haben. Noch nicht mal drei Wochen vergingen von der Vorstellung des überarbeiteten Abkommens bis zur Annahme durch die beiden Parlamentskammern am 29. und 30. November. Eile ist auch geboten, denn die Zeit für die Umsetzung des Abkommens ist knapp. «Am 27. Mai 2018 stehen die nächsten Präsidentschaftswahlen an. Bis dahin soll das Abkommen mit den FARC umgesetzt und idealerweise eines mit der ELN auf den Weg gebracht sein», erklärt der Kongressabgeordnete Alirio Uribe Muñoz.

Juan Manuel Santos hat seinen Friedensnobelpreis – ähnlich wie Barack Obama 2009 – quasi auf Basis eines Versprechens erhalten. Ob er Kolumbien wirklich zu einem Frieden führt, der diesen Namen verdient, ist bisher nicht absehbar. Ein Gradmesser muss sein, ob sich Indigene, Campesinos und Campesinas, soziale Bewegungen in den Städten oder Afrokolumbianer in Zukunft ohne Lebensgefahr für ihre Interessen und Rechte einsetzen können. Was das betrifft, ist die Skepsis in Kolumbien groß, was viel mit Santos' negativer Regierungsbilanz zu tun hat – und einiges mit seiner Vergangenheit.¹

Knut Henkel ist freiberuflicher Journalist, schreibt unter anderem für das *Neue Deutschland* und die *taz* aus und zur Lage in Lateinamerika. Er hat im November in Kolumbien zur Situation von Menschenrechten und Übergangsjustiz recherchiert.

¹ Juan Manuel Santos ist als Verteidigungsminister (Juli 2006 – Mai 2009) unter Álvaro Uribe Vélez politisch für den Skandal der *Falsos Positivos*, der systematischen Praxis des Militärs, junge Männer zu entführen, zu ermorden und als Guerilleros zu deklarieren, verantwortlich. Das haben die Opferverbände in Kolumbien nicht vergessen.

THOMAS HÄNDEL / FRANK PUSKAREV

DIE EU MUSS SOZIALER WERDEN ... ODER SIE ZERFÄLLT

«Man kann es spüren. Etwas Altes endet, etwas Neues beginnt», sagte der Präsident des Europäischen Rats, Donald Tusk, kurz nach dem Brexit-Referendum in einem Interview.¹ Ist das alte Europa bald tot? Das neue ist jedenfalls noch nicht erkennbar.

Was wir derzeit erleben, sind Resultate einer Politik, deren Gefahren seit Jahren beschrieben worden sind. Die Maas-tricht-Verträge und die Lissabon-Strategie verpflichten die Europäische Union (EU) auf das neoliberale Dogma. Das Europa der EU erscheint so als ein Konkurrenz-europa, in dem zwischenstaatliche Solidarität nur noch bei konvergenten Wirtschaftsinteressen oder aber mit mehr oder minder fragwürdigen Deals herzustellen ist. Nicht erst seit Beginn der Krise haben sich die ökonomischen Gräben in Europa vertieft. So konzentriert sich nach der Krise zum Beispiel die gewerbliche Produktion in der EU zu 30 Prozent in Deutschland; auf Italien, Frankreich, Spanien und Großbritannien entfallen zusammengenommen rund 40 Prozent; die restlichen 30 Prozent verteilen sich auf die weiteren 23 EU-Länder.²

Gleichzeitig sieht das aus Europa heraus operierende Kapital seine Interessen gefährdet. Europa habe seinen Wettbewerbsvorsprung gegenüber anderen Weltregionen eingebüßt. Schon vor der letzten Europawahl forderte deshalb der Präsident des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI), Ulrich Grillo, die EU auf, «die Stärkung der industriellen Wettbewerbsfähigkeit zu einem Kernpunkt der nächsten europäischen Legislaturperiode zu machen».³ Auch die Debatte um die sogenannte neue Generation von Freihandelsabkommen, CETA, TiSA und insbesondere TTIP, liefert Belege dafür: «Es wird für die EU und die USA wohl die letzte Chance sein, einen operativen Rahmen für den Handel festzusetzen, bevor die Schwellenländer in Asien, Afrika, Indien und im Nahen Osten eine stärkere Rolle und mehr Einfluss in der Weltwirtschaft gewinnen.»⁴ Ein wirklicher Sozialstaat ist dabei nur hinderlich.

In dieser verschärften europäischen und internationalen Konkurrenzsituation ist die Austeritätspolitik die Brechstange für die Beseitigung sozialer Rechte in den Mitgliedstaaten und der Motor der Umverteilung von unten nach oben. Trotz der größten Anhäufung von Reichtum und Wohlstand in der

Geschichte des Kontinents sind Ungleichheit, Armut und Ausgrenzung in der EU erheblich gewachsen: 24 Millionen Menschen sind arbeitslos, in den sogenannten Krisenstaaten über die Hälfte der Jugendlichen. Nicht einmal die Hälfte der Beschäftigten ist noch in «Normalarbeit», sprich arbeitet in einem unbefristeten, tariflich entlohnten Arbeitsverhältnis – und zwar in allen Mitgliedstaaten.⁵ Beinahe 80 Prozent der wenigen neuen Jobs in Europa sind prekär. Gleichzeitig wurden Arbeits- und Sozialrechte in mehr als 20 Mitgliedstaaten der EU zum Teil massiv eingeschränkt. Die Einkommensungleichheit nimmt rapide zu. Die soziale Unsicherheit verhindert bis weit in die Mittelschicht hinein eine vernünftige Lebensplanung. Armut ist in der Mitte der Gesellschaft angekommen: Rund ein Viertel der Menschen in der EU – 124,5 Millionen⁶ – sind arm oder armutsgefährdet.⁷

Verantwortungslose Politik- und Wirtschaftseliten fördern dennoch die Profitmaximierung des weltweiten, heute von den Finanzmärkten getriebenen Kapitalismus. Die Kontroll- und Eingriffsmöglichkeiten der Politik, also der Nationalstaaten, der Regionen und Kommunen sowie der Gesellschaft als Ganzes, wurden systematisch eingeschränkt und die Menschen den weitgehend unkontrollierten Finanzmärkten ausgeliefert. Über die europäische Ebene wurden der Steuer-senkungswettlauf, der unkontrollierte Kapitalverkehr und die Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge vorangetrieben. Das Ergebnis: Demokratieabbau und die Zerstörung sozialstaatlicher Strukturen der Sicherheit. Dies gefährdet, zunehmend sichtbar, das friedliche Zusammenleben und die Sicherheit. Aggression und Abschottung nehmen europa-weit zu.

Die Vision eines sozialen Europas rückt zusehends in weite Ferne, während die derzeitige EU das Vertrauen und die Billigung der Menschen spürbar verliert. Der sogenannte Brexit ist eben auch die Folge der Austeritätspolitik. Und ein Fanal.

Menschen reagieren enttäuscht, suchen der herrschenden Klasse einen Denkartel zu verpassen. Eine andere Politik in Europa stand leider nicht zur Wahl. Daher ist nicht jede souveräne Entscheidung auch souverän, wie Jakob Augstein treffend bemerkte.⁸

Referenden in Großbritannien, den Niederlanden und Italien, wachsende linke Bewegungen gegen die Austeritätspolitik wie Syriza in Griechenland oder Podemos in Spanien, allerdings auch die stärker werdenden nationalistischen Parteien von rechts haben der Kommission einen gehörigen Schrecken eingejagt. Juncker räumte ein, seine Kommission sei die «der letzten Chance». Ein neues Design, eine etwas schönere Verpackung soll her. Vieles deutet auf ein «Weiter mit ganzer Kraft – aber mit sozialem Anstrich» hin. Das wird nicht nur nicht reichen – es bleibt ein «Weiter so» auf dem falschen Weg.

AUGEN ZU UND DURCH

In Brüssel bekommt man es mit der Angst zu tun. Ein Scheitern der europäischen Idee und ihrer institutionellen Materialisierung «Europäische Union», das wissen alle, führt zurück in kleinstaatliches Chaos und Gewalt. Dennoch gilt offenbar: «Augen zu und durch». Die fünf Präsidenten – Jean-Claude Juncker, Präsident der Europäischen Kommission, Donald Tusk, Präsident des Europäischen Rats, Jeroen Dijsselbloem, Präsident der Euro-Gruppe, Mario Draghi, Präsident der Europäischen Zentralbank, und Martin Schulz, Präsident des Europäischen Parlaments – hatten 2015 bereits weitreichende Pläne vorgelegt, wie die Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) vertieft und bis 2025 vollendet werden soll.⁹

Ihrer Auffassung zufolge soll die politische Regulierungskompetenz noch weiter auf EU-Institutionen verlagert werden, um eine «solide und krisenfeste Architektur der Wirtschafts- und Währungsunion zu gewährleisten. Dazu gehört die Schaffung eines Euroraum-weiten Schatzamtes (*treasury*) und die gemeinsame Ausübung von Souveränitätsrechten.» Die praktische Umsetzung des Berichts der fünf Präsidenten in rechtlicher und institutioneller Hinsicht soll unverzüglich beginnen. Im Frühjahr 2017 sollen die erzielten Fortschritte bewertet und die nächsten erforderlichen Schritte skizziert werden. Anschließend werden die rechtlichen, wirtschaftlichen und politischen Vorbedingungen für die erheblich weiter reichenden Maßnahmen erörtert, die für die Vollendung der Wirtschafts- und Währungsunion als erforderlich erachtet werden.¹⁰

Dieser Ausbau der sogenannten Economic Governance geht auch einher mit einem Rückbau der EU. Mit Programmen wie «Bessere Rechtsetzung» und REFIT, dem EU-Kommissionsprogramm «zur Gewährleistung der Effizienz und Leistungsfähigkeit der Rechtsetzung» (die sogenannte Stoiber-Gruppe), sollen «gesetzgeberische Lasten» insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen abgebaut werden. Der Verdacht, dass es sich dabei im Wesentlichen um Sozial- und Arbeitsrechtsstandards handelt, ist nicht von der Hand zu weisen. Dieser Intention widersprechen auch andere Teile des «Fünf-Präsidenten-Berichts», die den Fokus stärker auf Beschäftigung und Soziales legen, nicht wirklich. Der Rückbau von sozialen Schutzrechten zur «besseren Förderung von Beschäftigung» ist die alte Leier konservativer Regierungen und der Rechten im Europaparlament.

Auch das von Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker angekündigte soziale «Triple A» für Europa – mit der überraschenden Ankündigung, das Prinzip «Gleicher Lohn

für gleiche Arbeit am gleichen Ort» solle künftig gesetzlich verankert werden – ist letztlich kein Indiz für die Absicht, ein sozialeres Europa schaffen zu wollen: Der im Frühjahr 2016 vorgelegte Kommissionsvorschlag einer «Europäischen Säule sozialer Rechte» soll nur «als Bezugsrahmen für das Leistungsscreening der teilnehmenden Mitgliedstaaten im Beschäftigungs- und Sozialbereich fungieren» und «Reformen auf nationaler Ebene» vorantreiben. Beide Vorschläge trafen umgehend auf massive Widerstände der Mitgliedstaaten. Während das Prinzip «Gleicher Lohn etc. pp.» insbesondere von den osteuropäischen Staaten abgelehnt wird, ist bei der «sozialen Säule» eine Mehrheit der Mitgliedstaaten gegen die Schaffung neuer sozialer Rechte.

Gleichzeitig sollen auf Initiative von Mitgliedstaaten und EU-Kommission die EU-Haushaltsposten für die großen Aufgaben der Bekämpfung von Armut und Jugendarbeitslosigkeit massiv gekürzt werden. Dies gleicht einem Konjunkturprogramm für rechts-autoritären Populismus, auch wenn immer wieder betont wird – jüngst wieder nach der Wahl Trumps zum Präsidenten –, man habe die Botschaft vernommen. Im Parlament und insbesondere im Beschäftigungsausschuss des Europaparlaments wurde dem vehement widersprochen und das Schlimmste verhindert.

Der Rückbau der EU, die sich lediglich um die Sicherung der Besitzverhältnisse, innere und äußere Sicherheit und vor allem um die Optimierung der Kapitalinteressen kümmert, ist bereits auf dem Weg – eine Orientierung, die an den klassischen Nachtwächterstaat erinnert. Das im Oktober 2016 vorgelegte Arbeitsprogramm der EU-Kommission für 2017 legt die Schwerpunkte auf eine europäische Agenda für Migration (besser: für den sogenannten Schutz der europäischen Außengrenzen), den Kampf gegen den Terrorismus, die Energieunion, den digitalen Binnenmarkt, die Kapitalmarktunion sowie (unzureichende) Versuche zu einer Unternehmensbesteuerung fest. Im Fokus stehen die Vertiefung des Binnenmarkts und die Stärkung der Wirtschafts- und Währungsunion. Die Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit durch eine optimierte Handelsstrategie und Handelsschutzinstrumente und eine neue Afrika-Strategie vervollständigen die Agenda zusammen mit der Umsetzung des «Europäischen Aktionsplans im Verteidigungsbereich» und der Schaffung eines Europäischen Verteidigungsfonds.¹¹

Die angekündigte neue Afrika-Strategie wird wohl kaum die dringend nötige Entwicklungspolitik für die Verbesserung der Lebensgrundlagen der Menschen auf diesem Kontinent zum Ziel haben, sondern wohl eher die stärkere Durchsetzung von Rohstoff- und damit Kapitalinteressen (z. B. gegen China). Vieles deutet darauf hin, dass es auch um den Aufbau von Pufferstaaten gegen die Zuwanderung auf den europäischen Kontinent geht. Die jüngst bekannt gewordenen Pläne der Bundesregierung zur Einrichtung neuer Aufnahmelager für Flüchtlinge, unter anderem in Tunesien, legen dies nahe. Zu mehr Gemeinsamkeiten reicht es derzeit in dieser EU nicht mehr.

Noch aussagekräftiger ist der Ausblick auf anstehende Veränderungen: Bis zum 60. Jahrestag der Römischen Verträge im März 2017 sollen Maßnahmen zur Reform der EU mit 27 Mitgliedstaaten vorgelegt werden. Unter dem Titel «Eine starke Union auf Basis einer soliden Wirtschafts- und Währungsunion» (WWU) laufen bereits die Arbeiten an einem Weißbuch über die Zukunft Europas, das sich mit der zweiten Phase der Vertiefung der WWU unter den neuen

politischen und demografischen Rahmenbedingungen befasst. Dieses soll sowohl eine Überprüfung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes beinhalten als auch die Absicht, den Vertrag über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der WWU in wesentlichen Teilen in den Rechtsrahmen der EU einzufügen. Ferner soll das Europäische Finanzaufsichtssystem (ESFS) für die Wirksamkeit und Effizienz der Aufsicht auf makro- und mikroökonomischer Ebene überprüft werden.¹²

Bleibe es dabei, wäre eine Chance vertan, diese EU tatsächlich zu reformieren und die Webfehler der europäischen Einigung zu beseitigen. Ein Scheitern des europäischen Projekts wäre damit wahrscheinlich vorprogrammiert.

DIE EU VOR IHREM SCHEITERN? ... UND DIE LINKE IN EUROPA

Drei Szenarien für eine künftige EU scheinen absehbar:

(1) Die Kernstaaten der bisherigen EU verständigen sich auf einen Kurs, der auf allenfalls modifizierten vertraglichen Grundlagen eine autoritärere Durchsetzung der bekannten neoliberalen Governance verfolgt – mit sozialem Anstrich. Mittelfristig würde diese Verfahrensweise mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit zum zweiten Szenario führen.

(2) Die EU zerfällt zeitnah und hinterlässt eine europäische Kleinstaaterei mit Rückkehr alter Nationalismen, Abschottung und der wachsenden Gefahr militärischer Auseinandersetzungen zur Lösung ökonomischer Konflikte – auch in Europa.

(3) Es gelingt, eine Bewegung zu schaffen, die aus den Fehlentwicklungen Lehren zieht und entschlossen ist, auf den Ruinen der alten eine neue, demokratische, solidarische und soziale EU zu konzipieren, zu errichten und kollektiv zu gestalten.

Um die letztgenannte Entwicklung voranzutreiben, wären allerdings zuvorderst politischer Wille und entsprechende Initiativen nötig – auf nationaler und europäischer Ebene, vor allem aber in und zwischen den politischen Formationen des Mitte-links-Lagers. Noch ist die Linke in diesem Prozess zwar nicht völlig sprachlos, aber vielstimmig und deswegen leicht zu ignorieren. Für ein klares Alternativkonzept ist eine umgehende Verständigung unumgänglich.

An Vorschlägen für einen alternativen Entwicklungspfad der EU mangelt es eigentlich nicht. Beispielhaft seien hier die EuroMemorandum-Gruppe,¹³ DiEM25¹⁴ oder die Arbeiten von Jürgen Habermas, Étienne Balibar oder Andreas Fischer-Lescano genannt. Wohl aber fehlen eine gemeinsame Verständigung und vor allem der Versuch, europäische Reichweite zu gewinnen und eine paneuropäische Kampagne auf der Basis einer gemeinsamen Strategie zu entfachen. Die einen beschränken sich auf papierne Proklamationen, bei den Nächsten findet die Bewegung in Konferenzsälen statt, andere starten elitäre Top-down-Prozesse, während der Rest auf eine Erneuerung Europas «von unten» wartet wie Samuel Becketts Helden in «Warten auf Godot».

Jüngst haben gar Sigmar Gabriel und Martin Schulz ein Positionspapier veröffentlicht, das den stolzen und anspruchsvollen Titel «Europa neu gründen» (sic!) trägt.¹⁵ Eine interessante Schrift, die über das bisherige blanke «Mehr Europa» weit hinausreicht und dennoch einige Mängel aufweist. Der gravierendste: die Einsicht, dass der heutige Zustand Europas wesentlich der Austeritätspolitik geschuldet ist, die von etlichen sozialdemokratischen Regierungen bzw. Mit-Regierungen getragen wurde und wird. Dabei geht es gerade nicht um ritualisierte Schuldeingeständnisse oder Canossa-Gänge, wie sie gelegentlich von sich besonders linientreu verstehenden Linken eingefordert werden, sondern um eine klare

Analyse politischer Fehler, die notwendig ist, um den Weg hin zu einer Verständigung der gesellschaftlichen Linken zu ebnen. Den Worten müssten allerdings auch Taten folgen.

Denn die Einsicht ist einfach, hat doch der Chefökonom der Europäischen Kommission, Jan in 't Veld, bereits 2014 in einer Studie die Effekte der Austeritätspolitik in der Eurozone für die Jahre 2011 bis 2013 berechnet:¹⁶ Wachstumsverluste von 8 Prozent (Griechenland), 6,9 Prozent (Portugal), 5,4 Prozent (Spanien), 4,9 Prozent (Italien), 4,8 Prozent (Frankreich), 4,5 Prozent (Irland) und 2,6 Prozent (Deutschland) waren die Folge dieser Politik. Dies allein ist schon ein ausreichender Beleg für die Notwendigkeit, mit der herrschenden Logik zu brechen.

Doch augenscheinlich erwarteten die Autoren Gabriel und Schulz selbst keine größere Resonanz – diesbezügliche Aktivitäten blieben denn auch aus. Dabei wäre es lohnend, das Papier zum Anlass zu nehmen und die Chance für eine offene Debatte mit der europäischen Sozialdemokratie zu ergreifen. Das könnte die oben skizzierten Prozesse durchaus in Gang bringen. Immerhin dürfte es manchem langsam dämmern: Sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene wird eine grundlegende positive Veränderung der herrschenden Politik auf längere Sicht nur durch eine rot-rot-grüne Koalition – mit allen Mängeln, Risiken und Kompromissen, die Koalitionen mit sich bringen – zu erreichen sein. In der EU ist es absurd, eine solche Veränderung ohne ein notwendigerweise breiteres Bündnis, ohne oder gar gegen die Sozialdemokraten, respektive die Europäischen Sozialisten schaffen zu wollen.

Insofern hat Yanis Varoufakis leider recht, wenn er verlangt, die Linken müssten «erst die Krise bewältigen, bevor wir uns wieder streiten».¹⁷ Er verweist auf Parallelen zu den 1930er Jahren, als es nicht gelungen sei, «eine große Allianz gegen Rechts zu bilden. Wir dürfen diesen Fehler nicht wiederholen.» Varoufakis wirbt für «eine vereinigte und humanistische Linke in Europa, die den Menschen Hoffnung gibt». Dazu sei es wichtig, dass Marxisten mit Libertären, Grüne mit Progressiven der Mitte kooperierten. Eine Alternative zur herrschenden Politik, die immer tiefer in die ökonomische Krise führe und damit politische Geister der Vergangenheit heraufbeschwöre, werde aus vielen Farben bestehen müssen.

Bei der Entwicklung eines solchen Prozesses sind die linken europäischen Parteien derzeit, ob in der Europäischen Linken (EL) oder in der darüber hinausreichenden Parlamentsfraktion der Vereinten europäischen Linken/Nordischen Grünen Linken (GUE/NGL), mehrheitlich eher Sandkörner als Triebfedern im Getriebe. Während die EL schon seit längerem im politischen Winterschlaf verharrt und außer einigen Resolutionen eigentlich keine spürbaren Aktivitäten entwickelt, hat die GUE/NGL aufgrund der Heterogenität und eigentlichen Unvereinbarkeit der politischen Positionen, lang bestehenden Rivalitäten und mangelnder Bereitschaft, gemeinsam Lösungsansätze zu entwickeln, geringere bis gar keine Ausstrahlungskraft außerhalb der Mauern des Europäischen Parlaments.

Die wesentlichen Elemente einer gemeinsamen Strategie und Kampagne sind dabei nicht schwer zu finden: Eine Rückkehr zur Froschperspektive des Nationalstaats ist keine moderne linke Perspektive – weder in historischer, ökonomischer, ökologischer, humanitärer noch in friedenspolitischer und erst recht nicht in gesellschaftlicher Hinsicht. Sich auf eine die Menschen überzeugende und anziehende, europäische und vor allem parteiübergreifende Strategie zu verstän-

digen und damit den Grundstein für eine Bewegung zu legen mit dem Ziel, diese mehrheitsfähig – hegemonial – zu machen, ist sicher nicht einfach. Aber es ist, einmal mehr, die historische Berufung der gesellschaftlichen Linken.

Die Kernpunkte liegen auf der Hand und finden sich – in unterschiedlicher Akzentuierung – in diversen Schriften und Positionspapieren aus allen Parteienfamilien der gesellschaftlichen Linken in Europa:

- eine neue europäische Wirtschaftspolitik: investieren statt kaputtsparen und die ungleiche Entwicklung in den Mitgliedstaaten ausgleichen;
- eine europäische Beschäftigungspolitik: gute Arbeit fördern und schaffen, von der die Menschen eigenständig und frei von Armut leben können;
- eine wirkliche Sozialunion: Ausbau und Angleichung der sozialen Sicherheit mit Mindeststandards, die vor Armut schützen und eine umfassende öffentliche Daseinsvorsorge garantieren;
- die strikte politische Kontrolle der Finanzmärkte;
- eine koordinierte Steuerpolitik, ein gemeinsames Schuldenmanagement und die Wiederherstellung des Vorrangs der Politik vor der Wirtschaft;
- eine wirkliche Friedenspolitik: Abrüstung, Umstellung der Rüstungswirtschaft auf zivile Produktion und eine wirkungsvolle und nachhaltige Entwicklungspolitik;
- eine weitere Demokratisierung: die Stärkung des Europaparlaments, die Schaffung einer echten zweiten Kammer, direkt gewählt über die Regionen Europas, und die Wahl einer demokratisch kontrollierten, europäischen Regierung.

Es muss um ein Europa der solidarischen Regionen gehen, das sukzessive die geschaffene Konkurrenz der EU-Mitgliedstaaten – und damit letztlich die der Menschen – ersetzt. Dies mit politischen Maßnahmen zu untersetzen ist die jetzt anstehende Aufgabe von Verständigungsprozessen. Eine klare Konzeption, eine überzeugende Erzählung ist nötig, sonst wird der Prozess – und damit die Linke – zwischen den autoritär-neoliberalen Positionen (CDU/FDP) oder rechtsnationalen Standpunkten (AfD) zerrieben.

Das Gerüst dieses neuen sozialen wie solidarischen Europas ist und bleibt die Europäische Union. Hier liegt die Basis, auf der Veränderung erkämpft werden muss. Dies wird letztlich nicht ohne eine Anpassung der vertraglichen Grundlagen funktionieren. Die ersten Schritte jedoch lassen sich, politische Mehrheiten vorausgesetzt, schon heute und unter den gegebenen Umständen realisieren. Auch die bestehenden vertraglichen Grundlagen sind so beschaffen, dass sie politischen Gestaltungsspielraum geben. Es muss neben der oben skizzierten politischen Weichenstellung neu diskutiert werden, welche Kompetenzen auf welcher Ebene am besten angesiedelt sind. Sinnvoll wäre, den europäischen Gedanken und die EU wieder näher zu den Menschen zu bringen, ihnen in für sie überschaubaren Rahmen mehr Entscheidungen zu konkreten Umsetzungen zuzutrauen. Auf der europäischen Ebene dagegen müssen die Rahmenbedingungen verhandelt und für gleich welchen Politikbereich gemeinsam verabredet werden. Denn nur wenn für alle die gleichen Regeln gelten, kann dem Konkurrenz Europa wirksam der Kampf angesagt werden. Isolierte Währungsdiskussionen dagegen verschleiern eher die Sicht auf die dahinter liegenden Probleme, als dass sie sinnvoll etwas zur Lösung beitragen.

An diesen Punkten trennt sich übrigens auch die Spreu vom Weizen. Im Zweifel muss letztlich jenen Mitgliedstaaten, die am alten System der gegenseitigen Konkurrenz und

sozialen Abwärtsspirale festhalten wollen, die Tür gewiesen werden. Jene, die glauben, im nationalstaatlichen Rahmen mehr und besser gestalten zu können, müssen dies, wie nun Großbritannien, tun können. Niemand kann und sollte gezwungen werden, in der EU zu verbleiben. Eine solche Nachjustierung brächte allerdings tatsächlich einen neuen europäischen Mehrwert und könnte die Menschen in Europa wieder durch Taten überzeugen sowie an alte Versprechen von Frieden, Freiheit und Wohlstand für alle anknüpfen. Es geht also weder um mehr noch um weniger, es geht um ein anderes, ein besseres, ein soziales Europa.

Kurzfassung eines Beitrags für «Europe ... what's left? Die Europäische Union zwischen Zerfall, Autoritarismus und demokratischer Erneuerung», hrsg. von Mario Candeias und Alex Demirovic, Westfälisches Dampfboot, Münster 2017. Zum Weiterlesen: «Europe ... what's left? 22 Thesen zu einer linken Strategie in Europa», unter: www.rosalux.de/news/42376/europe-whats-left.html.

Thomas Händel (DIE LINKE) ist Mitglied des Europäischen Parlaments (Konföderale Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke) und stellvertretender Vorsitzender der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Frank Puskarev (DIE LINKE) leitet das Büro von Thomas Händel im Europäischen Parlament.

¹ Donald Tusk im Interview, Bild-Zeitung, 12.6.2016, unter: www.bild.de/politik/ausland/donald-tusk/unsere-feinde-werden-champagner-trinken-46262200.bild.html. ² Für die Entwicklungen in den europäischen Industrien vgl. Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche (WIIW): European Competitiveness Report. A «Manufacturing Imperative» in the EU – Europe's Position in Global Manufacturing and the Role of Industrial Policy, Wien 2013; Simonazzi, Annamaria/Ginsburg, Andrea/Novella, Gianluigi: Economic relations between Germany and southern Europe, Cambridge Journal of Economics 3/2013. ³ Ulrich Grillo zit. nach: Deutsche Welle, 21.3.2014. ⁴ Edward Bowles, Europe Standard Chartered Bank und Mitglied des TTIP-Beraterstabes der Europäischen Kommission, in einer EU/US-Konferenz im Europäischen Parlament 2014. ⁵ Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB): Mehr Jobs oder nur mehr schlechte Jobs? Die Entwicklung atypischer Beschäftigung in Europa, Berlin 2012, unter: https://bibliothek.wzb.eu/wzbbrief-arbeit/WZ-BriefArbeit132012_allmendinger_giesecke_hipp_leuze_stuth.pdf. ⁶ Eurostat: People at risk of poverty or social exclusion, unter: http://ec.europa.eu/eurostat/web/products-datasets/-/t2020_50. ⁷ Die Welt, 5.12.2013, unter: www.welt.de/wirtschaft/article122585467/Jeder-vierte-EU-Buerger-ist-von-Armut-bedroht.html. ⁸ Augstein, Jakob: Thank you!, in: Der Spiegel, 30.6.2016, unter: www.spiegel.de/politik/deutschland/brexit-die-eu-muss-sich-aendern-jakob-augstein-kolumne-a-1100552.html. ⁹ Juncker, Jean-Claude, u. a.: Die Wirtschafts- und Währungsunion Europas vollenden, Brüssel, 22.6.2015, unter: http://ec.europa.eu/priorities/publications/five-presidents-report-completing-europes-economic-and-monetary-union_de. ¹⁰ Ebd. ¹¹ Vgl. das Arbeitsprogramm der Kommission 2017 «Für ein Europa, das schützt, stärkt und verteidigt», Straßburg, 25.10.2016, unter: http://ec.europa.eu/atwork/key-documents/index_de.htm. ¹² Ebd. ¹³ Vgl. EuroMemo Group bzw. Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik unter: www.alternative-wirtschaftspolitik.de/index.html. ¹⁴ Vgl. DiEM25: Europa demokratisieren! Europa wird demokratisiert oder es wird zerfallen!, 22.2.2016, unter: <https://diem25.org/manifesto-lange-version/>. ¹⁵ Gabriel, Sigmar/Schulz, Martin: Europa neu gründen, 23.6.2016, unter: www.spd.de/aktuelles/detail/news/aufbruch-jetzt/23/6/2016/. ¹⁶ Varga, Janos/Veld, Jan in 't: The potential growth impact of structural reforms in the EU. A benchmarking exercise, Brüssel 2014, unter: www.researchgate.net/publication/280485955_The_potential_growth_impact_of_structural_reforms_in_the_EU_A_benchmarking_exercise. ¹⁷ Yanis Varoufakis, hier und im Folgenden zit. nach: Varoufakis für «eine große Allianz gegen Rechts», in: Neues Deutschland, 17.9.2016, unter: www.neues-deutschland.de/artikel/1025838.varoufakis-fuer-eine-grosse-allianz-gegen-rechts.html.

ISMAIL KÜPELI

MACHTERHALT UM JEDEN PREIS

**DIE AKP UNTER ERDOĞAN SETZT IN DER TÜRKEI WEITERHIN
AUF EINEN AUTORITÄREN KURS**

Seit den Parlamentswahlen am 7. Juni 2015 und dem zwischenzeitlichen Verlust der absoluten Mehrheit verfolgt die Regierungspartei AKP in der Türkei einen zunehmend autoritären Kurs gegenüber der Opposition und setzt auf eine Eskalation des Krieges gegen die kurdische Bewegung. Dieses Vorgehen sorgt auch außerhalb des Landes für großen Unmut. So fordert eine Resolution des Europaparlaments, die EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei einzufrieren. Allerdings ist das Verhalten der AKP kein Bruch mit ihrer vorangegangenen Politik, sondern deren Fortsetzung mit anderen Mitteln.

Seitdem die AKP vor inzwischen 14 Jahren in der Türkei die Regierung übernommen hat, ist ihre Politik daran ausgerichtet, ihren gesellschaftlichen Einfluss und ihre politische Führungsposition weiter auszubauen, – und zwar unter allen Umständen. Der AKP ging es und geht es zuallererst um den Machterhalt. Bei konkreten politischen Maßnahmen, der Mobilisierung von Wählergruppen oder der Auswahl ihrer Verbündeten verfolgt sie daher vor allem einen pragmatischen Ansatz und schert sich relativ wenig um moralische Überzeugungen und Werte. Dies haben politische BeobachterInnen und auch die Opposition in der Türkei zu spät erkannt – und manche Akteure unterliegen bis heute bei der Einschätzung der AKP immer noch fatalen Irrtümern.

So hat etwa die säkulare und kemalistische Opposition schon früh nach der Machtübernahme der AKP im Jahr 2002 diese angegriffen und ihr vorgeworfen, die Partei wolle die Türkei in einen islamistischen Staat verwandeln und habe vor, eine islamische Gesetzgebung (Schlagwort «Scharia») einzuführen. Aber auch diejenigen, die die AKP als demokratieförderlich eingeschätzt haben, lagen falsch. Viele Liberale, die sich in der Türkei gegen die säkulare und kemalistische Opposition und auf die Seite der Regierung stellten, weil sie die AKP als junge moderat-islamische Kraft begriffen, die es gegen die undemokratischen Staatseliten zu verteidigen galt, sollten diesen Irrtum in späteren Jahren teuer bezahlen.

DIE ERSTEN JAHRE DER AKP-HERRSCHAFT

Nach dem Regierungsantritt der AKP 2002 kam es in der Türkei zunächst zu einer ganzen Reihe von innen- und außenpolitischen Kursänderungen. Es gab vorsichtige erste Schritte in Richtung einer friedlichen Lösung des «Kurdenkonflikts», und auch im Prozess der Annäherung an die Europäische Union schienen Fortschritte möglich zu sein. Insbesondere

den Wunsch der AKP-Regierung nach einem möglichst schnellen EU-Beitritt der Türkei sahen viele als eine Art Hebel, um innenpolitische Reformen durchzusetzen. Die Hoffnung war, dass die EU die Einführung und Einhaltung demokratischer und menschenrechtlicher Mindeststandards verlangen und die AKP-Regierung diesen Forderungen graduell nachkommen würde, um für ihr Land den Status eines Beitrittskandidaten zu erlangen.

Es gab zwar schon früh kritische Stimmen, die auf die autoritären Tendenzen der AKP-Regierung hinwiesen und ebenfalls bemerkten, dass die EU stärker ihre eigenen politischen und ökonomischen Interessen verfolgt und sich weniger um die Umsetzung von Demokratie und Menschenrechten kümmert. Aber es war leicht, diese Stimmen selbst als einseitig und interessegeleitet abzutun. Dies lag zum Teil auch an der Rhetorik, wonach die AKP einen islamistischen Staat in der Türkei anstrebe. Als eine Entwicklung in diese Richtung in der ersten Amtszeit ausblieb, schien es so, als sei die kemalistische Opposition selbst ideologisch verblendet. Damit wurde die Kritik an der AKP-Regierung insgesamt diskreditiert. In dem sich damals anbahnenden Machtkampf zwischen der AKP-Regierung und den Kemalisten setzten dann viele Liberale und auch Angehörige von Minderheiten auf die AKP und versprachen sich von ihr eine Politik der Demokratisierung und Aussöhnung.

MACHTSICHERUNG UND AUSSCHALTUNG DER OPPOSITION

Was der AKP-Regierung bei ihrem Machtkampf zugutekam, war, dass auch ihre GegnerInnen von vielen gesellschaftlichen Gruppen aus unterschiedlichen Motiven abgelehnt wurden. So stießen die zahlreichen Festnahmen von kemalistischen und nationalistisch gesinnten PolitikerInnen, Mili-

tärangehörigen, Intellektuellen und JournalistInnen im Rahmen des Ergenekon-Prozesses¹ ab 2007 lange Zeit auf wenig Protest. Es kam erst dann zu vermehrter Kritik, als nicht mehr zu übersehen war, dass die AKP-Regierung diesen Prozess dazu nutzte, um RegimegegnerInnen zu inhaftieren. Bis heute fehlen Beweise dafür, dass die Betroffenen tatsächlich Teil einer nationalistischen Verschwörung waren und einen Putsch geplant hatten. Viele der Angeklagten wurden mittlerweile freigesprochen. Ab 2009 kam es zu einer zweiten Repressionswelle, dieses Mal gegen vermeintliche Mitglieder der PKK-nahen Organisation Koma Civakên Kurdistan (KCK).² Mit diesen Schauprozessen und einer gut dosierten Repressionswelle konnte die AKP-Regierung in den Jahren 2007 bis 2013 ihre politischen GegnerInnen erfolgreich in Schach halten, weil viele in dieser Zeit mehr mit ihrer Verteidigung vor Gericht beschäftigt waren als mit Oppositionsarbeit.

Gleichzeitig hat es die AKP geschafft, sich seit 2002 eine stabile Massengrundbasis aufzubauen, im Gegensatz zu vielen anderen Regierungsparteien in der türkischen Geschichte. Etwa 40 Prozent der Bevölkerung wählt seit 2002 recht konstant die AKP, weil sie das Gefühl haben, dass die Regierungspartei ihnen Wohlstand garantiert und Orientierung gibt. Unter der AKP-Regierung ist eine konservative Mittelklasse entstanden, die sehr an Stabilität interessiert ist und diese Stabilität mit der AKP verbindet. Aber auch Teile der ärmeren Schichten unterstützen die AKP, nicht zuletzt, weil die Partei diejenigen Wahlbezirke mit dem Bau von Schulen und Straßen «belohnt», in denen sie viele Stimmen erhält. Zudem kann sich die AKP auf die Unterstützung derjenigen Kreise verlassen, die sich eine stärker religiös geprägte Gesellschaft wünschen. Sie hat es vermocht, die verschiedenen Gruppen ihrer AnhängerInnen recht geschickt durch staatliche Zuwendungen an sich zu binden. Mit ihrer islamisch-konservativen Gesellschaftspolitik hat sie in den staatlichen und nicht staatlichen Bildungs- und Sozialeinrichtungen eine ganze Generation geprägt, deren Weltanschauung regierungskonform ist. Diese gesellschaftliche Wende hat die AKP im Übrigen in enger Partnerschaft mit der islamischen Gülen-Bewegung organisiert und vollzogen, die jetzt von der AKP-Regierung zum Urheber des Putschversuchs vom 15. Juli 2016 erklärt worden ist.

Der AKP ist es also gelungen, die innenpolitische Opposition einzudämmen und ihre eigene gesellschaftliche Machtbasis immer weiter auszubauen. Zwischen 2002 und 2015 hat sie bei den Parlamentswahlen jeweils so viele Stimmen erhalten, dass sie ohne Koalitionspartner regieren konnte. Spätestens seit den Jahren 2009/10 zeichnete sich ab, dass ihr aus dem Parlament heraus keine Gefahr mehr drohte.

WAFFENRUHE AN DER «KURDISCHEN FRONT»

Nachdem die AKP ihre Macht im Staatsapparat abgesichert hatte, machte sie sich ab 2009 daran, die einzige weiterhin sichtbare Bedrohung im eigenen Land zu beseitigen: die kurdische PKK. Misserfolge bei der Bekämpfung der PKK hatten in den 1990er Jahren immer wieder zum Sturz von Regierungen geführt – diesem Schicksal wollte die AKP entgehen. Ausgestattet mit einem Gefühl der Überlegenheit – nicht gänzlich unbegründet angesichts der Schwäche der parlamentarischen Opposition und der großen Unterstützung, die sie selbst in der türkischen Bevölkerung genießt – ging die AKP davon aus, dass, wenn sie der kurdischen Seite ein Friedensangebot unterbreiten würde, diese dem Angebot unter allen Umständen zustimmen müsse. Da die kurdi-

sche Zivilbevölkerung massiv unter dem schmutzigen Krieg der 1990er Jahre gelitten und diesen noch nicht vergessen hatte, nahm die AKP-Führung an, dass die kurdische Seite alles unternehmen würde, um eine Rückkehr zum offenen bewaffneten Kampf zu vermeiden. So begannen 2009, eingefädelt vom türkischen Geheimdienst MIT, inoffizielle Verhandlungen mit der PKK, während derer die Regierung die Repression gegenüber der kurdischen Bewegung und Zivilgesellschaft jedoch fortsetzte. So blieben beispielsweise kurdische Abgeordnete, die im Zuge der KCK-Prozesse verurteilt worden waren, weiterhin in Haft und konnten so ihr politisches Mandat nicht wahrnehmen.

Zuerst sah es danach aus, als würde sich die PKK doch nicht auf das «Friedensangebot» der Regierung einlassen. In den Jahren 2009 bis 2013 kam es immer wieder zu Gefechten zwischen der türkischen Armee und der PKK, die zahlreiche Tote auf beiden Seiten und viele zivile Opfer forderten. Erst der Beginn direkter Verhandlungen mit dem inhaftierten PKK-Anführer Abdullah Öcalan im Winter 2012 brachte spürbare Resultate. Nachdem die AKP-Regierung die Anerkennung der kurdischen Bevölkerung, ihre rechtliche Gleichstellung und ihre politische Beteiligung in Aussicht gestellt hatte, erfolgte 2013 ein Teilrückzug der PKK-KämpferInnen aus der Türkei nach Nordirak. Die Zahl der militärischen Zusammenstöße ging deutlich zurück. Allerdings blieb es bei einer relativen Waffenruhe, zu einem wirklichen Friedensprozess ist es nie gekommen.

Ein grundsätzliches Problem ist die Forderung der AKP-Regierung, die PKK müsse alle ihre Waffen abgeben, bevor offiziell verhandelt wird. Würde sich diese darauf einlassen, käme das aus ihrer Sicht einer Kapitulation gleich. Dazu ist die PKK bis heute nicht bereit. Ein weiteres Hindernis ist die Politik der Türkei gegenüber der autonomen Region Rojava im Norden von Syrien. In Rojava dominieren PKK-nahe kurdische Kräfte und deswegen hat die Türkei, seitdem diese Kräfte 2012 dort Selbstverwaltungsstrukturen etablieren konnten, über eine Grenzblockade und die Unterstützung von syrischen und anderen arabischen Gegenkräften versucht, diese Strukturen zu zerschlagen oder zumindest zu schwächen. In gewisser Weise tragen die Türkei und die PKK in Rojava einen Stellvertreterkrieg aus.

Trotzdem war der Frieden in der Türkei noch nie so nah wie im Zeitraum 2013 bis 2015. Allerdings war es der AKP-Regierung weder gelungen, die PKK so weit zu schwächen, dass sich diese den Bedingungen der AKP unterworfen hätte, noch war die AKP tatsächlich dazu bereit gewesen, sich auf einen «gerechten Frieden» mit der PKK einzulassen.

MACHTKAMPF IM STAATSAPPARAT

Während Verhandlungen eine Zeitlang für Ruhe an der «kurdischen Front» sorgten, entstand an einer unerwarteten Stelle eine ernsthafte Bedrohung der AKP-Macht. Nachdem die AKP gemeinsam mit der islamischen Gülen-Bewegung mehr als zehn Jahre lang den Staatsapparat beherrscht und die alten Eliten aus Justiz, Polizei und Armee zum Großteil verdrängt hatte, kam es Ende 2013 zu einem ernsthaften Zerwürfnis. Die Gründe hierfür sind nicht ideologischer Natur, sie basieren nicht auf Wertekonflikten. Beide Parteien zielen auf eine islamisch-konservative Gesellschaft ab, wobei weiterhin nur die türkische Bevölkerung die eigentliche Staatsnation bilden soll. Beide stehen der kurdischen Bewegung feindselig gegenüber. Zerstritten haben sich die ehemaligen Bündnispartner vielmehr an der Frage, wer nach der erfolgreichen Eroberung

der Staatsmacht welchen Anteil an Posten und Ressourcen erhalten soll. Da beide Seiten, die AKP und die Gülen-Bewegung, ähnlich antidemokratisch gesinnt sind, mussten sie zudem immer befürchten, dass die andere Seite irgendwann versuchen würde, sie mit repressiven Mitteln zu entmachten.

Nachdem es den beiden Kräften nicht gelungen war, einen Kompromiss zu finden, eskalierte der Konflikt. Im Dezember 2013 holte die Gülen-Bewegung über ihre Anhänger innerhalb der Justiz und der Polizei zu einem Schlag gegen die AKP aus und ließ 80 AKP-nahe Personen wegen Korruption festnehmen, darunter die Söhne von drei AKP-Ministern. Die AKP-Führung reagierte mit der Strafversetzung von Polizeipräsidenten und mit der Entlassung der für die Festnahmen verantwortlichen Staatsanwälte. Damit war der Machtkampf offen entbrannt. Den vorläufigen Sieg sollte die AKP-Regierung davontragen: Ende des Jahres 2014 war der Staatsapparat von allen bekannten Netzwerken der Gülen-Bewegung «gesäubert» worden. Die Gülen-Bewegung stellte für die AKP-Führung keine ernsthafte Bedrohung mehr dar. Zumindest schien es so.

VERLUST DER REGIERUNGSMehrheit UND RÜCKKEHR DES KRIEGES

Währenddessen hatte der sogenannte Friedensprozess in der Türkei zu einer Entwicklung beigetragen, die von der AKP-Regierung weder so vorhergesehen worden war noch ihren Vorstellungen entsprach. Die kurdische Bevölkerung hatte damit begonnen, stärker als zuvor auf demokratische und zivilgesellschaftliche Bewegungen zu setzen. Dies hat die *Bariş ve Demokrasi Partisi* (BDP) gestärkt und zu einem Bündnis zwischen ihr und zahlreichen kleineren linken Parteien und Organisationen geführt, woraus schlussendlich die *Halkların Demokratik Partisi* (HDP) entstanden ist, mit der Absicht, diese zu einer Interessenvertretung der kurdischen Bevölkerung im türkischen Parlament zu machen. In Zukunft sollte der Konflikt zwischen dem türkischen Zentralstaat und der kurdischen Bevölkerung nicht länger über Waffen, sondern über politische Debatten ausgetragen werden. Zusätzlich hatte die HDP auch in der Westtürkei an Unterstützung gewonnen, vor allem von denjenigen linken und liberalen Kreisen, die in einer zivilen Partei wie der HDP eine Garantin für den Weg hin zum Frieden sahen.

Als diese dann bei den Wahlen am 7. Juni 2015 mit einem Ergebnis von 13 Prozent der Stimmen überraschend deutlich die Wahlhürde für das nationale Parlament überwand, begriff die AKP-Führung, dass der «Friedensprozess» für sie nicht mehr zweckmäßig war. Ganz im Gegenteil: Der Erfolg der HDP hatte dazu geführt, dass die AKP zum ersten Mal seit 2002 über keine absolute Mehrheit mehr im Parlament verfügte. Dies war für die machtwortwöhnte AKP-Führung anscheinend nicht hinnehmbar. Statt ernsthafte Koalitionsgespräche zu führen, wurde alles getan, um Neuwahlen herbeizuführen und die innenpolitische Lage eskalieren zu lassen, um damit den Aufstieg der kurdischen Oppositionspartei zu stoppen. Er erneutes Aufflammen des kriegesischen Konflikts zeichnete sich ab, es brauchte nur noch einen Auslöser.

Am 20. Juli 2015 fand in der türkischen Stadt Suruç in der Nähe der syrischen Grenze ein Anschlag auf eine Gruppe von HelferInnen statt, die auf dem Weg nach Kobane in Rojava waren. Dieser Anschlag wurde dem «Islamischen Staat» zugeschrieben, aber viele gehen von einer Beteiligung des türkischen Geheimdienstes oder zumindest von dessen be-

wusster Duldung aus. Als PKK-nahe Kräfte auf das Attentat mit der Ermordung zweier türkischer Polizisten reagierten, diente dies der türkischen Regierung als Rechtfertigung für Luftangriffe auf die PKK-Stellungen im Nordirak. Damit war der «Friedensprozess» endgültig gestorben.

In den folgenden Monaten wütete ein brutaler Krieg in den kurdischen Städten im Südosten des Landes, in dem über 8.000 Menschen getötet und über 400.000 Menschen vertrieben wurden. Jegliche Hoffnungen der kurdischen Bevölkerung auf eine friedliche Lösung des Konfliktes wurden zerschlagen. Der Krieg hatte sie vor die Wahl gestellt, sich zu fügen oder Widerstand zu leisten. Die AKP jedoch konnte von alledem profitieren. Aus den vorgezogenen Parlamentswahlen am 1. November 2015 ist sie erneut als eindeutig stärkste politische Kraft (49,5 Prozent aller Stimmen, 317 von 550 Sitzen) hervorgegangen und kann seitdem wieder allein regieren. Mit dem Krieg hat die AKP-Regierung ebenfalls die Unterstützung der türkischen Rechten und Nationalisten, wie etwa der *Milliyetçi Hareket Partisi* (MHP), gewonnen, die ohnehin schon immer für eine «militärische Lösung der Kurdenfrage» waren.

PUTSCHVERSUCH VOM 15. JULI 2016 UND «STAATSTREICH» DER AKP

In den Jahren nach 2007 war die Gefahr eines Militärputsches weitgehend gebannt gewesen, weil die AKP es geschafft hatte, die Armeeführung unter ihre Kontrolle zu bringen. Als es am 15. Juli 2016 dennoch wieder zu einem militärischen Aufstand gegen die Zivilregierung kam, zeigt sich recht bald, dass die Putschisten nicht ausreichend Unterstützung in den eigenen Reihen und in anderen Sicherheitsorganen mobilisieren konnten. Die Armeeführung verweigerte sich ebenfalls dem Putschversuch. Nach wenigen Stunden war der Aufstand niedergeschlagen und die Putschisten mussten aufgeben. Die AKP-Regierung unter der Führung von Erdoğan nutzte den fehlgeschlagenen Militärcoup nun zu einem Gegenschlag. Sie verhängte den Ausnahmezustand, zunächst für drei Monate, inzwischen ist er um drei Monate verlängert worden. Es ist davon auszugehen, dass weitere Verlängerungen folgen werden. Das erlaubt es, die Bürgerrechte massiv einzuschränken und mittels Verordnungen am Parlament vorbei zu regieren. Erdoğan's Ziel scheint es zu sein, den Staatsapparat von allen AKP-feindlichen Kräften zu säubern und seine Machtposition durch die Einführung eines sogenannten Präsidialsystems noch weiter auszubauen. Man hat bereits über 115.000 Staatsbedienstete entlassen. Mehr als 78.000 Menschen wurden festgenommen, über 37.000 von ihnen sitzen in Haft. Menschenrechtsorganisationen berichten von Folter an gefangen genommenen Putschisten. Mehr als 2.100 Vereine, Gewerkschaften, Schulen, Stiftungen etc. sind von staatlicher Seite verboten bzw. geschlossen worden. Auch die Angriffe auf die prokurdische und links ausgerichtete HDP, die bei den Wahlen im November 2015 erneut mit 10,8 Prozent der Stimmen in die türkische Nationalversammlung einziehen konnte, haben seit dem gescheiterten Putsch noch einmal deutlich zugenommen.

DIE HDP SOLL ZUM SCHWEIGEN GEBRACHT WERDEN

Für die AKP stellt die HDP mit ihrer parlamentarischen Präsenz und ihrer grundsätzlichen Oppositionshaltung gegenüber zahlreichen Regierungsprojekten mehr als nur ein großes Ärgernis dar. Spätestens seit ihrem Wahlerfolg im Juni

2015, als sie eine absolute Mehrheit der AKP verhindern konnte, ist sie zum Ziel staatlicher Repression geworden. Seit Beginn des Krieges gegen die kurdische Bewegung Ende Juli 2015 wurden Hunderte PolitikerInnen und AktivistInnen sowie über 40 BürgermeisterInnen, die der HDP angehören, festgenommen. Die Festnahme der beiden Parteivorsitzenden (Selahattin Demirtas und Figen Yüksesdag) und zehn weiterer Abgeordneter der HDP am 4. November 2016 war dann eine neue Stufe der Eskalation. Die Haftbefehle wurde damit begründet, dass die PolitikerInnen der Ladung der Polizei, zu Terrorismusvorwürfen auszusagen, nicht nachgekommen waren.

Bereits Ende Mai 2016 hatte das türkische Parlament die Immunität aller 59 HDP-Abgeordneten aufgehoben, und zwar mit Zustimmung der MHP und CHP. Während die nationalistische und rechte MHP aus Überzeugung heraus die antikurdische Linie der AKP unterstützt, gibt es in der kemalistischen CHP zumindest Bedenken, weil der autoritäre Kurs der AKP irgendwann auch die Existenz der eigenen Organisation gefährden könnte. Dennoch hat es die größte türkische Oppositionspartei bis heute nicht geschafft, sich gegen die Angriffe auf die HDP zu stellen – von einem Bündnis mit linken und kurdischen Kräften zur Rettung der Demokratie in der Türkei ganz zu schweigen.

Unmittelbar nach Aufhebung der Immunität erhob die Staatsanwaltschaft gegen viele HDP-Abgeordnete Anklage wegen «Mitgliedschaft in einer terroristischen Organisation» oder wegen «Propaganda zugunsten einer terroristischen Vereinigung». Hintergrund sind politische Äußerungen der HDP wie etwa die von ihnen aufgestellten Forderungen nach Stärkung kommunaler Strukturen und nach Einführung eines föderalen Systems. Aus diesen hat man flugs einen Straftatbestand gebastelt: Separatismusbestrebungen und Unterstützung der PKK. In einem funktionierenden Rechtsstaat dürfte eine solche Umdeutung von politischen Forderungen nach Dezentralisierung und mehr Demokratie in «Unterstützung von Terrorismus» keinen Bestand haben. Allerdings dient in der Türkei die Justiz, wie auch andere Teile des Staatsapparates, vor allem den politischen Zielen und dem Machterhalt der AKP-Regierung. Politisch motivierte Verfahren in der Vergangenheit wie etwa die KCK-Prozesse gegen Linke und KurdInnen seit 2009 zeigen, dass der Staat auch ohne wirkliche Beweise über viele Jahre unschuldige Menschen verfolgen, vor Gericht zerrren und inhaftieren kann. Mit der Festnahme der HDP-Führung ist die Absicht verbunden, deren Anhängerschaft einzuschüchtern und die einzige linke und prokurdische Stimme im türkischen Parlament zum Schweigen zu bringen. Die Festnahme wird auch von vielen als ein Signal dafür verstanden, dass in Zukunft kaum mehr eine zivilgesellschaftliche und politische Betätigung von KurdInnen geduldet werden wird.

DIE TÜRKEI AUF DEM WEG IN DIE AUTOKRATIE?

Der anhaltende Ausnahmezustand hilft der AKP-Führung zudem dabei, andere lang gehegte kontroverse Gesetzesvorhaben endlich ohne größere politische oder gesellschaftliche Auseinandersetzungen durchzubringen. Am 10. Dezember ist von der AKP ein Entwurf zu einer umstrittenen Verfassungsreform, die Voraussetzung für die Einführung eines Präsidialsystems in der Türkei wäre, ins Parlament eingebracht worden. Die Reform sieht vor, das Amt des Ministerpräsidenten abzuschaffen und einen Großteil von dessen Kompetenzen auf den Staatspräsidenten zu übertragen.

Zukünftig könnte Erdoğan direkt die Minister ernennen und dauerhaft über Dekrete, die Gesetzeskraft haben, aber nicht der Zustimmung des Parlaments bedürfen, regieren. Bereits nach dem gescheiterten Militärputsch im Sommer hatte die AKP Verhandlungen mit der MHP über diese Reform aufgenommen und sich deren Zustimmung gesichert. Es ist wohl beabsichtigt, im Frühjahr ein Referendum über die Verfassungsänderung anzusetzen. Dafür reichen 330 Stimmen.

Das heißt, die AKP-Regierung wird den Weg, den sie nach den Wahlen im Juni 2015 eingeschlagen hat, nämlich hin zu einem autoritären Präsidialsystem mit einer formaldemokratischen Fassade, weitergehen. Es ist kaum zu erwarten, dass die Abstimmung im Parlament und das geplante Referendum nicht im Sinne der Regierungspartei ausgehen werden. Derzeit scheinen nur noch zwei Faktoren eine Gefahr für die AKP darzustellen. Zum Ersten ist absehbar, dass der Krieg gegen die PKK militärisch langfristig nicht erfolgreich sein wird. Trotz der massiven Angriffe auf die kurdischen Städte sowie der Tötung und Vertreibung so vieler Menschen sieht es nicht danach aus, dass die militärische Kraft der PKK nachgelassen hat. Zudem wird der sogenannte Kurdenkonflikt durch die massiven Angriffe auf die HDP noch weiter angeheizt werden, war diese doch unter anderem mit dem Anspruch angetreten, der ethnischen Spaltung des Landes entgegenzuwirken. So wird ein friedliches Zusammenleben von TürkInnen und KurdInnen immer weniger vorstellbar. Zum Zweiten droht der Türkei eine heftige ökonomische Krise, sollte irgendwann die Blase des kreditfinanzierten Wachstums zerplatzen. Der Wertverlust der türkischen Lira gegenüber US-Dollar und Euro ist ein erstes Anzeichen für diese Gefahr. Genau diese beiden Faktoren waren es, die in den 1990er Jahren die damaligen Regierungsparteien zur Fall brachten, was wiederum zur Gründung der AKP und zu deren Aufstieg an die Macht führte. Ob sich die Geschichte wiederholen wird, lässt sich derzeit noch nicht absehen.

Ismail Küpeli ist Politikwissenschaftler und Publizist. Er promoviert zurzeit an der Ruhr-Universität Bochum zum Thema kurdische Aufstände in der Türkei.

¹ Der Ergenekon-Prozess richtete sich gegen eine angebliche Verschwörung von türkischen Nationalisten und Militärangehörigen, die versucht haben sollen, die AKP-Regierung gewalttätig zu stürzen. Über 250 Personen wurden 2013 zu langjähriger Haft verurteilt, allerdings wurden alle Strafen im April 2016 vom Obersten Gericht aufgehoben und das Verfahren eingestellt. ² Die KCK ist ein Dachverband, in dem die PKK und PKK-nahe Organisationen aus Syrien, Irak und Iran zusammengeschlossen sind. Maßgeblich ist allerdings die PKK selbst, weswegen KCK und PKK oft gleichgesetzt werden.

JÖRN BOEWE

«ARBEITEN 4.0» – AGENDA-BUILDING FÜR EINE NEUE FLEXIBILISIERUNGSOFFENSIVE

Mit ihrem Ende November 2016 vorgelegten «Weißbuch Arbeiten 4.0» findet ein anderthalb Jahre währender, vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales organisierter sogenannter Dialogprozess seinen vorläufigen Abschluss. Ziel war die Erstellung eines Leitbildes für die Arbeitswelt der Zukunft und die Vorbereitung eines «neuen gesellschaftlichen Flexibilitätskompromisses». Jenseits blumiger Projektionen auf künftige Chancen für den Wirtschaftsstandort Deutschland und neuer Freiheiten für die «Work-Life-Balance» der Beschäftigten ist dabei eine klare Agenda erkennbar: Durch Tarifverträge und Betriebsvereinbarungen soll künftig vom Arbeitsrecht, vor allem vom Arbeitszeitgesetz, abgewichen werden können – und zwar zulasten der ArbeitnehmerInnen.

«Flexibilität», so Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) bei der Vorstellung des «Weißbuches Arbeiten 4.0» Ende November in Berlin, «wird im 21. Jahrhundert wohl das Konfliktthema schlechthin.» Es spricht einiges dafür, dass die Ministerin mit dieser lapidaren Feststellung richtigliegt. «Mit «Arbeiten 4.0» werfen wir einen Blick in die Arbeitswelt von heute, aber auch von morgen und übermorgen»,¹ hatte sie bereits im Frühjahr 2015 in einem «Grünbuch» geschrieben, das den Prozess eröffnet hatte. Man wolle «einen breiten Dialog darüber in Gang setzen, wie wir arbeiten wollen und welche Gestaltungschancen es für Unternehmen, Beschäftigte, Sozialpartner und Politik gibt.» Erklärtes Ziel sei es, »einen neuen sozialen Kompromiss« zu entwickeln, «der Arbeitgebern wie Arbeitnehmern nützt. Etwa indem wir gemeinsam mit den Sozialpartnern Wege finden, wie Beschäftigte ihre jeweiligen Arbeitszeitwünsche auch umsetzen können. Indem wir einen Ausgleich herstellen zwischen den Flexibilitätsanforderungen der Unternehmen und den Bedürfnissen der Beschäftigten.»²

Die Notwendigkeit, «die Interessen von Unternehmen und Beschäftigten in einem neuen Flexibilitätskompromiss auszutarieren»,³ ergibt sich in der Argumentation des Arbeiten-4.0-Diskurses geradezu zwingend aus der Globalisierung der Wirtschaft und aus den technologischen Veränderungen, die wahlweise mit den Begriffen «Digitalisierung» oder «Industrie 4.0» beschrieben werden. Als weitere treibende Faktoren werden die demografische Entwicklung und der «kulturelle Wandel» von Lebensstilen und Werten genannt.⁴ Konkrete Ideen, wie der ominöse «neue Flexibilitätskom-

promiss» wohl aussehen könnte, fand man im «Grünbuch» kaum. Auch das gehört wohl zur Inszenierung «ergebnisoffener Dialogprozesse». Erst im Laufe des Jahres 2016 verdichtete sich in der öffentlichen Wahrnehmung, worauf es hinauslief: Der Schutzstandard des Arbeitszeitgesetzes soll künftig – über die schon bestehenden recht umfangreichen Möglichkeiten hinaus – durch Tarifverträge und Betriebsvereinbarungen unterlaufen werden können. «Nicht immer entspricht das Korsett des Arbeitszeitrechts den spezifischen Bedürfnissen bestimmter Betriebe oder Beschäftigter», so die Ministerin in einem Gastbeitrag für die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* am 21. Juni 2016. «Hier könnte der gesetzliche Rahmen etwas erweitert werden, unter der Voraussetzung «ausgehandelter Flexibilität», die einen Tarifvertrag und eine Betriebsvereinbarung voraussetzt.»⁵ Im November veröffentlichten Weißbuch heißt es nun, man wolle künftig «ein Mehr an Regelungsmöglichkeiten an das Bestehen von Tarifverträgen knüpfen».⁶

Tatsächlich zeigt sich hier die gleiche Handschrift wie schon bei der Novellierung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes: So wie dort die Höchstüberlassungsdauer von LeihwerkerInnen ausgeweitet oder der Zeitpunkt, ab dem Anspruch auf *equal pay* besteht, über die gesetzliche Obergrenze hinausgezögert werden kann,⁷ sollen nun Mindeststandards bei Arbeits-, Pausen- und Ruhezeiten gelockert werden. Schon 2017 soll es mit einer zweijährigen «Experimentierphase» losgehen – natürlich: «wissenschaftlich begleitet, tarifvertraglich abgesichert».⁸ Gesetzlichen Schutz für Beschäftigte durch Tarifverträge prinzipiell zur Disposi-

tion zu stellen und das dann auch noch als Stärkung von Tarifautonomie und Mitbestimmung zu verkaufen, scheint zum Markenzeichen der Amtszeit von Andrea Nahles als Bundesarbeitsministerin zu werden.⁹

MYTHOS TECHNOLOGISCHER SACHZWANG

Die Fragestellungen des Grünbuches folgen einer Erzählung, nach der die «Digitalisierung der Arbeit», mitunter auch als «vierte industrielle Revolution» (Industrie 4.0) bezeichnet, durch enorme «Chancen» für Unternehmen, Beschäftigte und den Wirtschaftsstandort Deutschland schlechthin gekennzeichnet sei, die man nicht durch das Festhalten am derzeitigen Arbeitszeitregime verspielen dürfe. «Der starre Acht-Stunden-Tag passt nicht mehr ins digitale Zeitalter, wir wollen mehr Beweglichkeit»,¹⁰ erklärte Ingo Kramer, Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, im Dezember 2015. Zentrale Forderung der Arbeitgeber ist die Abschaffung der Obergrenzen für die tägliche Arbeitszeit im deutschen Arbeitszeitgesetz – stattdessen soll künftig nur noch ein wöchentliches Limit von 48 Stunden gelten. Darüber hinaus soll die vorgeschriebene Ruhezeit von elf Stunden zwischen zwei Arbeitstagen abgeschafft oder zumindest aufgeweicht werden. Generelle Linie ist die Lockerung gesetzlicher Beschränkungen und die Schwächung betrieblicher Mitbestimmung zugunsten von individuellen Vereinbarungen mit einzelnen Beschäftigten.¹¹ Bei allen Nuancen in der Argumentation leiten sowohl die Unternehmervertreter als auch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) die Notwendigkeit einer weiteren Flexibilisierung des Arbeitszeitregimes unmittelbar aus der Digitalisierung ab. Doch ob für den behaupteten Flexibilisierungsbedarf wirklich technische Gründe ursächlich sind, darf bezweifelt werden. Die vermeintliche Kausalkette «Digitalisierung erfordert Flexibilisierung» wird nirgends schlüssig begründet, sondern einfach als Selbstverständlichkeit in den Raum gestellt.

Technologische oder prozesstechnische Gründe für Abweichungen vom Normalarbeitstag sind ein altes Phänomen: Damit er morgens frische Brötchen verkaufen kann, muss der Bäcker nachts in der Backstube stehen. Hochöfen im Stahlwerk dürfen während des kompletten Verhüttungsvorgangs nicht erlöschen und müssen über mehrere Tage rund um die Uhr mit Erz und Koks beschickt werden, was ohne Schichtbetrieb nicht zu machen ist. Es ist nicht erkennbar, wo der Einsatz von Bürocomputern, Internet, mobilen Endgeräten, RFID-Chips oder 3-D-Druckern etwas Vergleichbares erfordern würde. Die Motive zur Flexibilisierung und Verlängerung von Arbeitszeiten im Zuge der Digitalisierung sind gerade nicht technischer, sondern betriebswirtschaftlicher Natur: Damit sich die hohen Investitionen rentieren, sollen teure Maschinen und Anlagen möglichst lange laufen. Beispielhaft hierfür stehen die Ausnahmegenehmigungen für die Einführung regulärer Zwölf-Stunden-Schichten in der ostdeutschen Solarindustrie, wie sie vor wenigen Jahren in der inzwischen weitgehend unter internationalem Konkurrenzdruck zusammengebrochenen Branche gang und gäbe waren. Die Begründung für diese Ausnahmen, wie sie etwa das Brandenburgische Arbeitsministerium 2012 auf Nachfrage gab, liest sich stellenweise wie ein Working Paper für den Arbeiten-4.0-Diskurs: (angebliche) technologische Notwendigkeit plus (vermeintlicher) Freiheitsgewinn für die Beschäftigten.¹²

ENTGRENZUNG VON ARBEIT

Internet, Cloudspeicher und mobile Endgeräte schaffen für bestimmte Berufsgruppen neue Möglichkeiten der Entkopplung der räumlichen und daraus folgend auch der weiteren zeitlichen Entgrenzung von Arbeit. Ein größerer Teil der üblichen Tätigkeiten in Bereichen wie Vertrieb, Verwaltung und Entwicklung kann heute auch außerhalb des klassischen Betriebs oder der Dienststelle erledigt werden – ob im Home-Office oder beispielsweise während einer Bahnfahrt. Für die Mehrzahl der Arbeitsplätze in Deutschland gilt dies jedoch bislang nicht. Nach Untersuchungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) gaben 2014 rund 60 Prozent aller abhängig Beschäftigten an, dass bei ihrer Tätigkeit an Heimarbeit nicht zu denken sei. Immerhin: 40 Prozent hielten sie für «denkbar». Tatsächlich nutzten sie jedoch nur zwölf Prozent «überwiegend oder gelegentlich», nur ein verschwindend kleiner Teil arbeitete ausschließlich zu Hause. Deutlich wird bei der DIW-Studie aber auch: Prinzipiell würde eine Mehrheit der Beschäftigten – nämlich zwei Drittel derer, bei denen dies der Charakter des Arbeitsplatzes im Prinzip erlaubt – gern gelegentlich von der Möglichkeit der Heim- oder Mobilarbeit Gebrauch machen. In den meisten Fällen scheidet dieser Wunsch an den Arbeitgebern.¹³ Ob die Möglichkeit der (teilweisen) räumlichen Entkopplung der Arbeit von der Betriebsstätte für die Beschäftigten in der Praxis eher einen Zugewinn oder einen Verlust von Freiheit bedeutet, ist aber keine technische Frage. Es ist eine Frage von Aushandlungsprozessen, die auf verschiedenen Ebenen stattfinden können: auf der politisch-gesellschaftlichen, konkret etwa der gesetzgeberischen, auf der Ebene von Tarifverträgen und Betriebsvereinbarungen oder letztlich individuell zwischen dem oder der einzelnen Beschäftigten und dem Unternehmen. Spätestens an dieser Stelle sollte klar sein, dass diese Aushandlung kein herrschaftsfreier Diskurs ist, sondern in einem Kraftfeld gesellschaftlicher Machtverhältnisse stattfindet, in dem die Ressourcen sehr ungleich verteilt sind.

Was unter dem Schlagwort «Zeitsouveränität» als Fortschritt verkauft wird, kann sich so schnell ins genaue Gegenteil verkehren: «Heimarbeiter kommen oft auf weit überdurchschnittlich lange Arbeitszeiten, und nicht selten leisten sie unbezahlte Mehrarbeit», schreibt Karl Brenke, Referent am DIW. Dass geleistete Mehrarbeit nicht erfasst, vergütet oder durch Freizeitausgleich abgegolten wird, ist bei der Heim- oder Mobilarbeit demnach die Regel.¹⁴ Doch das Ausufern von Arbeitszeiten und das Anwachsen unbezahlter Überstunden sind nicht auf diesen Bereich beschränkt, sondern eine verbreitete Erfahrung, die das Gros der Beschäftigten teilt. Nach Erhebungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bundesagentur für Arbeit hat 2015 jeder und jede abhängig Beschäftigte im Schnitt 46,8 Stunden länger gearbeitet als vertraglich vereinbart. Mehr als die Hälfte dieser Überstunden wurde nicht bezahlt: Laut IAB haben die Beschäftigten 2015 den Unternehmen ein Arbeitsvolumen von 997,1 Millionen Stunden geschenkt.¹⁵ Dies entspricht einer Lohnsumme von rund 15 Milliarden Euro. Und auch die Flexibilität erweist sich in der Praxis als eine eher einseitige Angelegenheit. In einer Beschäftigtenumfrage der IG Metall von 2013 gaben fast 30 Prozent der Befragten an, ihre täglichen Arbeitszeiten würden sich «häufig oder ständig» kurzfristig auf Anforderung des Unternehmens ändern. Bei den hoch qualifizierten kaufmännischen Angestellten und Ingenieuren war sogar

fast jede(r) Zweite (46 Prozent) betroffen. 22 Prozent der Befragten gaben an, ständig oder oft außerhalb der regulären Arbeitszeit zu arbeiten.¹⁶

ELEMENTE EINES GEGENENTWURFS

Bei allen Unterschieden zwischen den Positionen der Unternehmer und den Intentionen des SPD-geführten Arbeitsministeriums – es handelt sich um Varianten ein und desselben Flexibilisierungsdiskurses, der hier mit verteilten Rollen geführt wird. Alles in allem weist er alle Merkmale professionellen Agenda-Buildings auf.¹⁷ Weit davon entfernt, einen ergebnisoffenen Dialog zur Gestaltung der Arbeitswelt von morgen einzuleiten, hat die Bundesregierung, wie es der Arbeitsrechtsexperte Rolf Geffken formuliert, «einen ideologischen Generalangriff auf das klassische Verständnis vom Arbeitsrecht als einem Schutzrecht für Arbeitnehmer gestartet».¹⁸ Ein gesellschaftlicher Gegenentwurf, der eine klassenpolitische Perspektive der abhängig Beschäftigten einnehmen und es womöglich mit dem vorherrschenden Diskurs aufnehmen könnte, ist nicht in Sicht. Dennoch gibt es Elemente eines solchen, auch wenn sie unverbunden und teilweise in widersprüchliche politische Strategien verwoben sind. So sind die Positionierungen der Gewerkschaften im Arbeiten-4.0-Diskurs durchaus ambivalent. Allgemeiner Tenor ist, dass Aufweichungen des Arbeitszeitrechts zurückgewiesen werden müssen. Argumentativ wird dabei ins Feld geführt, dass «der Arbeitsmarkt in Deutschland bereits in hohem Maße von flexiblen Arbeitszeiten geprägt ist»,¹⁹ dies für die Beschäftigten aber in der Regel nicht zu mehr Arbeitszeitsouveränität, sondern einer Zunahme atypischer Arbeitszeiten geführt habe. Zugleich wird die Initiative des BMAS grundsätzlich begrüßt.²⁰ Immerhin wird man von der Regierung zum Dialog eingeladen – es könnte auch schlimmer kommen. Darüber hinaus sind die Interessenlagen heterogen: In den gut organisierten und mitbestimmungsgeprägten Kernbereichen der IG Metall kann man mit den angestrebten Änderungen besser leben als im von Prekarität und Niedriglöhnen geprägten privaten Dienstleistungssektor.

So ist die Situation: Die einen haben eine strategische Agenda und die anderen fühlen sich nicht ganz wohl dabei. Das ist im Grunde keine sehr ermutigende Ausgangslage. Ähnlich ernüchternd ist, dass die naheliegendste Folgerung aus der Digitalisierung – das Potenzial für eine deutliche Arbeitszeitverkürzung – praktisch überhaupt nicht thematisiert wird. So ungewiss die konkrete künftige Entwicklung der Technik bleiben muss, eins ist sicher: Sie wird ungeheure Produktivitätszuwächse mit sich bringen. Das zeigt die bisherige Erfahrung, seit der Prozess in den 1980er Jahren mit der Einführung von Bürocomputern und Industrierobotern begann. Bemerkenswerterweise ist das ein Punkt, der in der Debatte praktisch nicht oder allenfalls am Rande vorkommt. War Arbeitszeitverkürzung in den 1980er Jahren noch *die* gewerkschaftliche Antwort schlechthin auf die beginnende Digitalisierung, ist das Thema inzwischen weitgehend tabuisiert. «Eine Soundsoviel-Stunden-Woche ist heute für alle Beteiligten nicht mehr das Thema», konnte die Arbeitsministerin bei der Vorstellung des Weißbuches konstatieren, ohne Widerspruch befürchten zu müssen.

Ganz offensichtlich wirken hier Traumatisierungen aus der Vergangenheit fort. Der IG Metall, die nicht nur in den 1980er Jahren, sondern das ganze 20. Jahrhundert in Deutschland hindurch ein Vorreiter bei den gewerkschaftlich erstritte-

nen Arbeitszeitverkürzungen war, sitzt ihre Niederlage beim Streik für die 35-Stunden-Woche in Ostdeutschland 2004 immer noch erkennbar in den Knochen. Der Arbeitskampf war damals an zwei Hindernissen gescheitert: Erstens hatte sie während der gesamten Auseinandersetzung praktisch den kompletten Medienapparat gegen sich, wofür dieser wiederum die Rückendeckung der rot-grünen Koalition hatte. Das hätte im Verständnis der IG-Metall-Führung nicht passieren dürfen, handelte sich doch um *ihre* Regierung. Entscheidend für die Erfolglosigkeit des Arbeitskampfes war aber zweitens die Entsolidarisierung der wichtigsten Betriebsräte der großen Automobilkonzerne, die auf einen Abbruch des Streiks drängten, als er gerade anging, durch Lieferengpässe Wirkung in den westdeutschen Autofabriken zu zeigen. Beide Probleme könnten in einer vergleichbaren Situation jederzeit wieder auftreten.

Anders bei ver.di: Im heutigen Organisationsbereich der Dienstleistungsgewerkschaft waren es in den 1980er Jahren vor allem die in der IG Druck und Papier organisierten DruckerInnen, die eine Protagonistenrolle im Kampf für die 35-Stunden-Woche spielten. Sie stehen nun gerade beispielhaft für eine Branche, deren kampfstärkste Sektoren durch die Digitalisierung der letzten Jahrzehnte buchstäblich eliminiert wurden.

Dennoch gibt es sowohl bei ver.di wie auch bei der IG Metall Ansätze einer eigenen arbeitszeitpolitischen Offensive, was ein Novum nach vielen Jahren Sprachlosigkeit auf diesem Gebiet ist und vor dem Hintergrund der oben geschilderten Traumatisierungen gar nicht positiv genug bewertet werden kann.²¹ So startete die IG Metall im Sommer 2016 ihre Kampagne «Mein Leben – meine Zeit». Erstmals seit 2004 wird hier das Thema Arbeitszeit wieder systematisch mit einer breit angelegten Kampagne aufgegriffen. Als Kernziele formuliert die Organisation darin etwa die Zurückdrängung von unbezahlter Mehrarbeit und des «Verfalls» geleisteter Arbeitszeit. Für den Bereich der Mobil- oder Heimarbeit fordert die Gewerkschaft einen Rechtsanspruch der Beschäftigten, den der Arbeitgeber nur in begründeten Fällen ablehnen kann. Arbeitszeit soll dabei grundsätzlich erfasst und regulär bezahlt werden. Zugleich will die IG Metall, dass niemand gegen seinen Willen zur Mobilarbeit verpflichtet werden kann und Beschäftigte grundsätzlich ein «Recht auf Nichterreichbarkeit» haben. Weitere Kernthemen sind «lebensphasenorientierte Arbeitszeitmodelle», bei denen Beschäftigte Anspruch auf vorübergehende Arbeitszeitverkürzung bei garantiertem Rückkehrrecht zu einer Vollzeittätigkeit haben sollen, und der Ausbau der bereits in der Tarifrunde 2015 eingeführten Bildungsteilzeit mit teilweisem Lohnausgleich.²² Ungefähr zeitgleich hat ver.di die arbeitszeitpolitische Debatte wiederaufgenommen, auch wenn dort noch keine Kampagne in Sicht ist. 2015 hat die Tarifpolitische Grundsatzabteilung ein Konzept für eine künftige ver.di-Arbeitszeitpolitik vorgelegt. So wie die Beschäftigtenstruktur im ver.di-Organisationsbereich eine andere ist als bei der IG Metall, setzt das Papier auch andere Akzente. Kernforderung ist die nach einer zusätzlichen «Verfügungszeit» von 14 freien Tagen, die jeder und jede Beschäftigte im Jahr bekommen soll. Die dahinterstehende Idee war, eine Forderung zu finden, die für Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigte gleichermaßen attraktiv und mobilisierungsfähig sein könnte. In Verbindung mit der Idee der Verfügungszeit wird das Leitbild einer «kurzen Vollzeit» ins Spiel gebracht – eine Formulierung, die sich auch im Kontext der IG Metall in letzter Zeit häufiger findet.²³

Eine vielversprechende Strategie, die ursprünglich von ver.di kommt, ist inzwischen auch in der IG-Metall-Kampagne aufgegriffen worden: die Verknüpfung von Arbeitszeit, Arbeitsverdichtung und Personalbemessung. Im Frühjahr 2016 hat ver.di am Berliner Universitätsklinikum Charité den bundesweit ersten Tarifvertrag zur Personalmindestbesetzung im Gesundheitswesen durchsetzen können. Vorausgegangen war ein jahrelanger Kampf der Charité-Beschäftigten. Bemerkenswert ist auch, dass die Initiative von den gewerkschaftlich organisierten Charité-Beschäftigten ausging und von der ver.di-Führung lange nicht unterstützt worden war. Am Ende war sie dennoch erfolgreich.

Auch die LINKE im Bundestag präsentierte im Juni 2016 ein Positionspapier zum Arbeiten-4.0-Prozess. Die «Digitalisierung» werde «als Hebel angesetzt, um vor dem Hintergrund eines neuen Rationalisierungsprozesses eine umfangreiche Deregulierung von Arbeitnehmer*innenrechten durchzusetzen», heißt es im analytischen Teil. Damit sich der technologische Fortschritt aber tatsächlich auch zum Vorteil der Beschäftigten auswirken könne, seien «konsequente Regulierungen auf gesetzlicher Ebene unabdingbar, die es nicht zuletzt braucht, damit es Beschäftigte auch auf tariflicher Ebene leichter haben, ihre Interessen auszuhandeln». Als einzige politische Partei will die LINKE eine Reduzierung der gesetzlichen Höchstarbeitszeit, ein gesetzliches Recht auf Nichterreichbarkeit und eine Ausweitung der Mitbestimmungsmöglichkeiten bei der Arbeitszeit sowie bei der Personalausstattung. Schließlich fordert die Partei eine «effektive Anti-Stress-Verordnung als Bremse gegen Dauerstress, Burn-Out und Arbeit auf Abruf».²⁴

All diese Initiativen unterscheiden sich sowohl hinsichtlich ihrer Inhalte als auch ihrer praktisch-politischen Funktion, dennoch sind Schnittmengen unverkennbar. Wünschenswert und sinnvoll wäre auf jeden Fall, die Diskussion überall dort zu befördern, wo sich in den kommenden Jahren die reale Auseinandersetzung um die Neugestaltung des Arbeitszeitregimes entfalten wird. Das sind vor allem die Betriebe, aber in weiterem Sinne auch Kommunikationsräume wie die Gewerkschaften selbst, ihre Bildungseinrichtungen, Parlamente, Medien, die Öffentlichkeit schlechthin. Entscheidend wird sein, ob gewerkschaftliche und linke Arbeitszeitforderungen eine Bewegungsdynamik entfalten können oder nur

eine Randnotiz zur professionell inszenierten Simulation eines gesellschaftlichen Dialogs bleiben werden.

Jörn Boewe ist freier Journalist und betreibt gemeinsam mit Johannes Schulten das Journalistenbüro work in progress in Berlin. Er veröffentlicht regelmäßig unter anderen in *der Freitag*, *neues deutschland* und *Magazin Mitbestimmung*.

1 Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS): Grünbuch Arbeiten 4.0, Berlin 2015, S. 3. **2** Ebd., S. 9. **3** Ebd., S. 70. **4** BMAS: Weißbuch Arbeiten 4.0, Berlin 2016, S. 18 ff. **5** Nahles, Andrea: Wir brauchen einen neuen sozialen Kompromiss, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 21.6.2016. **6** BMAS: Weißbuch, S. 11. **7** Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes und anderer Gesetze (Referententwurf des BMAS vom 16.4.2016). **8** Interview mit Andrea Nahles: Wer tariflich gebunden ist, wird privilegiert, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 19.11.2016. **9** Die Möglichkeit, durch Tarifvertrag von bestimmten gesetzlichen Normen abzuweichen, wird in der Rechtswissenschaft als Tarifdispositivität bezeichnet. Arbeitsrechtsexperten warnen seit Jahren, dass sich das Modell zunehmend zu einem Instrument zur Reduzierung gesetzlicher Schutzstandards entwickelt. Vgl. Klauk, Melanie/Schlachter, Monika: Tarifdispositivität – eine zeitgemäße Regelung?, in: Arbeit und Recht 9/2010, S. 354. **10** Interview mit Ingo Kramer: Auch mal zwölf Stunden arbeiten, in: Rheinische Post, 19.12.2015. **11** Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeber (BDA): Arbeitswelt 4.0 – Chancen nutzen, Herausforderungen meistern, Positionen der BDA zum Grünbuch Arbeiten 4.0 des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales, November 2015. **12** «Verlängerte Arbeitszeiten widersprechen nicht grundsätzlich dem Leitbild 'Guter Arbeit'. Es kommt vielmehr auf die gegebenen Rahmenbedingungen (Gewährleistung von Sicherheit und Gesundheitsschutz, Einverständnis der Beschäftigten, Regelungen zum Zeit- und Lohnausgleich) [...] an. So ist die im Arbeitszeitgesetz enthaltene Möglichkeit zur Genehmigung von 12-Stunden-Schichten für Betriebe, in denen aus technologischen Gründen ein kontinuierlicher Produktionsprozess erforderlich ist, an die Bedingung gebunden, dass sich zusätzliche Freischichten als ein Gewinn für die Beschäftigten ergeben müssen. Würden die 12h-Schichten nicht genehmigt, müsste der kontinuierliche Produktionsprozess in einem 3 x 8 h - Schichtsystem erfolgen – dies würde für die Beschäftigten eine häufigere Anwesenheit im Betrieb/häufigere Anfahrten pro Woche bedeuten.» (Antwort des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie, Land Brandenburg, auf eine Rechercheanfrage des Autors, 14.6.2012). **13** Brenke, Karl: Home Office: Möglichkeiten werden bei weitem nicht ausgeschöpft, in: DIW-Wochenbericht 5/2016, S. 95–105. **14** Ebd., S. 102. **15** Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung: Durchschnittliche Arbeitszeit und ihre Komponenten in Deutschland, Februar 2016, unter: <http://doku.iab.de/arbeitsmarktdaten/tab-az2015.pdf>. **16** IG Metall: Arbeit: Sicher und Fair! Die Befragung. Ergebnisse, Zahlen, Fakten, Frankfurt a. M. 2013. **17** «Dass wir im Jahr 2015 fast in jeder gesellschaftlichen Sphäre von Industrie 4.0 reden, ist nicht die kausale Folge eines realen Stands technischer Entwicklungen, sondern diskursanalytisch betrachtet ein Fall professionellen agenda-buildings.» Pfeiffer, Sabine: Der Diskurs um Industrie 4.0, Vortrag am Wissenschaftszentrum Berlin, 8.10.2015, unter: www.sabine-pfeiffer.de/files/downloads/2015_Pfeiffer_Digitaler_Despotismus.pdf. **18** Geffken, Rolf: Kampf ums Recht, Hamburg 2016, S. 175. **19** Stellungnahme des DGB zum Grünbuch «Arbeiten 4.0» vom 17.11.2015. **20** Vgl. ver.di-Stellungnahme zum Grünbuch «Arbeiten 4.0» vom 19.10.2015 sowie Arbeiten im digitalen Zeitalter, unter: www.igmetall.de/fortschrittsdialog-arbeiten-4-0-16097.htm. **21** Vgl. dazu auch die entsprechenden Beiträge in Detje, Richard/Stamm, Sybille/Wilde, Florian (Hrsg.): Kämpfe um Zeit. Bausteine für eine neue (arbeits-)zeitpolitische Offensive, Manuskripte Neue Folge 10, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin 2014. **22** Mein Leben – meine Zeit. Die Arbeitszeitkampagne der IG Metall, Frankfurt a. M. 2016. **23** Interview mit Jörg Wiedemuth: Wir wollen raus aus der Frontstellung, in: Magazin Mitbestimmung 6/2015. **24** Stellungnahme der Abgeordneten Klaus Ernst, Sabine Zimmermann, Matthias W. Birkwald, Herbert Behrens, Jutta Krellmann, Susanna Karawanskij, Harald Weinberg, Azize Tank zum Grünbuch «Arbeiten 4.0» des BMAS vom 8.7.2016.

FRANZ SEGBERS

RELIGION NUR PRIVATSACHE?

DIE LINKE, DER LAIZISMUS UND DAS MENSCHENRECHT
AUF RELIGIONSFREIHEIT

«Der Islam gehört zu Deutschland!» Dieser Satz stammt vom ehemaligen Bundespräsidenten Christian Wulff. Die AfD setzt dagegen: Der Islam gehört nicht zu Deutschland. Und was sagt die LINKE zu dieser Frage, bei der das Menschenrecht auf Religionsfreiheit zur Debatte steht? Auf ihren Landesparteitagen in Sachsen und Nordrhein-Westfalen haben die LaizistInnen die konsequente Trennung von Staat und Kirche gefordert, sodass Religion Privatsache sein kann. Doch die Erfahrungen im laizistischen Frankreich stimmen eher nachdenklich: Um Religionskonflikte zu vermeiden, verdrängt dort der Staat die Religion aus der Öffentlichkeit und produziert dabei einen Religionskonflikt. Wenn ein Staat seinen religiösen BürgerInnen die gleiche Anerkennung verweigert, schließt er sie aus und bedroht das Menschenrecht auf Religionsfreiheit. Eine konsequente linke Religionspolitik müsste alle drei Aspekte des Menschenrechts auf Religionsfreiheit ernst nehmen: die Freiheit zur Religion, die Freiheit von der Religion, aber auch die Freiheit, Religion öffentlich zu praktizieren.

Deutschland ist in den letzten Jahrzehnten säkularer und zugleich religiös pluraler geworden. Die durch die kapitalistische Globalisierung hervorgerufenen weltweiten Flucht- und Migrationsbewegungen haben die Frage nach dem Umgang mit kultureller und religiöser Vielfalt neu gestellt und zum Teil verschärft. Das betrifft in Europa vor allem den Umgang mit Muslimen. Während rechte Gruppierung mobil machen und sich strikt gegen Muslime abgrenzen, scheint die Mehrheitsgesellschaft nicht recht zu wissen, wie sie mit Minderheiten, speziell islamischen Glaubens, umgehen soll. Ist die Vollverschleierung von Frauen mit einer Burka akzeptabel? Darf eine Lehrerin in der Schule aus religiösen Überzeugungen ein Kopftuch tragen? Sind satirische Karikaturen des Propheten Mohammed eine Religionsbeschimpfung? Darf Beschneidung erlaubt sein? Ist der Muezzin-Ruf einer nicht muslimischen Mehrheitsgesellschaft zumutbar?

Gleichzeitig gibt es Kritik an der privilegierten Stellung der Großkirchen in Deutschland, die nicht mehr zeitgemäß sei. Die Kirchen sind mächtige Institutionen, deren finanzielle Basis durch die Kirchensteuereinnahmen gesichert ist. Nicht nur Säkulare, sondern auch linke ChristInnen kritisieren diese Einbindung der Kirchen in die kapitalistische Klassengesellschaft. Sie fordern, dass die Kirchen mit dem kapitalistischen Staat brechen sollten, denn die Komplizenschaft mit dem kapitalistischen System habe das emanzipatorische Potenzial des Christentums eingehegt. Und es gibt keine theologische Begründung für ein kirchliches Sonderarbeitsrecht, für staatliche Dotationen, Militärseelsorge oder die Abhängigkeit der Kirchenfinanzierung von der Steuerpolitik des Staates.

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage: Wie kann eine linke Religionspolitik aussehen, welche die säkulare und religionsplurale Gesellschaftslandschaft ernst nimmt? Die Partei DIE LINKE hat sich dieses Themas angenommen und sowohl in Nordrhein-Westfalen als auch in Sachsen auf den Landesparteitagen 2016 ein ambitioniertes Vorhaben beschlossen. Sie will mit den bisherigen verfassungsrechtlichen Grundlagen des Verhältnisses von Staat und Religion brechen. Die LINKE soll zu einer laizistischen Partei umgeformt werden.¹ Im Laizismus sieht die Partei in Sachsen ein «profilbildendes Alleinstellungsmerkmal der LINKEN» und fordert eine «konsequente Trennung von Staat und Religionen» und «eine Neudefinition des Verhältnisses von Staat und Religionsgemeinschaften».²

Doch was bedeutet eigentlich Laizismus? Die Parteitagebeschlüsse bestimmen den Laizismus durch die Formel der «institutionellen Trennung von Staat und Kirche». Heiner Bielefeldt, bis 2016 UN-Botschafter für das Menschenrecht auf Religionsfreiheit, gibt dagegen zu bedenken, dass «die gängige Formel von der Trennung zwischen Religion und Politik zu kurz greift».³ Um wirklich ein Staat für alle BürgerInnen sein zu können, müssen Staat und Religionsgemeinschaften getrennt sein. Damit zielt der Laizismus offensichtlich auf etwas anderes als auf die Trennung von Politik und Religion.

MASSTAB FÜR DIE BEURTEILUNG SIND DIE MENSCHENRECHTE

Die LINKE verheddert sich, wenn sie sich an einzelnen religionspolitischen Sach- oder Streitfragen abarbeitet. Vor

einer Positionierung in Einzelfragen muss ein programmatischer Kompass zur Orientierung in religionspolitischen Fragen entwickelt werden. Diese Orientierung können nur die Menschenrechte sein, denn sie bilden den Kern des normativen Konsenses pluralistischer Gesellschaften. Das Menschenrecht auf Religionsfreiheit ist ein Freiheitsrecht. Es ist kein Recht für die Frommen, die geschützt werden möchten. Religionsfreiheit ist ein Freiheitsrecht aller: der LaizistInnen und der Frommen, der AtheistInnen und der KonvertitInnen, der SkeptikerInnen und der AgnostikerInnen. Religionsfreiheit soll einen Raum eröffnen, in dem alle nach ihren Überzeugungen gleichberechtigt existieren können, damit Pluralität in einer säkularen und religionspluralen Gesellschaft gelebt werden kann.

Das Menschenrecht auf Religionsfreiheit ist breit verankert: in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen (Art. 18), im UN-Zivilpakt (Art. 18) sowie in regionalen Systemen des Menschenrechts wie der Europäischen Menschenrechtskonvention (Art. 9 Abs. 1). Es enthält drei Dimensionen: individuelle Freiheit zum Glauben, individuelle Freiheit vom Glauben und die gesellschaftlich-kollektive Freiheit, den gemeinsamen Glauben öffentlich und sichtbar zu leben. Daraus ergeben sich spezifische Ansprüche an den Staat und an die Gesellschaft.

TRENNUNG VON STAAT UND RELIGIONSGEMEINSCHAFTEN IM SÄKULAREN RECHTSSTAAT

Die Trennung von Staat und Religionsgemeinschaft ist eine Schlüsselforderung in den Parteitagsbeschlüssen in Nordrhein-Westfalen und Sachsen. Sie wurde aus der Weimarer Reichsverfassung von 1919 (Art. 136) in das Grundgesetz (Art. 140) übernommen. Deshalb muss genauer gefragt werden: Was soll mit der Trennung von Staat und Religionsgemeinschaften erreicht werden?

Die Formel «Trennung von Staat und Kirche» oder «weltanschauliche Neutralität des Staates» gibt keine Auskunft darüber, wie diese Trennung gestaltet wird: Sie kann liberal oder illiberal, dogmatisch oder freiheitlich, pragmatisch oder doktrinär sein. Der Laizismus irrt also, wenn er meint, dass die Trennungsforderung immer links, aufgeklärt und liberal sei. Am Strand von Nizza wurde einer muslimischen Frau von Polizisten die Jacke ausgezogen, da der Laizismus verlangt, dass die Arme am Strand nicht verhüllt sein dürfen. Das ist ein Beleg für die Freiheitsfeindlichkeit eines rigiden Regimes des Laizismus, der in Frankreich zur Staatsdoktrin geworden ist.

«Für uns ist Religion Privatsache. Wir verteidigen das Recht auf freie Religionsausübung. Wir lehnen die Einmischung der christlichen Kirchen in öffentliche Belange ab.»
(Parteitagsbeschluss in NRW)

Der Parteitagsbeschluss will Religion nur als private Weltanschauung dulden, ihre öffentliche Lebenspraxis oder Präsenz dagegen abwehren. Die Forderung nach Religion als Privatsache geht von einem Gesellschaftsbild aus, das nur eine Entgegensetzung von Staat und Individuum kennt. Doch zwischen dem Individuum und dem Staat existiert eine Sphäre der Zivilgesellschaft, deren Teil die Religionen sind. Ein Politikverständnis, das vom Beitrag der Zivilgesellschaft absieht, schränkt die politischen Freiheitsrechte ein. «Die von der Religionsfreiheit her entwickelte Säkularität des Rechtsstaats hat

deshalb», so Heiner Bielefeldt, «mit einer von Staats wegen forcierten «Privatisierung» des Religiösen nichts gemein.»⁴ Wer die Privatisierung der Religion fordert, der verweigert den Religionen, dass sie einen Beitrag zum demokratischen Diskurs einbringen können. Da die Freiheit von der Religion keinen Anspruch verschafft, generell von der Begegnung mit Religion in der gesellschaftlichen Öffentlichkeit verschont zu werden, formulieren die beiden Parteitagsbeschlüsse ein Verständnis von Laizismus, das die Religionsfreiheit bedroht.

Die Forderung, den Kirchen jegliche Einmischung in öffentliche Belange zu verwehren, bezieht sich nicht auf aktuelle Verhältnisse, sondern argumentiert grundsätzlich und abstrakt. So muss die LINKE sich fragen lassen, ob sie wirklich die Einmischung der Kirchen in der Flüchtlingsfrage ablehnt, wo die Kirchen sogar den Konflikt mit Bayerns Ministerpräsident Seehofer eingegangen sind. Lehnt sie auch ab, dass die Diakonie sich in den Streit um eine sachgemäße Regelsatzbemessung bei Hartz IV eingemischt hat, nachdem sie in einer eigenen Berechnung kritisiert hatte, dass der von der Bundesregierung ermittelte Regelsatz um rund 150 Euro auf knapp 560 Euro für Alleinstehende erhöht werden müsste? Die Diakonie wirft der Bundesregierung vor, die Regelsätze willkürlich und unsachgemäß berechnet zu haben. Ginge es nach den Parteitagsbeschlüssen, würde die LINKE diese Einmischungen der Kirchen in öffentliche Belange ablehnen. Aber diese programmatischen Aussagen sind eine «schlechte» Abstraktion und in ihrer Abstraktheit falsch. Warum will die LINKE die Religionsgemeinschaften als Akteure der modernen Zivilgesellschaft aus den öffentlich-politischen Debatten ausschließen? Es wäre zu fragen, warum gerade der Einfluss der bundesdeutschen Volkskirchen verheerender sein soll als beispielsweise der von Lobbygruppen der Pharma- oder Waffenindustrie.

«Der Staat hat religiös neutral zu sein, so dass Religion und Religionslosigkeit Privatsache sein kann.»
(Parteitagsbeschluss in Sachsen)

Erwartet wird, dass die BürgerInnen darauf verzichten, ihre religiösen Anschauungen oder Lebenspraktiken öffentlich sichtbar werden zu lassen. Die bislang in der Verfassung formulierte Neutralitätsanforderung richtet sich an den Rechtsstaat, damit er die Freiheit aller Religionen gleichermaßen gewähren kann. Der Parteitagsbeschluss aber deutet die Neutralität des Rechtsstaates als Voraussetzung dafür, dass Religion und Religionslosigkeit zu einer Privatsache werden können. Ziel einer Trennung von Staat und Kirche sollte aber nicht die Privatisierung der Religion sein, sondern sie sollte darauf abzielen, allen BürgerInnen gleiche Achtung und Respekt zukommen zu lassen. Im Beschluss des Parteitags jedoch dient die weltanschauliche Neutralität des Staates dazu, die öffentliche Dimension der Religionsfreiheit abzuspalten.

Der Laizismus, wie er im 19. Jahrhundert in Frankreich erkämpft wurde, verteidigte zu Recht die bürgerlichen Freiheitsrechte gegen die kirchliche Macht. Doch dieser Abwehrkampf ist nicht mehr die gegenwärtige Herausforderung einer multireligiösen und säkularen Gesellschaft. In ihr stellt sich die Frage, wie gegenwärtig ein emanzipatorischer Gestaltungsanspruch verwirklicht werden könnte, der Freiräume für unterschiedliche Lebensentwürfe und Praktiken schafft. Das wäre im Übrigen auch der Ort für ein gesellschaftliches Gegenmodell zur AfD, die dem Islam die Zugehörigkeit zu Deutschland abspricht.

«Wir treten ein, für die laizistische Modernisierung des Staates.»

(Parteitagsbeschluss in Sachsen)

Da die Trennung von Staat und Religionsgemeinschaften für die LINKE nur die Folie für die Privatisierung der Religion bildet, bezieht sich das laizistische Modernisierungskonzept auf ein bloßes Abschaffungsprogramm: Religionsunterricht, Militärseelsorge, Kirchensteuer, der besondere Charakter kirchlicher Feiertage oder Theologie an den Universitäten usw. sollen abgeschafft werden. Die Forderungen werden abstrakt zum Programm erhoben. Dabei werden weder menschenrechtliche, verfassungs- und grundrechtliche Rahmenbedingungen für die Umsetzung des Programms berücksichtigt noch aktuelle oder gesellschaftliche Auseinandersetzungen.

Eine aktuelle Auseinandersetzung bildet die Kopftuchfrage. Gern wird sie von Rechten als Indiz für die Unvereinbarkeit der europäischen mit der islamischen Kultur aufgegriffen. Ob eine Richterin ein Kopftuch tragen darf, ist sicherlich ein komplexes Problem. Kann ein jüdischer Angeklagter, der eine Kippa trägt, von der Unparteilichkeit einer muslimische Richterin, die ein Kopftuch trägt, ausgehen? Alle BürgerInnen haben das Recht auf einen fairen Prozess. Deshalb gibt es auch die Frage der Befangenheit. Jede Richterin und jeder Richter hat sie sich immer zu stellen. Ansonsten würde sie/er die Berufspflicht verletzen. Nur: Hängt die Befangenheit von einem Stück Kopftuch ab? Zeigt sich die Unparteilichkeit einer Richterin/eines Richters nicht darin, dass sie/er alle Gesichtspunkte eines Verfahrens unparteilich würdigt? Zum Recht auf Religionsfreiheit gehört auch, dass durch das Bekenntnis zu einer Religion nicht schon per se die Unparteilichkeit gefährdet wäre.

«Wir wollen vielmehr, dass der Staat und seine Strukturen eine eindeutige bewusste Distanz zu Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften wahren und somit nicht nur eine weitgehende Religionsfreiheit, sondern auch eine umfassende «Freiheit der Religionslosigkeit» garantieren.»

(Parteitagsbeschluss in Sachsen)

Die Forderung nach einer «umfassenden «Freiheit der Religionslosigkeit» tritt allerdings keineswegs paritätisch so auf, dass diesem Recht ein äquivalentes Recht auf die Freiheit zur Religion zur Seite stünde. Wenn vom Staat gefordert wird, eine «umfassende «Freiheit der Religionslosigkeit» herzustellen, dann gibt ein solcher Staat seine weltanschauliche Neutralität auf. Er würde dann nämlich eine laizistische Weltanschauung privilegieren und religiös gebundene BürgerInnen zu BürgerInnen zweiter Klasse machen. Heraus käme ein laizistischer Konfessionsstaat, der in letzter Konsequenz die Freiheitsrechte religiös gebundener BürgerInnen bedrohen würde. Die laizistische Verfasstheit einer Gesellschaft ist unvereinbar mit einer Gesellschaft, welche die gleiche ethische, weltanschauliche und religiöse Freiheit für alle zur Geltung bringen will.

«Die Laizität ist somit auch ein klares Stoppsignal an religiösen Fanatismus und Fundamentalismus.»

(Parteitagsbeschluss in Sachsen)

Dieser Parteitagsbeschluss reflektiert nicht die tatsächlichen Erfahrungen in laizistisch verfassten Gesellschaften wie Frankreich und Belgien. In ihnen gab es nach den islamistischen Anschlägen eine breite Debatte darüber, ob nicht der

strikte Laizismus gerade dazu beigetragen habe, dass sich Muslime als nicht gleichberechtigte BürgerInnen fühlen können und deshalb ausgeschlossen seien. Die laizistische Verbotskultur, religiöse Symbole in öffentlichen Einrichtungen wie Schulen, Verwaltungen oder bei Gericht zu zeigen, habe zu einer Verbannung der Religion aus der öffentlichen Sphäre geführt, die vor allem die Muslime direkt treffe.⁵ Wenn muslimischen Frauen das Tragen eines Kopftuchs in der Schule untersagt wird, erfahren sie den religiös neutralen laizistischen Staat als eine religionsfeindliche Unterdrückungsagentur. Der Laizismus will Religionskonflikte vermeiden, doch er erzeugt paradoxerweise einen Konflikt, wenn er Religion zur Vermeidung von Religionskonflikten in die Privatsphäre abdrängt.

Für den französischen Soziologen Emmanuel Todd steht deshalb die «aktuelle Diskussion um den Laizismus nicht in der Kontinuität der laizistischen Werte».⁶ Tatsächlich beruft sich der rechtsextreme Front National auf den Laizismus, um antimuslimische Forderungen zu stellen. Auch Alexander Gauland von der AfD behauptet: «Wir sind ein christlich-laizistisches Land, der Islam ist ein Fremdkörper.»⁷ Dieser neue Laizismus will den Islam aus der Gesellschaft ausschließen. Damit aber entfernt er sich von der ursprünglichen Intention des Laizismus, der eine Trennung von Staat und Kirche in Frankreich anstrebte, aber gerade nicht den Ausschluss der Religion aus der öffentlichen Sphäre gemeint hat.

Kurz zusammengefasst: Der Laizismus, wie er in den Parteitagsbeschlüssen der LINKEN in Sachsen und Nordrhein-Westfalen ausbuchstabiert ist, bedroht die Religionsfreiheit. Er ist für die emanzipatorische Bestimmung eines auf die Achtung der Religionsfreiheit gegründeten säkularen Rechtsstaats ungeeignet.

RELIGIONSFREIHEIT IN EINER MULTIRELIGIÖSEN UND SÄKULAREN GESELLSCHAFT

Für einen säkularen Staat, der die drei Dimensionen der Religionsfreiheit ernst nimmt, ist die Kooperation des Staates mit den Religionen kein zu beseitigendes Überbleibsel vergangener Zeiten, das mit der Forderung nach der Trennung von Staat und Religionsgemeinschaften beendet werden müsste. Diese Trennung wie auch die weltanschauliche Neutralität des Staates sind kein Selbstzweck, sondern haben das Ziel, einen Raum für die Religionsfreiheit von der Religion und zur Religion zu eröffnen.

Ein säkularer Staat darf sich nicht mit einer bestimmten religiösen oder weltanschaulichen Tradition identifizieren. Dies ginge immer zulasten der Angehörigen anderer weltanschaulicher oder religiöser Überzeugungen. Heiner Bielefeldt nennt dies eine «respektvolle Nicht-Identifikation»⁸ des Rechtsstaates. Eine solche Neutralität und die Trennung von Religion, Weltanschauung und Staat verbieten keine Kooperation. Wenn die Kirchen aber für sich Privilegien und besondere Rechtspositionen beanspruchen, die religiösen Minderheiten vorenthalten werden, dann ist dies mit der gegenwärtigen Verfassung nicht zu legitimieren. Diese Verletzung der Verfassung hat eine linke Kritik aufzugreifen.

Die kooperative Beziehung zwischen dem Staat und den Religionsgemeinschaften auf der Grundlage der Trennung von Kirche und Staat qualifiziert das Bundesverfassungsgericht als «fördernde und wohlwollende Neutralität gegenüber den unterschiedlichen religiösen und weltanschaulichen Richtungen».⁹ Eine solche vom Menschenrecht auf Religionsfreiheit her entwickelte Säkulareität des Rechtsstaates

tes widerspricht deshalb einer von Staats wegen betriebenen Privatisierung des Religiösen. «Die dem Staat gebotene weltanschaulich-religiöse Neutralität ist nicht», so das Bundesverfassungsgericht, «als eine distanzierende im Sinne einer strikten Trennung von Staat und Kirche zu verstehen, sondern als eine offene und übergreifende, die Glaubensfreiheit für alle Bekenntnisse gleichermaßen fördernde Haltung.»¹⁰ Die kooperative Beziehung begründet einen Anspruch auf gleichberechtigte Förderung christlicher, jüdischer, islamischer, atheistischer, laizistischer etc. Weltanschauungen. Genau diese von der Verfassung sowie den Grund- und Menschenrechten her konzipierte kooperative Gleichberechtigung der Religionen auf der Grundlage der institutionellen Trennung will die LINKE in Nordrhein-Westfalen und Sachsen abschaffen.

Dabei ist diese kooperative Verfasstheit überdies ein Strukturprinzip der Demokratie. So übernehmen die Wohlfahrtsverbände im Auftrag des Staates staatliche Aufgaben in der Daseinsvorsorge und führen sie selbstverantwortlich aus. In Selbstverwaltung organisieren Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften mit dem Staat drittelparitätisch die Sozialversicherungen. Autonom ausgehandelte Tarifverträge entfalten eine normative Wirkung. Vor diesem Hintergrund ist schwerlich einzusehen, warum gerade die Kooperation des Staates und der Religionsgemeinschaften beendet werden sollte. Die Aufgabe wäre vielmehr, die Kooperation so weiterzuentwickeln, dass der säkulare Rechtsstaat allen Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften gleichermaßen wirklich gerecht werden kann. Jede Privilegierung der beiden großen christlichen Kirchen ist eine Verletzung des Rechtsgrundsatzes auf Gleichberechtigung. Zur Weiterentwicklung einer kooperativen Beziehung gehört deshalb eine konsequente Entflechtung von Religionsgemeinschaften und Staat, beispielsweise bei der Abschaffung der Kirchengeldbeiträge.

Ein freiheitlicher Laizismus, der die Religionsfreiheit in allen drei Dimensionen achtet und fördert, gestaltet einen Freiheitsraum für die unterschiedliche Überzeugungen und Lebenspraktiken. Er beruht auf zwei grundlegenden Prinzipien: gleiche Achtung aller und die Gewährung der Gewissens-, Glaubens- und Religionsfreiheit. Diesem Ziel dienen die Trennung von Staat und Religion und die Neutralität des Staates gegenüber den Religionen. Die Parteitagebeschlüsse aus Nordrhein-Westfalen und Sachsen dagegen bedrohen dieses Freiheitsrecht, das gerade mit dem Menschenrecht der Glaubens-, Religions- und Gewissensfreiheit gesichert werden soll.

ANFORDERUNGEN AN EINE LINKE UND EMANZIPATORISCHE RELIGIONSPOLITIK

Die LINKE muss bestrebt sein, dem Pluralismus einer multi-religiösen und säkularen Gesellschaft Raum zu geben. Eine emanzipatorische linke Religionspolitik muss gesellschaftliche Konflikte und Auseinandersetzungen aufgreifen und sich dabei am Menschenrecht der Religionsfreiheit orientieren. Dies bedeutet, Gleichberechtigung rechtlich zu fassen, alle Religionen und Weltanschauungen gleich zu respektieren und auf der Grundlage der Trennung von Staat und Religionsgemeinschaften zu kooperieren.

Unter dieser Maßgabe wäre es eine vordringliche Aufgabe, islamische Gemeinschaften als Religionsgemeinschaften rechtlich anzuerkennen, wenn sie die rechtlichen Voraussetzungen des Religionsverfassungsrechts erfüllen. Außerdem gilt es, die Grundrechte der in Kirche und Diakonie beziehungsweise Caritas beschäftigten ArbeitnehmerInnen zu schützen und Privilegien abzuschaffen, die wie

Staatsdotationen nur den Kirchen zukommen. Einen jüdischen und einen muslimischen Feiertag gesetzlich anzuerkennen wäre ein symbolischer Akt, der bekräftigen würde, dass das Judentum und der Islam zu Deutschland gehören. Das Tragen religiöser Symbole (wie Kopftuch, Kippa, Kreuz) in der Öffentlichkeit ist als Ausdruck der Religionsfreiheit erlaubt. Schließlich sollte die LINKE gemeinsam mit Gewerkschaften und Kirchen, den verfassungsrechtlich garantierten erwerbsarbeitsfreien Sonntag (Art. 140 GG) gegen neoliberale und kapitalistische Verwertungsinteressen verteidigen. Der Sonntag als «Tag der Arbeitsruhe und der seelischen Erhebung» (ebd.) ist eine soziale Errungenschaft der Arbeiterbewegung, die unter neoliberalen Druck steht. Der verfassungsrechtlich garantierte Religionsunterricht muss zu einem Recht für alle Religionen werden und entsprechend ist ein Ethikunterricht für Säkulare einzurichten. Die bestehende Militärseelsorge ist verfassungswidrig. Sie muss durch das Recht auf Religionsfreiheit aller Religionen unabhängig vom Staat in öffentlichen Einrichtungen wie Bundeswehr, Gefängnissen oder Krankenhäusern abgelöst werden.

Die LINKE muss eine Debatte um die Religionsfreiheit führen. Dazu muss sie aber ihre verquere Haltung zur Religion überwinden. Die (Neu-)Gestaltung des Verhältnisses von Staat und Religionsgemeinschaften ist nämlich nicht bloß ein Thema der nur zu berechtigten Kritik an den Kirchen, sondern auch eines der Menschenrechte. Nicht nur LaizistInnen, auch linke ChristInnen treten für eine stärkere Trennung von Kirche und Staat ein – wenn auch aus jeweils anderen Gründen.

Die LINKE muss sich religionspolitisch klar und erkennbar positionieren. Wenn sie den Herausforderungen einer religionspluralen Gesellschaft gerecht werden will, kann das nur auf der Basis der Menschen- und Grundrechte geschehen. Anders ist ein Höchstmaß an Respekt, Freiheit und Gleichheit aller in einer säkularen und religiös-pluralen Gesellschaft nicht zu erreichen.

Franz Segbers war bis 2015 Professor für Sozialethik an der Universität Marburg.

¹ DIE LINKE, Sachsen: Antrag «Liberté, Egalité, Laïcité». Beschluss des 13. Landesparteitages der LINKEN, Sachsen am 18. Juni in Neukieritzsch, unter: www.dielinke-sachsen.de/fileadmin/sachsen/dokumente/parteitage/13lpt/beschluesse/D_2_Laizismusantrag_weiter_diskutieren.pdf; DIE LINKE, Nordrhein-Westfalen: Wahlprogramm für 2017 vom 14. November 2016, unter: www.dielinke-nrw.de/fileadmin/kundendaten/www.dielinke-nrw.de/LTW17/Programm/WAHLPROGRAMM_fertig_14112016GL_II.pdf. ² DIE LINKE, Sachsen: Antrag «Liberté, Egalité, Laïcité». ³ Bielefeldt, Heiner: Religiös-weltanschauliche Neutralität des säkularen Rechtsstaats. Verständnisse und Missverständnisse eines Verfassungsprinzips, in: Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte 4/2011, S. 24–27, hier S. 25. ⁴ Ebd. ⁵ Winkler, Elizabeth: Is It Time for France to Abandon Laïcité?, unter: <https://newrepublic.com/article/127179/time-france-abandon-laicite>. ⁶ Todd, Emmanuel: Wer ist Charlie? Die Anschläge von Paris und die Verlogenheit des Westens, München 2016, S. 27. ⁷ Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17.4.2016. ⁸ Bielefeldt, Heiner, Streit um die Religionsfreiheit. Aktuelle Facetten der internationalen Debatte, Erlanger Universitätsreden Nr. 77/2012, S. 31, unter: www.zuv.fau.de/einrichtungen/presse/publikationen/erlanger-universitaetsreden/Unired-77.pdf. ⁹ Bundesverfassungsgericht: Beschluss vom 27. Januar 2015, 1 BvR 471/10. ¹⁰ Bundesverfassungsgericht: Beschluss vom 27. Januar 2015, 1 BvR 471/10, 1 BvR 1181/10.

Bestellung von Druckexemplaren
(auch der einzelnen Standpunkte) – soweit vorrätig
Rosa-Luxemburg-Stiftung
Bereich Politische Kommunikation
Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin
Tel. +49 30 44310-123 · bestellung@rosalux.de

Download als PDF
(auch der einzelnen Standpunkte) unter
www.rosalux.de/publikationen

